C 21734 D



VOR DEM PARTEITAG DER GRÜNEN S.7

Arbeiterkampf

Jg.11 Nr. 209 28.9.81
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
DM 3
Förderpreis DM 5,–

Kommunalwahlen in Niedersachsen

Grüne und Alternative im Aufwind

Gewinne für die CDU (etwa 2 %), Verluste von mehr als 8 % für die SPD und ein (landesweit hochgerechnetes) Ergebnis von etwa 7 % für grüne und alternative Listen brachte die niedersächsische Kommu-die niedersächsische Kommu-nalwahl am 27.9. Die CDU bejubelte zwar einerseits ihr eigenes Ergebnis, wies aber andererseits auf die „bedrohlich Linkswendung" eines Teils der SPD-Wählerschaft hin; einer ihrer Sprecher sah gar Paralellen zur Abspaltung vder USPD von der Mehrheitssozialdemokratie. Eine Reihe von SPD-Landes- und Kommunalpolitikern machten ihrerseits – sicher zu Recht – die Politik der Bonner Koalition, insbesondere in Sachen Aufrüstung und Sparpolitik, für ihr Debakel mitverantwortlich. Ersten freundlichen Worten für die Grünen als der nunmehr vierten etablierten Partei werden in den nächsten Tagen seitens der SPD hier und das auch eindeutige Angebote folgen; das gilt insbesondere für Hannover, wo SPD und CDU über je 28, FDP und GABL („Grün-Alternative Bürgerliste") über je vier Sitze verfügen. Hier wollte der bisherige SPD-Oberbürgermeister allerdings auch eine große Koalition nicht ausschließen (ähnliches gilt für Salzgitter, wo die Grünen das 'Zünglein an der Waage' sind).

Besonders erfreulich ist auch, daß in den Orten, wo es zu Konkurrenzkandidaturen zwischen alternativen und mehr bürgerlich orientierten grünen Listen gekommen ist (Hildesheim, Göttingen), die Alternativen deutlich besser abgeschnitten haben. Einige herausragende Einzelergebnisse: Buxtehude: AL 8,1 %; Lüneburg: Grüne 8,4 %; Gartow (Gorleben!): Unabhängige Wählergemeinschaft 23,3 Prozent; Wilhelmshaven: Grüne 12,7 %; Braunschweig: Grüne 6,4 %; Osnabrück: Grüne 5,9 %; Hannover: GABL 6,3 %; Hildesheim, GABL 5,4 %, WUL (Wählergemeinschaft Umwelt und Leben) 0,9 %; Göttingen: AGIL (Alternativ-Grüne Initiativenliste) 6,33 %, GLG (Grüne Liste Göttingen) 4,56 %, DKP 1,92 Prozent (Bei Red.-Schluß waren allerdings erst 60 der 108 Wahlbez. ausgezählt); Oldenburg: Grüne 7 %, DKP 7,8 %.

Polen: Demokratisierung am Ende?

Die Situation in Polen und mehr noch die Drohungen seiner „realsozialistischen" Nachbarn haben sich in den letzten Tagen weiter zugespitzt. Besonderer Signalwert kommt dem neuen Ultimatum der sowjetischen Führung zu, bei dem nicht einmal der verschämte Versuch gemacht wird, die grobe Einmischung in Polens Angelegenheiten irgendwie zu kaschieren. Man habe, so wird da räsoniert, **„das volle moralische Recht"**, von Polen Maßnahmen gegen „antisowjetische Umtriebe" zu fordern, zumal solche Umtriebe **„im direkten Widerspruch zu den Bündnispflichten Polens"** stünden. Wobei unter „antisowjetischen Umtrieben" bereits der Appell der Solidarnosc an die sowjetischen Arbeiter zur Bildung autonomer Gewerkschaften zu verstehen ist. Klugheit wird diesem Appell kaum irgendjemand auf der Welt bescheinigen wollen, aber ihn zum Gegenstand ultimativer Drohungen zu machen, ist nur zwischen Staaten möglich, die zueinander in einem Herr- und Knecht-Verhältnis stehen.

Fortsetzung Seite 42







Fotos: Peter Dellin (3)

»Angemessen und sachgerecht«

Polizei-Krawalle in Westberlin

Als „angemessen und sachgerecht" loben Politiker der CDU/CSU, Polizei-Sprecher und Kommentatoren der Rechtspresse einhellig die Polizeiaktion zur Räumung von 8 besetzten Häusern in Westberlin. CDU-Chef Kohl sprach ihnen allen aus dem Herzen, als er die Polizeiaktion als **„Zeichen besonnenen Mutes"** wertete, auf das *„die überwältigende Mehrheit der rechtstreuen Bürger gewartet"* habe. Mit der Polizeiaktion sei *„in einer maßvollen und sorgfältig abgewogenen Weise die Toleranzgrenze des Rechtsstaates"* deutlich gemacht worden (dpa, 24.9.).

Kommentare wie dieser ließen sich stundenlang zitieren. Bis in die letzte Redaktionsstube in der Provinz hat ein Rausch von Glücksgefühl, Kraftprotzereien und Übermut das gesamte rechte Gesindel erfaßt. Stellvertretend für seine ganze Zunft sei hier Herbert Kremp von Springers „Welt" zitiert: **„In dieser Woche hat sich in Deutschland etwas geändert."** Die Gewerkschaften, die Arbeiter, die Gewerbetreibenden, das Parteivolk der Sozialdemokraten, **„die anständigen Leute"** von Westberlin seien nicht länger hinzunehmen bereit, *„daß sich ihre Stadt in das größte Sumpfloch der Nation verwandelt"*. Sie hätten den Re-gierenden deutlich gemacht, „daßgierenden deutlich gemacht, *„daß ihre Geduld mit den Unduldsamen auf der Straße, mit der Lüge ihrer Verharmlosung und sozio-psychologischen Interpretation in den Hauptquartieren der Parteien zu Ende sei ..."*. Die Regierenden *„können im Volk, das sein Ansehen und sein Eigentum bedroht sieht, mit Schafsgeduld nicht mehr rechnen ... Die Mehrheit schweigt nicht mehr"* („Welt", 26.9.).

Solche Jubel- und Rauschgefühle mögen den Herbert Kremp zuletzt bewegt haben, als am Tage der Nazi-Machtergreifung 1933 die braunen Horden im Jubel der **„anständigen Leute"** durch das damals noch ungeteilte Berlin marschierten. Mobilisierung des gesunden Volksempfindens, Lenkung des kochenden Volkszornes gegen fremdstämmige oder politisch radikale Minderheiten – das ist allemal der Traum der Rechten. W i e anständig die mobilisierten **„anständigen Leute"** sind, zeigt sich in der Praxis immer wieder. Beispielweise, wenn *„25 mit Äxten bewaffnete Z u h ä l t e r"* als militante Speerspitze des anständigen Berlins ein von Jungdemokraten besetztes Haus zu stürmen versuchen („Welt", 24.9.). Daß zum bewaffneten Arm des anständigen Berlins natürlich auch die Nazi-Banden gehören, versteht sich von selbst.

Abgesehen von solchen, es sei zugegeben, Extremen, ist festzustellen, daß es in diesem Land immer noch einen soliden Bevölkerungsanteil gibt, der vor progressiven Veränderungen im eigenen Lebenskreis und in der Gesellschaft mehr Angst hat als vor irgendetwas sonst auf der Welt. Das ist zwar keine Mehrheit, aber immerhin ein starker und zäher sozialer Block.

A n d e r s wären Polizeiaktionen wie jetzt in Westberlin gar nicht machbar. Aktionen, bei denen von der Leine gelassene Polizei-Horden im Blutrausch alles zusammenknüppeln, was sich bewegt, einschließlich des Bankangestellten, der gerade die Scherben vor dem Eingang zusammenfegt: Aktionen, bei denen Tränengas aus nächster Nähe in Menschengruppen und Hauseingänge gefeuert wird; Aktionen, bei denen Polizeistiefel die Blumensträuße zertrampeln, die an jenem Ort niedergelegt worden sind, wo kurz zuvor ein junger Mensch ums Leben kam. Allenfalls ein T o t e r weckt Erschütterung. Wer aber spricht von den zerschlagenen Knochen, Kopfplatzwunden, Gehirnerschütterungen, den vielfachen Schmerzen und anhaltenden gesundheitlichen Folgen, die jeder dieser „maßvollen und sorgfältigen" Polizei-Einsätze hinterläßt?

Fortsetzung Seite 2

ALTERNATIVE VERTEIDIGUNG?

»RAF«: Bomben und Schüsse gegen die US-Army

Artikel Seite 3

Fortsetzung von Seite 1

Nachdem das anständige Berlin seine Festtage gehabt hat, ist nun allerdings wieder Zeit für die „Koalition der Vernünftigen" (Weizsäcker). Der Polizeiaktion folgt das Bemühen um einen neuen, breiten Konsens zwecks Spaltung der demokratischen Opposition und Isolierung der „harten Kerne". Den Rahmen für die angestrebte Große Koalition steckt ein gemeinsamer Appell der Westberliner Gewerkschaften und Kapitalistenverbände ab: „ ... *In dieser krisenhaften Situation richtet sich die Hoffnung der schweigenden Mehrheit der Bevölkerung auf die gewählten Repräsentanten im Abgeordnetenhaus, alles zu tun, um der Bevölkerung durch Geschlossenheit aller demokratischen Kräfte das Gefühl der Sicherheit wieder zu vermitteln. Nur auf der Grundlage einer solchen Geschlossenheit können die drängenden Probleme der Stadt gelöst werden ... Es muß wieder das, was von der Mehrheit der Bevölkerung als Grundlage des Zusammenlebens anerkannt und gewollt wird, zur bestimmenden Maxime des politisch verantwortlichen Handelns werden ...*" (zitiert nach „Tagesspiegel", 24.9.).

Es folgten einige häßliche taktische Winkelzüge der SPD: Nachdem die Alternative Liste einen Mißtrauensantrag gegen CDU-Innensenator Lummer angekündigt hatte, spielten einige führende SPDler mit dem Gedanken, der AL durch einen e i g e n e n Mißtrauensantrag den Wind aus den Segeln zu nehmen. Diesem Antrag wären – was von Anfang an voraussehbar war – mehrere rechte und/oder korrupte Abgeordnete der SPD, allen voran der örtliche DGB-Chef Sickert, nicht gefolgt. Am Ende der Taktierei zog die SPD unter heftigem Widerspruch der Jusos ihren angekündigten Mißtrauensantrag zurück und vereinbarte mit der CDU stattdessen einen „Dialog über Wege zu innerem Frieden", zu dem breit eingeladen werden sollte. Zu der Gesprächsrunde, die erstmals am 26.9. stattfand, wurden alle vier Parteien des Abgeordnetenhauses (also auch die AL), die Gewerkschaften, Kirchenvertreter, Kapitalistenverbände, Landesjugendring, Sprecher der Hausbesetzer und von diesen anerkannte „Vermittler" zu Tisch gebeten. Letztere lehnten die Einladung ebenso ab wie der Landesjugendring und die AL. Als Argument stand dabei im Vordergrund, daß man sich nicht mit dem für die Polizeiaktion verantwortlichen Lummer zusammensetzen wolle.

Das Gespräch am 26.9. endete mit einer vagen Ankündigung Weizsäckers, den Hausbesetzern „neue Angebote" zu machen, während der Gespräche darüber auf neue Räumungen zu verzichten und die Gesprächsrunde am 7. Oktober fortzusetzen.

Daß zu einem solchen „Angebot" erst eine große Polizei- und Räumungsaktion mit Dutzenden von Verletzten und einem Toten nötig war, könnte absurd erscheinen. Es entspricht aber ganz und gar der Logik der Herrschenden. Gemäß der alten Doktrin „Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" wechseln in der Strategie der Herrschenden gewalttätige Polizeiaktionen und angeblich „vernünftige" Verhandlungsangebote einander ab. Mit der blutigen Räumung von acht besetzten Häusern hat man, wie einige rechte Kommentatoren zutreffend feixen, „ein Exempel statuiert". Nun hofft man, daß dieses blutige Exempel einen Teil der demokratischen Opposition „zur Vernunft" – d.h. an den Verhandlungstisch bringt, während ein kleinerer Teil in zunehmende Isolation und damit auch zu immer wahnwitzigeren Verzweiflungshandlungen getrieben werden kann.

Daß dies alles den Herrschenden l e i c h t fallen könnte, ist allerdings nicht zu befürchten. Noch vor einigen Monaten konnte es den Anschein haben, als werde nach den (damals noch von SPD-Vogel kommandierten) Polizeiaktionen gegen besetzte Häuser das aktivierbare Protestpotential von Mal zu Mal kleiner und sozial begrenzter. Die starken Reaktionen auf die jüngste Polizeiaktion zeigen aber ein gegenteiliges Bild. Die Präsenz der Alternativen Liste im Abgeordnetenhaus ist dabei ein sehr wichtiger Faktor.

tiger Faktor.

Gorleben-„Aktionstage" vom 2.-4. Oktober

Trotz des inzwischen verhängten Zwischenlager-Baustopps sollen die „Aktionstage" durchgeführt werden, allerdings in veränderter Form.

In einem unter anderem von der BI Lüchow-Dannenberg unterstützten Aufruf wird die momentan zugespitzte Entsorgungskrise dargestellt und die Forderung nach sofortiger Stillegung aller AKW's aktualisiert. Mit dieser Stoßrichtung soll am Sonntag, dem 4.10., ab 13.00 Uhr eine Kundgebung vor den Mauern der ehemaligen Tiefbohrstelle 1003 stattfinden (dies ist der für das Zwischen-

ehemaligen Tiefbohrstelle 1003 stattfinden (dies ist der für das Zwischen-

lager vorgesehene Standort). Vorgesehen sind Sprecher aus La Hague, Wyhl, Kompaktlagerkläger aus Biblis, Gorleben u.a. Außerdem sollen Aktionsvorschläge für den Fall des Baubeginns vorgestellt werden.

Am Samstag, dem 3.10., werden mehrere Arbeitsgruppen sowie Erkundungsfahrten zur Vorbereitung auf den Baubeginn sowie ein Plenum ab 17.00 Uhr in Grabow durchgeführt. Abends findet eine Rockfete statt. Es wird empfohlen, daß einzelne Gruppen und BIs auf offiziellen „Atommülltransportwegen" anreisen und dies mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen koppeln.

Übernachtungen im Landkreis werden organisiert über die Kontaktstelle:

Meuchefitz Nr. 12,
3131 Küsten 1
Tel.: 05841/5977.

Achtung Spitzel!

Peter wird schon seit einiger Zeit als Spitzel verdächtigt. Vor einer Woche hat es uns gereicht. Wir wollten die Sache vom Tisch haben. Wir sind an einem Tag mit ihm sein Leben in den letzten Jahren durchgegangen. Alles, was wir hörten, haben wir überprüft. Es war für ihn und uns die sauberste Lösung.

Wir haben bei seinem Arbeitgeber angerufen, seine Freunde besucht und uns seine Wohnung angesehen. Wir hätten ihn gern entlastet. Wir haben uns jede Information mehrmals bestätigen lassen. Was dabei herauskam, klingt wie ein Märchen, ist nur leider wahr.

Peter ist in mehreren Gruppen als Spitzel verdächtigt worden. Mehrmals ist er rausgeflogen. Aber keine Gruppe warnte die Öffentlichkeit. Diesen Fehler wollen wir nicht machen.

Nehmt euch vor Peter in acht. Schmeißt ihn aus euren Gruppen raus. Gebt uns Bescheid, wenn er bei euch auftaucht!



Peters Lebenslauf

1977 schließt er eine Lehre als Maschinenbauer ab und geht an die Fachoberschule in Delmenhorst. Zu dieser Zeit stirbt ein Verwandter in der DDR und hinterläßt ihm eine beachtliche Erbschaft. Peter fährt oft in die DDR, um dort das Geld zu verjubeln. Auf einer Fahrt wird er als angeblicher Fluchthelfer festgenommen. Er soll in den Knast und seine Erbschaft verlieren, wenn er nicht für den Staatssicherheitsdienst spitzelt. 1978 beginnt er im Westen Fluchthelfer anzuwerben und gibt ihre Namen an den Stasi. Dabei mußte ihm klar sein, daß er Leute für Jahre hinter Gitter bringt. Peter, der ziemlich viele persönliche Schwierigkeiten hat, macht diese Agentendienste nicht nur, weil er in

Agentendienste nicht nur, weil er in

einer Zwangslage steckt. Abenteuerlust und Verdrängung von Minderwertigkeitskomplexen sind mit im Spiel. Auch der Bundesnachrichtendienst bekommt Peter 1978 noch in die Finger. Peter soll nun seine Ostkontakte preisgeben. Aber die Rolle des Doppelagenten macht ihn fertig. Er will den BND linken und Bundeswehrinformationen an die DDR verscherbeln. Daraufhin läßt ihn der BND fallen. Anfang 1979 kommt Peter unter dem Verdacht des Landesverrats in U-Haft. Nach 2 Monaten ist er plötzlich frei. Jetzt muß er für das Rauschgiftdezernat Hannover spitzeln. Angeblich nur große Fische, doch er läßt auch kleine Dealer hochgehen. Seine Bezahlung: Die Benzinkosten. Im gleichen Jahr bekommt er eine Anklage wegen Erpressung, im folgenden 2 wegen Körperverletzung.

Nach und nach werden seine Spitzeldienste in Delmenhorst bekannt. Er kann sich dort nicht mehr sehen lassen. Seine Wohnung gibt er auf und fängt 1980 in Hude an zu arbeiten. Im Oktober gibt er den Job auf. Er hat mehrere 1000 DM Schulden. Nun taucht er in die Oldenburger Sponti-Szene ein, fällt dort aber bald durch seine Fragerei auf. Als die Oldenburger Informationen aus Delmenhorst erhalten, schmeißen sie Peter nach einem harten Verhör raus. In seinem Wagen wird eine Pistole entdeckt. Nun geht Peter zur SDAJ in Bremen. Auch dort wird er rausgeschmissen.

Ostern 81 kommt es zu Krawallen in Vegesack. 3 Tage später taucht Peter bei den Hausbesetzern auf. Er sagt, er wohne in Bremen und gehe dort zur Schule. Beides stimmte nicht. Damit wollte er vertuschen, daß er jeden Tag 100 km fährt, um nach Vegesack zu kommen. Zu diesem Zeitpunkt gibt er monatlich 1500 DM aus. Er hat viele Schulden, aber keinerlei Einkünfte.

Seine Fragerei brachte ihn auch in Bremen-Nord in Spitzelverdacht, aber seine Mitarbeit und persönliche Freundschaften halfen ihm, ungehindert weitere Informationen zu sammeln. Mitte 81 gelang es ihm, in Bremer Szene-Kreise reinzukommen.

Achtung: Peter hat Kontakte nach Syke, Rassum, Rastede und zum DGB. Er verkehrt in Kneipen und Discos im gesamten Umland von Bremen.

Kontaktadresse: TAZ-Büro Bremen, Bernhardstr. 7, Tel. 0421/76699

Bernhardstr. 7, Tel. 0421/76699

Irland-Info-Rundreise

In der Zeit vom 2.10. - 19.10.1981 werden 2 irische Genossen von SINN FEIN/IRA in mehreren Städten der BRD auf Veranstaltungen sprechen. Die Genossen sind Fra Mc Cann, Ex-blancet-man aus Long Kesh und Sean Halpenny, Vertreter des Sinn Fein-Auslandsreferats.

Auch nach dem 10. Hungerstreiktoten in Irland und trotz aller Aktionen und Kämpfe in Irland selbst sowie zahlreicher Solidaritätsaktionen im Ausland (USA, Australien, Frankreich) ist eine Lösung des Konflikts nicht in Sicht.

Die Thatcher-Regierung ignoriert bisher beharrlich die Unterstützung des Hungerstreiks durch die Bevölkerung, sei es durch Wahlen (Bobby Sands, Owen Carron) oder Protestdemonstrationen.

Die Gefangenen haben jedoch erklärt, daß für sie keine Alternative außer der Fortsetzung des Hungerstreiks bis zum Tode besteht, um ihre Identität als Widerstandskämpfer zu erhalten. Dies bedeutet entgegen öffentlich geäußerten Spekulationen, daß der Hungerstreik mit Unterstützung der irischen Bevölkerung fortdauert, auch wenn die INLA erklärt hat, daß sie das bisherige Verhältnis von Gefangenen, die am Hungerstreik teilnehmen, von 1:4 verändern will.

Auf dem Hintergrund der in der BRD öffentlich geführten Diskussionen über die politische Bewertung der Hungerstreiks, in denen die Sinn Fein von einem Teil der Kritiker als Hungerstreik-Partei und tradierte republikanische Organisation denunziert wurde, soll diese neuerliche Rundreise dazu dienen, zum einen diese Kritiken an den richtigen Adressaten zu wenden und zum anderen dazu beitragen die festgefahrene Solidaritätsbewegung hier zu beleben.

Die einzelnen Veranstaltungen werden dezentral und autonom von den jeweiligen örtlichen Veranstaltern inhaltlich vorbereitet. Wir bitten Euch, diese Rundreise entsprechend

tern inhaltlich vorbereitet. Wir bitten Euch, diese Rundreise entsprechend

zu unterstützen, damit die Solidaritätsbewegung für den irischen Widerstand eine breitere Basis bewinnt. Bitte macht die Termine bekannt! Falls Ihr Möglichkeiten für Artikel, Interviews, Info-Stände habt, setzt Euch mit uns in Verbindung.

Die Rundreise wird wieder viel Geld kosten; bitte unterstützt uns mit Spenden, etc.

Mit solidarischen Grüßen
Anti-H-Block-Armagh-Komitee
Frankfurt

2.10.81 Frankfurt
Uni Frankfurt, 19.30 Uhr (Raum wird noch bekanntgegeben)
3.10.81 Kassel
Phillip-Scheidemann-Haus, Holländische Str., 19.30 Uhr
5.10.81 Berlin
Spektrum, Gneisenauerstr. 42, 20.00 Uhr
6.10.81 Bremen
Konsul-Hackfeld-Haus, Birkenstr. 34, vor. 20.00 Uhr
7.10.81 Hamburg
wird noch am Ort bekanntgegeben
8.10.81 Kiel
wird noch am Ort bekanntgegeben
9.10.81 Münster
Kath. Studentengemeinde, Frauenstr. 19.00 Uhr
11.10.81 Aachen
wird noch am Ort bekannt gegeben
12.10.81 Göttingen
zu erfahren über ASTA Göttingen
13.10.81 Marburg
zu erfahren über Theo Bruns, Tel. 06421/27688
14.10.81 Karlsruhe
Gaststätte Ziegler, Baumeisterstr. vor. 20.00 Uhr
15.10.81 Offenburg
Gasthaus Brandeck, Zellerstr., vor 20.00 Uhr
16.10.81 Bochum
Haus der kath. Jugend, Humboldtstr. 19.30 Uhr
19.10.81 Stuttgart
wird noch bekannt gegeben

Am 17.10.81 um 10.30 Uhr findet in Münster, Hindenburgplatz eine zentrale Irland-Demo statt. Verteilt den Aufruf, mobilisiert zu dieser Demo in der britischen Garnisonsstadt!!!



Bericht von der Demo in Itzehoe

Am Sonnabend, den 26.9., fand in Itzehoe eine Demonstration zu den Brokdorf-Prozessen statt. Die Prozesse beginnen am 29.9. vor den Gerichten in Itzehoe. D
Die Demonstration begann mit einer Kundgebung in der Innenstadt, ca. 800 Leute waren aus vielen Norddeutschen Bi's gekommen.

Zuvor waren am Hamburger Treffpunkt die PKW's der Demonstranten gefilzt worden und zwei Leute wurden kurzfristig festgenommen. Auf der Hinfahrt wurden erneut Autos angehalten und durchsucht. Grundsätzlich wurden die Personalien von der Polizei festgestellt.

Auf der Kundgebung in Itzehoe redeten einige der 13 angeklagten AKW-Gegner. Ein Brief von Michael Duffke, der nach wie vor im Knast von Neumünster sitzt, wurde verlesen, unsere Bestürzung über den Tod von K.-J. Rattay aus Westberlin und unsere Solidarität mit den Hausbesetzern wurde ebenso zum Ausdruck gebracht, wie die Unterstützung mit allen Brokdorf-Angeklagten.

Im Anschluß an die Kundgebung formierte sich ein Demonstrationszug zum Polizeihochhaus in Itzehoe, um dort die Forderung nach Freilassung von Michael Duffke zum Ausdruck zu bringen.

Die Demo verlief sehr kämpferisch, aber völlig friedlich. 300 Meter vorm Polizeihochhaus wurden wir in einer engen Straße völlig von den Bullen eingeschlossen. Sofern nicht die Häuser den Weg versperrten, sah man dichte Bullenketten, die durch Wasserwerfer flankiert wurden. Eine formale Auflösungsaufforderung der Polizei an uns mußte schon aus dem Grunde wirkungslos bleiben, weil wir, selbst wenn wir gewollt hätten, die Straße nicht verlassen konnten. Kurz darauf wurden die Wasserwerfer eingesetzt und die Bullen prügelten drauflos.

Nach unseren Informationen gab es mehrere Verletzte und 18 Verhaftungen. Klitschnaß und von Tränengasgranaten eingenebelt, rannten wir, um den Prügeleien zu entkommen. Auf dem Fluchtweg wurden mehrere Scheiben von Banken zertrümmert.

Auf den Sammelpunkten der Demonstranten wurden noch Leute verhaftet. Ein Saniwagen wurde provokativ von Bullen überfallen, auch hier wurden die Personalien der Leute aufgenommen. Viele PKW's wurden auf dem Heimweg noch in Itzehoe von Polizeieinheiten gestoppt.

Um 18 Uhr waren noch 8 Demonstranten inhaftiert, am Sonntag um 12 Uhr noch einer.

Wir fordern-
Sofortige Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren
Sofortige Freilassung von Michael Duffke
Weg mit den Bußgeldbescheiden
Keine Einschränkung der Demonstrationsfreiheit

Prozeßtermine:
29.9. Amtsgericht Itzehoe, 9 Uhr, Raum 13 gegen Ralf, wegen schweren Landfriedensbruch, Widerstand und Gefangenenbefreiung am 28.2.

1.10. Landgericht Itzehoe, 8.30 Uhr gegen Markus Mohr und Michael Duffke, wegen gefährlicher Körperverletzung und schwerem Landfriedensbruch

5.10. Amtsgericht Itzehoe gegen Axel Schrotmann, Frank Breyhahn u.a., wegen Brandanschlägen auf das Amtsgericht und die Stadtwerke in Glückstadt im Nov./Dez. 80

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 20 oder 43 53 46; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als Förder-Abo jährlich 140, halbjährlich DM 75; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,–; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.

Auflage dieser Ausgabe: 6.000

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Alternative Verteidigung?

Bomben und Schüsse gegen die US-Army

Die Friedensbewegung der BRD hat eine neue Variante: die Anschlagserie der wieder in Aktion getretenen RAF und ihrer Freunde auf Einrichtungen und Funktionsträger des US-Militärapparates in der BRD.

Am 31.8. meldete sich die RAF mit einem Bombenanschlag auf das europäische Hauptquartier der US-Airforce in Ramstein. Bei der Detonation sollen 20 Menschen verletzt worden sein; offenbar aber niemand schwer. Ein „Kommando Sigurd Debus“ übernahm im Namen der RAF in einer an die Presse verschickten Erklärung die Urheberschaft für den Anschlag. Man habe die Basis *„angegriffen“*, weil sie die *„Zentrale für den Atomkrieg in Europa“* sei, und im bekannten RAF-Ton: *„Die US-Imperialisten werden ihre Weltbeherrschungspläne nicht in Ruhe vorbereiten und ausführen können. ... Gegen alle resignativen Fluchtphantasien vom atomaren Inferno und den komplementären hilflosen pazifistischen Wünschen sagen wir, daß dieses Monster zu besiegen ist ...“* (Siehe nebenstehende Dokumentation).

Am 16.8. – kurz nach dem provokativen Besuch des US-Außenministers A.Haig in West-Berlin – erfolgte in der Nähe von Heidelberg ein weiterer Anschlag auf den US-General Kroesen. Kroesen ist Oberkommandierender der US-Armee in Europa, Stellvertreter des Nato-Oberkommandierenden in Europa und Befehlshaber der Nato-Heeresgruppe Mitte, deren Hauptquartier sich in Heidelberg befindet. Nach letzten Angaben des BKA wurde Kroesens gepanzerte
berg befindet. Nach letzten Angaben des BKA wurde Kroesens gepanzerte
Limousine bei einem Ampel-Halt kurz vor Heidelberg mit zwei Panzerfäusten angeblich russischer Bauart beschossen. Eine davon habe das Heck des Wagens durchschlagen und ein vierzig Zentimeter großes Loch in die Straße gerissen. Außerdem sei der Wagen von acht Schüssen getroffen worden. Die Insassen des Wagens kamen mit leichten Glassplitter-Verletzungen davon. Am Ort des Anschlags wurde ein Zelt mit „Arbeitsgerät“ gefunden. Von den Akteuren fehlt bisher jede Spur.

Einen Tag nach dem Anschlag übernahm diesmal ein „Kommando Gudrun Ensslin“ der RAF die Verantwortung. Die Erklärung beginnt wie die zum Ramsteiner Anschlag: Kroesen sei *„angegriffen“* worden, weil er einer der US-Generäle sei, *„die die imperialistische Politik in Westeuropa bis zum Golf real in der Hand haben. ... Er bestimmt.., wann und wo Neutronensprengköpfe abgefeuert werden“*. Folgt dann auch hier wieder die bekannte Pose: *„Der Kampf in der Metropole kann den globalen imperialistischen Apparat von hier aus soweit in Schach halten, daß mit den Revolutionären der 3.Welt ein neuer Durchbruch erkämpft werden kann. ... Widerstand heißt, die eigene Praxis in den Zusammenhang der Guerilla stellen“*. (Siehe nebenstehende Dokumentation.)

Eine Serie weiterer (versuchter) Anschläge, nicht von der RAF, sondern von nicht bekanntgewordenen Gruppen, ergänzt diese Aktionen:

– Ein Anschlag auf die SPD-Zentrale Hessen in Frankfurt/M. in der Nacht vom 31.8. auf 1.9., begleitet von einem nicht unterzeichneten „Bekennerbrief“, der sich bemüht, sich dem Ton der RAF-Erklärungen anzugleichen: *„Wir haben in der Nacht zum 1.September 1981 – bundesweiter Friedenstag – die hessische SPD-Zentrale in Frankfurt/Main angegriffen – den Sitzungssaal vollständig abgefackelt* (na ja! – d.V.), *die Umgebung mit antiimperialistischen Parolen besprüht. SPD – weil wir wissen, was die Politik der SPD ist: die Bedingungen für den Krieg der USA zu schaffen“*.

– Ein versuchter Anschag auf die Gleisanlagen der Versorgungslinie des Heidelberger US-Quartiers. Zwei Bomben wurden gefunden und vor der Explosion entschärft. Hinweise auf „Täter“ hat das BKA nicht, eine „Erklärung“ ist nicht bekannt.

– Brandanschläge auf US-Unterkünfte in Wiesbaden – „Täter“ unbekannt.

– Brandanschlag auf das US-Konsulat in Frankfurt – „Täter“ unbekannt.

– Ein mißglückter Bombenanschlag auf Anlagen des Napalm-Produzenten „Dow Chemical“ in Düsseldorf, bei dem der Sprengsatz nicht zündete. Dieser Anschlag wurde erst durch die anschließend verbreitete (technische) Selbstkritik bekannt. Keine Gruppen-Unterschrift.

Es ist zu vermuten, daß eine Reihe weiterer Anschläge, versuchter Sabotage u.ä. dieser Art stattgefunden haben und weiterhin vermehrt stattfinden werden.

Die US-Behörden und Politiker werten die Anschläge als „besorgniserregende Zeichen“ der Zuspitzung des Anti-Amerikanismus in der BRD. Im übrigen erklärt ausgerechnet die Riege der US-Militaristen – Kriegsminister Weinberger, Scharfmacher A.Haig sowie der direkt betroffene Kroesen – einhellig ihre „Verwunderung“, daß Leute, die den Frieden wollen, zur Gewalt und unfriedlichen Mitteln greifen. Bundeskanzler Schmidt mühte sich in einem Telegramm, der US-Regierung volle Solidarität auszudrücken. Die Politiker überboten sich mit Bekundungen von „Abscheu und Empörung“ – natürlich im Namen des ganzen „deutschen Volkes“. Nach jahrelang erprobtem Rezept erwartete man auch die obligatorischen Distanzierungen seitens der verschiedenen Kräfte der Friedensbewegung von den „Mör-
Friedensbewegung von den „Mör-
dern“ und „Gewalttätern“.

Allem Distanzierungsdruck zum Trotz hat es aber den Anschein, als ob sich große Teile der Friedensbewegung keineswegs „wundern“ über die Anschläge auf US-Einrichtungen und -Militärs. Trotz großer Kritik an der RAF vermag sich kaum jemand so recht über die Anschläge aufzuregen. Sie werden eher als unvermeidbare und nicht einmal unbedingt unerwünschte Folge der apokalyptischen Kriegstreiberei der Nato eingeordnet.

Es ist nicht nur die RAF, die hier – wie die „Zeit“ meint – einen „Ausbruch aus der Isolation“ versucht, indem sie sich an die Friedensbewegung „anhängt“. In vielen, vor allem jungen Menschen, wächst die Überzeugung, daß die Kriegstreiber, wenn überhaupt, dann nur mit Gewalt gestoppt werden können. Moralische Empörung über ein paar Bomben gegen die Brutstätten eines millionenfachen Massenmordens und deren Kommandeure will sich sowieso nicht einstellen.

„Klammheimliche Freude“ über die Anschläge darf sich angesichts der juristischen Praktiken in der BRD natürlich nicht in offener Zustimmung äußern. Aber es soll sich niemand darüber hinwegtäuschen, daß sich auch s o l c h e Formen des Widerstands in den Strom einer sich radikalisierenden Friedensbewegung einordnen.

Der Anspruch der RAF allerdings, damit nun als „Avantgarde“ an der Spitze der Bewegung zu stehen, wie es aus ihren Erklärungen hervorgeht, ist mehr als töricht.

Es verrät wenig Augenmaß bzgl. der bestehenden Kräfteverhältnisse und des realen Effekts ihrer Aktionen, wenn in den Erklärungen von „Angriffen“ ins „Herz der Bestie“ oder gar von „in Schach halten“ die Rede ist. Mit solchem theatralischen Geschwätz wird die RAF nach wie vor Kopfschütteln hervorrufen.

Nach wie vor bricht auch die sattsam bekannte Massen-Verachtung der RAF hervor, wenn diese ihre Aktionen ausdrücklich „g e g e n“ alle resignativen Fluchtphantasien“ und die „komplementären hilflosen pazifistischen Wünsche(n)“ stellt, wenn sie als „Widerstand“ nur ihre eigene, enge Definition zulassen will: *„Widerstand heißt die eigene Praxis in den Zusammenhang der Guerilla stellen“*. Das hatte man sogar in den Anfangszeiten der RAF schon sinnvoller gelesen.

Sollte die RAF tatsächlich zu neuen Aktivitäten im Rahmen der Friedensbewegung aufbrechen wollen, dann wird sie bescheidener und realistischer auftreten müssen; andernfalls wird sie die von ihr erstrebte Verbindung von illegalem und legalem Widerstand eher erschweren.

Dokumentation

Die Zentren, die Basen und die Strategen der amerikanischen Militärmaschinerie angreifen

Gegen den imperialistischen Krieg im internationalen Klassenkrieg kämpfen

heute haben wir mit dem KOMMANDO GUDRUN ENSSLIN den oberkommandierenden der us-army und des nato-abschnitts europa mitte, general kroesen angegriffen.

er ist einer der us-generäle, die die imperialistische politik in westeuropa bis zum golf real in der hand haben, weil er über den einsatz und die mittel in der konfrontation entscheidet. er bestimmt über die konventionelle verwüstung und legt fest, wann und wo neutronensprengköpfe abgefeuert werden. er befiehlt den us-interventionstruppen, die hier zum einsatz bis hin zum golf stehen. er ist neben rogers der stratege, der von der front europa ins pentagon gerufen wird, wie zum beispiel bei der entscheidung für eine intervention im iran.

er wird einer der amerikanischen militärs sein, die statt schmidt, genscher, strauss, kohl oder wer es dann auch ist, die brd offen kommandieren wollen, wenn der widerstand den kolonialstatus dieses landes ernsthaft erschüttert. dafür wird unter anderem seit jahren die brd-linke im computer im heidelberger headquarter gespeichert.

er trifft sich regelmäßig mit der bundesanwaltschaft zur permanenten abstimmung und für die direkte lagebeurteilung, die mit den in der nato zusammengefaßten westlichen geheimdienstberichten die anti-guerilla-kriegführung der usa in westeuropa bestimmt.

kroesen ist frontgeneral.

westeuropa ist nicht mehr hinterland, von dem aus der imperialismus krieg führt – es ist nach den siegen in den befreiungskriegen in der 3.welt, nach der entwicklung der guerilla in westeuropa, nach dem einbruch der imperialistischen gesamtkrise auch teil der weltweiten front geworden. der teil, in dem sie zwar alles besitzen, aber auch der teil, der zum angelpunkt dafür geworden ist, daß der prozeß der befreiung auf der ganzen, weltweiten linie wirklich weitergeht.

DER KAMPF IN DER METROPOLE KANN DEN GLOBALEN IMPERIALISTISCHEN APPARAT VON HIER AUS SOWEIT IN SCHACH HALTEN, DASS MIT DEN REVOLUTIONÄREN IN DER 3.WELT EIN NEUER DURCHBRUCH ERKÄMPFT WERDEN KANN – DER KAMPF IN DER METROPOLE JETZT SIND DIE REALEN SCHRITTE DER REVOLUTION IM ZENTRUM SELBST, DIE HIER NUR EINE PERMANENTE UMWÄLZUNG IM PROZESS DER ENTWICKLUNG DES REVOLUTIONÄREN WIDERSTANDS SEIN KANN.

widerstand heißt angriff gegen den konterrevolutionären angriff.
widerstand heißt die eigene praxis in den zusammenhang der guerilla stellen.
guerilla, der kampf der gefangenen aus der guerilla, der kampf der antiimperialistischen militanten sind die linien, die als eine einheit die revolutionäre front in westeuropa bilden – oder bilden werden.

ALLE KÄMPFE FÜR LEBENSBEDINGUNGEN IN ALLEN BEREICHEN ALS ANTIIMPERIALISTISCHEN KAMPF FÜHREN, ALSO ZUR FRONT BRINGEN.
DEN KAMPF DER GEFANGENEN ALS ZENTRALEN BESTANDTEIL DES REVOLUTIONÄREN KAMPFS ZUR EIGENEN SACHE MACHEN, UNTERSTÜTZT DIE GEFANGENEN HIER, IN IRLAND, IN DER TÜRKEI, ITALIEN, SPANIEN.

DIE WESTEUROPÄISCHE GUERILLA ERSCHÜTTERT DIESES ZENTRUM

KÄMPFT MIT UNS

rote armee fraktion
15.9.1981

Krieg dem imperialistischen Krieg

Die Zentren, die Basen und die Strategen der amerikanischen Militärmaschine angreifen

heute haben wir mit dem KOMMANDO SIGURD DEBUS das hauptquartier der us-airforce in europa in ramstein angegriffen.

die us-imperialisten werden ihre weltbeherrschungspläne nicht in ruhe vorbereiten und ausführen können.

sie wollen den krieg.
sie wollen die geschichte zurückdrehen hinter die offensive der befreiungsbewegungen, die ihre politische und militärische macht weltweit zurückgedrängt hat. der hebel dazu soll sein, das militärische gleichgewicht zwischen den sozialistischen und den imperialistischen staaten umzuwerfen.

diese historische veränderung zurückzurollen, wieder zur stärksten, allesbeherrschenden weltmacht zu werden, ist ihr erklärtes ziel. das heißt: die direkte vorbereitung der kriegführung an allen fronten in europa und in der 3.welt.

alle schritte in den letzten 10 jahren – der beginn der technologischen umrüstung und der strategischen neustrukturierung ihrer kriegsmaschine seit dem höhepunkt des vietnamkriegs, die realisierung des nato-langzeitprogramms, neutronenbombe, der „kampf gegen den internationalen terrorismus“: ein geschlossenes programm zur aufstandsbekämpfung in westeuropa, die steuerung des massenmords in el salvador, der nato-putsch in der türkei – haben dieses ziel.

jetzt kehrt der imperialistische vernichtungskrieg aus der 3.welt nach europa zurück, von wo er ausgegangen war. die menschen in europa, in der brd, begreifen, daß es ihre vernichtung bedeutet, wenn diese entwicklung nicht aufgehalten wird. sie bekommen jetzt eine direkte, körperlich nahe vorstellung davon, was für die menschen in afrika, asien, lateinamerika seit hunderten von jahren wirklichkeit ist:
imperialismus in der lage von beherrschten.
daß imperialismus, im wesen und als system, vernichtung ist – solange und soweit der widerstand nicht stark genug ist, diese klasse zu stoppen.

gegen alle resignativen fluchtphantasien vom atomaren inferno und den komplementären hilflosen pazifistischen wünschen sagen wir, daß dieses monster zu besiegen ist, wenn wir hier im zentrum den widerstand zur schärfe der wirklichen situation bringen, und so die politisch-militärische strategie offensiv im kampf entwickeln, die die politische basis des imperialismus im zentrum schneller zum zusammenbruch bringt, als sie ihre pläne realisieren können.

ramstein, das hauptquartier der us-airforce in europa und der nato-luftwaffe in europa, größter amerikanischer flughafen außerhalb der usa, ist die zentrale für den atomkrieg in europa. hier sitzt der stab für die nukleare kriegführung, von hier sollen cruise missiles gestartet und der abschuß der pershing 2 ausgelöst werden. von hier starten die atomjäger und die awacs-kommandostände, hier ist das relais für die strategischen bomber aus den usa und das einfallstor für die truppen aus den usa. für den krieg in der dritten welt ist ramstein startbasis. wenn die imperialisten sich des nahen ostens und des golfs nicht mehr sicher sein können, werden sie von hier ihre unterwerfungsmaschine losschicken.

die us-militärstrategie ist das äußerste mittel der politik der imperialistischen staatenkette, alle politischen, ökonomischen und sozialen mittel sind auf sie abgestimmt. sie bestimmt die gesellschaftliche entwicklung in den natoländern und in ihr kommt dieses system – imperialistische politik insgesamt – wie in einem brennpunkt auf seinen reinen begriff.

der schleichende tod im 24-stundentag der metropole, die zerstörung im existenzkampf, perspektivlosigkeit, entfremdung, die entmenschlichung der arbeit, die tendenz zur eleminierung der menschen durch die maschine aus der produktion überhaupt, die vernichtung der lebensbedingungen durch atomindustrie, chemie, beton, die gefängnisse, die kontrolle und kanalisierung aller lebensäußerungen und ihre repression, wenn sie nicht für das system umgedreht werden können.

wer gegen den imperialistischen krieg kämpfen will, muß für die zerstörung des imperialistischen systems kämpfen.

DEN WIDERSTAND GEGEN DIE VERNICHTUNG ZUR FRONT FÜR DIE REVOLUTION IN EUROPA ENTWICKELN

DEN KAMPF IN DER METROPOLE GEMEINSAM MIT DEN REVOLUTIONÄREN IN DER 3.WELT FÜHREN

rote armee fraktion
31.8.1981

Das waren die Ziele

General Kroesen

Us-General Kroesen befehligt die 200 000 Mann starke 7.Us-Armee, die zu 97% in der Bundesrepublik stationiert ist. (Vor allem in Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland sowie Niedersachsen). Er ist als Oberbefehlshaber der USAEUR (Us-Streitkräfte in Europa) zugleich Befehlshaber der NATO-Heeresgruppe Mitte (CENTAG), deren Hauptquartier sich in Heidelberg befindet (siehe auch AK 203). Zur CENTAG gehören ein canadisches Corps und je zwei westdeutsche und amerikanische Corps mit insgesamt 350 000 Mann.

Kroesen selbst ist durch und durch ein Krieger. Mit 20 Jahren trat er in die Armee ein und kam 1944 mit der 63.US-Infanteriedivision nach Europa, war dann bis 1947 in Karlsruhe als Nachrichtenoffizier. Nach seiner Generals-Ausbildung war er von Mai 1968 bis Mai 1969 sowie von Juli 1971 bis Mai 1972 als Brigadekommandeur, Divisionskommandeur und stellvertretender kommandierender General in Vietnam eingesetzt. Von Oktober 1974 bis Oktober 1976 war er erst stellvertretender Kommandeur des 5.US-Corps in Frankfurt und anschließend Kommandeur des 7.US-Armee-Corps in Stuttgart. Nachdem er dann u.a. ein Jahr lang beim US-Verteidigungsministerium war, kehrte Kroesen 1979 wieder nach Europa zurück und wurde zum Befehlshaber der NATO-Heeresgruppe Mitte ernannt.

Air-Base Ramstein

Über 6000 amerikanische und mehr als 600 Militärs aus anderen NATO-Staaten (BRD, Kanada, GB, NL, Belgien) sind in Ramstein stationiert. Hier befinden sich das Hauptquartier der US-Luftstreitkräfte in Europa (USAFE/United State Air Force in Europe) und das Hauptquartier der Alliierten Luftstreitkräfte Europa Mitte (AAFCE/Allied Air Force Center in Europe).

In den Jahren 1951 - 53 als Flugplatz für Jagdbomber angelegt, wurde Ramstein von 1973 bis 1975 zum militärischen Frachtflughafen erweitert und mit einer unterirdischen Tankanlage ausgestattet. In Ramstein sind zwei Staffeln des 86. taktischen Jagdgeschwaders der US-Air Force mit 48 Maschinen des Typs Phantom F 4 stationiert. Diese Jagdbomber können je zwei Atombomben transportieren und haben eine Reichweite von 2600 km. Im „Ernstfall“ sollen weitere 48 Phantom F 4 des 4. Taktischen Jagdgeschwaders aus den USA nach Ramstein verlegt werden, was jährlich geübt wird.

Nach einem Bericht der „Welt am Sonntag“ sind auch die sechs „Hercules“-Transporter, die im April '80 an der mißlungenen US-Agression im Iran teilgenommen haben, in Ramstein gestartet. Die bei diesem Kommando-Unternehmen verwundeten Soldaten, wurden im US-Hospital in Kirchberg bei Landstuhl ärztlich versorgt.

Ramstein gilt als Zwischenlandeplatz für US-Militärflugzeuge, die in die Türkei und den Nahen Osten fliegen. In Ramstein laufen viele Fäden der US-Militärs und der NATO zusammen. Kommandierende Generale wechseln von Ramstein nach Brüssel und umgekehrt. Auch die Konferenz über die NATO-Strategie im April 1980 in Ramstein deuten darauf hin, welche herausragende Rolle dieser Ort für die US-Imperialisten bei der Eroberung der Weltherrschaft spielen soll.

(Alle Informationen nach: „Region Kaiserslautern, größtes atomares Machtzentrum der USA und der NATO in Europa“; KOFAZ Kaiserslautern).



Foto: Peter Homann

Westberliner DGB-Spitze: Für Lummer und die neue Heimat

Sechs der acht besetzten Häuser sind im Besitz der gewerkschaftseigenen Neuen Heimat. Sie hatte durch ihr Räumungsersuchen und die Strafanzeige gegen die Besetzer dem CDU-Innensenator Lummer den brutalen Polizeieinsatz ermöglicht.

Die Vorgänge haben wieder einmal auff die Praktiken und die Verfilzung dieses kapitalistischen Wohnungsunternehmens mit der Westberliner DGB-Spitze aufmerksam gemacht.

Neue Heimat und DGB-Spitze

Heftige Proteste von Gewerkschaftsgruppen, gewerkschaftlichen „Paten" für besetzte Häuser und im DGB selber hatten zunächst dazu geführt, daß der Westberliner DGB sich mit dem Vorgehen der Neuen Heimat (NH) befassen mußte. Einen Tag vor der Räumung tagte der DGB-Landesbezirksvorstand. Unter anderem lag ihm ein Antrag der GEW vor, der die Zurücknahme der Strafanträge durch die NH forderte. Dieser Antrag wurde von allen Gewerkschaftsvorsitzenden abgelehnt: allein die HBV enthielt sich der Stimme. Damit hatte der DGB grünes Licht für Lummers Räumungsaktion gegeben. Zuvor schien es noch so, daß eventuell ein anderer Beschluß möglich sei, da der DGB-Vorsitzende Sickert zeitweise auf die Vogel-Linie umgeschwenkt war, die eine Aufschiebung der Räumungsentscheidung forderte. Angeblich soll der Stimmungsumschwung im DGB durch die Besetzung des Gewerkschaftshauses in Schöneberg durch eine kleine Gruppe Demonstranten beeinflußt worden sein. Das ist aber wohl kaum mehr als eine Zweckbehauptung.

Denn schon vorher war die Haltung der DGB-Spitze zu den Hausbesetzungen eindeutig feindselig. Der IGM-Vorsitzende Horst Wagner bezeichnete die Hausbesetzer als *„faschistoides Gesindel"*. Die IG Bau Steine Erden (BSE) bereitete eine Bauarbeiter-Demonstration vor, die

schistoides Gesindel". Die IG Bau Steine Erden (BSE) bereitete eine Bauarbeiter-Demonstration vor, die gegen die Hausbesetzer als Arbeitsplatzvernichter gerichtet war. Sie hat inzwischen gegen „Paten", die Mitglieder der BSE sind, Gewerkschaftsausschlußverfahren eingeleitet.

Schaut man sich die Interessenlage der DGB-Führung gegenüber der Neuen Heimat an, wird ihr Vorgehen verständlicher:

Die Neue Heimat ist zu 100 % im Gewerkschaftsbesitz. Ca. ein Drittel der Beteiligung an der NH hält der DGB, größere Anteile die IGM und die BSE; der Rest verteilt sich zu kleinen Teilen auf die übrigen Gewerkschaften. Der BSE-Vorsitzende Koch sitzt als einer von fünf Gewerkschaftsvertretern im NH-Aufsichtsrat. Er hat von Beginn an Lummers Räumungsabsicht unterstützt.

Vor allem die DGB-Spitze und die größeren Einzelgewerkschaften haben ein unmittelbares Interesse an der von der Neuen Heimat betriebenen Wohnungsbaupolitik, die im alten SPD-Senat über die Gewerkschaftslobby enge Unterstützung fand.

Neue Heimat: ein ganz normaler kapitalistischer Profit-Betrieb

Glaube keiner, daß die NH als gewerkschaftseigenes Unternehmen etwa eine arbeitnehmerfreundlichere Wohnungspolitik betreibt. Mit ihr verbindet sich der Wohn-Ghetto-Bau in den Trabantenstädten und das ICC (Congreßzentrum). Sie begründete ihre Räumungsersuchen demagogisch damit, daß sie die Häuser brauche, um ihrem „gesetzlichen Sanierungsauftrag" nachzukommen. Man wolle die besetzten Häuser zugunsten „kinderreicher Familien" sanieren ...!

Der „Aktionskreis von Gewerkschaftern im DGB ‚Für eine Wende in der Wohnungspolitik' " hat dazu am Beispiel der mittlerweile geräumten Bülowstraße 89 geschrieben, daß aus dem Haus mit derzeit 22 Wohnungen 29 Wohnungen mit dem üblichen Standard von Neubauwohnungen gemacht werden sollen: *„Das Haus, das mit relativ wenig Aufwand renoviert und bewohnbar gemacht werden kann, wird einem inneren Kahlschlag unterzogen werden. Wände werden wahrscheinlich versetzt, möglicherweise Bäder herausgerissen, um an anderer Stelle neu eingebaut zu werden. Grund für die unsinnigen Maßnahmen: ‚Umfassende bauliche Veränderungen' sind notwendig, um*

den. Grund für die unsinnigen Maßnahmen: ‚Umfassende bauliche Veränderungen' sind notwendig, um *staatliche Förderungsmittel bei dieser Art von Sanierung zu erhalten. Nach § 17 des Wohnungsbaugesetzes wird also die NH 15 % des erforderlichen Kapitals aus Eigenmitteln aufbringen, 85 % werden zum Teil durch direkte staatliche Zuschüsse aufgebracht, zum Teil als Kredite aufgenommen, wobei der Staat die Zinsbelastung von derzeit 10 % voll übernimmt"* (aus: „Unsere Neue Heimat?"). Folge: Die Mieten für die kinderreichen Familien steigen bei dieser Art Sanierung um fast das Doppelte von heute 2,– DM bis 2,50 DM/qm auf 4,37 DM Kaltmiete plus 2,50 DM Heizung und Warmwasser.

DGB staatstragend, BSE mobilisiert „schweigende Mehrheit"

Vom DGB-Vorsitzenden Sickert stammt die Äußerung an Lummers Adresse: *„Wenn es Ihnen gelingt zu räumen, kann man Sie zu recht als Held bezeichnen; andernfalls können Sie Ihren Hut nehmen"* (lt. „Neue", 23.9.). Nun, Sickert hat seinen „Helden". Nicht zuletzt wegen des Widerstands der SPD-Gewerkschafter (vor allem die Abgeordneten Sickert/DGB und Wagner/IGM) soll, wie gemunkelt wird, Vogel seinen Mißtrauensantrag gegen Lummer zurückgezogen haben. Stattdessen bietet sich der DGB jetzt als Partner für den großen „Dialog" der Herrschenden an. Demonstrativ hat die Westberliner DGB-Spitze zusammen mit der DAG, mit den Kapitalistenverbänden, der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer zwei Tage nach der Räumung einen Appell gestartet, die „schweigende Mehrheit" gegen die „Chaoten" zu mobilisieren, damit in der Bevölkerung wieder *„Gefühle von Sicherheit"* vermittelt werden. Kommentar des DGB zu dieser Erklärung: *„Ungewöhnliche Zeiten erfordern ungewöhnliche Schritte"* („taz", 25.9.).

Noch ein Stück weiter ging der BSE-Vorsitzende Werner Koch: Provokativ hielt er an der Bauarbeiter-Demonstration zwei Tage nach der Räumung fest. Einerseits war es erfreulich, daß nur die Hälfte der erwarteten 5.000 Teilnehmer kamen; andererseits konnten die BSE-Demagogen unter Beifall die Hausbesetzer

andererseits konnten die BSE-Demagogen unter Beifall die Hausbesetzer für die zunehmende Arbeitslosigkeit auf dem Bau verantwortlich machen. Die rechtsradikale „Bürgeraktion gegen Chaos" konnte ungehindert mitdemonstrieren und ihr Transparent *„Hausbesetzungen dürfen keine Arbeitsplätze vernichten"* mitführen. Koch dankte in seiner Rede ausdrücklich für den *„vorbildlichen und besonnenen"* Einsatz der Polizei bei der *„friedlichen Räumung der besetzten Häuser"* („Frankfurter Rundschau", 25.9.). Höhepunkt war die Behauptung, daß *„Randalierer und Chaoten ... alles zerstören, was Berliner Bauarbeiter aus den Trümmern wieder aufgebaut haben"*. Zu dieser Demonstration hatte auch die Bauindustrie aufgerufen und in einigen Betrieben wurde der Verdienstausfall ab 14.00 Uhr bezahlt. Heute schon sind 10 % der Westberliner Bauarbeiter (26.000 an der Zahl) arbeitslos; bis zum Jahresende wird diese Zahl schätzungsweise auf 7.000 Arbeitslose steigen. Und daran soll allen Ernstes die Besetzung von 160 Häusern schuld sein?

Das Verhalten der DGB-Spitze in einer solchen zugespitzten Situation hat deutlich gemacht, wo diese im Zweifelsfall immer noch zu finden ist: an der Seite der Industrie und der Regierenden.

Auf der anderen Seite hat der Widerstand vor allem in der GEW, der ÖTV, der IG Druck, in Teilen der IGM, und sogar in der BSE zugenommen. Allerdings muß diese Opposition sich auf harte Auseinandersetzungen gefaßt machen. Ausschlußverfahren in der BSE laufen; die ÖTV-Bezirksverwaltung schickte allen 4.000 Funktionären ein Schreiben, in dem die öffentlich erklärte „Patenschaft" der ÖTV-Betriebsgruppe Klinikum Westend für ein besetztes Haus scharf kritisiert wurde („Welt der Arbeit", 17.9.). Mittlerweile hat die ÖTV-Betriebsgruppe an der TU öffentlich erklärt, im Fall der Räumung ein Spendenkonto einzurichten „ *und* (will) *alle unsere Mitglieder an der TU dazu aufrufen, einen Teil ihrer Gewerkschaftsbeiträge auf dieses Konto einzuzahlen"*.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

-Betriebsrat-

Deutsche Vergaser Gesellschaft GmbH+CoKG

DVG Vergaser Klappenstutzen

Deutsche Vergaser Gesellschaft GmbH+CoKG Postfach 11 01 65 1000 Berlin 11

Scheringstraße 13-28 1000 Berlin 65
Telefon 4605-1

An den
Regierenden Bürgermeister von Berlin
Herrn v. Weizsäcker
Neue Heimat, Berlin
Landesvorstand des DGB

OFFENER BRIEF

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen	Bearbeiter 030/4605-	Datum
		v.Sch/Jü.-		23.09.1981

Sehr geehrte Herren!

Mit großer Betroffenheit erfuhren wir, daß Sie Ankündigungen wahrgemacht haben, 8 besetzte Häuser wider alle politische Vernunft räumen zu lassen.
Der Tod eines jungen Mannes und die Eskalation der Gewalt waren vorhersehbar und durch keine Eigentumsansprüche zu rechtfertigen.

Die Neue Heimat, die sich als gewerkschaftseigner Betrieb besonders sozial verpflichtet fühlen sollte, erweist sich durch den Räumungsantrag einmal mehr als Pfahl im Fleische der Arbeiterbewegung.
Wenn wir bisher zu den Fragen von Spekulantentum und der sozialen Verpflichtung "gemeinnütziger" Wohnungsbaugesellschaften geschwiegen haben, so lag dem die Hoffnung zugrunde, daß die Konfrontation nicht auf die Spitze getrieben wird.

Wenn sich erste Zeugenaussagen bestätigen, daß die Demonstranten rücksichtslos in den fließenden Verkehr getrieben wurden und ein Busfahrer trotz Erkennens der Gefährdung von Menschen voll durchgefahren ist, dann müssen sich auch diejenigen Politiker, die durch Bezeichnungen wie "faschistoides Gesindel" in Bezug auf Hausbesetzer eine Pogromstimmung in der Bevölkerung erzeugten, nach dem Anteil ihrer Verantwortung an den Vorfällen fragen lassen.

Wir fordern eine rückhaltlose Aufklärung der Vorfälle, politische Konsequenzen bei den Verantwortlichen und einen Wandel zu einer wirklichen sozialen Wohnungspolitik.

Der Betriebsrat
-J. Schuckmann-
i.A. [Unterschrift]

aus: TAZ, 25.9.81

aus: TAZ – Berlinausgabe

Szenen vom cleanen und manifesten Terror

"Die Verantwortung tragen die, die die Gewalt gesät haben", tönt es aus allen Röhren des CDU-Senates und der Springer-Presse. Bei den Räumungen der besetzten Häuser sei es in den meisten Fällen "gewaltlos" zugegangen. Auch in der Hermsdorferstraße 4, im Wedding weit ab von den Zentren der Bewegung. In einem Umkreis von 500 m hatten Polizeikräfte das Gebiet abgesperrt, Unbeteiligte konnten nicht einmal in Sichtweite des Geschehens gelangen, Anwohner kamen nur mit Personalausweis in ihre Häuser. Die Polizeipräsenz war so erdrückend, daß die Stimmung in dem abgesperrten Gelände benahe friedlich erschien.

Die über 110 im Hause Anwesenden wurden freundlich gebeten, einer nach dem anderen, doch hinauszukommen zur Feststellung der Personalien,der erkennungsdienstlichen Behandlung. Die Liste der strafrechtlichen Vorwürfe ist lang und reicht bis "Freiheitsberaubung". Viele von ihnen saßen bis abends in Polizeigewahrsam. Da hat niemand gerufen, keine Träne und kein Tropfen Blut, der cleane Terror. Wenn Gewalt übermächtig wird, scheint sie gleichzeitig unsichtbar zu werden.

Szenenwechsel: Potsdamerstraße nachmittags

Potsdamerstraße: Um die Blutlache, die inzwischen mit Blumen übersät ist, sitzen ungefähr hundert Leute und halten Mahnwache. Viele weinen, andere diskutieren, einige schreien ihre Wut hinaus: "Mörder, Mörder!" Dazwischen steht eine Frau, um die Sechzig mit schütteren grauen Haaren, und redet leise und beruhigend auf die Menge ein.

Als klar ist, daß die Räumung der Straße vom Kleistpark her jeden Moment kommt, geht sie zwischen Polizei Sitzstreikende. Die Wannen rücken vor, von der Bülowstraße her werden die ersten Tränengaspatronen voll in die Sitzenden gefeuert. Im Tumult der Flüchtenden irrt die Frau herum, will zur Seite rennen. Sie ist kaum auf den Füßen, da schreit sie auf, eine mannshoch aus ca. 20 Metern abgefeuerte Gaskartusche trifft sie voll an der Stirn. Sie wankt zum Straßenrand, bricht dort zusammen.

Leute, die ihr zur Hilfe eilen, um sich schützend über sie zu beugen, werden von den vorbeirennenden Cops so nebenbei malträtiert. Ein Wannenführer ruft die Ambulanz, aus dem Wagen ist zu hören: "Scheiße, das fehlt uns gerade noch."

Die Stirn der Verletzten schwillt inzwischen immer mehr an, als nach wenigen Minuten ein Krankenwagen der Polizei tatsächlich eintrifft, ist ihr fliehender Puls kaum noch zu tasten. Ihre Courage ist jedoch ungebrochen, noch auf der Trage ruft sie um Hilfe: "Die kriegen mich nicht klein, die nicht, das haben die Nazis schon umsonst probiert."

Fast zur gleichen Stunde

Fast zur gleichen Stunde

Ein Angestellter der Berliner Bank fegt mit einem Besen die Scherben vor der Eingangstür zusammen. Die Cops stürmen heran. Ein B. schlägt mit seinem Knüppel beim Laufen immer an die Betonstellen neben Aldis Fensterscheiben. Als er bei dem fegenden Angestellten ankommt, schlägt er ihn so nieder, daß er liegen bleibt. Die Cpos stürmen weiter ohne sich um ihn zu kümmern.

Am Abend

kommt der Schweigemarsch der 10.000 vor dem besetzten und geräumten Haus Bülowstraße 89 an. Tausende setzen sich auf die Straße. Vor dem Eingang steht ein Polizeiwagen mit einer Handvoll Beamter "zur Sicherung des Hauses", meint ein Polizeipressesprecher später. Sie hatten dort den Tag über gestanden, und waren stehen gelassen worden, als die Demonstration ankam. Die Polizei hatte mehr als 1.000 Beamte im Einsatz, weil sie die Parole kannte: "Für jedes geräumte Haus eine Million Scachschaden". Der vereinzelte Polizeiwagen vor der Bülowstraße 89 wurde dann erwartungsgemäß zum Stein des Anstoßes, zum Anlaß der militanten Auseinandersetzungen. Sie sei weder absehbar noch bewußt gewesen, meinte ein Polizeipressesprecher.

In dem geräumten Haus Bülowstraße 89 hatte sich der siegestrunkene Lummer am Nachmittag der Presse präsentiert. Es sei die Pflicht des Senators, sich "vor Ort" über polizeiliche Maßnahmen zu informieren. Ein Fernsehinterview hat er gegeben und aus dem Fenster den Presseleuten zugewunken. Während er das Haus "besichtigte" und von "Kaputtbesetzern" sprach, wurden im Hinterhaus im Auftrage der Neuen Heimat die Fenster rausgeschlagen und in den Hof hinuntergeworfen. Während der Kriegssenator seinen Sieg auskostete, wurden 200 Meter weiter empörte Demonstranten über die Straße getrieben, einer unter den Bus.

Politik müsse man nicht für Minderheiten, sondern auch für die Mehrheit der Bevölkerung betreiben, hat der Senator in diesen Tagen mehrfach auf die Frage nach der Notwendigkeit der Räumungen gesagt. Die Berliner Bauarbeiter, die für ihre Gewerkschaft Bau, Steine Erden die harte Linie in der Neuen Heimat durchsetzten, werden nicht einmal durch die paar Renovierungen Arbeit bekommen, die sie an den vielen leerstehenden Häusern nicht hätten haben können. Für Lummers Klientel in der Bevölkerung war die Siegerpose gedacht.

Nachts am gleichen Ort

Tränengasgranaten werden in die sitzenden Menschen hineingeschossen. Die B. schießen aus der Bülowstraße heraus. Da die Leute um die Ecke an der Gedenkstätte hocken, handelt es sich um einen Winkel. Sie schießen also ihre Granaten so, daß sie zunächst an der Hauswand der Deutschen Bank als Bande aufprallen und von dort völlig ungezielt in die Menge fallen.

Eine der üblichen mitternachtlichen Prügelszenen: 0.30 Uhr im Altenheim Kurfür-

Eine der üblichen mitternachtlichen Prügelszenen: 0.30 Uhr im Altenheim Kurfür-stenstraße/Ecke Froebenstraße. Ein paar Leute haben sich auf den Rasen geflüchtet und hocken dort, um den prügelnden und greifenden Trupps auf der Straße zu entgehen. Ein B.-Trupp stürmt durch die Pforte auf den Rasen. Gespenstische Szene, man sieht nur die vielen weißen Helme und dumpfes Geknüppele und Gebrülle der B. Die Leute werden von den B.'s auf die Straße getrieben.

0.30 Uhr: Suchscheinwerfer leuchten ganze Häuserfassaden in der Kurfürsten- und Potsdamerstraße vom 4. Stock abwärts ab. Die Auswirkung der Hetzkampagnen bestimmter Medien; Bemerkungen am Rande der gestrigen Demonstration: "Man sollte euch alle vergasen", "Schade, daß es die NSDAP nicht mehr gibt", "Die Endlösung kommt,am 24.9." und schließlich "Solche Leute haben überhaupt keinen Tod". **Jo/K.W./O.P.**

„In den Tod getrieben"

Acht Zeugen widersprechen der Polizeiversion

Acht Zeugen, die den Tod des 18jährigen Klaus-Jürgen Rattay am Dienstagnachmittag miterlebt hatten, schilderten gestern auf einer Pressekonferenz der AL den Hergang der Ereignisse. Ihre Schilderungen widersprechen sehr stark den Darstellungen der Berliner Polizei.

Nach Auskunft der Zeugen sollen die Demonstranten vor dem geräumten Haus Bülowstraße 89 bereits in Aufbruchstimmung gewesen sein, als bekannt wurde, daß Innensenator Lummer in das Haus kommen würde. Danach formierten sich die Demonstranten wieder, riefen Parolen gegen Lummer, es sollen auch vereinzelt leere Bierdosen auf die vor den Demonstranten stehende Polizeikette geworfen worden sein. Alle Zeugen widersprachen jedoch den Auskünften des Polizeipräsidenten Klaus Hübner im Sicherheitsausschuß, daß die Beamten mit einem Steinhagel und Tränengas „bombardiert" worden seien.

Die dichte Polizeikette hätte sich schließlich mit Hunden auf die Protestierenden zubewegt und sie dann in schnellem Tempo in Richtung Potsdamer Straße getrieben. Auf der Kreuzung herrschte nach Auskunft der Zeugen lebhafter Verkehr. Ein Teil der Demonstranten sei dann, verfolgt von den Polizisten, über die Potsdamer Straße gelaufen, unter ihnen Klaus-Jürgen Rattay. Nach den Zeugenaussagen muß er den von der Kreuzungsampel anfahrenden Bus nicht gesehen haben. Als der Bus direkt vor ihm gewesen sei, habe er die Hände hochgehoben, sei dann vom Bus erfaßt worden und unter das linke Vorderrad gezogen worden. In diesem Augenblick habe der vorher relativ langsam fahrende Bus beschleunigt.

Erst danach; berichteten alle Zeugen übereinstimmend, seien von Demonstranten Scheiben eingeschlagen worden und hätte sich auch ein junger Mann auf die vordere Stoßstange gestellt. Alle Versuche, den Bus zum Halten zu bringen, seien erst erfolgreich gewesen, als Klaus-Jürgen Rattay bereits 60 bis 80 Meter mitgeschleift worden sei. Die Polizei habe sich nicht bemüht, den Bus anzuhalten. Der Busfahrer stand zu diesem Zeitpunkt bereits unter einem Schock.

aus: Volksblatt Berlin, 24.9.81

Solidarität mit den Berliner Hausbesetzern!

Bremen

Nach Bekanntwerden der Vorgänge in Westberlin versammelten sich 80 bis 90 Menschen aus linken Initiativen und Organisationen in den Räumen der "Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen" (BBA). Eine erste spontane Demonstration noch am selben Abend wurde beschlossen, sowie eine größere Demo am nächsten Tag. Gerade eine Stunde blieb dann Zeit, um telefonisch möglichst viele Leute zu informieren. Um 21 Uhr waren es ca. 300, die im Ostertor einen Demozug formierten. Auf dem Marsch durchs "Viertel", der durch schnell herbeigeschaffte Fackeln, laute Sprechchöre und kämpferische Stimmung sehr eindrucksvoll war, schwoll der Zug noch auf annähernd 500 an. Unterwegs wurden an alle geeignet erscheinenden Flächen Protestparolen und der Demo-Termin des folgenden Tages gesprüht; es gingen auch die ersten Scheiben bei Banken und großen Lebensmittelfilialen zu Bruch. Über eine der wichtigsten Hauptverkehrsadern der Bremer Innenstadt näherte sich der Zug auf der dem Verkehr entgegengesetzten Fahrbahn dem Bahnhofsviertel, wo die "Neue Heimat"(NH) über einen stattlichen Hochhauskomplex verfügt. Dort waren etliche Streifenfahrzeuge der Polizei postiert; die nicht sehr große Bullenschar stand mit gezückten "Chemischen Keulen" bereit, dem herannahenden Unheil entgegenzutreten. Während noch die ersten Steine gegen die außerordentlich stabile Dickglasfassade der "NH" flogen, griffen die Bullen an. Einer von ihnen lief seinen "Kollegen" gut 30 Meter voraus und versuchte, wild "Chemical Mace" verspritzend, im Alleingang die Demo zu vertreiben. Als man ihn zur Abwehr schlimmerer Übergriffe unsanft aufhielt, zog er seine Pistole und bedrohte damit die Demonstranten. Die Menge wich zurück zum gegenüberliegenden Verwaltungsgebäude der "Nordwestdeutschen Siedlungsgesellschaft"(Tochterfirma der "NH" und spezialisiert auf Sanierungsvorhaben), deren großzügige Glasfronten unter Krachen und Dröhnen in Scherben zerfielen.

Beinahe wäre es der Polizei gelungen, einen großen Teil der Demonstranten in einer Seitenstraße einzuschließen, durch die die Demo abziehen wollte. Am anderen Ende der Straße fuhren Mannschaftswagen auf, die Bullen riegelten die Straße ab. Die Demonstranten kehrten um, konnten die nachgerückten Bullen von der "NH" überrennen und entkommen.

Am Mittwoch sammelten sich zu Anfang ca.1500 Leute vor dem Hauptbahnhof. Später wuchs der Zug auf über 2000 an. Die Parole des Aufrufflugblatts gab die Trauer und Wut Hauptbahnhof. Später wuchs der Zug auf über 2000 an. Die Parole des Aufrufflugblatts gab die Trauer und Wut der Demonstranten wieder:"Scheiben klirren und ihr schreit, Menschen sterben und ihr schweigt !?". Eine andere häufig gerufene Parole war: "Für den Profit der Reichen geht Lummer über Leichen". Die Polizei war in höchster Alarmbereitschaft und führte schon "im Vorfeld" Personenkontrollen durch. Der Demozug wurde von Anfang an von einer Bullenkette eskortiert und wurde auf dem Weg zur Innenstadt mehrere Male von Polizeisperren aufgehalten. In der Hauptgeschäftsstraße waren die großen Kaufhäuser speziell bewacht. Nach einem ruhigen Verlauf zog die Demo wie am Vortag Richtung "Neue Heimat", die diesmal allerdings von einem massiven Polizeiaufgebot abgeriegelt war. In dieser Situation entschieden sich die Demonstranten für Rückzug. An der nächsten Strassenecke ging die Polizei zum Angriff über. Ein Vortrupp versuchte, die Demonstration auseinanderzureissen. Die erste Tränengasgranate flog und dann stürmte ein Trupp von 30 - 40 zivil-gekleideter MEKlern in die Menge und nahm brutal einige Leute fest. Dennoch gelang es kurze Zeit später, sich wieder zu sammeln und der Polizei doch noch ein Schnippchen zu schlagen: ein überraschender Abstecher zum CDU-Büro und ein Steinhagel bis zu den Fenstern der oberen Stockwerke gelang, bevor eine wilde Flucht durch die Parkanlagen am Wall einsetzte.

Die Polizei hetzte hinterher, versuchte mit Tränengasgranaten Panik zu verursachen und trieb einige Leute ins Wasser. Während sich der Demozug ziemlich auflöste, wurde die Verfolgungsjagd der Polizei immer brutaler. Mit gepanzerten Fahrzeugen wurden Gruppen von Demonstranten über den Bahnhofsvorplatz gejagt. Prügelnde Polizisten verfolgten Demonstranten in den Bahnhof hinein bis auf die Bahnsteige, wieder einmal ein Einsatz mit dem Risiko von "Verkehrstoten". Der Bahnhofseingang wurde abgeriegelt. Bei der Räumung des Bahnhofsvorplatzes gingen wieder MEK-Greiftrupps und Polizei gemeinsam vor. Es gab insgesamt mindestens 20 Festnahmen. Im Eifer des Gefechts hat auch ein MEKler den Polizeiknüppel zu spüren bekommen. Die Polizei schreckte an diesem Tag auch nicht vor Angriffen auf Fernsehjournalisten zurück. Einige Mitarbeiter von Radio Bremen, die Filme und Interviews machten, wurden von der Polizei massiv behindert, ein Kabel wurde durchgeschnitten und einige Reporter verprügelt. Die Unruhe dauerte noch bis in den späten Abend mit Auseinandersetzungen und klirrenden Scheiben im Ostertor. Auch in Bremen-Nord kam es zu Protestaktionen gegen Polizeiwachen und ein CDU-Büro.


Foto: ARGUS

Hamburg

Am Rande der Demonstration und nach ihrer Beendigung wurden zahl-

Hamburg

Etwa 4000 Demonstranten folgten am 24.9. dem Aufruf von Mieterinitiativen, der Bunten Liste, autonomer Gruppen, des KB und der Grünen zur Solidarität mit den Westberliner Hausbesetzern. Mehrere Augenzeugenberichte schilderten die Westberliner Ereignisse. Der Ermittlungsausschuß Sternschanzenbahnhof erinnerte an den Tod des 16jährigen Olaf Ritzmann am 25.8.80, der unter ähnlichen Umständen wie Klaus Jürgen Rattay ums Leben kam. Auch hier bestimmten Falschaussagen und Vertuschungen seitens der Polizei die öffentlichen Meldungen; die Verantwortlichen sind unbehelligt geblieben. Bereits vor Beginn der Demonstration war klar, daß die "Befriedungsstrategie" von SPD-Innensenator Pawelczyk auch diese Demonstration begleiten würde. An der Demonstrationsroute brachte die Polizei "Warnschilder" an. Über Lautsprecherwagen und Rundfunk wurde vor der Demonstration "gewarnt". In Altona, wo bereits am frühen Nachmittag Schüler gegen den drohenden Abriß eines Teils ihrer Schule protestierten, wurden Schüler eingeschüchtert und "zu ihrem Schutz" vorzeitig nach Hause geschickt. Hubschrauber kurvten seit dem Mittag über Altona. Insgesamt 2000 Polizisten waren im Einsatz.

Zu Beginn der Demonstration mußte die Polizei allerdings zur Kenntnis nehmen, daß ein großer Teil der Demonstranten nicht bereit war, wieder unter "Polizeibegleitung" rechts und links der Demonstration zu laufen. Beherzte Demonstranten drängten die Polizeiketten ab. Dabei kam es wiederholt zu Angriffen und Knüppeleinsätzen der Polizei in die Demonstration hinein. Es gelang, die Polizeieinheiten ans Ende des Demo-Zuges zu drängen, wo sie wiederholt Ausfälle gegen den hinteren Teil des Zuges machten.

Am Rande der Demonstration und nach ihrer Beendigung wurden zahlreiche Scheiben von Banken eingeschmissen. Dabei gab es auch Scherben bei völlig unbeteiligten Kleinstgeschäften. Verschiedentlich ist von Demonstranten behauptet worden, daß hier zivile Polizeiprovokateure beteiligt gewesen seien, ohne daß dies bisher zu beweisen ist. **Auf jeden Fall muß bei künftigen Demonstrationen dafür gesorgt werden, daß sowas unterbleibt**, zumal derartiges gerade die Aufhänger der bürgerlichen Pressehetze sind. Eine Meisterleistung bot dabei die BILD-Zeitung, die aus jeder Demonstration eine Bedrohung für den "normalen Bürger" macht. Laut BILD hätten die Demonstranten auch die Parole gerufen: *"Ein Toter in Berlin – damit geben wir uns nicht zufrieden"*("Bild", 25.9.). Was kümmert diese blutrünstigen Schreiberlinge der "kleine Unterschied" zu der in Wirklichkeit gerufenen Parole: **"Ein Toter in Berlin – das nehmen wir nicht hin"**.

Nach Beendigung der Demonstration durften die Polizei-Einsatzleiter dann wieder zur mittlerweile bekannten Pawelczyk-Jagd blasen. U- und S-Bahnhöfe am Auflösungsort der Demonstration waren von Polizei abgeriegelt bzw. wurden geschlossen. Im Großeinsatz wurde dann auf Gruppen heimziehender Demonstranten im Raum Eimsbüttel eingeprügelt und es kam zu regelrechten Hetzjagden bis in Häuser und Gärten hinein. Insgesamt wurden über 20 Demonstranten verletzt, in den meisten Fällen Kopfplatzwunden. Etwa 50 Demonstranten wurden festgenommen, über 40 davon nach Beendigung der Demonstration; viele von ihnen mußten ein bis zwei Stunden lang flach auf dem Straßenpflaster liegen. Bis zum anderen Morgen waren alle Festgenommenen bis auf weiteres wieder frei.

Tübingen

Am Abend des 21.9. blockierten etwa 100 Demonstranten in der Tübinger Innenstadt für 10 Minuten eine verkehrsreiche Straße und bekundeten durch Sprechchöre ihre Empörung über die Vorfälle in Berlin. In der Nacht zum 22.9. wurden bei zwei Banken die Scheiben eingeworfen, durch einen Molli wurde das Unipräsidialamt angesengt, und am Morgen mußte die Kreissparkasse kurzfristig wegen Bombenalarm geräumt werden. Für den Nachmittag hatte die Fachschaftsräte-Vollversammlung zu einer Demonstration aufgerufen, zu der über 500 Leute kamen. Auf der anschließenden Kundgebung sprach ein Vertreter der Fachschaftsräte-VV: *"In Berlin haben der Senat und ein Teil der Bevölkerung zum Krieg gegen Hausbesetzer aufgerufen"* und *"es riecht wieder nach Rudi Dutschke und Benno Ohnesorg"*. Außerdem berichtigte ein Vertreter der AL die teilweise üblen Zeitungsmeldungen, die von einem Verkehrstoten berichteten. Er forderte den Tübinger DGB auf, eine öffentliche Stellungnahme abzugeben. Die SPD machte er mitverantwortlich für die Geschehnisse in Berlin und forderte von den bürgerlichen Parteien eine klare Distanzierung: *"Mit einem Mißtrauensantrag ist es nicht getan"*. Anschliessend zogen noch ein großer Teil der Leute in einem spontanen Demozug durch die Stadt und besetzten ein seit einem halben Jahr leerstehendes Haus. Das Haus konnte allerdings nicht lange gehalten werden, da die Polizei in einem Augenblick, wo nur einige wenige Leute im Haus geblieben waren, den Eingang versperrte und kurze Zeit später das Haus räumte. Im Zusammenhang mit den zerschlagenen Scheiben wurden zwei Leute festgenommen.



Tübingen (Foto aus ''Südwestpresse'', 23.9.81)

Baden-Baden

Auf die Nachrichten aus Westberlin hin beschlossen die Besucher des Jugendzentrums "Rübe" in Baden-Baden eine spontane Demonstration durch die Innenstadt. Innerhalb von 1 1/2 Stunden wurden über eine Telefonkette 60 Leute mobilisiert. Dies ist für Baden-Badener Verhältnisse ein sehr gutes Ergebnis. Trotz des Olympischen Kongresses (900 zusätzliche Bullen im Einsatz) gelang es, den Schweigemarsch ungehindert durchzuführen. Die Passanten und Gäste der auf dem Weg liegenden Kneipen wurden per Flugblatt über den Anlaß der Demo informiert. Ein zweites Flugblatt wurde an die Polizei verteilt, die zur Zeit als Objektschutz vor den Baden-Badener Hotels eingesetzt ist. Es informierte über die Vorgänge in Westberlin und stellte an die Bullen die Frage:
"Wußten Sie, daß 12 Beamte vor der Räumung erklärten, sich nicht an dieser Gewaltaktion zu beteiligen?"

Braunschweig

Braunschweig

Am 23.9. demonstrierten in Braunschweig 300 Menschen. Die Bullen verhielten sich friedlich, und so ging es ohne Randale. Im Aufruf-Flugblatt und in den Kundgebungsreden kam die Empörung über die Ermordung des Berliner Jugendlichen zum Ausdruck, und es wurde an den Fall eines vor einigen Monaten von den Bullen zum Krüppel geschossenen Braunschweiger Jugendlichen erinnert. Er bleibt sein Leben lang gelähmt, der Bulle kam mit einer Geldstrafe von DM 3000 davon.
Am Samstag ist eine weitere Demo geplant.

Lüneburg

Spontan demonstrierten in der Nacht zum Mittwoch 30-40 Menschen vom Kneipenviertel aus durch die Stadt mit der Parole "Für den Profit der Reichen, gehen Senatoren über Leichen!" Dabei wurde eifrig gesprüht. Am Mittwoch wurden Protest-Flugblätter verteilt und zu einer weiteren Demonstration aufgerufen, an der über 50 Personen teilnahmen. Der Zug wurde allerdings vollkommen von Polizei in voller Kampfmontur eingekreist.

Marburg

Am späten Abend des 22.9. (Dienstag) zeigten in Marburg 60 Leute spontan ihre Empörung und Wut. Bei einer Polizeiwache, die auf der Demonstrationsroute lag, ging eine Fensterscheibe zu Bruch, und am Gebäude der "Neuen Heimat" wurden mit roter Farbe übergossene Blumen niedergelegt.
Am Tag darauf fand mittags in der Mensa der Universität ein Teach-In statt. An der anschließenden Demonstration, zu der die GBAL (Grün-Bunt-Alternative Liste) und der MSB (DKP-Studenten) aufgerufen hatten, beteiligten sich 300 Menschen.

Weitere Aktionen

München. Es demonstrierten am Abend des 22.9. rund 2000 Menschen. Bei einem spontanen Zug nach Ende der 'offiziellen' Demo gingen einige Scheiben zu Bruch; es gab Rüpeleien der Polizei und Festnahmen.
In der Nacht vom 23. auf den 24. gab es einen Brandanschlag auf das Gebäude der Polizeigewerkschaft. Ein besetztes Haus wurde in der Nacht zum 27.9. geräumt.

Frankfurt. Zwischen 500 und 1000 Menschen demonstrierten am Abend des 22.9. Nachdem einige Steine in Scheiben geflogen waren, löste sich der Zug in den üblichen Polizei-Attakken auf.

Hannover. Etwa 200 Menschen zogen zum Haus der 'Neuen Heimat'. Einige Scheiben wurden eingeworfen. Knüppeleien der Polizei. Brandanschläge gegen ein CDU-Büro und eine Polizeiwache.

Aachen. In der Nacht vom 22. auf den 23. flog ein brisanter Cocktail in eine Polizeiwache.

Bonn. Rund 50 Menschen demonstrierten.

Köln. Rund 800 Menschen demonstrierten am Haus der 'Neuen Heimat' vorbei, wo Steine gegen die Scheiben geworfen wurden.

Freiburg. Rund 800 Menschen demonstrierten. Einige Scheiben wurden eingeworfen. Ein Haus wurde aus Solidarität besetzt.

Stuttgart. Eine Demonstration zog vor das Verwaltungsgebäude des DGB.

Kassel. Scheiben bei der 'Neuen Heimat', bei einer Giftmüllfirma und bei einem Maklerbüro wurden eingeworfen.

mat', bei einer Giftmüllfirma und bei einem Maklerbüro wurden eingeworfen.

Karlsruhe. Etwa 200 Menschen demonstrierten am Abend des 24.9. Nachdem einige Scheiben eingeworfen worden waren, gab es Polizeijagden auf die Demonstranten. Eine Rohrbombe explodierte in der Nacht vom 22. auf den 23. vorm Polizeipräsidium.

Stade (Niedersachsen). Brandanschlag mit "erheblichem Sachschaden" auf ein CDU-Büro. Parolen wie "Berlin ist überall" und "Lummer - Mörder!" machten den Zusammenhang deutlich.

Düsseldorf. 150 Menschen demonstrierten am 22.9., 600 am 26.9. Etwa ebensoviele Bullen "bewachten" diesen Zug.

Bochum. Es demonstrierten etwa 500 Menschen.

Amsterdam. Etwa 300 Menschen demonstrierten am Abend des 22.9. vor den Büros des BRD-Fremdenverkehrsverbandes und der Lufthansa sowie vorm BRD-Generalkonsulat.

Zürich. 200 Menschen demonstrierten am 26.9. mit einem Schweigemarsch. Es gab Polizei-Rüpeleien und Festnahmen

Bern. Eine Demonstration fand am 26.9. statt.

Diese Übersicht ist sehr unvollständig. Die Angaben sind der "taz" und den bürgerlichen Medien entnommen.

Westberlin. 20.000 Menschen demonstrierten erneut am 27.9. Aufgerufen hatten die AL, Mieterverbände, die GEW, die SEW u.a. – Die Jusos hatten sich ausdrücklich distanziert.

Demosanis: Der Krawallanten 5. Kolonne?

Springers Journaille hängt sich mal wieder besonders weit aus dem Fenster. Zwei Tage nach der Hamburger Solidaritätsdemonstration mit den Westberliner Hausbesetzern widmet sie der Hamburger Sanitätergruppe eine halbe BILD-Seite. Überschrift: **DIE ORGANISIERTEN CHAOTEN-MIT EIGENEN SANITÄTERN UND FUNKTRUPPS ZUM STEINEWERFEN.** Der Text beginnt mit dem Bericht über die Festnahme einer Sanitäterin:"... *ein Polizist tastet sie nach Waffen ab. Und auf dem grünen Leinenbeutel der Frau leuchtet das Rote Kreuz.*

Eine Sanitäterin der Chaoten wird festgenommen. Kurz zuvor hatte sie unter dem Motorradhelm als Kopfschutz (der nun vor ihren Füßen liegt) noch Krawall gemacht.

Überall im Zug der 3500 Demonstranten sah man solche 'Rot-Kreuz-Helfer' mit dem Friedenszeichen auf der Tasche oder Brust, auf dem Weg zum Steinewerfen."

Diese "Rot-Kreuz-Helfer" hatten andere Beschäftigungen im Sinn; sie begleiteten den Demonstrationszug, um sich um diejenigen zu kümmern, die etwas zu nahe in den Wirkungsbereich polizeilicher Maßnahmen geraten waren. An diesem Tag waren das mindestens 18 Demonstrant-inn-en: 7 von ihnen mußten wegen einer Platzwunde am Hinterkopf versorgt werden (nicht gerade eine typische Veletzungsart angreifender Chaoten), einer mußte mit Verdacht auf Mittelhandfraktur in ärztliche Behandlung überwiesen werden (eine Demoverletzung, die beim Schützen des unbehelmten Kopfes von Knüppelhieben entsteht), eine Frau erlitt angesichts der auffahrenden Wasserwerfer einen Zusammenbruch, sie war am Vortag aus Westberlin gekommen und der Schock saß ihr noch in den Gliedern. Ein paar Kopfplatzwunden an der Stirn waren durch Steinwürfe aus den eigenen Reihen zustande gekommen. Diejenigen Demonstranten, die sich nach den abendlichen Jagdszenen im Stadtteil Eimsbüttel in die Ambulanz der Universitätsklinik begeben hatten, um dort ihre Gesichtsverletzungen behandeln zu lassen, mußten sich die Unfreundlichkeiten des Personals anhören und wurden äußerst schlecht versorgt. Ein weiterer Demonstrant mit einem gelähmten Arm erlitt bei seiner Festnahme eine Kopfplatzwunde und wurde später am Pferdemarkt aus dem Polizeiwagen getreten.

Springers Weltanschauung wird davon nicht berührt, in seinen und verwandten Blättern heißt es nach Demonstrationen mit Übergriffen der Polizei stereotyp, daß einer unbekannten Anzahl verletzter Demonstranten eine weitaus größere Zahl verletzter Polizisten gegenübersteht. Auf eine Lüge mehr kommt es dann schon nicht mehr an:

- Als bei der Brokdorf-Demonstration im Februar d.J. jener SEK-Beamte Schütt, der im Graben von aufgebrachten Demonstranten verprügelt worden war, in einem nahegelegenen Bauernhaus von Ärzten der Hamburger Sanigruppe erstversorgt wurde, ließ die Einsatzleitung über NDR verbreiten, dieser Beamte sei als Geisel genommen worden. Selbst als dieser Irrtum aufgeklärt worden war,und sich ein Polizeioffizier lauwarm bei den Ärzten entschuldigt hatte, mochte Springer nicht zurückstecken. Im "Abendblatt" ließ man den Leiter der schleswig-holsteinischen Schutzpolizei mit der Behauptung zu Wort kommen, die Ärzte auf dem Bauernhof hätten über ihren verletzten Kollegen am Telefon gesagt:*"Laßt ihn in Ruhe, der kommt doch nicht durch"*. Wochenlang stellten sich daraufhin Springers Hausjuristen quer, ehe dann als Kompromiß eine Gegendarstellung der Ärzte als Leserbrief abgedruckt wurde.

- Nach der Anti-Haig-Demonstration legte BILD noch ein paar Klötze nach. In einem Kommentar hieß es:

BILD–Kommentar

„Chaoten" mit Generalstab

Die Steinwerfer von Berlin Chaoten zu nennen, ist falsch – wir wissen das jetzt. Sie sind das Gegenteil von Chaoten. **Sie sind disziplinierte, straff organisierte Terroristen.**

Der Überfall auf Polizisten, Autos, Geschäfte lief generalstabsmäßig, das Angriffssignal war das Verbrennen einer US-Fahne. Die Angreifer hatten Lazarett-Wagen und Ärzte einsatzbereit.

Die Gewalt wirkt, und die Strategie ist klar: Ausgeplünderte Geschäftsleute bitten darum, ungenannt zu bleiben – sie haben Angst vor Rache. **Die Drahtzieher versuchen, die Moral des Bürgers zu brechen.**

BILD, 16.9.81



Leicht abgewandelte Karikatur aus der „BZ"

Hübner & Consorten

Auch auf Polizeiebene erfreut sich die Verleumdung von Demonstrationssanitätern großer Beliebtheit. Auf einen Offenen Brief der Westberliner Sanigruppen, in dem sich diese über gezielte Angriffe auf ihre Mitglieder bei den Auseinandersetzungen am Winterfeldplatz beschwert hatten, antwortete Westberlins Polizeipräsident Klaus Hübner: „ ... *Die von Ihnen gewählte Rolle als 'Sanitäter' bei den gewaltsamen Ausschreitungen jugendlicher Gruppen gibt mir jedoch Veranlassung, Sie auf folgendes hinzuweisen:*

- Die Verbindung Ihrer Darstellung, Sie wären in erster Linie „Demonstrant" mit Ihrer „passiven Bewaffnung" (Helm und Nierenschutz) und dem Begriff des "Sanitäters" zeigt, daß Sie sich von vornherein in völliger Verkennung der Rechtslage auf die Teilnahme an gewaltsamen Aktionen einstellen.

- Sie fördern damit – zumindest psychologisch – gewaltsames und damit strafbares Vorgehen gegen Polizeibeamte, das für Beteiligte dann den Charakter einer organisierten "Kampfhandlung" erhält. Hierin liegen die Ursachen von Verletzungen.

- Die Polizei schützt jede Demonstration in ihrem friedlichen Ablauf. Sie wird doch immer und ihm Rahmen gesetzlicher Vorschriften konsequent gegen alle einschreiten, die für Gewaltaktionen den Begriff Demonstrant mißbrauchen.

Ich empfehle Ihnen daher dringend, die Inanspruchnahme besonders geschützter Grundrechte nicht für Ihre leicht durchschaubaren Zwekke zu mißbrauchen und sich damit zwangsläufig in den Bereich polizeilicher Maßnahmen zu bringen."

Was Hübner hier andeutete, läßt er auch ausführen: seine Beamten, die bei der Auseinandersetzung am Winterfeldplatz auf dem Kopf einer Demonstrantin einen Holzknüppel zerschlugen und einem Passanten eine Hirnblutung beibrachten, machten inzwischen gezielt Jagd auf gezeichnete Demosanis. Am Winterfeldplatz waren es gleich vier auf einen Streich, bei der Anti-Haig-Demonstration zwei und im Verlauf der Demonstrationen gegen die Räumung der acht Häuser wurden zwei Sanis nach längerer Observation festgenommen. Vier weitere wurden schwer zusammengeschlagen.

Schon beschäftigen sich auch Gerichte mit diesen "organisierten Chaoten": in Westberlin und Hamburg wird ihnen Sachbeschädigung bzw. schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen. In Itzehoe steht ein Osnabrücker Sani ab Dienstag vor Gericht, er hatte in Brokdorf Erste Hilfe geleistet und muß sich jetzt wegen "versuchter Gefangenenbefreiung" verantworten.

Wir wollen an dieser Stelle nicht darauf eingehen, wer bei Demonstrationen in der Regel die Gewaltfrage bestimmt – für uns ist schon jede einzelne "Überreaktion eines bedrängten Beamten", wie Polizeisprecher Übergriffe auf friedliche Demonstranten vornehm umschreiben, Grund genug, auch weiterhin für den medizinischen Schutz bei Demonstrationen zu sorgen. Dabei unterscheiden wir weder zwischen "friedlichen" und "gewalttätigen" Demonstranten noch zwischen Demonstranten und Polizisten bzw. Passanten. Solange offizielle Rettungsdienste ihrem Auftrag bei Demonstrationen nicht nachkommen und die Namen verletzter Demonstranten an die Polizei denunzieren, halten wir eine selbstorganisierte Erste-Hilfe für bitter notwendig.

Unser Prinzip bleibt weiterhin, den verbliebenen Spielraum für unsere Arbeit nicht durch Stein- oder Flaschenwürfe zu gefährden. Das dürfte auch den auf uns angesetzten Polizeibeobachtern inzwischen aufgefallen sein.

Gegen die BILD-Zeitung werden wir rechtliche Schritte einleiten.

Hamburg, den 27.September 1981
Sanitätergruppe Hamburg

Klaus-Jürgen Rattay — Olaf Ritzmann: Die Wahrheit wird vertuscht

Über ein Jahr ist vergangen, seitdem in Hamburg der 16jährige Olaf Ritzmann unter ähnlichen Umständen in den Tod getrieben wurde wie jetzt Klaus Jürgen Rattay in Westberlin. Olaf war, zusammen mit anderen, im Anschluß an die Anti-Strauß-Demo am 25.8.80 vor einer Hundertschaft Polizei geflohen, die knüppelschwingend in den S-Bahnhof Sternschanze stürmten. Vor dem Bahnhof war einige Zeit zuvor die Demonstration beendet worden, die Demonstranten befanden sich auf dem Heimweg. Die eintreffende Hundertschaft der "Alarmabteilung" der Hamburger Polizei verfolgte die flüchtenden Demonstranten bis zum oberen Teil der Treppe zum Bahnsteig. In panischer Angst flüchteten etliche Demonstranten auf die Gleisanlagen. Auf dem Rückweg zum Bahnsteig wurde Olaf Ritzmann von einer S-Bahn erfaßt und tödlich verletzt. Auf einen Wink der Polizei hin wurde sein Leben noch Tage künstlich verlängert, um "Krawallen" vorzubeugen. Seine Leiche wurde beschlagnahmt.

In der Folge lieferte die Polizei undInnensenator Staack unterschiedlichste Versionen, um eine Verantwortung für Olafs Tod zu vertuschen. Am Anfang wurde die Anwesenheit von Polizei am Bahnhof gänzlich geleugnet, erst *"um 21.40 , also 17 Minuten nachdem Olaf vor den Zug geraten war"*, sei eine Hundertschaft der Polizei eingetroffen ("HA", 28.8.80). Hierbei handelte es sich allerdings um den 2.Polizeieinsatz an diesem Abend am Bahnhof Sternschanze, bei dem – wie wir jetzt wissen wohl auf Aufforderung der Bahnpolizei – eine "Alarmabteilung" wiederum bei laufendem Zugverkehr, den Bahnhof stürmte und diesmal Menschen bis in die S-Bahn hinein verfolgte und schlug. Als der 1. Polizeieinsatz nicht mehr zu vertuschen war, bereinigte die Polizei ihre Darstellung und versteifte sich darauf, daß schließlich beim 1.Einsatz keine Polizisten auf den Bahn s t e i g gekommen seien. *"Der 16jährige kann nicht von Polizisten vor den Zug gestoßen worden sein "* ("Bild", 28.8.80). Außerdem wurde aus der Flucht von Demonstranten auf dieGleise schon zuvor eine jugendliche Unbesonnenheit gemacht: *"Nach übereinstimmenden Berichten von Polizei und Bahnpolizei tobten die zum Teil jugendlichen Demonstrationsteilnehmer dann über die Gleise in Richtung Altona weiter"* („HA", 27.8.80).

Auf die Spitze trieb die "Bild am Sonntag" die Polizeiversion:*"Der 16jährige Hamburger Olaf Ritzmann war am Freitag an seinen Verletzungen gestorben.* Zusammen mit anderen Demonstranten war er in einen Bahnhof gestürmt und dabei vor einen Zug gestürzt." ("BamS", 31.8.80). Da wundert es nicht, daß jetzt in Westberlin die Version verbreitet wurde, Klaus Jürgen Rattay sei auf die Stoßstange des BVG-Busses gesprungen und bei dem Versuch dessen Scheibe einzuschlagen unter die Räder gekommen.

Daß überhaupt die Polizeiversionen erschüttert und in der Öffentlichkeit ein wahrheitsgetreues Bild der Geschehnisse verbreitetwerden konnte, ist auf die Tätigkeit des "Ermittlungsausschusses" zurückzuführen, der sofort nach dem 25.8.80 Augenzeugenberichte sammelte, die schon wenige Tage später ein präzises Bild des tatsächlichen Ablaufs der Ereignisse ermöglichten. Auf der Grundlage von über 100 Augenzeugenberichten wurde Anzeige gegen die Verantwortlichen für den Polizeieinsatz an der Sternschanze gestellt, zu deren Unterstützung 1500 Unterschriften gesammelt wurden. Aufgrund dieser Anzeige wird nun seit einem Jahr von Polizei und Hamburger Staatsanwaltschaft ermittelt. Die Ermittlungsakten sind auf über 300 Seiten angewachsen, ohne faßbare Ergebnisse hervorgebracht zu haben. Die polizeilichen Ermittlungen verfolgen das Ziel, die sattsam bekannte Polizeiversion zu untermauern. Nur unwesentlich Neues kam dabei zutage. In den Ermittlungsakten stehen sich die Aussagen von Polizisten einerseits und Demonstranten, Passanten und Rot-Kreuz-Sanitätern gegenüber. Auftretende Widersprüche blieben ungeklärt. So sagte z.B. ein Polizeibeamter der Observationstruppe aus, er habe die Anwesenheit von Menschen auf den Gleisen an die Zentrale per Funk gemeldet. Nichts geschah, um diese Menschen vor der Bedrohung durch den Zugverkehr zu schützen. Ebenfalls bestätigte dieser 'Kollege', daß Rauch aus dem Treppenaufgang gestiegen sei, ein Umstand, der nach Aussagen betroffener Demonstranten ebenso wie der zur Ausleuchtung der Szenerie eingesetzte Polizei-Hubschrauber erheblich zum Entstehen einer Panik beigetragen hatte. Im Bericht der Einsatzleitung heißt es lediglich lapidar: *"Tränengas wurde nicht eingesetzt"*.

Überhaupt nicht verfolgt wurde in den polizeilichen Ermittlungen ein Verstoß gegen die Polizeidienstvorschrift "PDV 100", nach der vor Einsätzen in Bahnhöfen und anderen gefährlichen Gebieten der Verkehr gestoppt werden muß. Ebenso ungeklärt blieb die Kompetenz der "Alarmabteilung" auf dem Gelände der Bundesbahn, für die es ja eine besondere Bahnpolizei gibt.

Von der Bundesbahn wurde schlicht vermerkt, daß der Zugverkehr für drei Minuten unterbrochen wurde, um den verletzten Olaf Ritzmann zu bergen. Danach fand bekanntlich der zweite Sturm in den Bahnhof und auf den Bahnsteig statt, bei dem – obwohl kurze Zeit vorher ein Mensch tödlich verletzt worden war – die Polizisten Menschen bis in die S-Bahn hineintrieben.

Auffällig ist, daß den einzelnen vernommenen Polizisten ihr Tun nicht ganz geheuer ist: sie versteifen sich auf Vogel-Strauß-Standpunkte und wissen angeblich weder, mit welchem Einsatzbefehl sie überhaupt im Einsatz waren, noch wollen sie am Sturm in den Bahnhof beteiligt gewesen sein. Typische Aussagen lauten etwa so: Kurz nach dem Eintreffen am Bahnhof zogen wir uns aufgrund massiver Steinwürfe wieder in unsere Einsatzfahrzeuge zurück, um uns in Sicherheit zu bringen. Deutlich in die Offensive ging nur der Einsatzleiter der Hundertschaft. Für ihn sind die Demonstranten eine *"Gruppe hochkarätiger Anarcho-Krimineller"*, durch deren Anwesenheit für die Polizei *"ein höchster Gefährdungsgrad gegeben"* war. Er gibt auch zu, daß seine Leute in den Bahnhof gestürmt sind, allerdings bleibt der Grund dafür im Dunkeln. Und dieser Herr wird von höchster Seite gedeckt: Der Einsatzbefehl, der auf "Sicherstellung des Lautsprecherwagens" lautete, (Anm.: dieser befand sich zum Zeitpunkt des Polizeiangriffs gar nicht mehr am Bahnhof) wurde zwischenzeitlich vernichtet.

Letztlich versuchten die polizeilichen Ermittler die Ereignisse vollends auf den Kopf zu stellen: Da wurde aus hochausgerüsteten prügelnden Polizisten von Steineschmeißern bedrohte Beamte und aus der Flucht auf die Gleise ein mutwilliges Verlassen des Bahngleises zum Steineschmeißen.

Es scherte die polizeilichen Ermittler nicht, daß allein für den gesunden Menschnverstand ein Zusammenhang zwischen Eintreffen der Polizei am Bahnhof und Steineschmeissen und zwischen Sturm in den Bahnhof und Flucht auf die Gleise logisch ist. Ohne den völlig grundlosen Überfall der Polizei wäre Olaf Ritzmann noch am Leben.

Mit derEröffnung eines Verfahrens kann aufgrund dieser Ermittlungen nicht gerechnet werden. Zu erwarten ist eine offizielle Mitteilung, daß das Verfahren gegen die eingesetzten Polizisten nicht eröffnet wird, da kein Zusammenhang zwischen dem Polizeieinsatz und Olafs Tod zu ermitteln sei, sondern die offizielle Sprachregelung eines "bedauerlichen Vorfalls" (Staack) besiegelt worden ist.

P.S.: Allerdings wird in Hamburg in einem anderen Verfahren der Polizeieinsatz am Bahnhof Sternschanze zur Sprache kommen. Zur Rechtfertigung der Zerstörung des Sani-Wagens wurde nämlich nachträglich eine Anzeige gegen einen festgenommenen Hamburger Sanitäter konstruiert, mit der belegt werden soll, daß der Sani-Wagen *"bei Angriffen auf die Polizei beteiligt war"*.

Hier reichten die Aussagen von drei Polizisten, um eine Anklage vorzulegen. Die Eröffnung des Prozesses allerdings ist jüngst wieder verschoben worden auf den 30.10., da ein Hauptbelastungszeuge sich überraschend "beim Umzug verhoben" hatte.

Ermittlungsausschuß zum 25.8.80
c/o Bunte Liste, Bartelstr.26,
2000 Hamburg 6.

Innensenator Staak hatte der Polizei für ihre Besonnenheit am 25.8.80 gedankt. Der Angriff auf Demonstranten und den Sanitätswagen an der Sternschanze, bei dem Olaf Ritzmann tödlich verletzt wurde, verdeutlichen diese Besonnenheit ebenso wie zahlreiche weitere dokumentierte Übergriffe der Polizei an diesem Tag. Zur Zerstörung des Saniwagens liegt uns ein eindrucksvolles Dokument polizeilicher Besonnenheit vor: ein Mitschnitt des Polizeifunks vom 25.8.80, in dem es u.a. heißt:

" *'Wir haben zwei Festnahmen und das Führungsfahrzeug fahrunfähig gemacht und mußten uns entfernen. Wir nehmen neuen Bereitsstellungsraum ein.'*
'Das Führungsfahrzeug, das, äh, das, Ihr Fahrzeug, richtig?'
'Nein, das Führungsfahrzeug der Demonstranten.'
'Der LKW?'
'Der LKW.'
'Das ist nicht richtig. Das ist ein anderes Fahrzeug, das ist das WL-Fahrzeug gewesen. Wir kommen gleich wieder, das haben wir inzwischen auch gemerkt. Wir haben ein Fahrzeug außer Gefecht gesetzt. Das ist das mit den beiden großen Fahnen links und rechts, ein blaues oder ein blauer mittlerer LKW.'
'Nein, dieses soll ein rotes Fahrzeug sein. Stellen Sie bitte das KFZ-Kennzeichen fest.'
'Das ist im Augenblick nicht möglich, da wir in den Steinhagel nicht reinlaufen können. Wir haben erstmal das Feld geräumt.'
'Schnappt da einer über?'
'Nee, wir nicht.' "

GESUNDHEITSTAG 1981

Veranstaltungen der Sanigruppen: "DIE WESTBERLINER HAUSBESETZERBEWEGUNG UND IHRE MEDIZIN" - Solidaritätsveranstaltung und aktuelle Informationen mit Vertretern der Westberliner Sanigruppen, des Ermittlungsausschusses und der Hausbesetzer. Das STADTJOURNAL zeigt den Film: "Wie schade, daß Beton nicht brennt!" Donnerstag, 1.10.81, im Hauptgebäude der Universität Hamburg, Edmund-Siemers-Allee, Hörsaal A, 17-21.oo Uhr.

"STRASSENMEDIZIN"

1. Technologie der Unterdrükkung - CS, mit Beiträgen von: Alfred Schrempf, Diplomchemiker, Falco Werkenthin, Berghoff-Stiftung (Hrsg. der Zeitschrift CILIP) und Mitgliedern der Züricher Ärztegruppe gegen Gas;
2. Polizeiliche Einkreisung des Gesundheitswesens – am Beispiel Bremen; RA Gerhard Baisch (Bremen) referiert über die Weitergabe von Daten verletzter Demonstrant-inn-en durch das Rot-Kreuz-Krankenhaus nach der Rekrutenvereidigung im Mai 1980.
3. Medizin auf der Straße – die Arbeit der autonomen Sanigruppen;
Berichte aus Westberlin und Brokdorf.

Freitag, 2.10.81, Uni-Hauptgebäude, Hörsaal A, 18-21.30 Uhr. An diesem Tag beschließt die Innenministerkonferenz über die Einführung von CS.

VOR DEM PARTEITAG DER GRÜNEN

Vom 2. – 4. Oktober wird in Offenbach der Bundesdelegiertenkongreß der GRÜNEN stattfinden. Unter dem Motto „ÖKOLOGIE HEISST FRIEDEN – FÜR EIN ATOMFREIES EUROPA" soll schwerpunktmäßig die Kriegsgefahr diskutiert werden. Zum Schluß soll ein „Friedensmanifest" verabschiedet werden. Der Kongreß soll – nach Wunsch des Vorstandes – zu „einem wirklichen Fest" werden; „Kampfabstimmungen möchten wir vermeiden"; eventuelle Minderheitspositionen sollen in der Dokumentation mit veröffentlicht werden.

Neben dem Thema ‚Frieden' wird zumindest ein Teil des Vorstands neu gewählt werden. Es besteht der Antrag, per Satzungsänderung den Vorstand von 17 auf 11 Mitglieder zu reduzieren und diese auf die Landesverbände zu verteilen.

Das „Friedensmanifest" wurde im Auftrag von Bundeshauptausschuß und Bundesvorstand von Günter Weber (München), Roland Vogt (Straßburg) und Irmgard Kohlhepp (Westberlin) aus der Arbeitsgruppe „Ökologie und Frieden" entworfen. Zusätzlich wurde Klaus Wolschner als „Vertreter (?) der Russell-Peace-Foundation" benannt. Nun haben die Grünen ja bereits ein durchaus ansprechendes Friedensprogramm, das als Teil des Saarbrückener Programms verabschiedet wurde (s.AK 177, S.21); eine kurze Zusammenfassung ist in der Dortmunder Wahlplattform enthalten. Will man verstehen, warum jetzt ohne jeden direkten Bezug auf bisherige Programmaussagen ein neues „Manifest" verabschiedet werden soll, muß man die alten Beschlüsse und Diskussionen im Bundesvorstand zurate ziehen.

Bereits am 18./19.10.1980 wurden auf einer Bundesvorstandssitzung die Grundzüge des Kongresses diskutiert und festgelegt. Auf Vorschlag von Lippelt (rechter Flügelmann der Grünen) sollte sogar eine neue Programmkommission eingesetzt werden. Teile des Friedensprogrammes sollten nach den linken Erfolgen in Saarbrücken ein wenig rechter neuformuliert werden. Doch offiziell sollte *„keine Diskussion über Revision oder Nichtrevision des Saarbrückener Programms geführt werden"*, sondern in bewährter grüner Methode sollte das rechte roll back *„mit einer Perspektive nach vorn"* verpackt werden. Im Schußfeld stand vor allem die Passage gegen die Militärblöcke: *„Der Ausbau einer am Leitwert Frieden ausgerichteten Zivilmacht muß mit der sofort beginnenden Auflösung der Militärblöcke, vor allem der Nato und des Warschauer Paktes einhergehen"*.

Auf der oben erwähnten Vorstandssitzung im Oktober 1980 stellte Christiane Schnappertz (früher „KPD") die Frage *„nach der Vermittelbarkeit unserer Vorstellungen und Ziele"* und forderte eine *„Trennung der utopischen Ziele (gesellschaftliche Veränderungen) und der Strategie"*. Die Strategie sollte ihr zufolge *„dem momentanen Bewußtseinsstand der Bevölkerung"* entsprechen, für *„die die Nato eine Schutzmacht"* bedeute (Zitate aus dem Bundes-Vorstands-Protokoll). Ähnlich meinte Milan Horacek: *„Solange man nicht sagen könne, was wir statt der Nato anbieten wollen, sollten wir auf die Austrittsforderung verzichten"*.

In ähnlicher Weise plädierte Lippelt, der seine Auffassung später auch schriftlich zusammenfaßte. Lippelt gibt darin zwar ohne weiteres zu, daß es bei der Friedenspolitik zum Konflikt mit den USA kommen müsse und daß es *„ohnehin zur Forderung ‚Raus aus der Nato' eskalieren"* müsse; aber für die „konkrete politische Arbeit" sei die *„Diskussion der Nato-Zugehörigkeit u e r h e b l i c h"*. Beim *„Großteil der Bevölkerung"* sei *„der Begriff Nato noch positiv besetzt im Sinne eines Schutzes gegen die Sowjetunion"*. Krefelder Appell und „Bundesgenossen in der SPD (Lippelt nennt Thüsing, Hansen und Voigt) würden ja ebenfalls auf die Forderung nach Nato-Austritt verzichten (aus Helmut Lippelt: Zur Strategie unseres friedenspolitischen Vorgehens). Tatsächlich ist jetzt im „Manifest"-Vorschlag die Anti-Nato-Parole zugunsten der allgemeinen Propagierung der Loslösung von den Blöcken „verschwunden". Doch die Debatte ist nicht stehen geblieben. Inzwischen ist (mit gleicher Rollenverteilung) innerhalb der Grünen auch der Streit um die Befürwortung militärischer „Alternativ-Modelle" voll entbrannt. Heute geht es Teilen der Grünen darum, im Sinne der Thesen von Afheldt u.ä. militärische Verteidigungsforderungen in die Programmatik aufzunehmen. Das wird wiederum begründet mit den „Vorbehalten" in der Bevölkerung. Noch wichtiger dürften dabei aber taktische Spekulationen auf Bündnismöglichkeiten mit Teilen der SPD sein. „Gemäßigte" Grüne wie z.B. Lucas Beckmann (Bundesgeschäftsstelle) erträumen sich von einer Abgrenzung der Grünen nach links einen *„Zuzug aus der Richtung Duve, Eppler, Jusos, Judos, etc."* Speziell Eppler ist auch Orientierungspunkt für den einflußreichen ehemaligen Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg, Hasenclever.

Das "Friedensmanifest"

„Eine neue Friedensbewegung ist erwacht. Die Erstarrung, die sich in Anbetracht der unvorstellbaren Vernichtungswaffen breitgemacht hat, beginnt sich zu lösen ... Hoffnung kann sich ausbreiten, daß trotz unserer Ohnmachtsgefühle angesichts der übermächtigen Militärstruktur das Überleben noch eine Chance hat". So beginnt der Entwurf. Die Gefahr eines 3. Weltkrieges sei *„akut geworden"* und ein solcher Krieg *„würde der letzte sein ... Nicht wir entscheiden ... sondern Militärstrategen ... Das Ausmaß menschlicher Selbstvernichtung im 2. Weltkrieg, der Abwurf der Atombomben über Hiroshima und Nagasaki durch die Vereinigten Staaten hat die Menschen in Erschrecken versetzt. Seitdem auch die Sowjetunion über Atomwaffen verfügt, lassen die verantwortlichen Politiker in Ost und West in ihren Erklärungen nicht nach, die Möglichkeit gegenseitiger totaler Vernichtung würden den Krieg verhindern — ausgenommen natürlich die vielen kleinen ‚Stellvertreterkriege', die seit 1945 in allen Teilen der Welt Millionen von Menschenleben zerstört haben"*. Inzwischen sei von den *„Militärstrategen des Westens und des Ostens"* nach ihrer Vorstellung das Ziel erreicht, *„mit einem angeblich ‚begrenzten' atomaren Krieg bedrohen zu können"*. Dagegen müßten die Grünen *„alles tun, was in unseren Kräften liegt, um diesen Prozeß zu unterbrechen"*. Erste Ziele seien die *„Rücknahme des Aufrüstungsbeschlusses"* der Nato (Mittelstreckenraketen), aber ebenfalls der *„Abbau der bereits in Stellung gebrachten sowjetischen Mittelstreckenraketen und ein Europa frei von atomaren, biologischen und chemischen Waffen"*. Die Logik der bisherigen Aufrüstung könne nur durch *„einseitige Abrüstungsschritte bei den ABC-Waffen und auch bei den konventionellen A n g r i f f s waffen"* durchbrochen werden (Hervorhebung durch uns).

Die Blockfreiheit

Es wird im „Manifest" klar benannt, daß das (von der NATO ausgegebene) Ziel einer *„Zurückdrängung des Weltkommunismus"* die Kriegsgefahr verschärft. Der Aufbau von Feindbildern sei *„die Vorbereitung aller kriegerischen Auseinandersetzungen. Dem ‚Feind' wird alles Böse in der Welt zugeschoben ..., damit die Hemmschwelle zum Auslöschen des Feindes keine Überwindung mehr kostet. So war es mit ‚den Ungläubigen', mit ‚den Franzosen', mit ‚den Engländern', mit ‚den Juden' und so soll es wieder sein mit ‚den Russen'"*. Andererseits wird aber peinlich darauf geachtet, beide Supermächte g l e i c h zu bewerten und beiden die Möglichkeit und Vorbereitung zur ‚begrenzten Atomkriegsführung' zuzusprechen. Die Führungsmächte USA und SU würden die *„Länder ihrer Militärbündnisse und Einflußsphären als territoriale Besitzstände"* behandeln. Dabei wird die Situation der BRD (einer imperialistischen Weltmacht!) auf eine Stufe gestellt mit Polen, dessen „demokratische Erneuerung" durch eine „erpresserische Interventionsdrohung" seitens der SU „behindert" werde. Noch fragwürdiger sind die Aussagen des „Manifests" zur 3. Welt: Die Kriege dort seit 1945 werden als „Stellvertreterkriege" b e i d e r „Führungsmächte" dargestellt. Zwar wird den USA, die den *„grausamsten aller Kolonialkriege"* (Vietnam) geführt haben, das Recht abgesprochen, die SU zum Vorwand ihrer *„zunehmend drohenden und aggressiven Haltung"* zu nehmen. Auf der anderen Seite werden in einem Atemzug Afghanistan, Vietnam und Angola zu „Stützpunkten" erklärt, die die SU gewonnen habe. Da wird erklärt, daß die BRD (ebenso wie die USA und die alten Kolonialmächte) ihren Einfluß zur Erpressung und Abhängigmachung ausnutzt; aber gleichzeitig wird behauptet, daß Länder der 3. Welt bei der BRD und anderen westlichen Industrieländern *„Unterstützung"* gegen die *„alte und neue Kolonialpolitik"* (der SU und USA) suchen würden. (Anklänge an Chinas „Drei-Welten-Theorie" sind nicht zu übersehen.) Nichts über den Kriegschauvinismus der BRD zur „Sicherung der Rohstoffbasen" und „Lebenslinien", nichts zu den Diskussionen in der NATO über gemeinsames militärisches Eingreifen der Imperialisten in der 3. Welt und die bereits bestehende „Arbeitsteilung" zwischen USA und BRD. (Z.B. Rolle der BRD bei der Unterstützung der türkischen Militärdiktatur.) Immerhin aber wollen die Grünen *„unsere Regierung zumindest an der Fortsetzung der Kolonialpolitik mit neuen Mitteln hindern"*.

Die „Loyalität untereinander"

„Wir wollen uns frei machen von dieser Logik der Blockkonfrontation. An die Stelle der Loyalität zum ‚eigenen' Block setzen wir die Loyalität der Friedensbewegungen untereinander". Die Friedensbewegungen in Ost und West könnten nur *„als Bewegung von unten die Friedensziele erreichen"*; deshalb müsse man sich *„notwendigerweise gleichzeitig auch für die politischen Bürgerrechte ... (in) den osteuropäischen Gesellschaften einsetzen"*, heißt es in Anlehnung an die Russell/und Bahro-Thesen. Solange die Friedensbewegung *„in einem Block als Verbündeter der anderen Seite zugeordnet werden kann, werden die Herrschenden ihre ideologische Kontrolle aufrechterhalten ..."*.

Gewaltfreier Widerstand — soziale Verteidigung

Es sei *„ein Mißverständnis, gewaltfrei mit passiv oder legal und darum unwirksam gleichzusetzen. Wir lassen uns nicht durch Vertreter der Staatsgewalt irritieren, die nichtlegale gewaltfreie Aktionen als ‚verkappte Gewalt' darstellen wollen"*. Die gewaltfreie Aktion soll dabei Antwort auf die Frage geben: *„Was tun, wenn die Russen kommen"*, ebenso wie *„auf die zunehmend aktueller werdende Frage ‚Was tun, wenn die Amerikaner bleiben'"*. Die Aktionen sollen *„legale Proteste und symbolische Aufklärungsaktionen bis hin zu punktuellen oder das gesamte Gesellschaftssystem ablehnende Kampagnen des zivilen Ungehorsams"* umfassen. Eine Friedensbewegung könne sich nur *„d u r c h s e t z e n"*, wenn sie auch Maßnahmen vorbereitet für eine Praxis, die:

„– den Rüstungsbefürwortern die Stimmen wegnimmt,
– jeglichen Kriegsdienst verweigert und dem Ruf nach ‚Frauen zum Militär' entgegentritt,
– gezielte Arbeitsverweigerungen bis zum politischen Streik organisiert und den Steuerstreik (Boykott von Kriegssteuern) durchführt".

Die ‚soziale Verteidigung' soll auch Thema im Programm der Volkshochschulen werden.

Das grüne „Friedensmanifest" fordert nicht nur dazu auf, Feindbilder gegen den angeblichen ä u ß e r e n Feind abzubauen, sondern fordert auch zur Toleranz gegenüber jeglichen anderen Vorstellungen im I n n e r e n auf:

„Wir verteufeln aber nicht die, die sich anders entscheiden und sich auf den Schutz von Waffen verlassen wollen, auch nicht die vielen, die sich als Beschäftigte in der Rüstungsindustrie mit Zweifeln herumplagen und den Absprung nicht wagen wollen. Für die meisten unserer Mitbürger ist noch nicht nachvollziehbar, daß der Verzicht auf Herstellung, Stationierung und E i n s a t z (Hervorhebung durch uns, AK) *von Massenvernichtungswaffen uns nicht wehrlos machen würde, daß vielmehr die Übertragung unserer Sicherheitsinteressen auf die Militärs uns verteidigungsunfähig gemacht hat.*

Aber wir werden nicht in den Widerspruch verfallen, der Bevölkerung den Weg des Gewaltverzichts mit Haß und Gewalt aufzuzwingen".

Offenbar soll es dabei bleiben, daß die Grünen jede noch so geringfügige Gewalt im I n n e r e n (z.B. Steinewerfer) verteufeln, während sie der militärischen Gewalt nach A u s s e n mit „Toleranz" begegnen.

Wenn es im grünen „Friedensmanifest" heißt: *„Gewaltfreier Widerstand und vernichtender Haß schließen einander aus"* und: *„Der Glaube an den guten aktivierbaren Kern in jedem Menschen ist wichtigste Voraussetzung für die Einstellungs- und Verhaltensänderung gegenüber dem angeblich feindlichen Volk"*, so wird dies ausdrücklich auch auf die Herrschenden bezogen: *„Deshalb hängt die Glaubwürdigkeit unseres Engagements für den Frieden ... davon ab, wie wir mit politischen Gegnern und auch mit den Regierenden und Ausführenden staatlicher Gewalt sprachlich, physisch und psychisch umgehen. Wer im Gegner nicht auch den Menschen sieht, kann nicht erwarten, daß sein Anliegen aufgenommen und gar angenommen wird"*. Die Rede ist, wohlgemerkt, von einem Gegner, der den millionenfachen Massenmord vorbereitet! Der Faschismus wäre heute der Herr über den Erdball, wenn er nur auf so „tolerante" und „glaubwürdige" Gegner wie diese Grünen gestoßen wäre ...

„Die Bundesregierung ist nicht legitimiert, für uns zu sprechen"

Im Schlußteil des „Manifest"-Entwurfs heißt es wiederum vollkommen richtig, daß von der Bundesregierung *„keine effektiven Schritte zu erwarten"* seien; sie beschränke sich darauf, die Entscheidungen der NATO *„zu erläutern und schmackhaft zu machen und vor allem abzuwarten"* (jegliche aktive Rolle der BRD wird dabei allerdings wiederum ausgespart, obwohl die BRD die Rolle übernommen hat, unter den europäischen NATO-Partnern die „Nachrüstung" durchzusetzen). — Im „Manifest" wird betont, die Bundesregierung könne *„nicht für uns sprechen"*. *„Die Friedensbewegung muß deshalb schon jetzt in eigener Zuständigkeit die ersten notwendigen Schritte unternehmen"*. Die westdeutschen Friedensgruppen sollten nach Vorstellung der Grünen deshalb einen *„‚Rat der Friedensarbeiter' bilden"*. Als *„repräsentative Vertretung soll dieser ‚Rat der Friedensarbeiter' für die westdeutsche Bevölkerung in Friedensangelegenheiten sprechen"*. Diesen Anspruch soll der „Friedensrat" auch durch eine Unterschriftensammlung an die Bundesregierung deutlich machen. Der „Friedensrat" soll dann sogar mit ausländischen Regierungen über atomwaffenfreie Zonen und konkrete Abrüstungsschritte verhandeln; außerdem soll er mit Vertretern der *„Friedens- und Bürgerrechtsbewegungen in West- und Osteuropa Informationen austauschen, gemeinsame Aktionen planen und ein europäisches Friedenskonzept erarbeiten"*.

So sehr es zu begrüßen ist, internationale Verbindungen der Friedensbewegung aufzubauen, so wichtig ist doch dabei, sich anzuschauen, auf welchem Wege die Grünen das erreichen wollen und welche Ansprüche sie dabei erheben, damit nicht neben der SPD, die gerne namens der Friedensbewegung sprechen will, weitere Gremien von ‚eigenen Gnaden' entstehen, die im Namen d e r BRD-Friedensbwegung agieren wollen und sogar – wie es manchen führenden Grünen vorschwebt – als selbsternannte Neben-Regierung Verhandlungen führen wollen. Aktuell wären überhaupt nur Treffen/Gremien zur besseren K o o r d i n a t i o n möglich. Der innerhalb der Grünen verbreitete Vorschlag dazu ist ungeeignet: Danach sollen die Grünen (assoziiertes) Mitglied der westdeutschen Sektion von „War Resisters International" werden (internationaler Zusammenschluß gewaltfreier bzw. Verweigerer-Gruppen); andere Friedensgruppen sollen sich (so der Vorschlag) diesem Schritt anschließen, um in diesem (WRI-) Rahmen den „Friedensrat" zu bilden. Wie gesagt, r e p r ä s e n t a t i v (so lautet der Anspruch!) wäre das überhaupt nicht. Richtig ist hingegen die Beschreibung, daß die *„organisatorische Struktur"* der Friedensgruppen *„chaotisch"* sei und daß bei Bündnisverhandlungen eine *„zufällig und zersplittert"* auftretende Friedensbewegung mit einer Mehrheit von KOFAZ-Kadern konfrontiert ist – auch wenn es u.E. keinesfalls um eine Ausgrenzung des KOFAZ' gehen darf, womit leider manche Grüne zu liebäugeln scheinen.

„Säule Gewaltfreiheit" bei den Grünen passe?

Seit einiger Zeit wird mit Vehemenz darum gestritten, Denkmodelle einer „Alternativen Verteidigung" auch in der Grünen Partei hoffähig zu machen und eventuell sogar ins Programm aufzunehmen. In seinen „Vorschlägen für eine breitere Fundierung unserer Friedenspolitik", die Erich Knapp (Mitglied des Bundesvorstands) auf der letzten Bundeshauptausschußsitzung vorlegte, forderte er klipp und klar, *„dem Konzept der Technoguerilla einen gleichberechtigten Platz* (neben der gewaltfreien „sozialen Verteidigung" – Anm. AK) *im Denken der Grünen"* zu geben.

Erich Knapp gehört eigentlich zu den Radikaleren innerhalb der Grünen; er fordert z.B. auch, man müsse *„aus diesem unheilbar anti-ökologischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem aussteigen"*, und er sieht die Gefahr, daß die SPD die Friedensbewegung erfolgreich spalten könnte. Aus der Einschätzung, daß es „Kokolores" sei, sich mit Konzepten der „sozialen Verteidigung" innerhalb eines Krieges, der mit Atom- und „konventionellen" Waffen (einschließlich B- und C-Waffen) geführt wird, verteidigen zu wollen, zieht er den Schluß, daß man eine „Alternative Verteidigung" brauche. Allerdings haben Militärstrategen detailliert vorgerechnet, warum solche Verteidigungsmethoden in eben dem von Erich Knapp angenommenen Krieg ebenfalls als „Kokolores" anzusehen wären. Aber nicht nur Knapp, sondern auch andere einflußreiche Grüne betonen, daß die soziale Verteidigung *„zur radikalpazifistischen Illusion"* werden könne, die *„uns mehr Bürger entfremdet als zuführt"*. Noch einen Schritt weiter geht Wilfried Heidt vom rechtsgrünen Achberger Kreis (der ursprünglich auf dem kommenden Parteitag für den Geschäftsführenden Vorstand kandidieren wollte, aber inzwischen zurückgezogen hat): **„Wir können hinsichtlich der Einschätzung des Charakters des sowjetischen Systems den Standpunkt der Rüstungsbefürworter übernehmen, ohne damit ins Unwahre zu kommen".**

Begründet wird das damit, daß die Sowjetunion nach i n n e n totalitär vorgehe. Solange es „diesen ‚Kommunismus'" gibt – so Heidt – **„sind wir zur Rüstung, zum ‚Gleichgewicht des Schreckens' verdammt. Diesen Preis für die Erhaltung unserer Freiheit zu zahlen, sind wir bereit".**

Auch den Standpunkt der *„ideologisch militanten Rüstungsbefürworter hinsichtlich der politischen Einschätzung der Friedensbewegung"* könne man übernehmen: es stimme, daß die Friedensbewegung **„im Kielwasser sowjetischer Politik"** segelt.

Besonders stark wird der neue Kurs im Landesverband Baden-Württemberg vertreten. Der Landesvorstand legte zum kürzlich stattgefundenen Landesparteitag einen Leitantrag vor, der als *„ersten Schritt"* die Bundeswehr zur *„Defensivarmee"* umrüsten will. Willi Hoss behauptete, *„reiner Pazifismus"* wirke *„eher spalterisch"* auf die Friedensbewegung; es bestehe in der Bevölkerung Ablehnung gegen den Gedanken, *„sich mit offener Brust anzubieten gegenüber einem Einmarsch der Russen"* (vgl. dazu Artikel in diesem AK).

In diesem Streit legte der relativ linksstehende Hamburger Landesverband einen Gegenentwurf vor. Dieser stellt zwar zur Einschätzung der Lage tatsächlich eine klarere Alternative dar, indem er die Hauptrolle der USA bei den Kriegsvorbereitungen betont und die Sowjetunion in einer vergleichsweise defensiven Position sieht.

Zum Problem der „Alternativen Verteidigung" wollen die Hamburger die *„Auseinandersetzung um das Für und Wider"* lediglich *„vorantreiben"*. **„Der derzeitige Stand der Diskussion läßt jedoch noch nicht absehen, welches Modell alternativer Verteidigung den konkreten Ausgangsbedingungen der bundesrepublikanischen Situation am besten Rechnung trägt"**; wichtiger als die Festlegung auf e i n e langfristige Perspektive sei *„die Aufstellung kurz- und mittelfristiger Forderungen"*. Die Frage der „Alternativen Verteidigung" o f f e n z u h a l t e n, entspricht dem derzeitigen Diskussionsstand der die

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorh. S.

Hamburger Grünen dominierenden Gruppe Z und der von ihnen repräsentierten „Modernen Sozialisten".

Widersprüchlich dazu ist allerdings, daß der Hamburger Vorschlag *„jegliche kriegsvorbereitende Waffenproduktion"* mit *„entschiedener Ablehnung der Grünen"* belegen will: Jeder, der nicht nur den Mode-Trend kennt, sondern auch die Rechnung für die neuen Alternativ-Modelle, weiß, daß diese mit erheblichen neuen Rüstungsprogrammen verbunden wären.

Festzustellen ist jetzt schon, daß der neue Trend bereits dazu geführt hat, daß in Anpassung an alle liebgewordenen antisowjetischen Stimmungen und Ressentiments eine der beim Offenbacher Gründungskongreß der Grünen beschlossenen vier Programm-„Säulen", die Säule „Gewaltfreiheit", zum Einsturz gebracht worden ist. Dies Prinzip, das ursprünglich die Grünen gegen militante und revolutionäre Vorstellungen von Links abgrenzen sollte, ist nun zugunsten einer „alternativen" Vaterlandsverteidigung fallengelassen worden.

Selbst engagierte Gegner solcher „Alternativmodelle" treten für ein tolerantes Nebeneindander beider Positionen in der Grünen Partei ein.

In einer Erklärung an die Delegierten des Parteitages schreiben Petra Kelly und Rolf Stolz (Mitglieder des Bundesvorstands) zu dem Problem: *„Wir wünschen den Dialog mit denen, die ... in der Partei die ‚Techno-Guerilla' als Minderheitsposition vertreten. Diese Frage ist nicht durch Ausschlüsse, Ausgrenzung oder organisatorische Manöver lösbar, sondern nur durch überzeugen, argumentieren und beweisen. Zugleich fühlen wir uns aber im Sinne der Mehrheit der grünen Mitglieder, im Sinne unserer Programmatik der gewaltfreien Aktion und im Sinne des revolutionären Humanismus innerlich gebunden an das Konzept eines radikalen Antimilitarismus hier und jetzt. ‚Frieden schaffen ohne Waffen', gewaltfreier Kampf für eine totale Entmilitarisierung – das ist das Gebot der Stunde, nicht eine Militärreform nach Schweizer/Österreicher Muster (Spaniochi), die das Unterdrückungsinstrument Armee, den Staat und das Gesellschaftssystem unangetastet läßt".*

Tatsächlich würde die Akzeptierung „Alternativer Verteidigung", konsequent durchdacht, unübersehbare Folgen für die Grünen haben:

Sie müßten sich konsequenterweise für („Alternative") Rüstungsproduktion einsetzen.

Sie müßten sich f ü r eine Militarisierung der Gesellschaft einsetzen, die eher noch mehr als heute große Teile der Bevölkerung und des Lebens durchdringt (weitere Streuung der Militärkader). Sie müßten sich für einen staatlichen Miltärapparat aussprechen, der zwar nach ihren Vorstellungen „defensiv" (nach außen) sein soll, aber sich genauso gut für eine Unterdrückung nach innen eignen dürfte, ja sogar für militärische Interventionen in der 3. Welt, wo ja gerade die bewegliche militärische Operation eine der Grundvoraussetzungen wäre (man braucht das nur an der französischen Armee zu studieren). Und das Zugeständnis an das offizielle „Feindbild", das die Herrschenden mit allen möglichen Lügen und Horrorgeschichten ständig neu aufwärmen, ist die schlimmste Konsequenz dieser Konzeption.

Selbst der Gedanke, damit attraktiver für Bündnisse mit den Sozialdemokraten zu werden, ist nicht besonders clever: Nicht allzubereite Anpassung an sozialdemokratische Vorstellungen hat die neue „Dialog-Bereitschaft" und hektische Aktivitäten in der SPD ausgelöst, sondern die Erkenntnis, daß sich eine breite Friedensbewegung a u ß e r h a l b ihres Wirkungsbereiches herausgebildet hat.

Erstaunlich ist bei der Diskussion um die Alternative Verteidigung innerhalb der Grünen, daß die Befürworter quer durch die Reihen zu finden sind, darunter auch Grüne, die bisher in den Auseinandersetzungen auf der linken Seite standen und stehen. Weniger verwunderlich ist, daß ehemalige „KPD"ler und KBWler sowie sonstige „Moderne Sozialisten" bei den Befürwortern zu finden sind; das war nicht anders zu erwarten, auch wenn diese Kräfte in anderen Fragen auf dem linken Flügel der Partei agieren. Überraschend ist hingegen z.B., daß Erich Knapp (Mitglied des Bundesvorstandes) dabei zu finden ist, der ansonsten dem linken Flügel der Partei zuzurechnen ist, und dem andererseits z.B. selbst der Krefelder Appell zu schlaff ist, weil er sich auf einen Appell an Regierende beschränkt.

Andererseits ist z.B. Roland Vogt keineswegs als Linker innerhalb des Grünen Spektrums einzustufen, aber steht jetzt wegen seines Engagements gegen die „Alternative Verteidigung", für konsequenten Pazifismus, heftig unter Beschuß.

Personenkarussell

Erich Knapp hatte schon im Juni beantragt, die Friedensarbeit der Grünen durch eine zusätzliche Stelle in der Zentrale zu stärken und dafür „wegen Geldmangels" die Stelle von Roland Vogt in Straßburg zu streichen. Inzwischen ist dies voll in den Streit um die friedenspolitische Ausrichtung der Grünen geraten. Der Antrag Knapps war gleichzeitig mit deftigen Angriffen auf Vogts Auftreten gewürzt. Petra Kelly und Rolf Stolz (Mitglieder des Bundesvorstandes) bewerten in ihrem Brief an die Delegierten dies auch als gezielten Schlag gegen eine bestimmte friedenspolitische Linie innerhalb der Grünen. In ahnlicher Weise verteidigt der Kreisverband Karlsruhe Roland Vogt. – Hinzu kommt, daß sich Petra Kelly und Rolf Stolz bei den Verhandlungen über den zukünftigen Vorstand übertölpelt fühlten. Laut Satzung muß jetzt ein T e i l des Vorstands ausgewechselt werden. Teile des Vorstandes drängen darauf, daß der g e s a m t e Vorstand zurücktreten soll und sich dann Einzelne zur Wiederwahl stellen können. Der gemeinsame Vorstandsrücktritt war bereits per Rundschreiben an die Delegierten bekanntgegeben worden. Kelly und Stolz haben daraufhin erklärt, sie würden n i c h t zurücktreten. – Daher wird sich der Bundeskongreß der Grünen auch mit diesen Fragen detaillierter auseinandersetzen müssen.

Schlußstrich unter den ‚Z'-Streit

Vermutlich endgültig zu Grabe getragen wurde auf der Bundeshauptausschuß-Sitzung am 12.9. der Versuch, die modern-sozialistische Gruppe Z aus der Grünen Partei zu vertreiben. Die Kampagne gegen die Gruppe Z war nach dem für die Grünen sehr enttäuschenden Ausgang der Bundestagswahlen (Oktober 1980) von rechten Ökologen und „Undogmatischen Sozialisten" (BUS) begonnen worden; sie hatte einige Monate lang für viel Wirbel in der Partei gesorgt. Vorgeworfen wurde der Gruppe Z zum einen statutenwidriges Verhalten und Machtpolitik in den von ihr dominierten bzw. beeinflußten Landesverbänden von Hamburg und Schleswig-Holstein; zum anderen generelle Unvereinbarkeit ihrer eigenen politischen Zielsetzung mit der der Grünen Partei.

Es zeigt sich vom ersten Moment an, daß die Koalition der „Z"-Gegner dem inhaltlichen Streit nicht gewachsen war und von den gewitzten Propagandisten der Gruppe Z mühelos auszupunkten war. Hinzu kam, daß von den „Z"-Gegnern mit Ausschlußanträgen operiert wurde, die nicht bloß inhaltlich erbärmlich waren, sondern die auch eindeutig statutenwidrig waren, also von vornherein scheitern m u ß t e n. So wurden an die Bundespartei Anträge auf kollektiven Ausschluß der Gruppe Z gerichtet, obwohl ein Kollektiv-Verfahren gar nicht zulässig ist und Ausschlußverfahren ohnehin zunächst einmal Sache der betroffenen Landesverbände sind. Auf der Bundeshauptausschuß-Sitzung der Grünen in Kassel im Februar war der Streit um die Gruppe Z zwar nochmals Hauptthema. Zugleich zeigte sich aber schon, daß mehrheitlich kein Interesse mehr bestand, diesen unfruchtbaren und für die Partei schädlichen und lähmenden Streit noch weiter fortzuführen. Es wurde ein 5-köpfige Kommission gewählt, die sich um die gegenseitigen Vorwürfe, um die Hintergründe etc. des Streits kümmern sollte. Abschließend sollte die Kommission der Partei einen beschlußreifen Entwurf zur Lösung des Problems vorlegen. Schon zu diesem Zeitpunkt deutete sich an, daß die Kommission vor allem dazu dienen sollte, den „Z"-Streit aus den Diskussionen der Gesamtpartei herauszuziehen und ihm schließlich zu einem Begräbnis 1. Klasse zu verhelfen.

Gegen diese Entwicklung gab es noch einigen Widerstand, insbesondere aus den Landesverbänden Bayern und Baden-Württemberg. Der bayrische Landesvorstand drohte sogar tollkühn damit, sich von der Bundespartei abzukoppeln, falls der „Z"-Streit nicht endlich entsprechend s e i n e n Vorstellungen gelöst werden sollte. Diese unkluge Drohung wurde allerdings sehr schnell zurückgezogen. Auch die grimmigen Worte einiger führender badenwürttembergischer Grünen (darunter auch die Landesvorsitzende) erwiesen sich am Ende als Papiertiger-Geröchel.

Der von der in Kassel gebildeten Kommission schließlich vorgelegte Abschlußbericht operiert in erster Linie mit der Behauptung, die Gruppe Z habe sich im letzten halben Jahr (also seit Bildung der Kommission) in ihren inneren Strukturen und in ihrem Selbstverständnis total „gewandelt". Lobend werden alle bekannten Selbstdarstellungen der Gruppe Z nacherzählt: Die Gruppe Z habe das schlimme leninistische „Prinzip des demokratischen Zentralismus" für überholt erklärt; die Gruppe Z *„respektiert nach ihren heutigen Aussagen den Meinungspluralismus auch für Z-Mitglieder und die öffentliche kontroverse Debatte"*; *„ihr bisheriges Verhältnis als Fraktion"* in der Grünen Partei habe sich *„tendenziell verändert"*; überdies sei die Gruppe Z schon dabei, sich in die Initiative Sozialistische Politik (ISP/-„Moderne Zeiten") aufzulösen, und die ISP wolle *„von dem bis dahin für die Z verbindlichen Prinzip einer hierarchisch-zentralistischen Organisation Abstand nehmen"* usw. usf. So liest sich der Untersuchungsbericht seitenweise wie ein gelungener Reklame-Prospekt der Gruppe Z.

Günstig für die Gruppe Z hat es sich zudem ausgewirkt, daß ihr „gewandeltes" Verhalten und Selbstverständnis auch von früheren Gegnern aus den Landesverbänden Schleswig-Hostein und Hamburg bestätigt wurde – von einzelnen unversöhnlichen Ausnahmen abgesehen. Besonders ihr Verhalten in der Hamburger 'Wahlbewegung', wo die Gruppe Z an vorderster Front für den Führungsanspruch der Grünen kämpft und sich mit permanenten Attacken gegen den KB viel Ruhm erworben hat, nötigte selbst eingefleischten „Z"-Gegnern wie Lippelt (rechter Grüner aus Niedersachsen) und Wolschner („Undogmatische Sozialisten") Respekt ab.

Inhaltlich ist der Abschlußbericht der Kasseler Kommission von dem Versuch bestimmt, alle Widersprüche zu verkleinern, zu verkleistern oder wegzureden. So wird z.B. behauptet, der Streit zwischen rechten Ökologen und der Gruppe Z um die Frage des Wirtschaftswachstums beruhe auf „M i ß v e r s t ä n d n i s s e n". Beide Seiten müßten *„mehr Sensibilität für die Angst des anderen vor den Folgen überzogener Positionen entwickeln"*. –

Selbst der Streit um die leidige „Gewaltfrage" soll zugekleistert werden. Hierzu hat der „Z"-Vorsitzende Goltermann der Untersuchungskommission auf deren Anfrage mitgeteilt: *„...verweise ich auf den Umstand, daß wir harte und heftige Auseinandersetzungen hinter uns haben mit Gruppierungen, die auf Gewalt einschließende Konfrontationen aus waren. Wir halten aber mehrheitlich nicht viel von vordergründiger Abgrenzerei und Distanziererei, insbesondere dann nicht, wenn es sich dabei um Aktionen handelt, mit denen wir selbst nichts zu tun haben. Für wichtiger erachten wir die praktische Verhinderung unnützer Gewaltaktionen vor Ort ..."* – Zugleich mit dieser um Sympathie heischenden Darstellung teilte Goltermann der Kommission aber auch mit, daß die Gruppe Z n i c h t p a z i f i s t i s c h sei, sondern sich z. B. auch mit (z.T. gewalttätigen) Hausbesetzern solidarisiere. Die Gruppe Z verheimlichte also durchaus nicht, daß sie die „Gewaltfrage" immer noch als t a k t i s c h e s Problem behandelt und gemäß den konkreten Bedingungen unterschiedlich beantwortet.

Daß dies mit dem Prizip „gewaltfrei" (eine der „vier Säulen" des grünen Parteiprogramms) nicht übereinstimmt, liegt eigentlich auf der Hand. In diesem Punkt hat sich die Untersuchungskommission einige (möglicherweise sogar zutreffende?) psychologistische Interpretationen für das Verhalten der Gruppe Z einfallen lassen: Die Gruppe Z stehe unter moralischem Druck militanter Bewegungen und des bösen KB; die Gruppe Z sei eigentlich gar nicht gegen das Prinzip der Gewaltfreiheit, *„sondern vielmehr gegen die bevormundende Art"*, mit der manche Leute dieses Prinzip den realen Bewegungen „aufzudrängen" versuchen; die Gruppe Z befinde sich überdies noch in *„einem offenen Lernprozeß"*; wichtig sei schließlich der tatsächliche, praktische Einsatz der Gruppe Z zur „Verhinderung unnützer Gewaltaktionen". In diesem Punkt könnten einige „Z"-Gegner sogar *„von der relativ größeren 'Bewegungsnähe' der Z einiges lernen"*.

Das Fazit des Untersuchungsberichts der Kommission: Eine Unvereinbarkeit der Zugehörigkeit zur Gruppe Z mit der Mitgliedschaft in der Grünen Partei sei nicht gegeben. Die Gruppe Z sei als *„eine Minderheitenposition im breiten Konsensspektrum der Grünen und ihrer Strömungen"* zu respektiven. Ansonsten kommt der Bericht zu unverbindlichen Empfehlungen wie etwa: *„... Parteimitglieder in Funktionen zu wählen, deren Auffassungen weniger durch verhärtete Erfahrungen gekennzeichnet sind"*, um der *„extremen Polarisierung"* entgegenzuwirken. *„Auch der freiwillige Rücktritt einzelner Funktionsträger"* sei zu erwägen, dürfe dann aber *„nicht mit Effekthascherei"* verbunden werden. *„Sachdienliche Aufklärung"* sei besser als die *„Giftküche von Berichten und emotionsgeladenen Kampagnen"*. „Z"-Mitglieder werde „geraten", *„sich öffentlich zurückzuhalten, wenn sie in Loyalitätskonflikte zwischen Prinzipien ihres Ursprungs (z.B. gewaltgebundenes Revolutionsverständnis) und Prinzipien der Grünen (z.B. Gewaltfreiheit) geraten. Anzustreben ist die Aufgabe alter Loyalitäten zugunsten von mehr Loyalität gegenüber den Prinzipien der Grünen"*.

Auf der Bundeshauptausschuß-Sitzung am 12.9. wurde dieser Bericht mit großer Mehrheit angenommen, nachdem einige für die Sache bedeutungslose kleinere Änderungen vorgenommen worden waren. Zu den Änderungen gehört die Entscheidung, die in Kassel gebildete Kommission weiterarbeiten zu lassen – nun allerdings nicht mehr speziell zur Gruppe Z, sondern generell als Feuerwehr für innerparteiliche Stänkereien und Konflikte. Dieser Entscheidung stimmte auch die Gruppe Z zu. Zugleich wurde die bisher 5-köpfige Kommission um zwei neue Mitglieder erweitert, darunter eine profilierte Rechte und Kommunistenhasserin aus Niedersachsen. Die Zusammensetzung der Kommission soll dadurch ausgewogener werden.

Wie geschwächt mittlerweile die Position der „Z"-Gegner ist, wurde am Abstimmungsergebnis für einen rechten Antrag deutlich, der Bundeshauptausschuß möge der Gruppe Z „empfehlen", als Zeichen ihres guten Willens sämtliche Funktionen in der Grünen Partei niederzulegen. Obwohl dieser Antrag gegenüber früheren Vorstößen der Rechten als äußerst „gemäßigt" zu bezeichnen ist, gab es bei ca. 25 Abstimmenden nur 6 Stimmen für diesen Antrag und 7 Enthaltungen.

Noch vor der BHA-Sitzung hatten zwei wichtige Kontrahenten der Gruppe Z im Landesverband Schleswig-Holstein, Plagemann und Burmester, das Handtuch geworfen: Beide teilten im August ihren Austritt aus dem Landesverband mit. Plagemann will zukünftig in der rechtsökologischen Abspaltung GLSH (Grüne Liste Schleswig-Holstein) mitarbeiten, die nicht zur Bundespartei Die Grünen gehört, sondern Teil der Grünen Föderation um Herbert Gruhl und Baldur Springmann ist. Im Gegensatz dazu will die gleichfalls ausgetretene Anke Burmester ihre „Verbundenheit zur Bundespartei" bewahren, indem sie Mitglied in einem anderen Landesverband wird.

Grüner Parteitag in Baden-Württemberg
„Hinein in die schmutzige Politik"?

„Wir sind eine Partei und kein Mönchsorden. Wenn wir uns etablieren wollen, dann können wir nicht immer die weiße, grüne Weste anbehalten, sondern müssen uns auch mit dem befleckten Geschäft der Politik einlassen". So charakterisierte der Landtagsabgeordnete Kretschmann zu Anfang des Landesparteitages der Grünen von Baden-Württemberg die Marschroute der „Pragmatiker". Der konkrete Inhalt dieser starken Worte sollte sich schnell erweisen.

Powerplay in der Friedensfrage

Den 250 Delegierten lag ein Leitantrag des Landesvorstandes vor, der eine „Korrektur" der bisherigen Friedenspolitik der Partei beinhaltete: Hatten sich die Grünen bisher für Gewaltlosigkeit und Pazifismus stark gemacht, so wurde in diesem Antrag die Bundeswehr nicht mehr grundsätzlich infrage gestellt. Sie sollte nur noch „im Sinne einer Defensivarmee ausgerüstet und umstrukturiert" werden. „Defensive Territorialverteidigung" nannten die Antragsteller das.

Einer Pressure-Group um den eingangs zitierten Kretschmann sowie den früheren Landesvorsitzenden W. D. Hasenclever und Willi Hoss war auch das noch zuwenig. Im Bemühen um eine „r e a l i s t i s c h e Konzeption hin zum Frieden" müsse man nämlich – so Hasenclever – die Bevölkerung da „abholen", wo sie steht, also mit ihrer Russenangst und der „instinktiven Auflehnung" gegen den Gedanken einer „Kapitulation".

Deshalb wollte diese Gruppe eine v e r s c h ä r f t e Verurteilung der „aggressiven Militärpolitik der UdSSR" in die Resolution einbauen, sowie eine A b s c h w ä c h u n g der Forderung nach „einseitigen Abrüstungsschritten der Bundesrepublik".

Beide Anträge gingen ohne weitere Debatte durch, und Hasenclevers Voraussage gegenüber der „Stuttgarter Zeitung" schon v o r dem Parteitag schien sich zu erfüllen. Dort hatte er selbstbewußt eine „breite Mehrheit" für die neue Politik prognostiziert. Doch beim Punkt „Alternative Verteidigung" kam es dann doch zum Clinch. Nachdem sich in einem ersten Meinungsbild die „Territorialverteidiger" gegen die oft abschätzig als „Radikalpazifisten" bezeichneten Vertreter der bisherigen Abrüstungslinie durchzusetzen schienen, kam es zu einem wahren Proteststurm. Auffallend viele Delegierte meldeten sich zu Wort. Kriegsdienstverweigerer, Graswurzler und christliche Friedensfreunde wehrten sich gegen die Vorstellung einer „alternativen Bundeswehr".

Sie machten den Delegierten klar, daß sich unter Begriffen wie „Techno-Guerilla" keineswegs eine abrüstende Bundeswehr oder gar eine Art Volksmiliz im linken Sinne verbirgt, sondern immer noch eine schreckliche Tötungsmaschinerie: „Ab 1941 war die Wehrmacht schon auf dem Rückzug, war also eine defensive Armee, und trotzdem gab es noch Millionen Tote", wurde beispielsweise angeführt. Als die Territorialverteidiger dennoch rücksichtslos ihren Kurs weiterverfolgten, wurde von den konsequenten Abrüstungsbefürwortern eine Protestresolution verfaßt, die unmißverständlich klarlegte, daß sie im Falle einer Unterdrückung ihrer Meinung nach eine Grundsatzdebatte um die Frage der „Gewaltfreiheit" (eine der vier „Säulen" der Partei!) anstreben würden. Viele Redner – selbst ein Mitglied des Landesvorstandes – bezeichneten die neue Linie der Alternativverteidiger als eine „Spaltung der Friedensbewegung" und kündigten im Falle ihrer Durchsetzung ihren Parteiaustritt an.

Jetzt endlich gaben die „Pragmatiker" zumindest teilweise nach: Der umstrittenste Satz der Resolution wurde gestrichen (*„Wann im Zuge solcher einseitigen Abrüstungsschritte ganz auf militärische Verteidigung verzichtet werden kann, hängt von den Erfolgen der Friedensbewegung in Ost und West ab"*).

Der letztlich angenommene Text ist für Interpretationen nach beiden Seiten offen. So schätzten die „Stuttgarter Nachrichten", oft als Hausblatt der Hasenclever-Riege bezeichnet, vor allem den folgenden Satz als „Erfolg des gemäßigten Flügels" ein: *„Wir fordern die Auflösung der hierarchischen, zentralisierten Struk-*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorh. S.

tur der Armee, die sich als A n g r i f f s instrument einsetzbar macht". Tatsächlich impliziert diese Formulierung die Forderung nach einer U m s t r u k t u r i e r u n g der Bundeswehr, keineswegs nach ihrem vollständigen A b b a u.

„Kein Bock, links von der SPD zu sein"

Dem Landtagsabgeordneten Kretschmann blieb es vorbehalten, mit diesen Worten auch für alle anderen Arbeitsgebiete Zeichen zu setzen. Er meinte weiter, man dürfe nicht immer der „Sucht nach Originalität" nachgeben, und es gelte auch nicht, im Landtag unbedingt „links von der SPD" zu erscheinen. Vielmehr müsse man auch versuchen, in die „Besitzstände der CDU" einzubrechen und sich durch eine „umfassende Politik" im Landtag Autorität zu verschaffen. Am Ende dieses Prozesses müsse eine **„Koalitionsfähigkeit der SPD"** stehen.

Hasenclever hieb in dieselbe Kerbe und erteilte dem „Spontitum im Parlament" eine klare Absage. In diesem Zusammenhang wurde nicht nur die Alternative Liste Berlin einer heftigen Kritik unterworfen (z. B. von Kretschmann). Selbst der rechtsökologischen Bremer Grünen Liste um Olaf Dinné wurde „Klamaukpolitik" vorgeworfen ... Dem standen z. B. die Ansichten des neugewählten Mitgliedes des Landesvorstandes, Reinhold Settele, gegenüber: Die Grünen im Stuttgarter Parlament müßten sich verhalten „wie Bebel und Liebknecht im sächsischen Landtag" ...

Abkoppelung von der Basisbewegung

Wie sich Hasenclever den weiteren Aufbau der Partei vorstellt, hat er schon vor der Sommerpause der „Stuttgarter Zeitung" verraten: *„Wenn wir die Parole ausgeben: Ran an die Machthebel, können wir auch neue Kräfte wecken"*. Für Hasi ist es keine Frage, daß die Grünen *„sich über ihr Verhältnis zur Macht klar werden"* müssen. Diese „Konsolidierung" habe die **„enttäuschte Abwendung spektakelfreudiger Spontis und verbiesterter Radikaler von den Grünen"** zur Voraussetzung gehabt (Hasenclever in der „Stuttgarter Zeitung" vom 19.9.). Diese Art von Politik zeigte schon auf dem Landesparteitag ihre Folgen: So reisten 100 Delegierte gleich gar nicht erst an („spektakelfreudige Spontis"?), und die zahlreichen Anträge aus den Kreisverbänden wurden ganz locker von der Tagesordnung geschubst.

Parallel mit dieser machtorientierten Politik läuft eine Absage an die Basisbewegungen. Kretschmann warnte im Hinblick auf die militanten Auseinandersetzungen in den Großstädten davor, daß sich die Grünen „in die Grauzone begrenzter Regelverletzung" begeben. Aus den Reihen des anthroposophischen „Achberger Kreises" wurde frau noch deutlicher: Die „Unruhen" in Berlin, Freiburg und Tübingen gefährdeten „eine mögliche mitteleuropäische Friedensregelung auf das Schwerste". Und: „Basisdemokratie, verstanden als Tolerierung einer De-Facto-Diktatur des Proletariats, das wäre nicht mein Weg!" (Brief einer Frau Böhm aus dem alten Landesvorstand).

Am Scheideweg

Glücklicherweise sind diese offenen Vorstöße zur Umwandlung der Grünen in eine etablierte Partei vorerst nicht mehrheitsfähig. Das engagierte Auftreten der Pazifisten konnte den Kurswechsel in der Friedensfrage deutlich abschwächen. Und bei den provokativen Reden des Herrn Kretschmann gab es oft Tumulte im Saal.

Erfreulich ist auch, daß Kretschmann nicht für den Bundeshauptausschuß nominiert wurde (vor allem deswegen, weil er schon ein Amt innehat). Noch deutlicher war die Absage an den Ex-KBW'ler Wilfried Maier („Moderne Zeiten"), der sich mit seinem wortgewaltigen Eintreten für eine „alternative Verteidigung" gegen die „sowjetische Gefahr" wenig Freunde auf dem pazifistischen Flügel machte und seine Hoffnungen auf einen Sitz im Landesvorstand begraben mußte.

Die „Pragmatiker" sind offensichtlich mit dem Erreichten nicht zufrieden. Vor allem mit Unterstützung der prominenten grünen Landtagsabgeordneten werden sie auch weiterhin versuchen, die Partei der Politik „unseres Vordenkers Erhard Eppler" anzunähern (so Hasenclever, der aus dem Eppler-Kreis über die AUD in die Grünen kam).

Ein Genosse aus Freiburg

Interview mit Frau Muscheler aus dem Landesvorstand Baden-Würtemberg der Grünen

Wo bitte gehts denn hier zur Front?

Am Rande des baden-württembergischen Parteitages hatten wir die Gelegenheit zu einem Gespräch mit Frau Muscheler, die seit fast 2 Jahren im Landesverband Vorstandsarbeit macht.

AK: Christine, Du hast, anders als die Vorstandsmehrheit, auf dem Parteitag gegen die Forderung nach einer „defensiven Territorialverteidigung" Stellung bezogen.

Christine Muschler (Ch.M.): Das stimmt. Wie viele andere habe ich mir Gedanken gemacht über die Strategie einer Verbreiterung der Friedensbewegung. Schon seit langem habe ich auf unseren Vorstandssitzungen vertreten, daß wir auf keinen Fall dem Diskussionsstand in der Friedensbewegung vorgreifen sollten; das heißt, daß wir nicht Entscheidungen treffen und somit eine Richtung einschlagen dürfen, die nicht auch in der Bewegung einen großen Konsens hat.

und somit eine Richtung einschlagen dürfen, die nicht auch in der Bewegung einen großen Konsens hat.

Jetzt wurde plötzlich im Vorfeld der beiden Parteitage ein Streit über die „alternative Verteidigung" entfacht, der von der Heftigkeit, mit der er geführt wird, vergleichbar mit dem Streit um den § 218 oder die „Doppelmitgliedschaft" ist. Ich habe aber dabei den Eindruck, daß die ‚Zündler' (das ist badisch) sich nicht im klaren sind, daß sie damit die Friedensbewegung schwächen oder im Extremfall sogar spalten können.

AK: Geht dieser Streit auch um die Person von Roland Vogt, der innerhalb der Partei kaltgestellt werden soll?

Ch.M.: Die öffentlich gegen Roland betriebene Kampagne muß schon in diesem Zusammenhang gesehen werden. Einige Leute scheinen ihn diskreditieren zu wollen, um insgesamt die Position des radikalen Pazifismus zurückzudrängen. Da kann ich nicht mitziehen, obwohl ich auch nicht mit allem einverstanden bin, was Roland macht.

AK: Die „Alternative Verteidigung" würde ja eigentlich auch gegen den programmatischen „Grundpfeiler" der Grünen, die Gewaltfreiheit, verstoßen ...

Ch.M.: Ja, und genau da wirds problematisch. Ich finde es einfach hinterlistig, daß dieselben Leute, die früher immer die Radikalen aus der Partei raushalten wollten, weil sie angeblich mit ihrer „Militanz" gegen das Prinzip der Gewaltfreiheit verstoßen, daß diese Leute heute selber diesen Konsens in ihrem Sinne aufweichen wollen. Das finde ich schlimm, daß hier so taktiert wird; das ist auch irgendwie die Art von Politik, die wir Grünen nicht wollen.

Ein anderes Beispiel: Es wurde manchen Pazifisten vorgeworfen, daß sie gleichzeitig Geld für „Waffen für El Salvador" sammeln. Das ist sicherlich ein Widerspruch; aber viele Leute, die das ablehnen (unsere Landesvorsitzende z.B.), sprechen sich ihrerseits hierzulande für Territorialverteidigung aus.

Man sollte doch nicht vergessen, daß in El Salvador in jeder Nacht Menschen im Schlaf abgeschlachtet werden, während „der Russe" noch nie gegen Deutschland einen Eroberungskrieg geführt hat.

AK: Kannst Du erklären, warum die Leute so auf diese „defensive Verteidigung" abfahren?

Ch.M.: Ich will ja nichts unterstellen, aber ich vermute, daß viele Delegierte eine abgerüstete Bundeswehr schon automatisch für eine Defensivarmee halten.

Als letzte Woche vor meinem Haus im Manöver „Scharfe Klinge" ‚defensiv' geübt wurde, da hab ich auch ganz persönlich gemerkt, daß das nicht in meine Vorstellung von sanfter, gewaltfreier Gesellschaft paßt.

Aber um auf Deine Frage zurückzukommen: Die Delegierten wurden eben auch unterschwellig bearbeitet. „Radikalpazifisten" wurde fast schon schimpfwortartig gebraucht; und natürlich waren die Pazifisten die „Linken", während die Defensivverteidiger sich als „vernünftig", „realistisch" oder „bürgernah" ausgaben. Nur komischerweise waren auf der pazifistischen Seite sehr viele Pfarrer, Frauen für den Frieden, Zivildienstleistende und Leute von „Ohne Rüstung leben". Andererseits gabs vaterländische „Defensivverteidiger", die sich selbst als Linke bezeichneten.

und Leute von „Ohne Rüstung leben". Andererseits gabs vaterländische „Defensivverteidiger"

Als weiteren wichtigen Grund sehe ich natürlich noch, daß das Eintreten für die Defensivarmee wesentlich bequemer ist. Man muß selber nichts tun: Bei der gewaltfreien sozialen Verteidigung muß man was einüben, sich selber verändern – das gibt mehr Arbeit!

AK: Hasenclever und Kretschmann schwärmten davon, daß die Grünen koalitionsfähig mit der SPD werden müßten.

Ch.M.: Ja, das ist, glaube ich, auch der Schlüssel zum Vorhergesagten. Wir sollen mehrheitsfähig werden, und das können wir angeblich nur, wenn wir der „Russenangst" der Bevölkerung mit „Defensivverteidigung" entgegenkommen; und wenn wir keine „Alternative Liste"-Politik machen, sondern uns bürgerlich angepaßt-anständig benehmen.

Hier soll, wie mir scheint, der zweite vor dem ersten Schritt gemacht werden. Bevor alle möglichen Modelle der alternativen Parlamentsarbeit und deren Wirkungsmöglichkeiten in der Praxis getestet sind, will man jetzt schon einige verwerfen. Es ist doch noch überhaupt nicht erwiesen, ob wir als 5-%-Sauerteig in den verschiedensten Spielarten (Berliner, Frankfurter, Stuttgarter Modell usw.) im großen parlamentarischen Kuchen so wirkungslos sind, wie uns jetzt mit solchen Vorstößen weisgemacht werden soll. Und wenn alternative Parlamentarier Schwierigkeiten mit ihrer Außenseiterrolle haben, so sollte man darüber sprechen, und nicht versuchen, eine ganze Partei auf deren Bedürfnisse zuzuschneiden.

Und was die SPD angeht, so denke ich, soll die sich erstmal anstrengen, für die Grünen koalitionsfähig zu werden – und nicht umgekehrt!

Ich hatte manchmal den Eindruck, daß die Bezeichnung „Alternative" oft schon mit negativem Unterton gebraucht wurde. Das macht mich traurig und nimmt mir die Lust an der Arbeit. Teilen der Parteibasis aber scheint es nicht anders zu gehen. Von 350 Delegierten sind etwa 100 gar nicht erschienen. Das sollte für alle ein Alarmzeichen sein.

Diesen Prozeß hat Petra Kelly ganz richtig als die „Vermachtung der Partei" bezeichnet, das darf sich nicht fortsetzen.

AK: Wir danken Dir für das Gespräch!

Hamburg braucht eine starke AL

An die 200 Interessierte waren zur Versammlung der Bunten Liste (Initiativentreffen) am 18.9. gekommen, darunter eine Reihe Beobachter von den Grünen, der „AL-Initiative", der DKP und den SOST. Diskussionsthema der Versammlung war die Beteiligung an den Bürgerschaftswahlen 1982.

Fast unvermeidlich rankte sich die Diskussion um den Beschluß der Hamburger Grünen, die vierzehn Tage vorher ein definitives Nein zu einer AL in Hamburg beschlossen hatten und stattdessen eine „grün-alternative Bündnisliste" mit garantiertem 50 %-Einfluß (auf der Kandidatenliste und in allen Entscheidungsgremien) für die Grünen gefordert hatten. – Auf der BuLi-Versammlung wurde deutlich, daß die Initiatoren des Grünen-Beschlusses ihn als ein rein taktisches Kalkül gegenüber einer schwachen und zersplitterten alternativen Wahlbewegung begreifen. Der anwesende Leitungssprecher der Gruppe Z, K. Goltermann, provozierte die Versammlung mit kaum glaublicher Arroganz und mit der Drohung, die Grünen würden endgültig a l l e i n kandidieren, falls die BuLi und andere sich nicht i n k ü r z e s t e r Z e i t positiv zu dem 50 %-Vorschlag der Grünen äußern und in Verhandlungen eintreten würden. Lange warten würden die Grünen nicht mehr, da sie noch in diesem Jahr mit dem Wahlkampf beginnen würden. (Die Bürgerschaftswahl ist am 6. Juni 1982.)

Wer K. Goltermann eigentlich ermächtigt hatte, Absichtserklärungen im Namen der Grünen abzugeben, blieb wieder einmal unbeantwortet. Die Bunte Liste will, trotz und unabhängig vom Beschluß der Grünen, am Aufbau einer Alternativen Liste festhalten, die mehr sein soll als ein Wahlverein zur Wahrnehmung der von den Grünen „angebotenen" 50 %, die ein aktiver Zusammenschluß und politischer Faktor in Hamburg werden soll. Deshalb schlägt die BuLi vor, daß die verschiedenen Teile einer zu schaffenden AL enger zusammenarbeiten und schwerpunktmäßig über den Aufbau von Bezirksgruppen im November eine Alternative Liste gründen. Das Grünen-Konzept und die erneute Drohung mit einem Alleingang setzt aber gerade darauf, daß eine solche AL als ernstzunehmender Konkurrent für die Grünen nicht entsteht, so daß die Grünen freie Bahn für eine Alleinkandidatur – garniert mit einigen nichtgrünen Kandidaten – hätten.

„Z"-intern wird darauf spekuliert, daß der „Initiativkreis für eine Alternative Liste" sich als zu schwach erweist, seinen verbalen Anspruch in politische Praxis umzusetzen, und daß ein Zusammengehen mit anderen Kräften, insbesondere der BuLi, wegen vorhandener (und geschürter) Abgrenzung vom KB nicht zustandekommt.

Entschieden ist bislang nichts. Allerdings spricht die weltfremde Betulichkeit, mit der Teile des „Initiativkreises" auf die von den Grünen provozierte Situation reagieren, dafür, daß das „Z"-Konzept aufgehen könnte.

Die Bunte Liste (Initiativentreffen) hat sich am Ende ihrer Versammlung am 18.9. klar und deutlich für eine AL ausgesprochen und wird in diesem Sinne arbeiten. Die nachfolgende Resolution wurde gegen zwei Stimmen auf der Versammlung am 18.9. verabschiedet.

BUNTE LISTE (Initiativentreffen)

BUNTE LISTE (Initiativentreffen)

Vorschlag für die Gründung einer Alternativen Liste

Die atomare Aufrüstung und die Gefahr eines Krieges, die staatliche Sparpolitik und der Abba u sozialer Leistungen, der Bau weiterer AKWs und die zunehmende Vergiftung und Zerstörung der Umwelt, die immer drängendere Wohnungsnot, die Diskriminierung der Frauen – all diese drängenden Fragen werden heute in Hamburg von den etablierten Parteien in Vorbereitung der Bürgerschaftswahlen mit einem verschärften Rechtskurs beantwortet.

Die pseudoliberalen Nadelstreifen-Honoratioren Dohnanyi und Leisler Kiep symbolisieren diesen antisozialen Kurs. Die FDP und ihr Kandidat Brunnstein macht sich hoffähig für eine Koalition mit der CDU.

Adenauerscher Muff mit Reagan-Prägung in seiner Hamburger Variante macht den Einzug einer überzeugenden, grundsätzlichen Alternative zu SPDCDUFDP ins Rathaus und in die Bezirksparlamente nowendig.

Diese Alternative im Parlament muß fußen auf den vielfältigen Ansätzen von außerparlamentarischem Widerstand gegen die etablierte Politik, die Interessen der Betroffenen formulieren und als parlamentarische Opposition Gegenöffentlichkeit schaffen und venehmbar knirschenden Sand ins Parlamentsgetriebe werfen .....

Die Vielfalt der Bewegung und ihrer politischen Anschauungen erfordert eine Liste, die Raum läßt für politischen Pluralismus. In Hamburg wird seit Monaten in verschiedenen Kreisen über eine alternative Wahlbeteiligung diskutiert.

Auch die Partei die GRÜNEN hat sich daran beteil lgt. Mit ihrem Mitgliederbeschluß vom 5.9. 1981 schuf sie neue Fakten. Sie erklärt, daß sie keine Alternative Liste will.

Stattdessen schlägt sie eine Aufteilung der „Wahlbewegung" in zwei Blöcke à 5o % vor. Die Hälfte für Grün, den Rest für die anderen. Wir halten diesen Vorschlag für unvereinbar mit einem basisdemokratischen Selbstverständnis.

Unabhängig von später möglichen Bündnis-Verhandlungen schlägt die BUNTE LISTE (Initiativentreffen) den nicht-grünen Teilen der „Wahlbewegung" und interessierten Einzel-Mitgliedern der Grünen vor:

Einzutreten in einen konkreten Prozeß der Bildung einer Alternativen Liste für Hamburg, die

aus Einzelmitgliedersbesteht,

keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse kennt,

nach dem Konsensprinzip arbeitet, d. h. bemüht ist, entsprechend ihrem politischen Pluralismus Entscheidungen zu treffen, die niemanden in der Liste ausgrenzen und Minderheitsströmungen berücksichtigen,

für ihre Abgeordneten das Imperative Mandat -
die Verpflichtung auf die in der Liste demokratisch gefällten Beschlüsse,

akzeptiert und darüberhinaus

Rotationsprinzip für ihre Funktions- und Mandatsträger

einführt.

Zum konkreten Vorgehen sind gemeinsame Diskussions- und Arbeitsprozesse notwendig, mit dem Ziel:

a) einer vorläufigen Gründung der AL etwa im November auf einem gemeinsamen Kongreß,
b) eine demokratische Listenstruktur und dezentrale Arbeitsstrukturen in Bezirken und Bereichs- oder Facharbeitsgruppen, bzw. Unterstützung der bestehenden Bezirksansätze,
c) und damit im zweiten Schritt die Voraussetzungen für die Erarbeitung eines Programms der AL zu schaffen.

Der erste gemeinsame Kongreß sollte unserer Meinung nach folgende Themen behandeln:

Erarbeitung programmatischer Leitsätze und eines politischen Selbstverständnisses;
Schaffung einer basisdemokratischen Struktur der Liste, die sie arbeitsfähig und aussagefähig macht;

Klärung unseres Verhältnisses zur Arbeit im Parlament und zu den außerparlamentarischen Bewegungen.

Unser Vorschlag betont den vorläufigen Charakter der AL-Gründung. Wir wollen durch diese Gründung niemanden ausgrenzen oder laufende Diskussionsprozesse vorschnell zum Abschluß bringen.

Nach dem jetzigen Diskussionsstand halten wir es für notwendig und möglich, in den Listenbildungsprozeß einzutreten. Damit wird allen Interessierten die Möglichkeit einer Beteiligung an der Ausgestaltung der AL, ihren Arbeitsstrukturen und Inhalten gegeben.
Dieser Arbeitsprozeß sollte mit der Inangriffnahme praktischer Listenarbeit im Hinblick auf die Bürgerschaftswahlen 1982 verbunden werden.

Die Bunte Liste (Initativentreffen) wird sich in diesem Sinne für die Gründung einer starken Alternativen Liste für Hamburg einsetzen.

Wir würden uns freuen, eine Antwort auf unseren Vorschlag zu bekommen, um den Aufbau von Bezirksgruppen und den gemeinsamen Kongreß anzupacken.

Hamburg, 18. September 1981

Bunte Liste, Bartelsstr. 26, 2000 Hamburg 6, Tel.: 43 21 71



Wird der Baustopp gegen das AKW Wyhl noch in diesem Jahr aufgehoben?

Nach über 10-monatiger Unterbrechung wurde am 9./10.9. der „Wyhl-Prozeß" vor dem Verwaltungsgericht Mannheim ebenso fortgesetzt, wie er im Sommer 1979 begonnen hatte: mit einem Mißtrauensantrag gegen den Berichterstatter Sommer und den Vorsitzenden Richter Weidemann. War 1979 das Zusammentreffen von Sommer und dem Pro-Gutachter Kußmaul in den USA die Begründung für den Mißtrauensantrag gewesen, so war jetzt ans Tageslicht gekommen, daß der Berichterstatter Sommer wiederum ohne Kenntnis aller Prozeßbeteiligten ausgiebige Gespräche mit dem Progutachter Handge von der Gesellschaft für Reaktorsicherheit in Köln geführt hatte. Mit dem ebenfalls vom Gericht bestellten kritischen Gutachter Bleck-Neuhaus waren die Fragen telefonisch und schriftlich ausgemacht. Wie nicht anders zu erwarten, wurde der Befangenheitsantrag abgelehnt, da „*lediglich besprochen worden sei, ob der vorgesehene Gutachter (Handge) geplante Fragen auf dem Gebiet der Radioökologie (Umweltbelastung durch Strahlen) beantworten könne*" (FR., 10.9. 81).

Ob nun gerade Handges Berufung als Gutachter besonders günstig für die Betreiber war, kann man/frau durchaus bestreiten. Handge verstrickte sich in eine Reihe von offensichtlichen Widersprüchen, die auch von den etwa 400 Zuschauern – zumeist aus dem Kaiserstühler Raum – mit den entsprechenden bissigen Kommentaren versehen wurden.

Während Handge jede Gefährdung von Mensch und Natur durch austretende Strahlung abstritt, kam Prof. Jörn Bleck-Neuhaus von der Universität Bremen zu einem ganz anderen Ergebnis: nach seinen Berechnungen kann bei der Abgabe von Jod 131 aus dem AKW schon im „Normalbetrieb" die gesetzliche höchstzulässige radioaktive Schilddrüsenbelastung von Bewohnern in der Umgebung von Atomkraftwerken überschritten werden. Da die Strahlenbelastung auf den menschlichen Körper nicht in allen Fällen direkt gemessen werden kann, muß sie durch eine sogeannte radioökologische Rechnung bestimmt werden. Einer der wesentlichen Werte für eine solche Rechnung ist der „Transferfaktor". der mißt, in welchem Maße die aus einem Reaktor entweichende radioaktive Abluft über die Nahrungskette (Ablagerung auf der Erde, Speicherung in Pflanzen, Futteraufnahme durch Tiere, Genuß von Nahrungsmitteln) in den menschlichen Körper gelangen kann.

Der Transferfaktor für Jod 131 – so Bleck-Neuhaus – wurde bislang zu niedrig angenommen und die offiziellen Gutachten würden deshalb auch immer Unbedenklichkeit bestätigen. „*Jod 131 zählt unter allen radioaktiven Nukliden, die von einem Kernkraftwerk an die Atmosphäre abgegeben werden zu den gefährlichsten, da es die Schilddrüse des Menschen angreife und zu Krebs oder Funktionsstörungen führen kann. Auch sei Jod 131 für Säuglinge, die als Nahrung in der Hauptsache Milch zu sich nehmen, besonders gefährlich.*" (RNZ, 11.9.81).

Auch wenn die Atomkraftgegner in dieser Runde vor Gericht wohl einige Pluspunkte sammeln konnten, so rechnet doch kaum jemand damit, daß das Gericht in Mannheim den Baustopp nicht aufheben wird. die jetzt angelaufene Gerichtsrunde ist die letzte vor der Urteilsverkündung. Das Gericht soll überprüfen (in 2. Instanz), ob die 1974 erteilte 1. Baugenehmigung für das AKW Wyhl rechtens war. Das vermutlich positive Urteil für den Weiterbau soll noch in diesem Jahr verkündet werden. Die nächste Verhandlungsrunde ist für den 29./30.10. angesetzt. Noch hat das Gericht allerdings nicht entschieden, ob der Schweizer Meteorologe Thudium überhaupt gehört wird. Thudium hat 1980 ein Gutachten vorgelegt und berechnet, daß sich der Kühlturmbetrieb über verstärkte Nebelbildung negativ auf den Weinbau auswirken wird, da die Sonneneinstrahlung geringer wird.

Die Begründung der Baden-Württembergischen Landesregierung für die Ablehnung von Thudium: „*Die beantragten Gutachten sind für den Ausgang des Verfahrens nicht erheblich, da für die Entscheidung des Rechtsstreits der Stand der Wissenschaft und Technik im Zeitpunkt der Genehmigung am 22. Januar 1975 maßgeblich ist. Der Stand von Wissenschaft und Technik zum damaligen Zeitpunkt sei aber in der 1. Instanz des Wyhlprozesses von mehreren Sachverständigen belegt worden*"(FR, 12.9.81). Und dieser Stand war, daß die offiziellen Gutachten berechneten, daß „*eine Nebelbildung als Folge des Kühlturmbetriebs nicht habe berechnet werden können*". Ob dies wohl ein Trost ist für die Winzer, wenn der Wein an ihren Reben etliche Öchsle weniger hat aufgrund der durch den Nebel des Kühlturms verursachten geringen Sonneneinstrahldauer?

Albrecht: „Die Landesregierung wird dieses Urteil nicht akzeptieren!"

Einen gerichtlichen Baustopp verfügte das Verwaltungsgericht Stade am 11.9. für das in Gorleben geplante Zwischenlager. Den Einsprüchen der Kläger wurde in vollem Umfang stattgegeben. Das gesamte Genehmigungsverfahren erwecke laut Urteilsbegründung den Eindruck, „*daß das beabsichtigte Vorhaben möglichst reibungslos ausgeführt werden und der Bürger lediglich die geschaffenen Tatsachen zur Kenntnis nehmen konnte*". Bei allen bisherigen Beschlüssen der Kommunalpolitiker seien die „*atomrechtlichen Sicherheitsaspekte nicht berücksichtigt worden*" („Hannoveraner Allgemeine Zeitung" – „HAZ", 15.9.81).

Dieses Urteil ist natürlich eine Ohrfeige nicht nur für die von vorn und hinten von der DWK geschmierten Gorlebener Ratsherren, hatten sich diese doch allein auf die von der Landes- und Bundesregierung zugesicherte Rückendeckung verlassen. Kein Wunder also, daß nicht sie, sondern Albrecht persönlich über das Urteil herzog: „**Albrecht betonte, die Landesregierung sei nicht bereit, dieses Urteil zu akzeptieren. Die Angelegenheit müsse in den nächsten Instanzen geklärt werden. Auch die Gerichte müssen sich ihrer Verantwortung bewußt werden, meinte Albrecht**". Schließlich stehe bei Verzögerung der Bauarbeiten in Gorleben „sehr viel auf dem Spiel", ja für die ganze BRD könne eine „schwierige Situation" entstehen („HAZ" vom 16.9.81).

Auch wenn vorläufig von einem Haftbefehl gegen solch „verantwortungslose" Richter abgesehen wurde, so fühlte man sich in Lüchow-Dannenberg durch Albrechts „Rüge" doch „an dunkle Kapitel der deutschen Rechtssprechung" sowie an Albrechts bekannte Folter-Ausssage erinnert, die ähnlich prägnant die faschistoiden Züge hinter seinem „Keep smiling" offenbarten.

Das „klärende" Verhalten der Landesregierung trug mit dazu bei, daß trotz des Baustopps mit fast 1.000 Teilnehmern eine landkreisinterne Sternfahrt der Zwischenlagergegner entlang der vorgesehenen Atommüllrouten außerordentlich viel Anklang fand. Die „Unabhängige Wählergemeinschaft" in Lüchow-Dannenberg hatte hierzu nicht aufgerufen. Vertreter dieser Vereinigung, die seit längerem die BI auf ein „Stillhalteabkommen" bis zur Kommunalwahl festnageln wollten, forderten nach dem Baustoppurteil die BI intern gar dazu auf, die Sternfahrt ausfallen zu lassen. Dennoch riefen zahlreiche UWG-Kandidaten (wie auch einige der SPD) zur Sternfahrt öffentlich auf.

Ein Genosse aus Lüneburg

Startbahn West — Strategie der Bomben?

Zu einer Jubelfeier geriet am 25.9. eine Veranstaltung in Mörfelden-Walldorf. Alexander Schubart gab bekannt, daß der AG Volksbegehren mittlerweile die benötigten 118.000 amtlich bestätigten Unterschriften vorliegen, so daß der A n t r a g auf Einleitung eines Volksbegehrens über die Ausdehnung des Frankfurter Flughafens gestellt werden kann. Eingereicht haben die Bürgerinitiative und die mit ihr verbündeten Kräfte freileich schon 170.000 Unterschriften zur Beglaubigung, und sie sind auch fest entschlossen, die bis zum 14.11. verbliebene Zeit mit aller Kraft zu nutzen, um weiter zu sammeln. An diesem Tag sollen die Unterschriften mit einer Großdemonstration offiziell in Wiesbaden überreicht werden. Und nur ein deutlicher „Zuschlag" über die bis jetzt erreichte Zahl von Unterstützern macht es aussichtsreich, die zweite, ungemein schwierige Phase dieser Kampagne ebenfalls zu bewältigen (800.000 Unterschriften in nur zwei Wochen!).

Anlaß zur Zuversicht geben auch eine Reihe weiterer Aspekte. Pfarrer Oeser, Mitglied des hessischen Umweltbeirates, teilte den versammelten Bürgern mit, sämtliche Staatsrechtsjuristen im hessischen Umweltministerium seien inzwischen selber zu der „Erkenntnis" gelangt, daß der dem Volksbegehren zugrundeliegende Gesetzentwurf „rechtmäßig" sei. So erklärt sich wohl auch die Tatsache, daß die Landesregierung mit ihren Angriffen auf die Kampagne („verfassungswidrig") seit geraumer Zeit erheblich vorsichtiger geworden ist. Stattdessen präsentiert man jetzt merkwürdige „Meinungsumfragen" von vor einem halben Jahr, nach denen angeblich „nur" 27 % der Hessen gegen die Startbahn seien.

Schließlich steht der Landesregierung auch noch ein Prozeß ins Haus, mit dem die Startbahngegner beweisen wollen, daß das gesamte planungsrechtliche Verfahren zum Bau der „18 West" nicht den gesetzlichen Vorschriften entspricht, da die wasserrechtliche Problematik nicht angemessen berücksichtigt wurde. Bedenkt man all dies, so kann schlicht festgestellt werden, daß Börner und seine Mannschaft schon mal besser aussahen. Nicht zufällig brodelt daher die Gerüchteküche, derzufolge die sozialliberale Koalition in Wiesbaden (und damit auch in Bonn) in Gefahr sei usw. usf. Dies kommt ja immer, wenn der SPD die letzten Argumente ausgehen, und man kann es nur so beantworten: Geradezu mit Genuß würden die außerparlamentarischen Bewegungen in Hessen mit einer wie auch immer gearteten Wahlliste die FDP im nächsten Herbst aus dem Landtag feuern, falls sie jetzt zu Dregger schwenkt (leider wird sie uns den Gefallen kaum tun).

In dieser Situation setzt die Regierung auf ein bewährtes Instrument: Läßt sich das Volk nicht überzeugen, muß die Polizei „nachhelfen". Da sie aber weiß, daß dieser Zusammenhang sich auch dem Bürger nicht entzieht – und somit zusätzliche Erkenntnisse über dieses System zutage fördert – muß polizeiliche Brutalität eine scheinbare Legitimation erhalten.

Diesem Zweck dient das Mittel der Provokation. „Strategie der Bomben" nennt man eine Politik des Staates, die in Zeiten verschärfter Klassenkämpfe das Ziel verfolgt, ein Klima der Angst und Hysterie zu schaffen, um den Ruf nach harten Gewaltmaßnahmen und einem starken Staat zu schüren, der „endlich" erbarmungslos für „Ruhe und Ordnung" sorgt.

Es fing damit an, daß die Bürgerinitiative einen agent provocateur identifizieren konnte, der im Startbahnwald mit Mollies hantierte, und aus dessen schriftlichen Unterlagen hervorging, daß er für seine „Leistungen" mit 1.000 DM von der Polizei vergütet wurde. Es endete vorläufig damit, daß auf einem BI-Plenum am 24.9. ein Flugblatt unter die Leute gebracht wurde, das mit der Aufforderung endet: „Im ganzen Rhein/Main-Gebiet kann die Polizei beschäftigt werden (laß doch mal 'nen Feuerlöscher irgendwo liegen)". Mit den „Feuerlöschern" hat es seine ganz konkrete Bewandtnis. Am 16.9. wurde ein mit Sprengstoff gefülltes Gerät dieses Typs an einem Eisenbahngleis gefunden, das zur US-Air-Base am Flughafen führt. Durch die frühzeitige Entdeckung „mißlang" dieser Anschlag. Oberflächlich ist man versucht, diese Aktion in die zur Zeit laufenden Angriffe auf US-Einrichtungen einzuordnen. Schenkt man ihr hingegen etwas mehr Aufmerksamkeit, so muß festgestellt werden, daß eine an dieser Stelle explodierende Bombe erstens danebenliegende Gleise des „zivilen" Bahnverkehrs ebenfalls getroffen hätte. Zweitens hätte die Explosion auch den Autobahnverkehr mindestens in Mitleidenschaft gezogen. Also eine geradezu irrsinnige Stelle oder umgekehrt ein optimaler Ort, um der Bevölkerung das Treiben gemeingefährlicher Krimineller vor Augen zu führen. Ein nicht unterzeichneter „Bekennerbrief" (siehe „taz" vom 21.9.) nennt dann auch die Startbahn West als einen der Gründe für diese Aktion. Es darf vermutet werden, daß dieser (Mao-sei-Dank) „mißglückte" Anschlag noch eine Rolle spielen wird für die Hetze der Landesregierung gegen die Volksbewegung.

Erinnerungen an das Attentat auf den ehemaligen hessischen Wirtschaftsminister werden wach. Als Karry erschossen wurde, war sein p o l i t i s c h e s „Ende" ja bereits in Sicht (Spendenaffairen, Schiebereien zugunsten der Bauindustrie, Verwicklung in allerlei dunkle Geschäfte). Durch seinen gewaltsamen Tod allerdings ging ausgerechnet er als echter Kapital-Agent, der er immer war, noch als „populärer", „volksverbundener" Politiker in die bürgerliche Geschichtsschreibung ein. Sollte es mit seinem „Ziehkind", dem Startbahnprojekt, vergleichbar laufen? Das würde bedeuten, daß d i e s e Politik, die in Hessen heute so hart bedrängt wird wie noch nie, durch Gewaltprovokationen doch noch zum Erfolg gebracht werden soll. Wachsamkeit ist angesagt!

KB/Gruppe Frankfurt

INFO für Mitarbeiter
"Startbahn West"

Der Frankfurter Flughafen wird ausgebaut. Eine weitere Startbahn (Startbahn West) kommt hinzu.

Die juristischen Entscheidungen dafür sind gefallen. Die Flughafen AG hat die Genehmigung, auf ihrem eigenen Gelände die Bäume zu fällen.

Dies wurde mehrfach versucht, wurde aber durch Gegner des Flughafenausbaues verhindert.

Bei dieser Rechts- und Sachlage ist nunmehr die Polizei verpflichtet, tätig zu werden.

Die Polizei hat heute und in den nächsten Tagen folgende Aufgabe:

- Schutz der Demonstranten vor Verletzungen, die beim Holzeinschlag zu befürchten sind und
- Sicherung der Rodungsarbeiten, damit diese ordnungsgemäß und gefährdungsfrei durchgeführt werden können.

Nach bisherigen Erfahrungen sind demonstrierende Bürger aus den umliegenden Gemeinden zu erwarten, die sich durch den Flughafenausbau beeinträchtigt fühlen.

Möglich ist aber auch, daß gewalttätige Berufsdemonstranten aus anderen Teilen der Bundesrepublik erscheinen.

Es ist wichtig, durch richtiges polizeiliches Verhalten eine Solidarisierung zwischen diesen Gruppen zu vermeiden.

Das Verhalten gegenüber friedlichen Bürgern, die von ihrem Grundrecht auf friedliche, gewaltfreie Demonstration Gebrauch machen, muß ruhig und besonnen sein.

Die eingesetzten Polizeibeamten haben bisher – trotz zum Teil gegenteiliger Berichterstattung – angemessen reagiert.

Mir ist bewußt, daß ein anlaßgerechtes, ausgewogenes Verhalten bei längerer Einsatzdauer zunehmend schwieriger werden wird. Die mitbeteiligten gewalttätigen Randgruppen werden versuchen, ein hartes polizeiliches Verhalten zu provozieren, um möglichst auch die demonstrierenden Bürger gegen die Polizei aufzubringen.

- Dies darf nicht gelingen. Dazu muß jeder eingesetzte Beamte beitragen.

Druck: Eigendruck Polizei

DER POLIZEIPRÄSIDENT
IN FRANKFURT AM MAIN

Bearb.: – P V –

Anti-Atom-Demo in Phillipsburg

Der kleine nordbadische Ort Phillipsburg befindet sich in einer "ausgezeichneten" Lage, was die Konzentration an atomarem Potential angeht. Kaum 5 Kilometer voneinander entfernt liegen hier die beiden AKW's (Phillipsburg 2 noch im Bau) und ein großes deutsch-amerikanisches Atombombenlager. Außerdem sollen in der nahegelegenen Kaserne Lance und Pershing 1 A-Raketen stationiert sein.

Phillipsburg ist auch ein Ort, der als möglicher Standort für Pershing 2-Raketen immer wieder genannt wird. Um auf diese Konzentration von militärischem Potentials hinzuweisen, demonstrierten am 19.9. etwa 300 -400 Menschen in Phillipsburg. Aufgerufen hatten u.a. das Heidelberger SB, die Landesverbände Baden-Württemberg der Jusos, Judos, der Grünen sowie der BBU und einige örtliche Initiativen. Das Motto der Veranstaltung war: *"Gegen die doppelte Bedrohung unserer Region durch AKW's und Atomwaffenlager! Für ein Leben ohne atomare Bedrohung."*

Der radikale Teil der Friedensbewegung, der noch im Juni zur Demonstration zum NATO-Headquarter in Heidelberg mobilisierte, hatte sich nicht an den Vorbereitungen beteiligt. Dies lag sicherlich zum einen an der "Sommerpause", zum anderen wohl auch daran, daß die SB-Organisationen von Anfang an bekundeten, daß sie durch diese Demonstration mal zeigen wollten, wie man eine wirklich "breite" Demonstration vorbereitet, die nicht den "antiimperialistischen" und "antiamerikanischen" Touch hat, wie die Headquarter-Demo vom Juni. So redeten auf der Kundgebung dann auch neben Jo Leinen (BBU) und Andreas Buro (SB) u.a. auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Weißkirchen, der hervorhob, daß diese neue Friedensbewegung nicht so enden dürfe wie die Friedensbewegung Ende der fünfziger Jahre, nämlich mit einer absoluten Mehrheit der CDU/CSU (wofür er allerdings auch als einziger Redner Pfiffe erhielt). Den größten Beifall hingegen erhielt Dorothee Soelle, die konsequent für eine einseitige Abrüstung eintrat.

Auch die Staatsorgane führten wieder einmal vor, was unter "Atomstaat" zu verstehen ist. Obwohl es das erklärte Ziel der Organisationen war, eine friedliche Demonstration (Spaziergang?) zu organisieren, waren auf der Anfahrt nach Phillipsburg von der Polizei Autosperren errichtet. Alle Fahrzeuge wurden angehalten und nach "Waffen" durchsucht. Die Demonstrationsroute war nur bis zur Abzweigung zum Atomwaffenlager von der Hauptstraße genehmigt worden. Dort war die Straße mit Wasserwerfern, Stacheldraht und Pferden abgesperrt. Eskortiert wurde die Demonstration von einer Reiterstaffel der Polizei.

Rekrutengelöbnis in Bielefeld:

4000 Demonstranten — Polizei und Bundeswehr üben Bürgerkrieg



Der Versuch der Spaltung des Widerstands gegen das „feierliche Gelöbnis" in der Bielefelder Rußheide durch Jusos und DKP-nahe Kräfte (vgl. letzten AK) ist fehlgeschlagen. Trotz des Juso-Boykottaufrufes nahmen ca. 4.000 (Polizeiangabe 2.500) an der Protestdemonstration am 15.9. teil. An dem Juso-Friedensgelöbnis einen Tag vorher konnten zwar immerhin 1.000 Teilnehmer gezählt werden, die aber überwiegend auch bei der Demonstration dabei waren.

Die Polizei hatte das Gebiet um das Stadion hermetisch abgeriegelt. Die „Besucher" des Gelöbnisses bestanden mindestens zur Hälfte aus Uniformierten.

Friedensgelöbnis der Jusos etc.

Aufgerufen dazu hatte, wie berichtet, die Mehrheit der Bielefelder Friedensinitiative (Jusos, DKP, DFG, VVN). Gegen Widerstand der Bunten und Grünen sowie der VVN (!) und einem DFG-Mitglied setzte ein Juso-Vorstandsmitglied eine Verschiebung des Friedensgelöbnisses auf Montag — also einen Tag vor der BW-Provokation durch. Damit war das letzte Kompromißangebot der übrigen Kräfte der Bielefelder Friedensbewegung gescheitert, nämlich gemeinsam zum Friedensgelöbnis aufzurufen und nur mit einem Teil der Gruppen zur anschließenden Demonstration.

Gegen ihre ausdrückliche Zusage hatten die Jusos „alle Jugendlichen" zum Fernbleiben von der Demonstration aufgefordert.

Die Friedensinitiative gab daraufhin eine Erklärung heraus, die vermutlich ihren Verständigungswillen demonstrieren sollte, was aber reichlich daneben geriet. So hieß es zwar, sowohl Friedensgelöbnis als auch Demo hätten das gleiche Ziel. Man habe sich aber in der Initiative mehrheit-
sowohl Friedensgelöbnis als auch Demo hätten das gleiche Ziel. Man habe sich aber in der Initiative mehrheit-
lich nicht auf die Unterstützung der Demonstration verständigen können, da es unterschiedliche Auffassungen gegeben habe, „ob bei dieser Demonstration die Gefahr gewaltsamer Aktionen besteht". (aus der Erklärung). Damit wurde indirekt unterstellt, die anderen Kräfte hätten sich für ein „gewaltsames Vorgehen" ausgesprochen.

Nachdem auch die vorher nicht an den Diskussionen beteiligten Falken zu beiden Protestaktionen — also auch zur Demo aufgerufen hatten, erschienen Vertreter der Friedensinitiative (Mitglieder der VVN) bei der Bunten Liste, um dem Eindruck einer Spaltungsabsicht entgegenzutreten. Sie seien ebenfalls über den Juso-Boykottaufruf empört gewesen und boten den an der Demo beteiligten Kräften an, auf dem Friedensgelöbnis zur Teilnahme an der Demo aufrufen zu können.

In der BuLi erzielte man schnell Einigkeit, den Vorschlag anzunehmen, ohne aber seinerseits zum Friedensgelöbnis aufzurufen.

Inzwischen hatte auch der Bielefelder Ortsverband der GEW sich *„den Protesten gegen das öffentliche Gelöbnis von 350 Rekruten der Panzerbrigade Augustdorf am Dienstag auf der Rußheide angeschlossen."*

Die GEW schrieb in ihrer Erklärung: *„Wir sehen in öffentlichen Gelöbnissen den Versuch, militärisches Denken und militärische Umgangsformen wieder stärker im Bewußtsein der Bürger zu verankern ..."*



Ebenfalls zur Teilnahme am Friedensgelöbnis, nicht aber zur Demonstration, rief die Bielefelder Sportjugend auf, für die Brigitte Petring die Erklärung abgab „ ... *daß nur in Frieden Sport möglich sei*" (NW, 14.9.).

Schließlich nahmen nach Polizeiangaben 800 bis 1000 „meist junge Leute" am Friedensgelöbnis teil. Die Veranstalter sprachen von 2000, wobei sie aber nach übereinstimmenden Schätzungen anwesender Beobachter aus dem ‚radikalen Lager' die Beine gezählt haben müssen.

Es sprachen SPD-Vorstandsmitglied Jürgen Heinrich, der Theologe der Kirchlichen Hochschule Christoph Hartmeier und der DGB-Kreisjugendvorsitzende Dirk Toepper.

Beendet wurde die Veranstaltung mit dem Gelöbnis nach dem bekannten Text von Wolfgang Borchert „Dann gibt es nur eins: Sag Nein".

Zur Demonstration

Zur Demonstration

Es sah vor der Demonstration also eigentlich ganz gut aus: ein breites Bündnis von Falken über Bunte Liste und Grüne bis zu Anarchos und K-Gruppen, eine erhebliche Sympathie auch bei den Teilnehmern des Friedensgelöbnisses — „Morgen sind wir aber auch dabei" — und eine breite Berichterstattung in der örtlichen Presse.

Zu Beginn der Auftaktkundgebung nur einige Hundert, formierten sich dann 4000 Menschen zu einem eindrucksvollen und mächtigen Demonstrationszug, der größten Friedensdemonstration in Bielefeld-Stadt in der letzten Zeit.

Bei der Kundgebung sprachen der Bezirksvorsitzende der Falken, Rolf Voigt, und der Landesvorsitzende der Grünen NRW Hans Verheyen. Die Rede des AJZ-Vertreters Hans-Werner Wattenberg wurde auf die Abschlußkundgebung aufgrund der fortgeschrittenen Zeit verschoben.

Der Demo-Zug, der durch die Fußgängerzone und Wohnstraßen zum Platz der Abschlußkundgebung in der Nähe des Fußballstadions führte, enthielt außer Transparenten wie „Krieg dem Krieg" und „Raus aus der Nato" auch Parolen wie „Über uns wird keiner Herr — Frauen gegen Militär" oder „Lieber schwul und arbeitsscheu als normal und fahnentreu". Für Stimmung sorgte die Rote Kapelle mit neuen und alten Liedern gegen den Krieg. Trillerpfeifen fanden reißenden Absatz.

Polizei rüstet Wohngebiet zur Festung

Angesichts der zu erwartenden Proteste hatten Polizei und Bundeswehr
Festung
Angesichts der zu erwartenden Proteste hatten Polizei und Bundeswehr
„umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen" getroffen und angekündigt.

Das Stadion selbst sowie der anliegende Parkplatz wurden zum militärischen Sperrbezirk erklärt. Außerhalb des Stadions sollte die Polizei „ ... *für den geordneten, reibungslosen Zu- und Abgang zum Veranstaltungsort sorgen*" (NW, 14.9.).

Dazu wurde die anliegende Wohnstraße ab 17 Uhr — die „Feier" sollte um 19 Uhr beginnen — für den gesamten Verkehr (auch Anlieger) gesperrt. Außerdem sollten alle „Besucher und Passanten" ihre Ausweispapiere bereithalten.

Ab Dienstagmorgen begann die Polizei das Gelände um das Stadium hermetisch abzuriegeln.

Eine Natodraht-Umzäumung wurde ringsum errichtet und alle Vorbereitungen für die totale Sperrung aller Zufahrtswege getroffen.

Lediglich zwei Zugänge wurden offengehalten, wo alle Besucher, Demonstranten etc. nur im Gänsemarsch durch ein Bullenspalier durchkonnten.

Situation im und um das Stadion

Nach der Abschlußkundgebung in der Nähe des Stadions zogen die Demo-Teilnehmer zum Rußheide-Stadion, wo sie sich mit den ebenfalls eintreffenden Besuchern mischten.

Das Dilemma, vor dem die „Sicherheitsorgane" standen, war offensichtlich. Schließlich hatte nicht nur die Bielefelder Friedensbewegung aufgerufen, zum Stadion zu kommen, sondern auch die Bundeswehr im Verein mit den bürgerlichen Parteien,
gerufen, zum Stadion zu kommen, sondern auch die Bundeswehr im Verein mit den bürgerlichen Parteien,
die ja ein ö f f e n t l i c h e s Gelöbnis veranstalten wollten.

Nun, die Unterscheidung zwischen „Störern" und Besuchern fiel der Bullerei in zahlreichen Fällen sichtbar schwer. Zeitweise mußten beide Zugänge „aus Sicherheitsgründen" ganz gesperrt werden und schließlich gab es nur noch einen Einlaß.

Vor einer Sperre kam es zum ersten brutalen Räumungseinsatz der Polizei, um den Spitzen der Bielefelder Gesellschaft mit ihren Dienstwagen und Chauffeuren (z.B. Hauptredner des Abends OB Schwickert) Einlaß zu verschaffen. An den wartenden Fahrzeugen war hier und da ein Reifen entzweigegangen.

Die Fahrzeuge der Bielefelder Crème mußten außerdem eine Blutlache passieren, womit laut mitgebrachtem Transparent auf die blutige Realität eines Krieges aufmerksam gemacht werden sollte.

Nach der Räumung — die Fahrzeuge konnten dann durch — jagten Einsatzkommandos der Bullen zig Leute durch die anliegenden Wohnstraßen.

Später wurden dann in der Innenstadt ca. 100 Leute, die sich wieder versammelt hatten, ohne erkennbaren Anlaß auseinandergetrieben, da sie sich nach Meinung der Bullen auf dem Weg zu einer Bundeswehrkaserne in der Innenstadt befunden haben. Dabei kam es zu Festnahmen.

Doch zurück zum Stadion. Wer reinwollte, wurde in den meisten Fällen abgetastet und mußte seinen Ausweis vorzeigen. Evtl. festgestellte Trillerpfeifen u.ä. wurden beschlagnahmt. Langhaarige mit Bärten und Punker hatten die besten Chancen gar nicht erst ins Stadion zu kommen. Zum Teil wurden Leute mit Halstüchern nicht durchgelassen. Insgesamt wurde das aber sehr willkürlich entschieden.

Im Stadion gab es dann noch eine Kontrolle durch Bundeswehr-Feldjäger. Der Mut für irgendwelche Aktionen wollte bei frau und mann zunächst nicht recht aufkommen.

Mindestens die Hälfte der Anwesenden bestand aus Grau-Uniformierten. In der Hier- und Heute-Sendung des WDR am 15.9. hieß es dazu: *„Insgesamt bleibt die Bundeswehr jedoch heute abend unter sich. Von den insgesamt 4000 Besuchern des Gelöbnisses sind 1500 Soldaten aus Augustdorf, die zur Teilnahme abkommandiert wurden."*

So wurde zunächst auch nur mal hier, mal da ein Buh-Ruf laut, welche ihren Verursachern dann auch gleich die Personalienfeststellung und den Rausschmiß oder die Festnahme einbrachten. Proteste gegen Festnahmen durch Umstehende oder „Loslassen"-Rufe führten dann meistens ebenfalls zur Festnahme.

Mehrere Minuten lang heulte dann eine Sirene, die „von Unbekannten ausgelöst" worden war, etwas später dann eine zweite.

Das Gelöbnis selbst wurde dann massiv gestört. Unter Gejohle und Geklatsche stürmten vier Demonstranten auf den Platz. Einer konnte die Feldjäger in schnellem Spurt abhängen und vor seiner Festnahme die Worte „Nie wieder Krieg" über den Stadionlautsprecher rufen. Die anderen Läufer wurden ebenfalls verhaftet. Das Gelöbnis mußte nach einer unsanften Räumaktion gegen den „harten Kern" wiederholt werden. Zu dieser Zeit befanden sich allerdings nur noch Bundeswehr und überwiegend geladene Gäste im Stadion.

dion.

Durch die Aktionen im Stadion und durch die Anwesenheit Tausender Demonstranten außerhalb des Stadions wurden also die ungestörte Durchführung und v.a. die Öffentlichkeit des „feierlichen Rekrutengelöbnisses" stark beeinträchtigt.

Weitab vom Schauplatz wurde ein Demonstrant, der keinen Einlaß gefunden hatte, aus einer Eisdiele heraus verhaftet. Ein vorbeifahrender Bulle wollte ihn als Steinwerfer — was nachweisbar nicht stimmt — wiedererkannt haben. Da sich an seinen Schuhen Spuren der Blutaktion (s.o.) befunden haben sollen, wurde er nach der üblichen Prozedur, ED-Behandlung, barfuß zu Hause abgeliefert. Seine Schuhe wurden beschlagnahmt.

In mindestens zwei durch Zeugenaussagen belegbaren Fällen waren Provokateure am Werk. Diese versuchten Demonstranten zu Steinwürfen zu ermuntern bzw. später, als ca. 30 Leute vor dem Bullenpräsidium auf die Freilassung der Festgenommenen warteten, zur „Randale" in der Einkaufszone aufzuwiegeln. Zu diesem Zeitpunkt war die Innenstadt voller Polizei-Patrouillen.

Nach Bullen-Angaben erfolgten 24 Personalienfeststellungen, und zwar
— 5 wegen Lärmbelästigung (!) im Stadion,
— 5 wegen Widerstandes gegen Feldjäger der Bundeswehr,
— 3 wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte,
— 2 wegen Beleidigung,
— 4 wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz,
— 5 wegen Sachbeschädigung
(NW, 17.9.).

Die Bunte Liste gab dazu die Erklärung ab, wonach sie *„für den Fall, daß es zu Anklagen gegen Demonstranten kommt, ... jegliche materielle und moralische Unterstützung leisten"* werde.

Außerdem hieß es: *„Entgegen allen Unkenrufen von interessierter Seite haben die Demonstranten große Disziplin bewiesen und sich auch durch den größten Polizeieinsatz der letzten Jahre in Bielefeld nicht provozieren lassen ..."* (NW, 17.9.).



Die Photos auf dieser Seite sind von N. Fiks.

Reaktionen auf die Anti-Haig-Demonstration:

„Endlich mal richtig aufräumen ..." [Lummer]

Der Kommentator der „Ruhr-Nachrichten" traf den Nagel auf den Kopf: „Nichts macht den Irrsinn deutlicher: Amerikas Außenminister kann in Berlin nur noch in geschlossenen Gesellschaften auftreten". (14.9.) Prägnant drückt sich in diesem einen Satz die ganze Wut und Betroffenheit der Herrschenden darüber aus, daß sie mit allen Drohungen, Einschüchterungen und Spaltungsversuchen nicht hatten verhindern können, daß 80 000 ihren Protest gegen Haig und den Kriegskurs seiner Regierung auf die Straße trugen, während alle Anstrengungen, dem US-Bundesgenossen einen jubelnden Empfang durch die Bevölkerung zu bereiten, kläglich gescheitert waren. Um eine ähnliche Schlappe nicht noch einmal erleben zu müssen, wurden bereits tags drauf alle Hebel zum großen „Roll back" gegen die Friedensbewegung in Gang gesetzt.

Schutzhaft für Haig-Gegner

Die Aktion lief bereits an, bevor sich die Demonstration in Bewegung gesetzt hatte. Ca. 120 Leute aus Göttingen, Frankfurt, Kiel, Hamburg und Westberlin hatten sich am Sonntagvormittag am Nollendorfplatz versammelt, um gemeinsam zur Demonstration zu gehen. Gegen 10.30 Uhr — eine halbe Stunde vor Beginn der genehmigten Demonstration — sehen sie sich plötzlich von zahlreichen Polizeiwannen eingekesselt. Per Megaphon wird ihnen „mitgeteilt", daß alle festgenommen seien. Sie werden zusammengetrieben, teilweise mit Knüppeln geschlagen, in bereitstehende Wannen gepfercht und in die Polizeikaserne Kruppstraße abtransportiert. Begründung der Polizei: Gefahrverhütung.

Der Presse wird später mitgeteilt, die Polizei habe einen Hinweis bekommen, „*daß sich am Nollendorfplatz Radikale für Ausschreitungen formierten. Beim Einsatz hätte man*
platz Radikale für Ausschreitungen formierten. Beim Einsatz hätte man
dann zahlreiche Vermummte und mit Katapulten, Stahlkugeln und Sprühflaschen ausgerüstete Personen festgestellt, die schon durch ihren ‚Habitus' aufgefallen seien" (Tagesspiegel/Tsp. 15.9.).

Wie mehrere Betroffene später berichteten, hatte ihre „Ausrüstung" aus einer Papp-Pershing-II, einem Plakat „Für Atom-U-Boote im Wannsee", in einem anderen Fall aus einer brennenden Zigarette bestanden. „Gefährlichere" Gegenstände hat die Polizei bis heute noch nicht als Beweis vorlegen können.

Mitgegriffen wurden auch Leute, die mit der Demonstration überhaupt nichts zu tun hatten, etwa ein 15-jähriges Mädchen, das ihre Freundin besuchen wollte.

Juristisch gerechtfertigt wurden die Festnahmen mit §18 des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (ASOG), nach dem die Polizei „*eine Person in Gewahrsam nehmen kann, wenn auf andere Weise eine gegenwärtige erhebliche Gefahr nicht abgewehrt werden kann*". Die 120 als Gruppe Festgenommenen (die Polizei spricht übrigens nur von 78) nennen es: „*Ausnahmezustand, Militärdiktaturpraktiken im Namen des ‚Rechtsstaates', Freiheitsberaubung zur Sicherung von ‚Berlin als Symbol für Freiheit der ganzen Welt' [Haig]*" (Presseerklärung der 120 Festgenommenen). Früher hieß es schlicht: Schutzhaft.

Willkür und Schikanen auch nach den Festnahmen: „*Keiner kann einen Anwalt verständigen, die meisten mußten sich nackt ausziehen zur Leibesvisitation, drei Italiener dürfen ihre Botschaft nicht anrufen, zwei Frauen sind in der Zelle zusammengebrochen, obwohl schon Stunden vorher ein Arzt verlangt wurde*" (ebd.). Alle Männer werden erkennungsdienstlich behandelt.

Aus Protest praktizierten 80 der Festgenommenen in Selbsthilfe Gefangenenzusammenlegung: Mit Rigips zugenagelte Zwischentüren von vier großen Zellen werden eingetreten. Dafür blüht ihnen ein Verfahren wegen Sachbeschädigung und Gefangenenmeuterei. Wegen Nötigung und Freiheitsberaubung werden die 80 geschlossen Gegenanzeige stellen.

Freigelassen wurden alle erst, nachdem Haig schon lange aus Westberlin abgereist war. Frauen wie Männer wurden einzeln in Außenbezirken oder im Grunewald aus den Polizeiwannen geworfen.

Eine Festnahme hatte es bereits am Sonnabend gegeben. W., der während der Demonstration eine satirische Haig-Rede halten wollte und sich deshalb beim Trödler eine Uniform besorgt hatte, wurde nachts in seiner Wohnung verhaftet und 17 Stunden — bis zur Abreise Haigs — im Knast festgehalten.

Zoff nach der Abschlußkundgebung

Bereits während der Demonstration waren die Massen„Schutz"verhaftungen bekannt geworden. Die Demonstrationsleitung, der von der Polizei 54 Festnahmen bestätigt worden waren, erklärte, daß die Polizei für alle Folgen die Verantwortung zu tragen habe. Mit der Parole „Laßt die Leute frei" zogen nach der Abschlußkundgebung mehrere tausend Leute in Richtung Rathaus Schöneberg. Bereits nach gut 100 Metern stellte sich ihnen ein nicht unerheblicher Teil der insgesamt 7.000 eingesetzten Polizisten in den Weg, die sofort das Tränengasfeuer eröffneten. „*Beim Versuch, die Demonstranten auf den Winterfeldplatz* (wo die Abschlußkundgebung stattgefunden hatte — Anm. AK), *zurückzutreiben stießen sie auf erbitterten Widerstand. Steine flogen zu Hunderten, Barrikaden wurden zunächst in der Goltzstraße, später richtet, angezündet und förmlich verteidigt*" (taz, 14.9.). Nach gut einer Stunde hatte die Polizei mit gepanzerten Wasserwerfern und massivem Schlagstock- und Tränengaseinsatz den Winterfeldplatz „zurückerobert". Insgesamt zog sich die Randale bis in die Abendstunden hin.

Selbst das SPD-nahe „Volksblatt Berlin" berichtet, daß Polizisten mit
Selbst das SPD-nahe „Volksblatt Berlin" berichtet, daß Polizisten mit
blindwütiger Brutalität vorgingen. „*Aus der Pallasstraße kann man beobachten, wie Steine aus der Goltzstraße, in der die Polizei steht, zurückfliegen.*" „*Augenzeugen beobachten, wie Passanten niedergeknüppelt werden, die dem Einsatz im Wege stehen. Ein Jugendlicher bleibt am Boden liegen, eine Frau wird festgenommen, als sie mit einem Fotoapparat weglaufen will. Die Polizisten dringen in der Nollendorfstraße und in der Winterfeldstraße in Hauseingänge und Treppenflure ein. Von balkonen werden Steine und Blumentöpfe geworfen. Aus einem Haus humpelt weinend ein jungen Mann. Er berichtet, die Polizei habe im Hausflur blind auf jeden eingeschlagen. Sein Schienbein ist aufgerissen. An der Ecke zur Courbièrestraße beobachtet eine Passantin die Festnahme eines Jugendlichen. ‚Er hat nichts getan. Er stand nur am Polizeiwagen.'*" (15.9.)

Am späten Nachmittag machen Polizisten Jagd auf einzelne Personen und kleine Gruppen: „*Bei einer überfallartigen Räumung des U-Bahnhofs Nollendorfplatz blieben beispielsweise allein 10 Verletzte mit blutenden Köpfen liegen.*" (taz, 14.9.). (taz, 14.9.).

Bilanz der Auseinandersetzungen: 100 verletzte Demonstranten, darunter Rippenbrüche und schwere Kopfverletzungen. 40 Festnahmen, gegen elf Leute wurden Haftbefehle erlassen. Die Polizei gab 151 Verletzte aus ihren Reihen an; 109 private Fahrzeuge sollen beschädigt worden sein.

„Polizisten schrien: 'Sie schlagen uns tot, wir müssen schießen'" („Bild")

Ausgerechnet diejenigen, die zuvor alles getan hatten, das Klima anzuheizen, und militante Auseinandersetzungen geradezu herbeibeschworen hatten (vgl. AK 208), schrien ihre „Empörung" am lautstärksten in die Welt hinaus. Mit gezielten Falschmeldungen versuchte „BILD", den Volkszorn zum Kochen zu bringen: „*Chaoten schleudern brennende Molotow-Cocktails gegen Wohnhäuser, stürmten Balkons. Die Fassaden der Mietshäuser Barbarossastraße Nr. 1 und Nr. 61 drohten, Feuer zu fangen. Die Feuerwehr konnte in letzter Minute löschen.*" (14.9.) Eine Mieterin aus der Barbarossastraße 1, von der „taz" zu diesem Vorfall befragt, antwortet empört: „ ‚*Das ist alles absoluter Blödsinn. Eine Bild-Mitarbeiterin rief mich gestern im Laufe des Nachmittags an und fragte mich immer wieder suggestiv, ob sich dort nicht so etwas hätte ereignet haben können.' Wie die Mieterin dann weiter mitteilt, habe sie aufs Schärfste bestritten, daß dort an oder in diesem Haus Feuer gelegt worden wäre. ‚Ich bin bestimmt nicht damit einverstanden, wenn hier Straßenschlachten stattfinden, aber ich bin auch nicht damit einverstanden, daß solche Sachen geschrieben werden, um die Situation noch mehr hochzukochen', sagt sie. Ähnlich beim Haus Barbarossastraße 61; auch dort konnte keiner der Mieter bestätigen, daß es brannte*" (taz, 15.9.).

Die vereinigte Reaktion nutzte die Gunst der Stunde, um für noch mehr Polizeistaat zu trommeln. Innensenator Lummer erklärte gegenüber dem ZDF, „*daß der weitaus größte Teil der Berliner der Auffassung sei, daß ‚wir endlich mal richtig aufräumen'*" (Tsp., 15.9.). „*Wie lange noch*", fragte der Deutsche Beamtenbund, „*werden Polizeibeamte unter akuter Gefährdung ihres Lebens, ohne von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, diesen Straßenkämpfen, mit denen das Grundrecht der Versammlungsfreiheit zum Kampfe gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung mißbraucht wird, noch standhalten?*" (ebd.) „Bild" schien zu bedauern, d a ß es am 13.9. noch keinen Schußwaffeneinsatz gegeben hatte: „*Über Funk riefen sie* (die Polizisten — Anm. AK): *‚Wir müssen von der Schußwaffe Gebrauch machen.' Die Einsatzzentrale befiehlt: ‚Weglaufen, nicht schießen!'*" (14.9.). Rückendeckung vom Gesamtpersonalrat und der Gesamtjugendvertretung der Berliner
vom Gesamtpersonalrat und der Gesamtjugendvertretung der Berliner
Polizei hätte es auf jeden Fall gegeben: „*Bei den Krawallen seien Situationen entstanden, ‚die in vielen Fällen einen Schußwaffengebrauch gerechtfertigt hätten'*" (Tsp., 15.9.). Die baldige Einführung der „*CS-Distanzwaffe*" und die Räumung „*erkannter Stützpunkte der Chaoten*" forderte die Gewerkschaft der Polizei, während der Bund Deutscher Kriminalbeamter die „*westlichen Schutzmächte*" in die Pflicht nehmen will, die „*von ihren alliierten Vorbehaltsrechten*" mehr Gebrauch machen sollten (ebd.).

In dieser illustren Runde durfte auch Sickert, Westberliner Landesvorsitzender des DGB, nicht fehlen, der CDU-Lummer von rechts unter Feuer nahm: „*Wie lange glaubt der Innensenator, Herr Lummer, eigentlich noch hinnehmen zu können, daß vor den Augen der Polizei Automobile von Berliner Bürgern zerstört, Brände gelegt und Geschäfte geplündert werden? Wenn Herr Lummer der Meinung ist, nur dazu verpflichtet zu sein, das — was hinter den Polzeiabsperrketten verläuft — schützen zu müssen, sollte er sich überlegen, ob er die Verantwortung für die Sicherheit Berlins weiter tragen kann*" (ebd.).

Von der Spreu und vom Weizen

Während die Reaktion dermaßen nach dem großen Knüppel rief, konnte sich die SPD unterdessen voll auf ihre Rolle als Opposition konzentrieren. Typisches Beispiel ist der Kommentar des SPD-nahen „Volksblatt Berlin": „*Auf die Gefahr hin, Beifall von der falschen Seite zu bekommen: Gegen den kriminellen Teil der Szene hilft nur die ganze Härte des Gesetzes. Jegliche ‚Aufrechnung' von Steinwürfen und Axthieben gegen einzelne Übergriffe einzelner Polizisten ist völlig fehl am Platze! Der übrigen Szene aber muß klar sein oder klargemacht werden, daß ihre politischen Appelle und moralischen Ansprüche so lange hohl klingen, solange sie sich nicht zu offener und ehrlicher Distanzierung von den Gewalttätern durchringen können*". (15.9.).

Von der Presse gehörig als mitverantwortlich für die Randale gebeutelt, zeigten die Jusos sehr schnell Einsehen dafür, was von ihnen verlangt wird: „*Auch wenn die Polizei durch die unverständlichen und provozierenden Verhaftungen von über 100 jungen Menschen die Situation erhitzt hat, können diese polizeilichen Maßnahmen die Gewalt und Brutalität der Steinewerfer weder legitimieren noch verständlich machen'... Schon vor den polizeilichen Übergriffen hätten Chaoten den Ausbruch der Gewalt gewollt ... ‚Alle Berliner Gruppen, auch die Autonomen, haben sich an das Prinzip der Gewaltfreiheit gehalten. Den Veranstaltern können die von angereisten Schlägertrupps ausgelösten Krawalle nicht vorgeworfen werden, auch wenn die Medien meinen, dies tun zu können'*" (lt. „Tagesspiegel", 16.9.). Abgesehen davon, daß die Jusos offenbar nichts dabei finden, daß dümmliche Weltbild eines Herrn Lummer — hie gute Berliner, da auswärtige Störenfriede — nachzuplappern, sind nach dieser Stellungnahme erhebliche Zweifel angebracht, wie ernst sie es mit den schönen Worten über die Einheit aller Kriegsgegner meinen, die auf der Abschlußkundgebung der Anti-Haig-Demo das Herz der meisten Anwesenden ergriffen hatten.

Um eine gemeinsame Demonstration gegen Haig zu ermöglichen, hatten sich „*alle Beteiligten, auch und gerade die jungen Menschen aus den besetzten Häusern, die verschiedenen autonomen Gruppen und der Tuwat-Kreis ... (auf) eine friedliche Demonstration ohne gewalttätige Auseinandersetzungen mit der Polizei*" geeinigt. (Aus der Presseerklärung der Demoaufrufer, 10.9.)

D a r a n haben sich alle Beteiligten gehalten und so zum Erfolg der Demonstration beigetragen. Jeder, der wie die Jusos bei den Verhandlungen über die Demonstration dabei war, weiß aber auch, daß keineswegs alle Beteiligten bereit waren und sein werden, sich auf das „P r i n z i p der Gewaltfreiheit" verpflichten zu lassen. Einheit aller Kriegsgegner heißt bei dieser Lage der Dinge zu respektieren, daß bei den verschiedenen Strömungen der Friedensbewegung unterschiedliche Vorstellungen über die Äußerungsformen des Protestes bestehen. Einheit aller Kriegsgegner — soll sie mehr sein als eine bloße Floskel — kann nicht heißen, andere auf die selbst gewählten Widerstandsformen festlegen zu wollen. Festzuhalten bleibt, daß diejenigen, die trotz massiven Polizeiaufgebots Haig vor dem Schöneberger Rathaus „begrüßen" wollten, n i e m a n d e m ihre Aktion aufzuzwingen versuchten. Erst nach der gemeinsamen. Großdemonstration wurde dazu aufgerufen, zum Rathaus zu ziehen, o b w o h l viele Leute wegen der provokatorischen Massenfestnahmen reichlich Wut im Bauch hatten.

Wenn das „Volksblatt Berlin" jetzt eine „offene und ehrliche Distanzierung von den Gewalttätern" fordert, so sind nicht nur diejenigen angesprochen, von denen solche Erklärungen seit jeher billig zu haben gewesen sind. Verlangt wird, daß die Friedensbewegung bzw. ihre geläuterten Teile, sich die demagogische Gleichung Friedensbewegung = friedliche Bewegung zu eigen macht, eine Gleichung, an die übrigens nicht einmal ihre Urheber glauben, wie die rüden Attacken gegen den Pazifismus einerseits, die Streicheleinheiten für die Gewaltfreiheit andererseits zeigen. Verlangt wird nicht weniger als die unwiderrufliche Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols.

In schon unverschämter Offenheit heißt es in einer Erklärung der Westberliner SPD: „*Die Partei wurde von der Fraktion aufgefordert, ein Friedensforum ‚mit allen Gesprächswilligen außerhalb der Kommunisten' zu veranstalten, um in der Diskussion über den ‚Rüstungswahnsinn' ... sozialdemokratische Akzente zu setzen. In Berlin soll nach Meinung der SPD-Fraktion ein ‚Anti-Gewaltforum' stattfinden, um ein breites Bündnis mit allen, die Gewalt als Mittel der Politik ablehnten, herzustellen*" (lt. „Tagesspiegel", 16.9.).

Nur einen Tag später berichtet der „Tagesspiegel" in großer Aufmachung über eine Presseerklärung der Abgeordnetenhausfraktion der Alternativen Liste, auf deren Text man sich erst nach langen Diskussionen habe einigen können. Bedauert werden zunächst die „*militanten Aktionen*" vom 13.9., „*nicht zuletzt deshalb, weil es zu Sachbeschädigungen bei ‚einfachen Bürgern und Geschäftsleuten' gekommen sei*". Darüber hinaus begibt sich die AL-Fraktion aber auch auf das Glatteis einer prinzipiellen Diskussion d e r Gewaltfrage, wie sie in letzter Zeit in der AL überhaupt sehr in Mode gekommen ist: Mit „*allen Beteiligten*" solle offensiv über die „*Frage des Charakters von Massendemonstrationen und die Frage der Militanz einzelner Gruppen*" diskutiert werden.

„*Diese Auseinandersetzung sei ‚unumgänglich geworden'; sie würde ‚von vornherein zum Mißerfolg verurteilt sein, wenn die Frage von Ausschreitungen am Rande friedlicher Massendemonstrationen nur noch in Kategorien der Polizeitaktik diskutiert wird' ...*" (lt. Tsp, 17.9.).

Während die AL-Fraktion von Diskussion spricht, bejubelt der „Tagesspiegel" mit einem feinen Gespür für wachsendes Gras einen „*Meinungsumschwung*": „*Wie aus Fraktionskreisen verlautete, wird diese Formulierung als ‚Weichenstellung' für ein gegenüber früher differenzierteres Verhältnis zur Gewaltfrage angesehen*".

Sind dem eingeweihten Igel Diskussionen über die Gewaltfrage zumindest bekannt, so müssen sich ihm spätestens bei der Lektüre der Schlußpassage der „Tagesspiegel"-Meldung die Stacheln sträuben: „*Die SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses hatte am Dienstag zu einem Bündnis all derer aufgerufen, die Gewalt als Mittel der Politik ablehnten. Dabei gehe es vor allem auch darum, das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit, das in Berlin in Gefahr sei, zu schützen. Bei der AL-Fraktion wurde gestern diese SPD-Initiative als hilfreich angesehen und indirekt zu verstehen gegeben, daß ihre eigenen Überlegungen in ähnlicher Richtung verlaufen*".

Hilfreich eine Initiative, der e r k l ä r t e r m a ß e n um Spaltung der Friedensbewegung in Kommunisten und Nichtkommunisten, in Gewaltfreie und Militante geht, gestartet von Leuten, die fest zum Aufrüstungsprogramm stehen und den staatlichen Gewalteinsatz nur deshalb nicht befohlen haben, weil den Westberliner Wählern ihr Filzpolster auf den Regierungssein allzu weich geworden war? Hilfreich — so muß man fragen — für wen eigentlich?

J., Westberlin



Foto: Peter Homann, Berlin

Foto: Peter Homann, Berlin

Bonn-Demo: Es tut sich was!

Bislang hatte es eine Reihe von Protesten gegen die „einseitige" Ausrichtung der Bonner Demo zugunsten der Koalitionsparteien gegeben (Wir berichteten davon).

Der Göttinger Arbeitskreis ergriff die Initiative, den Unmut über Protestbriefe hinaus mehr zusammenzufassen und zu einem einheitlicheren und koordinierteren Vorgehen und Auftreten der bisher nicht repräsentierten Teile der Friedensbewegung zu kommen.

Einer breit verschickten Einladung zu einem Treffen folgten am 19.9. über 60 Vertreter der verschiedensten Gruppen und Initiativen: BUU, BBA, Krieg dem Krieg Bremen, BUKO, Dachverband entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Grüne S.H., Christen für den Sozialismus Gö, ESG Hamburg, H. Lippelt (Grünen-Vorstand) sowie Initiativen aus Kassel, Göttingen, Münster, Braunschweig, Recklinghausen, Moers, Bochum, Bonn, Wuppertal, GA, KB, KBW, BWK, u.a. Schriftliche Stellungnahmen lagen vor aus Siegen, Celle, Clausthal, Hann. Münden, Nordhorn, Köln sowie von der Bremer Grünen Liste, damit wurde natürlich nur ein kleiner Teil der möglichen Initiativen erreicht (z.B. fehlten die Frauengruppen, ZDL, Reservisten usw. fast völlig). Die Basisgruppen im VDS hatten auf ihrer Sitzung eine Unterstützung des Göttinger Vorgehens bereits beschlossen.

Weitgehende Übereinstimmung bestand bei den Anwesenden in der Absicht, den immer deutlicher werdenden Integrations- und Umarmungsversuchen der SPD klar entgegenzutreten. Der Göttinger Arbeitskreis hatte hierzu geschrieben: *„Wir sehen die Gefahr, daß sich – wie schon einmal in den 50er Jahren – bekannte Persönlichkeiten an die Spitze der Bewegung setzen wollen, um diese in die bestehenden Parteien und Institutionen zu integrieren und ihr damit die Schärfe zu nehmen. Das kann nicht unser Interesse sein."* H. Lippelt (Grünen-Vorstand) verlas in diesem Zusammenhang eine Meldung des SPD-Hintergrunddienstes, in dem die Zusammenarbeit von Aktion Sühnezeichen und Jusos ausdrücklich gelobt und als wichtiger Beitrag, die derzeit „dominierenden K- und anderen Gruppen zurückzudrängen", bezeichnet wurde.

Alternativer Aufruf beschlossen!

Zusammen mit der Einladung hatte der Göttinger Arbeitskreis einen Entwurf für einen alternativen Aufruf verschickt, der auf einem vorhergegangenen Treffen verschiedener Göttinger Intitiativen (SO, Arbeitskreis, Frauen gegen Krieg, AGIL, KB, Grüne, KBW, BWK) erarbeitet worden war. Zum Ziel schrieb der Arbeitskreis: *„Wir wollen die Demonstration nicht boykottieren oder sabotieren. Wir rufen jedoch dazu auf, unter einem Aufruf mit weitergehenden Forderungen zu der Demonstration zu mobilisieren und diese Position auch gemeinsam auszudrücken."* In einer harten aber konstruktiven Diskussion wurde der Entwurf überarbeitet und verbessert, insbesondere die eigenständige Rolle der BRD noch deutlicher hervorgehoben. Eine klare Absage wurde den Versuchen erteilt, USA und SU gleichermaßen als Hauptkriegstreiber zu bezeichnen (KBW, J. Scheer von der Ex-KPD und die Braunschweiger BI). Ergänzungen gab es noch zur Militarisierung im Inneren (Rekrutenvereidigungen, Frauenmilitarisierung), sowie zur Kriminalisierung von Teilen der Friedensbewegung (Bremen, Westberlin). Der letztlich verabschiedete Aufruf dürfte den „oppositionellen" Strömungen in der Friedensbewegung weitergehend gerecht werden und eine Grundlage für ein gemeinsames Auftreten auf der Bonner Demo sein. BIs und Gruppen, die den Aufruf unterstützen, sollen dies möglichst bis zum 1.10. dem Göttinger AK (Tel. 0551/7700158) 3400 Göttingen, Postfach 45 mitteilen.

Es wurde beschlossen, mit den Veranstaltern noch mal über einen eigenen Redner (vom Göttinger Arbeitskreis) auf der Abschlußkundgebung zu verhandeln.

Erheblich schwieriger gestltete sich die Frage, wie diese weitergehenden Positionen auch auf der Demo organisiert zum Ausdruck gebracht werden können. Die Bildung eines eigenen Zuges sowie von geschlossenen Blöcken innerhalb der geplanten Züge wurde sowohl aus organisatorischen wie aus politischen Gründen (abschotten) verworfen. Zustimmung fand der Vorschlag, in den einzelnen Städten für den alternativen Aufruf zu werben (z.B. durch vorbereitende Veranstaltungen), Blöcke innerhalb der einzelnen Städte zu organisieren und dies auf der Demo durch viele Transparente, Parolen, Lautsprecherwagen deutlich zu machen. Der „Vertreter" der Veranstalter, B. Zwanziger vom VDS, sicherte zwar zu, daß gegen unliebsame Transparente nichts unternommen würde, drückte sich aber um eine klare Stellungnahme zu den Lautsprecherwagen herum.

Vorschlag für eine Bundeskonferenz!

Um eine Wiederholung der Vorgänge um die Bonner Demo in Zukunft zu verhindern, Alleingänge und Hinterzimmeraktionen auszuschließen und zu demokratischerer Diskussion und Beschlußfassung in der Friedensbewegung zu kommen, einigten sich die Anwesenden darauf, auf der Bonner Abschlußkunsgebung den Vorschlag zu einer Bundeskonferenz der Friedensbewegung Anfang 1982 zu verbreiten. Diese Buko soll u.a. über bundesweite Aktionen zum SPD-Parteitag im März '82 diskutieren und zwar unter Einbeziehung a l l e r Strömungen der Friedensbewegung.

Als erster Vorbereitungstermin wurde der 17.10. in Göttingen vorgeschlagen (An diesem Wochendende sollen in Göttingen die schon geplanten Fortsetzungstreffen der Russell-Initiativen und des Initiativentreffens, zu dem seiner Zeit die Hamburger-Friedenskoordination eingeladen hatte, stattfinden). Weitere Vorschläge waren der Aufbau von gemeinsamen Strukturen und Erfahrungsaustausch. Die Notwendigkeit eines solchen nationalen Treffens bzw. demokratischer Strukturen dürfte nach den Bonner Erfahrungen unumstritten sein. Das Göttinger Treffen war jedenfalls der beste Beweis, daß es auch anders geht.

Z./Antimil.-Komm. Göttingen

Ordnung muß sein

Gewaltfreie Gruppen hatten ursprünglich geplant, am Vortag der Bonner Demo eine kleine Aktion vor der Bonner Hardthöhe durchzuführen.

Inzwischen wurde ein Brief bekannt, mit dem *„im Namen der Veranstalter"* die AGDF und Aktion Sühnezeichen darauf hinwirken wollen, daß diese Veranstaltung nicht durchgeführt wird. Damit *„unsere Argumente ... auch Eingang finden können in die politische Willensbildung bei Parteien und Verbänden und allen gesellschaftlichen Kräften"*, müsse *„Verzicht auf Gewaltanwendung"* geübt werden; allgemein solle überprüft werden, *„welche Aktionen politisch nutzen und welche politisch schaden"*. Man kann es schon ahnen: die gewaltfreie Aktion von der Hardthöhe hat der Prüfung nicht standgehalten. AGDF und ‚Sühnezeichen' warnen, daß eine solche *„nach dem Versammlungsgesetz nicht gedeckte Aktion"* schnell von *„Polizei oder Feldjägern abgeräumt wird"*. Selbst wenn die Aktion nicht öffentlich groß bekannt werde, *„bleibt der Verdacht, die Gruppen der Friedensbewegung seien nicht berechenbar"*. Durch eine solche Aktion würde in den Köpfen der Ministerialen *„altes Denken nur blockiert und fester gemacht"*. Zudem könne eine solche Aktion *„unsere Pressearbeit empfindlich stören"*. Insofern wird der Schluß gezogen, daß die Aktion *„umso weniger Schaden"* anrichte, *„je weiter sie vom 10.10. zeitlich entfernt ist"*.

Und die Sorgen gehen weiter: Im letzten Rundschreiben wird der vollkommen unsinnige Versuch unternommen, den Demonstranten vorzuschreiben, bei *„Transparenten, Losungen usw. fair zu bleiben und niemanden zu beleidigen"*. Keinen Ministerialen? Nicht die Bundesregierung oder vielleicht auch nicht Reagan? Zudem werden die Polizeiauflagen bekanntgegeben, daß die Fahnenstangen auf Miniformat zu normieren sind, die Polizei ein Vermummungsverbot und „Waffenverbot" in bekannter Weise verhängt hat. Zudem soll nach dem Willen der Veranstalter vorher besprochen und festgelegt werden, wie *„etwaige Störer, Provokateure usw. durch unsere eigenen Leute gehindert werden können, den Erfolg unserer Demonstration zu hintertreiben"*; nicht einmal die Farbspraydose wurde vergessen.

Einerseits kann man natürlich solche gut-preußischen Ordnungsvorstellungen vergessen, denn die Demonstranten werden eh das tun, was sie für richtig halten. Die Sorge, es möge alles schon „ordentlich" abgehen, sei den Veranstaltern auch noch zugestanden. Aber mit welcher Unverfrorenheit getroffene Vereinbarungen hier wieder mal über Bord gekippt wurden, dürfte kaum verzeihlich sein:

Es wurde bereits auf der 1. Vorbereitungssitzung diskutiert und ohne den geringsten Widerspruch angenommen, daß der Polizei klipp und klar erklärt wird, daß solche Auflagen eh nicht durchsetzbar seien. Es wurde ihnen zudem empfohlen, ggf. juristisch gegen diese Auflagen vorzugehen, bzw. öffentlich dagegen zu protestieren.

Die Veranstalter versichern zwar, sie seien gegen die Auflagen vorgegangen, hätten auch dieses und jenes vom Tisch bekommen.

Trotzdem: etwas weniger Preußentum und etwas mehr demokratisches Rückgrat stände den Organisatoren gut zu Gesicht!

Tübingen: Breite Unterstützung des alternativen Aufrufs

In Tübingen wurde auf der Sitzung zur Vorbereitung der Bonn-Demo und der am Samstag zuvor stattfindenden „Hocketse" (Infostände, Stellwände, Theater und Lieder) der Vorschlag eingebracht, zusätzlich zum offiziellen Bonn-Aufruf mit einer kurzen Begründung den Göttinger Alternativaufruf abzudrucken. Außer dem KABD wurde dies von allen Anwesenden unterstützt und beschlossen, noch weitere Gruppen darauf anzusprechen. In der Begründung heißt es:

Diesen Aufruf (der Aktion Sühnezeichen) unterstützen bisher über 500 Gruppen und Organisationen. Die Demonstration am 10.10. wird damit zum Ausdruck bringen, welche Breite die Friedensbewegung inzwischen erreicht hat. Leider wird diese Breite in dem Aufruf und den vorgesehenen Redrern nicht ausgedrückt. Weder der Inhalt des Aufrufs noch die Auswahl der Redner repräsentieren das ganze Spektrum der Bewegung: die Liste der Redner beschränkt sich im wesentlichen auf das Umfeld der SPD; grundsätzliche Kritik, wie sie von großen Teilen der Friedensbewegung an der Politik der herrschenden Kräfte in der BRD geübt wird, findet nicht statt. Deshalb haben zahlreiche Organisationen, die in der Friedensbewegung arbeiten (darunter Gruppen der evang. Studentengemeinde, Gewaltfreie Aktion u.a.), beschlossen, zusätzlich folgendne Aufruf für Bonn zu verbreiten und fordern, ihre Meinung dort auch durch einen Redner zum Ausdruck bringen zu können.

Diesen Vorschlag unterstützen bisher folgende Tübinger Gruppen: Antimil-AK des Frauenforums, Antimil-AK der Fachschaftsräte VV, Antimil-AK und Plenum des Antifa-Komitees, GIM, KBW, BDP Tübingen, §218-Gruppe, Friedensinitiative (ein Zusammenschluß in dem auch Grüne und DKP'ler arbeiten) sowie der KB.

10.10. in Bonn:
Trotz Maulkorb: Gewerkschafter sind dabei

Jetzt haben die DGB-Führer den Salat. Das im Juli vom DGB-Bundesvorstand ausgesprochene Verbot an die DGB-Jugend, als Mitveranstalter der Friedensdemonstration am 10.10. aufzutreten, hat lebhaften Protest hervorgerufen. Erstmals in größerem Umfang haben gewerkschaftliche Gliederungen sich demonstrativ gegen eine solche Vorstandsmaßnahme gestellt. Mittlerweile rufen die Bundesjugendausschüsse der IG Metall, ÖTV, IG Chemie und der IG Druck, die DGB-Jugend der Landesverbände Rheinland Pfalz, Bayern, Niedersachsen, Bremen und Westberlin sowie die Bezirksjugend NRW der GdED auf, nach Bonn zu fahren und dort als Gewerkschafter in Erscheinung zu treten. Fast provokativ hat am 18.9. auch der Bundesjugendausschuß des DGB gegen eine Stimme bei zwei Enthaltungen erneut seine Beteiligung beschlossen. Doch der Protest bleibt nicht auf die Jugendorganisationen der Gewerkschaften beschränkt. Die Landesverbände der IG Druck in Hessen und der GEW Berlin rufen ebenso auf, wie der DGB-Kreisvorstand Köln (einstimmig), die IG Druck Hamburg, die RFFU (Rundfunk und Fernseh-Union in der IG Druck) und die Gewerkschaft Kunst in NRW. Spannungen dürften auch auf die GEW zukommen. Für ihren Bundeskongreß am 3./4.10. liegen Anträge aus Hessen, Bremen, Hamburg und Westberlin vor, daß die GEW-Bund die Bonner Demo unterstützt.

Wird Georg Benz diszipliniert?

Demgegenüber hält die DGB-Spitze an ihrer Entscheidung fest. In der IG Metall hat dies so weit geführt, daß auf der letzten Vorstandssitzung die 29 anwesenden IGM-Vorständler ihren Vorstandskollegen Georg Benz gerügt und aufgefordert haben, seine Beteiligung als Redner auf der Bonner Kundgebung zu „überprüfen". Gegen Benz wurde sogar die Forderung nach Gewerkschaftsausschluß erhoben (Neue, 24.9.)!

Benz hatte am 11. September ein Vorstands-Rundschreiben an alle IGM Gliederungen verschickt, in dem er erklärte, daß der Beschluß des DGB-Bundesvorstands nicht die Teilnahme von Gewerkschaftsmitgliedern sowie von Vertrauenskörpern, Ortsverwaltungen, Betriebsräten, Jugendvertretern, Ausschüssen, Arbeitskreisen und Jugendgruppen berühre.

Promt reagierten die IGM-Vorsitzenden Loderer und Mayr am 14.9. mit einem weiteren Vorstands-Rundschreiben gegen *„bereits bestehende Irrtümer"*. Ausdrücklich wird erklärt, daß die IG Metall sich dem Beschluß des DGB-Bundesvorstandes anschließe: *„Danach beteiligen sich keine Gremien und Gliederungen des DGB und seiner Gewerkschaften an dieser Veranstaltung"* (FAZ, 18.9.).

Das letzte Wort im Fall Benz dürfte noch nicht gesprochen sein.

Gelingt die Spaltung der Friedensbewegung?

Zwei Millionen Unterschriften wollte der DGB unter seine am 1. September begonnene Unterschriftenliste „Frieden durch Abrüstung" sammeln. 100 000 gab letzte Woche die IGM bekannt. An alle gewerkschaftlichen Gliederungen werden numerische Listen mit der Aufforderung, diese wieder einzureichen, ausgegeben. Ziel ist es, die unabhängig von den Gewerkschaften und etablierten Parteien entstandene Friedensbewegung unter die Fittiche staatstragender Kräfte zu zwingen. Nur aus dieser Motivation heraus, und nicht weil der Bonner Aufruf vom Inhalt her der DGB-Spitze nicht paßt, ist die Schärfe erklärlich, mit der die Führer des DGB auf den 10.10. reagieren. Von vielen Gewerkschaftsfunktionären werden sie deshalb kritisiert, weil ihre scharfe Anit-Haltung das Gegenteil bewirke: sie treibe insbesondere junge Gewerkschafter in Solidarisierung mit denjenigen, die beispielsweise einseitige Abrüstung verlangen. Klugheit kann man der DGB-Spitze kaum bescheinigen, denn im Kreise der Bonner Veranstalter sitzen genügend Kräfte, die für die gewünschte Distanzierungspolitik von linken Friedenskräften ansprechbar wären. Die allerdings hat der DGB mit seiner pauschalen Ablehnung vor den Kopf gestoßen, so daß das Kind jetzt in den Brunnen gefallen ist: die gemeinsame Beteiligung kirchlicher, pazifistischer, gewerkschaftlicher und linker Friedensgruppen ist nicht mehr aufzuhalten.

Allerdings vertraut die DGB-F ührung offensichtlich auf ihre disziplinierende Kraft, mit der es ihr bislang immer gelungen ist, ihren Funktionärskörper, auch die Mehrheit der Linken, auf Linie zu zwingen. Daß es der DGB-Führung um die Spaltung der Friedensbewegung geht, hat die IG Chemie in ihrer neuesten Zeitung ausdrücklich bestätigt. Ihr Hauptvorstandsmitglied Wolfgang Schultze schreibt dort, daß jeder aufpassen muß, *„daß er nicht gegen seinen Willen in ein Bündnis mit sehr eigenartigen Friedensfreunden gerät, die auf einem Auge* (Anm.: Moskau) *blind sind... Leider durchschauen dies manche nicht, die ihre Angst vor dem Atomkrieg äußern und sich öffentlich für den Frieden einsetzen wollen. Das gilt auch für ansonsten honorige Leute und Organisationen, die durch das Zusammenwirken mit bestimmten politischen Gruppierungen diese ungewollt aufwerten ... Aus vielen Erfahrungen heraus ist jedoch Wachsamkeit geboten.* **Und deshalb hat der DGB zu einer eigenen Unterschriftenaktion aufgerufen"** (Gewerkschaftspost, 9/81 – Hervorhebungen von uns).

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



Auch Soldaten stehen im Kampf für den Frieden.

Friedenspolitik a la DGB: Bild und Bildunterschrift stammen aus dem neuesten DGB-Organ „Welt der Arbeit" vom 24.9.81

Holländische Medizin

Interview mit FRED VAN DER SPEK, Fraktionsvorsitzender der Pazifistisch-Sozialistischen Partei im niederländischen Parlament

Den Haag am 3.September 1981 und Sonnenschein. Ein paar Meter entfernt wird gerade eine neue Regierung zusammengebosselt. Uns interessiert das weniger, denn wir sitzen zusammen mit Fred van der Spek, dem Fraktionsvorsitzenden der Pacifisties-Socialistiese Partij in der Zweiten Kammer („Bundestag") des niederländischen Parlaments. Und befragen ihn: Über die Position der niederländischen Parteien zur „Nachrüstung", über Gegenwart und Vergangenheit der Friedensbewegung, über die Haltung zur NATO; fragen ihn, ob die Behauptung „sowjetischer Überlegenheit" auch in seinem Lande greift und was hinter den Drohungen von BRD-Politikern gegenüber den Niederlanden steckt, da dies Land nicht willens ist, so ohne weiteres jede neue Tollheit der NATO mitzumachen. – Zweieinhalb Stunden dauerte das Interview, gut ein Drittel davon ist hier nachzulesen. (Die vorliegende Fassung des Interviews ist von Fred van der Spek für die Veröffentlichung im ARBEITERKAMPF autorisiert.)

Niederlande-Kommission

Nachrüstungsbeschluß

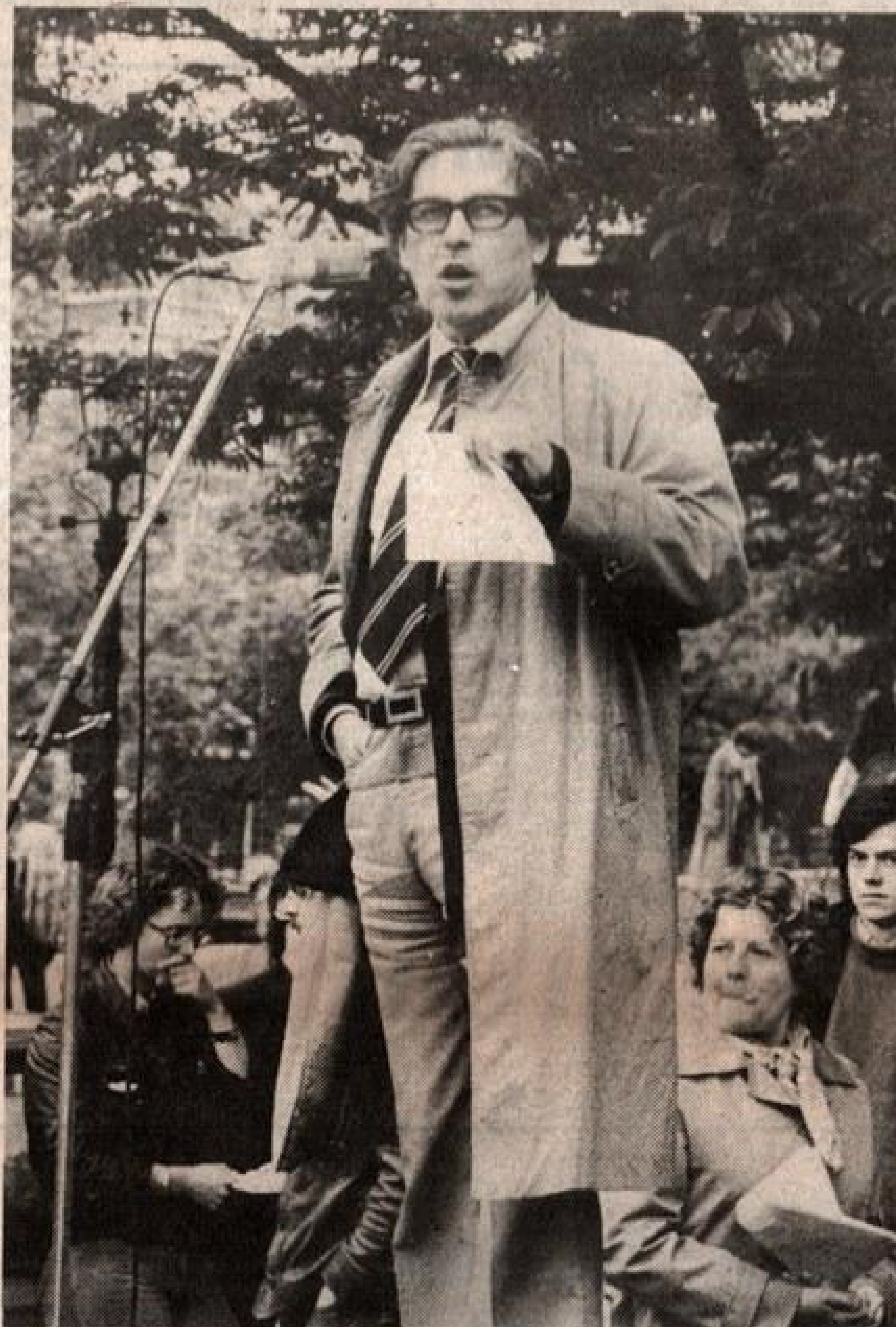
ARBEITERKAMPF (AK): Im "Spiegel" hieß es letztlich – und andere westdeutsche Zeitungen äußerten sich ähnlich –: "Eine Sozialdemokratie und Christenparteien, in denen Atomgegner die Mehrheit stellen, ein Nationalparlament, das von Nato-Kritikern majorisiert wird – was sich ausnimmt wie ein utopisches Szenario westdeutscher Friedensschwärmer, ist in den Niederlanden neuerdings politische Realität." – Das scheint bei näherem Hinsehen doch etwas übertrieben ...

Van der Spek: Allerdings – gegen den „Nachrüstungsbeschluß" haben sich beispielsweise außer der PSP nur die PPR (radikalpolitische Partei – Anm. AK) und die CPN (KP – Anm. AK) eindeutig ausgesprochen.

Der PvdA-Kongreß (Sozialdemokraten - Anm. AK) hat sich eindeutig gegen den Beschluß gewendet, die Parlamentsfraktion der PvdA hat die Durchführung des Beschlusses für den jetzigen Zeitpunkt abgelehnt. In ihrem Inneren ist sie meiner Meinung nach jedoch noch nicht so klar entschlossen – auf jeden Fall gilt das für Leute wie Van der Stoel, den früheren und zukünftigen Außenminister.

Die Demokraten '66 (D '66, Linksliberale - Anm. AK) haben in etwa den gleichen Standpunkt wie die PvdA-Parlamentsfraktion. Ihr Kongreß hätte fast "nein" gesagt, dann aber haben sich einige prominente Parteiführer ins Zeug gelegt und es ist ein Kompromiß rausgekommen.

Der Christlich-Demokratische Apell (CDA, Christdemokraten - Anm. AK) steht sicherlich auch kritisch gegenüber dem "Nachrüstungs"beschluß – ihre Militärspezialisten z.B. finden die Anzahl von 572 Waffen irrsinnig – und
Militärspezialisten z.B. finden die Anzahl von 572 Waffen irrsinnig – und
hat ihn vorläufig abgelehnt. Aber innerhalb des CDA gibt es sehr verschiedene Auffassungen hierzu, und so steht – genau wie bei der PvdA und D '66 – noch nicht fest, wie die endgültige Entscheidung ausfallen wird. Ohne weiteres für die "Nachrüstung" haben sich nur die VVD (Rechtsliberale - Anm. AK) und die kleinen rechts-religiösen Parteien ausgesprochen.



Fred van der Spek (Foto: Paul Babeliowsky)

Fred van der Spek (Foto: Paul Babeliowsky)

AK: Nun hatte sich ja im Dezember 1979 tatsächlich eine Mehrheit des niederländischen Parlaments mehrheitlich gegen den "Nachrüstungs"beschluß ausgesprochen. Eine endgültige Entscheidung wurde jedoch um zwei Jahre verschoben und würde damit in nächster Zeit anstehen. Allerdings ist zu hören, daß der endgültige Beschluß nochmals verschoben wird. – Ist die Regierung tatsächlich in Entscheidungsnöten oder geht es eher um den Versuch, Zeit zu gewinnen für eine Integration der Friedensbewegung?

Van der Spek: Ich glaube nicht so sehr, daß es dabei in erster Linie um Integrationsversuche geht. Es ist vor allen Dingen wohl tatsächlich so eine Art vorläufiger Kompromiß, zum einen zwischen den drei Parteien (in der Presse hieß es, daß der „Nachrüstungsbeschluß" eine Zeitbombe sei, die von Anfang an unter der Regierungskoalition liege; was z.B. würde passieren, wenn die NATO eine erneute Verschiebung durch die Regierung nicht akzeptiert?), zum anderen aber auch innerhalb dieser Parteien. Interessant ist, was diesen zweiten Aspekt betrifft, die Entwicklung innerhalb der PvdA – wie weit wird der PvdA-Kongreß gegenüber der Fraktion zurückstecken? Wird er eine weitere Verschiebung der Entscheidung akzeptieren? (was ich erwarte) – wie die Entwicklung innerhalb des CDA: Im CDA gibt es eine Reihe von Befürwortern der „Nachrüstung", wozu ich ohne weiteres auch den bisherigen wie zukünftigen Ministerpräsidenten Van Agt rechne, der linke Flügel, darunter auch Militärspezialisten, ist aber dagegen. Diese "Spaltung" betrifft ebenfalls die CDA-Basis: auch dort gibt es eine Reihe von "Falken", aber gleichzeitig eine große Anzahl von Menschen, die sehr beunruhigt sind über das Wettrüsten. Außerdem steht der CDA unter dem Druck einer Reihe von äußeren Faktoren: Da ist auf der einen Seite die Friedensbewegung und vor allem der IKV (1), auf der anderen Seite aber die NATO und das was Rogers alles so sagt, was Haig, Reagan, vielleicht auch Weinberger sagen ... und Helmut Schmidt. Und vielleicht müssen sie auch ein bißchen Rücksicht nehmen auf Kohl, das ist wohl nicht so unwahrscheinlich, als Schwesterpartei. Der CDA ist meiner Ansicht nach in den Niederlanden die interessanteste Gruppierung, wenn es darum geht von der außerparlamentarischen Bewegung aus Druck auf die Parlaments-Politik auszuüben. Der CDA war z.B. die erste Partei – abgesehen von den drei linken Parteien (PSP, CPN und PPR) – die im Parlament, unter dem Druck der „Stop de N-bom"-Bewegung, ihre scharfe Ablehnung der Neutronenbombe ausgesprochen hat. Und ich bin gespannt, wie sich vor allen Dingen der CDA-Standpunkt zum „Nachrüstungs"beschluß entwickelt.

AK: In der BRD hat u.a. Schmidt mit dem Vorschlag die neuen Mittelstreckenwaffen nicht auf Land, sondern auf See zu stationieren, auch einen Integrationsversuch gegenüber der Anti-"Nachrüstungs"-Bewegung unternommen, der (leider) teilweise auch Anklang in der Bewegung findet.

Hat es derartige Versuche auch in den Niederlanden gegeben?

Van der Spek: Alles was ich im Moment darüber weiß ist, daß Stemerdink von der PvdA diesen Vorschlag auch mal gemacht hat, daß er sich allerdings – als er massiven Gegenwind bekam – sehr schnell wieder zurückgezogen hat. In der Diskussion innerhalb der Friedensbewegung spielen meines Wissens derartige "Alternativen" keine Rolle.

NATO

AK: Sie sprachen vorhin schon vom Druck der NATO auf die Niederlande.

Apel drohte den Niederlanden ja bereits auf einer Tagung der nuklearen Planungsgruppe der NATO (Ende '79) im Falle einer negativen Entscheidung über die "Nachrüstung" mit "schweren Konsequenzen" (2). Und Anfang dieses Jahres "warnte" auch CDU-Verteidigungsexperte Wörner in einem Interview mit der Tageszeitung "Algemeen Dagblad" die Niederlande "vor den Folgen einer einseitigen Ablehnung modernisierter NATO-Mittelstreckenwaffen" (3).

Sind das nur leere Drohungen ohne viel Wirkung?

Van der Spek: Nun, ich kann mir nicht vorstellen, daß so etwas total ohne Wirkung ist. Die BRD ist schließlich der größte Handelspartner für die Niederlande und sie gehört daher wirtschaftlich gesehen für die Niederlande zu den wichtigsten Mächten.

Man darf andererseits nicht übersehen, daß es, was im Verhältnis BRD-Niederlande eine große Rolle spielt, hierzulande noch immer eine ziemlich starke Stimmung gibt so nach dem Motto: "Deutsche? – Das sind die letzten von denen wir uns vorschreiben lassen, was wir zu tun haben!"

Diese Stimmung spielt auch in der PvdA eine Rolle; ich denke da an die Aktivitäten der PvdA gegen die Berufsverbote, mit denen sie etliche Male SPD-Verbände schwer schockiert haben. Gleichzeitig aber sitzt die PvdA mit der SPD zusammen in der "Sozialistischen Internationale" und in einer Fraktion im EG-Parlament.

Weiter gibt es eine ziemlich starke Verfilzung zwischen beiden Ländern im militärischen Bereich, zwischen den militärischen Eliten, mit niederländischen Truppen in der BRD, in Form enger Zusammenarbeit im Bereich der Logistik usw.

Dann setzt die BRD die Niederlande auch unter Druck mit dem Argument: „Wir fangen im Kriegsfall die ersten Schläge des Gegners auf und versuchen damit – auf einer niedrigen Stufe der 'flexible respons'-Strategie – das Schlimmste für euer Land zu verhindern." Auch das spielt sicherlich eine Rolle.

Was die USA betrifft, so sieht das meiner Ansicht nach etwas anders aus. Ich bin nicht damit einverstanden wenn – was das Verhältnis USA-Niederlande oder auch USA-Westeuropa angeht – so getan wird als würden die Niederlande bzw. Westeuropa durch die USA zu der Politik gezwungen, die sie betreiben. Meiner Ansicht nach ist die Politik der Niederlande und der anderen westeuropäischen Staaten ebenso imperialistisch wie die der USA. Lediglich mit dem Unterschied, daß die USA bei der Unterdrückung der Dritten Welt eher mit Waffengewalt vorgehen, während Westeuropa auf das subtilere Mittel „Entwicklungshilfe" setzt.

Eine einigermaßen gemäßigte amerikanische Regierung stößt mit ihrer internationalen Politik bei der niederländischen Regierung gar nicht so sehr auf Widersprüche. Wir haben jetzt ein bißchen eine besondere Situation, weil die derzeitige Regierung der USA aus einem Haufen mehr oder weniger Irrsinniger besteht. Dieser Clark z.B., der zweiter Außenminister geworden ist ohne zu wissen, wer der Präsident von Zimbabwe ist, Oder Reagan, der
ist ohne zu wissen, wer der Präsident von Zimbabwe ist, Oder Reagan, der
vorige Woche bei einem Empfang von Bürgermeistern jemandem die Hand schüttelte mit der Bemerkung "Guten Tag, Herr Bürgermeister" – ohne zu sehen, daß es einer seiner Minister war ... oder Weinberger mit seinen idiotischen Sprüchen von der "Politik der Stärke". Diese Sorte Schwachsinniger erzeugt allerdings auch in einem imperialistischen Niederlande ziemlich viel Widerstand. Aber ich glaube, wenn Carter die Wahlen gewonnen hätte, dann würden amerikanische Ausführungen z.B. zur "Notwendigkeit" der LRTNF-"Modernisierung" hierzulande vom Establishment und von den Politikern ohne großen Widerstand akzeptiert werden. Im übrigen ist die Niederlande (wirtschaftlich) gar nicht so abhängig von den USA, wie das oft geglaubt wird ...

BRD

AK: Um nochmal auf die BRD zurückzukommen: Welche konkreten Möglichkeiten hat die BRD, Druck auf die Niederlande auszuüben?

Van der Spek: Vor allen Dingen im Bereich der Wirtschaft kann die BRD die Niederlande ziemlich stark in die Mangel nehmen. Ich kenne die Einzelheiten des Handels nicht so genau, aber vor allen Dingen westdeutsche Unternehmen könnten allerlei Aktivitäten unternehmen, um die Niederlande unter Druck zu setzen.

Niederländische Unternehmen exportieren z.B. ziemlich viele Produkte (auch militärische) indirekt, und zwar über die BRD, wo sie oftmals vor der endgültigen Lieferung (z.B. nach Chile, Argentinien oder in den Mittleren Osten) noch montiert werden. Dadurch sind einige sehr wichtige niederländische Spitzen-Industrien (z.B. Teile der Elektronik-Industrie) stark abhängig von der BRD. Und BRD-Unternehmen könnten sagen: „Wir kaufen nicht mehr in den Niederlanden, sondern wir kaufen in Zukunft in Frankreich!"

Die westdeutsche Regierung kann im Rahmen der EG-Bestimmungen offiziell eine ganze Reihe von Sachen nicht machen (die EG-Bestimmungen erlauben es ihr z.B. nicht, den Import von bestimmten Produkten aus den Niederlanden zu verbieten), aber inoffiziell ist, denke ich, auch auf der Regierungsebene eine ganze Menge möglich.

Dann gibt es innerhalb der EG immer wieder Auseinandersetzungen um die Frage der finanziellen Beiträge der einzelnen Staaten und da könnten sehr scharfe Forderungen an die Niederlande gestellt werden. – Ich weiß allerdings nicht ob Apel, Wörner usw. mit ihren „Warnungen" diese Konsequenzen meinen.

Was die BRD bisher – mehr oder weniger offiziell – hierzu ausführte, liegt jedenfalls auf einer ganz anderen Ebene:

Die BRD erklärte immer wieder, daß sie zur Stationierung der neuen eurostrategischen Waffen auf ihrem Territorium nur d a n n bereit sei, wenn England, Italien, Belgien und die Niederlande auch „ja" sagen würden zur Stationierung auf deren Territorium. Wenn die anderen europäischen Staaten – und damit sind vor allen Dingen die Niederlande und Belgien gemeint, denn dort gibt es den stärksten Widerstand – „nein" sagen würden, dann würden sie damit auch die BRD zwingen, „nein" zu sagen, denn die BRD sei nicht bereit, das Risiko alleine zu tragen. – Was bei dieser Argumentation zwar nicht offen ausgesprochen wird, meiner Meinung aber recht stark mitspielt,
offen ausgesprochen wird, meiner Meinung aber recht stark mitspielt,
ist die Besorgnis der BRD, die Völker Europas können sich erneut an die Vergangenheit Deutschlands erinnern, an das Tausendjährige Reich...

Durch ein „nein" der Niederlande und Belgiens – argumentiert die BRD – würde die Nato sehr geschwächt, die Amerikaner würden das Vertrauen in ihre europäischen Verbündeten verlieren, was wiederum leicht dazu führen könnte, daß die Bereitschaft der USA, West-Europa zu verteidigen, noch weiter abnehmen würde (man denke an Kissinger mit seinen Geschichten über den Nichteinsatz der strategischen Streitkräfte der USA zur Verteidigung West-Europas usw.).

Auch wenn ich es für sehr unwahrscheinlich halte, daß die BRD wegen einem „nein" der Niederlande und Belgiens tatsächlich auch „nein" sagen würde, so ist das doch die Geschichte, die die BRD erzählt, um die Niederlande unter Druck zu setzen: „Ihr könnt es Euch um Eurer eigenen Sicherheit willen nicht leisten, ‚nein' zu sagen!"

Rapallo

Aber ich glaube, daß in Wirklichkeit vielleicht noch etwas ganz anderes dahinter steckt: In den letzten Jahren hat es sehr viele Dinge gegeben, teilweise sehr kleine Dinge, bei denen mir immer wieder „Rapallo" einfiel: 1922 wurde in Rapallo ein Vertrag abgeschlossen zwischen Deutschland und der Sowjetunion, der einen überraschenden Umschwung in der Politik der Weimarer Republik zur Anerkennung der Sowjetunion und zur politischen, wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit bedeutete. (Von diesem Vertrag hat Hitler übrigens später noch profitiert – aber das nur am Rande).

Nun, ich glaube, daß es – bei allem Haß der BRD auf die Sowjetunion – nicht auszuschließen ist, daß eine Reihe von Faktoren – einer die-

ser Faktoren könnte z.B. sein, daß die Niederlande und Belgien sich zunehmend den Nato-Plänen widersetzen und ein weiterer Faktor ist sicherlich die Angst vor der totalen Vernichtung in einem Atomkrieg –, daß diese und andere Umstände die BRD dazu bringen könnte, eine Annäherung an die Sowjetunion zu suchen oder zumindest sich zu neutralisieren.

Ein anderer Faktor, der dies begünstigen könnte, ist auch die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung zwischen West und Ost, bei der die BRD eine große Rolle spielt. Der „innerdeutsche Handel" ist sehr umfangreich und wichtig für die DDR-Wirtschaft. Er hat die Bedeutung einer Zoll-Union zwischen der EG und der DDR. Man könnte sagen, daß die DDR eigentlich seit dem Bestehen der EG inoffizielles Mitglied ist. Sie profitiert wirtschaftlich von der Tatsache, daß sie in Bonn als „Teil Deutschlands" gesehen wird. In der Dritten Welt gibt es auch gemeinsame bundesrepublikanisch-sowjetrussische Operationen, die dort als gemeinsame wirtschaftliche Interessens-Gruppen gegen amerikanisch-japanische Kombinationen arbeiten.

Dann spielt natürlich als Hintergrund der Politik der BRD fortwährend – wenn auch nicht immer direkt wahrnehmbar, so doch stets massiv vorhanden – das Streben nach Wiedervereinigung eine sehr große Rolle. Ich denke da an den alten Rapacki-Gomulka-Plan, der die Denuklearisierung Mitteleuropas (Polen, CSSR, DDR, BRD) bzw. das „Einfrieren" der bestehenden Atomwaffenarsenale und eine schrittweise Reduzierung vorsah. Ein Plan, der jedoch von der Nato abgelehnt wurde.

Moskau könnte, so denke ich, aus politischen, vor allen Dingen aber aus militärstrategischen Erwägungen, der Neutralisierung der beiden Deutschlands den Vorzug geben vor dem kurzfristigen Interesse, die DDR als schwerbewaffnetes Land im Warschauer Pakt zu behalten.

Ich frage mich, wenn Leute wie Apel den Niederlanden mit Konsequenzen drohen, meinen sie dann nicht vielleicht auch: „Wir mit unserer mitteleuropäischen Tradition und Kultur sind doch etwas anderes als Westeuropa... Wir haben immer recht enge Beziehungen gehabt mit den slawischen Völkern." – Ich will eine solche „Rapallo-Entwicklung" nicht ausschließen, aber es ist natürlich Spekulation. Ich bin wohl auch der einzige in den Niederlanden, der an eine solche Entwicklung denkt, was aber kein absoluter Beweis dafür ist, daß meine Überlegungen unsinnig sind.

Ich halte es für eine Möglichkeit, und zwar eine Möglichkeit, die ich sehr begrüßen würde, denn damit wäre ein gefährlicher Konfliktherd eingedämmt.

Friedensbewegung

Friedensbewegung

AK: Die niederländische Friedensbewegung – wen und was eigentlich umfaßt alles dieser Begriff?

Van der Spek: Ich will den Begriff mal sehr breit auffassen und dann gehören auch Gruppierungen und Strömungen dazu, die vielleicht nicht prinzipiell gegen Rüstung, Militär und dergleichen sind, aber gegen bestimmte Aspekte des Militarismus, wie der „Atompazifismus", oder Strömungen, die gegen die Nato sind, die aber trotzdem finden, daß „wir" stark bewaffnet sein müssen (so wie den Schweden z.B.), oder Strömungen gegen die Block-Politik und das Hinter-den-USA-herlaufen. So breit aufgefaßt, ist diese Bewegung in den Niederlanden inzwischen wieder eine ganz schön starke Bewegung.

Was die politischen Parteien betrifft, gehört – meiner Ansicht nach – die PSP sicherlich am klarsten dazu. Aber bei etwas großzügiger Auslegung kann man durchaus auch die CPN und die PPR dazu rechnen, wichtige Teile der PvdA und der D'66, und in gewissem Maße sogar vom CDA.

Daneben gibt es natürlich sehr viele nicht-parteipolitische Aktivitäten: Der IKV ist meiner Ansicht nach – nicht nur quantitativ – ein sehr wichtiger Faktor. Der IKV, so wie er jetzt arbeitet, ist eine ganz neue Sache; da gibt es natürlich Einflüsse von früher, aber ich sehe da keine direkte Verbindung zu früheren Bewegungen.

Dann gibt es eine ganze Reihe von Aktionsbündnissen, wie z.B. „Stop de N-bom", das faktisch ziemlich stark CPN-beeinflußt ist und – zumindest am Anfang – auch von der CPN geführt wurde.

Was die Kirchen betrifft, so muß ich an erster Stelle die mennonitische, eine evangelische Freikirche nennen, die schon immer eine ziemlich starke antimilitaristische Einstellung hatte, und Pax Christi, das in zunehmendem Maße ähnliche Standpunkte wie der IKV einnimmt und auch immer häufiger mit dem IKV zusammen in Erscheinung tritt, wodurch das Verhältnis zur katholischen Kirche zunehmend schwieriger wird. Allerdings glaube ich, daß die niederländische Bischofskonferenz der katholischen Kirche inzwischen vielleicht auch schon die IKV-Standpunkte vertreten würde, wenn sie frei sprechen und Mehrheitsbeschlüsse fassen könnte und wenn sie nicht diese zwei Dissidenten in ihrer Mitte hätte und unter dem Druck Roms stehen würde. Die Synode der Niederländischen Reformierten Kirche hat schon 1962 den Einsatz von Atomwaffen verworfen und vor einem Jahr auch den Besitz von Atomwaffen.

Dann gibt es die kritische Soldatenbewegung, wobei ich an erster Stelle den BVD (Bund für Wehrdienstpflichtige, eine sozialistische Soldatenorganisation – Anm. AK) nennen möchte, der politisch sehr scharf den Militarismus angreift und auch den Zusammenhang zwischen Militarismus und Kapitalismus sieht. Viel weniger kritisch gegenüber dem Militarismus steht die VVDM (die offizielle niederländische Soldatengewerkschaft – Anm. AK), die m.E. gerade in der letzten Zeit, was den Inhalt ihrer Arbeit betrifft, wieder etwas am Absacken ist, aber andererseits die Gruppe von Wehrdienstpflichtigen, die sich weigert, Atomwaffenlager zu bewachen, unterstützt. Auch unter den Berufssoldaten gibt es seit ein, zwei Jahren eine Gruppe gegen Atomwaffen. Es gibt „Frauen gegen Atomwaffen", „Frauen gegen Rüstung", „Frauen für Frieden" usw.

Und nicht zuletzt gibt es natürlich auch die Bewegung der Wehrdienst-Verweigerer. Ihre Organisation, die VD, nimmt nicht nur die direkten Interessen der Verweigerer wahr, sondern ist – wie der BVD – eine sehr stark politisch orientierte, antimilitaristische Organisation. Der Unterschied zwischen VD und BVD liegt in der Strategie: Während die VD vertritt, daß jeder den Wehrdienst verweigern muß, ruft der BVD dazu auf ins Militär zu gehen, um es von innen her zu bekämpfen.

Aus der Verweigerer-Bewegung heraus hat sich Onkruit (4) entwickelt. Onkruit ist – was ihre Mittel angeht und ihre Standpunkte – auch (wie der IKV) eine sehr neuartige Bewegung, die sehr eng zusammenhängt mit anderen aufkommenden außerparlamentarischen Bewegungen, wie der Kraak-Bewegung und der Anti-AKW-Bewegung.

AK: Wie sieht das aus mit den kleineren sozialistischen Organisationen?

Van der Spek: Der IKB (niederländische Sektion der IV. Internationale – Anm. AK) lehnt natürlich – obwohl

Van der Spek: Der IKB (niederländische Sektion der IV. Internationale – Anm. AK) lehnt natürlich – obwohl

er keine pazifistische Organisation ist – Nato und westliche Verteidigung entschieden ab. Gegenüber Osteuropa haben sie ein – wenn auch im Prinzip durchdachtes – schwieriges Verhältnis. Sie zögern nicht, schärfste Kritik an diesen Ländern zu üben, sind in bestimmten Situationen aber doch mehr geneigt, den „realen Sozialismus" zu verteidigen, als ich heute dazu bereit wäre.

Bliebe die Socialistiese Partij, von der ich aber in der Friedensbewegung noch nichts gemerkt habe.

Neutralismus

AK: Von einer wirklich breiten Friedensbewegung konnte in der BRD seit den Massendemonstrationen gegen die Stationierung von Atomwaffen Ende der fünfziger Jahre keine Rede mehr sein. Hat sich die niederländische Friedensbewegung aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg – z.B. in der Frage des Neutralismus – auch nach dem Kriege kontinuierlich weiterentwickelt?

Van der Spek: Nein, das ist nicht der Fall. Aufgrund sowohl eigener Erfahrungen – ich habe die letzten Jahre vor dem Krieg sehr bewußt erlebt, auch wenn ich damals noch ein Kind war –, aber auch aufgrund von Erfahrungen anderer Menschen und aufgrund von bestehenden Analysen möchte ich behaupten, daß die heutige niederländische Friedensbewegung (auf jeden Fall gilt das für den Pazifismus, wie er in der PSP seinen Ausdruck gefunden hat, aber wahrscheinlich auch für die Friedensbewegung im allgemeinen) grundverschieden ist von der Friedensbewegung zwischen den beiden Weltkriegen.

Oftmals wird, um die Friedensbewegung anzugreifen und zu schwächen, die heutige Entwicklung in den Niederlanden beschrieben als Rückfall in die neutralistische Politik von vor 1940: „Das sind diese dummen holländischen Bauern mit ihren Holzschuhen, die denken, daß die Welt an ihren Grenzen endet ...".

.... die niederländische Friedensbewegung ... will erstmal im eigenen Land abrüsten, weil sie dort den größten Einfluß hat, sie will aber auch, daß die Amerikaner in ihrem Land, die Russen in ihrem Land usw. genau das gleiche tun.

In der niederländischen Friedensbewegung vor dem zweiten Weltkrieg hat eine neutralistische Haltung tatsächlich eine Rolle gespielt. Aber für die heutige Friedensbewegung trifft dies meiner Ansicht nach absolut nicht zu. Im Gegenteil: Die heutige niederländische Friedensbwegung ist geprägt von einem starken internationalen Denken und von einem großen internationalen Verantwortungsgefühl. Diese ganze Argumentation, „Ihr Holländer wollt die Lasten und die Risiken der Verteidigung doch nur auf andere abschieben; Ihr wollt einseitig profitieren vom Atomschirm der USA und von den Anstrengungen der BRD" ... – dies Gerede geht vollkommen an dem vorbei, was die niederländische Friedensbewegung tatsächlich denkt und will. Sie will erstmal im eigenen Lande abrüsten, weil sie dort den größten Einfluß hat, sie will aber auch, daß die Amerikaner in ihrem Land, die Deutschen in ihrem Land, die Russen in ihrem Land usw. genau das gleiche tun.

Ein weiterer wichtiger Unterschied ist der Optimismus der früheren und der Pessimismus der heutigen Bewegung. Der Ruf „Nie wieder Krieg!" von 1918 war eine optimistische Parole. Sie drückte nicht nur den Wunsch aus, daß es niemals mehr zu einem Krieg kommen dürfe, sie drückte zugleich auch eine gewisse Zuversicht aus, daß nach diesem vollkommen idiotischen Abschlachten von Millionen Menschen niemand mehr so verrückt sein könnte, dies zu wiederholen. Die Bewegung nach dem ersten und vor dem zweiten Weltkrieg war meiner Ansicht nach eine zwar etwas naive, aber optimistische, von Zuversicht geprägte Bewegung. Die heutige Friedensbewegung ist dagegen eine zynische, harte und pessimistische Bewegung, die davon ausgeht, daß die Gefahr, daß es schief geht, ungeheuer groß ist; nicht hundertprozentig, denn dann würde man nichts mehr machen, aber doch sehr groß. Sie sieht noch gewisse Möglichkeiten, das große Unheil zu verhindern und ist bereit, dafür dann auch alles zu tun und zu kämpfen. Aber nicht aus dem Gefühl heraus, „noch eine Weile demonstrieren und dann haben wir es geschafft".

auch alles zu tun und zu kämpfen. Aber nicht aus dem Gefühl heraus, „noch eine Weile demonstrieren und dann haben wir es geschafft".

Die heutige Friedensbewegung ist auch viel sachlicher und rationaler orientiert als die Friedensbewegung zwischen den Weltkriegen, die – jedenfalls was die Niederlande angeht – sehr ethisch und oft auch sehr christlich fundiert war.

Wahrscheinlich war der zweite Weltkrieg so eine Art historische Lektion, daß es eben doch passiert ist und daß die Niederlande sich nicht haben raushalten können. Das erklärt das Verschwinden sowohl des Optimismus wie auch des Neutralismus in der Friedensbewegung.

Ein anderer wichtiger Faktor für die Unterschiede zwischen der heutigen und der damaligen Bewegung ist sicherlich die Veränderung der Waffensysteme, vor allen Dingen die Entwicklung der Atomwaffen, der Hiroshima-Schock ...

AK: Wir würden gerne nochmal auf die Unterschiede zwischen der BRD und den Niederlanden kommen, was den Pazifismus betrifft: Etwas vereinfacht gesagt ist ein Pazifist ja früher in Deutschland und heute in der BRD in der allgemeinen Auffassung – ein „Drückeberger", ein „Feigling". In den Niederlanden sieht das anders aus. – Welche Rolle spielt dabei der Umstand, daß Deutschland das Land gewesen ist, von dem der Faschismus ausgegangen ist, während die Niederlande ein Land gewesen ist, das sich gegen den Faschismus gewehrt hat?

Van der Spek: Ich weiß nicht ... Ich glaube nicht, daß das eine große Rolle spielt. Man könnte doch genau so gut erwarten, daß sich der Widerstand gegen Aufrüstung usw. gerade in einem Land, das immer ziemlich militaristisch agiert hat, am stärksten entwickelt. Direkt nach 1945 war die antimilitaristische Bewegung in Deutschland ja tatsächlich auch viel stärker als in den Niederlanden beispielsweise. 1947 hat sogar Franz-Josef Strauß gesagt: „Wer noch einmal ein Gewehr anrührt, dem verdorre die Hand." In der Geschichte war die Möglichkeit, daß Deutschland sich mal ein bißchen anders entwickelt, meiner Ansicht nach nie so groß wie 1945. Außerdem wird in den Niederlanden der deutsche Faschismus und der zweite Weltkrieg immer wieder gerade als Argument g e g e n den Pazifismus herangezogen: „Wenn die Niederlande damals nicht so total entwaffnet gewesen wäre, dann hätte es nicht so weit kommen können ... Und wo würden wir heute hinkommen, wenn die Pazifisten das Sagen hätten!" Ich antworte hierauf meistens, daß, wenn das so einfach wäre, Hitler beim Besetzen anderer Länder ja gerade die Pazifisten hätte begrüssen müssen und die Militaristen bekämpfen, während in Wirklichkeit das Gegenteil passierte, während die Pazifisten auch in den besetzten Gebieten zu den ersten gehörten, die eingesperrt und totgeschlagen wurden. Außerdem hätte es genau so gut passieren können, daß am 10. Mai 1940 nicht Deutschland, sondern England die Niederlande besetzt hätte – das ist gar nicht so theoretisch wie es vielleicht klingen mag, 1942 haben die Engländer auch ganz einfach Persien überfallen ... – und dann hätte das niederländische Militär wohl zusammen mit den Judenverbrennern gegen die Engländer gekämpft.

... Der Ruf „Nie wieder Krieg!" von 1918 war eine optimistische Parole. Sie drückte nicht nur den Wunsch aus, daß es niemals mehr zu einem Krieg kommen dürfe, sie drückte zugleich auch eine gewisse Zuversicht aus, daß nach diesem vollkommen idiotischen Abschlachten von Millionen Menschen niemand mehr so verrückt sein könnte, dies zu wiederholen ....

Das ist die Folge von Aufrüstung und Militarismus.

Also durch den Faschismus und durch den Zweiten Weltkrieg kann man den Unterschied zwischen der BRD und den Niederlanden meiner Ansicht nach nicht erklären. Ich weiß allerdings auch nicht, wie man es dennoch erklären kann. Eine pazifistische Tradition spielt in den Niederlanden wahrscheinlich als eine Art gesellschaftlicher Strömung schon eine

dennoch erklären kann. Eine pazifistische Tradition spielt in den Niederlanden wahrscheinlich als eine Art gesellschaftlicher Strömung schon eine

Rolle, aber wo die herkommt und wie die entstanden ist ...?

Aber, was Sie vorhin sagten über die Angst vor der eigenen Vernichtung als Hauptmobilisierungselement, das finde ich überhaupt nichts minderwertiges. Der Wille, am Leben zu bleiben, ist eine großartige Triebkraft, ein ausgezeichnetes Argument, um Pazifist zu sein. Gefährlich könnte das natürlich werden, wenn es ausschließlich um das eigene Land gehen würde, wenn jemandem egal wäre, was mit dem „Rest der Welt" geschieht, wenn nur das eigene Land verschont bleibt ...

Nato?

AK: Welche Positionen werden in der Friedensbewegung gegenüber der Nato eingenommen?

Van der Spek: Für die PSP ist seit ihrem Bestehen klar, daß wir sowohl als Pazifisten wie auch als Sozialisten gegen die Nato und gegen die niederländische Nato-Mitgliedschaft sind. Die Nato ist ein Kriegsinstrument. Wenn man für Abrüstung ist, dann muß man gegen die Nato sein. Die Nato ist gleichzeitig ein kapitalistisches Instrument, weshalb wir auch als Sozialisten gegen die Nato sein müssen.

Wir haben immer den Standpunkt vertreten, daß Abrüstung unbedingt zusammenhängt mit dem Austritt aus der Nato bzw. – international gesehen – mit der Auflösung der Nato. Es ist unserer Ansicht nach nicht möglich abzurüsten, wenn man gleichzeitig in der Nato bleiben will, genau so wie es umgekehrt nicht möglich ist, wirklich aus der Nato auszutreten, ohne gleichzeitig abzurüsten (unter solchen Umständen wäre der Austritt wahrscheinlich nur eine formale Sache; Länder wie Spanien und Schweden sind formal keine Nato-Mitglieder, aber im Kriegsfall hängen sie bei der Nato mit drin).

Von den anderen politischen Parteien, die im Parlament vertreten sind, hat keine einen so konsequenten Anti-Nato-Standpunkt wie die PSP: Vor einigen Jahren habe ich im Parlament nochmals einen Antrag zum Austritt aus der Nato gestellt und alle anderen Parteien – also auch die CPN und die PPR – haben dagegen gestimmt.

Die einzige Ausnahme waren einige Dissidenten aus der PvdA, die mit mir für den Nato-Austritt stimmten. Von denen kann man bei diesem Problem noch mehr erwarten als von der CPN und von der PPR.

Die PPR sagt, daß sie zwar für den Austritt aus der Nato ist, aber das ist dann „ein langfristiges Ziel, das geht doch nicht von heute auf morgen." Der PSP-Standpunkt ist in ihren Augen linker Radikalismus.

Die CPN war zur Zeit der Gründung der Nato (als es die PSP noch nicht gab) die einzige Partei, die im Parlament gegen den Beitritt der Niederlande zur Nato stimmte (nur eine kleine rechte Partei war ebenfalls – allerdings aus gänzlich anderen Motiven – gegen den Nato-Beitritt). Aber heutzutage ist die Nato für die CPN nicht gerade eine Frage, in der sie sich besonders engagiert. Ihre Argumentation lautet in etwa, daß es dumm sei, jetzt mit einem Anti-Nato-Standpunkt zu kommen, da das die kritischen Kräfte innerhalb der Nato und den sich entwickelnden Protest gegen bestimmte Aspekte der Rüstungspolitik verschrecken und schwächen würde.

Es gibt übrigens ein Nato-Mitglied, das jetzt schon drei Mal, ohne großartige Probleme, eine Regierung unter Beteiligung der Kommunisten hatte: Island. Und ich bin mir absolut sicher, daß eine Beteiligung der PCI an der italienischen Regierung – obwohl die Amerikaner natürlich immer wieder betonen, wie gefährlich das sei – was die Nato betrifft, keine Konsequenzen haben würde.

Auch im außerparlamentarischen Teil der Friedensbewegung sind die Standpunkte zur Nato sehr unterschiedlich. In Frage gestellt wird die Nato vor allen Dingen von den – sagen wir mal – etwas härteren, stär-

Standpunkte zur Nato sehr unterschiedlich. In Frage gestellt wird die Nato vor allen Dingen von den – sagen wir mal – etwas härteren, stär-

ker politisch orientierten Gruppierungen. Das sind, neben der PSP, der IKB, der BVD, die VD, Onkruit usw.

Interessant ist, was die Nato-Frage angeht, der Standpunkt des IKV. O f f i z i e l l sagt der IKV immer wieder, daß er nicht gegen die Nato-Mitgliedschaft ist. Aber seine Argumentation dabei ist meiner Meinung nach eine taktische, auch er will den sich entwickelnden Protest – in diesem Fall gegen die Atombewaffnung – nicht mit einem Anti-Nato-Standpunkt verschrecken. Ich habe Schwierigkeiten mit dieser Argumentation, vor allen Dingen, weil in den vielen Diskussionen, die ich bisher mit IKV-Leuten hierüber gehabt habe, diese IKVler immer wieder sagen, daß sie persönlich einer Meinung mit mir seien. Ich schließe nicht aus, daß die zentralen Leute vom IKV, die Leute also, die die Texte schreiben und die den Kurs bestimmen, in ihren Herzen alle eigentlich auch aus der Nato wollen. Aber warum sagen sie nicht mal, was sie wirklich darüber denken? Warum versteckt man sich immer wieder hinter dem, was angeblich die Menschen, die man ansprechen will, wollen?

Andererseits hat der IKV, bei seiner insgesamt – sagen wir mal – weicheren Herangehensweise, sich doch auch von bestimmten Aspekten der christlichen Kultur noch nicht ganz gelöst, von Aspekten, die z.T. auch die Basis für „unsere" politische und militärische Position in der Welt bilden. – Ich habe seinerzeit den Gedanken der europäischen Sicherheit verteidigt, aber zugleich vor einem „europäischen Nabelstarren" gewarnt. Diese Warnung, hat sich gezeigt, war nicht übertrieben: In den Helsinki-Verträgen kommt etliche Male der Begriff vom „gemeinschaftlichen kulturellen Erbe" der Europäer vor (es fehlt nicht viel, und es ist wieder vom „Abendland" die Rede). Diese Auf-

Fortsetzung nächste Seite

Antimilitarismus

Fortsetzung von vorh. S.

fassung, daß es erstmal um gesamteuropäische Verständigung – hier also Verständigung mit Osteuropa – geht, wobei das Verhältnis zur „dritten Welt" dann in den Hintergrund gedrängt wird, dieses Europa-zentristische Denken hängt sehr eng mit dieser christlichen Kultur zusammen und spielt auch beim IKV noch eine gewisse Rolle.

Aber dennoch: Ich halte den IKV für eine der wichtigsten Entwicklungen in den Niederlanden, für eine ungeheure Kraft, eine Bewegung, die ungemein viele Menschen anspricht, die beunruhigt sind; eine Bewegung, der ich selbstverständlich insgesamt positiv gegenüberstehe, allerdings mit der Anmerkung, daß es da doch ein paar recht eigenartige Standpunkte gibt.

Außerdem glaube ich, daß viele Menschen, die vom IKV angesprochen werden, in zunehmendem Maße zu weitergehenden Standpunkten – auch was die Nato betrifft – kommen werden. Jedenfalls brodelt es teilweise jetzt schon im IKV.

AK: Abgesehen von den prinzipielleren Argumenten gegen die Nato, stellt sich mir auch die Frage, ob das Ziel der IKV-Kampagne – Abzug aller Atomwaffen aus den Niederlanden – überhaupt realistisch ist, wenn man nicht gleichzeitig auf den Austritt aus der Nato orientiert.

Haig und Genscher haben im Mai dieses Jahres gefordert, die Regierungen der Nato-„Partner" müßten verpflichtet werden, der „Nachrüstung" zuzustimmen. Wie würde das erst aussehen, wenn eine dieser Regierungen alle Atomwaffen aus ihrem Land schaffen will? Hätte die niederländische Regierung im Rahmen der Nato überhaupt die Möglichkeit zur vollständigen nuklearen Abrüstung?

Van der Spek: Ich bin mir nicht sicher ... Die Frage lautet eigentlich: Wenn die Niederlande sagen würde, „wir schmeißen alle Atomwaffen raus", bedeutet das, daß die Nato dann antworten würde, „dann fliegt ihr aber aus der Nato raus"? Wahrscheinlich wäre das tatsächlich die Konsequenz.

Liste mit teilweise sehr weitgehenden Forderungen nicht erfüllt hat.

So grundsätzlich wurde die Nato-Mitgliedschaft und die Nato als solche auf den letzten PvdA-Kongressen wohl nicht mehr in Frage gestellt?

Van der Spek: Hier hat sich die PvdA in den letzten acht bis zehn Jahren tatsächlich wieder ein Stück nach rechts entwickelt. Max van den Berg, der PvdA-Vorsitzende, erklärt das so: Die früheren Stellungnahmen der PvdA-Kongresse waren eher Freundlichkeiten. Jetzt aber meinen sie ernst, was sie auf den Kongressen sagen.

AK: Eine der Bedingungen, die der PvdA-Kongreß 1972 an den Verbleib der Niederlande in der Nato knüpfte, war der Abzug aller Atomwaffen aus den Niederlanden. Damals wurde dies als ein Aspekt der Debatte um die Nato begriffen.

Dagegen ging es auf dem letzten PvdA-Wahl-Kongreß (1980) zentral und eigentlich nur noch um die Reduzierung bzw. den Abzug der Atomwaffen, wofür der IKV inzwischen massenhaft mobilisiert und eine starke Bewegung aufgebaut hatte. Haben die radikaleren Kräfte in der PvdA vielleicht gerade wegen der IKV-Kampagne in der Frage der Nato zurückgesteckt?

Van der Spek: Ich denke, daß die IKV-Kampagne, die ja gerade auch einen Teil der PvdA-Basis und Anhängerschaft anspricht, sicherlich ein Faktor für das Zurückdrängen der NATO-Diskussion innerhalb der PvdA ist.

„Sowjetische Übermacht"

AK: In der BRD-Presse wird zur Rechtfertigung der eigenen Aufrüstung wie zur Stärkung der „Verteidigungsbereitschaft" – durchaus in der Tradition des „Anti-Bolschewismus" der Nazis – eine „sowjetische Bedrohung" bzw. „Übermacht" behauptet. – Welche Rolle spielt eine solche Argumentation in den Niederlanden?

... Rotterdam ist ein wichtiger Umschlaghafen für Atomwaffen und ich nehme an, daß die niederländische Regierung mit einem „nein" zu Atomwaffen auch meinen würde, „kein Transport von Atomwaffen durch die Niederlande!" Das würde sicherlich eine ganze Menge durcheinanderbringen. Und ich glaube nicht, daß die Nato das akzeptieren würde.

Andererseits gibt es Nato-Mitglie- Van der Spek: Für mich ist die Frage,
Und ich glaube nicht, daß die Nato das akzeptieren würde.

Andererseits gibt es Nato-Mitglieder, Dänemark und Norwegen, die, jedenfalls für Friedenszeiten, eine Stationierung von Atomwaffen auf ihrem Territorium abgelehnt haben. Und schon Anfang der sechziger Jahre hat Norwegen die Thor- und Jupiterentwicklung unerwartet auf einer Nato-Ratsversammlung blockiert und die Türkei hat sich dem angeschlossen. Es geht also meiner Ansicht nach nicht darum, daß die Nato ein monolithischer Block ist, in dem die Niederlande von den USA zu der ganzen Aufrüstung gezwungen werden.

Demnach ist es auch nicht prinzipiell undenkbar, daß die Niederlande im Rahmen der Nato nuklear abrüstet. Allerdings ist diese Frage mit der historischen Entwicklung verbunden: Vor zwanzig Jahren hätten auch die Niederlande meiner Ansicht nach leicht „nein" sagen können, aber inzwischen dürfte das schwieriger geworden sein. Die Niederlande, sind jetzt ein stark integrierter Teil des zentralen Sektors, geographisch, logistisch, aber auch, was die Rüstung und die Standorte der Waffensysteme betrifft. Rotterdam ist ein wichtiger Umschlaghafen für Atomwaffen und ich nehme an, daß die niederländische Regierung mit einem „nein" zu Atomwaffen auch meinen würde, „kein Transport von Atomwaffen durch die Niederlande!" Das würde sicherlich eine ganze Menge durcheinanderbringen. Und ich glaube nicht, daß die Nato das akzeptieren würde.

AK: Wie sieht das aus bei der PvdA? Ich habe den Eindruck, daß die Nato in der PvdA früher durchaus schon stärker umstritten war als in der letzten Zeit.

Auf dem PvdA-Wahl-Kongreß vom Oktober '72 wurde – ungeachtet des starken Drucks der Parteiführung – mit großer Mehrheit beschlossen, daß die Niederlande 1976 aus der Nato auszutreten habe, falls die Nato bis dahin eine vom Kongreß aufgestellte

Van der Spek: Für mich ist die Frage, wer von den beiden großen Militärblöcken der stärkere ist, gar nicht relevant. Mich interessiert nicht, ob der eine vielleicht ein paar Panzer, Flugzeuge oder Atomwaffen mehr hat als der andere. Dieses Gegeneinanderaufrechnen ist Sache der Militaristen, die dabei die geschichtlichen Erfahrungen völlig außer acht lassen. Die Geschichte nämlich hat gezeigt, daß ein Land, das einen Krieg beginnt, nicht unbedingt auch militärisch überlegen sein muß. Es ist schon oft geschehen – der letzte Weltkrieg ist nur eines von vielen Beispielen –, daß der Angreifer den Krieg verliert. Das zeigt, daß der Angreifer oftmals – jedenfalls längerfristig – der Schwächere ist.

Oft werden Kriege als Versuche begonnen, bevor es zu spät ist, einem Gegner, dessen Macht gefährlich zunimmt, einen unerwarteten, kräftigen Schlag zu versetzen – Angst ist oft ein wichtiger Grund für den Angriff!

Das heißt auch, daß die Tatsache, daß die Sowjetunion einen enormen Militärapparat hat – auch wenn er viel schwächer ist als der „unsere" – für mich eine wirkliche Bedrohung darstellt. Jedwede Rüstung eines solchen Umfangs, gleich mit welch defensiven Zielen betrieben, ist meiner Ansicht nach eine Gefahr, weil es zu den vollkommen logischen militärischen Erwägungen gehört, daß man aus defensiven Gründen angreift – und offiziell sind die Gründe natürlich immer defensive.

Aber, was ich viel wichtiger finde als die Rüstung der Sowjetunion, ist „unsere eigene" Rüstung, die ich für noch viel gefährlicher halte, denn „wir" haben „unsere" Waffen am laufenden Band benutzt, nicht gegen Ost-Europa, aber gegen die „dritte Welt" ...

AK: Diese recht abgeklärte Sicht der Dinge entspricht jedoch keinesfalls dem Bewußtseinsstand der großen Mehrheit der BRD-Bevölkerung. Die permanente Behauptung der „sowjetischen Überlegenheit" ist das zentrale propagandistische Mittel, um die BRD-Bevölkerung von der Notwendigkeit der Nato, der Aufrüstung, der „Nachrüstung" usw. zu „überzeugen". – Wie sieht das in den Niederlanden aus?

Van der Spek: Auch hier sind die Möglichkeiten, die Öffentlichkeit mit der Angst vor der Sowjetunion zu manipulieren, sehr groß. Und auch hier wird die „russische Drohung" benutzt.

...Die ganze Unterscheidung in defensive und offensive Waffen ist meiner Meinung nach schon immer eine ziemlich theoretische Frage gewesen und wird mit der Entwicklung der modernen Waffentechnik immer theoretischer und irrelevanter...

Ich habe eben nur meine persönliche Meinung dargestellt und ich behaupte keineswegs, daß dies die Meinung der Mehrheit der niederländischen Bevölkerung ist.

Auch in der niederländischen Bevölkerung ist die Angst vor der Sowjetunion vorhanden, vielleicht weniger stark als in der BRD, aber ich sehe da keinen prinzipiellen Unterschied.

Nur, ich selbst habe in einer Diskussion keine Probleme mit der „sowjetischen Bedrohung". Meine Argumentation würde viel weniger überzeugend und schwächer sein, wenn ich mich mit den Militaristen auf diese Rechnereien einlassen würde. Dann könnte ich zwar sagen: „Ich habe aus diesem Buch die und die Zahlen", aber dann würde mein Gegner sagen: „Ja, aber ich habe ein anderes Buch und da steht gerade drin, daß die Russen viel stärker sind!"

Genauso unsinnig wie diese Rechnerei ist meiner Ansicht nach die Unterscheidung zwischen defensiven und offensiven Waffen. Vor ein paar Jahren habe ich vom Vorsitzenden der „Föderation der Niederländischen Offiziersvereine" (FNOV) eine hübsche Geschichte gehört: „Mit diesen Geschichten über defensive und offensive Waffen", sagte er, „sollten wir aufhören. Stellen Sie sich vor, an der östlichen Seite des Eisernen Vorhangs steht ein Haufen Panzer. Was tun wir von der Nato? Wir setzen dem Anti-Panzergeschütze entgegen, das ist doch defensiv. Aber man darf nicht vergessen, daß die russische Artillerie so 'n Ding einfach wegschießt. Also werden wir unser Anti-Panzer-Geschütz schwer panzern. Und die Russen – auch nicht blöd – werden sagen: 'Dann werden wir unsere Ar-

nicht vergessen, daß die russische Artillerie so 'n Ding einfach wegschießt. Also werden wir unser Anti-Panzer-Geschütz schwer panzern. Und die Russen – auch nicht blöd – werden sagen: 'Dann werden wir unsere Ar-

tillerie aus einer anderen Ecke schiessen lassen, denn wir müssen die Panzerung durchbrechen können.' Also sagen wir: 'Dann müssen Räder unter unser Anti-Panzer-Geschütz, daß es sich bewegen kann.' Dann haben wir also ein schweres Geschütz, schwer gepanzert und auf Rädern. Und was ist das dann? Eine Anti-Panzer-Waffe, die ein Panzer ist."

Die ganze Unterscheidung in defensive und offensive Waffen ist meiner Meinung nach schon immer eine ziemlich theoretische Frage gewesen und wird mit der Entwicklung der modernen Waffentechnik immer theoretischer und irrelevanter.

AK: Welche Rolle spielt diese „sowjetische Bedrohung" in der niederländischen Friedensbewegung?

In Teilen der westdeutschen Friedensbewegung werden derzeit z.B. „alternative Verteidigungskonzepte" diskutiert, wobei Bundeswehr, Aufrüstung, Nato, „Abschreckungspolitik", ja sogar Atomwaffen an sich gar nicht mehr in Frage gestellt werden (in Frage gestellt wird teilweise nur die derzeitige Nato-Strategie) und wobei eine militärische „Verteidigung" der BRD gegen die „Bedrohung aus dem Osten" anscheinend für notwendig befunden wird.

Van der Spek: Die „russische Bedrohung" spielt in der niederländischen Friedensbewegung zwar auch eine gewisse Rolle – das kommt z.B. zum Ausdruck im IKV-Standpunkt oder auch bei dieser Argumentation, die hin und wieder auftaucht, daß man beim Abbau der Atombewaffnung gleichzeitig die konventionelle Bewaffnung ausbauen müsse – aber die Auffassung, daß man sich militärisch gegen die Sowjetunion verteidigen müsse, gewinnt innerhalb der niederländischen Friedensbewegung sicher nicht an Boden. Und die Möglichkeit, die Friedensbewegung in den Niederlanden mit dieser „sowjetischen Bedrohung" zu spalten – dadurch, daß ein Teil dieser Bewegung sich nur noch gegen die Art der heutigen Aufrüstung wendet, aber im Wesen in die westliche Strategie integriert wird – halte ich für gering.

Dritte Welt

AK: Sie erwähnten vorhin die Kriegsführung der Nato gegen die Dritte Welt ...

Van der Spek: Ja, denn es ist ein weit verbreitetes Mißverständnis, daß die Nato eine Begrenzung ihres Gebietes hat. Der Vertrag verhindert absolut nicht Kriegsführung seitens der Nato-Staaten, z.B. in Süd-Afrika. Meiner Ansicht nach ist die Nato – vielleicht schon seit ihrer Gründung, aber in zunehmendem Maße seit der Entspannungspolitik – stärker gegen die Dritte Welt gerichtet als gegen Ost-Europa.

Die Nato ist ein Mittel, „unsere" wirtschaftliche und politische Machtposition in jenen Ländern, oft den ehemaligen Kolonien, zu erhalten, und diese Länder – vereinfacht gesagt – auf ihre Rolle als Rohstofflieferanten festzuschreiben.

Hierzu haben Nato-Länder – allen voran die USA, aber nicht nur diese – fortwährend ihr Militär gegen Länder eingesetzt, die über eine reine Entkolonialisierung hinaus wollten; denen die Ersetzung eines weissen Geschäftsführers des Imperialismus gegen einen Geschäftsführer aus dem eigenen Volk zu wenig war. Die Länder, die weiter gehen wollten, wie z.B. Vietnam, wurden von einem Nato-Mitglied „zurück in die Steinzeit" bombardiert ...

Eine immer bedeutendere Rolle spielt hierbei natürlich die Frage der Energieversorgung und die Sicherung der Zufuhr vor allen Dingen des Erdöls. Es gibt Hinweise – auch wenn das offiziell bisher noch immer geleugnet wurde – auf einen „Süd-Atlantik-Pakt", in dem sich Süd-Afrika, einige lateinamerikanische Diktaturen und die USA politisch-militärisch zusammenschließen würden. Es gibt den Druck der USA auf die europäischen Verbündeten, sich an einem Flotten-Verband für das

Afrika, einige lateinamerikanische Diktaturen und die USA politisch-militärisch zusammenschließen würden. Es gibt den Druck der USA auf die europäischen Verbündeten, sich an einem Flotten-Verband für das

Gebiet des Persischen Golfes zu beteiligen.

Im EG-Parlament wurden die Regierungen der EG-Staaten, die gleichzeitig Nato-Mitglieder sind, gefragt, ob sie Schiffe hierfür zur Verfügung stellen. Ich habe damals im niederländischen Parlament einen Gegenantrag gestellt, in dem ich von der niederländischen Regierung die Erklärung forderte, daß sie sich nicht an einem solchen Flottenverband beteiligen werde. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit verworfen. Nur die PPR und die CPN stimmten mit für den Antrag. Auch die PvdA stimmte dagegen, mit dem Argument, daß es sich nicht um eine akute Sache handele.

Ich denke, daß eine schärfere imperialistische Politik gegenüber der Dritten Welt, die auch von Ländern wie den Niederlanden mitgetragen wird, gar nicht so weit weg liegt.

AK: Wird diese Entwicklung auch von der Bevölkerung mitgetragen?

Van der Spek: Der Widerstand in der Bevölkerung ist meiner Ansicht nach allerdings wesentlich stärker als der des Parlaments. Wenn es wirklich zur Bildung eines solchen Flottenverbandes kommen würde, würden sich sicherlich auch Kräfte wie der IKV oder Pax Christi dagegen stellen. Andererseits dürfen wir auch die Wirkung dieser Geschichten über die Wirtschaftskrise und „die Scheiß-Araber mit ihrem Öl" nicht unterschätzen.

Was dagegen ein Land wie El Salvador betrifft, dürfte sogar eine grosse Mehrheit des Parlaments, inklusive dem CDA, recht scharfe Kritik an der amerikanischen Politik haben. Das hängt u.a. auch zusammen mit der Position der Kirchen in diesen Ländern. Die Kirchen stehen hier manchmal ja auch sehr kritisch gegenüber dem Imperialismus.

Widerstand

AK: In der BRD-Presse werden „die Holländer" und speziell auch das niederländische Militär und die niederländischen Soldaten immer wieder als „unzuverlässig" dargestellt. Würden größere Teile des niederländischen Militärs im Kriegsfalle tatsächlich den Einsatz verweigern?

Van der Spek: Dieses Bild vom unzuverlässigen niederländischen Soldaten ist leider ein vollkommen falsches Bild. Aus zahlreichen Rapporten von Nato-Kommandanten ergibt sich, daß „der niederländische Soldat" zu den „besten" und fanatischsten Kämpfern gehört. Die niederländischen Truppen tragen zwar langes Haar und rufen auch mal „Sack" oder „Arschloch" dem Offizier hinterher, aber kämpfen tun sie besser als die französischen, die englischen oder die amerikanischen Truppen.

Hier setze ich also überhaupt kein Vertrauen in den VVDM. Ich unterstütze zwar eine ganze Reihe seiner konkreten Forderungen, aber daß er einen wesentlichen, kritischen ideologischen Einfluß auf das Militär hat, das sehe ich nicht. Im Gegenteil muß man sich meiner Ansicht nach die Frage stellen, ob und inwiefern der VVDM nicht mit allen möglichen kleinen Verbesserungen (die an sich natürlich positiv sind) so viel an Unzufriedenheit beseitigt, daß die Soldaten ihre eigentliche Funktion noch besser erfüllen.

Die Möglichkeit, daß größere Teile des Militärs im Kriegsfalle den Einsatz verweigern, halte ich im Moment für sehr gering.

Andererseits gibt es eine interessante Entwicklung im niederländischen Militär bezüglich der Atombewaffnung. Es gibt zum einen immer mehr Wehrdienstleistende, die aus Gewissensgründen die Bewachung von Atomwaffenlagern verweigern und die dabei auch vom VVDM unterstützt werden und es gibt zum andern auch Offiziere, wie z.B. Hauptmann Stelling oder General von Meyenfeldt, die Atomwaffen prinzipiell und absolut ablehnen.

Dieser „Atompazifismus" stellt bisher erst einen Ansatz für Widerstand innerhalb des Militärs dar. Aber es ist sicherlich gut möglich, daß dieser Ansatz sich sowohl quantitativ als auch qualitativ verbreitert, daß er also auch weitergehendere, konsequentere anti-militaristische Standpunkte zur Folge hat.

AK: Welcher Widerstand gegen den Krieg wäre aus der Bevölkerung zu erwarten?

AK: Welcher Widerstand gegen den Krieg wäre aus der Bevölkerung zu erwarten?

Van der Spek: Was den Widerstand der Bevölkerung betrifft, so war dieser in der Geschichte – soweit sie mir bekannt ist – in den Niederlanden meiner Ansicht nach noch nie so stark wie zur Zeit. Auch nicht vor dem Zweiten Weltkrieg, denn damals war er meiner Ansicht nach viel weniger bewußt.

Vor zwanzig Jahren war der Widerstand auch ziemlich stark, danach hat er stark nachgelassen und seit ein paar Jahren ist er ziemlich plötzlich wieder sehr stark gewachsen. Woher und wie das genau kommt, weiß ich nicht. Dazu beigetragen haben sicherlich vor allen Dingen die außergewöhnlich erfolgreiche Aktion des Komitees „Stop de N-bom", das mehr als eine Million Unterschriften zusammenbrachte, aber in noch stärkerem Maße die IKV-Aktivitäten. Sozialpsychologisch ist dies natürlich keine Antwort auf die Frage, weshalb dieser Widerstand so plötzlich entsteht.

Wir sind in den Niederlanden natürlich noch lange nicht dort, wo wir hin müssen, aber wir sind, glaube ich, weiter als die meisten anderen Länder und jedenfalls weiter als alle anderen Nato-Länder.

„Holländische Krankheit"

AK: Nach der „Verjudung" Deutschlands, der „Finnlandisierung" Europas, nach der „italienischen" bzw. „englischen" haben wir jetzt auch eine „holländische Krankheit": Nicht nur das Parlament der Niederlande ist laut Diagnose dem absoluten Friedenswillen verfallen, sondern auch die gesamte Bevölkerung ...

Van der Spek: Das ist – leider! – stark überzeichnet.

An sich ist es natürlich schön, daß

so ein Bild von einem Land besteht und es ist auch gut, daß man im Ausland vom Widerstand, den es in den Niederlanden gibt, erfährt. Nur, daß dieses Bild sich bewahrheitet, wird vor allen Dingen die Aufgabe der außerparlamentarischen Bewegung in den Niederlanden sein, denn auf „die Politik" können wir uns auch in den Niederlanden nicht verlassen. Was den Vergleich Niederlande - BRD angeht, so gibt es da sicherlich eine Reihe von Unterschieden. Die niederländische Friedensbewegung ist ein Stück stärker und weiter entwickelt. Aber wir dürfen diese Unterschiede auch nicht übertreiben. Wahrscheinlich ist unser Bild von der BRD, was die Perspektiven betrifft, viel zu negativ und das Bild, das ihr in der BRD von den Niederlanden habt, viel zu positiv.

Holländische Medizin

AK: Auf der Hamburger Kirchentags-Demo taufte der IKV-Vorsitzende, Ben ter Veer, in seiner Rede die „holländische Krankheit" um in „holländische Medizin". – Wie sehen Sie die Möglichkeiten, diese „holländische Medizin" zu exportieren?

Van der Spek: Die Internationalisierung des Friedenskampfes ist ungeheuer wichtig, und zwar – ich sage das jetzt aus meiner Sicht als niederländischer Pazifist – nach beiden Seiten hin: Einerseits ist es wichtig, daß die – schätze ich – 10 % der niederländischen Bevölkerung, die schon aktiv sind, erfahren, daß die Niederlande nicht das einzige Land sind, wo es Widerstand gibt. Andererseits hat die Entwicklung in den Niederlanden auch eine – meiner Ansicht nach nicht unbedeutende – stimulierende Wirkung auf die Friedensbewegungen in anderen Ländern.

Auch für die jüngsten Mobilisierungen in der BRD ist die Entwicklung in den Niederlanden meiner Ansicht nach ein wesentlicher Faktor. Internationalisierung und internationale Kontakte können ein gutes Mit-

nach ein wesentlicher Faktor. Internationalisierung und internationale Kontakte können ein gutes Mit-

tel sein, jenem Teil der westdeutschen Friedensbewegung dem es ausschließlich um die Verhinderung der Zerstörung des eigenen Landes geht, entgegenzuwirken.

Die Regierung Belgiens z.B. brachte ihre Zweifel über die „Nachrüstung" erst auf den Tisch, nachdem Van Agt und Van der Klauw (Ex- und heutiger Ministerpräsident und Ex-Außenminister - Anm. AK) – wie mickrig auch immer – im Nato-Rat deutlich gemacht hatten, daß die „Modernisierung" in den Niederlanden nicht gerade begrüßt würde. Erst als die niederländische Regierung eine Verschiebung der endgültigen Entscheidung beschlossen hatte, entschied sich auch die belgische Regierung für eine solche Verschiebung.

Auch für die jüngsten Mobilisierungen in der BRD ist die Entwicklung in den Niederlanden meiner Ansicht nach ein wesentlicher Faktor. Internationalisierung und internationale Kontakte kömen ein gutes Mittel sein, jenem Teil der westdeutschen Friedensbewegung, dem es ausschließlich um die Verhinderung der Zerstörung des eigenen Landes geht, entgegenzuwirken. Konkret bedeutet Internationalisierung für mich zunächst Informationsaustausch. Es ist gut, wenn ich einfach weiß, was in anderen Ländern los ist und wenn ich sagen kann, daß meine Standpunkte und meine Argumentationen auch in anderen Ländern vertreten werden. Internationalisierung bedeutet natürlich auch gemeinsame Aktionen. Da haben wir ja schon Erfahrungen, was die Anti-AKW-Bewegung betrifft – Niederländer waren dabei in Brokdorf und Kalkar, Westdeutsche in Almelo. Ich war beeindruckt von den Störaktionen gegen die öffentlichen Rekruten-Vereidigungen der Bundeswehr, die mir sehr gut gefallen haben und ich denke, daß die Wirkung noch viel besser gewesen wäre, wenn auch Niederländer, Franzosen, Engländer usw. dabeigewesen wären, die dann auch an die Ereignisse vor rund 40 Jahren hätten erinnern können.

AK: Welche Schwierigkeiten gibt es beim „Export der holländischen Medizin"?

Van der Spek: Ein großes Problem – und das bezieht sich nicht nur auf die Internationalisierung des Widerstandes, sondern auch auf den weiteren Aufbau der Friedensbewegung in den Niederlanden – stellen meiner Ansicht nach die ideologischen Gegensätze innerhalb der Friedensbewegung dar.

Ich bin der Meinung, daß man einen konsequenten antimilitaristischen Standpunkt haben muß, wenn man längerfristig Kriege verhindern will. Der „Atompazifismus" ist z.B. meiner Ansicht nach objektiv Unsinn. Ich glaube zwar, daß man Teilerfolge – wie die Verhinderung der „Nachrüstung" oder auch den Abzug aller Atomwaffen aus einem Land – erreichen kann, aber wenn diese Teilerfolge nicht auch prinzipielle Änderungen – wie die Auflösung der Nato – nach sich ziehen, sind diese Teilerfolge nur von kurzer Dauer. Das ist meiner Ansicht nach der Hauptgrund, weshalb ein konsequent antimilitaristischer Standpunkt notwendig ist.

Andererseits darf man sich mit seinem konsequenten Standpunkt natürlich nicht isolieren, sondern man muß immer wieder an konkreten Punkten die Zusammenarbeit mit weniger konsequenten Kräften suchen.

In zwei Wochen spreche ich z.B. während der Friedenswoche auf einer Veranstaltung der „Grünen" im Ruhrgebiet. Nun ist es für mich zwar überhaupt keine prinzipielle Frage, ob ich dort sprechen werde (wenn unsere Rechtsliberalen, die VVD, mich als Redner einladen würden und ich könnte meine eigene Meinung vortragen, so würde ich das auch machen), aber ich frage mich doch, was man von so einer diffusen Bewegung wie den „Grünen" überhaupt hat. Andererseits finde ich es schon positiv, daß die „Grünen" in verschiedenen Städten den Sprung in die Parlamente geschafft haben.

AK: Wir sind in den letzten Monaten – sowohl im nationalen, wie auch im internationalen Bereich – in der Friedensbewegung auf einige doch recht merkwürdige Vorkommnisse gestossen:
– Für Anfang 1982 ist eine interna-

AK: Wir sind in den letzten Monaten – sowohl im nationalen, wie auch im internationalen Bereich – in der Friedensbewegung auf einige doch recht merkwürdige Vorkommnisse gestossen:
– Für Anfang 1982 ist eine interna-

tionale Konferenz für ein atomwaffenfreies Europa geplant, die ursprünglich in der BRD stattfinden sollte. Diese Konferenz soll nun – um die BRD-Regierung nicht zu brüskieren?! – in ein anderes Land verlegt werden.
– Zur Vorbereitung der Demonstration in Bonn am 10.10. haben sich – von westdeutscher Seite – sozialdemokratisch und kirchlich orientierte Kreise mit dem IKV in kleinem Kreise zusammengefunden, ein Flugblatt und einen Aktionsplan entworfen sowie eine Rednerliste aufgestellt. Und zwar unter Ausklammerung großer Teile der Friedensbewegung.
– Dieser Ausschluß bestimmter Kräfte, bestimmter Auffassungen und Forderungen wird häufig, so auch hier, mit einer Rücksichtnahme auf die SPD begründet.

Van der Spek: Ich finde so etwas sehr übel und auch dumm. Es ist so eine Art Super-Taktik, die längerfristig sehr schädliche Auswirkungen hat. Man macht so etwas mit dem Argument, daß man damit die Bewegung verbreitert, aber in Wirklichkeit nimmt man der Friedensbewegung einen Teil ihrer Kraft.

Viele Menschen merken es, wenn man bestimmte Sachen aus taktischen Gründen nicht sagt oder nicht macht und das verringert die Bereitschaft dieser Menschen. Solch eine Supertaktik macht die Bewegung in Wirklichkeit verwundbarer bei Angriffen des Gegners. Ich bin für Pluriformität, bei der jeder aus seiner Sicht spricht. Mein Standpunkt war schon immer: Wenn wir an konkreten Punkten einer Meinung sind, dann bin ich sogar bereit mit dem Teufel zusammenzuarbeiten, wenn ich nur die Möglichkeit habe, zu anderen Punkten, wo wir nicht einer Meinung sind, meine eigenen Standpunkte zu vertreten.

Ich finde es schlecht, wenn auf Demonstrationen nur bestimmte Forderungen und Parolen zugelassen und andere verboten werden. Wenn man die Äußerung unterschiedlicher Positionen verbietet und die Pluriformität damit zerstört, dann schwächt man in Wirklichkeit die Bewegung. Denn Pluriformität ist meiner Ansicht nach Stärke.

Aber diese Taktik ist ja nichts unbekanntes. Grob gesagt ist ja die Argumentation, daß die SPD nicht mit radikaleren linken Kräften zusammenarbeiten dürfe, da sie sonst einen Teil ihres Anhangs verschrecken und damit Strauß „an die Macht" bringen würde. Was bedeutet überhaupt dies „an die Macht bringen"? Durch einen Wechsel der Regierung ändern sich doch die ökonomischen Machtverhältnisse nicht!

Eine solche Taktik bringt also überhaupt nichts, weil man dadurch letztendlich selbst zu einer Art Strauß wird. Man kann es eine Zeit lang durchhalten, zu unterscheiden zwischen dem, was man öffentlich sagt und dem, was man wirklich darüber denkt. Aber eben nur eine bestimmte Zeit lang. Auf Dauer wird man auf diese Weise nicht nur formal, sondern auch wirklich zu dem, den man eigentlich bekämpfen wollte.

Ich glaube also nicht an diese Super-Taktiken. Ich finde sie übel und gefährlich. Sie unterstützen den Gegner eher als daß sie ihn bekämpfen.

Zur Person:
Fred van der Spek

Fred van der Spek wurde am 13. Dezember 1923 in Den Haag geboren.

Politisch engagierte er sich, wenn auch noch nicht im organisierten Rahmen, schon vor Beginn des Zweiten Weltkrieges und insbesondere angesichts der Nazi-Herrschaft in Deutschland.

1943 weigerte er sich als Chemie-Student, die von den Nazi-Besatzern in den Niederlanden von allen Studenten geforderte „Loyalitätserklärung" zu unterschreiben und wurde für ein Jahr zur Zwangsarbeit nach Nienburg/Weser deportiert.

Nach dem Kriege war er einige Jahre Vorstandsmitglied der demokratisch-sozialistischen Studentenvereinigung „Politeia"; war aktiv in der „Vlam"-Bewegung (die links-sozialistische „De Vlam" war nach dem Kriege die Fortführung der illegalen Widerstandszeitung „De Vonk"); er schloß sich dann („auf der Suche nach einer wirklich sozialistischen Partei, die PvdA war keine sozialistische Partei und die CNP war mir zu undemokratisch und zu stark moskau-gesteuert") zunächst der „Socialistische Unie" an, einer kleinen linken Partei, die von 1950 bis 1957 bestanden

schen Partei, die PvdA war keine sozialistische Partei und die CNP war mir zu undemokratisch und zu stark moskau-gesteuert") zunächst der „Socialistische Unie" an, einer kleinen linken Partei, die von 1950 bis 1957 bestanden

hat.

In den 50er Jahren war er u.a. aktiv in der „Derde Weg"-Bewegung, einer Gruppierung von hauptsächlich Intellektuellen, die gegen den „Kalten Krieg" arbeitete und einen „Dritten Weg" zum Frieden, unabhängig von den USA und der Sowjetunion, propagierten. Er war Hauptvorstandsmitglied der (anti-kolonialistischen) „Vereinigung Niederlande-Indonesien" und Vorstandsmitglied im „Komitee für die Anerkennung der DDR".

1957 gehörte er zu den Gründern der Pacifisties-Socialistiese Partij und war einige Jahre Mitglied des Parteivorstandes und Vorstandsmitglied der PSP-Abteilung Amsterdam.

Von 1949 bis 1967 arbeitete er als Chemie- und Physik-Lehrer an einem Gymnasium, wo er, „als Republikaner und nach dem Motto: Selbst Prinzessinnen haben ein Recht auf Schulbildung" auch Prinzessin Christina unterrichtete.

Von 1963 bis 1967 war Fred van der Spek für die PSP Mitglied der Ersten Kammer („Bundesrat"), seit 1967 ist er Abgeordneter in der Zweiten Kammer („Bundestag") des niederländischen Parlaments.

Anmerkungen:

(1) Der Interkirchliche Friedensrat (IKV), in dem mehrere Konfessionen zusammenarbeiten, ist mit seiner Kampagne für die sofortige Entfernung aller Atomwaffen aus den Niederlanden die derzeit größte Kraft in der niederländischen Anti-Atomwaffen-Bewegung.
(2) siehe AK 168
(3) lt. „Aachener Volkszeitung", 21.2.81
(4) Onkruit, eine neuere radikale, antimilitaristische Gruppierung, die vor allem militante Aktionen gegen Militäreinrichtungen unternimmt und deren Mitglieder sowohl den Wehr- wie den Ersatzdienst verweigern (derzeit sitzen mehrere Totalverweigerer in den Niederlanden im Knast).

(Herzlichen Dank an J., M. und R. aus Sittard für ihre Hilfe beim Abtippen der Interviewbänder!)

Herbstmanöver 81

„Make WAR – NOT LOVE!

„Finger weg von Frauleins", das ist eine von zahlreichen „Benimmregeln", die den amerikanischen GIs vor Beginn der Herbstmanöver mit auf den Weg in die BRD gegeben wurden. Weitere „Tips": kein Glücksspiel, kein Marihuana, Kornfelder nicht verwüsten. *„Kühe auf der Weide oder Rehe im Wald seien keine Zielscheiben. Auch wird den Soldaten geraten, nicht gleich 'loszuballern'"* (FR, 21.9.). Wer jemals die NATO-Großmanöver aus der Nähe miterleben durfte, wird an der Berechtigung dieser Warnungen kaum zweifeln.

Trotz Sparhaushalten und galoppierenden Benzinpreisen wurde auch dieses Jahr wieder eine riesige Kriegsübung inszeniert:
– an der Übung „Schneller Gegenzug" nahmen rund 12.000 Soldaten teil, darunter belgische Truppen (FR, 15.9.);
– die größte Einzelübung „Certain Encounter" fand mit 71.000 Mann direkt an der DDR-Grenze bei Bad Hersfeld statt (Neue, 15.9.). Weiter waren 4700 Kettenfahrzeuge, 15.000 Radfahrzeuge und 600 Militärflugzeuge und Hubschrauber beteiligt (FR, 15.9.);
– an der Übung „Scharfe Klinge" nahmen 48.000 BW-Soldaten sowie amerikanische und kanadische Verbände teil (Neue, 19.9.).

Hinzu kommen noch zahlreiche kleinere Übungen sowie das jährliche „Reforger"-Spektakel, bei dem mehrere tausend US-Soldaten eingeflogen werden. *„Reforger soll der Welt zeigen, aus welchem Holz amerikanische Soldaten geschnitzt sind"* (FR, 21.9.)

„Geübt" wurden u.a. ein chemischer Giftangriff auf das hessische Dorf Hassenhausen und die anschliessende „Entgiftung von Soldaten sowie ihrer Fahrzeuge und Panzer" (FR, 19.9.). Und der Rest des Dorfes? Die geplanten 300 Tieffliegerangriffe auf marschierende Manövertruppen (!) mußten wegen Nebel auf 30 reduziert werden (Gött. Tageblatt 14.9.).

„Sparen kann Blut kosten"

„Vor dem Abflug von Fort Carson war den GIs in der Broschüre geraten worden, ihren Angehörigen ausreichend Geld zum Leben zurückzulassen und ein Testament zu machen" (FR, 21.9.). Aus gutem Grund! Neben Manöverschäden in Höhe von 1 Million DM und Sprit im Wert von 5 Mio. DM (Neue, 19.9.) kostete das Manöver wieder zahlreiche Verletzte und Tote. Bereits im Vorfeld der Übungen ereigneten sich nach Polizeiangaben 43 Verkehrsunfälle, bei denen sechs Soldaten und fünf Zivilisten verletzt und ein Sachschaden von 180.000 DM angerichtet wurden (taz, 16.9.). *„Ein Verkehrsunfall forderte ... ein Todesopfer"* (FR, 12.9.). Bei einem Zusammenstoß zwischen einem LKW und einem BW-Fahrzeug wurden die beiden Fahrer schwer, ein Beifahrer leicht verletzt (FR, 12.9.). Bei Bad Hersfeld wurde eine amerikanische Soldatin getötet (FR, 14.9.). Bei Hanau kippte ein LKW mit drei „Hawk"-Flugabwehrraketen um, zwei Menschen wurden schwer verletzt. Die Gefahr einer Explosion habe natürlich zu keiner Zeit bestanden (FR, 21.9.). Beim Zusammenstoß eines deutschen Hubschraubers mit einem US-Flugzeug wurden drei Menschen getötet. Insgesamt gab es über 100 Unfälle (GT, 21.9.), eine Zahl, die „bedauerlich hoch sei". Der Grund liege in der mangelnden Fahrpraxis, die durch die Benzin-Einsparungen bedingt sei. Zynischer Kommentar der Bundeswehr: **„Sparen kann, wenn es zu weit geht, Blut kosten."** (GT, 21.9.). Nichts bekanntgegeben wurde über „kleinere Zwischenfälle", wie Vergewaltigungen, Diebstähle, Schlägereien usw..

Störmanöver

Im Dörfchen Neverstaven in Schleswig Holstein *„nahmen die Bürger die Sache selbst in die Hand. Als am Montag Neverstaven von den Soldaten okkupiert werden sollte, trauten diese ihren Augen nicht: Statt des im 'Spielplan' vorgesehenen Feindes sahen sie sich mit zivilen Gegnern konfrontiert. Einwohner hatten die Zufahrtsstraße mit Barrikaden versperrt und wünschten die ungebetenen Gäste zum Teufel. Verdutzt zogen die Truppen ab"* (taz, 16.9.). Ob das immer so einfach geht?

Antimil-Kommission
KB Göttingen

Besetztes Land

Mach die „scharfe Klinge" stumpf!









Bußgeldbescheid gegen Wehrpaßentwertung

Bußgeldbescheid gegen Wehrpaßentwertung

Am 13.6.81 waren in Marburg bei einer öffentlichen „Wehrpaßentwertungsstelle" 41 Wehrpässe „untauglich" gemacht und anschließend Apel zur Kenntnisnahme zugeschickt worden. Inzwischen wurden vom Kreiswehrersatzamt Arnsberg Bußgeldbescheide gegen drei der Reservisten eingeleitet. Der Wehrpaß sei *„mehrfach durchlöchert, mit Filzstift bemalt und auf einigen Seiten mit dem Stempelabdruck 'Ich verweigere hiermit jede Zusammenarbeit mit dem Militär' unbrauchbar gemacht worden"*.

Da nun die Kriegsvorbereitung erfordere, daß ausgehändigte Wehrpässe *„sorgfältig aufzubewahren, nicht mißbräuchlich zu verwenden"* sind, mußte das Kriegswehrersatzamt lt. Wehrpflichtgesetz einschreiten und eine Geldbuße von 5 bis 1000 DM verhängen. Bevor das Amt die Geldbuße festsetzen will, gab es den Betroffenen noch einmal Gelegenheit, Reue zu bekunden...

Aufgespießt

Verständnis bitte !
Große Freiheit – Kleine Opfer

Aufkleber auf der Rückseite von Bundeswehr-Fahrzeugen, mit denen um Verständnis für Behinderungen während der laufenden Herbstmanöver geworben werden soll.

Medizinischer Kongreß zur Verhinderung des Atomkrieges am 19./20. September in Hamburg

DIE ÜBERLEBENDEN WERDEN DIE TOTEN BENEIDEN

Am Samstag, den 19. September, begann im Audimax der Universität Hamburg eine ungewöhnliche Veranstaltung:

Morgens um 9.00 Uhr versammelten sich etwa 1700 Leute, darunter die überwiegende Mehrheit Ärzte, zum „Medizinischen Kongreß zur Verhinderung des Atomkrieges".

Viele von ihnen waren aus dem ganzen Bundesgebiet zusammengekommen und folgten aufmerksam einem anstrengenden Programm.

Es ging vor allem um die zu erwartenden Folgen eines Kernwaffenkrieges, um die offiziellen Vorbereitungsmaßnahmen für einen solchen Fall (die allesamt auf eine Militarisierung des Gesundheitswesens hinauslaufen und aus einem Bündel von Fortbildungsveranstaltungen, Übungen in Kriegsmedizin, Katastrophenpsychiatrie, Zivilschutz und einem geplanten „Gesetz zur Anpassung des Gesundheitswesen an besondere Anforderungen eines Verteidigungsfalls" – Gesundheitssicherstellungsgesetz – bestehen), aber auch um Möglichkeiten, als Ärzte einen Beitrag zur Verhinderung des Atomkrieges zu leisten, sowie um die Hintergründe der wachsenden Kriegsgefahr und speziell der NATO-„Nachrüstung".

Unter den Referenten waren zahlreiche bekannte Fachleute aus der BRD, der Schweiz, England, der UdSSR, Holland, Schweden und den USA. Darunter: Gert Bastian, Horst-Eberhard Richter, Frank Barnaby (vom SIPRI), Jevgenij Tschasow (der sogenannte Leibarzt Breschnews) u.v.a.

Ich will im folgenden einige wichtige Ergebnisse des Kongresses beschreiben:

Im Atomkrieg gibt es keine medizinische Versorgung mehr

Eines der wesentlichen Ergebnisse des Kongresses war die umfassende Darstellung der Folgen eines Kernwaffenkrieges.

Es wurde deutlich, daß hier eine neue Dimension der Zerstörung jenseits aller Erfahrungen und Vorstellungsmöglichkeiten der Menschen besteht. Im II. Weltkrieg wurden

seits aller Erfahrungen und Vorstellungsmöglichkeiten der Menschen besteht. Im II. Weltkrieg wurden

schätzungsweise 5 Mio Tonnen Sprengstoff verwendet. Die größten Wasserstoffbomben besitzen eine Sprengkraft von 20 Megatonnen TNT (das sind 20 Millionen Tonnen des Sprengstoffes Trinitrotoluol) – also das vierfache der im letzten Weltkrieg angewendeten Zerstörungskraft. Diese Energie würde innerhalb von Sekundenbruchteilen entfesselt. Um eine Million Tonnen herkömmlichen Sprengstoffes zu transportieren, wäre ein Zug aus 67 000 Eisenbahnwaggons nötig – der Zug würde von Hamburg bis Frankfurt reichen.

Für eine Verwüstung der Bundesrepublik würden einige wenige dieser großen Wasserstoffbomben genügen. Auf deren Einsatz braucht man aber nicht zu spekulieren. In der BRD lagern etwa 5 000 bis 7 000 „taktische" Kernwaffen im Bereich von 10 bis 200 kt (Kilotonnen TNT – das entspricht 10 000 bis 200 000 Tonnen TNT). Die Bombe von Hiroshima hatte eine Sprengkraft von 13 kt.

Zum Teil ist ihr Einsatz in Geschützmunition oder auf den „Lance"-Raketen mit Reichweiten von meist zwischen 100 km und 1000 km vorgesehen, also sozusagen für den „Hausgebrauch" in der BRD.

Sollte in einem Krieg mit dem „Gebrauch" dieser Waffen begonnen werden, so ist mit einer sehr hohen Sicherheit davon auszugehen, daß innerhalb kürzester Zeit die vorhandenen Arsenale eingesetzt werden – die BRD und angrenzende Gebiete wären systematisch vernichtet.

Bei einem Angriff mit einer 1-Megatonnen-Bombe auf eine Großstadt würden in einem Durchmesser von 10 km die Wohnhäuser von der Druckwelle zerfetzt und Stahlbetonbauten schwer beschädigt werden. Die Hitzestrahlung würde in einem Durchmesser von 22 km tiefe Brandwunden auf unbedeckter Haut (Verbrennungen 3. Grades) verursachen und gleichzeitig das gesamte Stadtgebiet in Brand setzen.

Dieses Feuer würde auch alle Schutzmaßnahmen in Bunkern unwirksam machen, da die Menschen in den Bunkern am Sauerstoffmangel und an der Kohlenmonoxyd-Vergiftung sterben würden. Außerdem würden auch unterirdische Bunker durch die Hitze auf bis zu 800° Celsius aufgeheizt und unbenutzbar.

Die prompte radioaktive Strahlung ist auf einen geringeren Bereich beschränkt: Innerhalb eines Durchmessers von etwa 3 km wäre die Strahlung sofort tödlich.

Viel weiter reicht jedoch der radioaktive Fall Out. Noch in einer Entfernung von 150 km würde soviel Strahlung abgegeben, daß jeder, der sich im Freien aufhält, sterben müßte, noch in 300 km Entfernung würde jeder 2. an der Strahlenkrankheit sterben.

In Zahlen: Es würde bei einem solchen Angriff etwa 900 000 Soforttote geben, etwa die gleiche Zahl wäre in der näheren Umgebung schwer verletzt. Je nach Anteil der Leute in Bunkern würden darüber hinaus zwischen 400 000 und 2 Millionen Menschen an der Strahlenkrankheit sterben. Viel mehr Menschen würden an der Strahlenkrankheit erkranken. Viele von ihnen würden unter den Bedingungen des Krieges aufgrund dieser Schwächung für andere Krankheiten anfälliger werden und daran sterben.

Es ist kaum möglich, sich die ganzen Wechselwirkungen dieser Situation vorzustellen. Die angegebenen Zahlen dürften die untere Grenze der Wirklichkeit darstellen. All dies würde bei *einer einzigen* Kernwaffenexplosion passieren. Es wäre unmöglich, den betroffenen Menschen Hilfe zukommen zu lassen: Schon die Zahl der Betroffenen würde alle Versorgungsmöglichkeiten sprengen. (Mal als Vergleich: Es gibt 160 000 Ärzte in der BRD, von denen viele mit diesen Folgen überhaupt nicht umgehen könnten.) Hinzu kommt noch, daß die Strahlenkrankheit nicht behandelbar ist (bzw. nur in den unteren Dosisbereichen versucht werden kann, ein Überleben wahrscheinlicher zu machen. Das erfordert eine intensive Therapie, für die in der BRD *ein halbes Dutzend Betten* in Krankenhäusern zur Verfügung stehen.

Bei maximaler Anstrengung würden vielleicht 200 bis 300 Krankenhausbetten für solche Fälle zur Verfügung stehen).

Aber auch die „einfachen Verletzten" würden nicht versorgt werden können. Die Einrichtungen im betroffenen Gebiet wären zerstört, von außen kann wegen des radioaktiven Fall Outs keine Hilfe herangebracht werden und die Verletzten könnten auch nicht in ausreichender Zahl entseucht und aus dem Gebiet herausgebracht werden. Darüber hinaus ist es unmöglich, im Nachhinein festzustellen, wieviel Strahlung jemand erhalten hat. Das zeigt sich erst nach einigen Tagen an der Schwere der Krankheitssymptome.



Das gut gefüllte Audimax am zweiten Tag des Kongresses.

Das gut gefüllte Audimax am zweiten Tag des Kongresses.



Die Referenten des 2.Tages. Von links nach rechts: Otto Schily, Westberlin; Dr.William Verheggen, Holland; Dr.Knut Sroka, Hamburg; Dr.Barbara Hövener, Westberlin; Dr.Jevgenij Tschasow, UdSSR; Dr.Hugh Middleton, England; Prof. Ulrich Albrecht, Westberlin.

Zivilschutz als Kriegsvorbereitung

Dies waren nur die mit einiger Sicherheit berechenbaren Folgen einer Kernwaffenexplosion. Es gibt zahlreiche unkalkulierbare Wirkungen bzw. Wirkungen, die zwar mit Sicherheit eintreten werden, aber deren genaue Auswirkungen überhaupt nicht abzuschätzen sind. Dazu gehört z.B., daß bei Kernwaffenexplosionen durch chemische Reaktionen in der Atmosphäre Stickoxyde entstehen, die die Ozonschicht angreifen. Welches Ausmaß diese Schädigung haben würde, hängt von der Zahl der Explosionen ab. Eine Reduzierung der Ozonschicht um etwa 30 % hätte große Auswirkungen, da die einfallende UV-Strahlung der Sonne sich erheblich verstärken würde. Menschen könnten einen Aufenthalt im Freien nur mit vollständig bedeckter Körperoberfläche überstehen – sonst würde die Haut verbrannt werden. Pflanzen und Tiere könnten sich nicht schützen und würden zugrunde gehen.

Eine andere Folge ist der elektromagnetische Impuls einer solchen Explosion, der ungeheuer energiereich ist und sämtliche elektrischen und insbesondere elektronischen Einrichtungen stören kann. Rundfunksender, Kommunikationseinrichtungen und elektrische Versorgung würden auch in nicht direkt betroffenen Gebieten ausfallen. Die militärische Kommandostruktur würde außer Betrieb gesetzt (mit sicherlich unerfreulichen Folgen, was z.B. die Kontrolle weiterer Kernwaffeneinsätze betrifft).

Die Regeleinrichtungen von AKWs könnten beschädigt werden usw.

Insbesondere das Kapitel AKWs (und Wiederaufbereitungsanlagen bzw. Atommüll-„End"lager) zeigte die zusätzlichen Gefahren aus diesen Einrichtungen: In diesen Anlagen ist viel mehr Radioaktivität enthalten als durch eine Kernwaffe erzeugt werden kann. Insbesondere sind die dort vorhandenen radioaktiven Substanzen viel langlebiger. Würde bei einem Atomkrieg eine solche Anlage getroffen, so wäre ein großes Gebiet der BRD unbewohnbar. Die Bunkerinsassen müßten mehrere Monate in den Bunkern ausharren, bevor sie diese so lange verlassen könnten, wie für eine Evakuierung des Gebietes nötig wäre.

Aber auch unter „normalen" Atomkriegsbedingungen hat der Bunkeraufenthalt so seine Tücken. Sinnvoll (und „lebens"rettend) ist er nur bei einer Reihe optimistischer Annahmen: Man muß sich relativ weit außerhalb des eigentlichen Katastrophengebietes befinden, es dürfen nicht zuviele Atombomben explodieren und diese wenigen müssen vor allem innerhalb eines recht kurzen Zeitraums explodieren (weil sich die Zeit bis zum Abklingen der Strahlung aus dem Fall Out auf „erträgliche" Werte jedesmal um 14 Tage verlängert) – und es darf vor allem kein AKW getroffen werden. Auf jeden Fall würde die Strom- und Wasserversorgung ausfallen. Ob die Menschen diesen Aufenthalt überstehen könnten, ohne verrückt zu werden, ist mehr als fraglich. Ob sie nach dem Überleben der ersten 14 Tage eine überlebensfähige Umgebung finden würden, ist noch fraglicher.

In den Augen der Militärs haben Bunker und Zivilschutz denn auch andere als humanitäre Funktionen: Sie sollen zum einen die Bevölkerung beruhigen und die Kriegsangst dämpfen. Auch für die Kampfmoral der Truppe ist es von Bedeutung, daß die Schutzlosigkeit der Bevölkerung und des Landes nicht allzu offen zutage tritt. Zum anderen spielen Bunker ganz eindeutig eine Rolle in den vielfältigen Bemühungen, Atomwaffen tatsächlich einsatzfähig zu machen. Dazu gehören z.B. die zielgenauen neuen Atomwaffen, die selektiv gegen militärische Ziele eingesetzt werden können und die Neutronenbombe, von der man hofft, daß sie die unerwünschten Nebenwirkungen gering hält. Gerade in der Diskussion um die Neutronenbombe ist mehrmals betont worden, daß bei dieser Waffe der Schutz der Zivilbevölkerung recht einfach sei, so daß relativ leicht die „Voraussetzungen" für einen Einsatz der Neutronenbombe ohne allzuviele Ziviltote zu schaffen sind.

Es wurde auf dem Kongreß klar gesagt, daß der Zivilschutz eine Begleitmaßnahme für die Aufrüstung ist, Illusionen schafft, die der ideologischen Aufrüstung dienen und gleichzeitig im militärischen Kalkül den Atomkrieg eher ermöglicht. Aus diesem Grunde ist z.B. einer der Referenten, W. Linden (Arzt und Professor für Biophysik) im Frühjahr dieses Jahres aus der Zivilschutzkommission des Bundesinnenministeriums ausgeschieden, der er 10 Jahre lang angehört hat.

Linden sagte z.B.: *„Wir als Ärzte müssen in dieser Situation unseren Mitbürgern sagen: ‚Wir werden Euch nicht helfen können'. Ein Ausbau der Katastrophenmedizin zur Kriegsmedizin, Katastrophenschutzübungen und das geplante Gesundheitssicher-*

Katastrophenmedizin zur Kriegsmedizin, Katastrophenschutzübungen und das geplante Gesundheitssicher-

stellungsgesetz bieten keinerlei Schutz der Zivilbevölkerung gegen die atomare Bedrohung. Derartige Maßnahmen erwecken in der Bevölkerung nur die durch nichts gerechtfertigte Illusion, daß für ihren Schutz etwas getan würde oder getan werden könnte. ... Da ist es Aufgabe der Fachleute, der Öffentlichkeit die Fakten vor Augen zu führen, damit eine informierte Öffentlichkeit ihre eigenen Interessen wahrnehmen kann und die Politiker zum Frieden zwingt."

Die Militarisierung des Gesundheitswesens

Fast gleichzeitig mit dem NATO-„Nachrüstungs"-Beschluß haben die Vorbereitungen im Gesundheitswesen auf einen Atomkrieg ungeahnten Auftrieb erhalten. Überall in der Medizin ist die „Katastrophenmedizin" in. Welche Katastrophe wohl gemeint ist? Unverhohlen wird der Atomkrieg genannt. Was wird in den zahlreichen Fortbildungsveranstaltungen der Ärztekammern angeboten? Wenig Informationen über das tatsächliche Ausmaß eines Kernwaffenkrieges – dafür aber „gute Ratschläge". Der Ansturm der Verletzten wird dadurch gebändigt, daß man die Zahl der zu Behandelnden auf die verbliebenen Behandlungsmöglichkeiten herunterselektiert. Dieses Verfahren ist in der Kriegsmedizin erprobt und heißt „Triage" (Dreiteilung).

Die Menschen werden in verschiedene Klassen eingeteilt:

- Leute, die nicht schwer genug verletzt sind, um Anspruch auf medizinische Hilfe zu haben;
- Leute, die zu schwer verletzt sind und zuviel Zeit und Aufwand erfordern würden;
- schließlich Leute, bei denen unter den angegebenen Umständen medizinische Hilfe am ehesten zur Wiederherstellung der Front- und Arbeitsfähigkeit zu führen verspricht.

Nur die letzte Kategorie wird behandelt – die anderen werden weggeschickt oder zum Sterben abgelegt.

Diese Selektion ist der große Knüller der Katastrophenmedizin – das Selektieren scheint noch zahlreichen deutschen Ärzten im Blut zu liegen. Diese Selektion wird unter militärischem Befehl stattfinden. In der Bundeswehr gibt es für die „Dringliche

Fortsetzung nächste Seite

Antimilitarismus

Fortsetzung von vorh. S.

Kriegschirurgie" eine Dienstvorschrift (ZDV 49/50), in der säuberlich alle Möglichkeiten berücksichtigt sind.

So sollen Rückenmarksverletzte in die Kategorie der nicht mehr zu Versorgenden eingestuft werden, obwohl ihre medizinische Versorgung nicht allzu schwierig und recht erfolgsträchtig wäre; sie haben aber den entscheidenden Nachteil, daß sie nach erfolgreicher Behandlung querschnittsgelähmt wären und eben nicht front- oder arbeitsfähig – also wird keine Mühe daran verschwendet.

Was wird wohl mit geistig Behinderten, alten Menschen, gar Ausländern in einem solchen Fall? Sollen an sie wertvolle Medikamente verschwendet werden? Aber nein!

Entsprechend ist im Entwurf für ein Gesundheitssicherstellungsgesetz auch vorgesehen, daß Alten- und Behindertenheime im Kriegsfalle geräumt werden, um als Lazarette genutzt werden zu können.

Was passiert mit den geräumten Insassen? Auch dafür gibt es in der deutschen Geschichte erprobte Lösungsmöglichkeiten.

Diese Art der Medizin steht zweifelsohne im Widerspruch zu den Vorschriften, die jeder Arzt beachten muß: *„Er* (der Arzt) *darf keine Grundsätze anerkennen und keine Vorschriften und Anweisungen beachten, die mit seiner Aufgabe nicht vereinbar sind oder deren Befolgung er nicht verantworten kann"* (aus der Berufsordnung).

Sollte dieses Gesundheitssicherstellungsgesetz in Kraft treten (bislang ist vorgesehen, daß es in der ersten Hälfte 1982 im Bundeskabinett behandelt wird), so wären die Notstandsgesetze in einem wichtigen gesellschaftlichen Bereich erheblich ausgeweitet worden.

Das GSSG gälte nämlich anders als die bisherigen Notstandsgesetze bereits in wesentlichen Teilen schon v o r dem Notstand. Es enthält eine totale Datenerfassung für alle Einrichtungen, Hilfseinrichtungen, Beschäftigte und ehemalige Beschäftigte im Gesundheitswesen. Darüber hinaus enthält es eine Fortbildungsverpflichtung in Katastrophen-(also Kriegs-)Medizin für alle Ärzte, Tierärzte, Zahnärzte und Apotheker. Das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung wird außer Kraft gesetzt, Beauftragten der Behörden ist es gestattet, die Einrichtungen der genannten Berufe zu besichtigen, um ihre Vorbereitung auf den „Verteidigungsfall" zu überprüfen.

All diese Regelungen sind nach den jetzigen Notstandsgesetzen in Zeiten, in denen der Notstand nicht erklärt ist, nicht möglich. Ein Modellcharakter für andere gesellschaftliche Bereiche ist recht wahrscheinlich.

Katastrophenpsychiatrie

Katastrophenpsychiatrie oder der psychiatrische Polizeistaat

Im I. und im II. Weltkrieg hatten die Wehrpsychiater die Aufgabe, die Soldaten so zu bearbeiten, daß ihr seelischer Zustand wehrfähig blieb. Sogenannte Kriegsneurosen wurden mit barbarischen Mitteln (u.a. Elektroschocks) kuriert.

Auch für den nächsten Weltkrieg machen sich die deutschen Wehrpsychiater Gedanken darüber, wie der Wehrwille erhalten werden kann. Einer der prominentesten unter ihnen ist der Wehrpsychiater Dr. Rudolph Brickenstein, ehemaliger Oberstarzt der Bundeswehr und in letzter Zeit häufiger Gast bei den Fortbildungsveranstaltungen der Ärztekammern zum Thema Katastrophenmedizin und wichtiger Berater des Verteidigungsministeriums.

Sein zentrales Problem ist, wie nach einem Atomwaffenangriff eine Panik vermieden werden kann. Seiner Ansicht nach ist an der Panik nicht die Atombombenexplosion schuld, sondern die Menschen. Insbesondere die „Panikpersonen" unter ihnen, die die anderen anstecken würden.

Wie erkennt man diese Panikpersonen? *„Äußerliche Merkmale einer solchen Panikbereitschaft sind u.a. häufige wilde Streiks, gemeinsame Unregelmäßigkeiten, Widersetzlichkeiten, Sachbeschädigung, rücksichtslose Verfolgung von Minderheiten und grober Vandalismus."* (Brickenstein, „Individualreaktionen, Summationsphänomene und Kollektivreaktionen".)

– In dieser Begriffswelt wären dann wohl linke Organisationen oder Gruppen wie die AL Westberlin sozusagen „Panikparteien".

Was macht man mit solchen Leuten? Brickenstein: „Außerdem sollte bei Vorhandensein der Mittel eine chemische Ruhigstellung erfolgen" (welche Mittel sollen wohl angewandt werden, wenn für eine chemische Ruhigstellung nicht genügend Drogen zur Verfügung stehen?).

Was soll weiter passieren?

Alle Referenten und Teilnehmer waren sich auf dem Kongreß einig, daß es aus diesen zusammengetragenen Tatsachen nur eine Konsequenz geben kann: Daß sich die Ärzte zusammenschließen und eine politische Tätigkeit entfalten.

Daß es notwendig ist, die Öffentlichkeit aufzuklären über die Folgen von Kernwaffen und über die Militarisierungsbestrebungen im Gesundheitswesen. Daß in der Entfaltung eines massiven politischen Druckes die einzige Chance liegt, einen Kernwaffenkrieg zu verhindern und daß die Aufgabe der Ärzte darin liegt, in einer solchen Bewegung mitzuarbeiten – und nicht darin, sich zum Handlanger der Herrschenden zu machen und sich zu überlegen, was n a c h einem Atomkrieg noch zu retten ist.

Gleichzeitig war die Bereitschaft deutlich, sich den Militarisierungsbestrebungen im Gesundheitswesen zu widersetzen, den Verpflichtungen aus dem GSSG nicht Folge zu leisten und die Auseinandersetzung mit den Befürwortern dieser Militarisierung aufzunehmen.

Einige wichtige Vorschläge für weitere Aktivitäten machte Otto Schily: Einmal stellte er dar, daß zur Minderung der Kriegsgefahr ein Austritt aus der NATO und die Schaffung einer Atomwaffenfreien Zone in Europa notwendig wäre – diese Vorstellungen stießen auf große Zustimmung. Zum anderen betonte er, daß es sich als notwendig erweisen würde, etwa durch Aktionen wie Steuerboykotte, Gegenaktionen bei Militärmannövern u.a. politischen Druck auszuüben, der auch durchaus einen engen legalen Rahmen sprengen würde.

In der ganzen Vorbereitungsphase des Kongresses war das Echo sehr ermutigend. Initiiert wurde er praktisch von der „Hamburger Ärzteinitiative gegen Atomenergie", an der Vorbereitung beteiligten sich Ärzteinitiativen aus Westberlin und München, Ärzte aus einigen anderen Städten – im Grunde wurde alles mit nur wenigen Leuten begonnen.

Parallel mit den Kongreßvorbereitungen wurde eine Unterschriftensammlung gestartet, „Ärzte warnen vor dem Atomkrieg". Dieser Aufruf wurde von mittlerweile über 1500 Ärzten unterschrieben.

Am 1.9.81 wurde der Aufruf zusammen mit einem Großteil der Unterzeichner in folgenden Zeitungen veröffentlicht: In der „Süddeutschen Zeitung", der Hamburger „Morgenpost", dem Berliner „Tagesspiegel" und in der „taz".

Außerdem wurde der Aufruf im „Deutschen Ärzteblatt" als Anzeige veröffentlicht.

Die Zahl der Unterzeichner und der Teilnehmer auf dem Kongreß.

Die Zahl der Unterzeichner und der Teilnehmer auf dem Kongreß, ihre politische und soziale Zusammensetzung zeigen, daß hier eine breite Bewegung entstanden ist, die gute Möglichkeiten hat, die Friedensbewegung zu unterstützen. Das Presseecho war recht erfreulich. Die Massivität, mit der diese Bewegung jetzt ans Tageslicht getreten ist, macht auch offensichtlich den offiziellen Standesorganisationen zu schaffen.

Diese Standesorganisationen haben sich bisher bedingungslos hinter die Militarisierung der Medizin gestellt. Es ist zu hoffen, daß ihnen hier bald ein breiter Widerstand entgegengesetzt wird, das Potential dafür ist auf jeden Fall vorhanden. Die Stärke dieser Bewegung hat die meisten überrascht, die Organisatoren ebenso wie die gut- oder auch böswilligen Beobachter.

Hier noch einige Literatur-Empfehlungen:

„Die Überlebenden werden die Toten beneiden" – Ärzte warnen vor dem Atomkrieg. Diese Broschüre ist von der Hamburger Ärzteinitiative herausgegeben und enthält zahlreiche Dokumente über Kernwaffen-Wirkungen, den Text des geplanten Gesundheitssicherstellungsgesetzes, Artikel von offiziellen Katastrophenmedizinern (Brickenstein u.a.) u.v.m. (68 Seiten).

Bestellungen an Dr. Ingeborg Peters-Parow, Arnimstraße 9, 2 Hamburg 52. Bei Bestellung bitte den Betrag (6,- DM + 1,50 Porto) auf folgendes Konto überweisen: S Postscheckkonto Hamburg Kto-Nr. 26 240 - 202.

Vom Kongreß am 19./20. September wird etwa Mitte Dezember eine Dokumentation der Referate bei Pahl-Rugenstein erscheinen.

Zum Thema Militär-Medizin:

„Maschinengewehre hinter der Front" (4,– DM) zu bestellen bei Ralph Müller, Hasseer Straße 108, 23 Kiel.

„Atomkriegsfolgen" (Heft 16 der Reihe Militärpolitik Dokumentation), erschienen bei Haag + Herchen, Fichardstraße 30, 6 Frankfurt 1.



Eine Mutter un ihre Tochter, die den Bombenabwurf in Hiroshima überlebten, bei ihrer ersten Mahlzeit. (Soldaten hatten Reisbällchen verteilt).

Hiroshima nach dem 6. August 1945: Die erste Atombombe verwandelt die Stadt in eine Kraterlandschaft.





Jahre später malten Überlebende Augenzeugen ihre Eindrücke auf: Dieses Bild zeigt Frauen mit ihren Kindern, die vor den Flammen flüchten und in der Not in einen Fluß springen. Unzählige sind dabei ertrunken.

ertrunken.





Die Opfer des Atombombenabwurfs mit den typischen Folgen: stark verbrannte Körperteile (besonders die unbekleideten Teile), büschelweise Haarausfall bis zur völligen Kahlheit, die sog. Todesflecken, die mit Haarausfall, Fieber und Mundentzündung einhergingen – alles Zeichen starker radioaktiver Verseuchung.



Das ‚Langzeitprogramm' der Nato

Konventioneller Bestandteil der Aufrüstung in Westeuropa

Im Mai 1978 beschlossen die sogenannte „Eurogruppe" und der Verteidigungsplanungsausschuß der NATO das „Langzeitprogramm" („Long Term Defense Programm", LTDP). Es handelte sich, auf Initiative der USA, um ein gemeinsam koordiniertes und abgestimmtes Aufrüstungsprogramm, das bis 1993 den Rahmen der militärischen Rüstungen innerhalb der NATO festlegt.

Es geht dabei konkret vorrangig um die Aufrüstung und Erhöhung der militärischen Einsatzbereitschaft der NATO-Streitkräfte im k o n v e n t i o n e l l e n Bereich. Der damalige US-Kriegsminister Brown charakterisierte die Notwendigkeit des LTDP u.a. damit, daß *„nicht viel Zeit zur Vorbereitung"* eines Krieges bleibt. Neben der Fähigkeit zur Führung von Kernwaffenschlägen müßte besonders die Befähigung der NATO-Streitkräfte zu *„kurzen, intensiven, nichtnuklearen Handlungen"* verbessert werden (1). Das LTDP besteht aus 10 Komponenten:

1. *„Die Verbesserung des Bereitschaftsstandes der Streitkräfte, besonders in bezug auf Verfügbarkeit"* (2). Die Bundeswehr hat diesen Punkt bereits 1978 erfüllt, als eine 12-monatige ‚Verfügungsbereitschaft' der Reservisten angeordnet wurde. Dies bedeutet, daß die Stärke der Bundeswehr von rund 495.000 Soldaten in Friedenszeiten innerhalb von 24 Stunden auf 690.000 Soldaten erhöht werden kann.

2. *„Verbesserte Heranführung von Verstärkungen in Krisen- und Spannungszeiten"* (2).

Dies ist einer der K e r n punkte des Langzeitprogramms, denn es geht um die Erhöhung der militärischen Präsenz von US-Streitkräften in der BRD. Nachdem die USA zwischen 1976 und 1978 ihre Streitkräfte in der BRD um eine Brigade, zwei Artilleriebataillone mit Mehrzweckwaffen — sprich: einschließlich taktisch-nuklearer Waffen — und drei Pionierbataillone verstärkten, werden in der BRD bis 1983 schweres militärisches Gerät und die Ausrüstung für drei zusätzliche US-Divisionen eingelagert (zum Vergleich: die Bundeswehr besteht aus 12 Divisionen = ca. 320.000 Soldaten). Die Pläne des Pentagon sehen vor, die Streitkräfte der USA in der BRD im Krisenfall von 300.000 auf rund 600.000 Soldaten zu v e r d o p p e l n.

Außerdem beabsichtigen die USA, die Anzahl ihrer Kampfflugzeuge in Westeuropa im Krisenfall zu v e r d r e i f a c h e n.

Der damalige stellvertretende US-Kriegsminister Komer erklärte dazu auf einer Wehrkunde-Tagung: *„Dieses würde ... eine größere US-Boden/Luft-Feuerkraft in Europa produzieren als die der gesamten Bundeswehr"* (3). In diesem Zusammenhang sollen die Munitionsdepots und Materiallager der NATO für die amerikanischen überseeischen „Reserven" aufgefüllt werden. Kosten: rund 500 Millionen DM. (In diesem Zusammenhang wird erwogen, die Kommandozentrale der „Schnellen Eingreiftruppe" der USA nach Europa zu verlegen („FAZ", 1.4.81). Hier wird schon deutlich, wie sehr Zahlenvergleiche über das konventionelle Kräfteverhältnis in Europa hinken, wenn die im Krisenfall per Luftbrücke eingeflogenen zusätzlichen amerikanischen Streitkräfte außer Acht gelassen werden und es wird auch klar, daß das angebliche militärische „Ungleichgewicht" im konventionellen Bereich keineswegs in dem Maße besteht, wie das die herrschende Propaganda immer wieder beteuert.

3. Für die Infrastruktur der NATO sollen bis 1982 insgesamt 15 Milliarden DM aufgewendet werden; die BRD beteiligt sich daran mit vier Milliarden DM. Zu diesen Infrastrukturmaßnahmen zählen u.a. neue Unterbringungsräume für Kernwaffen und deren größere Streuung sowie das Anlegen von Flugplätzen bzw. Behelfsflugplätzen. Allein in der BRD, den Niederlanden und Belgien befinden sich rund 200 Basen (4).



Michael Ffolkes

4. Ein weiterer wichtiger Bereich ist der Ausbau des NATO-Luftverteidigungssystems. Hierzu gehören die Beschaffung von zusätzlichen Abfangjägern und Flugabwehrraketen, der Ausbau der Hauptfunkmeßstationen und natürlich auch die Stationierung des „AWACS"-Frühwarnsystems. Bis 1985 sollen in Geilenkirchen bei Aachen insgesamt 18 umgerüstete Boeing-Systeme disloziert werden. Die Kosten belaufen sich auf knapp vier Milliarden DM, die BRD beteiligt sich zu 29% daran (5).

5. Die *„Fähigkeit zur Seekriegsführung"* (2) solle gesteigert werden. Hierzu beschloß der Bundestag einstimmig den Bau von 12 sogenannten Mehrzweckfregatten vom Typ 122 im Werte von 3.8 Milliarden DM. Die „Süddeutsche Zeitung" vermerkte in diesem Zusammenhang, daß damit *„die Sicherung der Ölrouten durch ein gemischtes NATO-Geschwader denkbar"* sei (6).

Weitere Punkte des LTDP betreffen die *„Rationalisierung und Standardisierung"* der Waffensysteme, die *„Verbesserung der Führungsfähigkeit"* sowie die *„elektronische Kampfführung"* (7).

Punkt 10 des NATO-Langzeitprogramms beinhaltet die „Modernisierung der nuklearen Kräfte in und für Europa", also die Einführung der ‚eurostrategischen' Waffensysteme „Pershing II" und den Marschflugkörpern „Cruise Missiles" sowie die Neutronenbomben (7).

Die Gesamtkosten des NATO-Langzeitprogramms belaufen sich insgesamt auf runde 100 Milliarden Dollar (8).

Zusatzrüstungsprogramme der in der „Eurogroup" zusammengeschlossenen NATO-Staaten (Auswahl)

Waffen/Ausrüstung	bis 1972	1973-1976	bis 1978	insgesamt
Kampfpanzer	1100	600	265	1965
Schwere Artillerie	300	-	-	300
Panzerabwehrwaffen	700	8500	814	10014
Kampfflugzeuge	400	500	112	1012
Flugabwehrgeschütze	400	3000	260	3660
Zerstörer/Geleitschiffe	7	28	10	45
U-Boote	13	25	2	40
Raketenschnellboote	4	45	5	54

(Aus: „NATO-Strategie und Streitkräfte" (DDR), Seite 433)

Die westeuropäische Komponente

Das NATO-Langzeitprogramm hat zudem den erwünschten Effekt der „Standardisierung" der Waffensysteme und einer noch effektiveren westeuropäischen Zusammenarbeit innerhalb der NATO. Daß sich dabei die Rüstungskonzerne der BRD ihren führenden Platz sichern, liegt auf der Hand, denn Waffen wie das Kampfflugzeug „Alpha Jet", der „Leopard 2"-Panzer, der Flugabwehrpanzer „Roland" oder der Mehrzweckflieger „Tornado" kommen aus der westdeutschen Rüstungsküche bzw. sind Produkte der Zusammenarbeit westeuropäischer Rüstungskonzerne.

Seit 1976 ist auch Frankreich an der speziell westeuropäischen Zusammenarbeit im Rüstungsbereich beteiligt. Eine eigens ins Leben gerufene „Europäische Programmgruppe" stellt das Koordinierungsgremium dar. Die sogenannten „europäischen Verstärkungsprogramme", die es schon seit Anfang der siebziger Jahre gibt, nehmen einen immer bedeutenderen Platz innerhalb der NATO ein. Von 1972 — 1977 wurden insgesamt 23 Milliarden Dollar in westeuropäische Rüstungsprogramme investiert, 1978 waren es allein schon 9 Milliarden Dollar und gegenwärtig belaufen sich die Ausgaben nur in diesem Bereich auf über 11 Milliarden Dollar jährlich (9).

Das Ausmaß der im Rahmen des NATO-Langzeitprogramms anvisierten Maßnahmen wird deutlich, wenn man sich die betriebene Aufrüstung im Jahr 1980 näher ansieht. Im vorigen Jahr stellte die NATO — überwiegend im Rahmen der „Eurogruppe", in der die westeuropäischen NATO-Staaten zusammenarbeiten — u.a.

+ 710 neue Kampfpanzer
+ 5245 Raketen für Panzer- und Luftabwehr .
+ 150 Artilleriegeschütze
+ 225 neue Kampfflugzeuge
+ 146 Kampfhubschrauber und
+ 13 neue Kriegsschiffe in Dienst (10).

Der BRD-Imperialismus trägt — nach den USA — den Löwenanteil der Aufrüstung. Allein bis zum Anfang der achtziger Jahre belaufen sich die Kosten für die verschiedenen Modernisierungsprogramme auf 46 Milliarden DM (11). Darunter fallen u.a.:

+ 322 Kampfflugzeuge „Torando" (mindestens 15 Milliarden DM);
+ 1800 Kampfpanzer „Leopard 2" (6,5 Milliarden DM);
+ 432 Flugabwehrkanonenpanzer „Gepard" (2.86 Milliarden DM);
+ 140 Flugabwehrsysteme „Roland" (2,3 Milliarden DM);
+ 175 Kampfflugzeuge „Alpha Jet" (3,8 Milliarden DM);
+ 115.000 neue KFZ vom Jeep bis zum Schwerlasttransporter (über 7 Milliarden DM);
+ 12 Mehrzweckfregatten der Klasse 122 (3,8 Milliarden DM); Einführung bis 1990 (12).

Insgesamt ist die BRD an 186 der 300 verschiedenen Einzelmaßnahmen bei der konventionellen Aufrüstung beteiligt! (13) Kein Wunder, daß der Heeresinspekteur der Bundeswehr, Brandt, das LTDP als *„die wichtigste Grundlage gemeinsamer Verteidigungsanstrengungen im Bündnis"* ansieht (14).

Die neue „Heeresstruktur 4" der Bundeswehr

Die oben gezeigte enorme Aufrüstung im konventionellen Bereich der NATO bedeutet, daß der Imperialismus die militärische Überlegenheit in allen Bereichen ausbaut, um im Rahmen der Strategie der „flexiblen "Antwort" schon in der untersten, nicht-atomaren Skala der Abschreckung politisch-militärisch „glaubwürdig" zu sein. *„Durch die Beweglichkeit und die kompaktere Zusammenfassung der schweren Waffen sind wir in der Lage, an entscheidenden Plätzen stärker zu sein... In Zukunft wird für uns nicht mehr die Verteidigung aus Stellungen heraus im Mittelpunkt stehen, sondern die Verteidigung durch A n g r i f f"* — kommentierten die „Kieler Nachrichten" das eigentliche Ziel des NATO-Langzeitprogramms (15).

Diesem Ziel dient auch die derzeit in der Bundeswehr durchgeführte „Strukturreform", bekannt unter dem Kürzel „Heeresstruktur 4". Bei dieser Maßnahme geht es um eine grundlegende Strukturveränderung der in Friedenszeiten 335.200 Soldaten starken Landstreitkräfte der Bundeswehr. Seit November 1978 erprobt, wird diese „Reform" schrittweise bis 1984 abgeschlossen sein.

Es geht dabei nicht nur um die Zuführung neuer, moderner Waffensysteme für die Landstreitkräfte wie der „Leopard 2"-Panzer (bis 1986), der „Feldhaubitze 70", dem Schützenpanzer „Marder", dem Panzerabwehrlenkwaffensystem „Milan" (bis 1982), modernisierter Raketenjagdpanzer mit den weitreichenden Panzerabwehrraketen „Hot" und „Tow", den neuen Flugabwehrpanzern „Gepard" und „Roland" — um nur die wichtigsten Waffensysteme zu nennen.

Rüstungsvorhaben der Bundeswehr 1979 - 1983 — eine Auswahl

Landstreitkräfte:
- 26 Raketensysteme „Lance"
- 216 Feldhaubitzen 155-1
- 1800 Kampfpanzer „Leopard 2"
- 212 Panzerabwehrhubschrauber
- 478 Jagdpanzer „Jaguar"
- 350 Panzerabwehrraketen „Tow"
- 530 Panzerabwehrraketen „Hot"
- 2500 Panzerabwehrraketen „Milan"
- 432 „Gepard"-Panzer
- 143 „Roland"-Panzer
- 996 Transportpanzer 1
- 300 Minenverlegefahrzeuge

Luftstreitkräfte:
- 72 Raketensysteme „Pershing 2"
- 210 Jagdbomber „Tornado" (MRCA)
- 175 Jagdbomber „Alpha Jet"
- 175 Fla-Raketensysteme „Roland II"

Seestreitkräfte:
- 8 Raketenfregatten Typ 122
- 10 Raketenschnellboote Typ 143
- 6 Minenräumsysteme „Troika" mit sechs Lenkbooten und 18 Minenfernlenkräumbooten
- 112 Jagdbomber „Tornado"
- 16 Hubschrauber „Lynx"

(Angaben nach „Weißbuch" 1979)

Vielmehr ist beabsichtigt, die Fähigkeit der Landstreitkräfte der Bundeswehr, aus dem Stand heraus und nach enorm kurzer Vorbereitungszeit zu Kampfhandlungen überzugehen, zu erhöhen. Dies soll zum einen dadurch erreicht werden, daß die verschiedenen Divisionstypen vereinheitlicht und ihr Bestand von 8 auf 11 Verbände vergrößert werden. Die Divisionen verkleinern sich, sind beweglicher und damit flexibler und schwerer verwundbar als größere, unbewegliche Einheiten. Dies entspricht dem Bedarf, das Heer auf atomkriegsmäßige Kriegsführung vorzubereiten. Das hat die Auswirkung, daß sich die Anzahl der Panzerbataillone mehr als verdoppelt: von 103 auf genau 253 (16).

Neben der genannten Umgliederung der Panzer- und Panzergrenadierdivisionen sollen auch die übrigen 12 Divisionen des Feldheeres bis zum Ende dieses Jahres neu strukturiert werden. Hauptgesichtspunkte dabei sind eine bessere Kaderung und Zuführung von Reservisten im „Krisenfall" und gleichfalls eine gewisse Dezentralisierung.

Die sogenannte „Territorialverteidigung" befindet sich gleichfalls im Umbruch; die in Friedenszeiten 70.000 Soldaten umfassenden Kräfte des Territorialheeres, die vorrangig als logistische Komponente im Innern der BRD zur Verfügung stehen sollen durch zusätzliche Kampf und Sicherungsverbände, durch eine brigadeähnliche Gliederung und höhere Präsenz und vor allem durch starke operative Reserven („Verfügungstruppen") den neuen Erfordernissen der Kriegsführung angepaßt werden (16).

Nach Angaben des Heeresinspekteurs, General Pöppel, sind die Territorialstreitkräfte der Bundeswehr verantwortlich für die logistische Unterstützung der amerikanischen Verstärkungsverbände, die im Krisenfall zusätzlich eingeflogen werden. Das Territorialheer ist dem Umfang der Aufgaben im Krisenfall jedoch nicht gewachsen, wenn man bedenkt, daß im Rahmen des NATO-LTDP die amerikanische Präsenz wesentlich ansteigt (s.o.). Darum wird ein Modell geprüft, *„wonach im Frieden Kader bereitgestellt werden sollen, die durch das Reservistenaufkommen im Ernstfall ... so angereichert werden, daß sich daraus zum Beispiel Transport-, Instandsetzungs- oder Pioniereinheiten bilden lassen"* (17).

Im Detail sehen die Strukturveränderungen im Territorialheer wie folgt aus:

+ Die 6 bisherigen Heimatschutzkommandos, die zu den eigentlichen Kampfverbänden des Territorialheers gehören, werden zu Heimatschutzbrigaden — ähnlich den Panzergrenadierbrigaden der Bundeswehr — umgegliedert und mit schwerer Bewaffnung ausgestattet. Bisher insgesamt aus 24 Jägerbataillonen bestehend, verfügen sie künftig über 10 Panzer-, 14 Jäger- und 6 Feldartilleriebataillone. Eine Heimatschutzbrigade soll über 2 Panzerbataillone mit 82 Kampfpanzern, 2 Jägerbataillone und einem Feldartilleriebataillon mit 18 Feldhaubitzen verfügen.
+ Der Präsenzgrad wird erhöht. Eine Heimatschutzbrigade soll bereits im Frieden über 85% ihrer Personalstärke verfügen, drei weitere über 65% und zwei über 52%. Dadurch verspricht man sich, daß die Kader dieser Einheiten ständig in Übung sind und im Krisenfall bei der Einbeziehung der Reservisten keine Probleme entstehen.
+ 6 weitere Heimatschutzbrigaden sind vorerst Geräteeinheiten und werden im Kriegsfall ähnlich strukturiert und ausgerüstet mit 6 Panzerbataillonen, 12 Jäger- und 6 Feldartilleriebataillonen. Damit hätte die Bundeswehr insgesamt weitere 12 Brigaden zur Verfügung.
+ Zu den Sicherungskräften des Territorialheeres gehören in Zukunft weiter 15 Heimatschutzregimenter mit 45 Jägerbataillonen, 150 vollmotorisierten Heimatschutzkompanien und rund 300 Sicherungszügen (18).

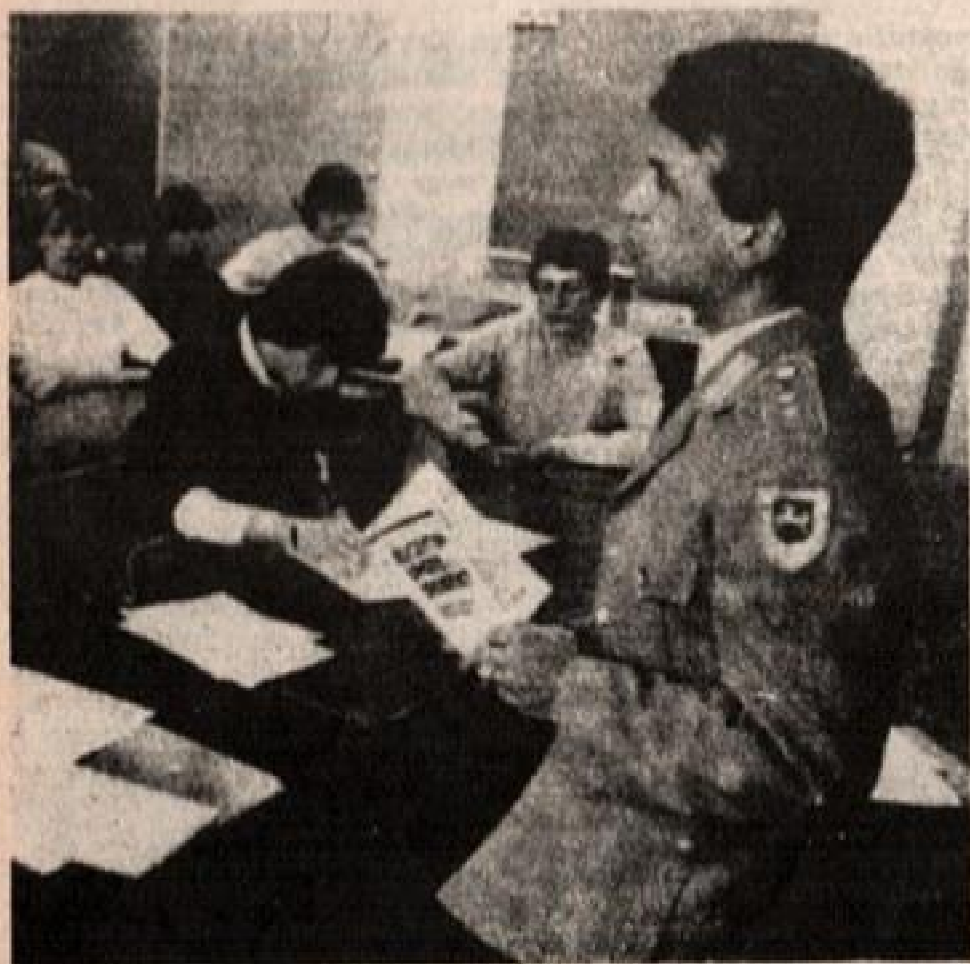
Damit ist das Territorialheer so gegliedert, ausgerüstet und mit Personal versehen, daß sie zur Verstärkung des der NATO unterstellten Feldheeres eingesetzt werden können.

Die neue Heeresstruktur 4 ist in engem Zusammenhang mit dem NATO-Langzeitprogramm zu sehen. Die Einführung neuer Waffensysteme, die Verkleinerung der Kampfbrigaden und die erhebliche Verstärkung der amerikanischen Streitkräfte im ‚Spannungsfall' zeigen, daß der Imperialismus gemäß der Strategie der „flexiblen Reaktion" auf a l l e n Gebieten der Kriegsführung seine Überlegenheit ausbaut.

Antimilitarismus-Kommission

Anmerkungen:

(1) „Wireless Bulletin", Washington, 22.9.78
(2) „Europäische Wehrkunde", 7/78, S. 330
(3) „Europäische Wehrkunde", 3/80, Seite 117
(4) „Europäische Wehrkunde", 7/78, Seite 330 ff.
(5) „Berliner Morgenpost", 2.12.80
(6) „Süddeutsche Zeitung", 9.2.79
(7) „Europäische Wehrkunde", 12/79, Seite 603
(8) „Imperialistische Militärblockpolitik" (DDR), Seite 47
(9) „Weißbuch" der Bundesregierung 1979
(10) Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 132 v. 16.12.80, Seite 1125
(11) siehe Anm. 8
(12) siehe Anm. 8
(13) siehe Anm. 2
(14) siehe Anm. 7
(15) „Kieler Nachrichten", 20.6.80
(16) „Europäische Wehrkunde", 6/80, S. 276 ff.
(17) „Tagesspiegel", 23.6.80
(18) siehe Anm. 16



Wehrkunde in der BRD: weiterer Ausbau geplant!

„Eine Militarisierung der Schulen lehnte [auch] der CDU-Sicherheitspolitiker Manfred Wörner scharf ab", so konnte der interessierte Leser Anfang '79 der Frankfurter Rundschau (FR) entnehmen. Spätestens im Dezember 1980 jedoch mußte man sich durch dessen Parteigängerin und damalige Kultusministerin von Rheinland-Pfalz, Hanna-Renate Laurien, eines besseren (?) belehren lassen: *„Die Ministerin wies im Bonner CDU-Pressedienst darauf hin, daß in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, dem Saarland, Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz schon seit Jahren über Sicherheitspolitik, Bundeswehr und Friedensdienst unterrichtet werde"* (Göttinger Tageblatt, 2.12.80). Daß es dabei nicht bleiben sollte, wurde am 5.12.80 in einer Aussprache zwischen Kriegsminister Apel und der Kultusministerkonferenz (KMK) beschlossen. Eine damals angekündigte Empfehlung für die Behandlung des Themas „Bundeswehr und Friedenssicherung" im Unterricht konnte die FR am 10.9. dieses Jahres vorstellen. In einer Vorlage für die KMK schlagen die Kultusminister von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, Mayer-Vorfelder und Gölter (beide CDU) vor, das Thema fest im Unterricht einzubauen, Truppenbesuche und regelmäßige Besuche von Jugendoffizieren im Unterricht zu verankern sowie das Thema verpflichtend in der Lehrerausbildung einzuführen und zum Bestandteil der Studien- und Prüfungsordnung zu machen. Während des Referendariats sollen die zukünftigen Lehrer *„Übungen und Tagungen bei der Truppe durchführen und mit Jugendoffizieren und Angehörigen der Truppe Gespräche führen"*. Für die übrigen Lehrer sollen die Schulverwaltungen zusammen mit den Wehrbereichskommandos sowie den Verteidigungsbezirkskommandos Fortbildungsveranstaltungen organisieren und mit einem Truppenbesuch verbinden.

Daß es sich hierbei im wesentlichen um den Ausbau und die Intensivierung einer schon lange gängigen Praxis handelt, mögen ein paar Beispiele verdeutlichen: Immerhin gibt es schon jetzt 57 haupt- und 590 nebenamtliche Jugendoffiziere. Und im Mai '79 konnte die „diskofo" (Zeitung der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden) auf eine Unzahl von Seminaren und Fortbildungsveranstaltungen für Lehrer und Schüler aufmerksam machen.

Auf Gegenliebe scheint der Entwurf inzwischen beim Deutschen Lehrerverband gestoßen zu sein, dessen Präsident sich in einer Presseerklärung gegenüber kritischen Anmerkungen *„mit aller Entschiedenheit"* dagegen wehrte, *„daß die gemeinsamen Bemühungen der Kultusminister ... zunichte gemacht werden sollen"* (FR, 12.9.). Darunter fällt offensichtlich auch die Äußerung der SPD-Kumis von Hessen und Nordrhein-Westfalen, die die Vorlage „in der Tendenz" ablehnten (was immer das auch heißen mag).

Fest steht jedenfalls, daß die Behandlung des Themas „Bundeswehr und Friedenssicherung" im Unterricht mit dem DDR-Unterrichtsfach „Wehrkunde" nicht vergleichbar ist: *„Drüben werde zum Haß erzogen und der Dienst mit der Waffe als patriotisch gepriesen. ‚Wir debattieren ohne Feindbild' (Apel)"* (GT, 6.12.80). Dazu die Vorlage für die KMK (nach „FR", 15.9.): *„Nach dem Zweiten Weltkrieg hat es nicht an Versuchen der Sowjetunion gefehlt, ihren Machtbereich in Europa noch über das bereits von ihr kontrollierte Gebiet hinaus auszudehnen. Die Bundesrepublik Deutschland, im Zentrum Europas dem militärisch überlegenen Ostblock* [man beachte die gelungene Gegenüberstellung] *unmittelbar benachbart, war dabei besonders bedroht."* Und an anderer Stelle: *„Der Herrschaftsanspruch des Kommunismus bedroht die freie Welt."* Kein Feindbild?

Der allenfalls graduelle Unterschied schwindet jedoch völlig dahin, wenn man die bisherige Praxis der „Förderung des Wehrwillens" in ihrer Gesamtheit betrachtet. Dazu einige Beispiele:

— Beim Tag der Offenen Tür in der Hammer Paracelsus-Kaserne gehörte „Handgranaten-Zielwurf" zum „Unterhaltungsprogramm" — auch für Kinder (taz, 13.11.80).

— „Eine Hamburger Schulklasse machte anstatt einer Klassenreise einen 14tägigen ‚Abenteuerurlaub' in einer Bundeswehrkaserne" (ebenda).

— In Dransfeld bei Göttingen veranstaltet die Bundeswehr zusammen mit der DLRG seit 1979 sogenannte „Biwaks", auf denen es ganz schön „militärisch straff" zugeht (GT, 8.6.79).

Über den Zweck der Anstrengungen dürfte Klarheit bestehen: *„Sie* (die Schüler) *sollen den Sinn des Wehrdienstes verstehen, die Notwendigkeit der Verteidigungsbereitschaft einsehen"*.

„Wer nicht für Atomwaffen ist, Kriegt schlechte Noten" (FR)

Spitzenreiter auf diesem Sektor ist natürlich mal wieder Bayern! In der zentral durchgeführten Abiturprüfung mußten die Schüler(innen) sich in diesem Jahr mit einem Artikel „Die Theorie der wechselseitigen Abschreckung" herumquälen, der der Bundeswehrzeitung „Informationen für die Truppe" entnommen war. Einer der „Höhepunkte" des Artikels: *„Die Theoretiker bringen die Erfordernisse dieser wechselseitigen Abschreckung auf die Formel, daß ... die zivilen Gesellschaften als ‚Geiseln' für die wechselseitig friedlichen Absichten verwundbar sein müssen..."* Im Bewertungskatalog für die Lehrer wird schön säuberlich aufgelistet, was die Schüler „bringen" müssen: Aussagen zur *„Notwendigkeit der Einbindung in ein militärisches Bündnissystem; Abhängigkeit von einer Großmacht mit entsprechenden nuklearen Abschreckungskapazitäten* [USA]; *... Vorneverteidigung; Interesse an der Stationierung zahlreicher Truppen aus dem Bündnis in der BRD; Interesse an der nuklearen Präsenz der USA in der BRD"* [nach FR, 21.9.].

Daß an solchen Schulen für Lehrer wie H. Häberlein und M. Lehner-Wendt, beide Mitglieder der DFG/VK kein Platz ist, wundert nicht weiter. Neuester Vorwurf an Häberlein: Unterzeichnung des Krefelder Appells! (FR, 22.9.).

Antimil-Kommission/KB Göttingen

Der 4. August 1914

Die SPD und die Kriegskredite

Im letzten ARBEITERKAMPF (208) hatten wir die Rolle der SPD beim Panzerkreuzerbau (A und B) in der Weimarer Republik dargelegt. Im 'Unser Weg' (33) wurde die Rolle dieser „wichtigsten Friedenskraft" bei der Frage der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr dargelegt.

In diesem Artikel soll nun ein weiterer Schritt zurück in die Geschichte getan werden. Vor dem 1. Weltkrieg trat die SPD ebenfalls mit dem Habitus der einzigen Friedenskraft auf. Trotzdem stimmten die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten für die Bewilligung der Kriegskredite und verschafften dem deutschen Imperialismus die Möglichkeit, in den ersten Weltkrieg einzutreten.

Der 4. August 1914 stellt in vielfacher Hinsicht den „historischen Sündenfall" der deutschen Sozialdemokratie dar.

Die II. Internationale: Gegen den imperialistischen Krieg

Schon zu Beginn des Jahrhunderts zeigte die Entwicklung der imperialistischen Staaten die Tendenzen gewaltiger kriegerischer Auseinandersetzungen. Die II. Internationale, die von allen wesentlichen sozialdemokratischen Parteien gebildet wurde, beschäftigte sich frühzeitig mit der wachsenden Gefahr eines imperialistischen Krieges. Auf ihrem Kongreß in Stuttgart formulierten die sozialdemokratischen Parteien gemeinsam eine programmatische Resolution, in der sie die Aufgaben der Sozialdemokratie angesichts dieser Tendenzen allgemein bestimmten:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, ..., alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes zu nutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen." („Stuttgarter Resolution", 1907). 1)

Die deutsche Sozialdemokratie war zu dieser Zeit bereits eine der größten und einflußreichsten Parteien der II. Internationale. 1912, ein Jahr nachdem die Marokko-Krise die unmittelbare Gefahr eines deutsch-englischen Krieges heraufbeschworen hatte, traf die II. Internationale zu einem außerordentlichen Kongreß in Basel zusammen, wo sie die Positionen der Stuttgarter Resolution erneut bekräftigte, diese aber insbesondere gegenüber der SPD konkretisierte: *„Die wichtigste Aufgabe innerhalb der Internationale fällt aber der Arbeiterklasse Deutschlands, Frankreichs und Englands zu ... Als die größte Gefahr für den Frieden in Europa betrachtet der Kongreß die künstlich genährte Gegnerschaft zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich."* Im weiteren fordert das Baseler Manifest von den sozialdemokratischen Parteien, die Kriegskrise revolutionär zu nutzen: *„Die Regierungen mögen nicht vergessen, daß sie bei dem gegenwärtigen Zustand Europas und der Stimmung der Arbeiterklasse nicht ohne Gefahr für sich selbst den Krieg entfesseln können."* 3)

Die Drohung mit der Mobilisierung der organisierten Arbeiterbewegung stellte für die Herrschenden eine reale Gefahr für die hemmungslose Umsetzung ihrer Kriegspläne dar. Die deutschen Kriegstreiber mußten mit dem Faktor SPD umgehen. Sie mußten verhindern, daß aus der Drohung Wirklichkeit wurde.

Die SPD vor 1914

Zu den Reichstagswahlen 1912 trat die SPD mit Anti-Kriegs-Parolen an: *„Das wilde Wettrüsten ... führt schließlich mit Naturnotwendigkeit zum verheerenden Weltkrieg ... Einzig und allein die Sozialdemokratie ist die grundsätzliche, entschlossene Gegnerin von Wettrüsten und Kriegspolitik."* 2)

Die SPD traf damit die vorherrschende Stimmung der Massen. Sie errang 4.250.000 Stimmen, mehr als ein Drittel aller abgegebenen Stimmen und stellte 110 Abgeordnete im Reichstag. Das war der bisher größte Wahlerfolg der SPD. 1)

Trotz der eindeutigen Radikalität, die die SPD gegenüber den Kriegsvorbereitungen nach außen hin präsentierte, herrschte innerhalb der Partei ein heftiger Kampf sehr gegensätzlicher Strömungen. Es hatten sich drei Richtungen herausgebildet: Die reformistische Rechte, das sog. marxistische Zentrum und die Linksradikalen.

– Die „offenen Reformisten" traten in ihrem Organ, den „Sozialistischen Monatsheften", *„entschieden für die Kolonialpolitik und die weltpolitischen Ziele der deutschen Bourgeoisie ein"* 2) Sie erklärten, *„der deutsche Handel und die deutsche Industrie müßten ihren gerechten Anteil an den Absatzgebieten der Welt haben. Die Arbeiterklasse müsse die Kämpfe ihrer Bourgeoisie um den Weltmarkt unterstützen und damit die Grundlage für bessere Löhne schaffen."* 2) Die Reformisten standen auf dem *„Boden der Entwicklung"*, d.h. sie propagierten den friedlichen Übergang des Kapitalismus in den Sozialismus.

– Das „Zentrum" um Kautsky und den Parteivorstand vertrat die Auffassung, *„der Imperialismus sei zwar eine nicht zu leugnende Erscheinung, es sei aber nicht wahr, daß er eine unvermeidliche Etappe in der Entwicklung des Kapitalismus sei. Die Interessen des Handels- und Bankkapitals und anderer Schichten der Bourgeoisie seien gegen den Imperialismus gerichtet, der hauptsächlich von der Rüstungsindustrie betrieben werde. Es gelte, jene der Eroberungspolitik feindlichen Schichten zu unterstützen."* Insgesamt vertraten die Zentristen damit – ähnlich wie die Reformisten – den „friedlichen Übergang", die Klassenversöhnung. 2)

– Im scharfen Widerspruch zu diesen beiden opportunistischen Strömungen standen die Linksradikalen um Rosa Luxemburg, Karl Radek und Karl Liebknecht. Sie erklärten entsprechend der Auffassung des Baseler Manifests, daß *„der Imperialismus die unvermeidliche Politik des modernen, in Kartellen und trustartigen Unternehmungen zusammengeschlossenen Industrie- und Bankkapitals ist"*, die unvermeidlich zu gewaltigen Kriegen führt. Um den Kriegstendenzen zu begegnen, sei es notwendig, *„den Kampf gegen alle Erscheinungen des Imperialismus, die wachsende Teuerung, den Militarismus ... zu mobilisieren."* 2) Die Vertreter der Revolutionierung der Massen fanden sich nach den Reichstagswahlen 1912 in der Minderheit. Mehr als die Hälfte der Abgeordneten zählten zu den Reformisten. Nach dem SPD-Parteitag in Jena, 1913, stellte Eugen Prager, der spätere Mitbegründer der USPD, fest: *„In der inneren Politik hatte die Sozialdemokratie sich vollständig den gegebenen Verhältnissen angepaßt. Sie war zu einem auch vom Gegner anerkannten Teil des Staatsganzen geworden."* 4)

Aber auch ihre unumstößliche Gegnerschaft gegen Krieg und Wettrüsten begann zu bröckeln. Am 30. Juli 1913 stimmte die Reichstagsfraktion einem einmaligen Wehrbeitrag und dem Vermögenszuwachssteuerungsgesetz zur Finanzierung einer von ihr zuvor abgelehnten Heeresvorlage zu. Die 37 Abgeordneten, die gegen die Zustimmung waren, wurden mit dem Mittel der Fraktionsdisziplin gezwungen, mit den anderen zu stimmen. 1) Mit diesem Ereignis zeichnete sich erstmals ab, was am 4. August 1914 zum Zusammenbruch der II. Internationale führen sollte.

Am Vorabend des 1. Weltkriegs

Am 28. Juni 1914 wurde in Serajewo der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand erschossen. Die österreichische Regierung nutzte dieses Attentat, um Serbien, das mit Rußland, Frankreich und Großbritannien alliiert war, mit dem Krieg zu drohen. Die deutsche Regierung zeigte kurze Zeit darauf, daß sie Österreich dabei vollauf unterstützte. Das Interesse der deutschen Kriegshetzer war es, den Hauptkonkurrenten Großbritannien herauszufordern. Zu diesem Zweck hatte die Regierung eine beispiellose Aufrüstung der Flottenkapazitäten betrieben. Der Weltkrieg hing in der Luft. Es war nur noch eine Frage der Zeit, wann er ausbrechen würde.

In Deutschland kam es zu breiten Massenaktionen gegen den Krieg. Allein zwischen dem 28. und 30. Juli nahmen nach Angaben der sozialdemokratischen Presse in 30 Städten rund 243.000 Menschen an Anti-Kriegs-Kundgebungen teil. Aus 28 weiteren Städten wurden keine



Sozialdemokratisches Wahlflugblatt 1912

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorh. S.

Teilnehmerzahlen mitgeteilt. 5)

Über den Charakter dieser Kundgebungen gibt eine Notiz des damaligen Berliner Polizeipräsidenten eine eindrucksvolle Auskunft: *„Nach Schluß versuchten die Teilnehmer aller Versammlungen, in großen, teils nach Tausenden zählenden Ansammlungen nach dem Stadtinneren zu drängen, und es gelang zum Teil erst unter Waffenanwendung und unter Vornahme von Verhaftungen, die Massen zu zerstreuen und nach der Peripherie abzudrängen."* 6)

Die SPD war der wesentliche Organisator all dieser Anti-Kriegs-Manifestationen. Am 25. Juli erließ der Parteivorstand einen zentralen Aufruf gegen den drohenden Krieg: *„Noch dampfen die Äcker auf dem Balkan von dem Blute der zu Tausenden Hingemordeten, noch rauchen die Trümmer verheerter Städte, verwüsteter Dörfer, noch irren hungernd arbeitslose Männer, verwitwete Frauen und verwaiste Kinder durch das Land und schon wieder schickt sich die vom österreichischen Imperialismus entfesselte Kriegsfurie an, Tod und Verderben über ganz Europa zu bringen ... Das klassenbewußte Proletariat Deutschlands erhebt im Namen der Menschlichkeit und der Kultur flammenden Protest gegen dieses verbrecherische Treiben der Kriegshetzer. Es fordert gebieterisch von der deutschen Regierung, daß sie ihren Einfluß auf die österreichisch-ungarische Regierung zur Aufrechterhaltung des Friedens ausübe, und, falls der schändliche Krieg nicht zu verhindern sein sollte, sich jeder kriegerischen Einmischung enthalte. Kein Tropfen Blut eines deutschen Soldaten darf dem Machtkitzel der österreichischen Gewalthaber, den imperialistischen Profitinteressen geopfert werden ... Die herrschenden Klassen, die euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen euch als Kanonenfutter mißbrauchen ... Überall muß den Gewalthabern in den Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Krieg! Hoch die internationale Völkerverbrüderung!"* 4)

Trotz des kämpferischen Pathos' in diesem Aufruf reduziert sich seine politische Orientierung auf den Appell an die deutsche Regierung, mäßigenden Einfluß auf Österreich auszuüben. Der Aufruf spricht mit keinem Wort von den aggressiven Plänen des deutschen Imperialismus und er läßt weitgehend offen, was geschehen wird, falls Deutschland in den Krieg eintreten sollte. Von der Drohung mit der Entfesselung des inneren Unfriedens ist insgesamt nichts zu lesen ...

Am 29. Juli trat zum letzten Male das internationale Sozialistische Büro in Brüssel zusammen, um die Verstärkung der Proteste gegen den Krieg zu organisieren. Es appellierte noch einmal an die deutsche Regierung, zu vermitteln. Noch während der Tagung brach der Weltkrieg aus. Die deutsche Regierung sah allein ihre Aufgabe, einen patriotischen Taumel zu inszenieren, in dem die Proteste der Kriegsgegner untergehen sollten.

Proteste der Kriegsgegner untergehen sollten.



Die Verhandlungen

Entsprechend ihrem öffentlichen Auftreten gegen die Kriegstreiberei bestand bei der Mehrheit der Sozialdemokraten *„kein Zweifel darüber, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Kriegskredite ablehnen würde."* 4) Nichtsdestoweniger waren bereits als der Parteivorstand seinen Aufruf am 25. Juli verkündete, Verhandlungen mit der Regierung und dem Kriegsministerium in vollem Gange.

Der Reichstagsabgeordnete Südekum kam mehrmals mit dem Staatssekretär des Innern, Clemens von Dellbrück, zusammen, wobei es um die Unterstützung der Kriegspolitik und insbesondere um die Bewilligung der Kriegskredite ging. In der Sitzung des preußischen Kabinetts konnte der Reichskanzler Bethmann-Hollweg am 30. Juli feststellen: *„Auch von der Sozialdemokratie und dem sozialdemokratischen Parteivorstande sei nichts besonderes zu befürchten, wie er aus den Verhandlungen mit dem Reichstagsabgeordneten Südekum glaube schließen zu können. Von einem Generalstreik oder Partialstreik oder Sabotage werde keine Rede sein."* 2)

Aus eben diesem Grund intervenierte Dellbrück bereits am 24. Juli beim Kriegsministerium, dessen ursprünglicher Plan gewesen war, bei Ausruf des Belagerungszustands alle sozialdemokratischen Abgeordneten zu verhaften. Die kommandierenden Generäle erhielten darauf den Befehl, von Verhaftungen abzusehen. Am 31. Juli verkündete das Kriegsministerium schließlich: *„Nach sicherer Mitteilung hat die Sozialdemokratische Partei die feste Absicht, sich so zu verhalten wie es sich für jeden Deutschen unter den gegenwärtigen Verhältnissen geziemt. Ich halte es für meine Pflicht, dies zur Kenntnis zu bringen, damit die Militärbefehlshaber bei ihren Maßnahmen darauf Rücksicht nehmen."* 2) Der erklärte Bruch mit der gesamten Vergangenheit der Sozialdemokratie war hinter verschlossenen Türen bereits besiegelt, bevor die sozialdemokratische Presse begann, ihn propagandistisch vorzubereiten.

Die Gleichschaltung der Presse

Die Ausrichtung der SPD-Presse auf diesen Kurs lief am 31. Juli an. Unmittelbar nach Verkündigung des Kriegszustandes sandte der Parteivorstand ein Schreiben an alle Redaktionen. Darin forderte er die strikte Einhaltung der Weisung, *„daß es im Interesse der Partei unter allen Umständen vermieden werden muß, durch unvorsichtige, zweideutige oder herausfordernde, durch die Sache selbst nicht begründete Wendungen Gefahren für die Partei heraufzubeschwören und Einzelnen harte Opfer unnütz aufzuerlegen."* 1)

Was damit konkret gemeint war, zeigte unzweideutig der Artikel von Friedrich Stampfer, der als Leitartikel im „Vorwärts" am 30. Juli erschienen war; darin heißt es:

„Wenn die verhängnisvolle Stunde schlägt, werden die Arbeiter das Wort einlösen, das von ihren Vertretern für sie abgegeben worden ist. Die 'vaterlandslosen Gesellen' werden ihre Pflicht erfüllen und sich darin von den Patrioten in keiner Weise übertreffen lassen. Unsere Fraktion steht bei der Frage der Bewilligung der Kriegskredite vor einer furchtbaren verantwortungsvollen Entscheidung, die ihr durch keine Diskussion erschwert werden darf." 1) Der Artikel war für alle Redaktionen der Parteipresse bestimmt, deren größter Teil bereits am nächsten Tag mit diesem Strom schwamm.

In der Propaganda mischten sich jetzt patriotisches Bekennertum mit Rudimenten der bisherigen klassenkämpferischen Orientierung. Begün-

Rudimenten der bisherigen klassenkämpferischen Orientierung. Begün-

stigt wurde die neue Linie durch die Behauptung seitens der Regierung, Deutschland sei mit einem Angriff Rußlands konfrontiert. Damit wurde einerseits der drohende Weltkrieg zu einem reinen Verteidigungskrieg für Deutschland umgelogen. Auf der anderen Seite traf diese Propaganda auf den tiefen Haß, den die deutsche Arbeiterklasse gegenüber dem Despotismus des russischen Zarentums empfand.

Die sozialdemokratische „Frankfurter Volksstimme" schrieb am 31. Juli: *„Müßten die deutschen Arbeiter sich aber noch der Mehrheit und Gewalt fügen, – ihre ganze Energie und ihre ganze Sehnsucht als Krieger im Felde würde sich zuwenden dem Sturz des Zarentums und seines Blutregimes."* Und in der „Chemnitzer Volksstimme" war am 2. August zu lesen: *„Deutschlands Frauen und Kinder sollen nicht das Opfer russischer Bestialität werden, das deutsche Land nicht die Beute der Kosaken. Denn wenn der Dreiverband siegt, wird nicht ein englischer Gouverneur oder ein französischer Republikaner, sondern der Russenzar über Deutschland herrschen. Deshalb verteidigen wir im Augenblick alles, was es an deutscher Kultur und deutscher Freiheit gibt, gegen einen schonungslosen und barbarischen Feind."* 2)

Anstelle der Aufklärung über die wirklichen Ziele des deutschen Imperialismus setzten die sozialdemokratischen Schreiberlinge jetzt den irrationalen Patriotismus. Auf diese Weise tat die SPD-Presse das Ihrige, die Widerstandsbereitschaft des Proletariats im Sinne der nationalistischen Propaganda zu kanalisieren – und zwar auf effektivere Weise, als es der Reichsregierung mit ihrem Unterdrückungsapparat hätte gelingen können.

Damit war der Boden für den endgültigen Verrat der führenden Sozialdemokraten bereitet.

Die Ausrichtung der Reichstagsfraktion

Das einzige Hindernis stellte jetzt noch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dar. Am 3. August fand die entscheidende Fraktionssitzung statt. Die Gruppe, die die Bewilligung der Kriegskredite ablehnte, war jedoch in der Minderheit. 78 Abgeordnete stimmten für die Kredite, nur 14 dagegen. Das SPD-Vorstandsmitglied Hugo Haase erklärte dazu: *„Mit 13 Fraktionsgenossen forderte ich am 4. August in der Fraktion die Ablehnung der Kriegskredite als Konsequenz unserer prinzipiellen Gegnerschaft gegen das herrschende System, dem die Verantwortung für den imperialistischen Krieg zuzuschreiben sei."* 4) Doch derartige Grundsatztreue traf bei der Mehrheit der Abgeordneten auf taube Ohren. Karl Liebknecht, der ebenfalls auf der Fraktionssitzung gegen die Kredite stimmte, stellte die Argumentation der Befürworter in seiner Schrift „Klassenkampf gegen den Krieg" zusammen:

„In der Fraktionssitzung ergriff David als erster das Wort. Er meinte, der Augenblick gebiete, sich von überkommenen Vorstellungen loszusagen und umzulernen; die Sozialdemokratie werde in dieser Zeit noch in vielen Dingen umlernen müssen. Für die Bewilligung wurden u.a. die angeblichen Invasionen in Ost und West ins Feld geführt. Man hörte die Parole 'Gegen den Zarismus', es hieß: 'Der Volksstimmung dürfen und können wir uns nicht entgegenwerfen'; ... die deutsche Sozialdemokratie kann sich in einem solchen Moment nicht ausschalten lassen; unsere Organisationen werden vernichtet, zertrümmert, wenn wir die Kredite verweigern – das 'Ja' aber wird die Stellung der Sozialdemokratie gewaltig stärken – die Regierung wird nicht mehr in der Lage sein, diese Partei als außerhalb der Gesetze stehend zu behandeln; eine starke demokratische Welle wird nach dem Krieg kommen." 4)

Der rechte Reformismus hatte mit dem Abstimmungsergebnis seinen endgültigen Durchbruch erreicht. Es war einerseits die panische Angst vor der Illegalität, deren Beschwernis einige der Abgeordneten noch aus der Zeit der „Sozialistengesetze" kannten und die die Legalität um jeden Preis beibehalten wollten. Andererseits war das Prinzip des „friedlichen Hinüberwachsens des Kapitalismus in den Sozialismus" unter der Bedingung des Krieges nicht anders umzusetzen als durch die bedingungslose Unterstützung der Kriegspolitik des deutschen Imperialismus.

Die Gegner der Kriegskredite mußten sich dem Abstimmungsergebnis fügen. Da nach einer festen Tradition die Reichstagsfraktion stets geschlossen auftrat, wurde in der Reichstagssitzung eine einheitliche Erklärung abgegeben. *„So entstand das Bild einer einzigen burgfriedlichen Sozialdemokratie"* 4)

Der 4. August 1914: Ein Hoch auf „Kaiser, Volk und Vaterland"

Hugo Haase, der selbst einen Tag zuvor gegen die Kriegskredite gestimmt hatte, war bestimmt worden, die Erklärung der Reichstagsfraktion der SPD vorzutragen:

„Wir stehen vor einer Schicksalsstunde. Die Folgen der imperialistischen Politik, durch die eine Ära des Wettrüstens herbeigeführt wurde, und die Gegensätze der Völker sich verschärften, sind wie eine Sturmflut über Europa hereingebrochen. Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu, die wir ablehnen. Die Sozialdemokratie hat diese verhängnisvolle Entwicklung mit allen Kräften bekämpft und noch bis in den letzten Moment ... für die Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt. Ihre Anstrengungen sind vergeblich gewesen. Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecknisse feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der zur Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel. Nun haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne ihre Schuld in dieses Verhängnis hineingerissen worden sind. Sie werden von den Verheerungen des Krieges am schwersten getroffen. Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei. Wir denken auch an die Mütter, die ihre Söhne hergeben müssen, an die Frauen und Kinder, die ihres Ernährers beraubt sind... Zu ihnen werden sich bald Zehntausende verwundeter und verstümmelter Kämpfer gesellen. Ihnen allen beizustehen, ihr Schicksal zu erleichtern, diese unermeßliche Not zu lindern, erachten wir als zwingende Pflicht. Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus, der sich mit dem Blut der Besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit des eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich."

Daß mit der Losung „Vaterlandsverteidigung statt Klassenkampf" die SPD die Massen im Stich ließ, die in der Sozialdemokratie bislang die einzige ernsthafte Kriegsgegnerin sehen mußten, daß mit der Unterstützung der Kriegskredite die revolutionäre Nutzung der Kriegskrise erst einmal weit weggerückt war, war durchaus im Sinne der Reformisten. Umso schändlicher erscheint daher der Versuch, den Verrat mit der revolutionären Tradition der Sozialdemokratie in Einklang zu bringen: *„Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir in Einklang mit ihr jeden Eroberungskrieg ablehnen."* (4) Die Lügenhaftigkeit dieser Bekenntnisse war offensichtlich. Noch bevor die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre Erklärung verlas, hatte der Kanzler dem Reichstag ein Weißbuch vorgelegt, aus dem unzweideutig hervorging, *„1. daß die österreichische Regierung vor ihrem Schritt gegen Serbien Deutschlands Einverständnis eingeholt hatte; 2. daß die deutsche Regierung sich vollkommen bewußt war, daß das Vorgehen Österreichs zum Krieg mit Serbien und im weiteren Verfolg zum europäischen Kriege führen würde; 3. daß die deutsche Regierung Österreich nicht zur Nachgiebigkeit riet, sondern umgekehrt erklärte, daß ein nachgiebiges, geschwächtes Österreich kein würdiger Bundesgenosse mehr für Deutschland sein könnte; 4. daß die deutsche Regierung Österreich vor dessen Vorgehen gegen Serbien den Beistand im Kriege fest zugesichert hatte"* (4).

Von einer Verteidigungssituation konnte somit keine Rede sein. Das war nicht zuletzt von der Sozialdemokratie noch zwei Wochen zuvor betont worden.

Die Erklärung schließt mit Worten, die noch einmal die SPD als Friedenskraft verkaufen sollten: *„Wir hoffen, daß die grausame Schule der Kriegsleiden in neuen Millionen den Abscheu vor dem Kriege wecken und sie für das Ideal des Sozialismus und des Völkerfriedens gewinnen wird... Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die Kriegskredite"* (4).

Hurrapatriotismus und beginnende Opposition

Mit der Bewilligung der Kriegskredite hatte der Entwicklungsprozeß der SPD von der revolutionären Arbeiterpartei, von einer Partei des Klassenkampfes hin zur reformistischen „Volkspartei", zu einer Partei des Klassenfriedens seinen vorläufigen Endpunkt erreicht.

Kurze Zeit später brach die II. Internationale zusammen, nachdem die sozialdemokratischen Führer der anderen Nationen dem Beispiel der SPD folgten und Seite an Seite mit den jeweiligen Regierungen zur Vaterlandsverteidigung aufriefen.

Das ‚Nein' der Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten hätte letztlich deren Bewilligung nicht verhindern können, was die Pläne des Kriegsministeriums eindeutig belegen. Es hätte zwar das Opfer brutaler Repression bedeutet, aber es wäre der einzige richtige Weg gewesen, um entsprechend dem Baseler Manifest die revolutionäre Nutzung des Krieges einzuleiten. Die Massenkundgebungen vor Beginn des Krieges geben Zeugnis von der Stimmung der Massen; es hätte aber im wesentlichen einer konsequenten SPD bedurft, um diese Stimmung in organisierten Widerstand umzuwandeln. Nach dem 4. August 1914 war an eine rasche Organisierung nicht mehr zu denken: *„Alsbald ... zeigten sich in der Partei die bedenklichsten Erscheinungen — Chauvinismus, Annexionssucht, Harmonieduselei; besinnungslose Solidarisierung mit den Todfeinden des Proletariats von gestern und von morgen, die plötzlich in einer trüben Einigkeitsphrasen-Hochflut zu Busenfreunden von heute umgewaschen wurden ..."* (Karl Liebknecht) (4).

Kaiser Wilhelm konnte genugtuend feststellen, daß er *„keine Parteien mehr kenne, sondern nur noch Deutsche ..."* (6).



Es war als erster Karl Liebknecht, der im Dezember 1914, als die Bewilligung weiterer Kriegskredite auf der Tagesordnung stand, dagegen stimmte und damit als erster das Tabu der Fraktionsdisziplin brach. Er wandte sich deutlich gegen das Märchen vom Verteidigungskrieg! *„Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital"* (6).

14 Monate später begannen sich die oppositionellen Kräfte neu zu organisieren. Am 1. Januar wurde die „Gruppe Internationale", nach dem Titel ihrer Flugschriften „Spartakusgruppe" genannt, u.a. von Karl Liebknecht, Franz Mehring und Wilhelm Pieck gegründet. Trotz Belagerungszustand konnte die Gruppe schon am 1. Mai 1916 Tausende zur Demonstration mobilisieren.

Ein Jahr später, im April 1917, spaltete sich die „Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands", die USPD von der SPD ab. Die „Gruppe Internationale" bildete eine Fraktion in der neuen Partei, ohne aber ihre „auf die Entwicklung der außerparlamentarischen Initiative der Massen gerichtete politische Linie" (6) aufzugeben. Mit Parolen wie „Krieg dem Krieg" oder „Der Hauptfeind steht im eigenen Land" knüpfte die Gruppe an die revolutionäre Strategie der II. Internationale an, den Krieg auf revolutionäre Weise mit dem Sturz der Monarchie zu beenden. Sie war damit der wesentliche Wegbereiter der Novemberrevolution, in der die SPD endgültig bewies, daß sie zu einer bürgerlichen Partei geworden war.

Anmerkungen:

1.) Richard Wiegand: „Wer hat uns verraten...", Die Sozialdemokratie in der Novemberrevolution; Oberbaum, 1975
2.) Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution; Internationaler Arbeiterverlag Berlin, 1929
3.) Karin Bauer: „Klara Zetkin und die proletarische Frauenbewegung"; Oberbaum, 1978
4.) Eugen Prager: „Das Gebot der Stunde", Die Geschichte der USDP; Dietz, Berlin/Bonn, 1980
5.) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Kapital V, Dietz-Verlag, Berlin 1976
6.) Die Weimarer Republik, Elefanten Press, Berlin 1977

Antimil-Kommission/KB Göttingen

Bremerhaven: Antifaschistische Mobilisierung verhindert Nazi-Kongreß



Zu ihrem alljährlichen Kongress, diesmal unter dem Motto „Meinungsfreiheit heute", hatte die rechtsradikale „Gesellschaft für freie Publizistik" nach Bremerhaven eingeladen. Vor rund 150 erwarteten Gästen sollten dort Redner wie Adolf von Thadden oder der frühere Gestapo-Spitzel und jetzige Redakteur der faschistischen „Deutschen-Wochen-Zeitung", Reinhard Pozorny, für die ungestörte Verbreitung nazistischen Schrifttums zu Felde ziehen. Als Tagungslokal hatten sie sich das Museumsschiff „Seute Deern" ausgesucht — wohl nicht zufällig, denn dessen Pächter Richartz wird ebenfalls eine braune Vergangenheit nachgesagt. Aber es kam anders: Der Kongress fand weder hier noch woanders statt; er mußte abgesagt werden, nachdem alle wesentlichen linken und demokratischen Organisationen unter Einschluß des DGB das Verbot gefordert hatten und ein stattliches Aktionsbündnis — unter Einschluß der Grünen und der Jusos — zur Gegenkundgebung mobilisierte. Besonderes Kennzeichen dieses Bündnisses: Es bestand Einigkeit darüber, die Nazi-Versammlung direkt zu verhindern!

Zusätzlich zu dem Aufruf dieses Kreises mobilisierte der DGB-Kreisvorstand zu einer eigenen Kundgebung, ebenfalls vor der „Seuten Deern", blies diese allerdings nach Bekanntwerden der Absage des Kongresses wieder ab. Das Bündnis dagegen hielt auch weiterhin an der geplanten Gegenkundgebung fest. Trotz des demobilisierenden Effekts des DGB-Rückziehers kamen rund 500 zusammen, um sich selbst davon zu überzeugen, daß kein Nazi die Planken der „Seuten Deern" betrat. Nachdem das sichergestellt war — vereinzelt auftauchende Nazi-Figuren suchten angesichts der Situation schleunigst das Weite — zogen noch etwa 300 in einem Demonstrationszug durch die Innenstadt.

KB Bremerhaven

Bremer „Stahlhelm" hetzt gegen Friedensbewegung

In einer Pressemitteilung der Alternativen Liste wurde der Verdacht geäußert, daß das in Bremerhaven aufgrund starker Proteste abgesagte Treffen der rechtsradikalen **„Gesellschaft für Freie Publizistik"** (GFP) nun in Bremen stattfinden sollte. Der Bremer „Stahlhelm" dementierte: Es gebe keinen Zusammenhang mit dem ausgefallenen Extremistentreffen in Bremerhaven. Doch die Fakten sprechen für sich: Der Bremer „Stahlhelm" hatte für den 14.9. zu einem Gästeabend zum Thema „Frieden schaffen ohne Waffen?" eingeladen. Sprechen sollte der „Wehrexperte" und Mitglied der Redaktion der **„Europäischen Wehrkunde", Gerhard Baumann.** Dieser Mann ist außerdem Mitglied der GfP und war auch für die Bremerhavener Tagung der GfP als Redner angekündigt.

Im Nachherein berichtete Radio Bremen, daß nicht Herr Baumann, sondern kein geringerer als **Adolf von Thadden** (ehem. NPD-Vors.) bei der „Stahlhelm"-Veranstaltung gesprochen habe, was nicht nur ein bezeichnendes Licht auf die Verbindungen des „Stahlhelm" zur NPD wirft, sondern auch eine weitere Verbindungslinie nach Bremerhaven deutlich macht - denn A.v.Thadden war auch dort als Redner auf dem Programm.

In Bremen wurde die Themenstellung „Frieden schaffen ohne Waffen?" als eine Provokation gegen die Friedensbewegung aufgefaßt. Ausgerechnet alte Militaristen und „ehemalige aktive Nationalsozialisten" (wie Ortsgruppenchef und MUT-Redakteur **Hans Hertel** sich selbst bezeichnet) treten hier an, um eine Veranstaltung „im Sinne des Verteidigungsbeitrags der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der NATO" durchzuführen.

Bekannt wurde außerdem, daß solche Art „Wehrexperten" wie die inhaftierten Nazi-Terroristen **Karl-Heinz Hoffmann** („Wehrsportgruppe Hoffmann") und Uwe Rohwer als Jugendreferenten beim „Stahlhelm" tätig waren - was vom „Stahlhelm" indirekt bestätigt wurde, als er in der Presse erklären ließ, Hoffmann sei bereits vor 10 Jahren aus dem „Stahlhelm" ausgeschlossen worden.

Trotz der sehr kurzfristigen Mobilisierung rief das Auftreten der Rechtsradikalen an die 500 Antifaschisten und Kriegsgegner auf den Plan. Aufgerufen hatten „Volksfront", KB, „Falken" und Alternative Liste. Beteiligt waren auch „Krieg dem Krieg", VVNler, Punks und türkische Gruppen. Auch wenn die Veranstaltung aufgrund des starken Polizeiaufgebots nicht verhindert werden konnte, wurde doch mit einer kurzen Demonstration um den Tagungsort „Hotel zur Post" herum die Nazi-Veranstaltung mit Parolen gestört und der Protest öffentlich deutlich gemacht.

KB/Gruppe Bremen

Auch in der Provinz haben Nazis nichts verloren!

Ca. 400 Menschen demonstrierten am 12. September in Wilhemshaven gegen eine geplante Kundgebung der JN (NPD-Jugend), die unter dem Motto „Ausländerstopp - Deutschland den Deutschen" stattfinden sollte.

Begonnen hatte es zwei Wochen vorher mit dem Abdruck einer NPD-Presseerklärung, in der der Bezirkskongreß der JN unter Beteiligung des stellvertretenden NPD-Vorsitzenden und Vorsitzenden der rassistischen „Bürgerinitiative Ausländerstopp", Karl-Heinz Lindner (Bochum), angekündigt wurde.

Ihre Hoffnung setzten die Faschisten dabei offensichtlich auf die angeheizte Stimmung in Wilhelmshaven und Umgebung. Nach der rücksichtslosen Kasernierung von über 200 Asylbewerbern unter menschenunwürdigen Bedingungen in Middelsfähr, einem 6 km von W'haven entfernten Dorf, war es zu berechtigten Protestaktionen dieser Asylbewerber gekommen. Durch die geradezu schweinische Berichterstattung der „Wilhelmshavener Zeitung" (WZ) hatte sich die Ausländerfeindlichkeit rapide gesteigert.

Genau diese Stimmung wollten die Nazis in ihre Bahnen lenken - und mußten lernen, daß das wohl nicht so einfach ist.

Sofort nämlich wurde von der regelmäßig tagenden „Antifaschistischen Regionalkonferenz" zu einem Treffen eingeladen und innerhalb von einer Woche ein Unterstützerkreis von über 35 Gruppen und Organisationen der ganzen Region hergestellt, der zur Verhinderung der Nazi-Aktion aufrief.

Bedauerlicherweise zogen die SDAJ und die VVN ihre Unterschrift zurück, nachdem sie offenbar von der DKP-Bezirksleitung zurückgepfiffen worden waren, und stellten jegliche Aktivitäten im Zusammenhang mit der antifaschistischen Aktion ein. (Auch SHB Emden und die Falken - Bezirk Weser-Ems - hielten es nicht für nötig, die Mobilisierungsarbeiten zu unterstützen, geschweige denn, auf der Demo zu erscheinen).

Dennoch: Angesichts der Proteste zogen es die Nazis vor, erst gar keine Kundgebung anzumelden und auch auf einen geplanten „Informationsstand" zu verzichten. Seitens der Antifaschisten gab es trotzdem einen guten und kämpferischen Demonstrationszug, der sich 1 1/2 Stunden durch die Wilhelmshavener Innenstadt bewegte.

Bemerkenswerter Zwischenfall: Als der Frauenblock einen Porno-Laden mit Farbeiern unter Beschuß nahm, erdreistete sich der Besitzer, mit einer Knarre zu drohen! Auf diesen ungeheuerlichen Vorfall hingewiesen, wußten die Bullen nichts anderes zu tun, als mit den Achseln zu zucken. Is' ja auch alles ganz normal ... . (Leider reagierte auch die Demo nicht weiter auf diesen Skandal).

Die Kundgebung wurde eröffnet mit einem Redebeitrag zum Thema Nazi-Szene und Rechtsentwicklung in der Region Weser-Ems. Darauf folgte ein Beitrag der AL-Frauengruppe Wilhelmshaven, in dem die Zusammenhänge von Faschisierung von Staat und Gesellschaft und der zunehmenden Unterdrückung der Frauen dargestellt wurde. Den Abschluß machte ein kleiner Beitrag zum Jahrestag des Putsches in der Türkei.

Obwohl die Demonstration durchaus als lange erwarteter Aufschwung der Antifa-Bewegung in der Region angesehen werden kann, zeigte die ganze Aktion dennoch das relativ niedrige Niveau.

Auch hier wird es in Zukunft darauf ankommen, die antifaschistischen Aktivitäten enorm zu verstärken, zumal das Organisationsnetz der Nazis regional immer enger geknüpft wird und sich die Achse Emden-Jever-Wilhelmshaven-Oldenburg immer deutlicher herausschält.

KB/Gruppe Emden

menschenunwürdigen Bedingungen in Middelsfähr, einem 6 km von W'haven entfernten Dorf, war es zu berechtigten Protestaktionen dieser Asylbewerber gekommen. Durch die geradezu schweinische Berichterstattung der „Wilhelmshavener Zeitung" (WZ) hatte sich die Ausländerfeindlichkeit rapide gesteigert.
Genau diese Stimmung wollten die Nazis in ihre Bahnen lenken - und mußten lernen, daß das wohl nicht so einfach ist.
Sofort nämlich wurde von der
Kundgebung anzumelden und auch auf einen geplanten „Informationsstand" zu verzichten. Seitens der Antifaschisten gab es trotzdem einen guten und kämpferischen Demonstrationszug, der sich 1 1/2 Stunden durch die Wilhelmshavener Innenstadt bewegte.
Bemerkenswerter Zwischenfall: Als der Frauenblock einen Porno-Laden mit Farbeiern unter Beschuß nahm, erdreistete sich der Besitzer, mit einer Knarre zu drohen! Auf diesen ungeheuerlichen Vorfall hinge-
angesehen werden kann, zeigte die ganze Aktion dennoch das relativ niedrige Niveau.
Auch hier wird es in Zukunft darauf ankommen, die antifaschistischen Aktivitäten enorm zu verstärken, zumal das Organisationsnetz der Nazis regional immer enger geknüpft wird und sich die Achse Emden-Jever-Wilhelmshaven-Oldenburg immer deutlicher herausschält.
KB/Gruppe Emden

Schon wieder: „Auschwitz-Lügner"-Kongreß geplant
Wie schon 1977 in Nürnberg bereiten verschiedene Neonazi-Kreis auch in diesem Jahr – für den 31. Oktober – einen sogeannten „Auschwitz-Kongreß" vor. Bislang ist der „historische Kongreß" lediglich für den „mittelfränkischen Raum" angekündigt, womöglich um Proteste zu be-
ähnliche Veranstaltungen, vorzugsweise um Pfingsten, veranstaltet hat.
– Aus der alt-nazistischen Fraktion wird insbesondere noch Ex-SS'ler Erich Kernmayr eingeladen, der in verschiedenen Positionen maßgeblich am Wiederaufbau der Nazi-Szene in der BRD mitgewirkt hat

Schon wieder: „Auschwitz-Lügner"-Kongreß geplant

Wie schon 1977 in Nürnberg bereiten verschiedene Neonazi-Kreis auch in diesem Jahr – für den 31. Oktober – einen sogeannten „Auschwitz-Kongreß" vor. Bislang ist der „historische Kongreß" lediglich für den „mittelfränkischen Raum" angekündigt, womöglich um Proteste zu behindern.

Als Einlader fungiert der Pfarrer (in Ruhe) **Robert Dollinger**, den die von „National-Zeitung" und DVU-Chef Frey aufgezogene **„Volksbewegung für Generalamnestie" (VOGA)** – sprich: Generalamnestie für Naziverbrecher – als Unterzeichner ihres programmatischen Aufrufs nennt.

Eingeladen sind:

– **Prof. Butz**, aus den USA, seit Erscheinen seines Buches „Der Jahrhundert-Betrug" eine der international eifrig herumgereichten „Experten" in Sachen Leugnung, Verharmlosung etc. von Nazi-Verbrechen.

– **Thies Christophersen**, verantwortlich für die ideologische Neubelebung von NSDAP-Umtrieben; mit seiner „Auschwitz-Lüge" (Vorwort: Manfred Roeder) einer der Stammväter der westdeutschen – und internationalen – Nazi-Verharmlosung.

Da fehlt auf der Eingeladenen-Liste natürlich auch nicht der jahrelange Christophersen- und Roeder-Kumpan **Erwin Schönborn**, seit einiger Zeit wieder aus dem Knast raus. Zu diesem Gespann gehört auch der Nazi-Verleger **Klaus Huscher**, der ebenfalls eingeladen ist.

– Weiter soll **Prof. Faurisson** aus Frankreich erscheinen, der dort gerade wegen seiner pro-nazistischen Schriften verurteilt wurde (in denen zunächst die Nazi-KZ-Greuel im wesentlichen als Schandtaten von kommunistischen und anderen KZ-Insassen dargestellt wurden – und der sich schließlich der internationalen Riege der Nazi-Mord-Leugner (a la „es hat nie Vergasungen gegeben") angeschlossen hatte.

– Als westdeutsche „Experten" sollen zusätzlich die aus der NPD kommenden Nazi-„Forscher" **Udo Walendy** und **Wilhelm Stäglich** erscheinen; beide sind mit verschiedenen Schriften zur Widerlegung der Nazi-Kriegs-Schuld und nazistischer Verbrechen hervorgetreten.

– Hierher gehört auch **Martin Vogt**, verantwortlich für die „Unabhängigen Nachrichten", ein Nazi-Blatt, dessen „Freundeskreis" seit Jahren ähnliche Veranstaltungen, vorzugsweise um Pfingsten, veranstaltet hat.

– Aus der alt-nazistischen Fraktion wird insbesondere noch Ex-SS'ler **Erich Kernmayr** eingeladen, der in verschiedenen Positionen maßgeblich am Wiederaufbau der Nazi-Szene in der BRD mitgewirkt hat und derzeit vor allem über die NPD-nahe „Deutsche Wochen-Zeitung" seinen Geschichts-„Revisionismus" (d.h. Nazi-Weiß-Wäscherei) betreibt.

– Da darf dann der so ganz seriöse **Dr. Frey** natürlich auch nicht fehlen, hatte er doch schon vor langem den Prof. Butz für sich engagiert, ist er doch auch seit neuestem mit Erich Kernmayr ein Herz und eine Seele, und ist seine „National-Zeitung" doch schließlich seit Jahrzehnten dabei, an Hitler plus Kumpanen immer neue rosige Seiten zu entdecken sowie die Nazi-Verbrechen einschließlich Judenmorde unter einem Berg von Fragezeichen zu begraben.

– Auf der Kongreß-Liste erscheint auch noch der Nürnberger Rechtsanwalt **Engelhardt**, seines Zeichens Ex-NPD'ler und heftiger Ludendorffer, dessen anwaltlichen Aktionen im Dienste eines SS-Mannes (der sich durch eine „Holocaust"-Diskussion beleidigt sah) Aufsehen erregten.

Zur Abrundung dieser Nazi-Riege sind eine Reihe von Kontakt-Gestalten aus dem eher rechtskonservativen Umfeld eingeladen; so der Lehrer **Hans-Jürgen Witzsch**, so der u.a. aus dem Majdanek-Prozeß bekannt-berüchtigte Verteidiger **Hermann Stolting**, schließlich der in Nazi-Kreisen beliebte Historiker **Professor Diwald**.

Wie früher schon (Schönborn u.a.) sollen, laut Nazi-Einladung, doch bittschön auch die Juden/Antifaschisten Galinski, Broszat, Rückerl und Broder erscheinen – schließlich soll ja „wissenschaftlich" und streng historisch diskutiert werden, nicht wahr!? Frech und zynisch also wie eh und je wird hier erneut versucht, Nazi-Propaganda offen und legal betreiben zu können. Die Beteiligung so ziemlich aller Sektoren des braunen Spektrums (plus seines internationalen „Hinterlandes") spricht für sich („PDI-Blick nach rechts", 1.9. 81).

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Seit einigen Wochen ist das Buch "Braunzone zwischen CDU/CSU und Neonazis" von der Antifa-Kommission des KB auf dem Büchermarkt. Wer das Buch aufschlägt, findet in den Rubriken "Organisationen", "Medien" und "Namen" eine Fülle von Informationen, die in präzisem und knappem Stil aufbereitet sind. Die in dem "Lexikon" gesammelten Fakten wurden oft an versteckten Stellen in bürgerlichen Zeitungen veröffentlicht – gingen also für nachfolgende Berichterstattungen verloren – oder tauchten in nur schwer zugänglichen Publikationen oder Dokumenten auf.

wer mit wem?

BRAUNZONE

zwischen CDU/CSU und Neonazis

betr.: ++braunzone++ +ein nachschlagewerk+ ++personen++medien++ +organisationen++

Hinter z.T. seriös klingenden Namen wie "Rettet die Freiheit e.V", "Komitee für überparteiliche Wählerinformation", "Gesellschaft für Menschenrechte" oder "Abendländischer Akademie" (um nur einige der ca. 1.300 im Register aufgelisteten Nachschlage-Worte zu nennen) versteckt sich jene Kumpanei, die die CDU/CSU mit gespielter Empörung offiziell heftig bestreitet.

Folgt die Leserin/der Leser dem einfachen und sehr wirkungsvollen System von Querverweisen, so kann sie/er einen tiefen Einblick in eine Fülle von Kontakten, Verbindungen, Zusammentreffen u.ä. gewinnen; sämtliche Daten werden durch Quellenangaben belegt oder können durch Nachfrage von den Autoren belegt werden.

Die Kenntnis vieler konkreter Fakten könnte in naher Zukunft für politisch interessierte Menschen sehr wichtig sein. Die Möglichkeit der Regierungsübernahme durch die CDU/CSU wird in den bürgerlichen Medien schon durchgespielt. Deshalb ist die Enthüllung des Charakters der CSU/CDU notwendiger denn je, insbesondere ihre Kooperation mit Faschisten und Wegbereitern eines neuen Faschismus in der BRD. Hier bietet das Buch viele Argumentationshilfen. Ob sich die alternative Wahlbewegung von der CSU/CDU absetzen will, oder ob Antifaschistische Arbeitskreise/Anti-Strauß-Initiativen Gegenaufklärung betreiben wollen, ob Gewerkschafter in ihren Organisationen gegen zunehmenden CSU/CDU-Einfluß angehen wollen, ob die Jusos und Judos den seichten und faulen Argumenten ihrer Parteiführung endlich einmal harte Fakten entgegensetzen wollen, ob nun Journalisten nicht lange recherchieren wollen, sondern direkten Zugang zu Informationen haben wollen, ob Lehrer ihren Politik-Unterricht bereichern wollen – diesen und vielen anderen Menschen wird das Buch sehr nützlich sein. Auch Leute, die augenblicklich kein spezielles Interesse haben, können Freude beim Stöbern im Buch haben. Sie werden sehr wahrscheinlich auf viele "alte Bekannte" stoßen und sich wundern, was die so alles für Dreck am Stecken haben. Wir wünschen Euch viel Spaß beim Lesen.

Antifa-Kommission KB/Gruppe HH

Kommunales Wahlrecht für Ausländer!

In Schweden ist schon seit 1976 das Realität, was hier landauf und -ab mehr zähflüssig im Gespräch ist – die Beteiligung der Ausländer an den Kommunalwahlen, genauer: das aktive und passive Wahlrecht für ausländische Frauen und Männer für die kommunalen Selbstverwaltungsorgane (Kreistage, Gemeindeparlamente, Stadträte und in den Stadtstaaten die Bezirksversammlungen bzw. in Westberlin die Bezirksverordnetenversammlungen).

Daß die ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen nicht wegen der deutschen Gastfreundschaft und des schönen Wetters hier leben und arbeiten, sondern durch die geschaffenen ökonomischen Verhältnisse dazu gezwungen sind, sehr lange oder dauernd hier zu bleiben, ist wohl hinlänglich bekannt. Und doch, westdeutsche Politiker, die von Sonthofen genauso wie die von Bad Godesberg, tun sich schwer, Ausländern eines der elementarsten bürgerlich-demokratischen Grundrechte zuzugestehen.

Denn die über vier Millionen Ausländer in der Bundesrepublik sollen bewußt spüren, daß sie nicht hier sind, um demokratische Rechte wahrzunehmen, sondern nur die Aufgaben zu erfüllen haben, die ihnen diktiert werden. Angefangen bei der Lohndrückerfunktion zB. der Erntehelfer im „Alten Land" (Obstanbaugebiet bei Hamburg) über die Bestimmung der ausländischen Kinder und Jugendlichen als industrielle Reservearmee von morgen bis hin zum schon heutigen Sündenbock zunehmender Arbeitslosigkeit.

Wenn von der Gewährung des kommunalen Wahlrechts die Rede ist, dann nur im Zusammenhang mit der vielzitierten „Integration". Dabei steht jedoch „Integration" nicht als ein anderes Wort für Gleichstellung oder Gleichberechtigung. Sondern gemeint ist insbesondere die sozialdemokratische Integrationspolitik, die im Kern darauf hinausläuft, einem geringen Teil der ausländischen Menschen die Chance zu geben, in einem rigiden Anpassungskurs sich „eindeutschen" zu lassen und sich den herrschenden gesellschaftlichen Normen freiwillig und möglichst genau zu unterwerfen.

Kommunales Wahlrecht in Europa

1971: Europaunion erhebt die Forderung nach Einführung des Kommunalen Wahlrechts.
1974: Kommission der Europäischen Gemeinschaft legt dem Europarat ein Aktionsprogramm vor: Bis spätestens 1980 soll den Wanderarbeitnehmern die Beteiligung an den lokalen Wahlen zuerkannt werden.
1977: Beschluß des Rechtsausschusses des Europäischen Parlaments sieht vor, daß alle Bürger der EG sich an Kommunalwahlen beteiligen können.

Niederlande: Auf Initiative der Konservativen sprachen sich alle Parteien 1976 für eine Verfassungsänderung aus, die es erlaubt, daß 1982 die Ausländer an den lokalen Wahlen teilnehmen können; Voraussetzung: 3 Jahre Aufenthalt.
Schweden: 1975 beschloß der schwedische Reichstag das Wahlrecht für die örtlichen und regionalen Selbstverwaltungsorgane (Voraussetzung: 3 Jahre Aufenthalt). An der Wahl 1976 beteiligten sich 60 % der Ausländer, wobei sie überwiegend sozialdemokratisch votierten.
Dänemark: Im Oktober 1980 kündigte die Regierung an, allen Einwanderern das aktive und passive Stimmrecht für die Kommunal- und Regionalwahlen zu geben, erstmals für die Kommunalwahl im Herbst 1981; Voraussetzung: 3 Jahre Aufenthalt.
Finnland: Das Wahlrecht für Einwanderer gibt es schon seit einigen Jahren.
Frankreich: Während der neue Außenminister sich für die Einführung des Kommunalen Wahlrechts schon für 1983 aussprach, räumte der Staatssekretär für Einwanderung ein, daß das für 1983 noch nicht der Fall sein werde.

SPD: 'Mittel zur Integration'?

Folgerichtig geht die Diskussion in der SPD darum, ob das Kommunale Wahlrecht ein Mittel zur 'Integration' sei oder nicht. Nicht nur in der Hamburger SPD wird das Thema unter diesen ‚Integrationsgedanken' gestellt; auch die bayerische SPD-Landtagsfraktion begründete ihren Antrag auf den Rechtsausschuß des Landtags auf Prüfung der Gewährung des Kommunalen Wahlrechts damit, „die Ausländer besser einzubinden" (AK 101, 21.3.77).

Es gibt zahlreiche weitere Stimmen (z.B. SPD Hessen, Landesparteitag Hamburg) für das Kommunale Wahlrecht; sogar im SPD-Europawahlprogramm 1979 und im Kommunalpolitischen Grundsatzprogramm 1975 wurde diese Forderung erhoben. Jedoch werden Einschränkungen laut, daß Bemühungen für das Kommunale Wahlrecht nur dann erfolgreich sein würden, „ ... *wenn sie* (die Ausländer – d.V.) *in deutschen Parteien Fuß fassen können*" („Stadtpost" Hannover, Juni '79).

Deutlichere Bedenken meldete der „Ausländer-Experte" der SPD, Herr Urbaniak, an, der zu einer Diskussion darüber aufrief, ob sich ein Kommunales Wahlrecht unter Integrationsgesichtspunkten nicht eher schädlich als nützlich auswirken würde („Neue", 21.2.81).

Eindeutige Ablehnung gibt es nicht nur vom SPD-Landesparteitag Westberlin, sondern von höchster Stelle; So stellte Kanzler Schmidt fest, daß mit dem Wahlrecht das Problem der Eingliederung (=Integration) noch nicht mal „angekratzt" würde („FAZ", 11.6.80).

Frontal stießen beide Positionen auf dem SPD-Bundesparteitag letzten Jahres in Essen aufeinander, auf dem nach lebhaften Auseinandersetzungen die kompromißgeschulten Sozialdemokraten die Forderung nach einem Kommunalen Wahlrecht zwar verabschiedeten, jedoch nicht ins Wahlprogramm übernahmen.

Hier und auch in der Nichtverwirklichung der Forderung in den Bundesländern, in denen die SPD dieses praktisch durchsetzen könnte (z.B. Hamburg, Hessen), spiegelt sich die Debatte in der SPD wider, ob das Kommunale Wahlrecht ein nützliches Mittel im Sinne sozialdemokratischer Integrationsstrategie (siehe hierzu AK 191, S. 27) wäre oder nicht.

Für Hamburg wäre nach Aussage des damaligen Bürgermeisters Klose nicht vor 1986 mit der Einführung zu rechnen. Dies mit Hinweis auf juristische, sog. „rein rechtliche" Schwierigkeiten. Jedoch gibt es ein von der Hamburger Arbeits- und Sozialbehörde in Auftrag gegebenes Gutachten, das im Kern feststellt, daß der Gewährung eines Kommunalen Wahlrechts in Hamburg (d.h. für die Bezirksversammlungen) keine zwingenden Rechtsvorschriften im Wege stehen. Die Tatsache, daß die Bezirksversammlungen in Hamburg kaum etwas mit einem kommunalen Selbstverwaltungsorgan gemein haben, bleibt hier mal außen vor. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion forderte nunmehr den Senat auf, bis Anfang 1983 seine Vorstellungen vorzulegen („Hamburger Abendblatt", 13.4.81).

CDU-Zynismus: Keine „Alis" im Parlament

Die Ebene der „zwingenden Rechtsvorschriften" ist genau die Richtung, in die CDU/CSU die Diskussion um das Wahlrecht haben wollen. Schließlich haben die Konservativen in der Juristerei die meisten Aktien drin. Mit dem Hinweis auf das Grundgesetz, das Wahlen lediglich für „das Volk" (in der CDU-Interpretation automatisch: „deutsches Volk") vorsieht, will die CDU ihre konsequent ausländerfeindlichen Vorstellungen rechtfertigen.

Mit der demagogischen Propaganda, daß in den Stadträten und Ortsausschüssen bald die „Alis" und „Mustafas" regieren würden, wird nicht nur in zynischer Weise rassistisches Gedankengut gestärkt, sondern neue ausländerfeindliche Potentiale zu schaffen versucht. CSU-Landtagsabgeordneter Hundhammer: „*Es ist aus politischen Gründen unmöglich, daß Ausländer Entscheidungen darüber treffen, wie wir zu leben haben*" (nach „UZ").

Hierzu flankierend die durch nichts zu belegenden Behauptungen, daß durch das Kommunale Wahlrecht die politischen Verhältnisse der Heimatländer übertragen werden würden, was eine Radikalisierung zur Folge hätte.

Des weiteren strapazieren christdemokratische und -soziale Politiker den Hinweis, daß den Ausländern zwar ein Recht zugestanden werden solle, jedoch keine Pflicht, nämlich Wehrpflicht, abverlangt werden könne. Ob die CDU in der Konsequenz beabsichtigt, den westdeutschen Frauen das Wahlrecht zu entziehen, war bisher nicht zu erfahren.

Ein weiterer Aspekt bei der Nichtgewährung, wenn auch kein entscheidender, ist das vermutete Wählerverhalten der ausländischen Kolleginnen und Kollegen. So klagt die CDU darüber, „*daß bei der politischen Linken die Hoffnung besteht, mit den ausländischen Arbeitnehmern ihre Basis zu verstärken*" („Spiegel", 5.1.81). Ganz unbegründet dürfte diese Angst wohl nicht sein.

Aber auch die Integrationsdebatte à la SPD scheint nicht völlig an den Konservativen vorbeigegangen zu sein, wenn F.J.S. gegen das Kommunale Wahlrecht zu Felde zieht, weil dies die Bildung neuer „volksorientierter" Parteien nach sich ziehen und damit nicht zur Integration führen würde („FR", 9.12.80).

Als ihre Alternative, und speziell auch gegen das Kommunale Wahlrecht gerichtet, bietet die CDU die Schaffung von kommunalen Ausländerbeiräten und die Einbürgerung an. Für letzteres sollen die Möglichkeiten nach „angemessener Aufenthaltsdauer" geringfügig erleichtert werden, um eine Minderheit „eindeutschen" zu können. Für die Mehrheit der bei uns lebenden Ausländer soll und kann dieses Verfahren keine Alternative sein, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Annahme der BRD-Staatsbürgerschaft automatisch zum Verlust der Staatsbürgerschaft des Heimatlandes führen würde. Auch aus diesem Grund hat nur ein verschwindend geringer Teil jener Ausländer, die die derzeit geltenden Voraussetzungen zur „Einbürgerung" erfüllen würden, einen entsprechenden Antrag gestellt. Wer diesen Weg nicht gehen kann oder will, soll sich durch Ausländerbeiräte vertreten sehen, die oft von der CDU gemeinsam mit SPD und FDP zusammengezimmert werden und nicht mehr als belanglose („beratende") Mitwirkungsmöglichkeiten haben.

Dies ergibt zwar kein Kommunales Wahlrecht, dafür aber einen ebenso interessanten wie folgenlosen kommunalen Clinch der ortsansässigen Parteien, Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften darüber, wer für diesen Beirat die Kandidaten vorschlagen, wählen und ernennen darf.

Neben den von der CDU favorisierten Einbürgerungsmöglichkeiten für einen absoluten Bruchteil ist und bleibt das Kernstück der CDU-Propaganda die Schürung der Angst vor „Überfremdung", die Ausschlachtung der „Ausländerfrage" zum Aufbau eines weiteren innenpolitischen Sündenbocks und Feindbildes. Daran ändert sich auch nichts, wenn die CDU durchblicken läßt, daß sich die Frage anders stellen könnte, wenn die Mitgliedsstaaten der EG vereinbarten, in allen Mitglied-staaten das Kommunale Wahlrecht einzuführen („FAZ", 21.6.80). Das Motiv dieser Absichtserklärung liegt in den europapolitischen Interessen der CDU; faktisch bedeutet das eine Spaltung der Ausländer.

Die liberale Splitterpartei F.D.P. hat zwar die Forderung nach einem Kommunalwahlrecht in ihr Bundestagswahlprogramm 1980 aufgenommen, jedoch keine Bereitschaft gezeigt, dies in die Tat umzusetzen. Sie ist auch örtlich völlig damit beschäftigt, zusammen mit der SPD und CDU an Ausländerbeiräten zu basteln. Besonders stark setzt sich der Landesverband Hamburg mit seiner Vorsitzenden Schuchardt für das Kommunale Wahlrecht ein. Wie sich diese Position weiter entwickelt, bleibt abzuwarten, nicht zuletzt vor dem Hintergrund, daß in jeder ernsteren politischen Krise die Liberalität die „Liberalen" verläßt.

Gewerkschaften: Ja! Nein!

Kontrovers sind die Meinungen im DGB. Nachdem der Leiter der Abteilung Ausländische Arbeitnehmer beim DGB-Bundesvorstand, Heinz Richter, feststellt, daß durch die Gewährung des Kommunalen Wahlrechts kein zusätzlicher Arbeitsplatz geschaffen würde, kein Schul- oder Kindergartenplatz mehr entsteht und es außerdem kein höherwertiges Wahlrecht (für die Landtage und den Bundestag) und kein minderwertiges Wahlrecht (für die Kommunen) geben dürfe, spricht er sich eindeutig gegen das Kommunale Wahlrecht aus – in Übereinstimmung mit dem Beschluß des DGB-Bundesvorstands vom 7.2.78:



Titelbild der Broschüre des Ausländerkomitee's Westberlin.

„*Für den DGB ist das Wahlrecht zu parlamentarischen Körperschaften unteilbar. Für ihn kann es kein höheres oder minderwertiges Wahlrecht geben. Nach Auffassung des DGB handelt es sich bei diesem Wahlrecht nicht um ein isoliertes Arbeitnehmerrecht wie etwa bei betriebs- bzw. personalvertretungsrechtlichen Bestimmungen oder etwa dem Wahlrecht zu den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherung, sondern um ein Recht als Staatsbürger. Aus diesem Grunde sollte die Bundesrepublik Deutschland nicht einseitig dieses Recht an Bürger anderer Staaten – auch wenn sie sich längere Zeit in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten – verleihen. Eine gesamteuropäische Regelung dagegen wird vom DGB befürwortet*" („Welt der Arbeit", 8.2.79).

Doch gibt es auch eindeutige Stellungnahmen **dafür**, wie etwa der GEW-Landesverband Westberlin oder IG Metall-Chef Eugen Loderer, der jedoch ganz im Sinne der schon oben erwähnten SPD-Strategie das Kommunale Wahlrecht für ein probates Mittel hält, um vor allem die heimatlos gewordene zweite (!) Generation von Ausländern besser in die Gesellschaft einzufügen („Spiegel", 5.1.81).

Durchweg fast alle Gruppen und Organisationen, die sich mit den Lebensbedingungen der Ausländer befassen, bis hin zum Caritas-Verband und der Christlichen Arbeitnehmerbewegung Italiens (ACLI), fordern das Wahlrecht. In Hessen bildete sich 1979 eine „Initiative zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer", bestehend aus über zwei Dutzend Organisationen, Initiativen usw. Eine Broschüre von dieser Initiative kann bei der IAF, Tiberiusstr. 50, 6000 Frankfurt/M. 50, bestellt werden. Eine ähnliche Initiative führte im Juli 1978 in Westberlin eine Kampagne zur Einführung des Wahlrechts durch. Auch im Wahlprogramm der AL Westberlin und im Bundestagswahlprogramm 1980 der Grünen wurde die Forderung aufgestellt.

Natürlich hätte das Kommunale Wahlrecht an sich noch keine Verbesserung der sozialen, wirtschaftlichen, politischen und menschlichen Situation zur Folge und es setzt zumindest eine parlamentarische Vertretung voraus, die die Interessen der ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen (einschließlich ihrer Familien) auch wirklich vertritt. Dies ist zweifelsohne bei CDU/CDU/FDP nicht der Fall, aber auch nicht jede grün/alternative Liste beschäftigt sich mit diesen Fragen.

Die Propagierung und Durchsetzung des Kommunalen Wahlrechts dient heute dazu, dem Ziel der Gleichstellung und Gleichberechtigung aller ausländischen Männer, Frauen, Kinder und Jugendlichen näher zu kommen durch die Gewährung eines elementaren bürgerlichen Rechts, das die Anerkennung als **gleichrangige** Bürger/innen voraussetzt. Denn gerade diese Gleichrangigkeit und Gleichstellung (egal auf welcher rechtlichen, politischen oder sozialen Ebene) ist es, die die rechten Kräfte, die Rassisten und Ausländerfeinde aller Schattierungen, hassen wie die Pest. Jeder wirkliche Erfolg in der Gleichberechtigung engt den Wirkungsraum des Rassismus ein.

Das Kommunale Wahlrecht, das unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen zumindest potentiell durchsetzbar ist, kann nur ein Einstieg sein für die völlige Gleichberechtigung und Gleichstellung, und das bedeutet von der wahlrechtlichen Seite her: aktives und passives Wahlrecht aller Ausländer für den Bundestag und die Länderparlamente!

AG Ausländer



Arbeiterinnen und Arbeiter in einer Fabrik in Lublin

Frauen in der Solidarność

Im Juli dieses Jahres hatten einige linke Frauen aus Hamburg Gelegenheit, in Polen mit Arbeiterinnen und Frauen aus der Solidarnosc-Führung zu diskutieren. Sie sprachen in Lublin mit Busfahrerinnen und Textilarbeiterinnen und in Krakau mit Angestellten des dortigen größten Kaufhauses. Behindert wurden sie dabei mehrfach von Männern in sogenannten „höheren Stellungen", von Betriebsdirektoren, aber auch vom Leiter einer Betriebskommission von Solidarnosc,der es vorzog, stellvertretend für die Solidarnosc-Frauen mit den westdeutschen Besucherinnen über die Probleme der Frauen in Polen zu diskutieren.

Frauen in Polen

Arbeitende Frauen (der Großteil der polnischen Frauen ist werktätig) erhalten einen bezahlten Mutterschaftsurlaub von drei Monaten für jedes Kind. Im Gegensatz zur Situation in der BRD brauchen schwangere Frauen jedoch nicht zu befürchten, unter Druck gesetzt zu werden, die drei Monate nicht voll auszuschöpfen, weil ihr Arbeitsplatz sonst vielleicht von jemand anderem besetzt sein könnte. Auch Männer können unter den gleichen Bedingungen den Mutterschaftsurlaub antreten. Manche, aber offenbar nicht sehr viele Männer machen von dieser Möglichkeit Gebrauch.

den Mutterschaftsurlaub antreten. Manche, aber offenbar nicht sehr viele Männer machen von dieser Möglichkeit Gebrauch.

Die Abtreibung ist wie in der DDR bis zum dritten Monat legal und wird für die Frau kostenlos in einem zweitägigen Klinikaufenthalt durchgeführt. Allerdings veranstaltet der reaktionäre Klerus seit etlichen Jahren Psycho-Terror-Kampagnen auch hierzulande bekannten Stils gegen das Recht auf Abtreibung. (Zur Erinnerung: Über 90% der Polinnen sind katholisch). Weder die Partei (PVAP, die freilich sowieso nicht über viel Ansehen verfügt) noch Solidarnosc haben bislang gegen diese frauenfeindliche Hetze Front gemacht. Die meistbenutzte Verhütungsmethode ist die Pille. Daß die Propaganda des katholischen Klerus gegen j e g l i c h e Schwangerschaftsverhütung nicht ohne Auswirkungen bleibt, zeigt sich in der Tatsache, daß Frauen mit 4 bis 6 Kindern noch heute in Polen keine Seltenheit sind.

Mütter mit Kindern unter 14 Jahren haben zwei zusätzliche, allerdings unbezahlte, Urlaubstage im Jahr. Sind Kinder krank, können Frau und Mann für bis zu 60 Tagen im Jahr zusätzlich Freischichten bekommen. Wenn andere Familienmitglieder krank sind,können sie bis zu zwei Wochen zusätzlich Freischichten erhalten. Als die Hamburger Frauen den polnischen Arbeiterinnen berichteten, daß in der BRD Krankheit und Schwangerschaft von den Kapitalisten immer wieder ausgenutzt werden, um Frauen aus den Betrieben zu drängen, reagierten die in der Solidarnosc organisierten Kolleginnen empört: *„Warum protestieren die Frauen bei euch nicht dagegen?"*. Die Arbeiterinnen, mit denen die Hamburger Frauen sprachen, erklärten übereinstimmend, bei vergleichbarer Arbeit gebe es in Polen keinen Unterschied in der Entlohnung zwischen Frau und Mann. In den sogenannten Männerberufen sind Frauen in Polen (nach einem Bericht der Hamburger Frauen in der Zeitschrift „Was tun" zu urteilen) wesentlich stärker vertreten als z.B. in der BRD.

Viele Frauen arbeiten als Busfahrerinnen,Kranführerinnen, machen in Industriebetrieben auch schwere Arbeit und üben leitende Tätigkeiten sowie Kontrollfunktionen aus. Allerdings gibt es vor allem im sozialen Bereich sowie in bestimmten anderen Dienstleistungsberufen immer noch eine Überrepräsentation von Frauen. So sind z.B. 75% der Belegschaft des Krankenhauses in Lublin Frauen,und in dem größten Warenhaus von Krakau, 'Jubilat', sind die meisten der 400 Beschäftigten Frauen. Obwohl die Männer in diesem Kaufhaus nur 10% der Belegschaft sind, stellen sie 20% der Abteilungsleiter und 40 % der höheren Verwaltungsposten. Insgesamt hat die Hamburger Frauen-

10% der Belegschaft sind, stellen sie 20% der Abteilungsleiter und 40 % der höheren Verwaltungsposten. Insgesamt hat die Hamburger Frauen-

reisegruppe bei ihrem Polenbesuch den Eindruck gewonnen, *„daß die Frauen zwar im gleichen Beruf nicht anders bezahlt werden als die Männer, aber doch vorrangig Berufe ausüben, die vom Staat und der Partei als weniger wertvoll eingestuft werden und in die die polnische Gesellschaft entsprechend wenig investiert"*(Andrea Klein in: „Was tun ",Zeitung der GIM,28.8.).

Es ist angebracht, in Polen derzeit von einer Dreifachbelastung der arbeitenden Frauen zu sprechen. Zusätzlich zur beruflichen Arbeit und der Arbeit im Haushalt kommt das oft stundenlange Anstehen nach Lebensmitteln. Die „Herren der Schöpfung" in Polen ziehen es derzeit leider meist noch vor, sich höchstens mal nach Wodka oder Zigaretten anzustellen. Vielfach versuchen Frauen, in den Wohnblocks Nachbarschaftshilfe zu organisieren, d.h. daß abwechselnd jeweils eine Frau für mehrere einkauft. Bei leicht aufzuteilenden Lebensmitteln wie Reis und Nudeln klappt das meist ganz gut; bei Dingen wie Fleisch, Gemüse und Obst wird's natürlich etwas schwieriger.

Als die Hamburger Frauen versuchten, mit ihren polnischen Gesprächspartnerinnen die Frage einer anderen Rollenverteilung und einer stärkeren Vergesellschaftung von Familienfunktionen zu diskutieren, stießen sie auf unterschiedliche Reaktionen: Während einige Frauen, offensichtlich geprägt von den Auffassungen der katholischen Kirche, „den natürlichen Platz der Frau in der Familie" sahen, erklärten andere, die Männer könnten sich durchaus stärker an Dingen wie Hausarbeit und Kindererziehung beteiligen. *„Die Vergesellschaft von Familienfunktionen ist für sie* (die polnischen Frauen - Anm.AK) *solange nicht attraktiv, wie sie damit die bürokratische Gängelung und die Indoktrination durch den Staat verbinden"* (Andrea Klein,ebd.).

Solidarnosc – Frauen contra Walesa

Unter den 18 Mitgliedern des überbetrieblichen Streikkomitees von Gdansk, das Ende August 1980 das Danziger Abkommen mit der Regierung aushandelte und unterzeichnete, waren nur drei Frauen. Mit zwei von ihnen, Alina Pinkowska und Anna Walentynowicz, machte Hamburger Reisegruppe ein Interview. (Zur Information vorweg: Heute sind nach Angaben der Reisegruppe 95% der arbeitenden Frauen in Polen in der Solidarnosc organisiert).

view. (Zur Information vorweg: Heute sind nach Angaben der Reisegruppe 95% der arbeitenden Frauen in Polen in der Solidarnosc organisiert).

Alina Pinkowska ist heute Mitglied im Präsidium (der Leitung) von Solidarnosc und ist von der Gewerkschaft für diese Arbeit freigestellt. Schon vor den August-Streiks 1980 hat Alina mit der sozialdemokratisch orientierten Oppositionsgruppe KOR sympathisiert und für sie gespendet. Das KOR unterstützte nach 1976/77 Bemühungen, unabhängige Gewerkschaftsgruppen aufzubauen. Im April 1978 wurde in Gdansk eine illegale Gewerkschaftsgruppe gegründet, die die ebenfalls illegale Zeitschrift „Der Küstenarbeiter" herausgab. Zu dieser Gruppe gehörten u.a. Lech Walesa, Andrzej Gwiazda, Bogdan Borusewicz vom KOR, Anna Walentinowicz und Alina Pinkowska. Außer Anna Walentynowicz sind alle heute Mitglieder des Präsidiums der Solidarnosc. Zu Beginn des Streiks auf der Lenin- Werft war es vor allem das mutige Auftreten der jungen Krankenschwester Alina Pinkowska, das einen Zusammenbruch des Streiks verhinderte. Alina Pinkowska hat erhebliche Kritik an Solidarnosc - Chef Lech Walesa: *„Unsere Frauen z.B. wollen nicht in die Nationale Front (*derzeit von der Partei geführtes Bündnis staatstragender politischer Kräfte in Polen, das die PVAP gerne um Solidarnosc und den Klerus erweitern würde – Anm.AK) *Aber Walesa ist dafür, daß die Solidarnosc in die Nationale Front geht, daß sie Abmachungen mit der Regierung trifft. So trifft er sich auch unter vier Augen mit Kania und trifft inoffizielle Abmachungen, über die die Solidarnosc nicht ausreichend informiert wird"*.



Auf Betreiben Walesas kaltgestellt: Anna Walentynowicz, Streikführerin von der Leninwerft in Gdansk

Auf Betreiben Walesas kaltgestellt: Anna Walentynowicz, Streikführerin von der Leninwerft in Gdansk

Alina Pinkowska ist Delegierte des 1. Kongresses der Solidarnosc. Bei den Wahlen auf dem Kongreß, der von der UdSSR als „antisozialistische Orgie" diffamiert wird, wird sie anstelle von Walesa dessen derzeitigen Stellvertreter Andrzesj Gwiazda wählen. Walesa orientiert sich bekanntlich auch politisch stark am katholischen Klerus, er setzt vor allem auf die Berater des „Klubs Intellektueller Katholiken",KIK, und bemühte sich erfolgreich darum, daß ein Redakteur der KIK-Zeitung, Tadeusz Masowiecki, die Position des Chefredakteurs des Zentralorgans von Solidarnosc erhielt. Andrzej Gwiazda hingegen setzt mehr auf das sozialdemokratisch orientierte KOR und dessen Berater, wie Jacek Kuron. Die 32 Mitglieder des KOR, von denen Jacek Kuron und Adam Michnik, häufig Gastautoren in der „Welt" und im „Spiegel", in der BRD am bekanntesten sind,nannte Anrzesj Gwiazda *„zum Großteil meine Freunde, und es ist eine Ehre für mich, daß ich sie meine Freunde nennen kann"*(1).

Zur Frage, welche Rolle Frauenprobleme heute in der Arbeit von Solidarnosc spielen, meinte Alina Pinkowska: **„Im August 1980 waren die Frauen z.B. in Gdansk sehr aktiv beim Aufbau der Solidarnosc und beim Streik. Sie haben dabei nicht auf die speziellen Probleme der Frauen geachtet, sondern für die Rechte aller Menschen gekämpft. Natürlich hängt eine Verbesserung der Lage der Frauen auch davon ab, daß sich die allgemeine wirtschaftliche Lage bessert. Aber unsere konkreten Forderungen, die für uns Frauen wichtig sind, konnten wir bis jetzt nicht durchsetzen: so sollte in der zweiten Jahreshälfte die Regelung für einen dreijährigen Mutterschaftsurlaub in Kraft treten, aber diese Forderung wurde wie die übrigen 20 Forderungen von Gdansk noch immer nicht erfüllt... Insgesamt habe ich festgestellt, daß wir doch mehr um die Frauensache kämpfen müssen. Das Leben der Frauen ist in Polen immer noch sehr schwer, sie müssen Haushalt und Arbeit und gesellschaftliche Arbeit leisten. Anna (Walentynowicz, eine Streikführerin aus Gdansk - Anm.AK) und ich können nur so viel für die Solidarnosc tun, weil wir Witwen sind, sonst würde unser Haushalt leiden..."**

Im auf dem Kongreß neu zu wählenden Solidarnosc-Präsidium wird Alina vermutlich die einzige Frau sein, da Joanna Duda-Gwiazda (verheiratet mit Andrzej Gwiazda) und Anna Walentynowicz nicht wieder gewählt wurden. Uns liegen leider keine Angaben über das Zahlenverhältnis von männlichen und weiblichen Delegierten auf dem Solidarnosc-Kongreß vor – in der Presse ver-

gewählt wurden. Uns liegen leider keine Angaben über das Zahlenverhältnis von männlichen und weiblichen Delegierten auf dem Solidarnosc-Kongreß vor

– in der Presse veröffentlichte Fotos deuten allerdings darauf hin, daß der Anteil der Frauen unter den Delegierten höher ist, als im politisch- gesellschaftlichen Leben Polens sonst üblich. Auch die Kranführerin Anna Walentynowicz, deren Entlassung im August 1980 der Auslöser für den Streik auf der Lenin-Werft war, nahm gegenüber der Hamburger Reisegruppe zu den Widersprüche in der Solidarnosc und deren Führung Stellung: *„Walesa will das KOR nicht achten. Es ist 1976 entstanden, weil den Arbeitern soviel Schlimmes widerfahren ist. Heute will Walesa es ausstreichen... Walesa will selbst an die Spitze und will jeden abstellen, der besser ist als er"* Auf die Frage, was sie in Zukunft tun werde, da sie kein Mandat für die Leitungswahlen von Solidarnosc bekommen hat, meint Anna Walentynowicz: **„Ich will selbst wieder auf der Werft arbeiten. Der Direktor, der seit den Streiks 1980 immer noch nicht abgelöst worden ist, will zwar gerne, daß ich in Rente gehe. Ich will wieder arbeiten, um bei meinen Kollegen und Kolleginnen zu sein, die jetzt Angst haben, gegen Walesa etwas zu sagen"**. Auf die Frage, welche politische Vorstellung von einer Alter-

Fortsetzung nächste Seite

Es sind vor allem Frauen, die heute in Polen täglich stundenland nach Lebensmitteln anstehen



Fortsetzung von vorh. S.

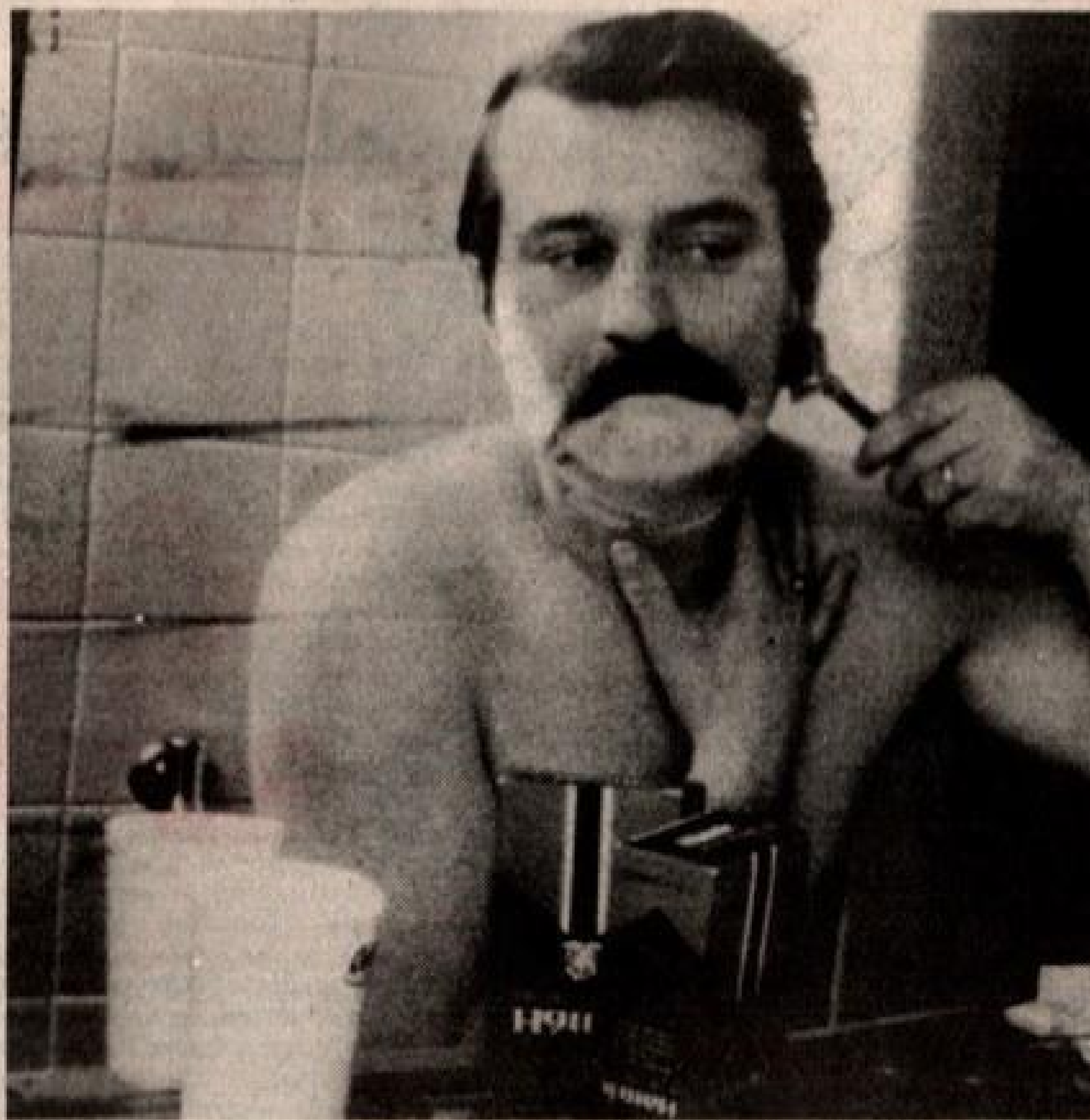
native zur derzeitigen Regierung sie habe, meint Anna: *„Demokratie! Die Lage der Arbeitenden kann nur durch wirtschaftliche Reformen geändert werden. Aber die Regierung will keinen ranlassen, um sie durchzuführen. Die Regierung handelt gegen das Interesse des Volkes. Das Problem der Arbeiter ist auf der ganzen Welt das gleiche. Es hängt entscheidend davon ab, w e r in der Regierung ist. Sendet bitte viele Grüße an die Frauen."*

In der Gegenrede: Lech Walesa

Die Hamburger Frauen hatten auch Gelegenheit, Lech Walesa zu interviewen. Auf die Frage, welche Strömung, welche Organisation die Hauptrolle bei der Bildung von Solidarnosc gespielt hätte, entgegnete Walesa: *„Die Kirche war an erster Stelle bei der Geburt der freien Gewerkschaft beteiligt und quasi als zweites Elternteil das KOR"*. Zu der Frage, ob das KOR aufgelöst werden solle, meint Walesa: *„Das ist nicht meine Sache. Aber der Sohn ist schon groß geworden, und der Sohn kann sich ohne den Vater selbst weiterentwickeln"*. Als die Hamburger Frauen ihn fragen, warum Anna Walentynowicz kein Mandat mehr für die Präsidiumswahlen von Solidarnosc bekommen hätte, antwortet Walesa mit der ihm eigenen Dreistigkeit: *„Das hat die Werft* (gemeint sind die Solidarnosc-Mitglieder auf der Lenin-Werft in Gdansk - Anm.AK) *so entschieden. Wenn es mich getroffen hätte, würde ich mich ganz ruhig verhalten und nicht soviel Musik machen ..."* (Würde er schon, wie wir ihn kennen!). Ohne konkrete Fakten vorweisen zu können, beschimpft Walesa Anna Walentinowicz als faul: *„Anna war verantwortlich für die Buchhaltung. Man muß sehen, ob sie ihre Pflicht als Buchhalterin erfüllt hat. Man muß fleißig sein, und wenn einer innerhalb von 3 Monaten nicht fleißig war, so muß er gehen"* (Interviews in „was tun", 30.7.). Die Tatsache, daß dieser Mann den Segen des Vatikans und der „westlichen" Medien bis hin zum in Polen vielgehörten „Radio Free Europe" des CIA hat, dürfte es der innergewerkschaftlichen Opposition erschweren, Walesa auf dem Solidarnosc- Kongreß einen wohlverdienten Denkzettel zu verpassen.

U., RgW- Kommission

Anmerkung:
(1) Andrzej Gwiazda, in: Tita Gaehme (Hrsg.): Aber eines Tages war das nicht mehr so – Polen 1980, Köln 1981, S.58.



"Immer Ärger mit den Frauen, faul und auch noch renitent ..."

FRAUENFILMTAGE

in Bergedorf

VON FRAUEN FÜR FRAUEN

Im Oktober wird das Bergedorfer FRAUENFORUM, ein Zusammenschluß von Frauen aus 7 Frauengruppen der Umgebung sowie einzelnen Frauen, seine ersten FRAUENFILMTAGE veranstalten. Das inhaltliche Angebot reicht von "Gewalt gegen Frauen" ("Ein Prozeß wegen Vergewaltigung") über ausländische Frauen ("Das höchste Gut einer Frau ist ihr Schweigen") bis zu Filmen wie "Nehmen Sie es wie ein Mann, Madame".

Das FRAUENFORUM gibt es seit ca. 1/2 Jahr. Es wurde gegründet zur Diskussion und Vorbereitung um die FRAUENFILMTAGE. Darüber hinaus haben die Frauen beschlossen, auch an anderen frauenspezifischen Themen zusammenzuarbeiten. Erstellt wurde bislang ein Flugblatt "Frauen verweigert den Kriegsdienst!", verbunden mit einer entsprechenden Unterschriftenaktion.

Übrigens, auch für andere Frauengruppen sehr wissenswert: Für die Durchführung der FRAUENFILMTAGE haben die Frauen einen Zuschuß von der Kulturbehörde, Referat Stadtteilkultur bekommen.

Eine Genossin der BO-Bergedorf

Geheimnis der Homosexualität aufgeklärt!

Ein Rätsel, das von Aristoteles über Paracelsus bis Sauerbruch die Gelehrten faszinierte, scheint nun gelöst: Die Entstehung der Homosexualität. Schuld sind die Gestirne. Details dazu in folgendem Artikel, den wir ohne freundliche Genehmigung der BILD-Zeitung vom 2.9. entnahmen.

Helfen Sie mir Elizabeth

Lesbische Freundin oder Ehemann – wem gehöre ich?

Liebe Elizabeth,

ich bin verheiratet, habe eine Tochter (19), einen Sohn (15). Seit ich vor zwei Jahren von einer Frau massiert wurde, habe ich das Bedürfnis, Frauen zu lieben. Ich wurde nicht verführt – nein –, es kam plötzlich über mich. **Damit werde ich nicht fertig, obwohl mein Mann sehr tolerant ist und alles akzeptiert!** Denn seit einem Jahr habe ich eine feste Freundin und stehe zwischen meinem Mann, den ich liebe und nicht aufgeben möchte, und meiner Freundin, zu der ich mich hingezogen fühle. Mein Verstand versagt – was soll ich tun?

Maria, Steinbock (12. 1. 29), mein Mann ist Waage (14. 10. 39), meine Freundin Waage (10. 10. 45).

Zu keinem! Eine ganz neue Liebe kommt . . .

Liebe Maria,

Ihr Fall fesselt mich. Die Tiefenpsychologie würde sagen, daß Ihre Neigung zur Homosexualität unterschwellig vorhanden war, aber durch gesellschaftliche Tabus unterdrückt wurde. Die Astrologie erklärt das so:

Sie sind Steinbock. Dieses Sternzeichen zeichnet sich durch Selbstkontrolle, Zurückhaltung und Hemmungen aus. Ein Steinbock wird wie kaum ein anderes Zeichen von Verboten beherrscht.

Ihr Geburtshoroskop zeigt darüberhinaus ein starkes Bedürfnis nach Ausgeglichenheit, Ernsthaftigkeit und Treue, aber auch die Suche nach zügelloser Sinnlichkeit. Schuld sind Venus und Jupiter, die bei Ihnen im Quadrat stehen.

Ihre lesbische Neigung brach deshalb vor zwei Jahren durch, weil Sie zwischen Dezember 79 und Oktober 80 (wie übrigens alle um den 12. 1. geborenen Steinböcke) unter Pluto litten, der stets Veränderungen verursacht.

Keine Angst, dieses planetarische Ungewitter kommt nur einmal im Leben vor – alle 43 Jahre.

Im Geburtshoroskop Ihres Waage-Mannes habe ich „Suche nach ewiger Liebe" entdeckt, Gefühlsunsicherheit und Enttäuschung! Zwar gibt es zwischen Steinbock und Waage anfangs eine starke sexuelle Anziehung, aber auf Dauer überwiegen einfach die vielen Unterschiede.

Bereuen Sie nichts, Maria!

Ihre Waage-Freundin hat Ihnen Ihre sexuellen Bedürfnisse bewußt gemacht. Sie wirkte auf Sie wie eine geheimnisvolle, aufregende Herausforderung – auch wenn ich nicht glaube, daß sie mit ihr schon die ideale Verbindung gefunden haben. Es gibt im allgemeinen zu viele Charakterunterschiede zwischen Steinbock und Waage. Deshalb gehen solche Affären oft zu Ende!

Nehmen Sie's nicht schwer. Im Dezember 1982 werden Sie sich abermals neu verlieben – auf den ersten Blick sogar! Mein Rat: Leben Sie Ihr eigenes Leben, man hat nur eins!

Elizabeth Teissier

Elizabeth Teissier, die große Astrologin, löst die persönlichen Probleme von BILD-Lesern

Kinsey-Institut: Homosexualität angeblich biologisch bedingt

Nach einem Bericht der „Frankfurter Rundschau" vom 27.8. hat das Kinsey-Institut in New York 1500 homosexuelle Personen 1969/70 mit jeweils 200 Fragen interviewt. Warum erst heute darüber berichtet wird, ist ein Rätsel oder paßt sehr gut in die derzeitige Welle biologistischer Erklärungsversuche für Homosexualität.

Nach dieser Untersuchung ist die sexuelle Orientierung des Kindes an der Rolle der Eltern bisher überbewertet worden. Die Befragung ergab, daß *„Mädchen mit dominanten Müttern und schwachen Vätern nicht häufiger homosexuell (werden) als solche, die in einer ‚idealen' (!) Familienstruktur* (wo der Vater das Sagen hat) *aufwachsen. Homosexuelle Neigung zeige sich zuerst meist in der Unfähigkeit, Rollennormen zu leben; leichtes abweichendes Rollenverhalten bei Jugendlichen zeige die sexuelle Devianz frühzeitig an. Weniger Kontakte zum anderen Geschlecht seien nicht Ursache, sondern Ausdruck vom Andersfühlen der Abweichler"*.

So sehr sich die Wissenschaftler vom Kinsey-Institut auch bemühten, *„nichtbiologische Theorien über das Entstehen homosexuellen Verhaltens auf ihre Gültigkeit zu testen... haben diese (Theorien) nicht standgehalten"*. Das ‚Neue' an den Untersuchungsergebnissen von Kinsey ist nun, daß *„die Homosexualität ebenso wie die Heterosexualität fest im Individuum verwurzelt (ist) und nicht auf irgendwelche einzelnen psychologischen oder sozialen Ereignisse oder Hintergründe zurückgeführt werden (könne)"*.

Na, da ist die Welt ja wieder - diesmal auch noch wissenschaftlich untermauert - in Ordnung!

Eine Genossin der AG Lesben

Leserbrief zum Pinneberger Vergewaltigungsprozeß

Durch den Artikel in AK 208 fühlte ich mich über das, was im Itzehoer Gerichtssaal abgelaufen war, recht gut informiert; eine Sache ist mir aber unklar geblieben: Wie ist es möglich, daß in dem Artikel RA Maeffert Engagement zugunsten seiner Mandantin bescheinigt wird?

Mir ist nicht bekannt, daß RA Maeffert seine Position in puncto Verteidigung von Vergewaltigern durch linke Anwälte revidiert hätte.

Noch im Revisionsverfahren im Moses-Harry-Prozeß gab er sich als Zeuge für angebliche Stimmungsmache von Frauen zugunsten der vergewaltigten Frauen her. Er bezeugte damals – auf Antrag der Verteidigung –, eine Wandzeitung im „Arbeiterbuch" gesehen zu haben. Und mit Hinweis auf den angeblich durch die Frauenöffentlichkeit verursachten mißlichen Ausgang des Moses-Harry-Prozesses soll er vor Prozeßbeginn Inge B. von einer solchen Öffentlichkeit abgeraten haben.

Daß Maeffert Polizeizeugen auseinandernehmen kann, ist bekannt; aber das reicht eigentlich nicht für eine Nebenklagevertretung im Vergewaltigungsprozeß.

Ich würde dazu gerne etwas lesen!

A., Hamburg

„Wir sägen am Sexualstrafrecht–Weg mit dem § 175!"
Nationaler Aktionstag am 3.10.

Aus immer mehr Städten kommen die Meldungen über geplante Aktivitäten im Rahmen des gemeinsamen Aktionstages am 3.1o. Damit erfüllt sich die Hoffnung der Organisatoren des nationalen Schwulengruppentreffen vom 2o.6. in Hamburg. Damals hatten über 90 Aktivisten aus 25 Städten/Gruppen sich auf dezentrale Unternehmungen an diesem Tag geeinigt, die alle unter dem obigen Motto stehen sollen. Damit sollte vor allem in Ergänzung zu überregionalen Vorhaben (wie Unterschriftensammlungen, Anzeigenkampagnen) das Wirken der örtlichen Schwulengruppen in die Öffentlichkeit hinein wiederbelebt werden.

Den jeweiligen Gruppen blieb dabei die Ausführung der gewählten Aktionsform und die inhaltliche Gestaltung selbst überlassen, allein das verbindende Motto ist vorgegeben. So erklärt sich auch der weite Rahmen der bevorstehenden Angebote.

Das übergeordnete Element wird durch eine zentrale Pressemitteilung an dpa usw. vor und nach dem Aktionstag, sowie eine umfassende Darstellung im ROSA FLIEDER und ein Nachbereitungswochenende für alle Aktivisten in Göttingen durch das ROSA FLIEDER-Kollektiv organisiert.

Die Pressemitteilung sollte von den noch nicht erfassten Gruppen bis spätestens zum 30.9. ergänzt werden durch Anruf in Nürnberg (s.u.).

Die Meldungen über den Verlauf der Aktionen sollten noch am selben Wochenende in Nürnberg eintreffen. Dort ist das Büro am Samstag von 13 bis 20 Uhr und am Sonntag von 8 bis 12 Uhr besetzt (Tel.: 0911/268220). Redaktionsschluß für den neuen ROSA FLIEDER ist Dienstag, der 6.10., Erscheinungsdatum soll der 12.10. sein. Fotos und Berichte müssen also bis spätestens 6.10. dort eingetroffen sein!

Das zweite nationale Schwulengruppentreffen findet am 17./18.10. in Göttingen im „Waldschlößchen" statt (Tel.: 05592/1240) – nähere Auskünfte (auch zur Vorbereitung) vom ROSA FLIEDER. In Göttingen ist dann auch das neue Heft bereit.

Bis zum 23.9. waren folgende Aktivitäten gemeldet:

Regensburg: Büchertisch in der Fußgängerzone (FGZ)
Lahr: vorm. Flugblattaktion
abends Theater im Zentrum mit Travestie
München: Infostand FGZ
Braunschweig: Büchertisch, Infostand, Flugblattaktion FGZ
Tübingen: Infostand, Plakatwände in der FGZ
Köln: Infostand FGZ
Bielefeld: Demonstration, Kundgebung; abends Fete
Ludwigshafen: Flugblattaktion
Mannheim: Schwule Woche vom 3. bis 12.10.
Straßentheater und Infostand in der FGZ ab 11.00 Uhr am 3.10.
Hamburg: Riesenfete in der Markthalle
Bremen: Flugblattaktion FGZ
Nürnberg: Infotisch, Plakatwände, Flugblattaktion, Straßentheater in der FGZ ab 11.00 Uhr
Sonntag: Fete, Theater, Travestie im KOMM
Westberlin: Infostand (Theater?) FGZ
Paderborn: Büchertisch
Detmold: Büchertisch

Alle Interessierten, die noch etwas wissen, planen oder melden wollen können sich wenden an das

ROSA FLIEDER Kollektiv
c/o Wolfgang Kaaden
Lobsingerstr. 14
8500 Nürnberg 90
oder telefonisch an
Büro: 0911/268220
Wolfgang: 0911/372150 und 0911/330539
Klaus/Needle: 0911/374045

Aspekte zur Vergesellschaftung der Literatur

An Walter Benjamin, der sich auf Der Flucht vor Hitler entleibte

Ermattungstaktik war's, was dir behagte
Am Schachtisch sitzend in des Birnbaums Schatten.
Der Feind, der dich von deinen Büchern jagte
Läßt sich von unsereinem nicht ermatten.

Zum Freitod des Flüchtlings W.B.

Ich höre, daß du die Hand gegen dich erhoben hast
Dem Schlächter zuvorkommend.
Acht Jahre verbannt, den Aufstieg des Feindes beobachtend
Zuletzt an eine unüberschreitbare Grenze getrieben
Hast du, heißt es, eine überschreitbare überschritten.

Reiche stürzen. Die Bandenführer
Schreiten daher wie Staatsmänner. Die Völker
Sieht man nicht mehr unter den Rüstungen.

So liegt die Zukunft in Finsternis, und die guten Kräfte
Sind schwach. All das sahst du
Als du den quälbaren Leib zerstörtest.

I.

Walter Benjamin, geboren 1892 in Berlin, ging am 27. September 1940 in Port Bou (Spanien) aus Furcht vor der Verhaftung durch die Gestapo in den Freitod. Der materialistische Kunsttheoretiker Benjamin ist nach kurzer Auferstehung 1968 (oh dieses Datum) wieder verschütt gegangen, die bürgerliche Literaturwissenschaft beschäftigt sich ohnedies lieber mit seinen früheren, mehr metaphysisch orientierten Arbeiten.

Hier kann es mir nicht darum gehen, Benjamins Gesamtwerk aufgrund der frisch herausgekommenen „Gesammelten Schriften" (edition Suhrkamp, 12 Bände, 128 DM) aus heutiger Sicht zu beurteilen oder zu analysieren. Ich will vielmehr einige Aspekte in dem Aufsatz „*Der Autor als Produzent*" auf ihre heutige Aktualität und Bedeutung hin untersuchen.

II.

In dem 1934 verfertigten Aufsatz versucht Benjamin den Begriff der „Technik" in die Debatte um Sinn und Qualität sogenannter „Tendenzliteratur" einzuführen: Die Frage nach dem Verhältnis von Form und Inhalt (oder Tendenz und Qualität) erscheint ihm undialektisch, ihn interessiert die sehr präzise beantwortbare Frage nach der „*Funktion, die das Werk innerhalb der schriftstellerischen Produktionsverhältnisse seiner Zeit*" (1) hat, welche Technik sie also benutzen. Ein Werk kann in der literarischen Technik rückschrittlich oder fortschrittlich sein.

„*Technik ist Produkt des Arbeitsprozesses* [...] *Ihre wesentliche, ursprünglich ausschließliche Bestimmung ist die als Arbeitsmittel, und zwar als Produktionsinstrument*" (2).

Die Technik dient also dazu, einen Arbeitsgegenstand, im Falle der Literatur die Sprache, „*zweckmäßig zu verändern*" (3).

Am Beispiel Tretjakovs und der sowjetrussischen Literatur führt Benjamin dann vor, daß ein wichtiger Ansatzpunkt zur Weiterentwicklung der Literatur die Veränderung ihrer Ausdrucksformen ist. Es habe, führt er an, nicht immer Romane, Dramen oder Gedichte gegeben, und Rhetorik, Fälschungen oder Übersetzungen seien nicht immer so belanglos gewesen wie nun. Der gewaltigste Umschmelzungsprozeß finde sich bei der Zeitung, die eine Mixtur verschiedenster Gattungen, Inhalte und Stile sei. In ihrer sowjetrussischen Ausprägung ginge zudem die Trennung zwischen Autor und Leser, zwischen sachverständigem Schreiber und aufnehmendem Leser allmählich verloren. Da die Zeitung in Deutschland freilich sich in den Händen des Kapitals befinde, scheide sie hier als taugliches Produktionsmittel vorerst aus. Wichtig sei es aber, und damit auch entscheidendes Kriterium für den Fortschritt in der literarischen Technik, wieweit die Autoren den Produktionsapparat nicht nur belieferten, sondern ihn zugleich im Sinne des Sozialismus veränderten. Da Benjamin gleichzeitig feststellt, daß die Veränderung des Apparates nicht durch eine revolutionäre Thematik alleine möglich sei — weil „*ein erheblicher Teil der sogenannten linken Literatur gar keine andere gesellschaftliche Funktion besaß, als der politischen Situation immer neue Effekte zur Unterhaltung des Publikums abzugewinnen*" — fordert er, daß der Schriftsteller die seiner Tendenz innewohnende Haltung in seinem Bereich — dem Schreiben — auch vormacht. Er soll also die „*Vergesellschaftung der geistigen Produktionsmittel*" (4) fördern, seine Arbeiten sollen Modellcharakter haben, der andere Produzenten zur Produktion anleitet, ihnen auch eine Klarheit über die Wirklichkeit des Apparates, der sie besitzt, verschafft. Literatur kann für Benjamin nicht mehr bedeuten, den „*längst verfälschten Reichtum der schöpferischen Persönlichkeit in neuen Meisterwerken zur Schau zu stellen*" (5), sondern die allgemeinen Lebensverhältnisse zu literarisieren, „*denn der revolutionäre Kampf spielt sich nicht zwischen Kapitalismus und dem Geist, sondern zwischen Kapitalismus und dem Proletariat ab*" (6).

III.

Fortschritte seit Benjamin sind wenig zu verzeichnen, so muß wohl das erste Fazit beim Lesen des Aufsatzes lauten. Die Zeitungen sind immer noch in der Hand des Kapitals, die ‚linken' Literaten (Grüßgott, Herr H.M. Enzensberger) sind nach kurzem Zwischenspiel in den Reihen der „Arbeitereinheitsfront" (schön wär's...) wieder heim an ihren individuellen, „freien" Herd gewandert und der „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt" fristet ein recht bescheidenes Dasein im nicht gerade sehr revolutionären Fischer Verlag.

Bemerkenswert ist vorab, daß Benjamin die Kategorie „Ästhetik" aus seinen Betrachtungen ausschließt. In seinem Aufsatz „*Das Kunstwerk im Zeitalter der technischen Reproduzierbarkeit*" behauptet er, der „*Ästhetisierung der Politik*", die der Faschismus betreibe, stelle der Kommunismus die „*Politisierung der Kunst*" (7) entgegen. Ohne dem vorbehaltlos zuzustimmen, will ich Benjamin folgend — bei der Diskussion in politischen und nicht in ästhetischen Kategorien argumentieren.

Einen wichtigen Stellenwert in dem Versuch, die geistigen Produktionsmittel zu vergesellschaften, hat sicherlich die verstärkt auftretende Mundartdichtung und Umdichtung von Volksliedern oder Märchen. Durch die Benutzung bekannter Formen und Motive wird zum einen die Aufnahme der neuen Inhalte erleichtert, zum anderen wirkt eine solche Dichtung in hohem Maße organisierend, weil sie anregt, selber neue Verse zu finden, die eigenen Probleme umzusetzen und gleichzeitig die dafür benötigte Technik vorführt. Eine ähnlich organisierende — im Sinne von ‚zu Selbsttätigkeit angegende' — Funktion hat der gesamte Bereich dessen, was ich hier schlagwortartig mit Bewegungskultur umschreiben möchte. Allerorten die Stadtzeitungen, in gewissem Sinne die taz, tausende spontan entstehende und vergehende Theatergrüppchen, Sprayer und Plakatwandgestalter — hier wird eine Sprache in den Alltag eingeführt, die bearbeitet ist, deren Bearbeitungsweise offen ist, nachvollziehbar und damit nachahmbar. Problematisch hierbei ist hauptsächlich, daß die ‚Bewegung' sich weniger zu einer Gegenkultur bekennt, als zu einer abgesonderten, anderen. D.h. für Leute außerhalb der nur scheinbar sehr umfassenden ‚Scene' hat deren ‚literarisierter Alltag' wenig Bedeutung. „*Dieser charakterologische Typ steht als solcher natürlich zwischen den Klassen. Er umfaßt eine beliebige Anzahl von Privatexistenzen, ohne den mindesten Anhalt für ihre Organisierung zu bieten*" (8). Das schreibt Benjamin über die Vertreter des ‚Aktivismus', zu denen Kurt Hiller oder Heinrich Mann gehörten. Den Produktionsapparat in bestimmter Weise verändert haben die derzeit zahlreichen Verlage. Ihre Existenz ermöglicht es, etliches zu verlegen, was sonst in der Schublade geblieben wäre. Sie können auch jeweils kleine Zielgruppen ansprechen und in diesem Bereich, da sie sich an lauter ‚Sachverständige' wenden, auf Dauer auch die Grenzen zwischen Autor und Leser überschreitbar werden lassen. Auch in diesem Bereich aber bewegt sich die Veränderung des Verhältnisses des Autors zu seinen Produktionsmitteln in einem sehr beschränkten Rahmen und für eine jeweils sehr beschränkte Zielgruppe.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß sich die Überflutung des Literaturmarktes mit seiner Überzahl an neuen Titeln auf die Möglichkeit, Literatur organisierend einzusetzen, sehr negativ auswirkt. Ansätze, die nicht nur revolutionäre Inhalte, sondern auch eine solche Technik haben, gehen unter, erreichen immer nur eine kleine Gruppe von Lesern, weil das Informationsmonopol über Literatur (Kritik, Wissenschaft) fest in der Hand einerseits weit von der Leserschaft abgehobener Spezialisten, andererseits des Kapitals ist. Dadurch gelingt es, auch Marktfremdes aufzusaugen. Unterstützt wird dieser Mechanismus von einer Beliebigkeit in Themenwahl und in der Wahl der Technik, die benutzt wird, was von Autoren derzeit unter dem Stichwort „künstlerische Freiheit" gepflegt wird. Das soll nicht heißen, daß den Autoren vorgeschrieben werden soll, wie und wozu sie sich äußern. Allerdings muß ihnen klar sein — und das sollte auch sichtbar in ihre Arbeit einfließen —, daß sie nicht nur gegenüber ihrem künstlerischen Gewissen verantwortlich sind. „*Unter diesen Umständen kann wahre literarische Aktivität nicht beanspruchen, in literarischem Rahmen sich abzuspielen — vielmehr ist das der übliche Ausdruck ihrer Unfruchtbarkeit.* [...], *sie muß die unscheinbaren Formen, die ihrem Einfluß in tätigen Gemeinschaften besser entsprechen als die anspruchsvolle, universale Geste des Buches in Flugblättern, Broschüren, Zeitungsartikeln und Plakaten ausbilden.* [...] *Meinungen sind für den Riesenapparat des gesellschaftlichen Lebens, was Öl für die Maschinen ist; man stellt sich nicht vor eine Turbine und übergießt sie mit Maschinenöl. Man spritzt ein wenig davon in verborgene Nieten und Fugen, die man kennen muß*" (9).

Fassanbass

1) Autor als Produzent, Ges. Schr. Bd. II.2 Seite 686;
2) Philosoph. Wörterbuch Bd. 2, Seite 1071; Berlin ohne Jahrgang;
3) AaP, s.o., Seite 878;
4) Aap, s.o., Seite 701;
5) Aap, s.o., Seite 695;
6) AaP, s.o., Seite 701;
7) Ges.Schr. Bd. I.2 Seite 469;
8) AaP, s.o., Seite 690;
9) Ges.Schr. Bd. IV. 1, Seite 85.

Über eine Legendenbildung und ihre „linken" Nachbeter

Worte (und besonders, wenn sie gedruckt werden), üben eine besondere Wirkung aus auf manche Leser, so als ob sie absolute Wahrheit verkörperten, ungeachtet dessen, wer sie für wen zu welchem Zweck und mit welchem Hintergrund in die Welt gesetzt hat.

Hier geht es um den ‚links-liberalen' Feuilletonisten der „Zeit", Fritz J. Raddatz, der in seiner Hauszeitung am 21.8.81 einen Artikel veröffentlichte mit der Überschrift „Nächtlich bei Biermann", mit dem Untertitel: „Es ist still geworden um den Liedermacher — oder ist er still geworden?" — Raddatz schreibt dort: „*Ist Biermann resigniert? Nein, aber er hat sich verändert. Er ist stiller geworden, ganz leise — nicht trotzigrotzig. Sondern fast melancholisch*". Und dann läßt er Biermann — angeblich — selbst sprechen: „*Doch, es geht mir gut, ich lebe gerne, wie ich lebe — nur will ich nicht mehr in Herrn Carstens Nase bohren. Ich will mir und anderen nichts mehr beweisen. Ich bin viel ruhiger geworden.*" Poetisch verklärt fügt Raddatz hinzu: „*Die Dunkelheit* (abends in Biermanns Garten fand das denkwürdige Treffen statt — Anm. d. Verf.) *deckt uns zu, Biermanns Gesicht wird alle Härte genommen, die im Nachtwind glimmernden Kerzen geben dem Wein Tinten-Ton*". Später entdeckt Raddatz noch, daß Biermann sich nicht nur zurückzieht ins Private, sondern mit Politik überhaupt nichts mehr zu tun haben will. Biermann (nach Raddatz): „*Was geht mich die Staatsscheiße an, die das* (gemeint sind die Probleme der Terroristen — Anm.) *produziert hat? M u ß ich mich denn in jede Debatte mischen — ...?*" Und außerdem drohe bezüglich dieses „*lächerlichen Pazifismusstreites jetzt*" „*die größte, brennendste, ganz widerliche Kriegsgefahr v o n d e n R u s s e n*". (Hervorhebungen im Original — Anm.).

So, endlich ich die Katze aus dem Sack. Das neue Bild des „Kommunisten Biermann" ist perfekt: still — Rückzug ins Private — halb resigniert — flieht vor den brennenden politischen Fragen wie z.B. der Kriegsgefahr, und wenn er dann doch noch was dazu sagt — und jetzt hört gut zu, ihr Linken!! : Die Gefahr kommt aus dem Osten.

Der „Spiegel" ...

Das „Sozialliberale" Nachrichtenmagazin hatte nach diesem „Zeit"-Erguß nicht eiligeres zu tun, als diese überaus wichtige Neuigkeit in die Gegend hinauszuposaunen. Der Artikel — erschienen am 24.8. — besteht lediglich aus zusammengepflückten „Zeit"-Zitaten und klatscht die eigenen Interpretationen bezüglich des „neuen" Biermann in marktschreierischer Weise obendrauf.

... und dann noch „Pardon"

Schon etwas differenzierter — besonders, was Raddatz angeht — setzt sich der Autor in der Kolumne „Der Pflegefall des Monats" bezogen auf Raddatz mit dem „Zeit"-Elaborat auseinander („Pardon" 10/81). Voll übernommen sind aber auch hier die „authentischen" Zitate Biermanns, d.h. das Bild vom „neuen" Biermann wird auch hier unhinterfragt kolportiert. Da wird er sogar als naiver, dümmlicher Kommunist dargestellt, der nun erst — nach fünf Jahren BRD — entdeckt, „*daß die ARD und ZDF nicht im engeren Sinne kommunistische Fernsehanstalten sind*". Und zum Kriegsgefahr-Zitat: „*So liebe linke Freunde hat Caspar Weinberger jetzt*". — „*Bucerius und Stolze, die ‚Zeit'-Verleger und Wahlwerber von F.J.Strauß, werden ihn und seine Worte verstehen*".

Da sticht schon ins Auge, daß der Autor keinen Zusammenhang herstellt zwischen den Motiven eines Raddatz, solch einen Artikel zu schreiben, und den „authentischen" Biermann-Zitaten. Dazu bemerkt er nämlich ganz richtig: „ ... *weiß Raddatz, daß die Verlängerung seines Vertrages bei der ‚Zeit' n u n nur noch eine Frage der Zeit ist. Er wird heimkehren in die Redaktion als Missionar für Gedichte und Rotwein, der einen roten Barden bekehrt hat.*" Und zur Stimmung, die Raddatz verbreitet und die scheinbar auf so etliche linke Leser zielt und trifft (?): „*Kann man l a m e n t i e r e n und s p e k u l i e r e n zugleich? Und ob. Wenn man nur den richtigen Herzensscherzenscherzton findet, an jeder Scham haarscharf vorbei, den Intellekt gut abgedunkelt — ...*" (Herv. von mir).

Leider paßt es aber der „Pardon" auch ins Bild, den Artikel von Raddatz, der ja im Kern auf die D e m o n t a g e des bisherigen Biermann-Bildes zielt, nur kritisch zu hinterfragen bezüglich der Motive seines Autors, es jedoch bezüglich der damit eng zusammenhängenden Inhalte zu unterlassen.

Und Biermann selbst ...?

Zu diesen Zeitungsartikeln hat Biermann selbst nach meiner Kenntnis bisher nicht öffentlich Stellung bezogen. Ich selbst hatte jedoch vor kurzem Gelegenheit, anläßlich eines Liedvortrages und einer Diskussion mit Schülern seine wirklich authentische Meinung — auch dazu — zu hören. (Die kommenden Biermann-Zitate sind sämtlich nur sinngemäß, nicht wörtliche).

Seine Stimmung zu der „Zeit"- und der „Spiegel"-Veröffentlichung („Pardon" kam erst später raus) könnte man als stinksauer und wütend bezeichnen. Er meinte zu Raddatz: „*An dem Artikel ist soviel wahr wie am Rotwein, denn er nippte den ganzen Abend nur an einem Orangensaft. Aber das schien ihm wohl zu unpoetisch. Jedenfalls ist das, was er als meine Zitate verkauft, eher seinen Denkmustern und Interpretationen zu verdanken als meinen tatsächlichen Äußerungen*". Und für den „Spiegel"-Schreiber hatte er nur die Äußerung „ ‚*Spiegel'-Wichser*" übrig. Erklärend fügte er — für die Schüler hinzu: „*Ihr dürft nicht glauben, daß nur ‚Bild' lügt. Ihr müßt sehen, daß diese bürgerlichen Schreiberlinge sich tagtäglich auch verkaufen müssen, und wenn sie eben einen neuen Biermann erfinden. So wie Vertreter Waschmittel, Autos, Kosmetika usw. verkaufen müssen, verkaufen die ihre geistigen Waren in Form von Zeitungsartikeln, die nicht deswegen wahrer sind, weil sie nicht im Lügenblatt ‚Bild' veröffentlicht werden. Die Lügen, die die verbraten, sind eben nur für Leser gemacht, die auf ‚Bild' nicht mehr reinfallen, Intellektuelle z.B.; deswegen sind die meist auch geschickter, oder wie bei Raddatz in ‚pseudo-poetisches, unklares Gewäsch verpackt. Sonst würden die Leser das ja zu schnell merken. Und der Vorwurf, ich sei unpolitischer und stiller geworden, rührt doch nur daher, daß solche Leute nicht begreifen, was ‚politisch' heißt. Glauben die denn im Ernst nach all dem, was ich seit über 20 Jahren gemacht habe und mache, ich könne ‚unpolitisch' werden? Das ist doch nur i h r Wunschdenken als Wirklichkeit!*"

Zur Kriegsgefahr angesprochen meinte er: „*Ich arbeite gerade an einem längeren Essay dazu, der demnächst auch veröffentlicht wird. Darin werde ich meine Position zu beschreiben versuchen. Und daß der sich auch kritisch mit Positionen in der derzeitigen Friedensbewegung auseinandersetzt — Positionen, die manchem Linken vielleicht nicht gefallen werden — ist auch klar. Doch ich schreibe ja nicht — und das habe und werde ich auch nicht tun — um jemandem zu gefallen, sondern was ich meine. Und dann wird man sich ja mit dem ‚unpolitischen' Biermann auseinandersetzen können.*"

Schließlich meinte er zur vielleicht tieferen Motivation von Raddatz: „*Ich könnte mir vorstellen, daß an dem ‚resignierten', ‚unpolitischen' und ‚ins Private zurückgezogenen' Biermann viele Linke meinen, ihre eigene Problematik der Resignation usw. abarbeiten zu können, vielleicht in aufgeplusterter, protestierender Haltung oder in verständnisvollem Eingehen. Beides halte ich für gleich schlecht und geht doch am Kern ihrer eigenen Probleme vorbei, da sie ja verdrängt werden. Aber das soll dieser Artikel wohl auch bezwekken.*"

Insgesamt scheint mir das, was Biermann selbst sagt und tut, ein genaueres und ehrlicheres Kriterium zur Beurteilung seiner Person und seines Wirkens zu sein als pseudolinke Artikel eines Raddatz. Doch schlimm finde ich nicht unbedingt, was dieser Mensch sich aus subjektiven und objektiven Gründen heraus über Biermann einfallen läßt — vorausgesetzt, man kennt ein wenig die Motive durch die Beschäftigung damit — als vielmehr die Kolportage solcher Legendenbildungen von Zeitungen, die sich selbst als kritisch oder links begreifen, wie z.B. die „Pardon", **ohne sich der Authentizität ihrer Beweisführung vergewissert zu haben.**

So scheint sich das zu bewahrheiten, was Biermann als Gefahr für Linke angedeutet hat, wenn sie aus ihrer eigenen Problematik heraus zu leicht geneigt sind, solcher Legendenbildung auf den Leim zu gehen.

Ein Genosse der Kulturkommision

Boykott gegen Nestlé-Produkte

Im Arbeiterkampf 206 berichteten wir über eine wissenschaftliche Studie aus Brasilien, die darlegte, welche verheerende Wirkung die Nestle-Babymilch bei Säuglingen und Kleinkindern hat und welches Geschäft Nestle dort mit der Unterernährung der Kinder in der dritten Welt betreibt. Inzwischen hat sich in Göttingen eine „Aktionsgruppe Babynährung" gebildet, die mit ihrem ersten Informationsschreiben aktiv wurde – „Flaschenpost".
Wir meinen, daß die Arbeit dieser und der anderen zahlreichen internationalen Gruppen gegen den Multi-Konzern Nestle noch viel zu wenig Beachtung gefunden hat. So ist z.B. kaum bekannt, daß in 6 Ländern (USA, Kanada, Großbritannien, Australien, Neuseeland, Schweden) Nestle-Boykott-Aktionen stattfanden. Im folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus dem Gründungsschreiben und aus der ersten Ausgabe der „Flaschenpost". Die „Falschenpost" ist zu beziehen über: Aktionsgruppe Babynahrung, c/o Dritte Welt Markt, Lange Geismer Straße 32, 3400 Göttingen.

Kinderkommission / KB Hamburg

Liebe Freunde, *Göttingen, Juli 1981*
Da der Babymilchskandal noch immer anhält und seit den Aktivitäten der Arbeitsgruppe für sozialökonomische Probleme (ASöP 1975-1978) keine Gruppe oder Organisation sich schwerpunktmäßig mit diesem Thema befaßt, sehen wir es als dringend notwendig an, aktiv auf diesem Gebiet zu werden.

Als Mittel konkreter Öffentlichkeitsarbeit haben wir den Nestle-Boykott gewählt; der Nestle-Boykott wird bereits in mehreren Ländern organisiert (besonders erfolgreich in den USA). Wir sehen es als unsere Aufgabe an, den Boykott nach unseren Möglichkeiten zu koordinieren; im „Forum", dem Organ der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen wollen wir regelmäßig über die Babymilchkampagne national und international berichten; weiteres deutsches Informationsmaterial produzieren und als Anlaufstelle für Informationen dienen.

James Grant, der Direktor der UNICEF, schätzt, daß jährlich 1 Million Säuglinge gerettet werden könnten, wenn sie gestillt worden wären und nicht mit der Flasche ernärt worden wären.

International gesehen ist in der Zwischenzeit eine Menge passiert: IBFAN (International Babyfood Aktion Network), eine internationale Vereinigung von Gruppen, die weltweit sich mit der Babymilchproblematik beschäftigen, wurde gebildet. Der internationale Nestle-Boykott hat sich zu einem starken Druckmittel entwickelt. Im Mai 1981 wurde von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ein internationaler Kodex verabschiedet, der im wesentlichen den Forderungen der Nestle-Boykottgruppen entspricht. So ist eine gute Basis geschaffen worden, mit der wir arbeiten können.

Bitte laßt uns bis zum 30. Oktober 1981 wissen, in welcher Form ihr den Boykott bzw. die Kampagne unterstützen wollt und könnt. Für Anfang Dezember 1981 planen wir an einem Wochenende ein Koordinierungstreffen hier in Göttingen, auf dem ein Erfahrungsaustausch stattfinden soll, weitere Einzelheiten und Informationen der Kampagne besprochen werden sollen etc.

Bitte unterstützt unsere Arbeit auch finanziell, da wir als lokale Kleingruppe noch nicht über große Summen verfügen. Für Anregungen und Informationen sind wir jederzeit dankbar.

Worum geht es? paar Wochen beschließt, daß sie sich die teuren Produkte nicht mehr

Worum geht es?

In den letzten Jahrzehnten kam es, bes. in den Ländern der Dritten Welt, zu einem Rückgang des Stillens und zu einer Zunahme von Durchfallerkrankungen und Unterernährung. Dies hat die Probleme der Kinderkrankheiten und Kindersterblichkeit beträchtlich vermehrt.

Verantwortlich für die Änderung der Kinderernährungsgewohnheiten ist zu einem großen Teil der enorme Druck, den Firmen durch Verkaufsförderung, Werbung und Verbreitung von Pulvermilch in den Entwicklungsländern ausüben. Ohnehin herrscht dort schon die Vorstellung, daß die Ernährung mit Flaschenmilch, weil sie der westlichen Kultur entstammt, "modern" und deshalb "besser" sei.

Wie Flaschenmilch zu Tod und Unterernährung führt

Wirtschaftliche Gründe

Um Büchsentrockenmilch zu kaufen, ist Geld erforderlich. Wenn die Mutter von der Brusternährung auf Flaschenernährung übergeht, denkt sie nur selten daran, welche Summen nötig sein werden, das Kind viele Monate lang mit dieser Nahrung zu versorgen. Oft reicht dann das Geld nicht aus, um ständig wieder Trockenmilch zu kaufen. In der Regel wird dann die Milch immer häufiger mit Wasser gestreckt. So ist die Milch bald gefährlich verdünnt, und *schwere Unterernährung* ist die Folge!

Allzu oft führen die finanziellen Probleme auch dazu, daß die Familie aus Ratlosigkeit schon nach ein paar Wochen beschließt, daß sie sich die teuren Produkte nicht mehr leisten kann. Dann aber ist die Milch versiegt, und die Mutter weiß nicht, wie sie mit dem Stillen wieder anfangen könnte.

Die künstliche Babynahrung von Néstle und anderen Konzernen ist für die arme Bevölkerung viel zu teuer: in Indien z.B. kostet diese Ernährung für einen Säugling im dritten Lebensmonat 22 Prozent des niedrigsten Einkommens, in Nigeria und Pakistan liegt der Prozentsatz zwischen 30% und 40%. Daß dieses Geld der Familie für andere wichtige Dinge, wie der Ernährung der Eltern und Geschwister verlorengeht, kann man sich leicht vorstellen.

Hygienische Gründe

Das wichtigste hygienische Problem ist die sorgfältige Pflege der Flasche und des Saugers. Meist haben die Frauen in den Ländern der Dritten Welt nicht die Möglichkeit, diese tiefen und enghalsigen Flaschen zu reinigen und zu sterilisieren, nicht genügend Brennmaterial, sauberes Wasser... Auch wissen sie nicht, welche Auswirkungen verunreinigte Milch oder verdorbene Milchreste haben können. So kommt es sehr häufig dazu, daß sich ein Belag von alten Milchresten am Boden der Flasche, im Flaschenhals und innen im Sauger bildet – ein reicher Nährboden für eine Unzahl von Bakterien. Einige davon können schwere Gastroenteritis (Durchfall und Erbrechen) verursachen.

Die Hitze in den tropischen Ländern trägt weiterhin dazu bei, die Vermehrung der Bakterien zu beschleunigen. Quellen bakterieller Verschmutzung finden sich überall: an den Händen, durch Fliegen, am Boden und nicht zuletzt auch in dem Wasser, das zur Zubereitung der künstlichen Milch verwendet wird.

Absatzpolitik: unmoralische Methoden

Alle großen Kindernahrungsfirmen, besonders die multinationalen Konzerne, haben seit dem zweiten Weltkrieg beständig Werbe- und Verkaufskampagnen in unterentwickelten Ländern durchgeführt. Dabei bedienen sie sich häufig verantwortungsloser Methoden.



Kauft keine Nestlé Produkte!

Die Milchfirmen haben die Gesundheitsdienste mit Werbematerial überhäuft. Sehr oft sind die Wände von Gesundheitszentren und Krankenhäusern mit Plakaten bedeckt, die von Kindernahrungsfirmen gestiftet worden sind. Diese Plakate zeigen den Frauen lachende, wohlgenährte Babies, zumeist weiße Kinder, und daneben Dosen von Milchpulver oder Saugflaschen.
Ähnliche Bilder zeigen auch die bunten Aufkleber der Milchpulverdosen. So wird bei den Müttern, die
Ähnliche Bilder zeigen auch die bunten Aufkleber der Milchpulverdosen. So wird bei den Müttern, die vielleicht schon ein paar unterernährte Kinder haben, der Eindruck erweckt, durch Flaschenernährung würden ihre Babies gesünder und besser ernährt.

Oder es wird den Frauen eingeredet, ihre eigene Milch sei nicht ausreichend, das Kind zu ernähren, was in der Regel ebenfalls nicht zutrifft. Außerdem erscheint vielen Frauen durch diese Art von Werbung die Saugflasche als Statussymbol, da sie in ihren Augen Fortschritt und Reichtum des Westens verkörpert. Und da sie ihren Kindern natürlich am liebsten dasselbe bieten würden, wie die vergleichsweise reichen europäischen Frauen, greifen sie zur Saugflasche, obwohl sie es sich eigentlich nicht leisten können.

Volkswirtschaftlicher Aspekt

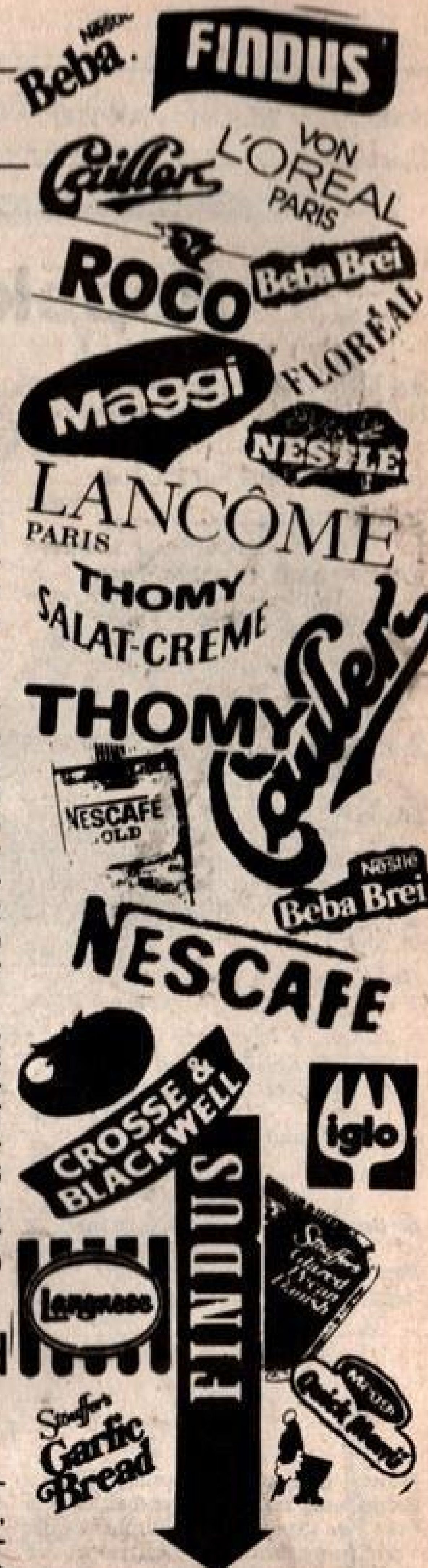
Flaschenernährung führt außerdem zu enormen volkswirtschaftlichen Verlusten. Sie beraubt das Land großer Mengen von Devisen, die für den Import dieses Produktes aufgewendet werden. "Für die gesamte Dritte Welt kann man die Kosten der vergeudeten menschlichen Milch auf allermindestens 750 Mio Dollar veranschlagen, und die Verluste sind wahrscheinlich eher in den Milliarden", sagt Alan Berg, Ernährungsbeauftragter der Weltbank. Solche Schätzungen enthalten nicht die medizinischen Kosten, die normalerweise für flaschenernährte Kinder zehnmal größer sind als für brusternährte.

Milchschwestern

Eine der heimtückischsten Methoden der Werbung und Verkaufsförderung ist diejenige der sogenannten "Milchschwestern". Diese sind ausgebildete Krankenschwestern, die mit besseren Löhnen vom Staatsdienst abgeworben werden. Angeblich werden sie von den Milchfirmen angestellt, um die staatlichen Gesundheitsdienste bei der Kinderpflege zu unterstützen, sowie Hausbesuche zu machen. In Wirklichkeit besteht eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin, direkt oder indirekt den Verkauf des Produktes der jeweiligen Firma zu steigern.

In der Regel gelingt es ihnen, sich Zutritt zu Krankenhäusern zu verschaffen – sogar dort, wo die Hausordnung dies verbietet – und bei Müttern und Kinderschwestern Gratismuster zu verteilen. Beginnen die Mütter erst einmal wegen dieser Gratismuster mit der Flaschenernährung, versiegt meist recht schnell ihre eigene Milch und sie sind gezwungen, die Kinder weiter mit Pulvermilch zu ernähren.

Zahlreiche Firmen sind beteiligt, die wichtigsten sind: NESTLE (Schweiz), COW& GATE (Großbritannien), GLAXO (GB), ABBOTT (USA), AMERICAN HOME PRODUCTS (USA), BRISTOL-MYERS (USA) und DUMEX (Dänemark). Der Anteil von NESTLE an der Babynahrung in Entwicklungsländern beträgt über 50%.



Muttermilch und Brusternährung

"Muttermilch ist die erste Fertignahrung. Sie muß weder gemischt, noch gewärmt, noch sterilisiert werden; es gibt auch nachher keine schmutzigen Töpfe oder Flaschen zu waschen; sie ist immer in ihren speziell entworfenen unzerbrechlichen Behältern verfügbar; dazu ist sie wirklich das Nahrhafteste und Gesündeste auf dem Markt. Ein Traum für einen Texter."
Mike Muller, "The Baby Killer", England 1974
Mike Muller, "The Baby Killer", England 1974

Schutzwirkung

Besonders in Entwicklungsländern hängen viele frühkindliche Krankheiten mit Infektionen zusammmen. Unterernährte Kinder werden hiervon am häufigsten betroffen. Daß Brusternährung eine beträchtliche Schutzwirkung hat, ist schon seit Jahrzehnten bekannt. Neue Forschungen haben nun erwiesen, daß menschliche Milch anti-infektiöse Eigenschaften besitzt, da sie Immunstoffe enthält, die so von der Mutter auf das Kind übertragen werden. Die Schutzwirkung der Milch zeigt sich vor allem im Zusammenhang mit Darmerkrankungen.

Ernährung

Jede Säugermilch hat eine hochspezifische biochemische Zusammensetzung. Was menschliche Milch betrifft, ist der wichtigste der zahlreichen Unterschiede zur Kuhmilch der reiche Gehalt an jenen Nährstoffen, die für rasches Wachstum und Entwicklung von zentralem Nervensystem und Gehirn notwendig sind. Dieses Wachstum erfolgt in den ersten Monaten äußerst schnell und erfordert eine vollkommene Ernährung, die nur die Muttermilch gewährleisten kann. Trotz verschiedener Zusätze kann das Babymilchpulver niemals die volle Qualität der menschlichen Milch erreichen. Fast alle Mütter (95%) sind in der Lage, ihre Kinder ausreichend zu stillen.

Empfängnisverhütung

Es besteht die traditionelle Meinung, daß zusatzfreie Brusternährung eine empfängnisverhütende Wirkung hat und damit die Planung der Kinderfolge beeinflußt. Dies wurde durch Untersuchungen bestätigt: Als Reaktion auf das Saugen wird ein Hormon produziert, das den Eisprung aufschiebt, so daß eine langsamere Geburtenabfolge erreicht wird. Dies stellt einen wichtigen Faktor zur Kontrolle des Bevölkerungswachstums dar. In eini-



"Für die Mutter ist es unbequem, ihr Kind so zu ernähren" ("India Today", August '80)

Zitate aus der Dritten Welt

Helen Armstrong, Säuglingsernährungsberaterin aus Kenia, 10.September 1978
"Die Werbung der Milchpulverhersteller will auf mehr oder weniger subtile Weise glauben machen, daß Muttermilch früher oder später nicht ausreicht... In Wirklichkeit geht der Vorrat an Muttermilch dann zurück, wenn schon früh Flaschenmilch und sonstige Babykost verabreicht wird... Die Konzerne wissen das auch sehr gut und betreiben ihre Werbung so, daß die Mutter zunächst Zweifel daran bekommt, ob ihr Milchvorrat ausreicht, und die Folge davon ist, daß dieser dann auch wirklich versiegt."

Oberschwester, Penang, Malaysia, Juli 1978.
"Die Konzernkrankenschwestern kommen während der Besuchszeit, wenn jedermann Zutritt zu den Krankenstationen hat. Wie können wir sie daran hindern? Wir sind keine Polizisten."

gen Kulturen ist es außerdem üblich, während der Stillzeit keinen Geschlechtsverkehr zu haben.

Nestlé-Boykott in den USA

Der internationale Nestlé Boykott, der inzwischen in 7 Ländern (USA, Kanada, Großbritannien, Australien, Neuseeland, Schweden und nun auch in der Bundesrepublik) organisiert wird, ist in den USA am weitesten verbreitet.



Im Jahre 1977 rief INFACT (InfantFormulaAction Coalition) dort zum nationalen Boykott auf. Die rasche Ausbreitung, die daraufhin folgte, übertraf alle Erwartungen. Der große Durchbruch kam, als im November 1978 der amerikanische nationale Kirchenrat mit überwältigender Mehrheit den Nestlé-Boykott offiziell unterstützte.

Auch wenn Nestlé in den USA zweifellos wirtschaftlich getroffen wird, so macht sich der Konzern noch mehr Sorgen über sein Image, welches durch den Boykott erheblich angegriffen wurde. Nestlé bringt Millionen von Dollars auf, um gegen den Boykott zu arbeiten. Zum Beispiel schickte Nestlé sämtlichen Pfarrern (300.000) in den USA ein "Informationspaket"), bevor der nationale Kirchenrat den Boykott offiziell unterstützte. Einige von ihnen lud man zu einem Seminar in die Schweiz ein, um sie von der Unterstützung des Boykotts abzubringen.

Nestlé beauftragte eine der größten Public Relation Gesellschaften (Hill & Knowlton) gegen die Boykottbewegung zu arbeiten.

In einem anerkannten Wirtschaftsmagazin (Business International Magazin, 17.10.1980) wird der Nestlé-Boykott als der bisher verheerendste Angriff auf die Industrie bezeichnet.

Was tun die Staaten der Dritten Welt ?

In einigen wenigen Ländern der Dritten Welt beginnen sich die Regierungen gegen die Praktiken der Kindernahrungshersteller zu wehren.

So hat Algerien die Einfuhr von Kindernahrungsmitteln verstaatlicht, Brasilien hat im März 81 die größte Kampagne für Brusternährung in der Dritten Welt begonnen. Bekannte Persönlichkeiten werben im Radio und im Fernsehen für Brusternährung. Pouter werden in Schulen und Krankenhäusern aufgehängt, mit dem Hinweis, daß die Sterblichkeit bei brusternährten Kindern fünfmal niedriger ist.

In Jamaica wurde die Radiowerbung für Kindernahrung verboten. Ähnliche Aktivitäten und Gesetzen existieren noch in Columbien, Guinea-Bissau, Indonesien, Nicaragua, Papua-Neuguinea, Sri Lanka, Thailand und in den europäischen Staaten Schweden und Norwegen. Diese Länder stellen aber nur einen kleinen Teil der Länder dar, die unter den Auswirkungen der Werbepraktiken der Kindernahrungsmittelhersteller leiden.

Nach der Verabschiedung des Babxnahrungskodex Anfang 81 war zu hoffen, daß auf breiter Front gegen die Werbepraktiken der Konzerne vorgegangen wird. Aber schon kurze Zeit später begannen die Konzerne, Verhandlungen mit einzelnen Regierungen der Dritten Welt zu führen um zu erreichen, daß u.a. Gesetze in schwächerer Form als vom Kodex empfohlen, erlassen werden. So geschehen in Singapur, Malaysia und Kenia.

Aktionsvorschläge

Ansprechpartner für eine Zusammenarbeit können sein:

- Kirchengemeinden
- Dritte Welt Gruppen
- Frauengruppen
- Jugendgruppen
- Krankenschwestern, Ärzte
- Lehrer, Schüler

Öffentlichkeitsveranstaltungen mit dem Film "Flaschenkinder" oder der Diaserie "Babynahrung für Unterernährung"
Aktionen vor und in Geschäften (Flugblätterverteilen, Theaterspielen, Infostand etc.)
Petitionslisten und Postkartenaktionen
Sammeln von Informationen über Werbung künstlicher Babymilchprodukte in der Dritten Welt und in der Bundesrepublik (Fragebogen und Richtlinien bei uns erhältlich)
Unterstützung von Stillgruppen in der Dritten Welt und in der Bundesrepublik
(weitere Informationen im Aktionsleitfaden)

Chronik der Ereignisse

um 1970	*Erste warnende Stimmen* von Medizinern vor der Saugflasche und vor den Werbefeldzügen der Milchfirmen in der Dritten Welt.
ab 1970	ein *Dialog* mit den Kindermilchfirmen führt nur zu *hochtönenden Absichtserklärungen*, während die Milchfirmen gleichzeitig ihre Werbetätigkeit beträchtlich verstärken.
Februar 1974	Publikation des Reports *"The Baby Killer"* durch "War on Want" in Großbritannien.
Mai 1974	Die Arbeitsgruppe Dritte Welt Bern übersetzt "The Baby Killer" und veröffentlicht ihn unter dem Titel "Nestlé tötet Babies". Die Weltgesundheitsorganisation WHO fordert in einer Resolution die staatliche Einschränkung irreführender Werbung für Babymilch.
Juni 1974	Nestlé reicht in Bern Strafanklage wegen *Ehrverletzung gegen die AG Dritte Welt Bern* ein.
Winter 1974	In den USA beginnt das Interfaith Center on Corporate Responsibility (ICCR) eigene Untersuchungen über die Mißbräuche im Babymilchgeschäft der Dritten Welt.
November 1975	*Erste Hauptverhandlung im Nestlé-Prozess* in Bern unter großer Anteilnahme der Öffentlichkeit des In- und Auslandes.
	Die wichtigsten Milchfirmen publizieren zwei Tage nach demP ren zwei Tage nach dem Prozeß einen vagen und sehr umstrittenen "Codex" für ethisches Verhalten in der Werbung.
1976-1977	Die Arbeitsgruppe für sozialökonomische Probleme (asöp) startet in der Bundesrepublik eine *Kampagne* gegen Nestlés Werbepraktiken in der Dritten Welt. Sie wird von Nestlé-BRD stark unter Druck gesetzt.
Juni 1976	*Nestlé zieht drei ihrer vier Anklagepunkte* im Berner Prozeß zurück. Die Mitglieder der AG Dritte Welt werden daraufhin zu je 300 Franken Buße verurteilt.
1977	Die Infant Formula Action Coalition *(INFACT)* wird in den USA gegründet und organisiert einen nationalen *Nestlé-Boykott*.
Oktober 1979	Auf einer von der *WHO und UNICEF* veranstalteten Konferenz in Genf werden *Empfehlungen zur Einschränkung der Werbepraktiken* der Kindernahrungsmittelindustrie verabschiedet, mit der Bitte an die WHO, diese Empfehlungen an einen internationalen Babynahrungskodex einzugliedern. *Gründung von IBFAN* (International Babyfood Action Network).
1980	IBFAN veröffentlicht allein für 1980 *682 Verletzungen der Empfehlungen* vom Oktober 1979 seitens der Industrie.
ab 1979	Bestrebungen der Industrie einen schwachen Kodex zu erreichen.
Mai 1981	Verabschiedung eines internationalen *Babynahrungskodex* (als Empfehlung) von der WHO mit überwältigender Mehrheit.

Quellenangabe: Jane Cottingham: "Flaschenkinder"; IBFAN-NEWS; "Export interessen gegen Muttermilch" von der Arbeitsgruppe Dritte Welt Bern

Kurzmeldungen

Bundeskriminalamt speichert Fingerabdrücke von Kindern
Wieder ein Kind in U-Haft

„Zigeuner schicken ihre Kinder immer häufiger auf Diebestour", heißt die Schlagzeile in Springers „Hamburger Abendblatt". Ganz in altbewährter Manier wird von einer Gruppe Sinti-Kinder berichtet, die angeblich Einbrüche begangen haben sollen: *„Die Kinder werden mit einem oder mit zwei Wagen in die Stadtteile gebracht, wo Einbrüche verübt werden sollen. Die Beute müssen sie sofort bei den in einer Nebenstraße wartenden Eltern abliefern"*. Und da es gut in die Geschichte paßt, werden auch gleich alle „100 Wohnungseinbrüche", die im August registriert wurden, auf ihr Konto geschrieben.

Und da eine „ausbruchssichere Unterbringung" wegen der Abschaffung der geschlossenen Heime nicht möglich war, steckte der Richter das älteste Sinti-Mädchen (15 Jahre) einfach in Untersuchungshaft. In bedauerndem Ton stellt Schmieren-Journalist Holger Bauer fest, daß die anderen Kinder noch zu jung sind, um sie einzuknasten, da „normalerweise" die *„Eltern peinlich genau darauf (achten), daß ihre Kinder, die sie zum Stehlen schicken, noch nicht 14 Jahre alt sind"*, denn *„erst danach sind sie strafmündig"*. Die „Identifizierung" der Kinder ist indes höchst aufschlußreich: *„Nur mit Hilfe von Fingerabdrücken, die beim Bundeskriminalamt in Wiesbaden gespeichert sind, gelingt die Identifizierung der jugendlichen Einbrecher"* („Abendblatt", 16.9.).

Mit dieser 15jährigen sitzen bereits 11 Kinder in U-Haft. Es wird immer eindeutiger, daß die Auflösung der „geschlossenen Anstalten" nichts anderes als eine Sparmaßnahme war, denn praktisch sieht es so aus, daß die Kinder und Jugendlichen in Ermangelung anderer Alternativen einfach ins Gefängnis gesteckt werden. Senat und Justiz können sich darauf berufen, daß es keine anderen Möglichkeiten gebe.

Kinder-Steckbrief

Nürnbergs Polizei und Justiz sind schon wieder ins Gerede gekommen. Sie gaben Fahndungsfotos von vier Zigeuner-Kindern im Alter zwischen zehn und 13 Jahren, die bei einem Einbruchdiebstahl festgenommen worden waren, an die Presse. Die Staatsanwaltschaft hoffte dadurch Hinweise auf vermutete andere Straftaten der vier zu bekommen. In der „Nürnberger Zeitung" erschienen die Bilder dann unter der Überschrift „Zigeuner machen Nürnberg unsicher". Der SPD-Bundestagsabgordnete Egon Lutz, der die Herausgabe der Kinderfotos als „skandalöses und in hohem Maße inhumanes Verhalten" kritisierte, stieß bei den Behörden auf völliges Unverständnis. Wilhelm Peter, Leiter des Präsidialbüros im mittelfränkischen Polizeipräsidium, vertrat die Ansicht, „daß den Kindern keinerlei Schaden zugefügt wurde, weil sie ohnehin nicht in Nürnberg seßhaft sind". Justizsprecher Klaus Kastner meinte, die Kinder könnten ja über „ihre gesetzlichen Vertreter auf zivilrechtlicher Ebene klagen". Und Bayerns Innenminister Gerold Tandler fand, „daß die aufzuklärenden Taten nach Art und Umfang ungewöhnlich genug sind, um die ergriffenen Ermittlungsmethoden zu rechtfertigen".
(aus „stern", 20.8.81)

Schlechte Noten für Kriegsgegner

In bayrischen Schulen wurde eine wohl bisher einmalige „Früherkennung" von Verfassungsfeinden und Pazifismustätern eingeführt, denen auch zugleich bei Abiturabschluß eine handfeste Disziplinierung verabreicht wird. Und das geht ganz einfach, wie die bayrische Landesschülervertretung berichtet. Ohne einen Beschluß der Kultusministerkonferenz (KMK) würden *„die bayrischen Schüler gezwungen, wenn sie ein gutes Abitur schreiben wollen, für Tornados, Mittelstreckenraketen und Atomwaffen in der Bundesrepublik ... einzutreten"*.

Für den Leistungskurs Sozialkunde wurden beim diesjährigen Abitur Fragen zur „Sicherheitspolitik" gestellt, die aus der Bundeswehrzeitschrift „Informationen für die Truppe" entnommen waren. Die Theorie „Kriegsvermeidung durch wechselseitige Abschreckung" wird in dem Prüfungstext wie folgt begründet: *„Die Logik dieser Abschreckung beruht nicht mehr auf der Fähigkeit zur erfolgreichen Verteidigung. Stattdessen handelt es sich um eine 'Abschreckung durch Bestrafung'. Damit ist gemeint, daß beide Seiten wenn es zu einem (nuklearen) Krieg kommt, mit einer 'Bestrafung' durch unvorstellbare Verwüstung im eigenen Land ... zu rechnen hätten"* („Frankfurter Rundschau", 21.9.).

Die Prüfungsfragen waren denn auch entsprechend gehalten: *„Beschreiben Sie die Situation der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf das im Text dargestellte moderne Verteidigungs- bzw. Abschreckungsverständnis, und zeigen Sie Konsequenzen auf, die sich daraus für ihre Verteidigungspolitik ergeben!"* (FR, siehe oben).

Die Selektion und indirekte Disziplinierung von Kriegsgegnern und aktiven Schülern in der Friedensbewegung erfolgte mittels der „Hinweise zur Korrektur und Bewertung der Abiturprüfung in Sozialkunde als Leistungskursfach", versehen mit dem Vermerk: **„Nicht für den Prüfling bestimmt"**. Folgende Antworten waren nach dem offiziellen Bewertungskatalog den bayrischen Schuloberen genehm und wurden entsprechend gut bewertet:
„Notwendigkeit der Einbindung in ein militärisches Bündnissystem; Abhängigkeit von einer Großmacht mit entsprechenden nuklearen Abschreckungskapazitäten (USA); Anstreben einer zuverlässigen Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in das Abschreckungskonzept der Großmacht USA; Vorneverteidigung; Interesse an der Stationierung zahlreicher Truppen aus dem Bündnis in der Bundesrepublik Deutschland; Interesse an der nuklearen Präsenz der USA in der Bundesrepublik Deutschland".

Fielen die Antworten entsprechend unbefriedigend aus, gab's schlechte Noten. Vielleicht sitzt ja sogar in der Prüfungskommission bereits ein Führungsoffizier der Bundeswehr? Unlogisch wär es nicht. Vielleicht werden ja auch bald die verteidigungspolitischen Ansichten der CSU zur Pflichtlektüre an den bayrischen Schulen, wie damals bei Straußens Gesinnungsfreund ...

Die Schülervertretung kommentierte die vom Kultusministerium in München erwarteten Antworten bei den Abiturarbeiten so: **„Wer nicht für die Aufrüstung ist, kriegt schlechte Noten"**.

Kinderkommission/KB Hamburg

oh selig — oh selig ein Kind noch zu sein



Aus dem Inhalt:

- Gemeinsamer Artikel von den Kindergruppen „Rübe", „Kinderladen", „Wühlmäuse", die das Altersspektrum von 1 - 6 Jahren umfassen, über ihre pädagogischen Grundlagen.
- Selbstdarstellung über Erfahrungen und Schwierigkeiten jeder Gruppe.
- Analyse der Kindergartensituation in Lüneburg
- Sparmaßnahmen an Kindergärten im Landkreis
- Lüneburg – Stadt mit Herz für Unternehmer. Wo das Geld hingeht und welche sozialen Selbsthilfegruppen von Sparmaßnahmen der Stadt betroffen sind.
- Stellungnahmen anderer Gruppen, u.a. über die Situation des Kinderhauses Lüneburg
- Kinder im Straßenverkehr – ein Beispiel aus Lüneburg

Die Broschüre enthält über 30 Fotos und kostet 3 DM. Sie wird im Hexenhaus, Ähre, Baby-Second-Hand-Shop, Bücherstube Rote Straße verkauft. Bestellungen über Karl Spannig oder Bettina Küntzel, Hindenburgstr. 96 2120 Lüneburg, Tel: 04131/ 3 19 51

YOU HAVE ONLY ONE START TO YOUR LIFE

Without a doubt, the best nourishment an infant can get is its own mother's breast milk, and breast feeding should be the preferred feeding at all times. However, some mothers cannot or will not breast feed. Their infants still deserve the best possible start to life..........
......and ENFAMIL can provide that start.

POUDRE POWDER

ENFAMIL
CLOSEST TO MOTHER'S MILK
To provide all essential nutrients in amounts adequate for the good brain development so essential in the first six months of life, and excellent body growth characteristics.

IT MUST BE THE VERY BEST START YOU CAN GET

Mead Johnson

Werbung im Krankenhaus (Indonesien, August 1980)

Norddeutsche Affinerie Hamburg:

SPD-Betriebsräte gefährden Umweltschutz

Als im Sommer 1975 Dr. Schwarz vom Hygienischen Institut auf der Veddel erklärt, daß die Norddeutsche Affinerie seit 14 (!) Jahren die Grenzwerte für Schwefeldioxid überschreitet, läßt der sozialdemokratisch geführte Betriebsrat in einem Leserbrief an die Wilhelmsburger Zeitung erklären: „,... daß leichtfertig und verantwortungslos, ja sogar mit Panikmache, 400 bis 500, event. 3.700 Arbeitsplätze, von Dr. Schwarz vom Hygienischen Institut mit Hilfe der Presse und den noch im Hintergrund befindlichen Politikern (?) auf's Spiel gesetzt werden sollen."

Und weiter: „,... der Betriebsrat und die Belegschaft werden es nicht zulassen, daß die Norddeutsche Affinerie ein zweites Reynolds (1) wird, nur weil es einigen Herren oder Umweltschützern in den Kram paßt."

Desweiteren läßt der Betriebsrat verlauten, daß sich die Rentner und Betriebsangehörigen, die auf der Veddel wohnen, „bester Gesundheit erfreuen".

Auf die Kritik des SPD-Juso-Ortsausschußmitgliedes Beyer, daß sich der Betriebsrat die Argumentation der Konzernleitung zu eigen macht, kontert der BR in der Wilhelmsburger Zeitung u.a. damit, daß Beyer „,...nicht in derartig vorsintflutliche Klassenkampfparolen verfallen ..." sollte. Und im Veddeler „Lokalboten" gipfelte die Demagogie gegen das Juso-Mitglied in der Aussage, „,... wer die Unternehmer angreift, greift auch die Betriebe an und setzt somit die Arbeitsplätze leichtfertig aufs Spiel."

In gleicher Weise ziehen die Betriebsräte gegen ihren SPD-„Genossen", den Umweltsenator Curilla zu Felde, als dieser – nach einer Schwermetalluntersuchung in verschiedenen Hamburger Stadtteilen – bei der erhöhte Giftwerte in den Haaren festgestellt wurden – die Norddeutsche Affinerie als möglichen Umweltverschmutzer darstellt. Der stellvertretende BR-Vorsitzende Krenning (SPD) von der IG Chemie läßt über das Springer-Blatt „BILD" verlauten: „Was Curilla betreibt, ist Brunnenvergiftung und unverantwortliche Panikmache, die zur Vernichtung von Arbeitsplätzen führen kann" (14.2.79). Und: „Wenn er (Curilla) etwas gegen Großbetriebe hat, soll er das offen sagen."

Bei dem jüngsten Umweltskandal hält sich der Betriebsrat in der Öffentlichkeit gänzlich zurück. Diese Zurückhaltung geht gar so weit, daß der Betriebsrat sich auf zwei Betriebsversammlungen ausschweigt, wo er früher keine Gelegenheit ausließ, für Arbeitsplätze und gegen Umweltschutz zu werben. Über diesen „Sinneswandel" sollte man sich nicht täuschen lassen, denn die gleichen Betriebsräte ziehen heute intern auf gewerkschaftlichen Sitzungen gegen die Umweltschützer zu Felde. Da werden die Umweltschützer als reisende „Politrocker" diffamiert, Behörden und Wissenschaftlern Unkenntnis bescheinigt und die Affi als die wahre Umweltschützerin verkauft.

Da die Standpunkte der rechten SPD-Betriebsratsmafia selbst im Widerspruch zur sozialdemokratischen Umweltpolitik (zu den Umweltschützern sowieso) steht, tun die Umweltschützer gut daran, den Betriebsrat zu öffentlichen Stellungnahmen zu zwingen, um die Widersprüche auch innerhalb der SPD zu verschärfen.

Der jetzt laufende Umweltskandal bietet dafür besonders gute Möglichkeiten, da er gegenüber sonstigen Skandalen nicht von kurzer Dauer ist, sondern seit über einem Jahr unvermindert anhält. Der Betriebsrat sollte auch schon deshalb Ansprechpartner sein, da Umweltschutzmaßnahmen nach dem Betriebsverfassungsgesetz mitbestimmungspflichtig sind (§§ 89, 91).

Chronik der Umweltskandale

1961: Einen Musterprozeß strengen 31 Bauern aus Moorfleet an, in dem sie von der Affi 120.000 Mark Schadenersatz fordern, weil Schwefeldioxyd durch Luftfeuchtigkeit sich als schweflige Säure auf deren Gemüsefelder niederschlägt und die Ernte vernichtet.

Das Gericht spricht den Bauern dreiviertel der genannten Summe zwei Jahre später zu.

1972: Am 3.Oktober ziehen Schwefeldioxyd-Schwaden bis in den 20 Kilometer entfernten Stadtteil Hamburg-Altona. Ein Meßinstrument hatte falsch angezeigt. Die Katastrophe bleibt aus, da in der fraglichen Zeit kein Niederschlag fällt, der die Giftgase in einen Säureniederschlag verwandelt hätte.

1975: Dr. Schwarz vom Hygenischen Institut erklärt gegenüber Kommunalpolitikern, daß die Affinerie seit 14 (!) Jahren die Grenzwerte für Schwefeldioxyd überschreitet. In Rothenburgsort (benachbarter Stadtteil) ist die SO2-Konzentration doppelt so hoch, wie der erlaubte Grenzwert. In einigen Fällen kann das Meßgerät die Werte nicht mehr anzeigen.

1977: Es werden erstmal Messungen mit einem Zeppelin über der Affi getätigt. Von den Ergebnissen erfährt natürlich niemand etwas.

1979: Im Februar '79 kommt die Affi wieder ins Gerede. Umweltsenator Curilla erklärt die Affinerie zum möglichen Umweltverschmutzer, als die Auswertung einer „Gifthaarstudie" über die Schwermetallbelastung bekannt wird. Der Betriebsrat wirft Curilla „Panikmache" vor.

1980: Der Abwasserskandal beginnt.

Mehrere Kilogramm hochgiftiger Schwermetalle werden täglich von der Norddeutschen Affinerie (NA) in den der Süderelbe vorgelagerten Müggenburger Kanal geleitet.

Nach einer Untersuchung von Wissenschaftlern der Hamburger Universität (Umweltschutzgruppe „Physik u. Geowissenschaften") fließen aus einem (!) Abfluß der über 100 Rohre täglich rund 10 Kilogramm Cadmium und 20 kg Zink. Der Cadmium-Wert (1mg/l) lag damit 5.000 mal höher, als in der ohnehin schon vorbelasteten Elbe. Schlammproben ergaben ähnlich hohe Werte. Als die Behörde Strom und Hafenbau diese Werte bestätigt, entsteht bei der NA hektische Betriebsamkeit. Der Leiter des Werkes, Kappell, läßt nach ersten Presseberichten erklären, daß sein Werk sich nicht außerhalb genehmigter Grenzwerte befinde. Demgegenüber erklärte der leitende Baudirektor des Strom- und Hafenbau, der bis Juni 81 für die Gewässerüberwachung zuständig war, daß seine Behörde *„auf maximal 1 Kilo Cadmium pro Tag"* komme, jedoch sei *„ein Kilo pro Tag zuviel, im Kühlwasser dürfe überhaupt kein (!) Cadmium sein. Die Affi solle der Ursache nachgehen"* (Hamburger Abendblatt, 10.10.80).

Einem gleichlautenden Artikel der Hamburger Morgenpost, wirft die Geschäftleitung der Affi vor, die „journalistische Sorgfaltspflicht" verletzt zu haben bzw. *„trotz eines entsprechenden telefonischen Kommentars (sei) eine tendenziell irreführende Nachricht verbreitet worden, mit der eine unnötige Beunruhigung der Öffentlichkeit erreicht wurde"*.

Im selben Schreiben (vom 14.10. 80) versucht die NA die Redaktion der Morgenpost damit zu beruhigen, daß *„selbst im Trinkwasser die Richtlinie der EG einen mehr als doppelt so hohen Wert, nämlich 5 mg/l Zink"* zuläßt. Ähnlich wird mit dem Wasserhaushaltsgesetz-Entwurf gewedelt, unter deren Werten die Affi bei Cadmium bleibe.

Ende Oktober des gleichen Jahres kommt dann die aufatmende Meldung, das nunmehr durch ein neu installiertes Sielsystem, die Gefahr weiterer Schwermetalleinleitungen gebannt sei (Mopo, 30.10.80).

Die Umweltschutzgruppe „Geo-Physik" wollte Näheres wissen und stellte bei weiteren Messungen fest, daß die Schwermetalleinleitungen zugenommen (!) haben (Mopo, 11.12. 80). Die Affi läßt daraufhin erklären, dies seien Restverschmutzungen durch die Bautätigkeit. Als im Januar 1981 die Sielarbeiten vorerst abgeschlossen sind, haben sich die Werte kaum reduziert. Im Gegenteil: Zusätzliche Gifte wie Quecksilber werden bei den Analysen entdeckt.

Und als im Februar 1981 die Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg ein generelles Verkaufsverbot für in der Elbe gefangenen Fisch erläßt, ist das Maß voll.

Die Blockade

kaufsverbot für in der Elbe gefangenen Fisch erläßt, ist das Maß voll.

Die Blockade

Am 16. März blockieren Elbfischer und Umweltschützer, rund 40 an der Zahl, für zwei Stunden die Einfahrt der Norddeutschen Affinerie auf der Hovestraße. Durch diese Blockade wird ein Gespräch mit der Geschäftsleitung erzwungen.

In dem Gespräch mit den Elbfischern erklärt das Vorstandsmitglied Berndt, daß die wasserrechtlichen Genehmigungen aus dem Jahre 1950 (!) stammen und damals Cadmium noch nicht bekannt gewesen sei. Und auf das Problem Quecksilber (die Elbfische wiesen zu hohe Quecksilber-Werte auf) angesprochen, teilte die Affi in ihrer Stellungnahme mit, daß dies „sachlich unbegründet" sei. Wörtlich: *„Spuren des Quecksilbers, die in den Rohstoffen – diese lagen offen auf dem Werksgelände – auftreten, werden in Gasreinigungsanlagen abgeschieden und in Form quecksilberhaltiger Schlämme in Sonderdeponien geordnet eingelagert."*

Die Betriebsversammlung

Auf der am 14. Mai stattfindenen Betriebsversammlung versucht das Vorstandsmitglied Kartenbeck, gleichzeitig Arbeitsdirektor, die Blockade-Aktion ins Lächerliche zu ziehen. Die von der NA empfangene Delegation hätte nur aus einem Elbfischer und 8 Studenten bestanden.

Wörtlich: *„Die Verärgerung der Fischer ist durch das Verbot der Gesundheitsbehörde entstanden, quecksilberhaltige Fische zu verkaufen. Diese Gruppe vermutet nun, daß die Norddeutsche Affinerie Quecksilber-Emitent sei..."*, was natürlich nicht stimmen würde.

Als die Aktion der Elbfischer als verständliche Reaktion in Schutz genommen wird und die Frage nach

Emitent sei...", was natürlich nicht stimmen würde.

Als die Aktion der Elbfischer als verständliche Reaktion in Schutz genommen wird und die Frage nach

den Belastungen der Abwässer durch Cadmium auftaucht, wird die Versammlung hektisch.

Kartenbeck erklärt, daß lediglich im Einlauf 40 der Grenzwert für Cadmium überschritten (!) worden sei und kontert mit den gleichen Vorwürfen (verzerrte Darstellung etc.) wie gegenüber der Presse. In dieser angeheizten Stimmung kommen w e i t e r e Wortmeldungen, die den Redner in Schutz nehmen und die Kritik ausbauen.

So hatte sich Kartenbeck in seinem Bericht zur Lage des Werkes über die Forderung der Behörde nach zusätzlichen Filtern für einen Anodenschachtofen wie folgt geäußert:

„Wir haben gegen diese Forderung der Behörde Einspruch eingelegt, da diese nicht dem heutigen Stand der Technik gerecht wird. Durch solche Forderungen entsteht die Gefahr, daß technologischer Fortschritt durch formalen Einspruch behindert bzw. die Errichtung neuer Anlagen erschwert wird. Wir sehen in der Haltung der Behörde eine ernste Gefährdung zukünftiger Investitionen" („NA-Intern", Werksztg., Juni '81).

Auf die Frage wie sich dies mit der Äußerung verträgt, die Affi erfülle die ihr gemachten Umweltauflagen, erklärt Berndt: Im Normalbetrieb könne man die von der Behörde gemachten Auflagen einhalten, jedoch seien Störfälle – durch Schäden an den Filtersäcken – nicht auszuschließen!

Im weiteren Verlauf der Debatte machte die Geschäftsleitung die DDR für die Elbverschmutzung verant-

an den Filtersäcken – nicht auszuschließen!

Im weiteren Verlauf der Debatte machte die Geschäftsleitung die DDR für die Elbverschmutzung verant-

wortlich. Auch hier wurde prächtig mitgehalten. So wurde unter Anführung der zwei Tage zuvor gelaufenen Fernsehsendung „Panorama" (die Affi wurde reichlich erwähnt) über das Zustandekommen solcher einseitigen Meßergebnisse berichtet. Während bei Schnackenburg an der Grenze zur DDR, laufend Wasserproben entnommen werden und auf ihre Güte hin überprüft werden, werden in Hamburg oder Cuxhaven nur Stichproben genommen, weil kontinuierliche Messungen zu kostspielig seien. Lediglich ein Kollege, bei fünf Wortmeldungen, unterstützte die Argu-

Fortsetzung nächste Seite

Paragraphen des Betriebsverfassungsgesetzes von

– § 91: „Werden die Arbeitnehmer durch Änderungen der

Paragraphen des Betriebsverfassungsgesetzes von 1971, die den Umweltschutz betreffen:

– § 87 Absatz 7: „Der Betriebsrat hat, soweit eine gesetzliche oder tarifliche Regelung nicht besteht, in folgenden Angelegenheiten mitzubestimmen:
Regelungen über die Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sowie über den Gesundheitsschutz im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften oder der Unfallverhütungsvorschriften..."

– § 88 Absatz 1: „Durch Betriebsvereinbarungen können insbesondere geregelt werden:
zusätzliche Maßnahmen zur Verhütung von Arbeitsunfällen und Gesundheitsschädigungen.."

– §89 Absatz 1: „Der Betriebsrat hat bei der Bekämpfung von Unfall- und Gesundheitsgefahren die für den Arbeitsschutz zuständigen Behörden, die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen durch Anregung, Beratung und Auskunft zu unterstützen sowie sich für die Durchführung der Vorschriften über den Arbeitsschutz und die Unfallverhütung im Betrieb einzusetzen."
Absatz 2: „Der Arbeitgeber und die in Absatz 1 genannten Stellen sind verpflichtet, den Betriebsrat oder die von ihm bestimmten Mitglieder des Betriebsrates bei allen im Zusammenhang mit dem Arbeitsschutz oder der Unfallverhütung stehenden Besichtigungen und Fragen hinzuzuziehen. Der Arbeitgeber hat dem Betriebsrat unverzüglich die den Arbeitsschutz und die Unfallverhütung betreffenden Auflagen und Anordnungen der im Absatz 1 genannten Stellen mitzuteilen."

– § 91: „Werden die Arbeitnehmer durch Änderungen der Arbeitsplätze, des Arbeitsablaufes oder der Arbeitsumgebung, die den gesicherten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen über die menschengerechte Gestaltung der Arbeit offensichtlich widersprechen, in besonderer Weise belastet, so kann der Betriebsrat angemessene Maßnahmen zur Abwendung, Milderung oder zum Ausgleich der Belastung verlangen. Kommt eine Einigung nicht zustande, so entscheidet die Einigungsstelle. Der Spruch der Einigungsstelle ersetzt die Einigung zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat."

Desweiteren sind Betriebsänderungen nach § 111 mitbestimmungspflichtig, sowie die Gestaltung des Arbeitsablaufes (§ 90).

Gewerbeordnung vom 26. Juli 1900

– § 120a Absatz 1: „Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet, die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten und den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit so weit geschützt sind, wie es die Natur (!) des Betriebes gestattet."
Absatz 2: „Insbesondere ist für genügendes Licht, ausreichenden Luftraum und Luftwechsel, Beseitigung des bei dem Betrieb entstehenden Staubes, der dabei entwickelten Dünste und Gase sowie der dabei entstehenden Abfälle Sorge zu tragen."

Weitere Gesetze wie die „Arbeitsstättenverordnung", das „Raumordnungsgesetz" und einschlägige Strafgesetzvorschriften nicht zu vergessen.



Die Umweltschutzgruppe "Geo–Physik" entnimmt Schlamm- und Wasserproben

Fortsetzung von vorh. S.

mentation nach der Elbverschmutzung durch die DDR.

Bei ihren Ausführungen stützte sich die Geschäftsleitung auf den Bericht der ARGE-Elbe und stellte für die nächste Ausgabe der Werkszeitung einen detailierten Bericht in Aussicht. In der kurz darauf erscheinenden Werkszeitung las sich das so: *„Der Grund für die deutliche Abnahme der Schwermetallgehalte des Elbsediments im Bereich der Hansestadt Hamburg liegt in der vielfältigen Verzweigung der Elbwasserführung und den dadurch bedingten günstigen Absetzbedingungen* (in gleicher Weise werden so die hohen Werte des Schlamms im Müggenburger Kanal begründet) *für den von der Oberelbe mitgebrachten Schlick. Da die Schlammablagerungen aus verkehrstechnischen Gründen regelmäßige Ausbaggerungen im gesamten Hafengebiet erforderlich machen, wirkt der Hamburger Hafen letztlich als Reinigungsstufe für die vorbelastete Elbe.“*

Der Hamburger Hafen ist nach Meinung der Affi-Kapitalisten das Klärbecken der DDR.

Die Vertrauensleutesitzung

Von der Debatte sichtlich überrascht, vermied es der Betriebsrat – zu drei Viertel Mitglieder der SPD – auf der Betriebsversammlung hierzu Stellung zu nehmen.

Doch wollte man diese Kritik an der Umweltpolitik der NA so nicht stehen lassen, und setzte das Thema „Gefährdet der Umweltschutz Arbeitsplätze?“ auf die Tagesordnung der nächsten Vertrauensleutesitzung, zu der als Gastreferent Gerd Albracht von der Hauptverwaltung Hannover – Abt. Umweltschutz – eingeladen wurde. Albracht schilderte am Beispiel Asbest und Quecksilber die konkrete Gefährdung der Kollegen im Betrieb und forderte den Betriebsrat auf, mehr Informationen über die gesundheitlichen Folgen im Umgang mit solchen Schadstoffen zu geben. Ferner müsse seiner Meinung nach der Umweltschutz in die Wachstums-

Ferner müsse seiner Meinung nach der Umweltschutz in die Wachstums-

politik mit eingebaut werden und in Sachen Umweltschutz mehr Verantwortung übernommen werden, damit dies nicht andere tun.

Interessant war die Tatsache, daß im Fall Boehringer Hamburg (berüchtigt wegen seiner HCH-Produktion) ein – man höre und staune – Stillegungsbeschluß des Hamburger Senats in der Schublade gelegen habe, den aber die IG-Chemie in letzter Sekunde, zur Sicherung der Arbeitsplätze, verhindert hat. War auf der Betriebsversammlung in punkto Betriebsratsmeinung Sendepause, zogen in erster Linie die freigestellten BR-Mitglieder (SPD-ler) vom Leder. Da waren plötzlich die Politiker die Alleinschuldigen, da sie schließlich die Industrie angesiedelt hätten. Die Affi selbst habe in den letzten 10 Jahren über 80 Millionen Mark für den Umweltschutz ausgegeben und deshalb dürfe es keine Kritik an deren bisheriger Praxis geben.

Neben den Vertretern der Behörde wurde den Wissenschaftlern Unkenntnis bescheinigt, da sie 'einfach daher kommen, irgendwo Stichproben und unglaubwürdige Daten noch ungeprüft in der Presse (wie schrecklich) verbreiten können'. Und schließlich sollten die Umweltschützer gleich sagen, daß sie den Betrieb schließen wollen, das wäre ehrlicher.

In die gleiche Kerbe haute der BR-Vorsitzende Benno Oldach. So sprach er von den relativ guten Werten der ARGE-Elbe, deren Meßdaten bei genauerem Hinsehen (bitte Brille putzen) gar nicht so schlecht aussehen. Zwar sei es mit der Luft bei der Affi nicht zum besten bestellt, in punkto Abwasser sei die Affinerie aber k e i n Umweltverschmutzer.

In dem richtigen Timing stellte das nächste BR-Mitglied (ebenfalls Marke SPD) die Dümmlichkeit der Behörde dar. Sie habe die Laserkanone auf dem Aschberg (sie war gegenüber dem neuen Werk installiert worden), die die Umweltverschmutzung messen sollte, abbauen müssen, da die Meßwerte durch die dazwischenliegende Autobahn verfälscht würden. Jetzt habe die Behörde nicht einmal den Mut, dies zuzugeben.

Dummdreist wurden die Umweltschützer als „Politrocker“ dargestellt, „die die Politiker in eine bestimmte Richtung drängen wollen (genau)“ und „mal vor der Affi, mal auf der Elbe und mal in Brokdorf“ zu finden sind.

Und in Brokdorf darf natürlich kein anständiger Umweltschützer gewesen sein, sonst hat er bei dieser Sorte von Sozialdemokraten verschissen. Der Betriebsrat bot aber an, daß jeder Wissenschaftler in den Betrieb kommen könne, um dort Messungen zu machen.

Bitte die Genehmigung für den Zutritt auf das Affi-Gelände beim Betriebsrat einholen.

Die Reaktion der Affi

Die zunehmende Kritik in der Öffentlichkeit an den Schwermetalleinleitungen der Affi hat die Kapitalisten zu einigen sofortigen Schönheitskorrekturen gezwungen. So wurden innerbetrieblich mehrere kleine Straßenkehrmaschinen angeschafft, mit denen fortan regelmäßig um die Siele gezuckelt wird, um nicht zuviel Schwermetalle in die Abläufe gelangen zu lassen.

Desweiteren wurde im neuen Werk Ost ein Absetzbecken von der Größe eines Schwimmbeckens installiert, um die gröbsten Verunreinigungen aus dem Abwasser zu ziehen. Dennoch gelangen immer wieder Schadstoffe in beträchtlicher Menge in den Müggenburger Kanal. Einige Aufregung herrschte zum Beispiel in der Kupferelektrolyse, als nach Demontage eines Elektrolysebeckens (diese sind reichlich mit Säuren und Metallen 'gesegnet') festgestellt wurde, daß, der darunterliegende Kachelboden total von der Säure zerfressen war und nicht unerhebliche Mengen an Giften direkt ins Erdreich versickert sind. Ob dieser Vorfall der Behörde gemeldet wurde?

Die nächste Betriebsversammlung

Anfang September brachten die Affi-Kapitalisten in ihrem Bericht zur Lage des Werkes das Thema Umweltschutz nochmal in aller Ausführlichkeit. Anlaß hierzu war eine „journalistische Fehlleistung“ des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“.

Der Spiegel hatte in seiner Serie über das Umweltgift Quecksilber, der Norddeutschen Affinerie u.a. wie folgt geschrieben: *„....allein aus dem 'Einlauf 40' des Werkes strömten täglich rund zehn Kilogramm Cadmium in einen Elbzufluß, dazu etliche andere Schwermetalle wie Quecksilber“* (Spiegel, 35/81).

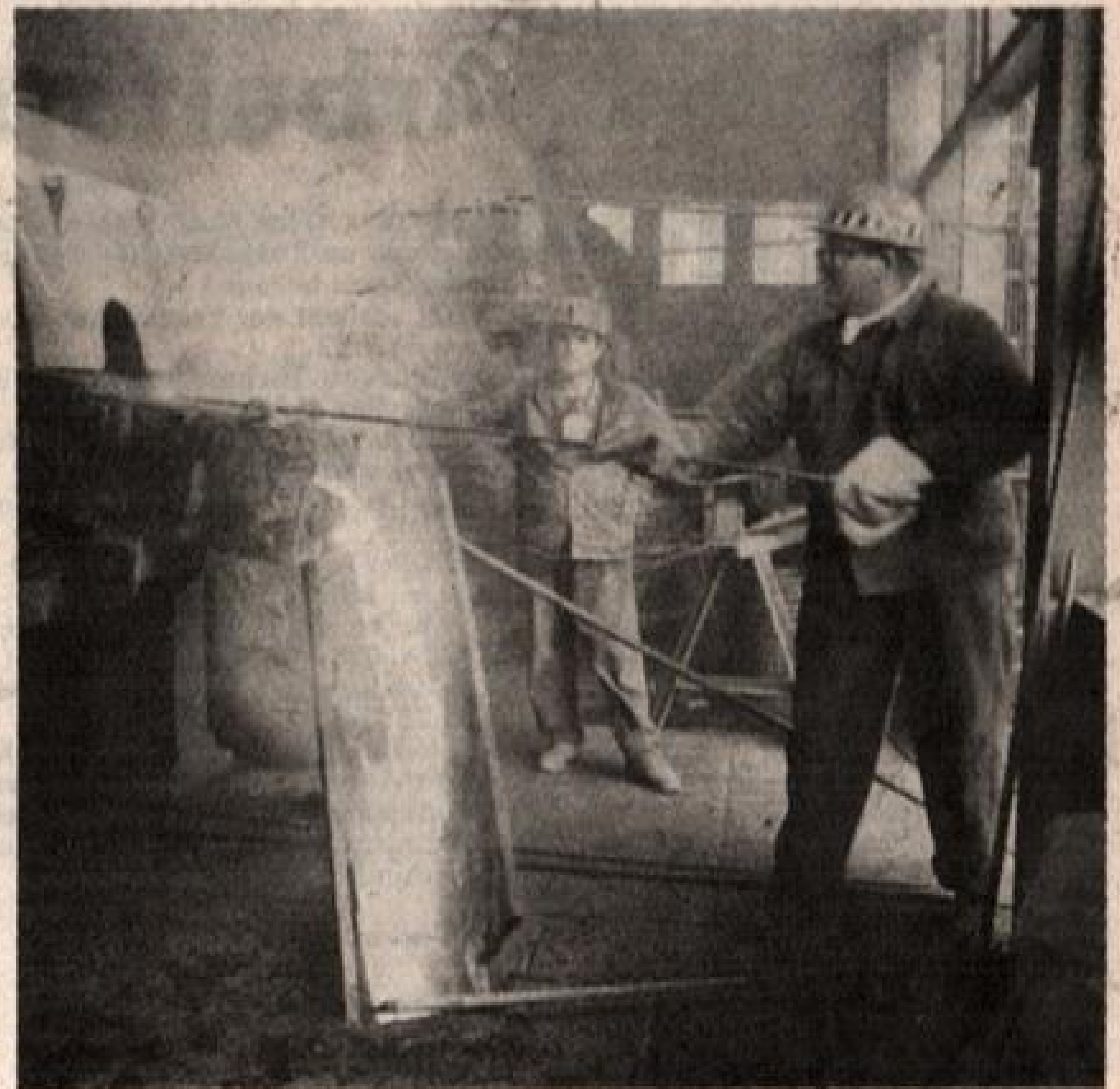
Die Geschäftsleitung beklagte sich darüber, daß hier der Eindruck erweckt werde, daß die Affinerie Quecksilber einleite, was schon deshalb nicht stimmen könne, weil die NA gar kein Quecksilber produziere. Nochmals wurden die verschiedenen Abwasserarten und ihre Beseitigung dargestellt und die Planung eines neuen Sielsystems bekanntgegeben. So soll das gesamte Werk für 12 Millionen Mark neu besielt werden, wobei die erste Baustufe im alten Werk – mit einem Kostenpunkt von 3 Millionen Mark – bis 1983 abgeschlossen sein soll.

Insgesamt, so die NA, habe man seit 1970 rund 91 Millionen Mark für Umweltschutz ausgegeben, was einer jährlichen Ausgabe von ca. 8 Millionen gleichkommt. Diese Summe wirkt bescheiden, um nicht zu sagen lächerlich, im Gegensatz zu dem Jahresumsatz von über 1.5 Milliarden Mark!!

Was so alles unter Umweltschutz firmiert, machte die NA auf der Versammlung damit deutlich, daß einer seit 40 Jahren bestehenden Rechtsverordnung endlich Rechnung getragen wird. Danach sollen jetzt Abzüge in der Bleiraffination installiert werden, um die Staubbelastung zu reduzieren, was das Bleimerkblatt – das entsprechende Gesetz – von 1941 faktisch schon vorsieht! Ansonsten demonstrierte die NA Gelassenheit, mit der es allerdings nicht weit her ist.

So hatte z.B. der Chef-Chemiker der Affi, Manette, bei der im Juli stattgefundenen Kutterfahrt von der Werksbrücke aus mit der Polizei gedroht, als Umweltschützer, eine im Müggenburger Kanal verankerte Schute betreten mußten, um aus einem entsprechenden Schieber eine Wasserprobe zu entnehmen. Dieser Einlauf entpuppte sich als Spitzenreiter, was die Cadmium-Werte anging. Auch ist mittlerweile der Werkschutz fototechnisch besser ausgerüstet worden, um weitere Aktionen der Umweltschützer in Zukunft optisch besser begleiten zu können.

Bei zukünftigen Aktionen allerdings sollten die Umweltschützer den



Ein typischer Arbeitsplatz auf der Affi – der Dreck geht direkt in die Luft

Betriebsrat nicht vergessen, da dieser sein Schweigen erst Ende September wieder brechen wird. Dann nämlich ist die nächste Vertrauensleutesitzung angesagt, zu der auch ein Vertreter der Umweltbehörde zum Thema Umweltschutz eingeladen worden ist.

(1) Bei der Ansiedlung der Hamburger Aluminiumwerke Reynolds, war kräftig mit Arbeitsplätzen geworben worden. Ein Bauer hatte gegen die drohende Luftverpestung durch Fluor Klage gegen Reynolds erhoben und war in der Presse mit entsprechenden demagogischen Äußerungen bedacht worden. *„Sind 10.000 Gladiolen wichtiger als 1000 Arbeitsplätze?“*. So und ähnlich lauteten die Presseberichte, ehe der Konflikt auf „gute hanseatische Weise“ gelöst werden konnte. Dem Bauern wurde ein anderes Grundstück in Aussicht gestellt, während dieser seine Klage daraufhin zurückzog.

AKW-Nein-Kommission

Endlich: Hermann Gaßmann nach sechs Monaten Haft entlassen!

Nur zwölf Tage fehlten am halben Jahr, als Hermann Gaßmann, Bildungssekretär der Hamburger IG Metall, am 16. September endlich aus der Untersuchungshaft entlassen wurde, die er wegen angeblicher Spionage für die DDR absitzen mußte. Bevor Hermann zu seiner Familie konnte, hatte sich die Justizbürokratie jedoch noch eine kleine Gemeinheit ausgedacht. Als Hermann morgens den Gerichtsbeschluß über seine Freilassung erfuhr, bat er darum, seine Frau benachrichtigen zu dürfen. Die Gefängnisleitung lehnte dies jedoch strikt ab: man wolle nicht wieder eine Demonstration vor dem UG haben.

Den staatlich sanktionierten Rechtsvollziehern saß offensichtlich noch ein Ereignis in den Knochen, das drei Monate vorher passiert war, als Hermann von Bonn nach Hamburg verlegt worden war: Hermanns Freunde hatten den Zeitpunkt der Verlegung rechtzeitig erfahren und sich mit ca. fünfzehn Kollegen vor dem UG eingefunden, um Hermann zu begrüßen. Als der BKA-Mercedes schließlich eintraf, war die Freude über das Wiedersehen bei den Gewerkschaftern ebenso groß wie die Verwirrung der BKA-Leute, in deren Dienstvorschriften ein derartiges Empfangskomitee nicht vorkommt. So fanden die Freunde ein paar Minuten Zeit, Hermann zu umarmen und zu begrüßen, und ein BKA-Mann soll anschließend einen Tobsuchtsanfall gehabt haben . . .

Mit Hermanns Freilassung ist der „Fall“ allerdings bei weitem noch nicht ausgestanden. Der Haftbefehl ist nicht aufgehoben, sondern lediglich außer Vollzug gesetzt. Außerdem steht Hermann unter der schikanösen Auflage, sich dreimal wöchentlich bei der Polizei melden zu müssen; seinen Personalausweis behielt die Staatsanwaltschaft ein.

Bis zu einem Prozeß kann noch sehr viel Zeit vergehen. Bislang sind die Ermittlungen noch nicht einmal so weit gediehen, daß die Bundesanwaltschaft Klage erhoben hätte. Wenn dies geschehen ist, muß das zuständige Gericht über die Zulassung der Klage entscheiden, erst dann kann ein Verhandlungstermin angesetzt werden. Dies alles kann sehr lange dauern, und in dieser Zeit hängt über Hermann das Damoklesschwert einer möglichen Verurteilung, ist er weiter dem Rufmord und den Anfeindungen reaktionärer Blätter und politischer Gegner ausgesetzt.

Der Kollegenkreis, der bereits zwei Veranstaltungen seit der Verhaftung von Hermann durchgeführt hat, gibt am 29.9. einen Überblick über die Vorgänge der letzten Zeit und zettelt eine Diskussion über weitere Schritte an. Der Ort ist der gleiche wie bisher, und zwar:

Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP)
Dienstag, den 29.9.81, 19 Uhr

Die Stärke der Solidarität

Hermann hat die ganzen sechs Monate in Einzelhaft gesessen. Das bedeutet, daß es in dieser Zeit nur minimale, eingeschränkte Besuchsmöglichkeiten gab, unter ständiger BKA-Überwachung. Das bedeutet aber auch, daß er keinerlei Kontakt zu Mitgefangenen haben durfte. Besonders im „preußischen“ Hamburger UG wurde dies bis zum Exzeß durchgesetzt. Sogar die Teilnahme am Anstaltsgottesdienst, für viele Einzelhäftlinge die letzte Möglichkeit für ein Zusammentreffen mit anderen Menschen, war Hermann verwehrt. Sein ganzes Leben war auf zwölf Quadratmeter reduziert, zwischen Stahltür und Gitterfenster. Hermann hat diese Zeit gut überstanden. Nachdem er die anfängliche „Gehirnerschütterung“ nach seiner Verhaftung und in der Bonner Zeit überwunden hatte, habe ihm insbesondere eine rege Auseinandersetzung mit seiner Umwelt gestärkt, eine Auseinandersetzung, die vor allem in Form von mehr als dreihundert Briefen bestand, die er erhalten und sämtlichst einzeln beantwortet hat. Bislang unbekannt ist, ob die damit für den Bundesrichter Maier in Karlsruhe verbundene Beschäftigungstherapie schon angeschlagen hat: Er hatte die rechlich sechshundert ein- und ausgehenden Briefe lesen müssen und somit einen Intensiv-Anschauungskurs in Sachen Solidarität bekommen. Anzeichen eines Lernerfolgs sind aber nicht in Sicht . . .

Der Paragraph 99 muß fallen!

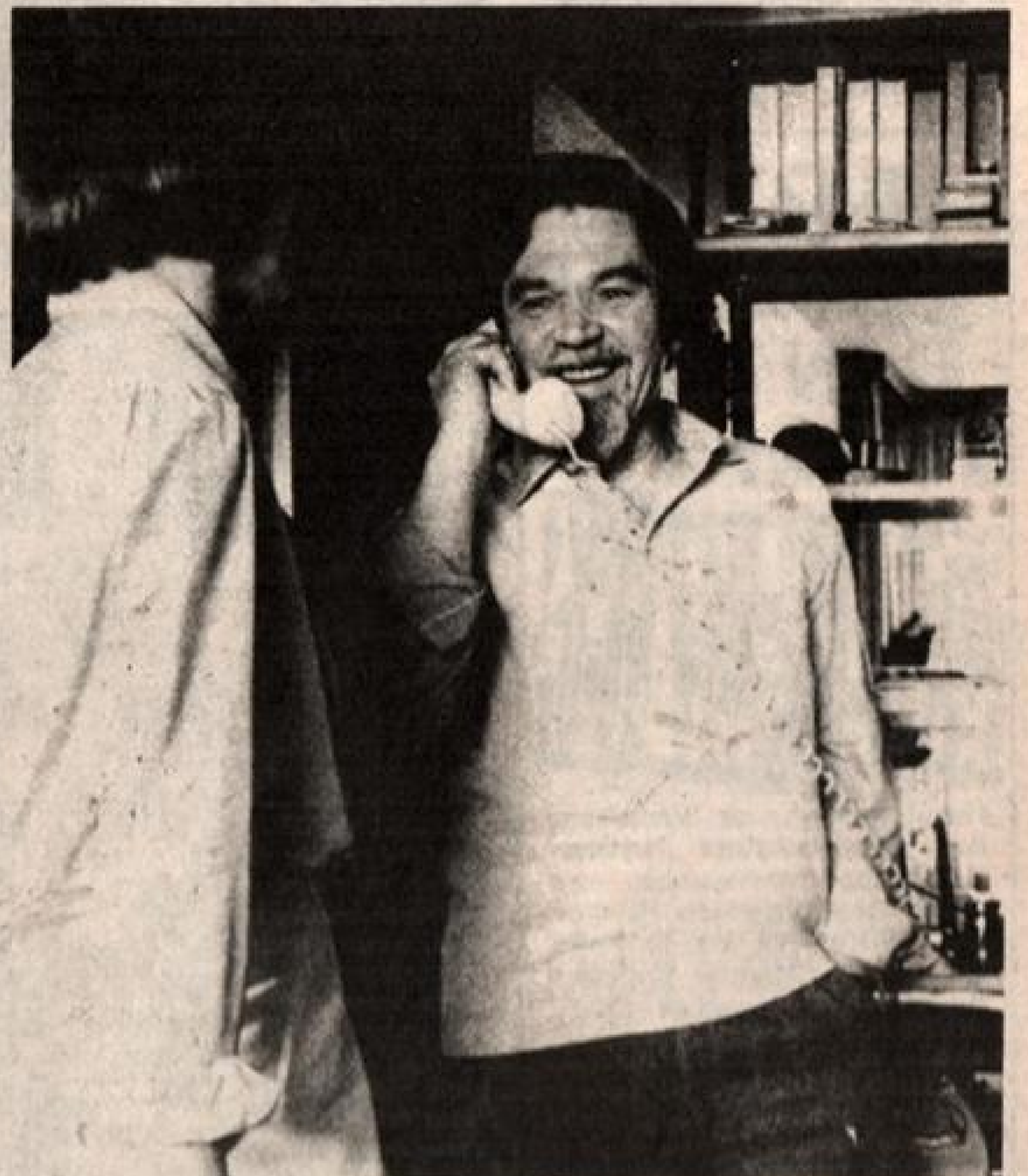
Mit Hermanns Freilassung hat sich die Notwendigkeit der Solidaritätsarbeit in keiner Weise vermindert. Über die konkrete Unterstützung im Hinblick auf den Prozeß hinaus ist eine breite Mobilisierung gegen der verhängnisvollen Paragraph 99 des Strafgesetzbuches erforderlich. Dieser Willkür-Paragraph bedroht mit seinen völlig schwammigen Formulierungen praktisch jeden Bundesbürger, der Kontakte zu Menschen in der DDR hat. Dieser Skandal ist in der Öffentlichkeit bislang recht unbekannt, auch in der Gewerkschaftsöffentlichkeit. Die Hamburger IG Metall Ortsverwaltung hat bislang verschiedentlich eine Kampagne und Aufklärung über diesen Paragraphen angekündigt; bei diesen Ankündigungen ist es aber bisher geblieben. Auch der seit langem angekündigte Artikel in der bundesweiten Ausgabe der Gewerkschafts-Zeitung „Metall“ ist bis heute, 6 Monate nach Hermanns Verhaftung, nicht erschienen.

Inzwischen hat sich eine Arbeitsgruppe innerhalt des „Arbeitskreises Recht“ der SPD-Bundestagsfraktion mit dem Gesetz befaßt. Anlaß war die skandalöse Verurteilung des bayerischen SPD-Landtagsabgeordneten Friedrich Cremer. Der von dieser Arbeitsgruppe ausgearbeitete Diskussionsentwurf für eine Neufassung, in dem der Straftatbestand der „geheimdienstlichen Agententätigkeit“ enger und präziser gefaßt wird, hat aber nur wenig chancen, überhaupt in den Bundestag zu kommen. Bereits innerhalb der Arbeitsgruppe kontrovers diskutiert, müßte er noch vom gesamten Arbeitskreis, dem Fraktionsvorstand und der Fraktion gebilligt werden. Und es müßte schon ein Wunder geschehen, wenn die SPD gegen alle Regel mal wieder eine Reform durchsetzen würde.

Konflikte in der Hamburger IGM nicht ausgestanden

Zu einer Kampagne gegen den § 99 hatte auch Hermann Gremliza in seiner „konkret“-Kolumne aufgefordert (Nr. 8/81). Er hatte dabei kein Blatt vor den Mund genommen und in seiner Polemik u.a. geschrieben: *„Er sitzt im Untersuchungsgefängnis, weil er als Bildungssekretär der IG Metall Gewerkschafter nicht zu Sozialpartnern ausbilden wollte ... Zur Begründung erfanden Gaßmanns Feinde — rechtssozialdemokratischer Gewerkschaftsfilz, Landesamt für Verfassungsbruch und Bundeskriminellenamt — einen*

Fortsetzung nächste Seite



Hermann Gaßmann nach der Freilassung (Foto: G. Zint)

Fortsetzung von vorh. S.

ganz anderen Vorwurf: Gaßmann habe sich eines Verbrechens nach § 99 ... schuldig gemacht".

Ein Aufheulen der drei IGM-Geschäftsführer war die Folge; offensichtlich paßte ihnen der Schuh, und sie zogen ihn sich schleunigst an. In einem Brief an „konkret" (Nr. 9/81) beklagen sie sich über „*übelste Verleumdungen*", zetern über „*miese Artikel in der Bild-Zeitung, in der Morgenpost und jetzt auch in der konkret*". Sie benutzen seltene Wörter wie beispielsweise „*Kapitalisten*" und versteigen sich zu atemberaubenden Behauptungen: „*In der gesamten IG Metall wird vom Sekretär bis zum Vorstand der Interessensgegensatz zwischen den abhängig Beschäftigten und den Unternehmern, zwischen Arbeit und Kapital stets eindeutig herausgearbeitet, die Ideologie der Sozialpartnerschaft scharf zurückgewiesen, die Arbeit und der Kampf der IG Metall entsprechend ausgerichtet*". Schön wär's ja, und man sollte darauf zurück kommen. Dann aber geht's zur Sache: „*In diesem Rechtsstaat wird aber tatsächlich niemand verfolgt, weil er wie hunderte andere auch, den Aufruf des Hamburger Forums gegen den Atomtod unterzeichnete, oder den Arbeitskreis ‚Alternative Produktion', der über die Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produktion nachdenkt, zu fördern sucht*".

In einem ebenfalls in „konkret" veröffentlichten Leserbrief eines IGM-Betriebsratsmitglied und SPD-Mitglieds wird eine passende Antwort gegeben: „*Die IGM-Geschäftsführer Müllner, Engelmann und Mohr geben diesem Staat die Liebe, die er von ihnen verlangt, wenn sie in ihrem Leserbrief unaufgefordert bekennen: ‚In diesem Rechtsstaat wird niemand verfolgt, weil er . . .' Ich will den Kollegen diese Staatsideologie nicht zum Vorwurf machen. Aber die logische Folgerung aus ihrer Aussage ist, daß nur der verfolgt wird, der etwas auf dem Kerbholz hat — somit muß Hermann Gaßmann Unrechtes getan haben, da er schon seit 130 Tagen in Haft sitzt, also unbestreitbar verfolgt wird. Kommt dieser Satz nicht somit einer Verurteilung unseres Kollegen Gaßmann gleich? Haben die drei noch nie etwas von Agartz, Dürrbeck, Kreibich, Hotz, und, und, und, oder von der Schnüffelpraxis des Hamburger Verfassungsschutzes gegen gehört? Passierte das Schnüffeln nicht unter dem ehemaligen AfA-Vorsitzenden, Gewerkschafter und Innensenator Staak und dem sozialdemokratischen Verfassungsschutz-Präsidenten Horchem? Ist das keine Verfolgung? Kein ‚rechtssozialdemokratischer Gewerkschaftsfilz'?*"

Kein ‚rechtssozialdemokratischer Gewerkschaftsfilz'?"

Nach allen Erfahrungen mit dem § 99 kann nicht ausgeschlossen werden, daß Hermann Gaßmann letztendlich verurteilt wird. Die Beweislage ist dabei verhältnismäßig unerheblich. Sollte es dazu kommen, ist zu befürchten, daß die IG Metall Führung den Kollegen Gaßmann fallen läßt. Das wird der Moment sein, wo einige verantwortliche Kollegen, die sich gegenwärtig noch zu übertrumpfen suchen, wer wohl der „älteste Freund von Hermann" ist, Farbe bekennen müssen. Um Hermann diese Freunde zu erhalten, hat die Solidaritätsbewegung noch viel Arbeit vor sich.

Ein Genosse der B&G-Kommission



Dokumentation zur Verhaftung des Gewerkschafters Hermann Gaßmann, herausgegeben von einem Unterstützerkreis Hamburger IGM-Kollegen. Da die Kollegen für die 24seitige Broschüre keinen Preis angegeben haben, sollte bei Bestellungen eine angemessene Solidaritäts-Spende beigefügt werden.

Die Adresse: Ingmar Carlberg, Poppenbütteler Chaussee 38, 2000 Hamburg 65

Arbeitsplatzvernichtung in Hessen

Allein in der letzten Woche gaben die Geschäftsleitungen verschiedener Unternehmen nur im Rhein-Main-Gebiet die Vernichtung von zusammen rund 2750 Arbeitsplätzen bekannt.

- **VDM schließt das Frankfurter Werk mit 1700 Beschäftigten endgültig bis zum 31.3.82,**
- **die Hoechst-Tochter Kalle plant die Zellophan-Fabrik in Wiesbaden mit 500 Stellen dichtzumachen,**
- **ebenfalls um 500 Arbeitsplätze soll die Belegschaft von Dunlop in Hanau gekürzt werden,**
- **fast jeder zehnte Arbeitsnehmer verliert bei der Hoechst-Enkelin Curta seine Stelle,**
- **bei Adler in Frankfurt sollen 1700 Arbeitsplätze gestrichen werden,**
- **400 bei BBC in Hanau,**
- **150 bei einem Fertighaus-Hersteller in Großauheim,**
- **800 bei der AEG-Tochter Duofrost in Wiesbaden,**
- **800 bei der in Konkurs gebrachten Herd-Fabrik Haas und Sohn in Herborn,**
- **und 250 bei Bänninger in Gießen.**

Die Gewerkschaftsführer haben zwar heftigen Widerstand gegen den geplanten massiven Abbau von Arbeitsplätzen angekündigt, doch bis auf „SOS-Rufe" an die hessischen Landes- und Kommunalpolitiker Börner, Clauss, Wallmann und Bundesfinanzminister Matthöfer, ist nicht erkennbar, wie die Beschäftigungskrise verhindert werden soll.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Adler, Frankfurt war das schon alles?

Nach einer Kundgebung von fast 10.000 Menschen, nach hunderten von Solidaritätserklärungen u.v.a.m. scheint es VW vorläufig gelungen zu sein, anstelle der Totalschließung jetzt die Entlassung von „nur" 1.600 Kollegen im Frankfurter Werk durchzusetzen. Anstelle der 3.000 sollen jetzt „nur noch" insgesamt 2.350 Menschen in 3 Werken der Triumph-Adler Gruppe entlassen werden.

Hatte Frankfurts CDU-OB Wallmann schon sehr schnell dazu erklärt, das Ergebnis stelle eine „sichere Teillösung" dar, so zog die Frankfurter IGM-Führung bald nach: ein „*menschlich vertretbares Ergebnis*" und „*Teilerfolg*", so kommentierte Günter Otto, IGM, den Kuhhandel. Die IGM-Frankfurt scheint weitgehend zufrieden damit zu sein, daß es ihr gelungen ist, die Entlassungen besser zu verteilen, nämlich nach Nürnberg und Schwandorf, wo jetzt wesentlich mehr entlassen werden sollen, als ursprünglich geplant.

Makaber wird das noch alles, wenn jetzt die bayerische SPD erklärt, die Schließung des Frankfurter Werks „*wäre eindeutig die bessere Lösung gewesen*" („FR", 18.9.).

Tatsächlich bedeutet der VW-Beschluß (Schrumpf-Belegschaft von 1000 Ende '82) das Ende der ADLERWERKE. Dies wird auch unverhohlen zugegeben: Ab Ende 1982 soll die Beschäftigtenzahl über Fluktuation und Abfindungen weiter verringert werden. VW hat bekanntgegeben, daß angeblich 414 Akkordarbeiter und 591 Betriebsmeister, Facharbeiter, Verwaltungsangestellte usw. weiter in Frankfurt arbeiten sollen. Für ein Werk, in dem einmal 5 - 6000 Menschen gearbeitet haben, bedeutet das einen Stillegungsbeschluß. Von den z.Zt. angebotenen Abfindungen wird deshalb auch reichlich Gebrauch gemacht. Ansätze von Gegenwehr werden von der rechten BR-Mehrheit und VK-Leitung (z.T. durch Rücktrittsdrohungen) niedergemacht.

Enka Kassel: Hungerstreik soll Werkschließung abwenden

Seit nunmehr neun Monaten werden die 800 Beschäftigten der Enka Werke in Kassel mit Stillegungsgerüchten verunsichert.

Aus Protest gegen die Schließungspläne und um die Öffentlichkeit auf die Machenschaften der Konzernleitung aufmerksam zu machen trat am 10.9.81 der Gesamtbetriebsrats-Vorsitzende Helmut Haase in den Hungerstreik. Am 15.9.81 schlossen sich zwei Betriebsratsmitglieder und ein Vertrauensmann dieser spektakulären Aktion an.

Nachdem sich in der vergangenen Woche Betriebsrat, Konzernführung und die IG Chemie über die Benennung eines Gutachters zur Untersuchung der Lage des Betriebes einigen konnten, beendeten die vier Gewerkschafter ihren Hungerstreik.

Der niederländische Akzo-Konzern, zu dem das Enka Werk gehört, will das Werk wegen anhaltender Verluste schließen. Allein im Jahr 1980 soll das Minus 38 Millionen Mark betragen haben.

Für den überwiegenden Teil der 800 Beschäftigten stellen die Schliessungsabsichten eine existenzielle Bedrohung dar. Bedingt durch eine überdurchschnittliche Beschäftigungsdauer, etwa ein Drittel arbeitet mehr als 25 Jahre im Betrieb, sind 74 Prozent der Belegschaft über 40 Jahre alt, die kaum noch Chancen haben auf dem Arbeitsmarkt vermittelt zu werden.

Hinzu kommt die spezielle Situation Kassels. Schon heute weist die Statistik des Bezirks mit mehr als sieben Prozent die höchste Arbeitslosenquote des ganzen Landes auf.

In den vergangenen Wochen und Monaten hat die Belegschaft in vielfältigen Formen und Aktionen ihre Wut und Empörung zum Ausdruck gebracht.

An einem Wochenende besetzten rund 80 Kollegen ein Werktor symbolisch. Die Aktion „Bürger für Enka" erbrachte rund 40.000 Unterschriften für den Erhalt des Werkes. Mit den inzwischen erstellten Flugblättern ließe sich schon eine satte Broschüre zusammenstellen. Zusätzlich wurden zwei Dokumentationen für die Öffentlichkeit herausgebracht.

Besondere Empörung hat beim Betriebsrat ausgelöst, daß in den 70er Jahren gemachte zukunftssichernde Versprechungen nicht gehalten wurden. Damals waren mit Zustimmung des Betriebsrates 1200 Arbeitsplätze vernichtet worden. Mit dieser Radikalkur hatte der Betriebsrat die trügerische Hoffnung verbunden, im Gegenzug eine Lebensversicherung für den Bestand des Rest-Werkes eingehandelt zu haben.

Trotz dieser schmerzlichen Erfahrung sind erneut Zweifel angebracht, ob die Widerstandsaktionen ausreichen, um das Werk in seinem jetzigen Bestand zu erhalten.



Hungerstreik des Enka-Betriebsrats

Viel zu stark orientieren Betriebsrat und Gewerkschaftsführer die Gegenwehr auf eine eigenes Sanierungskonzept, das dem jetzt benannten Gutachter vorgelegt werden soll.

Denn selbst wenn sich der Betriebsrat hier durchsetzt und Gutachter und vor allem der Konzernvorstand ein Sanierungskonzept für machbar halten, wird kaum mehr

machbar halten, wird kaum mehr

herausspringen als der Abbau weiterer Arbeitsplätze, und für die dann noch Nachbleibenden, Unsicherheit für unbestimmte Zeit.

Damit wird an einer Neuauflage gerade erst zerplatzter Illusionen gebastelt.

Nur wären diesmal die Folgen für die Betroffenen noch katastrophaler als Anfang der 70er Jahre.



Vier Stunden lang besetzten die Arbeiter bei VDM am 14.9. die Werkstore



Heddernheim macht dicht

Bei den Vereinigten Deutschen Metallwerken (VDM), wo ebenfalls Massenentlassungen geplant sind (1700), ist eine wilde Spekulation um das riesige Werksgelände, das nur z. T. genutzt wird, im Gange. Der Vorstand von VDM hat in bisher geheimgehaltenen Verhandlungen mit der Stadt versucht, Angebote für das 1 Million qm große Gelände einzuholen. Vertreter der Stadt dementieren zwar konkrete Zahlen (es ist von 400 - 600 Millionen DM die Rede!) ebenso wie Gespräche über die nötige Nutzungsänderung. Der Zusammenhang zwischen den möglichen Spekulationsgewinnen und dem Beschluß, das Werk zu schließen, liegt jedoch auf der Hand: Der VDM-Vorstand könnte aus dem Verkauf bequem den Sozialplan bezahlen und zusätzlich noch riesige Gewinne einstreichen.

Die VDM-Kollegen haben am 14.9. symbolisch die Werkstore besetzt und gegen die Spekulationen um das Werkgelände protestiert. Außerdem wird der Verkauf und Abtransport von Maschinen befürchtet, nachdem Interessenten bereits durchs Werk liefen.

Letzte Meldung!

Am 23.9. gab nun der VDM-Vorstand das geplante endgültige „Aus" für den Betrieb in Heddernheim zum 1.3.82 bekannt. Die Kollegen des Betriebes antworteten mit einer Demonstration durch Frankfurt-Heddernheim.

KB/Gruppe Frankfurt
Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Muß Hamburgs GEW-Chef gehen?

In der Hamburger GEW verdichtet sich die Kritik am autokratischen Führungsstil ihres ersten Vorsitzenden Rainer Griep. Seine Alleingänge beim GEW-Streik an der Hamburger Fremdsprachenschule (vgl. AK 208, S. 7) standen im Mittelpunkt der Kritik auf einer GEW-Arbeitsversammlung am 15.9. Griep reagierte auf die Vorwürfe in gewohnt arroganter Manier: Als eine Resolution, die sein Verhalten kritisiert, abgestimmt werden sollte, erklärte er kurzerhand die Versammlung für geschlossen und verließ – da die Kollegen blieben – den Raum, wobei er dafür sorgte, daß Mikrophon und Licht ausgestellt wurden. Doch dieses Spielchen dürfte sich auf der Vertrauensleuteversammlung am 28.9., wo die Vorgänge um den Streik wiederum auf der Tagesordnung stehen, kaum wiederholen lassen.

Die GEW-Arbeitsversammlung war auf Druck der Basis zustandegekommen. Über 40 Vertrauensleute hatten innerhalb von 24 Stunden einen Antrag für eine außerordentliche Vertrauensleuteversammlung unterschrieben, wodurch sich der Vorstand genötigt sah, zumindest eine Arbeitsversammlung zuzugestehen. Aus lauter Angst vor kritischen Stimmen wurden bei dieser Versammlung — völlig unüblich — scharfe Eingangskontrollen durchgeführt. Wer seinen Mitgliedsausweis nicht dabei hatte, mußte sich in der Geschäftsstelle seine Mitgliedschaft bestätigen lassen — dafür gab es extra für diesen Abend gedruckte Karten. Doch all diese Vorsichtsmaßnahmen waren umsonst. Im Laufe des Abends mußte Rainer Griep feststellen, daß die Kritik nicht von eingeschleusten Agenten, sondern von den GEW-Mitgliedern selbst kommt.

In seinem Eingangsreferat gab sich Griep noch betont optimistisch: Der Streik habe einen Pilotcharakter gehabt, man hatte es mit einem hartnäckig handelnden Arbeitgeber und der Gefahr, daß das Unternehmen verlagert würde, zu tun. Angesichts dieser Schwierigkeiten sei das Ergebnis ein großer Erfolg, gewisse Verfahrensschwächen seien hier zweitrangig. In bekannt peinlicher Weise dankte anschließend der Betriebsratsvorsitzende der Hamburger Fremdsprachenschule dem GEW-Vorsitzenden für sein aufopferungsvolles Engagement.

Doch dann brachen die Wogen der Kritik über Griep zusammen. Ein Vorstandsmitglied stellte fest, daß die Alleingänge des ersten Vorsitzenden der GEW nicht genützt hätten und daß man nicht so an den Gremien der GEW vorbeiregieren könne. Minutiös wurden Grieps Alleingänge aufgelistet:

- In der Nacht vom 2.9. einigten sich Griep und Frister mit dem Unternehmer und erklärten den Streik für ausgesetzt, ohne die betroffenen Kollegen oder irgendein gewerkschaftliches Gremium zuvor zu fragen.
- Griep stimmte dabei einer Klausel, die ein zweijähriges Streikverbot an den meisten Euro-Sprachschulen regelt, zu — obwohl diese Klausel noch am Abend zuvor von der Tarifkommission einhellig abgelehnt worden war.
- Griep mißachtete die am 3.9. gefaßten Beschlüsse der Tarifkommission. Darin wurde der Hauptvorstand aufgefordert, die Klausel über das Streikverbot abzulehnen und den streikenden Kollegen eine Urabstimmung über das Verhandlungsergebnis zu ermöglichen. Von Griep wurden diese Beschlüsse noch nicht einmal in die Sitzung des Hauptvorstandes als Antrag eingebracht.
- Damit verstieß Griep auch gegen den Beschluß der Streikleitung, die ihn aufgefordert hatte, „die Beschlüsse der Tarifkommission im Hauptvorstand nachdrücklich zu vertreten".


Ein Bild aus den Tagen des Streiks an der Hamburger Fremdsprachenschule: Unternehmer Pierre Semidei mit süßsäuerlicher Mine bei den Streikposten. Im nächtlichen Gespräch mit Frister hatte er mehr Glück ...

Die Debatte auf der GEW-Arbeitsversammlung brachte nun noch einige recht interessante Einzelheiten ans Licht. So wurde festgestellt, daß sich Griep in der Sitzung der Tarifkommission noch für die Durchführung einer Urabstimmung ausgesprochen und entsprechend gestimmt hatte. Einen Tag später traf sich die GEW-Betriebsgruppe der Hamburger Fremdsprachenschule. Bei einer informellen Abstimmung wurde dabei festgestellt, daß der ausgehandelte Tarifvertrag von 10 Kollegen abgelehnt und von 10 Kollegen — mit großen Bedenken — akzeptiert würde. Dieses Ergebnis dürfte Griep wohl bewogen haben, auf der wiederum einen Tag später stattfindenden Hauptvorstandssitzung den Antrag auf Urabstimmung nicht zu stellen (lt. Satzung gilt hier ein 50 %-Quorum).

Auf der Versammlung wurde außerdem festgestellt, daß das von der GEW unterzeichnete Stillhalteabkommen die GEW-Kollegen an der Euro-Sprachenschule in Oldenburg, die sich in der Vorbereitung von Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung eines 13. Monatsgehalts befinden, am Streik hindert. Von Griep wurde dies bestritten.

Interessant war auch die Information, daß Griep mit seiner Mißachtung des Beschlusses der Streikleitung gegen die GEW-Satzung verstoßen hat, in der es heißt: „*Handelt ein Mitglied während eines Arbeitskampfes gegen die Anordnungen oder Weisungen der zuständigen Stellen der GEW, werden insbesondere die Anordnungen des Hauptvorstandes oder der Arbeitskampfleitung nicht befolgt, so kann ein Ausschlußverfahren eingeleitet werden*". In diesem Zusammenhang wurde auch die Forderung nach einem Rücktritt Grieps gestellt.

Gegen Schluß der Versammlung wurde — unter den oben geschilderten Schwierigkeiten — über eine Entschließung abgestimmt, die nach dem Willen der Kollegen in der Hamburger GEW-Zeitung veröffentlicht werden soll. In der Erklärung heißt es:

„*Es muß nachdenklich stimmen, daß zu einer Zeit größerer Auseinandersetzungen gleichzeitig von gewerkschaftlicher Seite Gespräche mit dem Unternehmer stattfinden, über deren Verlauf die als Streikposten aktiven Kolleginnen und Kollegen so gut wie überhaupt nicht informiert werden. Die Art und Weise, in der wir von der Aussetzung des Streiks erfahren haben, hat uns enttäuscht und wütend gemacht. Daß irgendeine Notwendigkeit besteht, mit dem Tarifgegner zu nächtlicher Stunde ohne Grundlagenprüfung und Information der am Kampf Beteiligten einen Vertragsabschluß in Privaträumen herzustellen, vermögen wir nicht einzusehen ... Allen demokratischen Gepflogenheiten aber widersprach dabei* (in der Hauptvorstandssitzung — Anm. AK) *das Verhalten des Hamburger Landesvorsitzenden. Die in über 4-stündiger Diskussion zustandegekommenen Beschlüsse der Tarifkommission wurden den Kollegen des Hauptvorstandes weder zur Abstimmung vorgelegt, noch zur Kenntnis gebracht. Dieses erneute eigenmächtige Verhalten des Kollegen Griep, das die Tarifkommission zu einer funktionslosen Quasselbude herabwürdigte, macht ihn gemessen an demokratischen Umgangsformen unglaubwürdig*".

Griep legt sich mit der ‚taz' an

Nichts ist Gewerkschaftsführern unangenehmer, als das Öffentlichmachen ihrer Machenschaften. Während die GEW-Pressestelle den bundesdeutschen Blätterwald mit Erfolgsmeldungen versorgte und dieser pflichtschuldigst reagierte („Tarifvertrag durchgesetzt", FR, 9.9.; „Sprachlehrer: mehr Geld, weniger Stunden", „Hamburger Abendblatt", 9.9.), erschien in der „taz" ein Artikel, der die Hintergründe der Absetzung des Streiks enthüllte („Frister ‚beendet' Streik nachts am Telefon", taz, 9.9.).

Mit einem Stil, den er sonst nur innergewerkschaftlich anschlägt, versuchte Griep daraufhin, die „taz" zur Raison zu bringen. In seinem Leserbrief heißt es: „*Zu einem guten journalistischen Stil hätte es wohl gehört, den Pressesprecher oder auch mich zu der Darstellung um die Vorgänge an der Hamburger Fremdsprachenschule zu befragen. Es hätte dann auch die große Fülle von Falschinformationen vermieden werden können. Es ist schon seltsam, daß die Redaktion sogar darauf hereinfällt, daß die Verträge der Kolleginnen und Kollegen an der Hamburger Fremdsprachenschule nach dem Tarifvertrag schlechter sein sollen als vorher.*

Die taz wollte bisher ein Gegengewicht darstellen gegen den übrigen Blätterwald. Die eklatante Verletzung von Prinzipien journalistischer Sorgfaltspflicht in dieser Sache lassen mich jedoch zweifeln, ob diese Alternative wirklich hergestellt werden wird".

Aus der „Fülle von Falschinformationen" nennt Griep nur ein Beispiel, um seine Behauptungen zu belegen. Und gerade hier hat Griep die „taz" ungenau gelesen. Dort hatte nur gestanden, daß „einige Kollegen weniger verdienen würden als vorher". Angesichts der Tatsache, daß nach dem Tarifvertrag der Zuschlag für den Abendunterricht entfällt, ist diese Behauptung sicherlich nicht aus der Luft gegriffen. Für Griep scheint es allerdings zur „journalistischen Sorgfaltspflicht" zu gehören, die nichtssagenden GEW-Presseerklärungen ausgiebig zu zitieren. Ob sich s o eine alternative Zeitung machen läßt?

Worte des Vorsitzenden Griep

Die Zornesblitze des Hamburger GEW-Chefs haben nun auch das Landesvorstandsmitglied Horst Bethge getroffen. Unter Federführung Bethges hatte die GEW kürzlich ein Friedenspädagogisches Fortbildungsseminar durchgeführt, das auch die CDU zu einer Großen Anfrage in der Bürgerschaft veranlaßte (vgl. AK 208, S.8).

Bethge hatte zu kritisieren gewagt, daß auf Intervention Grieps nur höchst unzureichend Material für das Seminar kopiert worden war. Geplant waren 64 Seiten in einer Auflage von 250 Exemplaren, von Griep genehmigt wurden 11 Seiten in einer Auflage von 150 Exemplaren bei immerhin 400 Teilnehmern an der Veranstaltung.

Von Griep wurde die Intervention vor allem damit begründet, daß es selbstverständlich sei, „*Materialien, die der Öffentlichkeit vorgelegt werden, dem Geschäftsführenden Ausschuß zur Genehmigung vorzulegen ... Ich will dies nicht weiter vertiefen, weil ich der festen Überzeugung bin, daß Du nach über 15-jähriger erfolgreicher Funktionärstätigkeit durchaus Kenntnisse über das Außenvertretungsrecht des Landesvorstandes hast*". Griep schrieb dies als Antwort auf die Bemerkung Bethges, daß er bisher bei den von ihm durchgeführten Schulungsversammlungen das Handmaterial noch nie zur Genehmigung vorlegen mußte.

Weiterhin kritisiert Griep, daß die Zahl der Arbeitskreise des Seminars entgegen der ursprünglichen Planung ausgeweitet wurde und verbindet dies mit der Bemerkung: „*Insofern waren die Bedenken der Schulbehörde keinesfalls aus der Luft gegriffen*".

Diese Bemerkung ist eine offene Provokation angesichts der Tatsache, daß sogar Schulsenator Grolle die GEW bei der Anfrage der CDU in der Bürgerschaft zu der GEW-Veranstaltung in Schutz genommen hatte.

Hamburg hat ein Lehrerzentrum

Pressemitteilung

Am letzten Wochenende (18. u. 19. Sept. 1981) öffnete das Didaktische Zentrum Hamburg (DZH) seine Tore. Eine große Anzahl von Lehrern, Referendaren und Studenten aus Hamburg und den umliegenden Bundesländern nutzte diese Gelegenheit, sich über die Arbeit des Zentrums zu informieren. Die beiden Initiatoren Manfred Huth und Christoph-Joachim Schröder zu ihrer Konzeption: „Wir wollen mit dem DZH folgendes ermöglichen:

- Regelmäßiges Treffen und Erfahrungsaustausch.
- Eine allen Kolleginnen und Kollegen zugängliche Bank von Unterrichtseinheiten anlegen.
- Uns gegenseitig helfen mit Tips zu Unterrichtsmaterial, Medien, bei Prüfungsstunden, bei Schulratsbesuchen.
- Selbständig und kritisch-solidarisch Lehrerfortbildung betreiben, ohne die Einengung von Kultusbürokratie oder Gewerkschaftsvorsicht.
- Seminare, Workshops, Arbeitsgemeinschaften und Exkursionen vorbereiten und durchführen.
- Die Ergebnisse unserer gemeinsamen Arbeit in Berichten, in pädagogischen Zeitschriften und Büchern veröffenflichen und in Unterrichtseinheiten interessierten Kolleginnen und Kollegen zugänglich machen.
- Politisch aktiv werden: für eine menschlichere, demokratischere Schule zusammen mit Eltern und Schülern, vor Ort, nicht nur auf Großdemonstrationen und in plakativen Forderungen."

Die Voraussetzungen dafür sind da:

- Es existieren eine Sammlung von Unterrichtsmaterialien und schulpraktischen Hilfen,
- ein Tonarchiv von etwa 1000 Hörspielen, aktuellen Radiosendungen, Liedern usw. geordnet nach Fächern und Themen,
- ein thematisch geordnetes und didaktisch aufbereitetes Poster- und Plakatarchiv,
- eine Auswahl unterrichtspraktisch verwendbarer Zeitungsartikel der letzten 20 Jahre,
- Filme und Tonbildschauen für Weiterbildung und Unterricht.


Das "Didaktische Zentrum Hamburg" stellt seine umfangreiche Sammlung interessierten Kollegen zur Verfügung: Rund 1000 Hörspiele, aktuelle Radiosendungen, Lieder usw., ein thematisch geordnetes und didaktisch aufbereitetes Poster- und Plakatarchiv, Filme und Tondiaserien, eine Auswahl unterrichtspraktisch verwendbarer Zeitungsartikel der letzten 20 Jahre, die wichtigsten Lehr- und Lernbücher der Fächer Deutsch, Geschichte, Politik und Arbeitslehre.
Die Verbreitung des Materials erfolgt durch Workshops zu bestimmten Themen und persönliche Beratung.

Die Initiatoren gehen den Ausbau des Zentrums pragmatisch an: „Weil wir nicht von heute auf morgen das DZH mit einem Riesenprogramm starten können, haben wir uns einen stufenweisen Aufbau vorgestellt. Durch diesen Aufbau soll sich ein Kern von Kollegen herausbilden, die das DZH tragen und im Fortschreiten der Arbeit mit gestalten. Unser als Arbeitspapier zu verstehender Plan wird also im Laufe der Zeit sicher modifiziert und präzisiert werden.

Stufe 1: 'Hilfen für den Unterrichtsalltag'

- Themenworkshops
  Wir bieten an: ausgewählte, vorgesichtete Materialien (Texte, Medien, schülergerechte Arbeitsblätter), die in Wochenendworkshops zu sofort einsetzbaren Unterrichtseinheiten zusammengestellt werden. Ziel: keine Theorielastigkeit, keine reinen Textsammlungen, keine großen methodischen Zusatzüberlegungen beim Umsetzen erforderlich. Die Einheiten sollen unmittelbar, d.h. ohne arbeitsaufwendige Vorbereitung unterrichtet werden können.
- Medienseminare
  Wir stellen vor: 'graue' Medien zu ausgewählten Themen (Unterrichtseinheiten, Tonbildschauen, Filme, Hörspiele, Arbeitsblätter jenseits von Behördenmaterial bzw. Schulbuchverlagen).
- Fächerübergreifende Projektseminare
  Gemeinsame Vorbereitung von Projektwochen in der Schule.
- Persönliche Beratung
  bei Hospitations- und Prüfungsstunden, beim Anfertigen von Prüfungsarbeiten und für den täglichen Unterricht.

Stufe 2: 'Schulpolitische Arbeitsgruppen' (kontinuierlich)

- Wie können wir als Kollegen Schüler bei ihren Schulkonflikten unterstützen? (Zusammen mit erfahrenen Schülern, Schülergruppen, der Schülerpresse und Schülervertretungen.)
- Wie können wir mit Eltern zusammenarbeiten und sie bei ihren Forderungen unterstützen? (Zusammen mit Eltern und Elternvertretern).
- Lehrplan subversiv (Ständig tagender Arbeitskreis, der uns Kollegen hilft, auch heiße Themen lehrplangetreu anzugehen.)
- Gewerkschaftsarbeit von unten (Als GEW-Kollegen frischen Wind in die Gewerkschaft bringen.)

Stufe 3: 'Das DZH als autonome Interessenvertretung fortschrittlicher Hamburger Schüler, Eltern und Lehrer'

- Wir greifen aktiv und öffentlich in die Bildungspolitik ein durch Stellungnahmen, Aufrufe, Presseerklärungen, Programme, Kampagnen, Bündnisse mit alternativen Parteien bzw. Organisationen und Unterstützung von forschrittlichen gesellschaftlichen Bewegungen.
- Publikationen des DZH für Kolleginnen und Kollegen zum Selbstkostenpreis."

Daß diese Konzeption den augenblicklichen Bedürfnissen entspricht, zeigte sich an beiden Eröffnungstagen. Die anwesenden Kolleginnen und Kollegen interessierten sich sowohl für den Materialpool als auch an Gesprächen über Schulkampf, alternative Schule, Resignation und Lehrerflucht, Möglichkeiten und Grenzen der Gewerkschaftsarbeit. Da Manfred Huth und Christoph-Joachim Schröder neben ihrer Zentrumstätigkeit im Beruf stehen, ist das DZH vorerst nur Montag bis Freitag in der Zeit von 18.00 - 19.00 Uhr geöffnet. Seminare und Veranstaltungen werden in der Hamburger Lehrerzeitung und in ‚Erziehung und Wissenschaft' angekündigt. Ein Gesamtverzeichnis der Veranstaltungen des nächsten Jahres wird auf Anfrage zugeschickt:

Didaktisches Zentrum Hamburg (DZH)
Itzehoer Weg 3
2000 Hamburg 20
Tel.: 040 - 480 22 64

Nahost

Khomeiny muß gehen und er wird gehen

Interview mit dem Führer der Organisation der Volksmodjahedin aus „Afrique-Asie" (Nr. 248, 14.-27.9.81)

Hedi Dhoukar: **Ist das Attentat vom 30.8., das dem Präsidenten und dem Premierminister Irans das Leben gekostet hat, das Werk der Volksmodjahedin, die kürzlich dem Regime Khomeinys den bewaffneten Kampf angesagt haben?**

Massoud Radjavi: Bis heute habe ich in dieser Sache keine genaueren Informationen erhalten. Ich kann jedoch sagen, daß diese Aktion eine notwendige, natürliche und berechtigte Antwort auf die Verbrechen Khomeinys ist , d.h. eines Menschen, der dreimal soviele politische Gefangene hat wie der Schah hatte. Eines Menschen, der seit dem 20. Juni (Datum der Absetzung Bani Sadrs, Anm.) 900 Menschen hinrichten ließ, darunter 700 Modjahedin. Dabei muß man berücksichtigen, daß dies offizielle Zahlen sind, denn die Wirklichkeit ist noch schrecklicher. Allein innerhalb der letzten Tage sind mehr als 100 Modjahedin hingerichtet worden. Es sind soviele Hingerichtete, daß die Henker von ihnen fordern, selbst mit Hilfe von Filz ihre Namen auf die Fußsohlen zu schreiben, damit sie nach ihrer Hinrichtung identifiziert werden können!

Andererseits lege ich Wert auf die Erklärung, daß die Informationen und Kommentare, die das Attentat den Royalisten, der Tudeh-Partei oder internen Auseinandersetzungen unter den Machthabenden zuschieben, jeder Grundlage entbehren. Es genügt zu betonen, daß die Räume, die explodiert sind, den Sicherheitsrat des reaktionären Regimes beherbergen, ein Organ, das extra beauftragt ist, die Modjahedin beseitigen zu lassen. Das ist schon ein Teil der Antwort. „Afrique-Asie" mag sich erinnern, daß ich seit meiner Ankunft in Paris gesagt habe, daß das Regime im Begriff ist, auseinanderzufallen. Und glücklicherweise ist „AA" eine der wenigen Zeitschriften, die – im Unterschied zu zahlreichen Presseorganen – meine Ansichten nicht als übertrieben angesehen hat, weil sie sicherlich bewußtere Journalisten hat. Also, ich wiederhole es heute, die Modjahedin haben beschlossen, daß Khomeiny gehen muß, und er wird gehen.

Der letzte Punkt schließlich führt zur Wirklichkeit, die man hier im Westen gerne übertreibt, und auf die ich zurückkommen werde. Aber bei einem punktuellen Ereignis wie der Beerdigung Radjais (ehemaliger Staatspräsident, Anm.) und Bahonars (ehemaliger Ministerpräsident, Anm.) ist die Beteiligung am Trauerzug nicht über 100.000 Menschen hinausgegangen, nach Reisenden, die aus Teheran gekommen sind. Nach einem britischen Sender waren es sogar nur 10.000 Menschen. Aber Khomeiny schwindelt in astronomischen Dimensionen. Als Beweis, die Bilder, die im französischen Fernsehen und sicher in ganz Europa gezeigt wurden, stammen von früheren Demonstrationen, die das iranische Fernsehen per Satellit in den Westen gesendet hat.

Der Rückgriff auf die Täuschung in diesen Ausmaßen beweist, daß die Atmosphäre des Terrors im Iran zusammenbricht. Die Modjahedin haben z.B. am 3. September in Teheran eine Demonstration anläßlich der Ankunft von Amir Habad organisiert. Die Kräfte der Reaktion fallen wie Blätter im Herbst.

Nunmehr weiß die Welt, daß die täglichen Exekutionen nichts anderes als die Schwäche und die Unfähigkeit Khomeinys ausdrücken. Sie bei „AA" wissen, daß meine Ansichten nicht die eines Abenteurers sind, sondern das Ergebnis des Widerstands von 2 1/2 Jahren. Diejenigen, die ein anderes Mittel sehen, Khomeiny Widerstand zu leisten, und andere Lösungen als die, die wir vorschlagen, mögen sie uns sagen!

Hedi Dhoukar: **Was sind Ihre Schlußfolgerungen bezüglich Ihres kürzlichen langen Treffens mit Hani el-Hassan vom Exekutivbüro der PLO?**

Massoud Radjavi: Das muß zunächst als eine Verurteilung der Hinrichtungen und der Folter seitens der PLO betrachtet werden (1). Bruder Yassir Arafat hat den Bruder Hani el-Hassan geschickt, um uns hier zu treffen, und ich habe ihn gefragt, ob er die Repressionspolitik Khomeinys billigt. Er antwortete entschieden: niemals! Weil wir unsere Brüder Modjahedin nicht vergessen können, die dem palästinensischen Widerstand so viel, ihr Leben eingeschlossen, gegeben haben. So hat die PLO gezeigt, daß sie nicht als Werkzeug benutzt werden will, das dazu dient, sich für die Politik Khomeinys im Iran zu verbürgen. Und das umso mehr, als unser



Massoud Radjavi (r.), Führer der Volksmodjahedin, und Hani el - Hassan, Mitglied des Exekutivkomitees der PLO.

Treffen nach einer Reihe von Informationen über den Handel Khomeinys mit Israel stattfand. Dem kommt eine wichtige Bedeutung zu, und Bruder Hani brachte seinen Wunsch zum Ausdruck, ein Treffen zwischen Arafat und mir zu organisieren. Das bedeutet einen entscheidenden Wandel in der Politik der PLO im besonderen und der der arabischen Welt im allgemeinen. Auf diese Weise enthüllt sich das wahre Gesicht Khomeinys vor der Welt. Das ist ein Sieg für uns, und das ist einer der Gründe unserer Anwesenheit hier. Das bedeutet, daß das Ende des Lebens des Khomeiny-Regimes nicht mehr weit ist.

Hedi Dhoukar: **Sie haben, zusammen mit dem Präsidenten Bani Sadr, die Bildung eines Nationalrats desWiderstandes (CNR) bekanntgegeben. Welche Kräfte wollen Sie in diesem Rahmen sammeln, und welches sind die Ziele, die Sie sich vorgenommen haben?**

Massoud Radjavi: Zu allererst muß ich auf den bedeutenden Sieg hinweisen, den die Bildung dieser nationalen Widerstandsfront bedeutet. Wir haben damit die Grundlagen für eine Volksfront geschaffen, deren Fehlen bis jetzt der Hauptgrund unserer Niederlagen während der vergangenen 70 Jahre war. Das ist tatsächlich ein Ziel, für das während der Schahzeiten bedeutende Anstrengungen unternommen wurden, ohne daß es jedoch gelang. Tatsächlich ist die Bildung des CNR eines der wesentlichen Ergebnisse unserer Revolution. Khomeiny war von Anfang an einem solchen Projekt gegenüber unheimlich feindlich eingestellt, weil er mit seiner volksfeindlichen und reaktionären Politik nur dank der politischen Uneinigkeiten seiner Gegner vorankommen konnte. Deshalb hat er nach und nach alle politischen Gruppen der iranischen Szene ausgeschaltet. Er hat z.B. zuerst die Kommunisten angegriffen, dann hat er behauptet, die Modjahedin hätten marxistische Tendenzen, um schließlich zu behaupten, Bani Sadr stimme mit den Modjahedin überein. So hat er die Errichtung seiner schwarzen und reaktionären Diktatur vorbereitet. Im allgemeinen pflegte er zu sagen, wenn er sich an seine Gegner wandte, besonders an die Modjahedin: *„Sie haben Gott und den Islam noch nicht begriffen"*, als deren einziger Vertreter er sich versteht. Nach dem 20. Juni haben wir beschlossen, ihm zu zeigen, daß er es ist, der die Modjahedin nicht genug kennt. Dieser grausame Mörder, der soweit geht, Mädchen von 13 bis 15 Jahren und sogar schwangere Frauen zu töten, glaubt tatsächlich, daß es ihm reicht, eine Rede von 20 Minuten zu halten, um die Modjahedin wie die anderen hinwegzufegen. Sie wissen, wie sehr er unsere demokratischen Rechte mit Füßen getreten hat, in der Hoffnung, unsere Organisation zu zerstören, die, wie Vater Taleghani (2) sagte, seinen Sieg mit dem Blut ihrer Märtyrer vorbereitet hat. Es ist wichtig, auch darauf hinzuweisen, daß er bereits mehr Modjahedin getötet hat als der Schah während seiner ganzen Herrschaft, obwohl wir es bis zum 20. Juni unterlassen haben, Aktionen gegen ihn zu unternehmen.

Aber nach dem 20. Juni, als er mit der Absetzung Bani Sadrs seine absolute Diktatur errichten wollte, haben wir eine andere Entscheidung getroffen, und wir sind an diesem Tag mit völlig friedlichen Demonstrationen hervorgetreten, die brutal unterdrückt wurden und in unseren Reihen 23 Tote und Tausende Verwundete forderten. Seit diesem Tag haben wir begonnen, ihm neue Lektionen zu erteilen, um ihm die reaktionären Siege bitter schmecken zu lassen. Ein vergrößerter Volkswiderstand hat sich in der Folge organisiert, und, nur um ein Beispiel zu geben, allein am Tag der Wahlen, die Radjai an die Macht gebracht haben, haben wir 120 Aktionen innerhalb Teherans durchgeführt, von denen nur eine einzige im Radio Khomeinys erwähnt wurde. Parallel zur Ausweitung des revolutionären Widerstandes war es nötig, auch auf der politischen Ebene die Volksfront zu organisieren.

In diesem Moment war Bani Sadr bei mir. Wir haben viel zusammen diskutiert, bevor wir uns entschlossen, die Bildung eines Nationalrats des Widerstandes bekanntzugeben; er als rechtmäßiger Präsident des Landes, und ich als Verantwortlicher des CNR und zukünftiger Premierminister. Anschließend wurde ein Vertrag über die Freiheit und die Unabhängigkeit zwischen uns geschlossen, er wird als Rahmen dienen, innerhalb dessen wir alle Kräfte sammeln werden, die für die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes eintreten.

Hedi Dhoukar: **An welche Kräfte denken Sie?**

Massoud Radjavi: Wir denken sicher an ganz bestimmte Kräfte, aber bevor wir darüber sprechen, beziehen wir uns lieber auf offizielle Kommuniqués, die beiderseits angenommen worden sind. D.h. der CNR schlägt allen Volkskräften, die sich ihm anschließen wollen, eine Minimalplattform vor, die im wesentlichen auf die Unabhängigkeit, die Freiheit und die Nicht-Paktgebundenheit ausgerichtet ist.

Hedi Dhoukar: **Richtet sich der Aufruf auch an die Kräfte der Nationalfront?**

Massoud Radjavi: An alle Kräfte, die den vom CNR vorgeschlagenen Rahmen anerkennen, allerdings unter Ausschluß der Anhänger des Schah und Khomeinys.

Hedi Dhoukar: **Beruht die Plattform des CNR auf der Ideologie des Islam?**

Massoud Radjavi: Wir wollen unsere Vorstellungen und unsere Ideologie nicht anderen aufzwingen. Aber wir halten daran fest, die islamische Mehrheit des iranischen Volkes zu berücksichtigen, indem wir für die Errichtung einer demokratischen, islamischen Republik arbeiten. Diese Prinzipien, die von Bani Sadr und mir erarbeitet worden sind, entsprechen unserer eigenen Auffassung des Islam, die auch von denen akzeptiert werden kann, die nicht an den Islam glauben.

Hedi Dhoukar: **Muß man daraus schließen, daß der Islam bei Ihnen aufhören wird, die Konturen einer umfassenden Politik zu bestimmen?**

Massoud Radjavi: Sie wissen sehr gut, daß unser Islam seit jeher kein verlogener Islam ist. Im Gegenteil, er ist den reaktionären Ideen genau entgegengesetzt, die er (Khomeiny) versucht als Islam hinzustellen. Muß ich Sie daran erinnern, daß wir von Anfang an jede reaktionäre Politik als anti-islamisch bezeichnet haben? Dies hat uns eingebracht, wie „Untreue" und noch schlimmer behandelt zu werden. Auch aus diesem Grund hat Khomeiny meine Kandidatur zu den Präsidentschaftswahlen und Parlamentswahlen zurückgewiesen. Folglich steht unser Islam im Gegensatz zu dem Khomeinys; er ist weder feindlich gegenüber der Freiheit noch dem Bewußtsein, weder gegenüber der Wissenschaft noch dem Sozialismus, viel weniger noch gegenüber der nichtislamischen Menschheit. Wir haben unsere Beweise dafür erbracht, und wir werden es weiterhin tun.

Hedi Dhoukar: **Viele Probleme im Iran sind ohne Lösung geblieben. Es gibt sicher die Frage der Demokratie, aber auch die Frage des konkreten Inhalts des Slogans „weder Ost noch West". Halten Sie die Errichtung dessen, was Mossadegh (4) das „negative Gleichgewicht" nannte, für möglich?**

Massoud Radjavi: Von Anfang an schien uns klar, daß kein Problem, gesellschaftlich, wirtschaftlich oder politisch, unter dem Khomeiny-Regime gelöst werden könne. Die Erfahrung mit diesem Menschen ist, wie die Modjahedin wußten, die der absoluten Reaktion. Deshalb haben wir ihm niemals die Hand zur Zusammenarbeit gegeben. Von unserem Standpunkt aus ist er ein Scharlatan und ein Lügner, den wir nicht als islamisch betrachten. Ohne ihn wäre unsere Revolution eine der außergewöhnlichsten und bedeutendsten der Welt geworden. Alle Probleme hätten leicht gelöst werden können. Andererseits erinnere ich Sie, daß die Kraft und Originalität unserer Volksrevolution auf der Tatsache beruhten, daß sie sich nicht auf ein ausländisches Bündnis stützte, weder mit dem Osten noch mit dem Westen. Aus diesem Grund bleibt der Begriff des negativen Gleichgewichts als Grundlagenprinzip in unseren Augen achtbar. Sie wissen überdies, wie sehr Khomeiny Mossadegh verachtet und nichts darüber hören will.

Man muß betonen, daß das Scheitern des Experimentes Khomeiny auf allen Ebenen nichts anderes ist als das Scheitern der Reaktion. Die Revolution bleibt lebendig und in Bewegung. Sie wird sich entwickeln und den Sieg erringen, wir haben daran keinen Zweifel. Einer der Gründe für meine Anwesenheit hier ist, genau diese eigentliche Wirklichkeit den Völkern der Dritten Welt und den blockfreien Staaten zu erklären: das, was sich im Iran abspielt ist Khomeiny, es ist weder der Islam noch die Revolution. Folglich braucht man am Sturz Khomeinys nicht zu verzweifeln, sondern muß darüber froh sein, weil er das Verschwinden der Kräfte der Vergangenheit deutlich macht und die Entfaltung der zukunftstragenden Volkskräfte ermöglichen wird.

Hedi Dhoukar: **Ist das Phänomen Khomeiny eine dem Iran eigentümliche Sache oder stehen dahinter grössere Kräfte?**

Massoud Radjavi: Khomeiny repräsentiert auf einer breiten Ebene die Wirklichkeit der traditionellen und rechten Kleinbourgeoisie, die es in der ganzen Welt gibt, die aber dazu verdammt ist, kein geschichtliches Leben zu haben. Was im Iran besonders ist, ist, daß die fortschrittlichen Kräfte in den 57 Jahren Diktatur des Schah und seines Vaters zu schwach waren, um der Revolution eine Führung zu geben, die dann von der Reaktion unrechtmäßig in Besitz genommen wurde. Dies wurde auch möglich durch die islamische Besonderheit des iranischen Volkes.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß wir uns seit dem Zweiten Weltkrieg in einer Welt befinden, die unter dem Einfluß des Imperialismus in allen Ländern steht, beherrscht von einer Kompradorenbourgeoisie, besteht für die Modjahedin eine direkte Verbindung zwischen der Forderung nach Freiheit einerseits und der Notwendigkeit einer unabhängigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung andererseits. Eine Diktatur wie die Khomeinys, die unfähig ist, diese Entwicklung zu verwirklichen, kann nur den Weg zur Errichtung des Imperialismus öffnen. Das ist übrigens unser wesentlicher Meinungsunterschied mit der Tudeh-Partei (5).

Hedi Dhoukar: **Wie erklären Sie sich die Niederlage der Erfahrung des Dr. Mossadegh, auf den sich die Nationalfront und in gewissem Maß Bani Sadr berufen?**

Massoud Radjavi: Bei Mossadegh befanden wir uns unter der Doppelherrschaft des Feudalismus und der Bourgeoisie. Mossadegh, der einer der größten Führer der iranischen Nationalbewegung war, hat es nicht geschafft, die Grundlagen der Feudalherrschaft im Iran zu beseitigen. Das ist die Folge eines ideologischen Mangels auf der gesellschaftlichen Ebene. Die Nationalfront war zu jener Zeit nicht in der Lage, die Revolution und die Volksbewegung zum Sieg zu führen. Überdies existierte in jener Zeit keine Volksfront.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen im Iran, der gestern noch der Kompradorenbourgeoisie ausgeliefert war, sind die sozio-ökonomischen Widersprüche dermaßen zugespitzt, daß sie unvermeidlich dazu beitragen, Khomeiny außer Gefecht zu setzen.

Entgegen dem, was Sie vielleicht glauben mögen, haben die Volksmodjahedin der Nationalfront keinen besonderen Platz eingeräumt. Ich will ganz einfach sagen, daß wir sie nicht ausschließen. Aber wenn Sie meine persönliche Analyse wollen – nicht, weil ich Mitglied der PMOI bin – keine Person außerhalb der Modjahedin ist in der Lage, die Probleme des Iran zu lösen. Ich will damit nicht sagen, daß nur wir existieren sollen, und die anderen abweisen. Aber es gibt die allgemeinen und unvermeidlichen Gesetze der Geschichte einerseits und andererseits eine Bewegung, die unsere, die die Eigenheiten und Besonderheiten ihrer Gesellschaft beherrscht.

Hedi Dhoukar: **Man spricht in der letzten Zeit viel von den royalistischen Offizieren. Sind sie in der Lage, einen Staatsstreich anzustiften, und stehen Sie Ihrerseits einer Aktion der Armee zu Ihren Gunsten positiv gegenüber?**

Massoud Radjavi: Sie wissen, daß unsere erste Position Khomeiny gegenüber darin bestanden hat, ihn aufzufordern, die durch den Schah geschaffene Armee abzuschaffen. Das habe ich in einer Rede in der Teheraner Universität zwei Wochen nach der Revolution gesagt. Am nächsten Tag hat Khomeiny mich angegriffen, ohne mich beim Namen zu nennen, und erklärte, daß diejenigen, die solches wollen, wünschen, daß das Land angesichts der ausländischen Aggression ohne Armee bleibt. Wir haben indessen auf unserer revolutionären Forderung bestanden, und schließlich sahen sich Khomeiny und Barzagan unter dem Druck der fortschrittlichen Kräfte gezwungen, ein Minimum zu akzeptieren und alle Schah-Generäle zu entfernen.

Die Spitze der Armee des Schah ist also gegangen. Aber in ihrem Innern, wenn man die Situation durch überlagernde Kreise andeutet, gibt es einen ersten Kreis von Offizieren, die der Reaktion gegenüber besonders feindlich gesonnen sind. Im Innern dieses Kreises gibt es einen weiteren aus fortschrittlichem und aus dem Volke kommenden Personal. Ich nehme nur als Beispiel die Modjahedin-Offiziere, die uns nach Frankreich gebracht haben und die da sind. Die Antwort auf Ihre erste Frage ist also folgende: ein Staatsstreich à la Pinochet ist kurzfristig unmöglich. Er bedürfte Vorbereitungen, die 2 oder 3 Jahre dauern würden.

Deswegen ist die den royalistischen Offizieren zugeschriebene Bedeutung unangemessen in bezug auf ihre Bedeutung in der Realität. Die Übertreibung ihrer Rolle ist indessen eine überlegte Handlung, die darauf zielt, unsere Rolle zu vermindern und



aus: Le Monde (Dessin de CHENEZ.)

Massenverhaftungen in Ägypten — Indiz wofür?

Die Meldungen über Verhaftungen von „Verrätern", „Terroristen" und „ausländischen Agenten" ziehen sich wie ein roter Faden durch die Berichterstattung der Presse über Ägypten. Erschreckend ist dennoch das Ausmaß, mit dem Sadat diesmal zuschlug: Nach seinen eigenen Angaben wurden Anfang September über 1.500 Personen verhaftet („Frankfurter Rundschau" – „FR", 7.9.81); die linksgerichtete Beiruter Zeitung „As-Safir" berichtete sogar von „mindestens 4.000 Oppositionellen", die im Zusammenhang mit den von Sadat angeordneten Razzien festgenommen worden seien. Der offiziellen Version nach handelt es sich bei den Festgenommenen in erster Linie um Angehörige der rechtsgerichteten „islamischen Gruppen" und „Muslimbrüder" sowie um „200 Kriminelle", „30 Mitglieder von Oppositionsparteien und 21 Agitatoren" („FR", 7.9.81), die alle für die militanten Auseinandersetzungen der letzten Monate zwischen Muslimen und Kopten (Christen) verantwortlich gemacht werden. Die Massenverhaftungen und nachfolgende Maßnahmen werden dargestellt als Konsequenz aus der gründlichen Untersuchung der bisher schwersten Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und Kopten im Juni dieses Jahres in einem Kairoer Armenviertel. Die bewaffnete Straßenschlacht forderte fast 20 Tote und über 50 Verletzte.

Der Anlaß für die Auseinandersetzung soll banal gewesen sein (ein Kopte soll versehentlich Abwaschwasser auf den Balkon eines muslimischen Nachbarn geschüttet haben, lt. „FR" vom 23.6.), und seine Auswirkungen sind nur vor dem Hintergrund der von den Muslimbrüdern und anderen religiös-politischen Fanatikern angeheizten Koptenfeindlichkeit zu verstehen. Unter Nasser gnadenlos verfolgt, von Sadat wieder geduldet, haben die Muslimbrüder die „Friedensinitiative" Sadats (Abkommen von Camp David), die objektiv gegen die Interessen der ägyptischen Bevölkerung gerichtet ist, zum willkommenen Anlaß genommen, ihre Hetzpropaganda gegen Juden und Nicht-Muslime neu zu entfalten und offen zur Verfolgung aufzurufen. Opfer dieser nicht ganz wirkungslosen Verhetzung sind die in Ägypten lebenden Kopten, eine sechs bis acht Millionen starke Minderheit (knapp 20 % der Bevölkerung). Nicht zuletzt wegen ihrer mehrheitlich guten wirtschaftlichen und sozialen Lage (überwiegend Angehörige der Mittelschicht) haben sich die Kopten bzw. die offiziellen Vertreter der koptischen Kirche stets loyal dem Staat gegenüber verhalten. Erst in den letzten Jahren ist es mehrfach zu Auseinandersetzungen zwischen dem Papst der koptischen Kirche, Schenuda III, und Sadat gekommen, weil dieser seit Mitte der 70iger Jahre eine Islamisierung des Staates und der Justiz vorantreibt. Den sich mehrenden Protest der koptischen Kirche gegen das tatenlose Zuschauen des Staates bei immer militanteren Angriffen auf koptische Ägypter – die, den Aufrufen ihrer Kirche folgend, mittlerweile wohl teilweise auch zur militanten „Selbstverteidigung" übergegangen sind – quittierte Sadat jetzt im Zusammenhang mit den Massenverhaftungen mit der Festnahme koptischer Bischöfe und der Absetzung Schenudas III, der 1971 durch ein Präsidialdekret als Patriarch der koptischen Kirche anerkannt worden war.



Sondereinheiten der ägyptischen Polizei

Sadat rühmte sich der Säuberungsaktion von Anfang September als einer „Revolution des 5. Septembers" („Neue Zürcher Zeitung", „NZZ" vom 8.9.), eine Bezeichnung, die wohl nicht unbeabsichtigt an die „Korrektiv-Revolution" vom 15. Mai 1971 erinnern soll, wo Sadat durch einen Coup von oben mit der linken Opposition innerhalb der damaligen Einheitspartei ASU (Arabische Sozialistische Union) aufräumte. Wenngleich es seither eine starke linke Opposition in Ägypten nicht mehr gibt, nahm Sadat die Gelegenheit wahr, in einem Rutsch mit den Rechtsradikalen auch mehrere hundert Kritiker oder kleinere „oppositionelle" Gruppen (Intellektuelle, Journalisten, ehemalige Minister, Anwälte, koptische Bischöfe) festzunehmen. Zur Legitimation mußte eine „Verschwörung" aller herhalten („NZZ", 8.9.). Die eigentlich Schuldigen aber präsentierte die Zeitschrift „Mayo", Organ der Regierungspartei, der Öffentlichkeit zwei Wochen später: Ein prosowjetischer Agentenring habe die Spannungen zwischen Muslimen und Kopten angeheizt und ausgenutzt, um Sadat zu stürzen („NZZ", 16.9.).

Wegen „subversiver" Aktivitäten wurden der sowjetische Botschafter Poliakov, sechs seiner Mitarbeiter, zwei sowjetische Journalisten, der ungarische Presseattachée sowie die noch in Ägypten verbliebenen sowjetischen Techniker des Landes verwiesen („FR" und „Le Monde", 17.9.). Ob diese „Entlarvung" nur ein propagandistischer Schachzug ist oder ob dem zumindest irgendwelche Fakten zugrundeliegen, ist naturgemäß nicht auszumachen.

Die nachträgliche Zustimmung zu seiner Säuberungsaktion holte Sadat sich am 10. September bei der ägyptischen Bevölkerung durch ein Referendum, das wie alle vorhergehenden Volksabstimmungen zu Nassers und Sadats Zeiten eine fast hundertprozentige Zustimmung zur Politik des Präsidenten ergab. Diesmal bestätigten – nach offiziellen Angaben – 99,45 % der 12 Millionen Wähler die Richtigkeit der Sadat'schen Maßnahmen zur Wiederherstellung der „nationalen Einheit": Verhaftung der 1.536 Personen, Absetzung des Kopten-Papstes, Verbot politischer Aktivitäten für religiöse Gruppen („Le Monde", 12.9.). Wahlmanipulation erklärt dies Ergebnis nur zum Teil.

Wachsende soziale Kluft – fehlende Opposition von unten

Wieweit Ägypten als ein nachkoloniales Gebilde weiterhin die Kontrolle über einen Teil der arabischen Bevölkerung innehaben kann, wird in Zukunft immer mehr von den sozialen Leistungen des Sadat'schen Militärregimes abhängen. Verglichen mit dem Ansatz von Nasser, der zumindest den Vorsatz zur Umverteilung eines Teils des Reichtums vorsah, ist das Sadat-Regime sozialpolitisch verkümmert. Trotzdem hat die Schicht von neuen Nutznießern dieses Systems – Teile der ehemaligen Großgrundbesitzer und eine neue Schicht von Unternehmern, die vor allem im Spekulationsgeschäft groß geworden sind – erfolgreich die Bildung einer Opposition innerhalb der Elite und der Mittelschichten sowie die Bildung von politischen Organisationen in der modernen Arbeiterschaft verhindern können. Die einzige sichtbare massenwirksame Opposition geht von den Muslimbrüdern aus, denen es in Verbindung mit einer Gruppe unzufriedener Offiziere gelingen könnte, gegen Sadat zu putschen. Die Probleme der immer stärkeren Wiedereinführung des Privatkapitalismus in Ägypten, die damit verbundene Verelendung der arabischen Massen und das politische Problem der Existenz Israels als Unruhe- und Spaltungselement in der arabischen Welt wird diese Art von Opposition jedoch nicht lösen können.

Nahostkommission

Kontaktadressen

Sozialistischer Studentenbund
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 44 98 14

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremerhaven
KB c/o Arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen

B. Möller
Postfach 103141
28 Bremen 1

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

41 Duisburg

Köln
KB/Gruppe Köln
c/o BULI-Büro
Jülicher Straße 22
5000 Köln 1

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Münster
Postlagerkarte Nr. 029033 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postlagerkarte 080 845 B
Heidelberg

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Westberlin
Postlagerkarte Nr. 0074298
1000 Westberlin 62

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg

Trier
Postlagerkarte Nr. 031078 B
5500 Trier

Redaktion des ARBEITERKAMPFES
Lerchenstraße 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040/43 54 15
Abonnement-Verwaltung: 040/43 53 46

Fortsetzung von vorh. S.

die internationale Meinung zu beeinflussen, in der Erwartung, über die notwendige Zeit zur Vorbereitung eines Staatsstreiches zu verfügen. Als ich hier angekommen bin, ist mir klar geworden, daß man von zwei Sachen viel spricht: von den Royalisten auf der einen Seite, und der Tudeh-Partei auf der anderen Seite. Es ist so, als wolle man die Opposition auf diese beiden Kräfte beschränken, deren Einfluß tatsächlich gering ist. Es handelt sich um ein einseitiges und bequemes Schema, das darin besteht, mit dem einen Furcht einzujagen, um das andere zu rechtfertigen, und tatsächlich die Alternative, die wir darstellen, zu verbergen.

Was den zweiten Teil Ihrer Frage angeht, ist die Antwort der Modjahedin, daß wir eine unzerstörbare Verbindung mit dem aus dem Volk kommenden und fortschrittlichen Personal der Armee haben.

Hedi Dhoukar: **Und mit den Kurden auch?**

Massoud Radjavi: Selbstverständlich. Ich denke vor allem an die Demokratische Partei Kurdistans. Sie wissen selbst, daß diese Kräfte mich während der Präsidentschaftswahlen unterstützt haben.

(Der letzte Teil des Interviews wurde in Afrique-Asie nicht mehr in wörtlicher Rede wiedergegeben, Anm.)

M.R. hat ebenso betont, daß seine Organisation immer für die Autonomie Kurdistans war *„im Rahmen der territorialen Integrität des Iran"* und daß der Präsident Bani Sadr mit dieser Formel einverstanden ist. Befragt nach den ersten Maßnahmen, die der CNR ergreifen will, wenn sein Kampf dazu führt, Khomeiny zu verjagen, betont der Führer der Modjahedin, daß die neue Führung *„durch vollkommen freie Wahlen"* das iranische Volk in allen Fragen, die sich stellen würden, zu Rate ziehen werde. Die Modjahedin würden ihrerseits für *„den Aufbau eines freien, unabhängigen, demokratischen und blockfreien Iran, begründet auf dem Sozialismus und – nach unserer Auffassung – auf islamischen Aussagen"* kämpfen. Die Beziehungen mit den Nachbarländern wären folglich *„begründet auf der Achtung der Integrität und territorialen Souveränität des Iran, der Nichteinmischung in innere Probleme, den gemeinsamen Interessen und der friedlichen Koexistenz."*

Befragt in diesem Zusammenhang nach seiner Einschätzung des Krieges mit dem Irak, verurteilt M.R. das, was in seinen Augen die *„irakische Aggression"* ist. Diese hat den Iran nach bald einem Jahr Kampf *„mehr als 50.000 Tote, mehr als 2 Mio. Obdachlose und mehr als 100 Mrd. Sachschaden"* gekostet.

Nachdem er erklärt hat, daß die Modjahedin, die sich an der Front geschlagen haben, von hinten von den Pasdaran angegriffen wurden, die sie gefangengenommen und eine große Anzahl hingerichtet haben, bezieht sich M.R. auf *„unwiderlegbare Dokumente, die zu unserer Verfügung stehen"*, um die Verantwortung Khomeinys in diesem Krieg mit dem Irak zu zeigen, *„den er hätte vermeiden können"*. *„Aber mit seiner reaktionären These des Exports der Revolution, als wenn es sich um eine Ware handelte, hat Khomeiny den Boden für den Krieg bereitet, und ihn für die Beseitigung seiner politischen Gegner und für das Verdecken seiner sozio-ökonomischen Widersprüche ausgenutzt"*. Radjavi ist dennoch der Ansicht, daß *„die Verantwortung auf beiden Seiten liegt"*, und versichert, daß die Modjahedin diesen Krieg vorhergesehen und fünf Monate vor Kriegsbeginn an Arafat appelliert hätten, ihn zu verhindern. Ebenso hat die PMOI einen Tag nach dem Ausbruch des Konfliktes ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem sie betont, daß *„der wirkliche Gewinner des Krieges der Imperialismus ist"* und appelliert, *„die Waffen der beiden Bruderländer gegen den Zionismus zu richten"*. Aber Khomeiny, der *"laut zahlreichen Dokumenten Waffen in Israel gekauft hat, hört diese Art von Appell nicht"*. Radjavi zieht daraus die Schlußfolgerung, daß *"niemand in der Region der palästinensischen Sache soviel Unrecht getan hat wie Khomeiny, denn, wenn die iranische Revolution nicht vereinnahmt worden wäre, wäre sie eine Kraft gewesen, die der palästinensischen Revolution beträchtlich hätte nützen können."*



aus: Le Monde

(Dessin de KONK.)

Anmerkungen:
(1) Die PLO hat bis heute das Khomeiny-Regime kritiklos unterstützt. In einem Brief vom 7.7.81 haben die Volksmodjahedin an Arafat appelliert, diese Politik, gerade angesichts des blutigen Vorgehens Khomeinys gegen die Opposition, zu überdenken. Als im August der recht umfangreiche Waffenhandel zwischen dem Khomeiny-Regime und Israel bekannt wurde, stellte sich der jetzige Vertreter der PLO in Teheran, Salah Zwawi, noch einmal auf die Seite des Khomeiny-Regimes. Im Rundfunk erklärte er, er würde diesen "böswilligen Gerüchten" über israelische Waffenlieferungen keinen Glauben schenken. Die PLO in Beirut kritisierte die Äußerungen ihres Vertreters.
(2) fortschrittlicher Ayatollah, starb im Spätsommer 1979.
(3) Die Nationalfront unterstützte die Politik Mossadeghs, zerfiel aber in den letzten Jahren zunehmend und spielte kaum eine Rolle im Aufstand gegen das Schah-Regime. Unter dem Khomeiny-Regime wurde sie immer bedeutungsloser.
(4) Ministerpräsident bis zum CIA-Putsch 1953.
(5) Die Tudeh-Partei betrachtet das Khomeiny-Regime als antiimperialistisch. Hinter dieser Einschätzung müßten alle anderen Widersprüche zurücktreten. Die Tudeh-Partei unterstützt deshalb alle Verbrechen des Khomeiny-Regimes und scheut sich auch nicht, selbst aktiv die Rolle des Verräters und Denunzianten Oppositioneller zu übernehmen.

(Übersetzung und Anmerkungen von uns)

Nahost-Kommission

Die Moslemische Studentenvereinigung (MSV) ruft für den 2.10.81 in Bonn (11 Uhr, Hofgarten) zu einer Demonstration gegen die letzten Massenhinrichtungen des blutigen Khomeiny-Regimes und zur Verurteilung der Scheinwahlen zum neuen Staatspräsidenten auf.

„Afghanistan: Ausländische Intervention und die Aussichten für einen Frieden"

Unter diesem Namen erschien in der Juli-Ausgabe der amerikanischen Zeitschrift „Counter Spy" ein Artikel, dessen ersten Teil wir übersetzt haben und im folgenden drucken.

Der Text wurde von einem afghanischen und einem amerikanischen Journalisten gemeinsam verfaßt.

Wir halten ihn hauptsächlich deshalb für interessant, weil er viel Material zur Charakterisierung der „Moslem-Rebellen", wie sie in der bürgerlichen Presse genannt werden, liefert.

Den zweiten Teil des Artikels, der sich mit den Aussichten einer politischen Lösung des Afghanistan-Konflikts auseinandersetzt, werden wir im Rahmen einer aktuellen Berichterstattung vorstellen.

Der abgedruckte Artikelteil ist von uns leicht gekürzt worden, die entsprechenden Stellen haben wir entsprechend kenntlich gemacht.

Asien/Australien Kommission

Seit ihrem Beginn im April 1978 geriet die afghanische Revolution unter schwere Angriffe, ausgehend von zwei wesentlichen Bereichen. Als erstes sind hier die – gerade erst durch die Unruhen im Iran aufgeschreckten und durch die Tatsache, daß revolutionäre Bewegungen auch in anderen Ländern der Region Fuß fassen könnten, alarmierten westlichen, konservativen Regime zu nennen. Als zweites gingen die reaktionären und privilegierten Kräfte (besonders die Landbesitzer) in Afghanistan zur Reaktion über. Der Bereich der afghanischen Reaktion fand Unterstützung bei konservativen westlichen Kräften und beide entwickelten sich schnell konzentrisch (mit der afghanischen Revolution als gemeinsames schnell konzentrisch (mit der afghanischen Revolution als gemeinsames Zentrum ihrer Offensiven). „COUNTER SPY" hatte bereits früher die Entwicklung der auswärtigen Opposition zur afghanischen Regierung untersucht. Das Ziel dieses Artikels ist es, das Zusammenspiel der äußeren und inneren Kräfte in bezug auf die Revolution und auf Friedensaussichten zu untersuchen.

Die Gesichter des Krieges

Von den sicherlich Dutzenden um Anerkennung werbenden Rebellengruppen ist es tatsächlich nur den sechs in Peshawar/Pakistan beheimateten Gruppen erfolgreich gelungen, nennenswerte Unterstützung zu erlangen und größere Mengen Waffen und trainierte Kämpfer nach Afghanistan zu entsenden. Während der Artikel sich hauptsächlich mit diesen Gruppen beschäftigt, mit ihren Wegen und Zielen, ihrer ausländischen Unterstützung durch Ägypten, Saudi-Arabien, Kuweit, Oman, den USA, China und West-Europa, werden aber auch kleinere Aktionen durch den Iran oder andere Länder erwähnt.

Ein sorgfältiges Studium der sechs hauptsächlichen Gruppen ergibt, daß diese Gruppen weder eine Chance zum Sieg haben und, infolge ihrer Spaltungen, ihrer extrem fundamentalistischen Positionen und ihres Mangels an logistischer Unterstützung auch nicht mit bedeutsamer Unterstützung durch die Bevölkerung rechnen können.

Ihr Ansehen wird weiter dadurch geschmälert, daß zwei der sechs Gruppen bereits vor 1973 vollständig durch auswärtige Kräfte gebildet und finanziert wurden. Die meisten ausländischen Regierungen und Gruppen, die den Rebellen Unterstützung geben, kennen diese Schwächen und – in militärischen Gedanken – die Erfolglosigkeit der Unterstützung. Die Unterstützung der Rebellengruppen ist weniger durch militärische Ziele, sondern mehr durch politische Überlegungen motiviert. Im Propagandakrieg gegen die Sowjetunion schlagen die USA und ihre Verbündeten im Nahen Osten ungeheures politisches Kapital aus der Anwesenheit sowjetischer Truppen in Afghanistan. Es hat den Anschein, daß einige Länder derart weitermachen wollen – auch wenn dies einen aussichtslosen Kampf, ‚bis zum letzten Afghanen' bedeutet.

Auf dem gegenwärtigen Stand der Kämpfe muß ‚der letzte Afghane' allerdings noch einen langen Weg zurücklegen. Selbst Drew Middleton von der „New York Times", in der Regel gut versorgt durch seine afghanischen Rebellen-Quellen, schätzt die Lage so ein, daß *„nicht mehr als 1000 Rebellen gleichzeitig an irgend einem Tag Kontakt zu den Sowjettruppen haben und ihre Effektivität begrenzt ist"* (1).

Zwei westliche Besucher (Fred Hallyday und Gerard Challiand), die in den Herbstmonaten 1980 durch Afghanistan reisten, berichteten, daß die wichtigsten afghanischen Städte mit militärischen Gürteln gegen jede ernste Bedrohung durch die Rebellen abgesichert seien.

Bemerkenswerterweise liegen die Haupterfolge der Rebellen in nichtmilitärischen Bereichen. Fred Halliday berichtet, daß über einhundert Schulen alleine in der Provinz Herat zerstört wurden. Diplomatische Quellen bestätigen, daß ungefähr die Hälfte aller Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen in den ländlichen afghanischen Regionen dieses Jahr zerstört wurden.

Im Gegenzug werden die vermeintlichen Verluste der Sowjets von den Rebellen systematisch hochgeschraubt. Challiand, der mit den Rebellen reiste, meint hierzu: *„Im Gegensatz zu den regelmäßigen Berichten aus ‚diplomatischen Kreisen' haben die Sowjets erstaunlich wenig Verluste in dem einen Jahr ihrer Invasion gehabt."*

Die in Pakistan beheimateten Rebellen stellen aktuell nur einen begrenzten Splitter der Million afghanischer Flüchtlinge dar (...) Wie Pünktchen unter diesen Flüchtlingen bestehen Trainingscamps vorwiegend aus suniietischen, pashto-sprechenden Rebellen, die einem der nachfolgenden sechs Führern loyal gegenüberstehen.

„Islamische Partei" von Gulbuddin Hekmatyar

Hekmatyar gilt als der kompromißloseste und fundamentalistischste Rebellenführer. Als Student der Ingenieursfakultät der Universität Kabul



gehörte er der Jawanan-i-Musalman (Militante Moslemische Jugend) an, einer Gruppe mit engen Bindungen zur panislamischen Moslem-Brüderschaft. Hekmatyar war bekannt für seine Angriffe gegen die Bildungsfreiheit für Frauen und wurde 1970 wegen Ermordung eines progressiven Studentenführers verurteilt. Nachdem er während seines Gefängnisaufenthalts einen großen Bekanntheitsgrad erreichte, wurde er im Herbst 1972 freigelassen.

Hekmatyars Gruppe, heute bekannt als „Islamische Partei" (Hezbi-i-Islami) hat ihre Wurzeln in einer früheren Ära. 1973, als Mohammed Doud in einem anti-royalistischen Putsch die Macht in Afghanistan übernahm, entwickelte Pakistans Machthaber Zulfikar Ali Bhutto eine ‚Vorwärtsstrategie' gegen Afghanistan. Aus Furcht, Doud könnte den langandauernden Grenzdisput über die pashtunischen Regionen beider Länder aufleben lassen, trainierte und bewaffnete Pakistan eine Armee von 5000 afghanischen Rebellen in einer Reihe von geheimen Camps. Die Nixon-Administration, die befürchtete, daß Doud-Regime wäre zu linkslastig, sandte den CIA zur Unterstützung des pakistanischen Rebellentrainings. Der CIA wurde später, als sich herausstellte, daß Douds Politik alles andere als linkslastig war, zurückgezogen. Die Rebellenkräfte wurden unter strenge pakistanische Kontrolle gestellt – mit Hekmatyar als sichtbaren afghanischen ‚Führer'. Pakistan hoffte, diese Kräfte bei einer militärischen Zuspitzung in der Nord-West Grenzprovinz Pakistans einsetzen zu können. Gleichfalls sollten sie als Druckmittel gegenüber der afghanischen Regierung im Grenzliniendisput genutzt werden (Pakistan verlangte von Afghanistan die Anerkennung einer alten, von Großbritannien festgelegten Grenzlinie, der ‚Durand-Linie'. Diese wäre für Pakistan günstiger, als die damals bestehende Grenzziehung).

Die Rebellen wurden später sehr effektiv für Pakistans Interessen eingesetzt. Im Juli 1975 infiltrierte die 5000 Mann-Truppe unter Hekmatyars Kommando in das Panjsher-Tal nördlich von Kabul und lieferte der afghanischen Armee eine schwere Schlacht. Der Kampfverlauf war so günstig, daß Afghanistan in den nachfolgenden Verhandlungen in die Defensive geriet.

Während die pakistanische Regierung jede Verbindung zu dem Vorfall abstritt, haben inzwischen ehemalige hohe Regierungsbeamte die pakistanische Beteiligung zugegeben (4). Auch nachdem Bhutto 1977 durch General Zia-ul Haq gestürzt wurde, führte Pakistan die Ausrüstung Hekmatyars mit Trainingsmaterial weiter (...)

Hekmatyars Islamische Partei hat eine Reihe von Zielen proklamiert, die diese Gruppe deutlich als fortschrittfeindlichste und anti-progressivste Gruppe der Rebellen ausweist. Das erste Prinzip dieser Partei steht ausdrücklich in solcher Empfehlung: *„Afghanistan ist ein ausschließlich islamischer Staat, alle nicht-islamischen Ideen oder Praktiken sind verboten"* (5).

Der Geist des Programms kann an den folgenden vier Vorschlägen gesehen werden:

„(1) Die von der revolutionären Regierung durchgeführte Agrarreform wird rückgängig gemacht und aller privater Besitz an die ursprünglichen Eigentümer zurückgegeben.

(2) Frauen müssen den Schleier tragen und sowohl Ausbildung wie Arbeit wird nach Geschlechtern getrennt.

(3) Alle Bildungsmaßnahmen werden militärisches Training für den Jihad (heiliger Krieg) beinhalten und der Staat wird massive militärische Aufrüstung einleiten.

(4) (Im Gegensatz zur gängigen Praxis der Respektierung der verschiedenen nationalen Sprachen.) Es wird nur eine nationale Sprache geben, arabisch wird sich zur zweiten Sprache entwickeln" (6).

Unabhängig seiner Bekanntheit ist Hekmatyar einer der spalterischsten Kräfte innerhalb der Rebellenbewegung. Er lehnte die Beteiligung an irgendeiner Rebellenallianz ab und seine Gruppe war am Ausbruch von Kämpfen unter den Rebellengruppen aktiv beteiligt.

Die wesentlichste auswärtige Unterstützung erhält Hekmatyar nach wie vor aus Pakistan. Pakistan liefert übermäßige Hilfe, Ausrüstung und gewährt die Freiheit, Männer und Waffen je nach Bedarf über die Grenze zu bewegen. Anders als bei der Regierung Bhutto, die die Gründung der Rebellengruppe 1973 hauptsächlich aus machtpolitischen Anti-Doud Gründen unterstützte, kommt Zia's Hilfe auch aus ideologischen Gemeinsamkeiten mit Hekmatyar. (Zia-ul Haq und seine politische Machtgruppe favorisieren ein ähnlich schwarzes und reaktionäres islamisches „Modell", Anm. Red.)

Seit der Revolution 1978 haben sich vier wesentliche Gruppen von Hekmatyar abgespalten – alle berufen sich allerdings nach wie vor auf die gleichen Grundideen und Programme. Es sind dies: „Islamische Partei" (Hezbi-i-Islami) von Younis Khalis (eine direkte Abspaltung, die ebenfalls den Namen behielt), „Islamische Gesellschaft von Afghanistan" von Burhanuddin Rabbani, „Nationale Befreiungsfront von Afghanistan" (Jabha-i-Nejat-i-Milli Afghanistan) von Sebgatullah Mujadidi und letztlich die „Islamische Revolutionäre Bewegung" (Harakat Inqelabe Islami) von Mohammad Nabi Mahammdai.

Diese Gruppen formierten die zerbrechliche „Islamische Allianz für die Befreiung Afghanistans" unter Führung Abdul Rasoul Sayaf (der im Januar 1980 von Karmal aus dem Gefängnis befreit wurde).

Es gibt vor allem Unterschiede im ‚Background' der Führer. Rabbani, Mujadidi und Sayaf wurden an der Theologischen Universität von Al Azhar (Kairo, Ägypten) als Theologen ausgebildet. Alle drei bildeten Verbindungen zur Moslem-Brüderschaft während ihrer Zeit in Ägypten. Nach ihrer Rückkehr wurden sie in Kabul in die Aktivitäten der Moslem-Brüderschaft-Filiale „Militante Moslem-Jugend" verwickelt.

Im Gegensatz zum Ingenieur Hekmatyar war Rabbani Landbesitzer und Geschäftsmann (...)

Ähnlich war Mujadidi Landbesitzer in Afghanistan (...) Prominente Mitglieder seiner Familie waren bekannt für ihre ekzessive konservative Opposition gegen die afghanische Monarchie seit 1920 (7). Als 1965 das erste afghanische Parlament gewählt wurde, stellte die Mujadidi-Familie die Führung des reaktionärsten Abgeordnetenblocks. Dennoch begann Rabbanis moderne Rebellenaktivität gemeinsam mit Hekmatyar in der vom CIA und Pakistan gegründeten Rebellengruppe. Die anderen heutigen Rebellenführer kamen erst nach der afghanischen Revolution 1978 und nach Beginn der Landreform nach Peshawar.

Auch heute ist die moslemische Gruppe, mit deren Prinzipien sich alle diese Führer am stärksten verbunden fühlen, die Moslem-Brüderschaft – eine extrem fundamentalistische Untergrundorganisation mit Zellen im gesamten Nahen Osten, die jede Art von *„Verwestlichung, Säkularisierung und Modernisierung"* ablehnt.

Seit im Januar 1980 der damalige ägyptische Verteidigungsminister, General Kamal Hassan Ali bekanntgab, daß *„Armee-Camps für das Training der afghanischen Rebellen geöffnet werden"*, werden die in Peshawar sitzenden Rebellen mit Waffen aus Ägypten versorgt (8). Diese Lieferungen dauern mit pakistanischer Komplizenschaft bis heute an. Ein französischer Journalist, der 1980 ein halbes Jahr mit den Rebellen reiste, begleitete eine solche Lieferung vom Moment der Ankunft in Pakistan nach Afghanistan.

Eine komplette Liste der Waffen dieser Lieferung (darunter in Ägypten hergestellte Kalashnikow-Gewehre, Sprengstoff, Raketengranaten, Kartuschen, Minen und Bomben) wurde an verschiedenen Kontrollposten in Pakistan mit offiziellen Regierungssiegeln versehen. Danach begleitete der Journalist persönlich einen LKW-Transport durch die endgültige pakistanische Grenzstation nach Afghanistan hinein (...) (9).

Im Dezember 1980 besuchten Vertreter von vier der fünf Allianzgruppen Sadat persönlich in seinem Heimatdorf Mit-a-Abdul-Qom.

Sadat schlug den Vertretern die Bildung einer Exilregierung vor: *„Ich wäre sehr glücklich zu hören, daß Sie*

Heimatdorf Mit-a-Abdul-Qom.

Sadat schlug den Vertretern die Bildung einer Exilregierung vor: „Ich wäre sehr glücklich zu hören, daß Sie *eine Übereinkunft über die Formierung einer provisorischen Regierung erreicht haben"* – so Sadat wörtlich (10).

Ebenfalls versprach er, die bereits geleistete Hilfe noch zu verdoppeln, und auch Panzerabwehr- und Luftabwehrwaffen zu liefern. Innerhalb von nur drei Wochen gab es Berichte, daß neue Raketengranaten und schwere Maschinengewehre aus Ägypten in den Kämpfen eingesetzt wurden (11).

Die Waffen, die Sadat an die Allianz liefert, werden in Peshawar in, grobgerechnet, fünf gleiche Teile aufgeteilt und an die fünf Partner der Allianz ausgeliefert (12).

Die Details des US-Engagements innerhalb der ägyptischen Unterstützung sind unbekannt. Dennoch sollte daran erinnert werden, daß Ägypten eines der größten US-Hilfsprogramme erhält, jährlich 1 Milliarde Dollar (...).

Zusätzlich erhält Rabbanis „Islamische Gesellschaft von Afghanistan" generöse Unterstützung von einem der treuesten Klientel der USA im Nahen Osten, vom Oman. (...)

„Nationale Front für die Islamische Revolution" von Sayed Ahmad Gailani

Gailani's Gruppe ist das jüngste Mitglied der Islamischen Allianz und sie unterscheidet sich durch ihre offene Unterstützung einer Restauration der afghanischen Monarchie. Gailani's Wege unterscheiden sich ebenfalls von seinen Allianz-Kompagnons dadurch, daß sein Vater eine irakische religiöse Führungs-Person war. Er ließ sich in Afghanistan vor dem 1. Weltkrieg nieder. Nachdem sein Vater wegen seiner Opposition gegen die afghanische Unabhängigkeit 1919 gehängt wurde, sammelte Gailani großen Wohlstand durch Landverwaltung, Landwirtschaft und Tributzahlungen von Nomaden, die in ihm den Sohn eines großen religiösen Führers sahen. (...) In den 70ger Jahren hatte er zusätzlich Erfolg als Geschäftsmann, wurde Alleinimporteur für Peugeot in Afghanistan. Durch seine Frau ist er verwandtschaftlich mit dem früheren König von Afghanistan verbunden (der jetzt in Rom lebt).

Gailani gründete seine „Nationale Front für die Islamische Revolution" (Maaz-i-Milli Islami) direkt nach der Revolution von 1978, wobei er hauptsächlich auf die Unterstützung durch die Nomaden baute. Das Manifest der Front zeigt einen liberaleren Stand als das von Hekmatyar. Die anerkannten fundamentalistischen Prinzipien sind „Islam, Nationalismus und Demokratie", es gibt sogar Gesten in Richtung Gleichheit der Geschlechter. Abgesehen von der ‚modernen' Terminologie aber ist das Manifest fest gegen jede Art von Landreform

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorh. S.

gerichtet. Gailanis etwas liberalere Rhetorik hat offene Brüche innerhalb der Allianz provoziert. Als er West-Europa zwecks Waffensuche besuchte, kritisierte der Präsident der Allianz, Abdul Rasoul Saya diese Anstrengung als zu westlich und veröffentlichte eine Stellungnahme, in der sich die Allianz davon distanzierte (15).

Zusätzlich zur Hilfe aus Ägypten (über die Allianz) erhält Gailani starke finanzielle Hilfe aus Saudi-Arabien. Die Saudis favorisieren seine monarchistischen Sympathien und stellten saudische Pässe für die in Italien lebende Königsfamilie aus. Gailani unterhält Residenzen in London und Peshawar. In London traf er im Juni 1980 mit Douglas Hurd, einem hohen Offiziellen des britischen Außenministeriums und zwei weiteren Offiziellen wegen möglicher Waffenlieferungen zusammen. Zwei Monate später berichtete die britische Zeitung „Sunday Telegraph", daß einige der Waffen, die Großbritannien an arabische Länder verkaufte, an die afghanischen Rebellen umgeleitet wurden.

Iran und China

Während die iranische Regierung weit unbeugsamer als Pakistan in der verbalen Verurteilung der sowjetischen Truppen in Afghanistan auftritt, war sie gleichwohl weniger großzügig bei der Unterstützung der Rebellenaktivitäten von ihrem Territorium. Im Juni 1980 verboten die iranischen Behörden die vom Iran aus durchgeführten Aktivitäten von Rabanis „Islamischer Gesellschaft von Afghanistan" mit der Begründung, es gäbe Beweise, daß die Gruppe mit dem CIA, dem israelischen und ägyptischen Geheimdienst zusammenarbeitet. Ebenfalls erhob der Iran den Vorwurf, daß Rabanis Gefolgsleute Heroin schmuggelten und konterrevolutionäre Gruppen im Iran mit Waffen versorgten.

Auf der anderen Seite begann die iranische Baluchen-Minderheit bereits im Herbst 1978 damit, Waffen, medizinische Mittel und Geld an die Kräfte der oppositionellen afghanischen Baluchen zu liefern. (...)

Rebellen der shiitischen Hazara-Minderheit sandten ebenfalls Vertreter zu sympathisierenden iranischen Gruppen und erhielten Unterstützung von diesen.

Im Norden, Nordosten und zentralen Regionen Afghanistans wurden Rebellengruppen der Tadziken, Uzbeken und Hazaras militärisch von China unterstützt (17).

Dies zusätzlich zu den chinesischen Beratern und militärischen Lieferungen in die Trainingscenter der Rebellen in Pakistan. (...)

Andere Unterstützung

Andere Unterstützung

Im Herbst 1980 berichtete „COUNTER SPY" über die CIA-Unterstützung für die afghanischen Rebellen, die im Herbst 1979 begann. Im Februar 1980 gab ein Offizieller des Nationalen Sicherheitsrates zu, daß mit Präsident Carters Zustimmung die USA Waffen an verschiedene Rebellengruppen liefert (18). Eine Person mit Rebellenverbindungen, Zia Nassry (ein US-Bürger) traf mit hochrangigen US-Offiziellen und Senatoren während seiner Besuche 1979 und 1980 zusammen. Im Herbst 1980 trafen zwei afghanische Rebellenführer, die für sich in Anspruch nahmen, eine große Zahl von Kämpfern hinter sich zu haben, mit Offiziellen des State-Departments, einigen Senatoren und Henry Kissinger zusammen (21).

Inzwischen stellt sich die Frage der Eskalierung dieser Hilfe. (...) Einer von Reagans Beratern für diese Region ist der frühere Botschafter in Afghanistan, Robert Neumann, der deutlich eine Konfrontationspolitik zur Sowjetunion befürwortet. Die „Far East Economic Review" schätzte nach Reagans Amtsantritt ein:

„Es ist sicher, daß die USA versuchen werden, in ihre Gruppen (Gailani, Khalis, Mohammadi und Mujadidi) hineinzuarbeiten mit bis zu 200 Mio Dollar militärischer und wirtschaftlicher Unterstützung."

Anmerkungen:

1. „International Herald Tribune" (IHT), 27./28.12.80
3. „Boston Globe", 25.12.80
4. „Far East Economic Review" (FEER), 30.1.81
6. Patrice Franceschi, „Ils ont choisi la liberté", Arhaud, Paris 1981
7. Louis Dupree, „Afghanistan", Princeton Universität Press, 1973
8. „Mena", Kairo, 25.1.80
9. siehe 5
10. „Times of India", 28.12.80
11. „IHT", 31.1.81
12. siehe 5
15. „New York Times", 20.7.80
17. „Le Monde Diplomatique", Febr. 80
18. „NYT", 16.2.80
21. „Wall Street Yournal", 12.6.80

Chile-Solidarität zum 11. September 81 — Klose, ja oder nein?

Dieses Jahr fanden zum 11. September eine zentrale Demonstration und eine Großveranstaltung in Hamburg statt. Aufgerufen hatte die Unidad Popular in der BRD und in Hamburg die gesamte chilenische Linke.

Dieser erste Schritt der chilenischen Organisationen, eine gemeinsame Solidaritätsarbeit zu entwickeln, macht sicherlich den Erfolg der diesjährigen Veranstaltungen aus. Nicht nur der gemeinsame Aufruf von KP, PS, PScnr, MAPU, MAPU-OC und MIR, sondern auch einige Aussagen auf der Veranstaltung machten deutlich, daß sich die Konzepte der Organisationen zur Widerstandsarbeit angenähert haben. So zum Beispiel, wenn Isabel de Letelier (die Witwe des in Washington ermordeten Verteidigungsministers der UP) in ihrer Rede nicht nur das Recht auf Rückkehr nach Chile, sondern auch die Notwendigkeit des bewaffneten Widerstandes betont.

Umstritten ist aber die Beteiligung von Sozialdemokraten, speziell von Ex-Bürgermeister Klose an der Veranstaltung. Ein Flugblatt, das einige „unverbesserliche Politrowdies" (so die Flugblattunterschrift) vor der Veranstaltung verteilt hatten, wies u.a. auf Kloses Haltung zu den politischen Gefangenen in der BRD hin. Gegen den Tod von Sigurt Debus im Hungerstreik habe Klose als damaliger Bürgermeister nichts unternommen, während er sich jetzt im Einsatz für die Menschenrechte in Chile profiliere.

Der Versuch eines der Flugblattverteiler, vor dem Kloseauftritt ein paar Worte zu sagen, wurde drastisch verhindert und vom AStA-Veranstalter mit dem üblichen „Wir lassen uns hier nicht alles kaputtmachen" abgewürgt.

Das Hauptargument der chilenischen Linken, die Klose ja einmütig und sehr bewußt eingeladen hatten, bezieht sich auf die notwendigen Kontakte und Verbindungen in die SPD hinein, auf die Stärkung des linken SPD-Flügels. Dies sei unumgänglich, wenn man die Lieferung der zwei U-Boote nach Chile real verhindern und erreichen wolle, daß die BRD in der UNO gegen das Pinochetregime stimmt. Die Frage nach der Bedeutung

und erreichen wolle, daß die BRD in der UNO gegen das Pinochetregime stimmt. Die Frage nach der Bedeutung

der SPD in der internationalen Solidarität, damit verknüpfte Hoffnungen oder Illusionen und auch eventuelle inhaltliche Zugeständnisse, die deswegen gemacht werden, diese Frage war bereits bei der Türkeisolidarität (während der Hungerstreikkampagne) umstritten und wird sich auch bei weiteren Aktionen immer wieder stellen. Deswegen wollen wir anläßlich der Chile-Veranstaltungen nocheinmal darüber diskutieren. Zwei Leserbriefe werden hier zu dem Thema abgedruckt. Interessierte werden um weitere Stellungnahmen gebeten.

Lateinamerika-Kommission

Stellungnahmen zur Chile-Solidaritätsveranstaltung mit Klose

Es gab auf der Veranstaltung selbst und auch hinterher viel Protest gegen das Konzept der Veranstaltung. Es heißt, die Veranstaltung hätte „inhaltlich nichts gebracht" und nur dazu gedient, daß „Klose sich profilieren" und mit ein paar platten Sprüchen zum Star der Solidaritätsbewegung aufschwingen konnte.

Ich teile diese Kritik nicht und finde die Veranstaltung insgesamt aus folgenden Gründen recht positiv:

1. Die Veranstaltung war organisiert von einem Bündnis aller chilenischen linken Parteien. Nach meinen Informationen die erste gemeinsame Aktion in der BRD seit dem Putsch.
2. Ich gehe davon aus, daß das Auftreten von Klose auch andere Leute als das traditionelle linke Szene-Publikum bewogen hat, dorthin zu gehen (in welchem Umfang das stimmt, kann ich jedoch nicht beurteilen).
3. Immerhin hat Klose sich ausdrücklich für einige wichtige Forderungen der Solidaritätsbewegung ausgesprochen. Z.B. gegen die U-Boot-Lieferungen an Chile und andere Waffenlieferungen an die Diktaturen. Für Wirtschaftsboykott. Und er forderte die Bundesregierung auf, stattdessen die Menschen zu unterstützen, die sich gegen die Diktaturen wehren. Klose stellt sich also mit seinem Namen, den er zweifellos immer noch hat, hinter diese Forderungen, und das kann uns doch erstmal nur recht sein.
4. Immerhin war diese Veranstaltung mit ca. 800 — 1.000 Leuten die erste größere Chile-Solidaritätsveranstaltung in Hamburg nach langer Zeit des Schweigens zu diesem Thema.
5. Die Solidaritätsbewegung hat nun die Möglichkeit Klose auf seine Äußerungen festzunageln und von ihm auch konkrete Schritte zu verlangen. Das El-Salvador Komitee hat in diese Richtung auch schon Aktivitäten gestartet.

Um nicht mißverstanden zu werden: Ich glaube nicht, daß „unser Ulli" inzwischen zum Revolutionär geworden ist. Ich kann mir auch vorstellen, daß ihn unter anderem auch einige taktische Überlegungen zu diesem Auftritt veranlaßt haben, aber ich halte nichts davon, jetzt darüber rumzuspekulieren. Man muß ihn eben auf seine Aussagen festnageln und dann wird man ja sehen...

Ich bin auch nicht der Meinung, daß Veranstaltungen in Zukunft nur noch so breiiit sein sollen, oder daß Veranstaltungen die speziell auf ein linkes Publikum ausgerichtet sind, z.B. Diskussionsveranstaltungen mit MIR-Vertretern über die Entwicklung und Strategie des Widerstandes, nichts bringen, ganz im Gegenteil. Es muß eben so'ne und solche geben, je nach dem, was man erreichen und wen man ansprechen will.

Ein Mitglied des El-Salvador-Komitees

* * *

Niemand wird ernstlich bestreiten, daß die Mobilisierung von SPD-Linken und bürgerlichen Demokraten notwendig ist, um die Chancen zur tatsächlichen Durchsetzung bestimmter Forderungen zu verbessern. Sei es die Verhinderung der U-Boot-Lieferung für Pinochet, die Verurteilung der chilenischen Diktatur durch die BRD in

Verhinderung der U-Boot-Lieferung für Pinochet, die Verurteilung der chilenischen Diktatur durch die BRD in

der UNO, sei es die Verhinderung von Todesurteilen gegen politische Gefangene.

Tatsache ist aber, daß zur Zeit fast alle größeren Solidaritätsveranstaltungen mit dieser Ausrichtung (Einbeziehung von Sozialdemokraten etc.) organisiert werden (wenn sie nicht gleich ausschließlich als Fest organisiert werden). Politische Fragen des Widerstandes, Differenzen zwischen den Organisationen, unterschiedliche Konzepte kommen dabei durchweg zu kurz. Da haben erstmalig alle Organisationen der chilenischen Linken gemeinsam zu einer Veranstaltung aufgerufen. Auf welcher Grundlage dieses gemeinsame Vorgehen möglich war, in welchen Positionen man sich angenähert hat und wo weiterhin Differenzen bestehen, darüber erfährt der Interessierte nichts.

Gerade zum 11. September, nach 8 Jahren Militärdiktatur müßten solche Fragen m.A.n. im Mittelpunkt stehen, zumal wenn man eine Veranstaltung mit Unterstützung der westdeutschen Linken ausrichtet. Ansonsten könnte man eine Veranstaltung mit Amnesty oder den Jusos organisieren, um dann auch tatsächlich ein „breiteres" Besucherspektrum, das über die Solidaritätsbewegung hinausgeht, zu erreichen.

Ob der Klose-Auftritt auf dieser Veranstaltung tatsächlich zum „Durchbruch" in der SPD beigetragen hat, ist doch recht fraglich. Andererseits erhält durch solchen Auftritt die Ausrichtung der Solidaritätsarbeit auf die Sozialdemokraten ein deutliches Übergewicht, insbesondere wenn die andere Seite, intensivere Information über die Widerstandsarbeit der Linken, fehlt. Absolut ärgerlich ist es aber, wenn der abgehalfterte Bürgermeister zum Schluß von den Chilenen auf die Bühne komplimentiert wird, um die Queca (Nationaltanz) des verbotenen Gewerkschaftsverbandes CUT mitzutanzen. Was diese Art von inhaltsleerer Verbrüderung soll, bleibt schleierhaft.

Eine Hamburger Genossin

Analyse der aktuellen Situation in Chile

Aus: Situation und Kampf der politischen Gefangenen in Chile — (Komitee für politische Gefangene in Chile, Bochum).

Ökonomische Entwicklung

Die Bilanz der ökonomischen Entwicklung des Jahres 1980 weist ein Ergebnis auf, mit dem die Militärregierung nur schwerlich zufrieden sein kann.

Von bemerkenswerter Bedeutung ist die wachsende Vormachtstellung der finanzkapitalistischen Sektoren; die Kontrolle des Handels — vermittelt über die ausländischen Kredite — erlaubt es dem nationalen Finanzkapital tatsächlich, enorme Gewinne zu erzielen, ohne das Risiko eingehen zu müssen, das Kapital in eine nationale Wirtschaft zu investieren, die in ihrem produktiven Sektor keinerlei Konsolidierung erreicht.

Das ausländische Kapital und das nationale Großkapital haben im Bereich des produktiven Sektors kein Wachstum bewirkt. Das jedoch ist — selbst nach Meinung der offiziösen Presse — zur Achillesferse des chilenischen Wirtschaftsmodells geworden, denn trotz der vielfältigen Garantien für ausländische Investitionen haben sich diese bisher nur als Projekte entpuppt. Die Behörden hatten geplante Investitionsvorhaben in Höhe von 4.057 Millionen Dollar genehmigt, davon wurden jedoch nur 404 Millionen wirklich realisiert, d.h. nur 11.9% der genehmigten Gesamtsumme, und die gewerbliche und manufakturindustrielle Wirtschaft hat die ausländischen Investoren überhaupt nicht interessiert. Der Minister für Bergbau, Pinera, bemüht sich darum, das Land noch weiter zu öffnen und Investoren für diesen Sektor zu finden.

Die Außenverschuldung beträgt 11.329 Millionen Dollar (die höchste pro-Kopf-Verschuldung der Welt), was die Konsequenz hat, daß allein für die jährliche Zinstilgung dieser Schulden die Hälfte der Devisen benötigt werden, die durch Exporte eingenommen werden.

Die Aufrechterhaltung des fixen Dollarkurses (39 Pesos) begünstigt enorm die Clans des Finanzkapitals, die die Verteilung der Kredite kontrollieren. Denn sie stützen im Innern einen Dollarkurs, der nicht der tatsächlichen Inflation entspricht, wie sie sich extern offenbart. Deshalb hat der Sektor, der vorher den Nutzen aus dem Export von Industriegütern zog (gegenseitiger Vorteil) , nun keine Per-

Sektor, der vorher den Nutzen aus dem Export von Industriegütern zog (gegenseitiger Vorteil) , nun keine Per-

spektive, denn die protektionistischen Maßnahmen jedes Landes, die zum Schutz des eigenen Marktes ergriffen werden (wie in Chile der feste Dollarkurs) bewirken, daß die Produktionskosten der Güter in keiner akzeptablen Relation mehr stehen zu den Preisen der Produkte auf dem externen Markt.

Die Diktatur konnte ihre Ankündigung, die Inflationsrate auf 15% zu senken, nicht erfüllen. Nach offiziellen Angaben beträgt die Inflation 31.2% und liegt damit erheblich über dem internationalen Durchschnitt.

Die industrielle Wachstumsrate sank 1980 deutlich. Laut offiziellen Zahlen ist die Wachstumsrate von 8.8% im Jahre 1979 auf 4.4% zurückgegangen. Es scheint so zu sein, daß sich die Wachstumskurve, die ausgehend vom Tiefpunkt 1975 zu beobachten war, nun allmählich ihrem Ende nähert.

Die Außenhandelsbilanz (Export/Importe) schloß 1980 mit einem Defizit ab von 1.022 Millionen Dollar. Die Bilanz beträgt insgesamt, addiert man zu diesem Exportdefizit noch die Verbindlichkeiten aufgrund der Verschuldung, 1.850 Millionen Dollar. Damit steigt die Außenverschuldung auf 11.239 Millionen Dollar. Bei steigenden Zinstilgungen und einem weiteren Sinken der Deviseneinnahmen durch Exporte bleibt der einzige Ausweg für die Junta, weitere Kredite bei der Weltbank aufzunehmen. Die Konsequenz ist eine stetig wachsende Devisenzirkulation, die bei jeder Transaktion den finanzkapitalistischen ‚Zwischenhändlern' Gewinne beschert.

Wir können aus den oben dargelegten Fakten das Resümee ziehen, daß das chilenische Wirtschaftsmodell aus seinen vorgesehenen Bahnen geworfen wurde, und das vor allem wegen der ungleichgewichtigen Akkumulation des Finanzkapitals auf dem Wege spekulativer Transaktionen. Dieses hat nicht die Produktion dynamisiert, die eine Reproduktion des Kapitals und eine allgemeine Reproduktion der Wirtschaft erlauben würde. Im Gegenteil: das Sinken der Wachstumsraten im Bereich der industriellen Produktion, die ständig abnehmende Konkurrenzfähigkeit der für den Export auf dem Weltmarkt bestimmten Produkte, das Sinken des Kupferpreises als Folge der internationalen Rezession und die nur geringe ausländische Investitionstätigkeit in Chile kündigen eine dunkle Perspektive an und lassen kaum erwarten, daß die Orientierung auf Gewinne durch Finanzspekulationen nachläßt. Darin offenbart sich in den zentralen Punkten die ganze Schwäche und Krise des Wirtschaftsmodells.

Politische Entwicklung

Das Plebiszit hat die verschiedenen Tendenzen, die innerhalb des Regimes existierten, zusammengekittet. Pinochet und die monopolistische Bourgeoisie, gestärkt durch diese Vereinigung und die gleichzeitig extreme Schwäche der bürgerlichen Opposition, haben eine programmatische Offensive begonnen mit dem Ziel, in kurzer Zeit die sogenannten Modernisierungen einzuführen. Durch radikale Maßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Bildungswesens, der Sozialfürsorge, des Gewerkschafts- und Verbandsrechts soll die Konzentration der politischen Macht verstärkt werden zugunsten des Bündnisses der Militärs und der Wirtschaftsmagnaten.

Die Polarisierung des Klassenkampfes hat zur Folge, daß die bürgerliche Opposition sich nicht als politisches Zentrum präsentieren kann, vor allem, da ihr nach dem Plebiszit kaum eine andere Alternative bleibt als die, eine kritische Rolle zu spielen gegenüber den Maßnahmen der Diktatur, aber eine kritische Rolle im Rahmen der institutionalisierten Diktatur, ist das möglich?

Diese Orientierungslosigkeit der bürgerlichen Opposition verschärft die innere Krise der DC, der Christdemokratischen Partei. Auf der einen Seite steht der Flügel Freis bereit, ausgehend von seiner kritischen Position (die sich allerdings nur in Reden artikuliert), sich für ein politisches Taktieren in der Zukunft zwischen Regierung und geduldeter, gemäßigter Opposition einzurichten; deshalb proklamiert Frei keine offene Alternative und distanziert sich von der „extremistischen Gewalttätigkeit". Auf der anderen Seite stehen Sektoren der DC wie die Jugend und Gewerkschafter, die sich an den Protesten und direkten Aktionen der Studenten- und Jugendbewegung oder der Gewerkschaftsbewe-

an den Protesten und direkten Aktionen der Studenten- und Jugendbewegung oder der Gewerkschaftsbewe-

gung beteiligen und die wegen des Klassencharakters des Kampfes sich gegen die Diktatur wenden.

Die Mobilisierung und die direkten Aktionen werden heute von einem Teil der Werktätigen und Ausgebeuteten getragen. Insbesondere muß man sagen, daß die Mehrzahl der Aktivitäten sich auf Santiago konzentrieren (Santiago ist allerdings auch das industrielle Zentrum). Erst in letzter Zeit hat sich die Bewegung auch auf die Provinz ausgedehnt, z.B. Conceptión (Bergleute in den Kohlengruben) und Valparaiso (Hafenarbeiter). Wenn man aber berücksichtigt, was innerhalb eines Jahres sich verändert hat, so muß man doch feststellen, daß sich in kurzer Zeit sehr starke Mobilisierungen vollzogen haben.

Und ohne Zweifel wird sich diese Tendenz fortsetzen. Ein wichtiger Faktor ist dabei das Niveau der Vereinheitlichung und der Organisierung, das die Massenbewegung erreicht hat. In diesem Zusammenhang möchten wir die jüngste Delegiertenkonferenz hervorheben, die die „Coordinadora Nacional Sindical", die Nationale Koordination der Gewerkschaftsbewegung in Punta de Tralca mit 650 Delegierten abhielt; auf dieser Versammlung wurden sehr klassenkämpferische Positionen verabschiedet und zu Mobilisierungen aufgerufen, die schließlich in der Losung nach Ausrufung des G e n e r a l s t r e i k s ihren Höhepunkt haben sollen.

Die Forderungen der Arbeiterklasse und des Volkes werden kein Gehör finden in einem Regime, das immer größere soziale Sektoren von politischer und ökonomischer Partizipation ausschließt. Deshalb ist der einzige Ausweg der Kampf. Der Aufruf, die Vorbedingungen für einen Generalstreik zu schaffen, stellt in diesem Kontext einen großen Fortschritt dar; denn eine derartige Zielsetzung ist geeignet, die unterschiedlichen Ansätze von Organisierungen und Mobilisierungen, die das Volk in den letzten Jahren entwickelt hat, durch die Vorbereitungsarbeit zusammenzufassen, zu vertiefen und zu vervielfachen.

Hamburg

Koalition mit der SPD?

Kommunale Parlamentsarbeit am Beispiel der Bunten Liste

„Überlegungen zu politischen Schwächen und Eigenarten der Bunten Liste .." nennt sich ein Aufsatz von Rainer Link und Thomas „Langer", der im Oktober im Hamburger VSA-Verlag in einem Buch „Alternative Stadtpolitik" publiziert werden soll. Seit einigen Wochen wird der Aufsatz von der Gruppe Z auch schon als Vorabdruck verbreitet. Rainer Link ist Fraktionssekretär in der Bunten Liste-Parlamentsfraktion Eimsbüttel tätig. Thomas „Langer" ist Mitglied der Leitung der Gruppe Z und Redaktionsmitglied der von der Gruppe Z unterstützten neuen Zeitschrift „Moderne Zeiten". Über eigene praktische Erfahrungen in der Parlamentsarbeit verfügt er nicht. Seine Mitarbeit an dem Aufsatz ist vielmehr als E i n s t i e g zu einer solchen zu verstehen: Thomas „Langer" soll voraussichtlich Spitzenkandidat der Gruppe Z für die Hamburger Bürgerschaftswahl 1982 werden. Der von ihm mitverfaßte Aufsatz verdient es darum, aufmerksam gelesen zu werden. Hier legt ein möglicherweise zukünftiger Bürgerschaftsabgeordneter einiges über die Politik offen, die von ihm im Parlament zu erwarten sein würde.

Das Hohelied vom Sachverstand

Ein Gutteil des Aufsatzes besteht darin, daß Langer/Link der alten Bunten Liste Linksradikalismus und Naivität vorwerfen. Die Bunte Liste von 1978 sei gar nicht oder nur höchst unzureichend für die Parlamentsarbeit vorbereitet gewesen. Sie sei in großen Teilen zu einer solchen Arbeit überhaupt nicht bereit gewesen. Das habe sich auch im Programm der Bunten Liste zur Bürgerschaftswahl 1978 ausgedrückt, das wesentlich von „Forderungskatalogen" aus den einzelnen Bereichen bestimmt gewesen sei.

Zudem habe *„die Anklage staatlicher Repression sowie die Forderung nach mehr demokratischen Rechten"* einen erheblichen Teil des Programms ausgemacht. Das halten Langer/Link gemäß den neuen Doktrinen des „Modernen Sozialismus" für einen entscheidenden Fehler (sog. „Politizismus").

Dieser Beschreibung der alten Bunten Liste stellen Langer/Link die These entgegen, alternative Parlamentspolitik müsse konkrete „ G e g e n e n t w ü r f e " zu allen im Parlament verhandelten Themen vorlegen können – zur Stadtentwicklungsplanung, zum Verkehrskonzept, zur Energieversorgung, zur Sicherung und Neuschaffung von Arbeitsplät-

zur Energieversorgung, zur Sicherung und Neuschaffung von Arbeitsplät-

zen, zur Steuerpolitik, zu den Haushaltsplänen und sogar zur Frage der *„Finanzierbarkeit der von uns erhobenen Forderungen"*. Hierzu bedürfe es selbstverständlich riesiger personeller Apparate (**„Professionalisierung"**), um auch noch in sämtlichen Unterausschüssen der Parlamentsstrukturen mit Sachverstand mitarbeiten zu können. (Praktisches Beispiel einer solchen Politik ist Hamburg-Eimsbüttel, wo mit 5% der Wählerstimmen ganze z w e i BuLi-Abgeordnete im Bezirksparlament sitzen, aber die zugehörige Parlamentsfraktion mittlerweile ein Riesen-Stab von über 30 Leuten ist).

Was ein solcher enormer Einsatz an Arbeitskraft und Sachverstand eigentlich an p r a k t i s c h e n Ergebnissen bringen soll, bleibt im Aufsatz von Langer/Link ebenso offen wie in früheren Aufsätzen von Rainer Link in der Zeitschrift „Z". Eher verschämt behaupten Langer/Link in ihrem Aufsatz lediglich, daß es in der Eimsbüttler Parlamentsarbeit *„auch kleine Erfolge"* gegeben habe, die man allerdings aufgrund schlechter Pressearbeit nicht so recht ans Bewußtsein der Öffentlichkeit gebracht habe. W a s das aber für „kleine Erfolge" gewesen sein sollen, wird nicht erläutert. Unsere „Modernen Sozialisten" sind bisher jeden Beweis schuldig geblieben, daß sich ihre „konstruktive Realpolitik" nicht bloß in Stapeln und Sperrmüll-Kartons voller Alternativpläne niederschlägt, sondern auch in ganz faßbaren Verbesserungen für die Bevölkerung, die sie im Parlament erreichen konnten.

Es wäre höchst interessant, wenn die Bunte-Liste-Parlamentsfraktion einmal zusammenfassend öffentlich darstellen würde, in welchen ganz konkreten Einzelpunkten sie „kleine Erfolge" erreicht zu haben meint. Man könnte dann Punkt für Punkt prüfen, inwieweit es sich wirklich um Erfolge der Parlamentsfraktion handelt, in welchen Dimensionen sich diese Erfolge bewegt haben und in welchem Verhältnis investierte Arbeitskraft und praktische Erfolge zueinander stehen. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß eine solche gründliche Bilanz wahrscheinlich nicht vorgelegt werden wird, weil sie allzu peinlich ausfallen würde. Das Thema „konstruktive Realpolitik" eignet sich offensichtlich besser zum abstrakten Schwadronieren als zur praktischen Beweisführung.

Eine neue Politik gegenüber der SPD

Soweit der Aufsatz von Langer/Link die Inkompetenz oder Betriebsblindheit von Basisinitiativen und Basisbewegungen mit dem eigenen Sachverstand und der eigenen Professionalität konfrontiert, wiederholt er nur Gedankengänge und Argumentationen, die dem interessierten Publikum aus den früheren Aufsätzen von Rainer Link schon bekannt sind.

Wichtiger sind darum in dem Aufsatz von Langer/Link jene grundsätzlichen Aussagen, in denen sich die zentralen Doktrinen des „Modernen Sozialismus" widerspiegeln. Hauptpunkt ist dabei ein gewandeltes Verhältnis gegenüber der SPD.

+ Die alte Bunte Liste habe *„sich gegen alle bestehenden Einrichtungen und Organe der Gesellschaft und der existierenden Arbeiterbewegung definiert"*, behaupten Langer/Link. Bei der „existierenden Arbeiterbewegung" scheint es sich um eine begriffliche Anlehnung an den „real existierenden Sozialismus" zu handeln. Jedenfalls belegen Langer/Link ihre Behauptung nur mit der Kritik der Bunten Liste an der Politik der Gewerkschafts f ü h r u n g. Der Bunten Liste wird zum Vorwurf gemacht, sie habe *„pauschal die Gewerkschaftsführung für einen integralen Bestandteil staatlicher und kapitalistischer Strategie gegen die Bevölkerung"* gehalten. *„Eine Betrachtung der letzten Gewerkschaftstage, die relevante Oppositionsströmungen innerhalb der gewerkschaftlichen Leitungen gegen den sozialliberalen Regierungskurs und die Krisenpolitik des Kapitals sichtbar werden ließen, läßt zumindest die fehlerhafte Pauschalität unserer damaligen Aussage erkennen".*
+ Langer/Link werfen der alten Bunten Liste vor, „daß positive sozialdemokratische Gesetzeswerke und Senatsentscheidungen nicht registriert und somit faktisch geleugnet werden". Wieder einmal, wie so oft in den Abhandlungen der Gruppe Z, muß der geneigte Leser nach k o n k r e t e n Füllungen der Aussage vergeblich suchen. Erkennbar wird aber das Bestreben, die Politik der SPD insgesamt zukünftig „differenzierter" zu sehen, angeblich positive Elemente der SPD-Regierungspolitik stärker zu würdigen. In diese Richtung geht auch der Vorwurf von Langer/Link an die alte Bunte Liste, **„eventuell realisierbare Initiativen gemeinsam mit der Sozialdemokratie"** hätten *„außerhalb ihres Gesichtsfeldes"* gelegen. Die Bunte Liste habe sich also gegenüber der SPD nicht „konstruktiv" genug verhalten.

Langer/Link gehen in dieser Hinsicht eindeutig noch erheblich weiter als die an sich schon recht weitgehende Resolution des Hamburger Landesverbandes der Grünen vom 5.9.: Dort wird über eine Situation spekuliert, wo „grün-alternativen" Bürgerschaftsabgeordneten die *„Rolle einer Sperrminorität"* zufallen könnte, **„die die SPD zur Akzeptierung bestimmter Forderungen zwingt"**. Ausgangspunkt dieser Überlegung ist also eine Ausnahmesituation, in der die SPD bei der Regierungsbildung oder bei einzelnen Entscheidungen auf die Stimmen der „grün-alternativen" Abgeordneten a n g e w i e s e n sein könnte und aufgrund dieser Notlage zu Zugeständnissen „g e z w u n g e n" (mehr oder weniger e r p r e ß t) werden könnte.

Der Aufsatz von Langer/Link hingegen sieht positive Elemente bereits in der heute „real existierenden" Regierungspolitik der SPD. **Folgerichtig operiert er nicht mit der unfreundlichen Kategorie des „zu Zugeständnissen Zwingens", sondern mit der wesentlich konstruktiveren und kooperativeren Kategorie der „eventuell realisierbaren gemeinsamen Initiativen."**

Auch die bisher ablehnende Haltung der Linken gegenüber dem bürgerlichen Staat ist mit den Doktrinen des „Modernen Sozialismus" nicht mehr vereinbar. Langer/Link machen der alten Bunten Liste den Vorwurf, sie habe *„sich die Sammlung der progressiven Kräfte a u ß e r h a l b des bürgerlichparlamentarischen Staates (vorgestellt), in schroffer Gegenüberstellung gegen ihn. Das muß zu einer Unterschätzung der Bedeutung der Parlamente für die Bildung und Organisierung des politischen Willens verschiedener sozialer Kräfte führen".* Was mit diesen hingeworfenen Theorie-Brocken konkret und g e n a u gemeint ist, werden die „Modernen Sozialisten" erst noch zukünftig darzustellen haben. Auch ihre in der ersten Ausgabe der „Modernen Zeiten" publizierte Plattform geht in diesem Punkt über platte, abstrakte Bekenntnisse nicht hinaus. Der geneigte Leser kann sich dem Gemeinten allenfalls vermutungsweise nähern, indem er die Staats-Theorien des Herrn Poulantzas nachliest, bei dem die „Modernen Sozialisten" ihre Bekenntnisse sehr weitgehend abgeschrieben haben. (Dies soll Gegenstand eines späteren AK-Artikels sein).

Kooperation mit der SPD?

Langer/Link werfen der alten Bunten Liste vor, sie habe sich nicht um **„eventuell realisierbare Initiativen gemeinsam mit der Sozialdemokratie"** gekümmert. Das ist sachlich falsch: Die BuLi-Parlamentsfraktion im Bezirk Eimsbüttel hat sich von Anfang an – also lange v o r der Spaltung des KB und der folgenden Spaltung der Bunten Liste – um Kooperation mit der SPD (wie auch mit der FDP) bemüht und hat in dieser Hinsicht einen reichen Schatz konkreter Erfahrungen sammeln können. **Diese konkreten Erfahrungen sind allerdings geeignet, die schablonenhaften, abstrakten Bekenntnisse von Langer/Link über Möglichkeiten einer Kooperation mit der SPD ziemlich lächerlich erscheinen zu lassen. Es ist daher nicht verwunderlich, daß sich der ansonsten gar nicht wortknappe Artikel von Langer/Link mit keinem einzigen Wort auf diese Erfahrungen der P r a x i s mit der SPD bezieht.** Diese praktischen Erfahrungen endlich einmal systematisch und zusammenfassend öffentlich zu machen – dafür wären zweifellos die Gruppe Z und die Eimsbüttler BuLi-Parlamentsfraktion am kompetentesten. Ich beschränke mich hier notwendigerweise auf einige wenige markante Beispiele.

1. Die BuLi-Parlamentsfraktion bemühte sich um die Bildung eines offiziellen Frauen-Ausschusses. Ein ganz und gar harmloses, unproblematisches Anliegen, hätte mensch meinen können. Um sich zuerst einmal über den Standpunkt der anderen Partei-Frauen zu informieren und Chancen eines gemeinsamen Vorgehens zu prüfen, luden die beiden Abgeordnetinnen der BuLi ihre Kolleginnen von CDU, FDP und SPD zum Gespräch. Dieser Einladung kamen nur die SPD-Frauen nach – die aber nicht etwa über einen Frauen-Ausschuß reden wollten, sondern den BuLi-Frauen einen nicht-offiziellen „Arbeitskreis" ohne Kompetenzen schmackhaft machen wollten. Auf diese Weise wurden die Frauen der BuLi-Parlamentsfraktion monatelang hingehalten.

Eine Frau aus der Parlamentsfraktion kam später in einem Artikel zur Schlußfolgerung, die SPD habe sich mit Erfolg *„unsere anfängliche Unsicherheit in der Parlamentsarbeit"* zunutze gemacht. In dem Artikel fielen auch ganz harte Worte, wie etwa: *„Die SPD hat keine Hemmungen, durch ihre Parteiladenpolitik den Eimsbüttler Frauen ins Gesicht zu schlagen".* (Bunte Liste Zeitung", Sept. 79, S. 2).

2. Am Rande des Uni-Viertels (Rotherbaum) soll ein Luxus-Hotel gebaut werden, in einem vornehmen Wohngebiet. Auf einem Teil des betreffenden Geländes sind Uni-Anlagen, die dem Hotel weichen müßten. Die Planung wurde von den Behörden und den etablierten Parteien unter größter Geheimhaltung vorangetrieben. Als schließlich doch die Presse darüber berichtete, engagierte sich die BuLi-Parlamentsfraktion. Mittlerweile beschloß der zuständige Unterausschuß mit den Stimmen von SPD und CDU die ‚Anhandgabe' des Grundstücks an den Hotelbau-Interessenten, was eine wichtige Vorentscheidung zu dessen Gunsten bedeutete. Die BuLi-Abgeordnetinnen beantragten daraufhin in der Bezirksversammlung am 22.2.79 die Zurücknahme der ‚Anhandgabe' und den Bau eines Studentenwohnheims auf dem Gelände. Der Antrag wurde erst einmal in den nichtöffentlichen Teil der Bezirksversammlung geschoben und dann mit den Stimmen der SPD niedergestimmt.

Am 28.3.79 wetterte der Eimsbüttler SPD-Abgeordnete Peter Stein (ein Linker) in der „Neuen" über *„Lügenmärchen der Bunten Liste"*. Es sei alles noch gar nicht entschieden. Außerdem richte sich das Vorgehen der BuLi gegen **„fortschrittliche Kommunalpolitik"**, denn *„es kommt gerade darauf an, die molochartige Durchdringung des Wohngebietes durch weitere Unibauten zu verhindern"*. (Ein Luxushotel paßt besser in das Viertel.) Zwei Tage vor Veröffentlichung dieser Stellungnahme in der „Neuen" hatte ein weiterer Eimsbüttler Unterausschuß mit den Stimmen der SPD den ‚Vorbescheid' für den Bauantrag des Hotel-Interessenten positiv beschlossen (BuLi-Flugblatt und Artikel von J. Reents in der „Bunten Liste Zeitung", 31.5.79, S. 2).

3. Aus konkretem Anlaß (Veranstaltungen der NPD und anderer Neonazis in Schulen u.ä.) brachten die beiden BuLi-Abgeordnetinnen einen Antrag in die Bezirksversammlung ein, das Bezirksamt aufzufordern, der NPD und anderen neonazistischen Parteien und Vereinigungen *„für öffentliche und nicht-öffentliche Veranstaltungen keine Räume mehr zur Verfügung zu stellen"*. Nur vier SPD-Abgeordnete mochten dem Antrag in dieser Form zustimmen. Angenommen wurde schließlich ein „Kompromiß", bei dem die NPD nicht mehr namentlich erwähnt wurde. Endergebnis: Bezirksamtsleiter Kastenmeyer (FDP) stellte sich auf

nicht mehr namentlich erwähnt wurde. Endergebnis: Bezirksamtsleiter Kastenmeyer (FDP) stellte sich auf

den Standpunkt, daß „neonazistische Parteien und Vereinigungen" in der BRD sowieso v e r b o t e n seien; l e g a l e Organisationen wie die NPD seien demzufolge nicht als neonazistisch einzustufen, seien also von dem Beschluß der Bezirksversammlung nicht betroffen ... – Die Sache verlief trotz Protesten der BuLi-Parlamentarier schließlich im Sande (Artikel von J. Reents in der „Bunten Liste Zeitung", April/Mai 79, S. 1 und 10.)

4. Aufgrund von Nazi-Schmierereien in Eimsbüttel, **insbesondere solchen mit schweinischen ausländerfeindlichen Inhalten,** beantragten die BuLi-Abgeordnetinnen eine ständige Unterrichtung der Bezirksversammlung über solche Schmierereien und die dagegen unternommenen Maßnahmen. Anlaß dieses Antrages war u.a. die Beobachtung, daß solche Haßparolen oft monatelang an den Wänden, z.B. auf Bahnhöfen, stehen bleiben. – Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD, ohne Begründung, abgeschmettert (Artikel in der „Bunte Liste Zeitung", 17.7.79).

5. Laut Presseberichten kam eine Studie von Sozialsenator Ehlers (SPD) zu der Schlußfolgerung, daß die Hamburger Bürgerschaft rechtlich in der Lage wäre, ein Verbot der Aussperrung – wie es von vielen Gewerkschaftsgremien gefordert wird – zu beschließen. Die BuLi-Abgeordnetinnen nahmen dies zum Anlaß eines Antrages: *„Die Bezirksversammlung Eimsbüttel fordert die Hamburger Bürgerschaft auf, die Aussperrung im Land Hamburg zu verbieten ..."*. Nur e i n Mitglied der SPD-Fraktion unterstützte den Antrag, der somit niedergestimmt war. Begründung der SPD: Der Antrag gehöre nicht in die Bezirksversammlung ... (Artikel in der „Bunte Liste Zeitung", 17.7.79).

6. Offensichtlich zu „linken" Pro-



Thomas Langer: „ ... eventuell realisierbare, gemeinsame Initiativen mit der Sozialdemokratie ..."

Thomas Langer: „ ... eventuell realisierbare, gemeinsame Initiativen mit der Sozialdemokratie ..."

filierungszwecken wurde von der SPD im Eimsbüttler Bezirksparlament ein Antrag gestellt, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu berücksichtigen, *„inwieweit die Firmen berechtigten Arbeitnehmerinteressen Rechnung tragen“*. Kriterien dafür sollten sein: Die Existenz eines Betriebsrates (soweit gesetzlich vorgesehen); Lohngleichheit für Frauen; Einhaltung von Arbeitnehmerrechten und Schutzvorschriften; Beschäftigung von Schwerbehinderten in der gesetzlich vorgeschriebenen Anzahl. Um diesen von CDU und FDP scharf abgelehnten Antrag durchzubekommen, war die SPD aufgrund der Mehrheitsverhältnisse auf eine BuLi-Stimme angewiesen. Also scheinbar ideale Bedingungen, um mit der SPD Vorteilhaftes auszuhandeln, könnte man meinen. Die BuLi-Abgeordnetinnen waren denn auch gutwillig bereit, dem SPD-Antrag zuzustimmen – sofern eine eindeutige Schwachstelle des Antrags abgeändert würde: Der SPD-Antrag sah nämlich vor, die Einhaltung der genannten Kriterien durch die Betriebsräte überprüfen zu lassen. Die BuLi machte darauf aufmerksam, daß dies schon durch das Betriebsverfassungsgesetz problematisch sei, das bekanntlich die Betriebsräte aufs „Betriebswohl“, Wahrung des „Betriebsfriedens“ u.ä. verpflichtet. Die BuLi-Abgeordnetinnen schlugen deshalb alternativ vor, die Einhaltung der Kriterien *„durch die Gewerkschaften und ihre Gremien“* prüfen zu lassen. (Dies ist übrigens auch gegenüber der von Langer/Link einfach beweislos unterstellten „Gewerkschaftsfeindlichkeit“ der alten Bunten Liste interessant.) Es gab Verhandlungen zwischen SPD und BuLi hin und her, die damit endeten, daß die SPD eine Änderung ihres Antrages ablehnte. Und dann passierte etwas „Überraschendes“: Mit 20 zu 19 Stimmen wurde der SPD-Antrag doch noch von der Bezirksversammlung angenommen, weil gerade im entscheidenden Moment ein CDU-Abgeordneter nicht zur Stelle war. Auch das Ende der Geschichte war kurios: Der Bezirksamtsleiter und sämtliche zuständigen Senatsbehörden bestritten die Zuständigkeit der Bezirksversammlung für diesen Antrag, so daß die Sache schließlich auf diese Weise begraben werden konnte (Artikel von J. Reents in der „Bunte Liste Zeitung“, September 79).

Nicht ohne Grund kam J. Reents (heute Leitungsmitglied der Gruppe Z und Redaktionsmitglied der „Modernen Zeiten“) damals noch zu der Schlußfolgerung: **„Die BUNTE LISTE verdirbt der SPD das Geschäft, sich weiterhin als fortschrittlichste Fraktion für die Eimsbüttler Bürger verkaufen zu können. Das produziert bei der SPD zeitweise Überlegungen, ihre senatstreue Politik durch ‚linke' Profilierungsversuche aufzuwerten“.** Die Vorgänge um den eben dargestellten SPD-Antrag würden aber zeigen, **„daß sie dabei auch in der Profilierungssucht stecken bleibt und sich nicht zu wirklich linker Politik durchringt“.** (ebenda)

Hätten Langer/Link sich mit solchen praktischen Erfahrungen auseinandergesetzt (wofür R. Link als Fraktionssekretär einmalig kompetent wäre), so könnte es zumindest mehr Klarheit darüber geben, wie sich die beiden zukünftig eine erfolgreiche Kooperation mit der SPD vorstellen. **Immerhin zeigen ja die bisherigen Erfahrungen, daß in Eimsbüttel Kooperation mit der SPD nicht einmal dort möglich war, wo sich die BuLi-Vorschläge durchaus im traditionellen Spielraum sozialdemokratischer Reformpolitik bewegten. Und dies, wie gesagt, mit einer bezirklichen SPD, die als relativ weit links stehend gilt, die z.B. Klose voll unterstützt und die auch unter ihren Bezirksparlamentariern ausgesprochene Linke hat. Langer/Link unterlassen bewußt den konkreten Nachweis, wo in der bisherigen SPD-Politik Spielraum für Zusammenarbeit und gemeinsame Initiativen mit der BuLi hätte stecken können. Das wäre zweifellos ein sehr interessanter Gesichtspunkt, den eine sozialistische Kommunalpolitik nicht versäumen sollte. Das Fehlen solcher konkreten Nachweise bei Langer/Link deutet aber eher darauf hin, daß Kooperationsmöglichkeiten durch stärkere Anpassung an die real existierende SPD-Politik produziert werden sollen.

Daß eine solche Deutung sehr nahe liegt, sei an zwei anderen Beispielen aus der Praxis der BuLi-Parlamentsfraktion Eimsbüttel demonstriert:

1. Ein Mitglied der Parlamentsfraktion stimmte in seinem Ausschuß mit den Vertretern von CDU, SPD und FDP für die Schließung des „Cafe Adler“, einer etwas zwielichtigen Schickeria-Kneipe, in der angeblich Rauschgift gedealt wurde. Erwähnenswert ist, daß der Laden Uschi Obermeyer (APO-Veteranen wohlbekannt) und ihrem Freund gehörte; das „Cafe Adler“ hatte die BuLi in ihrem Bürgerschaftswahlkampf 1978 unterstützt und auch (u.a.?) dem Kinderhaus in der Heinrichstraße Hilfen angeboten. Betrieben worden war der Antrag zur Schließung des Ladens von der CDU, die aus der Position konservativer Moral und reaktionärer Ideologie heraus argumentierte. Das Abstimmungsverhalten des BuLi-Ausschußmitgliedes war zuvor nirgendwo diskutiert worden und wurde schließlich überhaupt nur deshalb ein bißchen bekannt, weil ein Lokalredakteur den Vorfall (BuLi stimmt mit den etablierten Parteien) witzig genug für eine Pressemeldung fand. Es folgte eine interne Kritik an dem Abstimmungsverhalten – und eine Vertuschung des nunmehr als peinlich empfundenen Vorgangs.

Ob im „Cafe Adler“ – wie z.T. behauptet – harte Drogen gedealt wurden und ob die Schließung des Ladens im Sinne progressiver Drogen-Politik einen Zweck erfüllte, sei hier dahingestellt. Selbst wenn man dies als gegeben annehmen will, bleibt die Frage nach dem politischen Nutzen einer Stimmabgabe gemeinsam mit etablierten Parteien, die erklärtermaßen völlig andere Zwecke verfolgen. Denn man wird bei voller Würdigung ‚bürgerlicher' Drogenpolitik wohl doch zur Schlußfolgerung kommen müssen, daß die Schließung des Ladens kein kleiner „Schritt in die richtige Richtung“ war, sondern ein Schritt im Gesamtrahmen eines schädlichen Konzepts.

2. In der Bezirksversammlung stimmten die BuLi-Abgeordnetinnen einem SPD-Antrag zu, der für ein Gebiet beiderseits einer Eimsbüttler Straße in Eimsbüttel-Nord eine „Stadterneuerung in kleinen Schritten“ forderte. Hieran wurde nachträglich von der Mieterinitiative Eimsbüttel Kritik geübt, indem auf fragwürdige Begründungszusammenhänge und negative Auswirkungen des Beschlusses hingewiesen wurde. Diese Kritik wurde von den Abgeordnetinnen akzeptiert – wenn auch gleich als Beschwerde an die Mieterinitiative zurückgegeben, daß diese sich gefälligst mehr um die Parlamentspolitik kümmern solle.

Unabhängig von dieser Selbstkritik, die sich bloß auf den Einzelfall bezieht, scheint es mir generell fragwürdig, pauschal Sanierungskonzepten der SPD zuzustimmen, die aufgrund der herrschenden Verhältnisse erfahrungsgemäß immer zu Lasten der Bevölkerung gehen werden. Die Frage läßt sich so zuspitzen: Sollen alternative Abgeordnete allen SPD-Anträgen zustimmen, die halbwegs „anständig“ aussehen? Oder sollen sie nur in genau begründeten Einzelfällen (wenn sie selbst in Diskussionsprozesse mit der SPD einbezogen wurden, wenn positive Voten seitens der Mieterinitiativen u.ä. vorliegen) zustimmen? **Der Drang zu demonstrativer Konstruktivität und überzogener Kooperationsbereitschaft verführt offensichtlich zur ersten dieser beiden Handlungslinien.**

Das Problem der „Gegenentwürfe“

Langer/Link sehen in der Erarbeitung von „Gegenentwürfen“ zu allen relevanten Sektoren einen Schwerpunkt für grün-alternative Parlamentspolitik. Diesen Schwerpunkt stellen sie ausdrücklich gegen eine bisher praktizierte Politik „reiner Forderungskataloge“, die sich um die konkrete Realisierbarkeit nicht gekümmert habe. In der Konsequenz droht diese Gegenüberstellung darauf hinauszulaufen, eine sogenannte konstruktive Realpolitik des Machbaren gegen „unrealistische Maximalforderungen“ auszuspielen.

Bei Alternativ-Entwürfen (z.B. zur Energiepolitik, zur Verkehrsplanung etc.) besteht immer dasselbe Problem:

– Entweder handelt es sich um „konkrete Utopien“, also um Entwürfe, die eine radikal umgewandelte Gesellschaft voraussetzen, also aktuell nicht realisierbar sind.

– Oder es handelt sich um Reform-Projekte, die sich mit den real existierenden Verhältnissen einzurichten haben. Das führt dann leicht dazu, daß die „konkrete Utopie“ auf der Strecke bleibt.

Ein praktisches Beispiel, das von Langer/Link selbst erwähnt wird, soll dieses Dilemma veranschaulichen: *„Die geplante Verkehrsberuhigung einer Eimsbütteler Straße wurde von einer Bürgerinitiative von Anwohnern unterstützt sowie verschiedene Modifizierungen gefordert. Der absehbare Effekt dieser Maßnahme bestand in der größeren Verkehrsbelastung einer Parallelstraße, wogegen sich ein Zusammenschluß dortiger Anwohner bildete. Auch hier steht man ohne ein halbwegs plausibles Konzept der Stadtplanung, Verkehrsplanung, konkreter Vorschläge zur Föderung des öffentlichen Nahverkehrs recht hilflos zwischen den Fronten ...“*

Langer/Link führen dieses Beispiel an, um zu beweisen, **„wie wenig bisweilen damit gedient ist, sich ausschließlich auf die Anliegen aktiver Bürgerinitiativen zu stützen“** – im Sinne ihrer These, daß sich grün-alternative Politik in erster Linie auf Spezialisten und Profis stützen müsse. Leider unterschlagen sie dabei völlig, wie sich die BuLi-Parlamentsfraktion Eimsbüttel gegenüber dem skizzierten Dilemma verhalten hat. Das sei hier nachgeholt: Die Parlamentsfraktion machte sich in der ersten Phase sehr stark für eine erhebliche ‚Verkehrsberuhigung' der ersten Straße (Belle-alliance-Str.), ohne sich um den in der Tat „absehbarer Effekt“ (Mehrbelastung anderer Straßen) überhaupt sichtbar Gedanken zu machen. In der zweiten Phase widersprach sie dann auch den Plänen zum Ausbau der Parallelstraße (Altonaer Straße).

Schlecht argumentiert und schlecht gerechnet

Als Fazit ihres Artikels schreiben Langer/Link: **„Insgesamt hat unsere Parlamentsarbeit wohl das Ansehen alternativer Politik verbreitert; als Fingerzeig hierfür bewerten wir die Tatsache, daß wir** (gemeint sind die Eimsbüttler Grünen – Anm. AK) **bei den Bundestagswahlen im Rahmen der 'Grünen' unter die fünf erfolgreichsten Wahlkreise bundesweit gelangen konnten“.** (Der flotte Umgang mit den Wörtchen „unser“ und „wir“ in diesem Satz ist eine eigene Geschichte.)

Man ist in der Hamburger Linken mittlerweile daran gewöhnt, daß die Gruppe Z bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit dem „relativ guten“ Abschneiden der Hamburger Grünen bei der Bundestagswahl 1980 argumentiert. Herhalten muß dieses Argument z.B. auch für den Führungsanspruch, den die Gruppe Z im Namen der Grünen gegenüber dem Rest der 'alternativen Wahlbewegung' in Hamburg erhebt. Wer derart geschäftstüchtig Wählerstimmen in Zustimmung für seine gesamte Politik oder gar für seine diversen Führungsansprüche umzumünzen versucht, muß allerdings auch damit rechnen, daß er seine eigene Wählbarkeit reduziert. Denn jeder aufmerksame Beobachter wird es sich gründlich überlegen, ob er für Leute votieren soll, die aus seiner Stimme ein von ihm überhaupt nicht gewolltes politisches Kapital zu schlagen versuchen.

Langer/Link argumentieren aber nicht bloß schlecht, sondern sie rechnen anscheinend auch nicht besonders gut. Das „relativ gute“ Abschneiden der Hamburger Grünen war in Wirklichkeit ein relativ schlechtes Abschneiden, wenn man es an den Ergebnissen der Bunten Liste von 1978 mißt. **Die Grünen bekamen 1980 2,3 % der Stimmen, gegenüber 3,5 Prozent der Bunten Liste 1978. Absolut gerechnet ein Verlust von 8000 Stimmen. In die Rechnung einbezogen werden muß außerdem, daß 1978 neben der BuLi noch eine rechtsgrüne GLU kandidiert hatte; sie war auf 1,0 % und 10.000 Stimmen gekommen.** Diese Kräfte waren bei der Bundestagswahl 1980 weitestgehend in die Grüne Partei integriert.

Es ist zwar eine bekannte Tatsache, daß die kleineren 'Protestparteien' bei Kommunalwahlen mit mehr Stimmen rechnen können als bei Bundestagswahlen. Andererseits kandidierten BuLi (und GLU) 1978 aber aus dem Stand, während 1980 die „grüne Idee“ schon bundesweite Popularität und erste sichbare Wahlerfolge gewonnen hatte. Jedenfalls wird man den Verlust von rund 18.000 Stimmen gegenüber dem 1978er Ergebnis von BuLi und GLU nicht gerade als großartigen Wahlerfolg der Hamburger Grünen und der Gruppe Z abfeiern können.

Oder gab es vielleicht im Bezirk Eimsbüttel einen hiervon abweichenden Trend? Durchaus nicht! Zwar lagen hier die Grünen mit 3,0 % deutlich über dem Hamburger Durchschnitt. Sie schnitten aber ebenso deutlich schlechter ab als die BuLi 1978 (4,9 % zur Bürgerschaftswahl) – in aboluten Zahlen ein Minus von 1900 Stimmen. Zudem hatte die GLU in Eimsbüttel 1978 weitere 1,1 % (1500 Stimmen).

Eine Differenzierung der Wahlergebnisse nach Ortsteilen des Bezirks Eimsbüttel ergibt folgendes Bild:

– Das Minus der Grünen gegenüber BuLi/GLU war im Ortsteil Eimsbüttel relativ gering. Hier kamen die Grünen immerhin auf 4,6 Prozent, während die BuLi 1978 dort 7,0 % hatte und die GLU 0,7 %.

– Die Verluste der Grünen waren überdurchschnittlich stark im Ortsteil Rotherbaum (Uni-Viertel), wo die BuLi 1978 ihre Spitzenergebnisse erzielt hatte. Hier kamen die Grünen „nur“ noch auf 5,8 %, während die BuLi 11,6 % gehabt hatte und die GLU weitere 1,3%.

– Auffallend schlecht ist die Bilanz der Grünen in den vorwiegend neubau-besiedelten Ortsteilen Eimsbüttels, in denen schon die BuLi 1978 unterdurchschnittliche Ergebnisse hatte. So kamen die Grünen nur auf 2,1 % in Lokstedt (BuLi 3,7 %, GLU 0,9 %); 1,7 % in Eidelstedt (BuLi 2,7; GLU 0,9); Stellingen 1,9 % (BuLi 2,8; GLU 1,2); Niendorf 1,9 % (BuLi 2,9; GLU 1,8).

Für Selbstbeweihräucherungen und Feierstunden auf die Attraktivität der Parlamentsarbeit in Eimsbüttel geben diese Zahlenvergleiche jedenfalls absolut nichts her. Aber in der „Z“-Chefetage hat man für diese Dinge offenbar eine ganz eigene Optik: Während Langer/Link das Bundestagswahlergebnis der Hamburger Grünen abfeiern, mögen sie auf das (deutlich bessere!) Wahlergebnis der Bunten Liste von 1978 nur gönnerhaft herabblicken: Es lasse **„Schlüsse zu auf eine gesamtgesellschaftliche Isoliertheit“** der BuLi. Gewiß, aber was soll man dann erst von den Ergebnissen der Grünen sagen ?! ...

Welche andere Handlungslinie wäre für alternative Parlamentarier in diesem Fall möglich gewesen? Da als gegeben vorausgesetzt werden muß, daß eine bestimmte Zahl von Autos durch die Straßen zu schleusen ist, steht aktuell nur die Verteilung dieses Stroms auf die vorhandenen Straßen zur Diskussion – wobei Lösungen zugunsten einer Straße in der Regel zu Lasten einer anderen Straße gehen dürften. Das ist im Rahmen bezirklicher Parlamentspolitik kaum anders zu machen. Linke Gegen-Entwürfe müßten sich zumindest auf die Stadt-Politik als Ganzes beziehen. Dabei wäre dann auch noch zu erwägen, daß eine Reduzierung des Auto-Verkehrs nicht bloß von einer Verbesserung (und Verbilligung) öffentlicher Verkehrsmittel abhängt, sondern auch von einer Reihe weiterer, komplizierter Faktoren. Um dies alles aufzubrechen, bedarf es gesellschaftlicher Veränderungen, die über eine Reform der öffentlichen Verkehrsmittel erheblich hinausgehen müßten.

Solche Pläne umfassend zu erarbeiten, mag irgendwann sogar konkreten politischen Nutzen bringen. Nur vermögen sie leider heute keine zufriedenstellende Antwort auf das gerade praktisch anstehende und zu entscheidende Problem (Anliegen der Einwohner der „Belle“ und der Altonaer Straße) zu geben. Mit solchen Plänen wird man nicht einmal die etablierten Bezirksparlamentarier in Verlegenheit bringen, die auf den engen Rahmen ihrer Möglichkeiten und die sich daraus ergebenden „Sachzwänge“ hinweisen können.

An diesem Punkt ergibt sich die Versuchung, nicht „dogmatisch“ auf den Positionen der (in die fernere Zukunft weisenden) „konkreten Utopien“ zu verharren, sondern sich konstruktiv und realpolitisch an der Suche nach Lösungs-Möglichkeiten zu beteiligen, die bei Aufrechterhaltung aller sonstigen Verhältnisse das kleinere Übel sein könnten oder mindestens zu sein scheinen. Die Schranken solcher Möglichkeiten werden von den realen Machtverhältnissen, von den Behörden etc. gesetzt. Es wäre eine Illusion, bei solchen Wühlereien im Gestrüpp des Machbaren wesentlich mehr durchsetzen zu wollen, als es auch fleißige und gutwillige linke SPDler erreichen könnten.

Ein weitere Beispiel aus der Praxis für das Dilemma konstruktiver Realpolitik: Die beiden BuLi-Abgeordnetinnen stellten am 28.6.79 in der Eimsbüttler Bezirksversammlung einen Antrag, „unverzüglich“ die 27,5 Planstellen zu besetzen, die damals im Bezirksamt unbesetzt waren. Dies wurde als „unerläßlicher“ Beitrag gegen die „anhaltende Arbeitslosigkeit“ bezeichnet („Bunte Liste Zeitung“, 17.7.79, S. 3). Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP abgelehnt.

Verbissene „Antistaatlichkeit“ im Sinne traditioneller sozialistischer Politik wird man diesem Antrag der BuLi-Parlamentsfraktion jedenfalls nicht vorwerfen dürfen. Er mutet im Gegenteil schon höchst „modern“ an: Er stellt sich nicht bloß prinzipiell zur personellen Aufstockung des ‚bürgerlichen' Staatsapparates, sondern er verzichtet zudem auf jeden Ansatz einer Differenzierung innerhalb dieses Apparates. Man hätte ja immerhin zuerst die Frage untersuchen können, um was für freie Planstellen es sich eigentlich handelt – und ob deren Besetzung nicht vielleicht überflüssig oder sogar schädlich wäre (Unbesetzte Planstellen soll es sogar bei der Polizei und in der Innenbehörde geben). Abgesehen von diesem peinlichen Schwachpunkt des Antrages: Sozialisten sind für die Aufhebung des Staates (wohlgemerkt: jedes Staates, nicht bloß des ‚bürgerlichen'!) und somit selbstverständlich nicht für seinen Ausbau. Gerade in dieser Hinsicht könnte die Entwicklung einer „konkreten Utopie“ durchaus sinnvoll sein – nämlich aufzuzeigen, wie eine Gesellschaft in völlig anderer Weise, ohne ein Riesenheer von Staatsbeamten, funktionieren könnte.

Das bedeutet andererseits aber nicht, daß es im Interesse linker Politik liegen würde, „Spar“pläne der regierenden Parteien am Beamten-Apparat zu unterstützen oder solche „Spar“pläne gar selbst zu entwerfen, wie es die Rechtsgrünen um Olaf Dinné in Bremen getan haben. Linke Politik gerät in Teufels Küche, wenn sie sich zu solchen Problemen der Herrschenden um jeden Preis irgendwie „konstruktiv“ verhalten möchte, statt einzusehen, daß sozialistische Politik gegenüber Problemen der Herrschenden und ihres Staates destruktiv sein muß. (Die Sparpläne der Herrschenden z.B. an den Ausgaben für den Staatsapparat dienen der Finanzierung einer forcierten Expansions- und Kriegspolitik).–

Die Suche nach „konstruktiven“ und „realitätstüchtigen“ Gegen-Entwürfen wird schließlich dort am offensichtlichsten problematisch, wo sie sich auf Planspiele über eine andere Funktionsweise (nicht etwa Aufhebung!) des ‚bürgerlichen' Gewalt- und Unterdrückungsapparates einläßt. Beispielhaft dafür sind die diversen Konzepte einer sogenannten „Alternativen Verteidigung“, die konsequenterweise wohl demnächst durch Konzepte einer „Alternativen Polizei-Strategie“ ergänzt werden (Die zukünftigen Begründungen lassen sich mühelos voraussagen: Man müsse das Schutzbedürfnis der Bevölkerung ernst nehmen und dürfe es nicht den Herrschenden überlassen).

Tolerierungs-Koalition mit der SPD?

„Keine Koalition mit den etablierten Parteien“ einzugehen, war anfangs ein zentrales und kaum bestrittenes Essential bunter, alternativer und grüner Listen. So pauschal und undifferenziert-allgemeingültig, wie dieses Essential weithin aufgefaßt wurde, könnte man auch von einem Dogma reden. Anscheinend wirkte die Berührungsangst vor der noch unbekannten Sphäre des ‚bürgerlichen' Parlaments so stark, daß sie zumindest des feierlichen Eids auf Enthaltsamkeit gegenüber den etablierten Parteien bedurfte. Immerhin läßt sich mit diesem Dogma ganz gut leben, solange man in den Parlamenten ohnehin viel zu schwach ist, um wirklich Einfluß auszuüben.

Inzwischen ist das Prinzip erstmals praktisch gebrochen worden – in Marburg und Kassel, wo die Grünen der SPD/FDP zur Regierungsfähigkeit verhelfen. Daß es sich da-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorh. S.

bei nicht um Koalitionen handele, wird von allen Beteiligten sorgfältig betont. So wenig sich die Grünen heute schon eine ausdrückliche Koalition mit den Regierungsparteien leisten können, so wenig kann sich andererseits die SPD derzeit eine erklärte Koalition mit den Grünen leisten. Tatsächlich unterscheiden sich diese örtlichen Regierungsbündnisse von einer „richtigen“ Koalition aber nur dadurch, daß die Grünen auf Regierungsposten verzichten, die ihnen von der SPD/FDP wohl sowieso nicht zugestanden werden würden.

Immerhin deutet sich in diesen bisher nur vereinzelten Bündnissen an, daß die Grüne Partei koalitionsfähig zu werden beginnt. Diese Koalitionsfähigkeit hängt jedoch unmittelbar mit ihrer Bereitschaft zusammen, alle radikalen Zielsetzungen aufzugeben (oder zumindest zu reduzieren und zurückzustellen) und sich in den traditionellen Rahmen ‚bürgerlicher‘ Parteienpolitik einzupassen. Deutlichstes Beispiel dafür ist Marburg, wo der von den Grünen unterstützte SPD-Bürgermeister auch noch die CDU ins Regierungsbündnis ziehen möchte und damit jeden frommen Anschein verhöhnt, als solle hier eine etwas progressive Politik praktiziert werden.

An diesem Punkt rächt es sich, daß die Enthaltsamkeit gegenüber den etablierten Parteien bisher in der Form eines Dogmas gehalten worden war: Es wurden keinerlei Kriterien entwickelt, unter was für Umständen und in was für Formen vielleicht doch Bündnisse im Parlament möglich und „zulässig“ werden könnten.

In Westberlin wurde von Teilen der Alternativen Liste erstmals die Überlegung zur Diskussion gestellt, einen detaillierten Forderungskatalog auszuarbeiten, bei dessen Akzeptierung man einen SPD/FDP-Minderheitssenat „tolerieren“ (dulden, d.h. faktisch durch positive Stimmabgabe oder zumindest Stimmenthaltung unterstützen) könne. Diese Forderungen waren an den Interessen der realen Bewegungen orientiert und dementsprechend weitgehend, wie etwa Amnestie für alle im Zusammenhang mit Hausbesetzungen Angeklagten.

In der AL war diese Überlegung derart umstritten, daß sie vor der Wahl nicht eindeutig entschieden wurde. Auf einer Vollversammlung nach der Wahl blieb sie dann klar in der Minderheit, wozu vielleicht auch der Umstand beitrug, daß mittlerweile Vogel schon das Handtuch geworfen hatte und die Bildung einer Regierungskoalition zwischen CDU und FDP praktisch feststand. Ein „Tolerierungsangebot“ der AL an die SPD wäre also offensichtlich von vornherein sinnlos gewesen.

Abgesehen von diesem konkreten Umstand scheint mir das vorgeschlagene Verfahren (radikaler Forderungskatalog) sinnvoller als das alte Dogma von "keine Koalition". Zwar bestand keine Aussicht, daß die SPD sich auf die Foderungen einlassen würde, aber man hätte mit diesem Verfahren immerhin deutlich machen können, welche konkreten Forderungen der SPD so unannehmbar erscheinen, daß sie es lieber zur Bildung eines CDU-Senats kommen läßt.

Gerade wegen dieser m.E. positiven Seite taugt das in Westberlin vorgeschlagene Verfahren aus der Sicht der „Modernen Sozialisten“ und ihrer „Konstruktiven Realpolitik“ eigentlich gar nicht. Ihr Interesse muß sich vielmehr darauf richten, in voller Würdigung von „positiven sozialdemokratischen Gesetzeswerken und Senatsentscheidungen“ (Langer/Link) tatsächlich zu einem Regierungsbündnis mit der SPD zu kommen. Das setzt aber voraus, daß man den eigenen Forderungskatalog an ein solches Regierungsbündnis von vornherein auf das „Machbare“ begrenzt – statt „maximalistische Forderungen“ aufzustellen, deren Ablehnung durch die SPD voraussehbar ist. In dieser Logik muß die Verwirklichung eines Regierungsbündnisses mit der SPD zum Selbstzweck werden, während die Frage nach dem praktischen Nutzen entweder beiseite geschoben oder bloß „strategisch“ beantwortet wird. Die von Langer/Link hingeworfenen Theorie-Brocken („Einbrüche in bürgerliche Hegemonie und eine Neuordnung der gesellschaftlichen Blöcke“), deren praktisch-konkrete Ausfüllung noch offengelassen ist, deuten in Richtung solcher „strategischer“ Antworten.

Die Hamburger Grünen haben sich in einer – federführend von der Gruppe Z formulierten – Resolution bereits dafür ausgesprochen, der SPD nach den Bürgerschaftswahlen ein „Tolerierungs-Angebot“ zu machen, falls die SPD darauf angewiesen sein sollte. (Das wäre der Fall, wenn die SPD die absolute Mehrheit verfehlt, und wenn die FDP an der 5%-Hürde scheitert.) Diese Spekulation ist kein besonderer „Tick“ der Gruppe Z, sondern wird von anderen maßgeblichen Grünen aktiv mitgetragen.

Teilweise beruhen solche Überlegungen auf der ehrlichen Illusion, man könnte nach der Wahl aus einer Position der Stärke die SPD „zu Zugeständnissen zwingen“, wie es in der Resolution der Hamburger Grünen heißt. Eine solche Sichtweise verkennt sehr naiv die Funktion ‚bürgerlicher‘ Parteien und Parlamente. Parteien und Parlamente agieren im Rahmen der herrschenden Verhältnisse und stellen diesen Rahmen nicht einmal in Frage, geschweige denn, daß sie ihn sprengen könnten. Selbst wenn die SPD es wollte, könnte sie es sich aktuell gar nicht leisten, radikale Forderungen zu akzeptieren, nur um sich damit eine Handvoll grün-alternativer Abgeordnetenstimmen zur Regierungsbildung einzutauschen. Eher würde sich in einem solchen Fall irgendein anderer Weg, vorbei an dem Häuflein der grün-alternativen Abgeordneten, finden lassen. (Leihstimmen von der CDU, Absprachen mit der CDU, Fehlen von CDU-Abgeordneten „wegen Krankheit“ bei entscheidenden Abstimmungen ...). Übrigens wäre die SPD auch innerparteilich zu dem erhofften Polit-Geschäft („Zugeständnisse“) mit den Grün-Alternativen gar nicht in der Lage, weil sie in diesem Fall Schwierigkeiten mit ihren eigenen Abgeordneten vom rechten Flügel hätte, also ihre Mehrheitsfähigkeit in der Bürgerschaft dann von dieser Seite ständig in Frage gestellt wäre. In gewissem Sinn ist die heute existierende SPD bereits selbst eine Koalition unterschiedlicher Interessen, die darauf angewiesen ist, die einzelnen Partner durch „Zugeständnisse“ zusammenzuhalten.

Naive Vorstellungen, eine grüne oder alternative Parlamentsfraktion könne vielleicht als „Zünglein an der Waage“ relevanten politischen Einfluß ausüben, orientieren sich am Bild der FDP. Diese Partei übt in der Tat vielerorts in den Parlamenten eine „Macht“ aus, die über ihr reales Stimmen- und Abgeordneten-Potential weit hinausgeht. Diese „Macht“ der FDP beruht aber nicht bloß auf dem Rechenfaktor parlamentarischer Kräfteverhältnisse und kann von den Alternativen und Grünen überhaupt nicht kopiert werden:

1. Die FDP repräsentiert trotz ihres geringen Wählerpotential gewichtige Tendenzen und Interessen innerhalb der herrschenden Bourgeoisie. (Aus demselben Grund haben in Italien die ‚Republikaner‘ soviel Gewicht, daß sie derzeit den Ministerpräsidenten stellen, obwohl sie hierzulande schon an der 5%-Hürde gescheitert wären).
2. Die FDP operiert aus der Position einer flexiblen Kraft zwischen den beiden ‚bürgerlichen‘ Hauptparteien und kann (theoretisch) in jedem Moment das ohnehin extrem labile Kräfteverhältnis im Bundestag und anderen Parlamenten entscheiden. – Ganz im Gegensatz dazu stehen alternative und grüne Abgeordnete in der Rolle einer extremen Opposition gegen alle anderen Parteien. Mit einem Überwechseln zur CDU zu drohen, verbietet sich für sie selbstverständlich.

Die „Macht“ der FDP beruht auf einer sehr weitgehenden Interessen-Identität mit großen Teilen der SPD und der CDU/CSU. Für alternative und grüne Abgeordnete hingegen besteht eine solche Interessen-Identität bestenfalls gegenüber dem linken Flügel der SPD. (Freilich hat die BuLi-Parlamentsfraktion in Eimsbüttel in einigen wenigen Fällen mit CDU und FDP gegen die SPD gestimmt, aber es wäre noch zu untersuchen, ob das wirklich zweckmäßig war und welche Interessen beim Zustandekommen solcher Momentsbündnisse Pate gestanden haben).

Aus den genannten Erfahrungen und Faktoren ergibt sich, daß es heute illusorisch wäre, von einem „Tolerierungs-Angebot“ an die SPD mehr zu erhoffen als eine Unterordnung unter deren Politik, bei ein bißchen Kosmetik im Detail. (Daß sie ihre grün-alternativen Bündnispartner nicht mit total leeren Händen vor ihrer Basis stehenlassen kann, ist der SPD natürlich klar). Wer heute davon spricht, unter den real existierenden Verhältnissen von der SPD parlamentarische „Zugeständnisse“ zu „erzwingen“, ist entweder naiv – oder er will sein Publikum täuschen.

Anders könnten sich die Dinge vielleicht entwickeln, wenn die parlamentarische Stärke der Alternativen/Grünen deutlich größer wäre und wenn der sich abzeichnende Differenzierungsprozeß in der SPD (und FDP?) erheblich weiter vorangeschritten wäre. **Wenn also, anders gesagt, eine erhebliche Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links erreicht wäre.** Soweit ist es aber noch keineswegs – und die Überlegungen über Regierungspakete mit der SPD drohen heute erst einmal zum Spielfeld cleverer Politikaster zu werden, die auf dem grün-alternativen Umweg zu einer ‚bürgerlichen‘ Karriere kommen möchten.

Kt., Hamburg

Kontroversen um die Anti-Haig-Demo und die Bärendienste eines ‚taz‘-Redakteurs

Nach dem 13.9. waren sich weite Teile der Westberliner Friedensbewegung und der linken Öffentlichkeit darin einig: Der eindrucksvolle Massenprotest gegen den Haig-Besuch war ein gemeinsamer Erfolg aller aktiven Kriegsgegner der Stadt. Zum erstenmal war es zu einem gemeinsamen Aufruf und einer gemeinsamen Aktion der im Informationskreis Frieden (Koordination) zusammengeschlossenen Organisationen und Friedensinitiativen und der autonomen Gruppen gekommen.

Zuvor mußten freilich langwierige Verhandlungen und Auseinandersetzungen durchgestanden werden. Die Schwierigkeiten begannen damit, daß die autonomen Gruppen an der ursprünglichen Planung des Informationskreises Frieden nicht beteiligt gewesen waren; zu diesem Zeitpunkt hatte es nicht einmal einen Kontakt untereinander gegeben. Von parallelen Planungen in der autonomen Szene hatten die in der Friedenskoordination zusammengeschlossenen Gruppen erst durch ein am 1.9. verteiltes Flugblatt erfahren.

Bevor man sich am 10.9. schließlich auf eine gemeinsame Demonstration, Demonstrationsroute und -leitung einigen konnte (vgl. AK 208, S. 20), hatte es auf verschiedenen gemeinsamen Vorbereitungstreffen von Autonomen und Friedenskoordination Streit um den Charakter der Demonstration – friedliche Massendemo durch die City oder Protestaktionen vor den von starkem Polizeiaufgebot abgeschirmten Auftrittsorten Haigs – und die Demonstrationsroute gegeben.

Erschwert wurden die Verhandlungen durch die Berichterstattung der „taz“. Wie in den bürgerlichen Medien wurden auch in der „taz“ die geplante Demonstration penetrant als „Juso-Projekt“ gehandelt. Mochten sich die bürgerlichen Medien ausgerechnet haben, die Jusos und den linken sozialdemokratischen Flügel der Friedensbewegung auf diesem Wege doch noch aus dem Demonstrationsbündnis herauszubrechen, übernahm es die „taz“, ihrer linken Leserschaft die Demo als sozialdemokratisch dominiertes Projekt verdächtig zu machen. Eine besonders unrühmliche Rolle spielte der „taz“-Redakteur Johann Legner, der ab dem 8.9. die Berichterstattung über die Anti-Haig-Demo für den Berlin-Teil übernahm.

Seinen Einstand gab Legner mit dem großaufgemachten Artikel *„Kontroversen um die Anti-Haig-Demo – Sieg im Volkspark?“*. Unter Bezugnahme auf ein Gespräch des Westberliner SPD-Landesvorsitzenden Glotz mit den Jusos am 4.9. über das Thema Anti-Haig-Demo heißt es: *„Auch die Jusos haben sich zu Konzessionen bereit erklärt: ... Die Demonstrationsroute wird jetzt aus der Innenstadt hinausverlegt. Sie soll vom Olivaer Platz bis zum Endpunkt am Volkspark Wilmersdorf gehen... Die ursprüngliche Absicht der Jusos, die äh, Massen über den Breitscheitplatz* (an der Gedächtniskirche – Anm. AK) *zu führen, wurde fallengelassen“*. Eine passende Interpretation lieferte Legner gleich mit: Die Route sei auf Wunsch der Jusos geändert worden, damit *„der ungebetene Gast aus Übersee von dem Protest gegen seine Anwesenheit in der Stadt und gegen die Aufrüstungspolitik der Reagan-Regierung nichts zu Gesicht bekomme. Während Haig in einem Hotel in der Rankestraße seine neuesten Einschätzungen der Weltlage und der Rolle Berlins als ‚Vorposten der freien Welt‘ zum besten geben wird, sollen die Demonstranten friedlich und wohlgeordnet in Richtung Wilmersdorf ziehen. Die am Wochenende bekanntgewordene Änderung der Demoroute (ursprünglich sollte die Demo ganz in der Nähe von Haigs Auftrittsort vorbeiziehen) ist bei einem guten Teil der bisherigen Unterstützer auf wenig Gegenliebe gestoßen“.*

Richtig daran ist nur soviel, daß die ursprünglich geplante Demo-Route (vom Olivaer Platz zu einer Zwischenkundgebung an der Gedächtniskirche und von dort zum Volkspark Wilmersdorf) geändert worden war – allerdings nicht von den Jusos, nicht nach dem oder gar als Ergebnis des Juso-Plausches mit Glotz, und ganz gewiß nicht, weil eine Route „in der Nähe von Haigs Auftrittsort“ vermieden werden sollte. Beschlossen wurde die veränderte Demo-Route – **übrigens auf Antrag der Alternativen Liste** – von allen Trägern der Demo (mit Ausnahme der Autonomen, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht an der Planung beteiligt waren) am 2.9., also zwei Tage bevor Glotz die Jusos in die Mangel nahm, und mehrere Tage bevor der linken Szene der Aufenthaltsort Haigs überhaupt bekannt war. Der Grund für eine Abkürzung der Route war sehr viel weniger dramatisch, als Legner behauptete: Die ursprünglich geplante Route wurde von vielen für zu lang gehalten, und der Breitscheidplatz kam für eine Abschlußkundgebung nicht in Betracht, weil er z.Z. zu einem erheblichen Teil Baustelle ist.



Jedoch, auch ein Alternativ-Reporter braucht zuweilen Schlagzeilen. Und wenn schon nicht authentischeres, so ließ sich doch sensationelleres Material aus einer anderen Quelle schöpfen. Wie einer Meldung des „Tagesspiegel“ vom 8.9. zu entnehmen, hatte Glotz die Änderung der Demo-Route als Ergebnis seines Gesprächs mit den Jusos am 4.9. ausgegeben. War es da nicht Johann Legners journalistische Pflicht, diese von **interessierter Seite lancierte Falschmeldung** der Scene als heiße Enthüllung anzudienen?

Dank seines guten Gespürs für Effekt war auch der Zeitpunkt geschickt gewählt: Just zu dem Zeitpunkt, wo die Autonomen und der Koordinationskreis der Berliner Friedensgruppen über eine gemeinsame neue Demonstrations-Route verhandelten, in dem Augenblick, als gerade bekannt geworden war, daß sich Haig in einem Hotel in der Ranke-Straße, nahe der Gedächtniskirche, aufhalten würde, fragte sich so mancher Autonomer nach der Lektüre der neuesten Enthüllungen aus Legners heißem Blatt mißtrauisch, ob er nicht doch von den Jusos gelinkt werden sollte...

Direkte Empfehlungen, welche Konsequenzen die Autonomen aus diesen Enthüllungen ziehen sollten, kann und will Legner aus seiner Redaktionsstube natürlich nicht geben, das wäre wirklich schlechter alternativ-journalistischer Stil.

Das Ohr immer an der Basis, servierte Legner lieber die neuesten Kreuzberger Scheißhausparolen: *„Möglich sei derzeit vieles. Ein Verbot der Demo oder ein Rückzieher der Jusos könne auch nicht ausgeschlossen werden“*. Und: *„Unabhängig von der sozialdemokratischen Jugendorganisation müsse man sich eben selbst was einfallen lassen“.*

Noch nachdem die Autonomen und die Koordination der Berliner Friedensgruppen sich am 9.9. (Dienstag) nach mühseligen Verhandlungen (für Legner: *„vierstündiges Palaver um Demo-Route“*) auf eine gemeinsame Route geeinigt hatten, setzte Legner seinen Mißtrauen schürenden Stil der Berichterstattung fort. Anlaß seiner Betrachtungen: Die gemeinsam beschlossene Demo durch die City zum Winterfeldplatz war von Polizeipräsident Hübner in dem beantragten Verlauf nicht genehmigt, stattdessen ein Alternativvorschlag unterbreitet worden. Legner in der „TAZ“ vom 10.9.: *„Daß die erneuten Verhandlungen am Mittwochmorgen zwischen Jusos, Judos, AL und dem Polizeipräsidenten das alte Mißtrauen wieder aufbrechen ließen, zeigt allerdings, wie brüchig der Kompromiß vom Dienstagabend war. Allzuschnell haben sich, so die Kritik, die Organisationen, die bei Hübner waren, von der Kompromißroute abbringen lassen und einer ganz neuen Route zugestimmt“.*

Tags darauf muß Legner korrigieren: *„Nicht wie von uns irrtümlich gemeldet schon am Mittwoch, sondern erst am nächsten Morgen haben Jusos und Judos die Demo bei der Polizei angemeldet. Nach nochmaligen Diskussionen zwischen mehreren Gruppen im Delegiertenrat der AL hat man sich darauf geeinigt, vom Olivaer Platz über den Savignyplatz, die nördliche Schnalle an der Gedächtniskirche zum Winterfeldplatz zu gehen. Wesentliche Forderungen der bisherigen Kritiker sind damit erfüllt: Die Demo geht so nahe wie möglich zum Aufenthaltsort Haigs, und sie endet am Winterfeldplatz“* („TAZ“, 11.9.).

Daß die Demonstrations-Route aufgrund der Kritik insbesondere aus Reihen der autonomen Gruppen nochmals geändert wurde, war zweifellos eine wichtige Voraussetzung für das breite Bündnis am 13.9. Daß dieses Bündnis zustande kam, war allerdings nicht das Verdienst einer Berichterstattung im Stile Legners, eher schon kam es trotz dieses Bärendienstes zustande.

Diese Berichterstattung ist im übrigen am 9.9., anläßlich einer von der „TAZ“ organisierten Diskussionsrunde über die „Gretchenfrage Gewalt“, heftig kritisiert worden. Das Gespräch wurde in der „TAZ“ vom 11.9. veröffentlicht, die kritischen Beiträge gegen den hauseigenen Journalismus wurden allerdings schamhaft ausgespart. Immerhin schlägt sich die Kritik in indirekter Form in einem begleitenden Kommentar des „TAZ“-Redakteurs Klaus Hartung nieder, der sich die Kritik bereits während der Diskussion zu eigen gemacht hatte: *„In dem Gespräch, zu dem die taz am Mittwochabend Hausbesetzer, Friedensfrauen, Vertreter der FDP, der SPD, der AL anläßlich der Vorbereitung der Haig-Demonstration eingeladen hatte, wurde insbesondere auch die Berichterstattung der taz kritisiert: Sie habe mit einer gewissen Süffisanz die Jusos als tendenzielle Umfaller dargestellt. Die Routenplanung sei dargestellt worden als Anpassung an die Pressionen des SPD-Landesvorstands. Der Vorwurf gegen die taz ist berechtigt. Tatsächlich ist genußvoll – mit der Koketterie intimer Informiertheit – das Fraktionshickhack in den Vordergrund gestellt worden (vergl. Überschrift: ‚Pokern um die Route‘)“.*

J., Westberlin

Diskussionsbeitrag zum Aufruf der Russel-Peace-Foundation für ein atomwaffenfreies Europa

Im AK 205 wird im Artikel zum Russell-Aufruf den Gruppen, die in der BRD als Vertreter der Russell-Foundation auftreten, der Vorwurf gemacht, daß sie eine eigenwillige Interpretation des Aufrufs vornähmen und damit eine Ausgrenzungs- und Spaltungspolitik gegenüber der DKP betreiben. Diese Kritik ist sicherlich angebracht. „ ... *den Mächten des Ostblocks einen realen Preis abverlangen: die Öffnung Osteuropas ...*" – das ist z.B. eine Forderung, die nicht im Aufruf zu finden ist. Vollkommen abwegig äußert sich erst recht der KBW, der die „*militärische Verteidigung des blockfreien Europas gegen die Supermächte*" fordert. (Auf die weiteren eigenmächtigen Interpretationen wie „alternative Verteidigung" und „Gewaltfreiheit" soll hier nicht eingegangen werden.)

Es ergibt sich aber die Frage, ob die im AK-Artikel so positiv hervorgehobene „Ausgewogenheit" des Aufrufs bezüglich Ost und West nicht für solche Interpretationen offen ist. Und ob nicht die im Artikel nur kurz benannte Schwäche des Aufrufs selbst – Nichtbenennung der Kriegsursachen und der eindeutigen Initiativrolle der USA bei der Vorbereitung eines Krieges – solchen Interpretationen geradezu den Weg ebnet.

Naive Vereinfachung der Kriegsursachen

Es wird in dem Aufruf von einem moralischen Standpunkt der Betroffenheit aus argumentiert. „*Es geht uns nicht um eine Aufteilung der Schuld zwischen den politischen Führern des Ostens und des Westens. Schuld trifft durchaus beide Kontrahenten*". So gesehen existiert die Bedrohung grundsätzlich von beiden Seiten und jede Rakete ist ein Graus, wenn sie uns trifft, egal von welcher Seite sie kommt. Dabei werden aber ursächliche Zusammenhänge unter den Teppich gekehrt. Die Aufforderungen an b e i d e Supermächte, die Produktion bzw. Stationierung von Pershing II bzw. SS 20 einzustellen, sind richtige und berechtigte Forderungen. Wenn aber dabei die U r s a c h e n nicht benannt werden, geschieht dies eindeutig zugunsten der Imperialisten, speziell der USA und der BRD. Zwangsläufig wird diese „Ausgewogenheit" zugunsten des Westens politisch ausgeschlachtet.

Die naiv vereinfachende Darstellung der Kriegsgefahr ist anscheinend eine typische Herangehensweise der Initiatoren des Russell-Aufrufs. Z.B. erging sich Ken Coates in seiner Rede auf einer Veranstaltung anläßlich des Internationalen Frauen-Friedensmar-
erging sich Ken Coates in seiner Rede auf einer Veranstaltung anläßlich des Internationalen Frauen-Friedensmar-
sches in Bremen in einem bildlichen Vergleich, der von Bertrand Russell selbst stammen soll: In den USA gäbe es eine Sitte, nach der junge Leute in einen Wettkampf treten, indem sie mit zwei Autos in rasender Geschwindigkeit auf einer weißen Linie aufeinanderzufahren. Wer in letzter Sekunde ausweicht, gilt als Feigling. Dies selbstmörderische Spiel „Wer ist der Feigling?" werde derzeit von den Supermächten gespielt.

Thompson, auch einer der Initiatoren des Russell-Aufrufs, sagt: „*Es geht letztendlich nicht darum, die Waffen abzubauen, sondern es geht um die Blöcke selbst, die diese Waffen einsetzen wollen; wenn man so will, sind die Blöcke die Ursachen für die Waffen*". Ja, aber woher kommen die Blöcke? Sie sind doch ein R e s u l t a t kriegerischer Absichten, und nicht selbst die U r s a c h e. Nach dem 2. Weltkrieg war es der Westen – allen voran die USA –, der die Blockbildung mit der Gründung der NATO vorantrieb, als aggressiver Militär-Pakt gegen die Sowjetunion. Im Gegenzug entstand der Warschauer Pakt. Alles andere wäre ein verdrehtes Geschichtsbild.

Leckerbissen für Vaterlandsverteidiger

Thompson muß darüberhinaus noch der Vorwurf gemacht werden, daß er mit seiner Argumentation zur Bürgerrechtsbewegung in den Warschauer-Pakt-Ländern den Vaterlandsverteidigern direkt ein paar Leckerbissen zusteckt: „... *Insofern kann die Bürgerrechtsbewegung von der Friedensbewegung im Westen nicht ignoriert werden. Wir sind nicht berechtigt, anderen Staaten im einzelnen Vorschriften zu machen, wie sie ihre Angelegenheiten zu regeln haben, aber ich glaube, wir müssen deutlich machen, daß allgemein die westliche Friedensbewegung und die Bewegung für Demokratisierung und Bürgerrechte in Osteuropa zusammenarbeiten müssen. Denn nur so kann Europa geheilt werden, das spüren wir im Grunde sehr genau*". Oder weiter unten: „*Wir in England sind für Solidarnosc, für die Demokratisierung im Osten. Wir sehen einen Weg, die Wunden Europas zu heilen...*" (aus Broschüre „Für ein atomwaffenfreies Europa", herausgegeben von der Russell-Friedenskampagne, Berlin 81).

Im AK wird kritisiert, daß mit solchen Aussagen der Initiatoren und Unterstützer der Friedenskampf auf einen Kuhhandel heruntergezogen und die Ausgewogenheit zerstört würde. Aber die Kritik muß u.E. viel weiter gehen. Verschwimmen hier nicht die Ziele eines Friedensaufrufes hinter „europäischen Interessen"? Was ist mit diesem „heilen Europa" gemeint, welche Wunden sollen geheilt werden? Sind die Folgen des 2. Weltkriegs mit der Spaltung Deutschlands gemeint, so können wir hier in der BRD uns eine solche Art „Vergangenheitsbewältigung" keinesfalls erlauben, die die Rolle Nazi-Deutschlands verschweigt und stattdessen mit der lobenden Erwähnung der Bürgerrechtsbewegung im Osten sämtliche antikommunistischen Klischees und Assoziationen vom drohenden Angreifer aus dem Osten zumindest in einem so verhetzten Land wie der BRD zwangsläufig hervorruft.

Außerdem werden damit Positionen bezogen, die so pauschal keinesfalls in der linken und demokratischen Bewegung der BRD „vereinheitlicht" sind. U.E. ist es ein Unding, eine pauschale Unterstützung der Bürgerrechtsbewegung zu einer Grundlage der westeuropäischen Friedensbewegung zu machen. Denn abgesehen davon, daß sie mit u n s e r e m Friedenskampf nur sehr vermittelt etwas zu tun hat, ist die Bürgerrechtsbewegung oder z.B. die Solidarnosc ein recht schillernd Ding, daß einer differenzierten Analyse bedarf. Wenn von maßgeblichen Leuten der Russell-Foundation selbst solche weitergehenden Forderungen mit dem Aufruf verbunden werden, zieht das den Aufruf selbst in Zweifel.

Unabhängigkeit von den Blöcken und damit von den bürgerlichen Parteien (und auch von der DKP) und Ausgewogenheit in dem Sinne, Forderungen grundsätzlich an beide (bzw. besser a l l e) Seiten zu stellen, sind wichtige und richtige Grundpositionen für eine breite Friedensbewegung. Aber diese Ausgewogenheit muß sich abgrenzen von einer Position, wie sie von Vaterlandsverteidigern rechter und „linker" Couleur vertreten wird, die die politischen Verhältnisse und
von Vaterlandsverteidigern rechter und „linker" Couleur vertreten wird, die die politischen Verhältnisse und
die Rollen in der Kriegsvorbereitungspolitik von NATO und Warschauer Pakt kurzerhand gleichsetzt. Eine solche Gleichsetzung wäre der erste Schritt, die militärische Bedrohung durch die SU als die für uns entscheidendere, weil gegnerische Seite anzusehen - und damit den „Verteidigungsanstrengungen", „Nachrüstungsbeschlüssen" und der neuen Kalten-Kriegs-Stimmung zumindest nichts mehr entgegenzusetzen. Dabei sind es genau diese Elemente, auf die jahrzehntelang bis heute die westdeutsche Bourgeoisie ihr Konzept aufbaut, mit dem die Bevölkerung für einen neuen Kreig gewonnen werden soll, - und kann, wenn dem nicht entschieden entgegengetreten wird.

Zugeständnisse an Sozialdemokraten?

Im AK-Artikel wird zu Anfang darauf hingewiesen, daß die Nichtbenennung des aggressiven und auf militärische Überlegenheit ausgerichteten Charakters der USA-Politik ein Zugeständnis an sozialdemokratische und bürgerliche Kreise sei. Möglicherweise handelt es sich jedoch nicht um bündnispolitische Zugeständnisse, sondern diese Sichtweisen entsprechen der tatsächlichen Meinung der Initiatoren. Für uns bleibt auf jeden Fall die Frage, ob solche Zugeständnisse nicht zu weit gehen, bzw. ob wir uns mit solcherart sozialdemokratischen Positionen zufriedengeben konnen. In der BRD ist die Diskussion in der Friedensbewegung bis weit in die Sozialdemokratie hinein inzwischen auf einem anderen Niveau angelangt, z.B. in puncto „Nachrüstung", die als „Vorrüstung" erkannt wird, womit gleichzeitig die Kriegspläne der USA kritisiert werden. Gerade diese Erkenntnis der Vorrüstung ist zu einem Anstoß für das Wiedererwachen der westdeutschen Friedensbewegung geworden. Ein Zurückstecken in dieser Frage wäre nur ein Entgegenkommen gegenüber dem Regierungskurs bzw. der DGB-Führung. Ein solches Entgegenkommen wäre eine politisch falsche Orientierung. Denn daß die SPD-Regierung und die Gewerkschaftsführung für uns Gegner sind, gegen die wir derzeit den Kampf um Abrüstung und Frieden führen müssen, sollte klar sein.

Als Entgegenkommen gegenüber unpolitischen oder verhetzten Teilen der Bevölkerung können wir diese Verschleierungstaktik ebenfalls nicht akzeptieren. Es ist doch gerade eine Aufgabe der westdeutschen Friedensbewegung, gegen diese Verhetzung anzukämpfen. Ist es doch diese Ideologie der drohenden Gefahr aus dem Osten, die Kalten Krieg und Remilitarisierung in der BRD ermöglicht hat.

Auf Seiten der Linken würde eine klarere Benennung der wahren Rolle der USA allerhöchstens die hartgesottenen Vaterlandsverteidiger ausschließen - was u.E. nicht bedauerlich, sondern geradezu wünschenswert wäre.

Kritische Unterstützung des Russell-Aufrufs

Trotz aller Kritik bleibt der Russell-Aufruf derzeit d e r j e n i g e Aufruf, der am ehesten eine in die Breite gehende B a s i s bewegung mit internationaler Perspektive ermöglicht. In diesem Sinne ist der Aufruf zu unterstützen und für die Friedensbewegung sehr wichtig. Wir meinen jedoch, daß wir als Linke und Kommunisten in Diskussionen die Kritikpunkte nicht verstecken sollten, sondern an einer Vertiefung des Bewußtseins in der Friedensbewegung weiterarbeiten sollten.

Einige Bremer Genoss/inn/en

Zum Westberliner Kongreß über „Alternativen Europäischer Friedenspolitik"

Wie bereits im AK 207 berichtet, organisiert Glotz-Intimus Rudi Steinke für die Zeit vom 23. bis 25.10. einen großangelegten „Kongreß – Alternativen Europäischer Friedenspolitik". Die Westberliner Friedensbewegung soll dabei bewußt außen vor gehalten werden, wie Steinke in einem Schreiben vom 11.9. deutlich machte: Der Kongreß „*bedarf einer längerfristigen inhaltlichen Vorbereitung und Konzipierung. Eine bündnispolitische Herangehensweise an eine Kongreßgestaltung ruft zwangsläufig entweder unüberbrückbare Kontroversen hervor oder verwässert ein Projekt bis zur Unkenntlichkeit*".

Daß dieser Kongreß deshalb bei vielen Kräften aus der Friedensbewegung nicht gerade auf Beifall stößt, liegt nahe. Das geht so weit, daß selbst Westberliner Jusos diesen Kongreß nicht unterstützen. In einem Schreiben von Frank-René Domes (Mitglied der Hochschulgruppe Undogmatischer Jusos) an den Mitträger des Kongresses, die „Liga für Menschenrechte" (die Liga hat nach internen Diskussionen mittlerweile die Schirmherrschaft übernommen), wird kritisiert, daß

– „...*die tragenden Gruppen des Kongresses* (Liga, Undogmatische Jusos) ... *über die Gestaltung des Programms nur unzureichend informiert*" wurden. „*Weder die Liga noch die Jusos sind jedoch über den Inhalt dieses Programmheftes informiert*".

– „...*die übrigen Berliner Friedensgruppen ... an der Vorbereitung des Kongresses nur unzureichend beteiligt worden*" sind; dies „*bezieht sich insbesondere auf die BIFIAS* („Berliner Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit", vorwiegend sozialdemokratisch dominiert – Anm. AK) *und kirchliche Friedensgruppen*".

Bemerkenswert sind die Aussagen Steinkes zum Krefelder Appell und dem Zweck des sozialdemokratischen Friedenskongresses:

„Zum Verhältnis seiner Initiative zum Krefelder Appell machte Herr Steinke mir gegenüber ... folgende Angaben: er halte den Krefelder Appell für ‚schädlich'; er habe die Krefelder in Verdacht, die Daten der Unterzeichner an den Staatssicherheitsdienst (der DDR – Anm. AK) weitergeleitet zu haben, sowie ‚Jubelfeiern für Breshnew' organisieren zu wollen; er habe mit diesem Kongreß vor, ‚in gewisser Hinsicht die Friedensbewegung s p a l t e n' zu wollen und ein zweites Kraftzentrum der Friedensbewegung aufzubauen" (Brief Domes' vom 17.8.).

Friedensbewegungaufzubauen" (Brief Domes' vom 17.8.).

Domes selbst befürchtet, daß der „*Friedensbewegung durch die beabsichtigte Spaltung ein unermeßlicher Schaden zugefügt wird*" und zog seine Teilnahme an den Kongreßvorbereitungen zurück.

Aufgrund der massiven Kritiken aus den Reihen der Friedensbewegung sahen sich die Kongreßinitiatoren veranlaßt – um den angestrebten Dialog nicht mit sich selbst führen zu müssen –, ihren Aufruf für den Kongreß stark zu verändern.

Im „vorläufigen Programmentwurf" beispielsweise fehlte jegliche Kritik an der Rüstungspolitik der herrschenden Sozialdemokratie, und die Geschichte wurde zugunsten der SPD einfach umgefälscht. Daraus nur zwei Kostproben:

– Da heißt es zur Anti-Atom-Bewegung aus den 50er und 60er Jahren, daß sie „*noch im wesentlichen von den ‚etablierten' Institutionen (SPD und Gewerkschaften) ausging*". Die Anti-Atom-Bewegung „*brach nach dem Rückzug des DGB und der SPD in sich zusammen*". Daß gerade SPD- und DGB-Führung einen erheblichen Anteil an diesem „Zusammenbruch" hatten und die SPD Anfang der 60er Jahre offen die NATO-Politik unterstützte, verschweigt der Aufruf geflissentlich.

– An anderer Stelle werden Ereignisse aus Zeiten des Kalten Krieges aufgeführt (Korea-Krieg, Berlin-Blokkade), „*die im wesentlichen aus der Instabilität der sich entwickelnden Nachkriegspolitik resultierten*". Es heißt dann: „*Vielmehr denken wir auch an eine Phase zwischen 1958 und 1962, in der die Sowjetunion im Eiltempo die nukleare Überlegenheit der USA auszugleichen versuchte und dabei eine Destabilisierung des Kräfteverhältnisses zwischen den Blöcken verursachte.*"

Das Märchen und die Propagandalügen über ein „Aufholen" der Sowjetunion in der strategischen Rüstung in der damaligen Zeit hatte der CIA in die Welt gesetzt, zwecks eigener Aufrüstung. Selbst bürgerliche Journalisten wie Bittorf (in einer „Spiegel"-Serie im Sommer d.J.) stellten das inzwischen richtig. Insofern gab der zitierte Programmentwurf für den Kongreß die allseits bekannte SPD-Strategie zur Spaltung der Friedensbewegung wieder: kein Hauch von Kritik an den USA; Lobhudelei und der Versuch des Schmackhaftmachens sozialdemokratischer „Friedenspolitik". Stattdessen soll über das trojanische Steckenpferd der SPD-Führung gegenüber der Friedensbewegung debattiert werden: „*Unser Pro-*

rung gegenüber der Friedensbewegung debattiert werden: „Unser Pro-

test gegen die ‚Nachrüstung' wäre wirkungslos, wenn es uns nicht gelingt, eine Grundsatzdebatte der europäischen Sicherheitspolitik zu initiieren".

„*Die Entwicklung von A l t e r n a t i v e n – unsere große Aufgabe*", so müsse das Motto lauten. „*Ohne konstruktive Beiträge zu dieser Debatte ist die ‚neue Friedensbewegung' den kommenden politischen Konflikten nicht gewachsen*", meinen Steinke und seine Freunde. Hier soll vom zentralen ‚politischen Konflikt', an dem die westdeutsche und Westberliner Friedensbewegung erstarkte, nämlich die Verhinderung der ‚Nachrüstung', wegorientiert werden.

Dieser „vorläufige Programmentwurf" wurde inzwischen von den Kongreß-Initiatoren wieder aus dem Verkehr gezogen – allzu plump wirkte die Schleichwerbung für sozialdemokratische „Friedenspolitik" und obendrein der beabsichtigte Alleingang von Steinke & Co. auf andere, wesentlich maßgeblichere Teile der Friedensbewegung.

Der neue Aufruf für den Kongreß sieht von dem erhabenen Anspruch ab, ein „Programmentwurf" zu sein und faßt sich wesentlich kürzer. Im Kern bleibt es beim Schwerpunkt, über Alternativkonzepte zur herrschenden Friedenspolitik zu debattieren, jedoch liegt die Betonung diesmal stärker auf der Unterstützung des Aufrufs der Russell-Peace-Foundation für eine atomwaffenfreie Zone in Europa. Neben diesem Zugeständnis der Kongreß-Initiatoren an die Friedensbewegung ist auch eine gewisse „Öffnung" erfolgt, so daß ein etwas breiteres Spektrum aus der Friedensbewegung am Kongreß einbezogen ist.

Alternative Liste will Steinke-Kongreß „kritisch unterstützen"

Im Friedensbereich ist die Frage einer Kongreßunterstützung seitens der AL kontrovers diskutiert worden: Mit 17 : 14 Stimmen, darunter vor allem die Kräfte der aufgelösten „KPD", wurde sich für eine „kritische Unterstützung" des Projekts ausgesprochen. Sie sehen auf dem Kongreß ihre Steckenpferde wie die „Nationale Frage" und die „Alternative Verteidigung" (als „moderne"

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 1

Polens Führung hat auf das neue Ultimatum mit eigenen Drohungen gegen die oppositionellen Bewegungen reagiert: *„Der sich vertiefenden Anarchie, der rowdieartigen Verrohung, den staatsfeindlichen und antisowjetischen Exzessen, der Mißachtung der rechtlichen und sittlichen Normen muß ein Ende gemacht werden"*, drohte Ministerpräsident General Jaruzelski. Das Innenministerium werde dafür die „notwendige Unterstützung durch Einheiten der Sicherheitskräfte sowie militärische Mittel" erhalten.

In einer Parlamentsrede hat Jaruzelski zudem der Solidarnosc einen langen Katalog von Verhaltensregeln vorgelegt, von deren Einhaltung die weitere Entwicklung abhängen soll. Dazu gehört z. B.:

– Die Solidarnosc müsse sich auch in der Praxis dem „realen Sozialismus" verpflichtet erweisen.
– Sie müsse „die Absicht aufgeben, die Macht zu übernehmen". (Eine Absicht, die die Gewerkschaft gar nicht formuliert hat.)
– Die Solidarnosc müsse „sich von extremeren Aktionen und Tendenzen abgrenzen". Gemeint ist offenbar u. a. das KOR und die radikalen Teile der Gewerkschaft selbst.
– Die Solidarnosc müsse „das Programm und die Bemühungen der Regierung" zur Überwindung der Krise „verstehen". Gemeint ist wahrscheinlich u. a. ein Streik-Verzicht.
– Die Solidarnosc müsse „die übergeordnete Notwendigkeit des Bündnisses" mit der SU etc. „anerkennen", sich den „antisowjetischen Lösungen und Aktivitäten widersetzen" und ihre „zweideutigen Kontakte mit Zentren antikommunistischer Diversion aufgeben". Gemeint sind damit wohl in erster Linie die westlichen Gewerkschaften.

Ferner gab Jaruzelski bekannt, daß ein zentraler „Antikrisenstab" (Modell Deutschland?) sowie kleinere Krisenstäbe auf Regionsebene gebildet werden sollen. Da kaum anzunehmen ist, daß sich die Solidarnosc dem umfassenden Diktat unterwerfen wird, das ihr die Regierung aufzwingen will, könnte der Zeitpunkt für den Einsatz des Krisenstabs nahe sein.

Erklärung der sowjetischen Partei- und Staatsführung zur Lage in Polen

Warschau. UZ — Eine von der sowjetischen Partei- und Staatsführung an das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) und die Regierung des Landes gerichtete Erklärung ist vom Botschafter der UdSSR in Warschau übermittelt worden. In dem Schreiben wird auf die zunehmende Sowjetfeindlichkeit in Polen verwiesen, die sich so verstärkt habe, daß sie gefährliche Dimensionen erreicht habe. Aus diesem Grunde sehe sich die UdSSR gezwungen, Partei und Regierung in Polen auf diese gefährliche Entwicklung hinzuweisen. In der Erklärung heißt es wörtlich:

Tatsachen beweisen, daß im Lande offen, breit und straflos eine heftige und zügellose Kampagne gegen die Sowjetunion sowie ihre Außen- und Innenpolitik geführt wird und daß dies keine vereinzelten Ausschreitungen verantwortungsloser Rowdys, sondern abgestimmte Aktionen der Feinde des Sozialismus mit genau festgelegten politischen Zielsetzungen sind. Ihr Hauptziel besteht darin, den ersten sozialistischen Staat der Welt und die Idee des Sozialismus selbst zu verunglimpfen und zu verleumden, unter den Polen Feindschaft und Haß gegenüber der Sowjetunion und den sowjetischen Menschen hervorzurufen, die unsere Völker verbindenden Bande der Freundschaft zu zerstören und danach Polen aus der sozialistischen Gemeinschaft zu reißen sowie den Sozialismus in Polen zu liquidieren.

Der Antisowjetismus dringt immer tiefer in verschiedene Bereiche des öffentlichen Lebens im Lande ein, darunter auch in der Ideologie, die Kultur sowie das Bildungs- und Erziehungswesen. Die Geschichte der Beziehungen zwischen unseren Ländern wird gröblichst verfälscht. Verteufelungspropaganda gegen die Sowjetunion wird durch verschiedene Veröffentlichungen, mit Filmen sowie von Theaterbühnen und auf Unterhaltungsveranstaltungen verbreitet. Unverhohlen kommt sie in öffentlichen Ansprachen — vor großer Zuhörerschaft — von Führern des KSS/KOR, der „Konföderation unabhängiges Polen" und der „Solidarnosc" zum Ausdruck.

Die erste Runde des Kongresses dieser „Gewerkschaft" wurde im Grunde genommen zu einer Tribüne, von der aus Verleumdungen und Schmähungen an die Adresse des Sowjetstaates gerichtet wurden. Eine empörende Provokation war der in Gdansk angenommene sogenannte Appell an die Werktätigen Osteuropas. Antisowjetische Kräfte beleidigen das Andenken an die sowjetischen Soldaten, von denen Hunderttausende ihr Leben für die Freiheit und Unabhängigkeit des polnischen Volkes hingaben, und schänden ihre Gräber. Es werden Drohungen gegenüber den Soldaten der Sowjetarmee laut, die an den westlichen Grenzen der sozialistischen Gemeinschaft, zu der auch die Volksrepublik Polen gehört, auf Wacht stehen.

Die antisozialistischen Kräfte sind bemüht, in Polen eine Atmosphäre des extremen Nationalismus mit unverhohlen antisowjetischem Charakter zu schaffen. Dabei nehmen das Ausmaß, die Intensität und der Grad der Feindseligkeit der jetzigen antisowjetischen Kampagne in Polen immer mehr die Formen jener antisowjetischen Hysterie an, die in einigen imperialistischen Staaten entfacht wird.

Dieser Umstand veranlaßt uns natürlich zu der Frage, warum seitens der offiziellen polnischen Behörden bisher keinerlei entschiedene Schritte unternommen worden sind, um dieser feindseligen Kampagne gegen die UdSSR, mit der Volkspolen Beziehungen der Freundschaft und Bündnispflichten verbinden, ein Ende zu bereiten. Eine solche Haltung steht sogar im Widerspruch zur Verfassung der VRP, in der das Prinzip der Festigung der Freundschaft und der Zusammenarbeit mit der UdSSR verankert ist. Uns ist kein einziger Fall bekannt, bei dem die Initiatoren von antisowjetischen Provokationen eine harte Reaktion seitens der Behörden erfahren hätten und bestraft worden wären. Mehr noch, ihnen werden ohne weiteres Staatsgebäude für die Durchführung von Veranstaltungen zur Verfügung gestellt, Zugang zu den Massenmedien gewährt und technische Mittel überlassen, obwohl bekannt ist, zu welchem Zweck sie verwendet werden.

Wir hatten die Führung der PVAP und die Regierung der VRP mehrmals auf die anwachsende Welle des Antisowjetismus in Polen aufmerksam gemacht. Wir sprachen darüber während der Treffen, die im März in Moskau und im April in Warschau stattgefunden haben. **Mit aller Offenheit schrieben wir darüber in dem Brief des ZK der KPdSU vom 5. Juni, und darüber sprachen wir auch während des Treffens auf der Krim im August dieses Jahres.**

Wir wollen nicht verhehlen: das alles ruft unter den sowjetischen Menschen tiefe Empörung hervor. Im ZK der KPdSU und in den örtlichen Parteiorganen gehen ständig Briefe ein, in denen sowjetische Kommunisten und Parteilose ihr Befremden darüber zum Ausdruck bringen, daß im befreundeten sozialistischen Nachbarland ungestraft antisowjetische Propaganda betrieben werden kann. Das sowjetische Volk, das für die Befreiung Polens vom faschistischen Joch gewaltige Opfer gebracht und dem Land uneigennützig Hilfe erwiesen hat und auch jetzt wieder erweist, hat das volle moralische Recht zu fordern, daß den antisowjetischen Umtrieben in der VRP ein Ende gesetzt wird.

Das ZK der KPdSU und die sowjetische Regierung sind der Ansicht, daß jede weitere Nachsicht gegenüber irgendwelchen Erscheinungen des Antisowjetismus den polnisch-sowjetischen Beziehungen einen überaus großen Schaden zufügt und im direkten Widerspruch zu den Bündnispflichten Polens sowie den ureigendsten Interessen des polnischen Volkes steht.

Wir erwarten, daß die Führung der PVAP und die Regierung der VRP unverzüglich entschiedene und gründliche Maßnahmen zur Unterbindung der üblen antisowjetischen Kampagne und der sowjetfeindlichen Aktionen einleitet.

„Wer nicht für uns ist, ist gegen uns"

— wenn das immer so einfach wäre!

Dieser Bericht handelt von einer Veranstaltung, über die zu berichten ganz einfach sein könnte: Die GEW Hamburg hat unter dem Titel „Kollegen informieren Kollegen" eine Polen-Veranstaltung durchgeführt, auf der ein Kollege der „alten" polnischen Lehrergewerkschaft und ein Kollege aus der Solidarnosc über die Situation in ihrem Land berichteten und zu einzelnen Fragen ihre unterschiedlichen Standpunkte darlegten.

Dann war es aber so, daß mich diese Veranstaltung unheimlich wütend gemacht hat, und ich schreibe diesen Bericht auch in der Absicht, diese Wut anderen zu vermitteln. Es geht mir also nicht darum, den Verlauf der Veranstaltung im Einzelnen zu referieren, sondern ich setze mich im Folgenden mit dem auseinander, was mir wesentlich und womit mir eine weitere Auseinandersetzung dringend notwendig scheint.

Da saßen also zu beiden Seiten des GEW-Diskussionsleiters: der Kollege Szczepan Wysocki aus Katowice, Dozent und Mitglied der „alten" Lehrergewerkschaft ZNP und der Kollege Aleksander Szwedek, Rektor der pädagogischen Hochschule Bydgoszcz und Vorstandsmitglied der Solidarnosc.

Kollege Szwedek argumentierte zurückhaltend, fast sanft, hob in seinem einleitenden Referat die Vertrauenskrise zwischen dem polnischen Volk und seiner Regierung als die zentrale Grundlage der augenblicklichen politischen und ökonomischen Krise hervor, ließ sich auch von Ausfällen seines Widerparts höchstens zu freundlicher Ironie hinreißen — man muß sagen, er war „schwach". „Schwach" in dem Sinne, daß man sich von ihm mehr handfeste Informationen über die Hintergründe eben dieser Vertrauenskrise erhofft hätte, daß man von ihm gern konkrete Beispiele für die gewerkschaftliche Arbeit von Solidarnosc im Lehrerbereich gehört hätte, daß man beispielsweise auch über die Lage in der polnischen Landwirtschaft und insbesondere über die Stellung der Bauern zur Kollektivwirtschaft gern Genaueres erfahren hätte als nur dies, daß die Bauern „sehr an ihrem Land hängen" (das Zitat ist nicht als wörtlich zu verstehen, der Kollege sprach englisch). Die Bauchschmerzen jedenfalls, die so viele von uns bei so manchen Solidarnosc-Stellungnahmen und -aktionen befallen, konnte er uns auch nicht nehmen.

Von ganz anderem „Format" war da der Kollege Wysocki, Nicht wenige Kollegen, mit denen ich hinterher über die Veranstaltung geredet habe, äußerten übereinstimmend die Meinung, daß sie noch nie von einem offiziellen Vertreter eines „realsozialistischen" Landes eine derart offene und weitgehende Selbstkritik gehört hätten.

Es stimmt, der Kollege Wysocki war von „schonungsloser Offenheit". Und daß ich im Laufe der drei Stunden immer wütender wurde, lag daran, daß er mit dem, was er als eine Analyse der polnischen Verhältnisse ausgab, durchaus den erwünschten Eindruck erzielte.

Da es mir darauf ankommt, das Wesen seiner „Kritik" aufzuzeigen und darauf einzugehen, ist es mir wichtig, zunächst seine Ausführungen wiederzugeben.

Seine Darstellung der Situation sah folgendermaßen aus: Die aktuelle polnische Krise ist als Ergebnis einer Deformierung des Marxismus-Leninismus anzusehen. Sie umfaßt alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens:

1. Im ökonomischen Bereich ist sie zurückzuführen auf einen Bruch mit den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus (Erwähnt wurde u.a., daß ein Drittel der 2,1 Billionen (!) Zloty, die in den letzten Jahren für Investitionen ausgegeben wurden, „eingefroren" seien) (1).
2. Im politischen Bereich hat die Krise zur Ursache:
   - Einen Autoritätsschwund von Partei- und Staatsorganen;
   - Schematismus in der Berichterstattung der offiziellen Massenmedien;
   - gewichtige Deformationen der Volksvertretungs- und der kommunalen Organe: Verlust ihrer Kontrollfunktion, Wahlmanipulation, Machtmißbrauch;
   - die Abspaltung bestimmter gesellschaftlicher Kräfte von der Partei;
   - die Aktivierung nationalistischer, chauvinistischer, antisozialistischer und klerikaler Kräfte; dabei sind diese nicht vorrangig Kräfte des Imperialismus; es sind aber auch solche in die vorhandenen Lücken eingedrungen;
   - als logische Folge all dessen sind selbstverwaltete Organe entstanden.
3. Im ideologischen Bereich ist eine tiefe Distanz zwischen der marxistisch-leninistischen Theorie und der Praxis entstanden. Die Ausführung von Beschlüssen der Staats- und Parteiorgane wurde revisionistischen und antisozialistischen Kräften überlassen.
4. Im Bereich der zwischenmenschlichen Beziehungen sind an Verfallserscheinungen festzustellen: Verlust persönlicher Kompetenz und persönlicher Verantwortlichkeit (2); Machtmißbrauch und Korruption haben sich breit gemacht.
5. Im kulturellen Bereich: Der Anteil breiter gesellschaftlicher Schichten am kulturellen Konsum ist gefallen (3).

Zusammenfassend bezeichnete Kollege Wysocki die aktuelle Klassenlage als kompliziert; die Klassen und gesellschaftlichen Schichten in Polen seien sehr differenziert. Zwar sei die These vom „Übergang zum Sozialismus", die man in Anlehnung an die UdSSR proklamiert habe, aufgegeben worden zugunsten der These vom „A u f b a u der entwickelten sozialistischen Gesellschaft". Der im Zusammenhang mit der falschen These verkündete „Übergang von der Klassen- zur Volkspartei" und die Theorie vom Verschwinden des Klassenkampfes hätten jedoch in der Arbeiterklasse die Meinung geschaffen und verstärkt, daß die Fehler des Gesellschaftssystems bei einzelnen (führenden) Personen zu suchen seien und nicht in den Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes. Der heutige Zustand des Landes sei also das Resultat der inkorrekten Politik der Partei, die beispielsweise in der Frage des Kleinbürgertums und Mittelstandes in den vergangenen 36 Jahren mehrere Reformen mit jeweils gegensätzlicher Tendenz durchgeführt habe. Der Staat habe im Zuge dieser Politik den Aufstieg des Kleinbürgertums toleriert und initiiert, dabei jedoch keine politische Gesamtkonzeption gehabt. Das habe schließlich in vielen Fällen zu krimineller Verbindung des Kleinbürgertums mit staatlichen Organen geführt: zur Korruption.

Alles in allem sei also in dieser ganzen Zeit die verwaltende Schicht zur stärksten politischen und ökonomischen Macht geworden; demgegenüber habe die Arbeiterklasse in der Partei nicht den rechten Interessenvertreter gefunden.

Soweit erst einmal der Kollege Wysocki, der sich im Anschluß an diese Ausführungen noch mit der oppositionellen Bewegung auseinandersetzte. Dazu jedoch später.

Fürwahr eine eindrucksvolle, schonungslose und selbstkritische Analyse. Oder doch nicht? Ich behaupte, es war das genaue Gegenteil. Unter ‚Analyse', denke ich, wäre zu verstehen, die U r s a c h e n all dieser Erscheinungen herauszufinden, oder sich zumindest doch um ein solches Herausfinden zu bemühen. Was Kollege Wysocki tat, war etwas ganz anderes: er reihte Tatbestands-Beschreibungen aneinander und gab jeweils die eine als die Ursache der anderen aus: Autoritätsschwund, Schematismus, Deformation, Mißbrauch — der ganze Schmus braucht nicht noch einmal aufgezählt zu werden.

Nicht ein Wort dazu, aus welchen Gründen 0,7 Billionen Zloty für unsinnige Investitionen verschleudert worden sind, welche Ursachen denn die beispiellose Verrottung der sogenannten Arbeiterpartei haben könnte, welche Interessen welcher gesellschaftlicher Gruppen (oder gar Klassen?) denn im Spiel waren, als sich Korruption ausbreitete, als die Kluft zwischen ML-Theorie und -Praxis aufbrach. Und so weiter und so fort.

Nicht unterlassen sollte man im übrigen, ein paar seiner wohlgestalten Formulierungen auf ihren wahren Kern zu bringen; ich habe deshalb oben einige mit Anmerkungen versehen: (1): „eingefroren" heißt nichts anderes, als daß dieses Geld für uneffektive, Renommier- oder anderweitig unsinnige Projekte und Projektruinen ausgegeben wurde. Rechenschaft über solche Fehlinvestitionen wurde nur selten abgelegt, die Verantwortung — s.dazu (2) — trägt sowieso keiner, die Konsequenzen trägt das Volk . . .
(2) „Verlust persönlicher Verantwortlichkeit": wenn es wirklich drauf ankommt, betrachtet sich keiner für irgendetwas zuständig und keiner ist bereit, für irgendetwas die Verantwortung zu übernehmen. Geradezu fabelhafte Verhaltensmuster für derart zentralisierte Planwirtschaften.
(3) zum Kulturkonsum: „gute" Kultur war zunehmend nur einem kleinen Kreis zugänglich, für die Masse blieb der Schmus, der sie dann auch nicht mehr interessierte.

Man könnte die „Analyse" noch lange analysieren. Lassen wir's vorerst. Es kommt ja noch besser:

Vor einem Jahr hat sich im Gefolge von Streiks die größte Massenbewe-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorh. S.

Variante der alten Vaterlandsverteidigung) dort ebenso behandelt wie auch die Diskussion über den Aufruf der Russell-Peace-Foundation, wo sich ex-„KPD"-Mitglieder den Exterminismus-Thesen eines Rudolf Bahro oder E.P.Thompson sehr aufgeschlossen zeigen.

Inzwischen segnete auch der Delegiertenrat der AL eine „kritische Unterstützung" des Kongresses ab.

Niemand wird bestreiten, daß es politisch sinnvoll ist, auf dem Kongreß über die zahlreichen aufgeworfenen Fragen zu debattieren – und die Westberliner Friedensbewegung wird dies auch tun.

Aber daß die AL sich bereit erklärt, eine von Steinke erklärtermaßen als S p a l t u n g s kongreß (siehe oben) unter A u s s c h l u ß großer Teile der Friedensbewegung organisierte Veranstaltung zu u n t e r s t ü t z e n, muß zumindest als sehr fragwürdige Entscheidung gewertet werden.

D., Westberlin

"Realer Sozialismus"

Fortsetzung von vorh. S.

gung, die es je in einem „realsozialistischen" Land unabhängig von der Partei gab, gebildet; vor 5 Jahren in Radom und Ursus, vor elf Jahren in Gdansk, vor 25 Jahren in Poznan hat sich die Kritik an der offiziellen Politik in Streiks und Kämpfen Luft gemacht — und jetzt „analysiert" uns ein erklärter Vertreter eben dieser offiziellen Politik wortgewaltig heraus, daß es „tiefe Distanzen", Schematismus, Korruption und was sonst nicht alles gibt. Recht hat er ja, der Kollege Wysocki: Er hat ganz zutreffend einen politischen und gesellschaftlichen Zustand beschrieben, wie man ihn sich verrotteter und noch mehr heruntergekommen — immer unter dem Vorzeichen des Sozialismus gesehen — kaum vorstellen kann.

Um so wichtiger ist jedoch, an dieser Stelle die Ausführungen des Kollegen noch zu ergänzen; das eine oder andere hat er glatt vergessen. Etwa: Wer, anders als der Kollege Wysocki, das Pech hatte, schon vor 25 Jahren dergleichen Einsichten zu haben und ähnliche Kritik, nicht mal so schonungslos, zu äußern, der konnte sich, als Feind des Sozialismus, im Knast, im ungünstigsten Fall auch auf dem Friedhof wiederfinden. Ähnlich konnte es 1970 dem ergehen, der die Funktionäre für korrupt und die Wirtschaftspolitik für bankrott hielt und versuchte, etwas dagegen zu unternehmen. Und wer 1976 Machtmißbrauch oder Wahlmanipulation erkannt und daraus Forderungen abgeleitet hatte, der könnte durchaus heute noch im Knast sitzen — wenn sich nicht inzwischen wenigstens e t w a s geändert hätte.

Was hat sich geändert? Geben wir noch einem dem Kollegen Wysocki das Wort: Im Gegensatz zu 1956, 1970 und 1976 haben „wir" es heute mit organisierten politischen Gegnern zu tun, und zwar mit Gegnern des Sozialismus, die in Verbindung mit den Kapitalisten stehen und teilweise eine offen antipolnische Haltung einnehmen. „Antipolnisch", so Kollege Wysocki zur Erläuterung, bedeutet u.a., daß das Bündnis mit der Sowjetunion in Frage gestellt wird. Daß dieses Bündnis jedoch nicht angetastet werden darf, ist „nicht nur eine Frage der ideologischen Verbundenheit, sondern auch schlichte Realpolitik" (hier trapst die Nachtigall nun doch schon recht
ideologischen Verbundenheit, sondern auch schlichte Realpolitik" (hier trapst die Nachtigall nun doch schon recht
vernehmlich). Heute habe man es mit organisierten konterrevolutionären Gruppierungen zu tun, die in der Solidarnosc eine Rolle spielten und beispielsweise im Beraterstab Walesas vertreten seien. Von diesen Gruppierungen werde etwa die Forderung nach dem arbeitsfreien Sonnabend aufrechterhalten, obwohl bei der heutigen ökonomischen Situation doch jeder wisse, wohin das führen müsse. Die polnische Arbeiterklasse müsse demgegenüber als manipulierbares Instrument gesehen werden, und dies sei gerade für die ureigenen Arbeiterinteressen gefährlich.

Die Extremisten wurden auch beim Namen genannt: KOR und KPN. Zu beiden Gruppen möchte ich einige Sätze sagen: Die KPN (Konföderation Unabhängiges Polen) ist eine offen antisozialistische und insbesonders antisowjetische Gruppierung, deren reale gesellschaftliche Bedeutung schwer einzuschätzen, aber keinesfalls sehr groß ist. Das KOR (Komitee zur Verteidigung der Arbeiter, später umbenannt in Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung) gründete sich 1976, als nach den Unruhen in Radom und Ursus viele Arbeiter zu Gefängnisstrafen von bis zu 10 Jahren verurteilt worden waren. Als Ergebnis der Informations- und Agitationstätigkeit des KOR wurden diese Arbeiter 1977 freigelassen — einer der ersten großen Erfolge, den die oppositionelle Bewegung in Polen erringen konnte. Das KOR besteht auch heute noch aus nur wenigen Personen, überwiegend Intellektuellen; es ist eine eher syndikalistisch orientierte Gruppe, die weder das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln noch die Zugehörigkeit Polens zum realsozialistischen Lager in Frage stellt.

Die „Solidarnosc" hat rund 10 Millionen Mitglieder, eine Million davon sind zugleich Mitglieder der PVAP (von insgesamt 3 Mio. PVAP-Mitgliedern). Kollege Wysocki wurde nun nicht müde, folgende Vorwürfe zu erheben: KOR und KPN — daß er sie praktisch immer in einem Atemzug nannte, ist eine der speziellen Schweinereien, deren er sich schuldig machte



ZNP-Vertreter Wysocki, links, und Solidarnosc-Vertreter Szwedek, rechts. Ratlos in der Mitte: GEW-Kollege Daschner.

ZNP-Vertreter Wysocki, links, und Solidarnosc-Vertreter Szwedek, rechts. Ratlos in der Mitte: GEW-Kollege Daschner.

— hätten praktisch die Solidarnosc in der Hand; Solidarnosc wiederum sei noch nicht einmal eine richtige Gewerkschaft, gebärde sich aber bereits wie eine politische Opposition. Dieses schließlich war für Wysocki der entscheidende Punkt: als politische Opposition dürfen sich die 10 Millionen nicht verstehen. In einem Land also, dessen politische Führung rundum abgewirtschaftet hat, dürfen sich die, auf deren Kosten dieser Prozeß seit Jahrzehnten läuft, nicht als politische Opposition verstehen. Die politische Erneuerung besorgt die alte Garde selbst. Und wer ihr da reinpfuscht, indem er etwa die Wahl der Betriebsdirektoren durch die Belegschaften selbst fordert — eine dieser entschieden zu weit gehenden Forderungen — hat sich als Antisozialist entlarvt und fordert den Großen Bruder geradezu heraus.

Mir scheint, daß diese Art von Politik der Herrschenden in der Diskussion um Polen und um die Solidarnosc bisher zu wenig Beachtung findet. Man stelle sich vor, mit welcher Arroganz der Macht „Genossen" dieses Schlages erst recht im eigenen Land die Auseinandersetzung und die Argumentation führen werden. Selbstkritik in gewaltigen Tönen — das ist ein Spektakel, das der Arbeiterklasse in jedem beliebigen „realsozialistischen" Land zum Erbrechen bekannt sein dürfte. Und daß Gallionsfiguren ausgetauscht werden, ist überhaupt die gängigste Methode, Kritik abzuleiten. Die Erkenntnis darüber, wie es weitergehen m u ß , haben Leute wie Kollege Wysocki eh im Voraus. Und daß sie, mit leichten Modifizierungen, versteht sich, am liebsten wieder alles in die alten Bahnen leiten würden, wird all ihren Sprüchen zum Trotz, doch allzu oft deutlich.

Exemplarisch für dieses Politikverständnis und für diese Art des Umgangs mit Kritikern seien hier noch die ganz besonderen Schweinereien erwähnt, die sich der Anwalt der herrschenden Verhältnisse meinte erlauben zu können.

Erinnern wir uns, mit welcher Wortgewalt Kollege Wysocki die Fehler der Vergangenheit zu kritisieren wußte. Dagegen schienen ihm völlig die Worte zu fehlen, wenn es darum hätte gehen können, k o n k r e t e Aussagen über Veränderungen in Gegenwart und Zukunft zu machen. Nicht mit einem einzigen Satz brachte er Vorstellungen ein, wie denn nun diejenigen, die die Suppe eingebrockt haben, diese auch auszulöffeln gedenken. Außer Kritk an KOR und Solidarnosc war ihm keine in die Zukunft weisende Aussage zu entlocken.

Seine Kritik am KOR krönte er indessen mit einem Ausfall, der es wert ist, dokumentiert zu werden (so etwas steht ja nicht allein: aus der CSSR etwa des Prager Frühlings oder der Charta 77 sind solche Methoden der Auseinandersetzung genauso geläufig): Karol Modzelewski, einen der „Väter" der linken politischen Opposition nicht nur Polens, sondern des realen Sozialismus überhaupt, griff Wysocki mit der Feststellung an, daß dessen Vater (!) zu Stalins Zeiten (!) polnischer Außenminister (!) gewesen sei; ähnliches wußte er von weiteren Familienmitgliedern Modzelewskis zu berichten Karol Modzelewski hat freilich Erfahrung mit derartigen Angriffen: schon 1964, als er zusammen mit Jacek Kuron einen „Offenen Brief an die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei" veröffentlichte, wurden er und Kuron aus der Partei ausgeschlossen. Daß Leute wie Wysocki heute vieles daherschwätzen, was Modzelewski und Kuron schon damals nachgewiesen hatten, macht die Geschichte noch unappetitlicher.

Zweites Beispiel: KOR, KOR, KOR — der mit der Situation nicht so vertraute Zuhörer mußte annehmen, daß diese Gruppe die Speerspitze der ganzen Bewegung darstelle. In übelster, aber natürlich nicht ungeschickter Weise nannte Wysocki immer gleich die KPN mit dazu. Auf die wiederholte Aufforderung, doch endlich die antisozialistische Stoßrichtung von Solidarnosc durch Zitate zu belegen, brachte er schließlich eines auf die Beine: „Weg mit dem Schanddiktat von Jalta und Potsdam — Für die Wiedervereinigung Deutschlands". Daß diese, wie er selbst angab, von der KPN stammende Parole unter den 10 Millionen Solidarnosc-Mitgliedern Rückhalt haben sollte, hat uns bisher noch nicht einmal die „UZ" weismachen wollen.

Drittes Beispiel: Sehr geschickt verknüpfte Kollege Wysocki einzelne Wahrheiten zu einem demagogischen Netz. So mag es durchaus stimmen, daß die Solidarnosc-Vertreter e i n e r Zeche die Kumpels gegen deren Willen am Arbeiten hinderten, als diese unter Zusicherung von Extra-Rationen eine Sonnabend-Schicht einlegen wollten. (Im übrigen: Fehler, das müßte Kollege Wysoeki doch wissen, machen alle!). Es trifft auch zu, daß Solidarnosc ungeachtet der kritischen ökonomischen Lage an der Forderung nach der Fünf-Tage-Woche festhält. Aber aus diesen beiden Beispielen abzuleiten, Solidarnosc lege es auf den ökonomischen Kollaps Polens an und operiere mit physischem und psychischem Terror, ist schlichtweg eine Frechheit. Seit Jahrzehnten arbeiten die polnischen Arbeiter am Sonnabend — was haben sie davon gehabt? Noch mit keinem Wort hat die polnische Regierung sich geäußert, wie sie die erforderliche g r u n d l e g e n d e ökonomische Erneuerung angehen will — aber die Arbeiter sollen solange schon mal ran! Und schließlich: von physischem und psychischem Terror zu reden, steht Leuten, für die 36 Jahre lang bis zur jetzigen Krise alles gestimmt hat, geradezu phantastisch zu Gesicht. Daß Kollege Wysocki aber auch jetzt noch keiner ideologischen Erweichung zum Opfer gefallen ist, zeigt seine Antwort auf die Frage nach einer sowjetischen Intervention. „Unsere" Aufgabe wird es sein, meinte er, die Grundlagen der polnischen Existenz mit a l l e n Mitteln aufrechtzuerhalten. Eine militärische Intervention der UdSSR ist für ihn „ein im marxistischen Sinne politisches Mittel".

Ich habe versucht, die Stellungnahme des „offiziellen" polnischen Vertreters ausführlich wiederzugeben, weil ich meine, daß die herrschenden Verhältnisse im realen Sozialismus, so wie sie sich ganz alltäglich und konkret darstellen, viel zu wenig im Bewußtsein sind, wenn man sich mit den Kritikern dieser Verhältnisse auseinandersetzt. Ich meine deshalb auch, daß im Rahmen der Auseinandersetzung über Polen und im Anschluß an die beschriebene Veranstaltung einige Punkte der Diskussion wert wären:

- Die politischen Forderungen der Opposition in den „realsozialistischen" Ländern müssen vor der ganz konkreten gesellschaftlichen Wirklichkeit dieser Länder betrachtet werden. So fand der Kollege Wysocki bei nicht wenigen Zuhörern Zustimmung, als er ganz richtig darauf hinwies, daß die Wahl der Betriebsdirektoren durch die Belegschaften zu Konkurrenz zwischen den Betrieben und zur ökonomischen Entmachtung des Staates führen könne. Zweifellos kann sie das. Bloß, darum geht es derzeit in Polen überhaupt nicht. Will man zwischen Haupt- und Nebenwiderspruch unterscheiden, dann ist in der augenblicklichen Phase der Hauptwiderspruch ganz ohne Zweifel der, daß über Jahrzehnte hinweg die Arbeiter der staatlichen Betriebe keine realen Mit-, geschweige denn Selbstbestimmungsmöglichkeiten hatten und daß ihnen die unfähigsten Direktoren vor die Nase gesetzt werden konnten, wenn diese nur die richtigen Beziehungen zum allmächtigen Parteiapparat hatten. D i e s e Praxis zu durchbrechen, ist das Anliegen der Forderung nach Wahl der Direktoren.
- Die Geschichte der Entstehung der
Wahl der Direktoren.
Die Geschichte der Entstehung der
realsozialistischen Länder in der Folge des Zweiten Weltkrieges muß aufgearbeitet werden! Die heutige Situation der polnischen Landwirtschaft beispielsweise kann nur vor dem Hintergrund der historischen Bedingungen verstanden und kritisiert werden, will man nicht in Schollen-Mythos einerseits verfallen oder andererseits Kollektivierungs-Methoden à la 30er Jahre das Wort reden.
- Wenn wir, im Gegensatz zu „Sozialisten" wie dem Kollegen Wysocki, die polnische Arbeiterklasse als zu eigenständigem Handeln fähiges politisches Subjekt ansehen, dann müssen die realen gesellschaftlichen Verhältnisse in Polen auch deshalb genauer untersucht werden, damit beispielsweise die Kritik an der Rolle der Kirche präziser geführt werden kann.
- Ich meine schließlich, daß wir stärker als bisher an einer direkten Solidarität mit den polnischen Kolleginnen und Kollegen mitarbeiten sollten, einer Solidarität, die auch praktisch wird und die, versteht sich, politische Auseinandersetzung und Kritik mit einschließt.

Ein Lehrergenosse

Polen/UdSSR: Oldies, but Goldies?

„In den letzten Tagen erschienen in der polnischen Presse immer häufiger Äußerungen, aus denen die Predigt auf einen Verzicht auf den sozialistischen Weg herausklingt. Es mag merkwürdig anmuten, aber es ist eine Tatsache: Die Presse, die dazu berufen ist, als scharfe und wirksame Waffe im Kampf um die Festigung der volksdemokratischen Ordnung zu dienen, veröffentlicht täglich Artikel, die die Grundpfeiler dieser Ordnung erschüttern, die Unglauben über den Aufbau des neuen Lebens verbreiten und das Denken der Leser durch eine importierte, den Werktätigen fremde Ideologie vergiften... Wir wollen gar nicht davon sprechen, daß in diesem krächzenden Chor der Verleumder auch antisowjetische Äußerungen zu hören sind..." (d.h. wir wollen schon, wir tun's ja auch hiermit! – Anm. AK).

„Alarmierend ist auch der Umstand, daß diese Kampagne, wie die in den letzten Tagen erscheinenden Äußerungen in der polnischen Presse zeigen, vor allem auf die Untergrabung des Sozialismus in Polen selbst gerichtet ist... Diese antisozialistische Kampagne, die ein offenes Liebäugeln mit bürgerlichen Elementen darstellt, ruft bei den ehrlichen Patrioten, bei den breiten Massen der Werktätigen der Volksrepublik Polen berechtigte Unzufriedenheit und Empörung hervor. Sie fordern, daß die alle Hemmungen verlierenden Revisionisten und Kapitulanten, die die polnische Presse für ihre schmutzigen Ziele mißbrauchen, zur Ordnung gerufen werden".

Diese originellen Äußerungen entstammen nicht etwa, wie man voreilig annehmen könnte, einer der jüngsten sowjetischen Stellungnahmen zur aktuellen Entwicklung in Polen.

Wir haben sie vielmehr dem Zentralorgan der SED, „Neues Deutschland", vom 21. O k t o b e r 1 9 5 6 entnommen.

Der Artikel trug die Überschrift „Antisozialistische Äußerungen in der polnischen Presse" und war vom Warschauer Korrespondenten des KPdSU-Zentralorgans „Prawda" verfaßt worden. Wie man sieht, haben sich die „brüderlichen Ratschläge" der sowjetischen Bürokratie an Polen in den letzten 25 Jahren weder im Ziel, noch in Wortwahl und Tonfall geändert. Es gibt allerdings einen Unterschied zum Oktober 1956: D a m a l s gelang es der herrschenden Bürokratie ohne große Proteste der polnischen Arbeiterklasse relativ schnell, innerhalb weniger Monate, aus eigener Kraft die Zügel wieder strammer und die Knebel fester anzuziehen.

RGW-Kommission

Lebenslängliche Untersuchungshaft für Ilse Schwipper?

Nachdem die Verteidiger auch im dritten „Schmücker-Prozeß" durch eigene Ermittlungen immer wieder auf neue Spuren, Zeugen und Hinweise gestoßen waren, stellten die Anwälte von Ilse Schwipper einen Antrag auf Aussetzung des Prozesses für sechs Monate und einen Haftentlassungsantrag für Ilse. Nur so lasse sich das Verfahren noch „justizmäßig retten". Obwohl die Notwendigkeit einer Aussetzung durch die zwischenzeitliche Einvernahme weiterer Zeugen erneut offensichtlich wurde, lehnte die 13. Strafkammer des Landgerichts Berlin beide Anträge ab. Da Ilse Schwipper bereits seit 7 Jahren in Haft sitzt und der Prozeß unter den gegebenen Bedingungen sich noch über Jahre hinziehen kann, nimmt das Gericht eine quasi-lebenslängliche U-Haft für Ilse in Kauf.

Ankündigung zum Gesundheitstag

Ankündigung zum Gesundheitstag
Freiheit für Ilse Schwipper!
Informationsveranstaltung zum Prozeß und zum Gesundheitszustand der schwerkranken Ilse Schwipper, die seit sieben Jahren in Untersuchungshaft sitzt.
Es sprechen: Ihr Verteidiger und eine Vertreterin der „Schmücker-Prozeß"-Initiative
Edmund-Siemers-Allee, ESA
Hörsaal C (Hauptgebäude)
Freitag, 2. Oktober 19.00 Uhr

Sieben Jahre nach dem Tod Schmückers sind Zweifel angebracht, ob die Umstände und Hintergründe seines Todes sich jemals werden aufklären lassen. Zu groß scheint das Interesse bestimmter Behörden an der Nichtaufklärung des Falles zu

lin beide Anträge ab. Da Ilse Schwipper bereits seit 7 Jahren in Haft sitzt und der Prozeß unter den gegebenen Bedingungen sich noch über Jahre hinziehen kann, nimmt das Gericht eine quasi-lebenslängliche U-Haft für Ilse in Kauf.
Sieben Jahre nach dem Tod Schmückers sind Zweifel angebracht, ob die Umstände und Hintergründe seines Todes sich jemals werden aufklären lassen. Zu groß scheint das Interesse bestimmter Behörden an der Nichtaufklärung des Falles zu

sein: Staatsanwaltschaft und Polizei ließen sich ihre „Ermittlungen" vom Verfassungsschutz diktieren, Bundes- und Landeskriminalamt hielten und halten Akten zurück oder streiten deren Existenz schlicht ab. Verfasssungsschutzbeamte erhalten keine Aussagegenehmigung, wichtige Zeugen werden erst jetzt bekannt.

Es handelt sich also nicht um einmalige „Ermittlungslücken", wenn es erst kürzlich durch zähe Bemühungen der Verteidigung gelungen ist, einen Bericht amerikanischer Soldaten über die Entdeckung der Leiche sowie ca. 50 Tatortfotos herbeizuschaffen. Außerdem wurde die Existenz verschiedener Akten über Kronzeugen Bodeux beim BKA und beim LKA Wiesbaden bekannt (vgl. AK Nr. 208). In ihrem 42-seitigen Antrag dokumentierten die Verteidiger, wie die „Wahrheitsfindung" nicht nur in diesem, sondern in unzähligen weiteren Punkten durch Ermittlungsbehörden und Verfassungsschutz jahrelang boykottiert und sabotiert wurde.

Gleichzeitig ist Ilse die ganzen Jahre über in Untersuchungshaft gewesen, davon 3 1/2 Jahre unter Isolationsbedingungen. Inzwischen hat sich ihr Gesundheitszustand infolge der Haft derart verschlechtert, daß sie kaum noch verhandlungsfähig ist. Mehrere Gutachter hatten dem Gericht bestätigt, daß Ilse nur noch durch eine therapeutische Behandlung außerhalb der Haft eine Chance hat, wieder gesund zu werden. Bei Fortsetzung der Haft bestehe akute Lebensgefahr. Trotzdem hatte das Kammergericht Ilses Entlassung am 29. Juni abgelehnt (vgl. AK 205).

Angesichts der neuesten Überraschungen in der Beweisaufnahme sei es aber unerträglich – hieß es in dem Antrag – wenn sämtliche „Ermittlungsfehler" und Boykottversuche der Behörden auf dem Rücken von Ilse ausgetragen werden, die nach Auffassung des Kammergerichts ihren gesundheitlichen Zusammenbruch in Kauf zu nehmen hat. Damit gerate die Verteidigung zunehmend in das Dilemma, einerseits

29. Juni abgelehnt (vgl. AK 205).
Angesichts der neuesten Überraschungen in der Beweisaufnahme sei es aber unerträglich – hieß es in dem Antrag – wenn sämtliche „Ermittlungsfehler" und Boykottversuche der Behörden auf dem Rücken von Ilse ausgetragen werden, die nach Auffassung des Kammergerichts ihren gesundheitlichen Zusammenbruch in Kauf zu nehmen hat. Damit gerate die Verteidigung zunehmend in das Dilemma, einerseits

selbst Ermittlungen anstellen zu müssen und andererseits dadurch den Prozeß durch weitere Beweiserhebungen zu verlängern, was gleichzeitig wieder Ilses Gesundheitszustand verschlimmert. Außerdem sei eine zusammenhängende Beweisaufnahme sowieso kaum noch möglich, weil Ilse nur zwei mal zwei Stunden in der Woche verhandlungsfähig ist, so daß kaum ein Zeuge einmal abschließend vernommen werden kann. Nur die Aussetzung des Verfahrens und die Entlassung von Ilse könne die Chance bieten, nach etwa 6 Monaten das Verfahren endlich zügig durchzuführen. In der Zwischenzeit hätten die Behörden Gelegenheit, alle in diesem Verfahren relevanten Beweismittel auf den Tisch zu legen und Aussagegenehmigungen zu erteilen. Gleichzeitig könne Ilse sich von der mehr als 7-jährigen Haft etwas erholen, so daß ihre Verhandlungsfähigkeit einigermaßen wiederhergestellt wäre.

Ohne über diesen Antrag zunächst zu entscheiden, setzte das Gericht die Beweisaufnahme mit weiteren Zeugenvernehmungen fort. Doch auch ihre Aussagen brachten statt einer Aufklärung weitere Verwirrung und führen ihrerseits auf neue Versionen, Hinweise und Spuren hin.

Bei den Zeugen handelt es sich um Begleiter von Streifenwagen der Militärpolizei, die in der Tatnacht über Funk an den Fundort der Leiche gerufen worden waren. Sie sind erstmalig als Zeugen vernommen worden, weil sie weder im ersten noch im zweiten Durchgang des „Schmücker-Prozesses" überhaupt bekannt waren.

Sie gaben nun zur Überraschung aller eine Darstellung, die mit den bisherigen Versionen überhaupt nicht zusammenpaßt: nicht nur, daß innerhalb von wenigen Verhandlungstagen inzwischen drei verschiedene Personenkreise behaupten, die ersten gewesen zu sein, die am Fundort der Leiche eingetroffen sind – die zwei Streifenwagen-Begleiter, die regulären Streifenwagenbeamten und Feuerwehrleute – die zwei neuen Zeugen wußten auch zu berichten, daß die amerikanischen Soldaten, die im Laufe einer Nachtübung den sterbenden Schmücker gefunden hatten, zuvor einen oder mehrere Schüsse gehört haben. Das habe ihnen ein amerikanischer Offizier unmittelbar nach ihrem Eintreffen am Fundort berichtet.

Dazu muß man/frau wissen: seit 7 Jahren gilt es als feststehend, daß 1. die Amerikaner bei ihrer Übung gar nicht geschossen haben und 2. auch nie die Rede davon war, daß sie einen oder gar mehrere Schüsse gehört haben sollen. Man/frau fragt sich, ob es bloß Zufall ist, daß gerade diese Aussagen erst jetzt bekannt werden.

Wohl kaum. Denn die zwei neuen Zeugen wußten noch mehr: noch in der Tatnacht sind von jenen amerikanischen Soldaten **schriftlich beeidete Aussagen** gemacht worden, in denen sie ihre Erlebnisse schildern, und wo wohl auch das Schußgeräusch erwähnt wird. Von der Existenz dieser Aussagen erfahren Gericht und Verteidigung zum erstenmal. Wo sie abgeblieben sind – wer weiß es? Ebenso unbekannt war bisher, daß auch einer der zwei Beamten selbst einen Vermerk über die Vorkommnisse jener Nacht angefertigt hat, der ebenfalls seit 7 Jahren unentdeckt bei den Behörden schlummert.

Was das alles zu bedeuten hat, weiß bis jetzt niemand. Fest steht, daß das ganze Verwirrspiel auf Ilses Kosten ausgetragen wird. Wenn sich die Ermittlungsbehörden „schwer tun", den Tod Ulrich Schmückers aufzuklären, ist das eine Sache – eine andere Sache ist es, wenn währenddessen ein Mensch 7 Jahre lang z.T. unter schlimmen Isolationsbedingungen in Haft gehalten und gesundheitlich zugrundegerichtet wird. Doch wenn der Prozeß so weitergeht – und davon muß nach der Ablehnung des Aussetzungsantrages ausgegangen werden – ist ein Ende der Beweisaufnahme überhaupt nicht abzusehen, zumal immer wieder neue Akten und Zeugen auftauchen.

Es darf nicht passieren, daß Ilse möglicherweise noch weitere Jahre in U-Haft verbringen soll! Es darf nicht passieren, daß Ilse lebenslänglich in U-Haft sitzt!
Freiheit für Ilse Schwipper!

Antirepressions-Kommission des KB/Westberlin

Neuer Hungerstreik der RAF-Gefangenen angekündigt
In seiner Eröffnungserklärung des gegen ihn wegen angeblichen Mordes an holländischen Grenzbeamten eröffneten Prozesses hat Rolf Heißler vor dem Düsseldorfer Landgericht einen neuen Hungerstreik der RAF – Gefangenen für den Fall angekündigt, daß die Bundesregierung die am Ende des letzten Hun-
Hungerstreiks weitere tote Gefangene bedeutet hätte, war eine Weiterführung zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zu verantworten ..." (Erklärung von Rolf Heißler vom 15.9.).
Gut fünf Monate nach den Zusagen sitzen Gefangene aus der RAF immer noch in Einzelisolation.
Haftbedingungen auskurierten TB-Erkrankung, wird sie trotzdem nach Aichach verlegt.
In Einzelisolation sind u.a. noch Hanna Krabbe in Köln-Ossendorf und Bernd Rössner in Straubing.
Bisher durchgeführte Veränderungen der Haftbedingungen sind nach Meinung der Gefangenen aus der

Neuer Hungerstreik der RAF-Gefangenen angekündigt

In seiner Eröffnungserklärung des gegen ihn wegen angeblichen Mordes an holländischen Grenzbeamten eröffneten Prozesses hat Rolf Heißler vor dem Düsseldorfer Landgericht einen neuen Hungerstreik der RAF – Gefangenen für den Fall angekündigt, daß die Bundesregierung die am Ende des letzten Hungerstreiks zugestandenen Verbesserungen der Gefangenen nicht bis Ende September durchführe.

Nach der Zusage von Bundesjustizminister Schmude, daß keiner von ihnen mehr in Einzelisolation sitzen müsse, stattdessen eine Zusammenlegung von vier bis sechs Gefangenen durchgeführt werden solle, hatten die Gefangenen der RAF am 16.4. ihren Hungerstreik abgebrochen.

Vermittelt durch den Amnesty-Generalsekretär Helmut Frenz, war für jeden einzelnen Gefangenen eine entsprechende Verlegung ausgehandelt worden.

Uns schien *„die Verbindlichkeit der Zusagen ... dadurch gewährleistet zu sein, daß diese zum erstenmal gegenüber einem Repräsentanten von Amnesty International und nicht wie früher gegenüber Anwälten und Gefangenen gemacht wurden. Angesichts dieser Situation und der Gefahr, daß eine Fortsetzung des Hungerstreiks weitere tote Gefangene bedeutet hätte, war eine Weiterführung zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zu verantworten ..."* (Erklärung von Rolf Heißler vom 15.9.).

Gut fünf Monate nach den Zusagen sitzen Gefangene aus der RAF immer noch in Einzelisolation.

Verena Becker z.B. sollte lt. Zusage in bestehende Gruppen nach Lübeck bzw. Westberlin verlegt werden. Von beiden wurde aber eine Aufnahme prinzipiell abgelehnt. Verena wollte dann nach Frankfurt-Preungesheim in eine Gruppe mit Sieglinde Hoffmann und Ingrid Barabas. Angekündigt wird ihr stattdessen die Isolierung in Aichach/Bayern. Für diesen Fall kündigt Verena einen Hungerstreik an. Damit bleibt sie vorerst als einzige Frau im Männerknast Kassel, wohin sie wegen einer TB-Erkrankung verlegt wurde. Mit der Information, nach Preungesheim zu kommen, wird sie am 7.9. auf die Reise geschickt. Ankommen tut sie aber in Aichach. Worauf Verena am 8. September den angekündigten Hungerstreik beginnt. Verenas Beispiel macht die ganze Skrupellosigkeit der Justiz gegenüber den Gefangenen deutlich: Verena hat den Hungerstreik angekündigt und in Kenntnis der damit verbundenen Gefahren, angesichts einer gerade unter Haftbedingungen auskurierten TB-Erkrankung, wird sie trotzdem nach Aichach verlegt.

In Einzelisolation sind u.a. noch Hanna Krabbe in Köln-Ossendorf und Bernd Rössner in Straubing.

Bisher durchgeführte Veränderungen der Haftbedingungen sind nach Meinung der Gefangenen aus der RAF *„leichte Korrekturen, die aber nur im Zusammenhang mit dem auf jeden Einzelnen zugeschnittenen Haftprogramm und dem Ziel der Zerstörung unserer politischen Identität zu sehen und zu begreifen sind. Real hat sich nichts geändert"* (ebenda).

Welche Tragweite der Entschluß zu einem neuen Hungerstreik für die Gefangenen haben kann, zeigt der Gesundheitszustand von Rolf Heißler. Er leidet unter so starken Gleichgewichtsstörungen (eine Folge des letzten Hungerstreiks), daß er nur mühsam eigenständig gehen kann. Es ist fraglich, ob die Gleichgewichtsstörungen überhaupt wieder behoben werden können. Eine Wiederaufnahme des Hungerstreiks wird seine Gesundheit wie die der übrigen RAF-Gefangenen sicherlich weiter ruinieren. Nach Holger Meins, Sigurd Debus ist auch der Tod weiterer Gefangener nicht ausgeschlossen.

IKAH und F./KB Kassel

Stand der Haftsituation

Bochum, 15.9. (taz). Am 17.8. dokumentierte die taz den Inhalt der Vereinbarungen zwischen Bundesregierung und Vertretern der politischen Gefangenen, die zum Abbruch des letzten Hungerstreiks der RAF führten. In der Zwischenheit sind weiutere Gefangene den Zusagen bzw. ihre Wünschen entsprechend verlegt worden, einige haben schriftliche Zusagen für eine Verlegung bekommen, bei anderen ist die Haftsituation weiterhin unverändert oder hat sich sogar verschärft.

Lübeck. (Irmgard Möller, Christine Kuby, Annerose Reich, Inga Hochstein) Die Gruppe sollte um Angelika Speitel und Verena Becker vergrößert werden, was bisher nicht passiert ist. Angelika Speitel sitzt weiterhin in Köln-Ossendorf in Isolation. Verena Becker, die wegen offener TBC zeitweise von Preungesheim nach Kassel verlegt wurde, ist nach Aichach verschoben worden, wo sie sich seit einigen Tagen im Hungerstreik befindet, um ihr Zurückverlegung nach Preungesheim zu erkämpfen.

Berlin. (Gabriele Rollnick, Gudrun Stürmer, Angelika Goder, Monika Berberich) Regina Nicolai und Hanna Krabbe sollten in die Gruppe der Berliner Frauen verlegt worden. Während Hanna Krabbe nach wie vor in Köln-Ossendorf sitzt, ist Regina Nicolai inzwischen in Berlin.

Baden-Württemberg. In Stammheim sollte eine Gruppe gebildet werden mit den bis zum Hungerstreik in Isolation sitzenden Siegfried Haag, Knut Folkerts, Roland Mayer, Günter Sonnenberg. Roland Mayer und Günter Sonnenberg haben inzwischen in Bruchsal eine weitgehende Integration in den Normalvollzug akzeptiert, in deren Rahmen die beiden sich montags bis freitags beim gemeinsamen Hofgang mit anderen Gefangenen sehen. Ihre Anträge auf Zusammenlegung in ein Haus, damit sie sich auch beim Umschluß sehen können, ist abgelehnt worden. Da Knut Folkerts und Siegfried Haag den Normalvollzug ablehnen, haben sie ihre Verlegung in die Gruppe nach Celle beantragt. Folkerts hat eine entsprechende schriftliche Zusage erhalten, der Antrag von Haag ist abgelehnt worden. Solange Haag nicht auch eine Zusage erhält, weigert sich Folkerts, allein verlegt zu werden. Zur Zeit sitzen beide noch in Isolation in Stammheim.

Niedersachsen. (Karl-Heinz Dellwo, Heinz Herlitz) Die JVA Celle hat sich am Ende des Hungerstreiks bereit erklärt bis zu 6 Gefangene aufzunehmen. Entsprechend den Vereinbarungen haben Lutz Taufer und Andreas Vogel, die zur Zeit noch in Schwalmstadt bzw. Berlin sitzen, Zusagen bekommen, nach Celle verlegt zu werden.

Nordrhein-Westfalen. Die Vereinbarungen sahen vor, Gert Schneider, Christof Wackernagel, Ali Jansen, Stefan Wisniewski und Rolf Heißler ind NRW zusammenzulegen. Inzwischen ist Wackernagel von Zweibrücken nach Bochum verlegt worden. Für Schneider gibt es eine Zusage von Köln nach Bochum zu kommen. Heißler, dessen Prozeß zur Zeit läuft, ist zusammen mit Jansen, der bald entlassen wird, nach Düsseldorf verlegt worden. Wisniewski, dessen Prozeß ebenfalls noch läuft, soll seine Verlegung in die Gruppe nach Celle beantragt haben, obwohl er den letzten Hungerstreik frühzeitig abbrach und Integration in den Normalvollzug verlangt.

Hessen. Sieglinge Hofman und Ingrid Barabas sind zwar den Vereinbarungen entsprechend nach Preungesheim verlegt worden, haben aber keinen gemeinsamen Umschluß.

Bayern. Bernd Rösner, der in Straubing einsitzt, hat den Hungerstreik vor den anderen abgebrochen und innerhalb des Normalvollzuges Zusammenlegung mit anderen RAF-Gefangenen gefordert. An seiner Situation hat sich bisher nichts geändert. Es sitzt nach wie vor in Isolation in Straubing.

G.H.

aus TAZ